

Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege

Festgabe für Lujo Brentano
zum 80. Geburtstag



Zweiter Band:
Der Stand der Forschung



Duncker & Humblot *reprints*

Festgabe für Lujo Brentano zum 80. Geburtstag

Herausgegeben von M. J. Bonn und M. Palyi



Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig
1925

Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege

*Neunundzwanzig Beiträge über den Stand der
deutschen und ausländischen sozialökonomischen Forschung
nach dem Kriege*

*

Zweiter Band:
Der Stand der Forschung



Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig
1925

A l l e R e c h t e v o r b e h a l t e n

Copyright by Duncker & Humblot, München

Printed in Germany



Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co., Altenburg (Thür.)

Inhalt.

I. Die Wirtschaftswissenschaft und die Nationen.	Seite
Der Anteil Deutschlands an der nationalökonomischen Forschung seit dem Weltkrieg. Von Adolf Weber	3—29
Die sozialökonomische Literatur in Frankreich seit dem Beginn dieses Jahrhunderts. Von Charles Gide, Paris (übersetzt von Rose Hilferding)	31—58
I. Die Vorherrschaft der liberalen Schule und der Akademie in Frankreich	33
Der nationalökonomische Unterrichtsbetrieb	39
II. Die einzelnen Forschungsgebiete	43
§ 1. Die allgemeine Volkswirtschaftslehre	44
§ 2. Die Wirtschaftsordnung (Économie sociale)	46
§ 3. Sozialismus	48
§ 4. Wirtschaftsgeschichte	49
§ 5. Soziologie und Statistik	50
§ 6. Kriegswirtschaft	52
Bibliographie	56
Die Sozialökonomie in den Vereinigten Staaten. Von Edwin R. A. Seligmann, New York (übersetzt von Rose Hilferding)	59—78
I. Die Anfänge der amerikanischen Sozialökonomie	61
18. Jahrhundert. Franklin und Hamilton	61
19. Jahrhundert	62
Rae und Carey	63
Francis Walker und Henry George	65
II. Die modernen nationalökonomischen Schulen	66
Der europäische Einfluß und der Historismus	66
Ältere Richtungen. Adams, Patten, Mayo Smith	68
Clark, Ely, Taussig, Hadley, Laughlin	69
Fetter, Veblen, Fisher, Commons, Hollander	71
Die Jüngerer	73
III. Periodica, Unterrichtsbetrieb, Forschungsinstitute	75
Strömungen in der schwedischen Nationalökonomie. Von Bertil Ohlin, Kopenhagen (übersetzt von Greta Mathes)	79—95
1. Die schwedische Nationalökonomie vor dem Kriege	81
Die führenden Sozialökonomiken	81
Der Streit der „Systeme“	85
2. Die schwedische Nationalökonomie während des Krieges und nachher	86
Geld- und Zinstheorie	86
Theoretische und deskriptive (praktische) Nationalökonomie	88
Hemmungen und Vorwiegen der „Konkretisierungstendenz“	91
Das Problem der Systembildung	93

Reichtumsverteilung und sozialökonomische Forschung in England.	
Von Henry Clay, Manchester (übersetzt von Rose Hilferding)	97—125
I. Die Preistheorie als Rückgrat der Verteilungslehre und die Kritik	99
II. Die Tatsachenentwicklung	103
a) Die Einkommenverteilung	103
b) Die Verteilung des Kapitals	108
c) Neuverteilung durch den Staat	112
III. Zusammenfassung: Die Grenzproduktivitätstheorie und die wahren Bestimmungsgründe der Güterverteilung	117
Sozialökonomische Forschung im heutigen Italien. Von Augusto Graziani, Neapel (aus dem Italienischen übersetzt)	127—144
Der allgemeine Charakter der italienischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur in den letzten fünfundzwanzig Jahren. — Die einzelnen Autoren und ihre Arbeiten auf wirtschaftstheoretischem, finanzwissenschaftlichem und statistischem Gebiet. — Die Widerspiegelung der wichtigeren Ergebnisse der internationalen Forschung in der italienischen Literatur, die kritische Stellung und die originelle Leistung derselben.	
II. Die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaft für die Praxis.	
Deutsche Wirtschaftswissenschaft und -Praxis im letzten Menschenalter. Von Julius Hirsch	147—197
I. Wirkungsmöglichkeiten der Wirtschaftswissenschaft	149
1. bei der Wirtschaftspolitik	149
a) Wirkliche und vermeintliche Wirkungen	150
b) Hemmungen praktischer Wirksamkeit der Wissenschaft	151
Durch weitgehende Hütung des Betriebsgeheimnisses	151
Die „Mode“ in der Wirtschaftswissenschaft	153
2. Die Wirksamkeit in einzelnen Gebieten der Wirtschaftspolitik	155
a) Äußere Wirtschaftspolitik	155
b) Die äußere Finanzpolitik (die Politik des „Transfer“)	157
c) Finanz- und Währungspolitik	159
d) Sozialpolitik	164
e) Innere Wirtschaftspolitik: Gewerbe- und Industriepolitik; Sozialisierung	168
II. Die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaft als Wirtschaftslehre für die Betriebe	170
1. Statistik	171
a) Allgemein als Methode	171
b) Als Bevölkerungslehre	173
c) Außenhandelsstatistik	173
d) Preis- und Lebenshaltungsstatistik	174
e) Konjunkturstatistik	174
2. Die Agrarwirtschaft	176
3. Die Betriebswirtschaft in Handel und Industrie	177
a) Die Lehre vom Markt	177
b) Die Lehre von der Preisbildung (insbesondere in der Kriegswirtschaft) .	178
c) Die Lehre von der Bewertung	180
d) Bedeutung der Wirtschaftswissenschaft für das Bankwesen	182
e) für das Arbeitnehmertum	185
III. Zur Wirtschaftspolitik	189

Inhalt.

VII

Seite

Der Homo politicus als Feind der Volkswirtschaftslehre. Von Welimir Bajkitch	199—222
I. Unzufriedenheit der Volkswirte mit den Politikern	201
II. Die häufigsten nationalökonomischen Irrtümer der Politiker	205
III. Die Ursachen der wissenschaftlichen Rückständigkeit des Politikers	213
IV. Wie ist die Volkswirtschaftslehre gegenüber dem Politiker zur Geltung zu bringen?	218
Die Wandlungen des Begriffes der Sozialpolitik. Von Karl Pribram	223—267
I. Zur Problemstellung	225
II. Die Entstehung des Begriffs der „Sozialpolitik“	228
III. Die älteren Definitionen	238
IV. Der Kampf gegen das Werturteil und die Sozialpolitik	243
V. Die „Krise“ der Sozialpolitik	249
VI. Der Streit um den Begriff der Sozialpolitik	253
 III. Die Hauptprobleme und der Stand ihrer Erforschung.	
Der Stand der reinen Theorie. Von Alfred Amonn	271—328
Einleitung. Wesen der nationalökonomischen Theorie und ihre Stellung im System der Wirtschaftswissenschaft	273
1. Die klassische Theorie	274
2. Die Grenznutzenschule	279
3. Die Casselsche Preistheorie	288
4. Die „rein objektive“ Theorie Oppenheimers und die „rein subjektive“ Liefmanns	293
5. Engländers und Englißs Preiserklärung	306
6. Zur Methodik der Wert- und Preislehre. Die Begriffe „Wert“ und „Preis“. Das Wert- und Preisproblem. Das Einkommensproblem	309
Der gegenwärtige Stand der Konjunkturforschung in Deutschland.	
Von Adolf Löwe	329—377
Einleitung	331
I. Der Stand der Konjunkturtheorie	333
1. Der Konjunkturbegriff	334
2. Die Verursachung des Konjunkturzyklus	338
Ursachen auf der Geld- oder auf der Warenseite	339
Ursachen auf der Produktions- oder auf der Konsumseite	342
Exogene oder endogene Ursachen	349
Subjektiv-psychische oder objektive Ursachen	356
Statische oder dynamische Ursachen	357
3. Die Axiomatik der Konjunkturtheorie	359
II. Der Stand der Tatsachenforschung	367
1. Die Tatsachenbeschreibung	369
2. Die Konjunkturstatistik	372
Bevölkerungsproblem und Bevölkerungstheorie im Lichte des Weltkrieges. Von Paul Mombert	379—424
1. Volkswachstum und Krieg	381
2. Der Einfluß des Krieges und seiner Nachwirkungen auf das Volkswachstum	390
3. Die Beziehungen zwischen Volkszahl und Wirtschaft in ihrem Einflusse auf die Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit	397
4. Die historischen Wandlungen in den Anschauungen über das Bevölkerungsproblem	421

Zur Eigentums- und Produktionsverfassung. Von Otto von Zwiedineck-Südenhorst	425—453
I. Die Revolution als Förderin sozialer Erkenntnis. — Der Begriff Sozialisierung: seine negative Bestimmtheit, positive Unbestimmbarkeit. — Sozialisierung als Änderung der Eigentumsverfassung. — Begriff der Produktionsverfassung. — Sozialistische und antisozialistische Beleuchtung der Eigentumsverfassung	427—434
II. Die Erfahrungen über die Bedeutung der kollektiven Eigentumsverfassung in der Agrarwirtschaft. — Die Entwicklung zum individualistischen Bauerntum in Sowjetrussland. — Stellungnahme der kommunistischen Literatur zu diesem Verlauf. — Versuch einer kommunistischen Agrartheorie. — Ursachen des Versagens des Kollektivismus. — Die Agrarsozialisierung in der deutschen sozialistischen Literatur	434—444
III. Die Mißerfolge der russischen Kollektivwirtschaft in der Industrie. — Ihre Bedeutung für die Wirtschaftsverfassungsfrage des Westens. — Überschätzung der Eigentumsverfassung. — Umfang und Probleme der Produktionsverfassung. — Die Überschätzung der wissenschaftlichen Betriebsführung. — Gildensozialismus und verwandte Auflehnung gegen die Lohnkneditschaft	444—453
Ungelöste Fragen der Geldtheorie. Von Melchior Palyi	455—517
I. Die Problematik der Geldlehre in der Vorkriegsliteratur	457
II. Die neueren Fragestellungen	464
III. Geld- und Naturalrechnung	467
IV. Der Sinn des „Chartalismus“	470
V. Die Grundfragen der Quantitätstheorie	475
VI. Die „formale“ Quantitätstheorie	477
VII. Die „materiale“ Ausdeutung der Quantitätstheorie	487
Zur Theorie des Geldmarktes	493
VIII. Die Schwächen der Banking-Lehre. Die Produktionskostentheorie	500
IX. Wechselkurs und Kaufkraftparität	503
X. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz	511
XI. Die Warenwerttheorien des Geldes	514
Schlußwort: Die gegenwärtigen Aufgaben einer europäischen Wirtschaftswissenschaft. Von Francesco Nitti	519—523
Namenregister	525

I. Die Wirtschaftswissenschaft und die Nationen.

Der Anteil Deutschlands an der nationalökonomischen Forschung seit dem Weltkrieg.

Von

Adolf Weber.

Die volkswirtschaftlichen Anschauungen des Frühmerkantilismus wird man wohl nie ganz aus der öffentlichen Erörterung herausbringen können. Sie entsprechen zu sehr den primitiven Vorstellungen, die der „Mann auf der Straße“ von dem Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften hat, ganz abgesehen davon, daß eine darauf fußende Politik immer wieder mehr oder minder großen Gruppen ersehnten Extraprofit bingen wird. Bricht aber ein Krieg aus, der das Volk zwingt, sich für einige Zeit selbst zu genügen, dann wird flugs aus dem, was die Not des Augenblickes vielleicht dringend erforderlich macht, etwas allgemein Gültiges, und unter dem Einfluß der allgemeinen Kriegspsychose geht auch so mancher Wissenschaftler aus ernster Überzeugung daran, zu „beweisen“, wie klug und zweckmäßig die Autarkie schlechtweg ist. Schon 1915 schrieb ein bekannter deutscher Nationalökonom: „Unser Auslandsbezug an Lebensmitteln und Rohstoffen hatte sich vor dem Kriege mehr und mehr gesteigert; es war die Absicht Englands, uns durch dessen Unterbindung wirtschaftlich zu ruinieren; von seinem Standpunkt aus wohlberechnet, aber sie ist zum Segen ausgeschlagen. Das Geld bleibt im Lande, wandert nicht, wie in England, für Munition nach Amerika; bei uns gelangt es nach einiger Zeit wieder zu denen zurück, die es dem Reich geborgt haben, macht, wie Nietzsche sagen würde, den ‚Ring der Wiederkehr‘ durch. Es liegt auf der Hand, daß man solches Verfahren beliebig fortsetzen kann.“ Das war nur eine Stimme unter vielen gleichartigen, aber wohlgeremert, es war die Meinung nicht von Unkundigen, sondern von wissenschaftlich geschulten Köpfen. In der Tagespresse und in den Volksversammlungen wurde die „Erkenntnis“ der Wissenschaft nur noch bestimmter und vergröbert formuliert. Dabei war es schon wegen des rein äußerlichen Widerstandes nicht leicht, offenkundigen volkswirtschaftlichen Irrtümern entgegenzutreten. Als Verfasser dieses Berichts als Dekan der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Breslau mit einem schlesischen Bankmann dessen Anregung entsprechend überlegte, welches aktuelle Thema sich zu einem Preis-ausschreiben eigne, kamen wir zu dem Ergebnis, daß die Redensart „das Geld bleibt im Lande“ kritisch zu untersuchen sei. Aber schon bald wurden wir von einer maßgebenden Persönlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß in der von uns gewünschten Formulierung ein Urteil liege, das einer „kriegswirtschaftlich

nicht erwünschten Verurteilung“ nahe komme. Und so ging denn die Preisaufgabe unter dem Titel heraus: „Wahres und Falsches an der zur Zeit vielgebrauchten Redewendung ‚Das Geld bleibt im Lande‘.“ Den Preis erhielt eine Arbeit, die das Stichwort „Ricardo“ trug; der Preisträger war Heinrich Dietzel in Bonn. Was in der kleinen Schrift gesagt wurde, hätte eigentlich selbstverständlich sein sollen: daß die Lehre „Der Krieg ernährt den Krieg“ nichts als ein erschreckender Unsinn sei. Deshalb, weil Deutschland fast ausschließlich daheim zu kaufen und zu borgen gezwungen sei, führte Dietzel aus, komme ihm der Krieg nicht billiger, sondern teurer zu stehen als den Feinden, insbesondere England. „Wer anders denkt, dem gebricht es noch an der fundamentalsten Erkenntnis, daß von dem ‚eigentlichen Kaufgelde‘ (A. Smith), von der begrenzt vorhandenen, im Krieg seltener und seltener werdenden nationalen Arbeitsleistung weniger daraufgeht, je weniger Abbruch der Arbeitsteilung zwischen dem Kriegsvolk und anderen Völkern geschieht.“ Das weitere Schicksal der kleinen Dietzelschen Schrift ist kennzeichnend genug: die Zensur machte Schwierigkeiten, sie herauszubringen; erst nach dem Kriegsende konnte sie veröffentlicht werden¹⁾.

Der Kriegsausgang machte den Lehren von den zauberhaften Reproduktions-eigenschaften der Staatsschulden, von dem „Ring der Wiederkehr“, von dem Vorteil der Einfuhrsperrre ein Ende, aber andere mercantilistische Irrtümer blieben auch nach 1918 erhalten, so das Sprichwort: „Das Geld muß unter die Leute kommen“ — das gute Dienste leistete, als Teile der Arbeiterschaft bemüht waren, die Revolution in einer ungeheuerlichen Lohnbewegung auszubeuten —, insbesondere aber fand auch die Lehre von dem unbedingten Primat des Staates über die Wirtschaft zunächst so gut wie keinen Widerstand. Die Antithese Macht oder ökonomisches Gesetz schien ganz im Sinne der öffentlichen Gewalt entschieden zu sein.

Daß dagegen seitens der Wissenschaft zunächst kein ernsthafter Widerspruch laut wurde, muß um so mehr überraschen, weil gerade bei Kriegsausbruch eine tiefgehende, außerordentlich instruktive Untersuchung über diesen alten Gegensatz von Böhm-Bawerk veröffentlicht worden war²⁾), die im Ergebnis mit den Klassikern darin übereinstimmte, daß sich der Einfluß der Macht nur innerhalb der ökonomischen Preisgesetze geltend machen kann. Darüber hinaus hätte die Böhmsche Untersuchung der Erörterung wirtschaftlich-wissenschaftlicher Probleme, die in unmittelbare Tagesfragen hineinragen, einen erheblichen Dienst

¹⁾ Unter dem Titel: „Die Nationalisierung der Kriegsmilliarden“. Tübingen 1919.

²⁾ Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. XXIII (1914), S. 205 ff. Mittlerweile aufgenommen in den Böhm-Bawerkschen Gesammelten Schriften, Bd. I, S. 230 ff.

leisten können, wenn man den Unterschied schärfer erfaßt haben würde, den Böhm-Bawerk im Anschlusse an J. B. Clark zwischen „funktioneller“ und „personeller“ Verteilung gemacht haben wollte. Die „funktionelle Verteilung“ entscheidet darüber, nach welchem Schlußel die einzelnen an der Produktion beteiligten Faktoren für die von ihnen beigetragenen produktiven Funktionen entlohnt werden — ohne Rücksicht auf die Personen, welche die Funktion geleistet hätten. Die funktionelle Verteilung zeigt uns so die Zerlegung des gesamten Nationalproduktes in die großen Kategorien von Arbeitslohn, Grundrente und Kapitalzins. Die „personelle Verteilung“ weist uns dagegen die Größe der Portionen auf, welche die einzelnen Personen vom gesamten Nationalprodukt für sich erlangen, ohne Rücksicht darauf, für welche Funktionen sie dieselbe erlangen, und insbesondere auch ohne Rücksicht, ob sie ihre Portion für eine einzige oder für mehrere gleichzeitig beigesteuerten Funktionen erhalten.

Leider machte Böhm-Bawerk mit dieser seiner letzten größeren Arbeit — er starb im August 1914 — bei Gelehrten und Ungelehrten zunächst nur geringen Eindruck. Das war um so mehr zu bedauern, weil in ihr die sozialökonomische Gedankenarbeit enthalten war, die Rathenau, der so ungleich größeren Widerhall in der öffentlichen Meinung fand, bei seinen volkswirtschaftlichen Plänen vermisst ließ. Die Stellung der Rathenauschen Lehre von der neuen Wirtschaft innerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Ideenentwicklung überhaupt charakterisiert L. v. Wiese (Freie Wirtschaft, 1918, S. 31) gut, wenn er sagt: „Seltsame Gegensätze berühren sich in diesem System. Es ist in politischer Hinsicht teils weltbürgerlich, teils schroff nationalistisch; in wirtschaftlicher teils ein Produkt des Geistes der Verkehrswirtschaft, teils — besonders in seinen praktischen Forderungen — ausgesprochen gemeinwirtschaftlich gerichtet, in sozial-politischer Hinsicht ein echtes Erzeugnis des Kapitalismus, wobei doch der Verfasser zugleich zu einem Staatssozialismus reinster Prägung gelangt.“ Sozial-ökonomisch betrachtet verkannte Rathenau auf der einen Seite, daß die Freiheit der Marktpreisbildung auf jeden Fall bei Lebzeiten des Kapitalismus unmöglich entbehrt werden kann, da nur der freie Preis die Produktionselemente ökonomisch zweckmäßig zu lenken in der Lage ist, und auf der anderen Seite verkannte er die guten Gründe, die den Freiherrn vom Stein nach der Katastrophe von 1806 in seiner Nassauer Denkschrift zu dem Ausspruch veranlaßten: „Das zudringliche Eingreifen der Staatsbehörden in private und Gemeindeangelegenheiten muß aufhören, und dessen Stelle hat die Tätigkeit des Bürgers einzunehmen, der nicht in Form und Papier lebt, sondern kräftig handelt.“ Daß Rathenau, wie alle Verkünder staatssozialistischer Ideen, die Anpassungsschwierigkeiten,

mit denen der freie Marktverkehr zu rechnen hat, übertreibt, ist nicht auffallend; man glaubte ihm aber besonders gern, weil er, der führende Praktiker, es doch „wissen mußte“.

Trotz alledem wurde es allmählich immer klarer, wie wenig die Staatsmaschinerie auf volkswirtschaftlichem Gebiete zu leisten vermag, wenn sie sich an Stelle des freien Marktes setzen will. Die Unentbehrlichkeit der freien Preisbildung drängte sich langsam, aber sicher als allgemeine Überzeugung durch. Wissenschaftliche Untersuchungen, wie beispielsweise die umsichtige Arbeit von F. Terhalle: „Freie oder gebundene Preisbildung“ (1920), verhalfen dieser Erkenntnis zu schnellerem Sieg. Mutatis mutandis galt für die Wirtschaftspolitik, die außerhalb der ökonomischen Gesetze Erfolg erzielen will, das, was einmal der bayerische Bauernführer Heim in einem Artikel des „Berliner Tageblatt“ 1918 ausführte, daß „Maßnahmen aus politischen Gründen im Ernährungswesen Augenblicksarbeiten sind, angenehme Stunden, aber traurige Wochen zur Folge haben“. Da nun aber das die wichtigste Aufgabe der wissenschaftlichen Erkenntnis ist, „das Dauernde für das Vergängliche fruchtbar zu machen“ (Cassirer), wird der Wirtschaftspolitiker, wenn er nicht auf Sand bauen will, die Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Theorie sich zunutze machen müssen. Nicht umgekehrt darf es Aufgabe des Theoretikers sein, Beweismaterial für das herbeizutragen, was dem Praktiker als anzustrebender Zweck erscheinen mag. Daher war es auch rein „praktisch“ gesehen von großer Bedeutung, daß die unbefangene wirtschaftstheoretische Forschung im neuen Deutschland wieder zur Bedeutung gelangte.

Erkenntnistheoretisch haben die Kriegs- und Nachkriegsexperimente namentlich dadurch fruchtbringend gewirkt, daß die Verhältnisse geradezu zwangen, den Geldschleier von der Betrachtung der Vorgänge in der Güterwelt, worauf es doch in erster Linie ankommt, wegzuziehen, ohne daß deshalb die zunehmende Wichtigkeit der Geldvorgänge verkannt wurde. Auch hier brauchte man nur wieder bei den Klassikern in die Lehre zu gehen. Die Kriegstatsachen drängten aber dazu, deren Untersuchung nach einer Richtung hin zu ergänzen: während die Klassiker in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen den statischen Dauerpreis stellten, den Ausgleich, den Angebot und Nachfrage auf die Dauer finden und finden müssen, zeigte sich gerade jetzt, daß die jeweiligen Preisfluktuationen, die die Dynamik der Geschehnisse mit sich bringen, auch lohnende und wirtschaftspolitisch gesehen notwendige Erkenntnisobjekte für die wissenschaftliche Forschung sind. Man mußte sich beispielsweise die Frage vorlegen, warum die Wirkungen einer eingetretenen Teuerung so schwer zum Stillstand zu bringen seien; man wurde gezwungen, die Änderungen in der Einkommengestaltung auf die Preisbildung schärfer ins Auge zu fassen; ebensowenig durfte man achtlos

an dem Kampf vorübergehen, den die Verschiebungen des Preisniveaus mit sich brachten. Auch das Wucherproblem konnte unmöglich damit abgetan werden, daß man den Glaubenssatz verfocht, bei freiem Spiel der Kräfte werde sich auf die Dauer alles von selbst bestens ergeben.

So war die Katastrophe, die die Volkswirtschaft seit 1914 über sich ergehen lassen mußte, indirekt berufen, mit zu helfen, den Weg zur richtigen Volkswirtschaftslehre zu bahnen. Dagegen wurden diejenigen enttäuscht, die aus den Erfahrungen der Kriegszeit eine „Kriegswirtschaftslehre“ als besondere Wissenschaft erwarteten. Schon 1910 hatte Otto Neurath den Gedanken der Begründung einer Kriegswirtschaftslehre aufgeworfen; bald nach Kriegsausbruch wurde er von verschiedenen Seiten zur Erörterung gestellt; besonders nachdrücklich vertrat Georg von Mayr die Forderung einer Dreiteilung unserer Wissenschaft in Nationalökonomie, Weltwirtschaftslehre und Kriegswirtschaftslehre. „Handelt es sich bei der Weltwirtschaftslehre um die besondere neuzeitliche, außerordentlich gesteigerte Erweiterung der internationalen Ausstrahlungen des nationalwirtschaftlichen Lebens, so handelt es sich bei der Kriegswirtschaftslehre um die eigenartige wirtschaftstheoretische Verengerung des Wirkungsgebiets der nationalen Wirtschaftsführung nach außen und im Innern.“ Dabei gibt von Mayr selbst zu, daß die Kriegswirtschaftslehre ihre entscheidende Aufgabe nicht auf dem Gebiete der Theorie, sondern auf jenem der Wirtschaftspolitik zu suchen habe. Damit ist aber auch schon das Entscheidende gegen eine Kriegswirtschaftslehre gesagt. Die Kriegswirtschaftspolitik kann, wie jede praktische Politik, nur eine Kunst sein; freilich sollte sie eine auf Wissenschaft gestützte Kunst sein. Die Wissenschaft aber, um die es sich dabei handelt, ist der Inbegriff von allgemein gültigen Urteilen, die sich auf das Ineinandergreifen der durch gegenseitige Abhängigkeit miteinander verbundenen Einzelwirtschaften beziehen, ist mit anderen Worten die Sozialökonomik schlechtweg. Ich stimme W. Heller vollkommen zu, wenn er meint: „Der Krieg verändert wohl auf allen Gebieten die Lasten des Wirtschaftslebens, ja auch in weitgehendem Maße jene des Gesellschaftslebens im allgemeinen, er ändert aber nichts an den Grundsätzen des Wirtschafts- oder des Gesellschaftslebens. Wie auf dem Gebiete der Weltwirtschaft, so auch auf jenem der Kriegswirtschaft, treten wohl auch Neuerscheinungen auf, sind auch wohl neue Beobachtungen zu machen, um gewisse Zusammenhänge herauszuschälen; dies macht sie aber doch noch zu keiner selbständigen Disziplin.“¹⁾ Dennoch ist es natürlich höchst beachtenswert, die Wechselwirkungen zwischen den Tatsachen,

¹⁾ „Die Theorie der Volkswirtschaftslehre und der Weltkrieg“. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik. N. F. 2 (1922), S. 595 ff.

die der Krieg mit sich bringt und der Wirtschaftswissenschaft zu untersuchen, wie das in Deutschland im Anschlusse an die Erfahrungen des Weltkrieges namentlich Eulenburg, Lederer, Plenge getan haben¹⁾). Die zum Teil sehr traurigen Lehren, die der Weltkrieg für die Kriegswirtschaftspolitik hinterlassen hat, kann man in dem einen Satze zusammenfassen, daß der Politiker während des Krieges mehr noch wie im Frieden die ökonomischen Gesetze kennen muß; nur dann wird er den unvermeidlichen wirtschaftlichen Schaden, den er durch seine Maßnahmen anrichten muß, auf das notwendige Minimum zu beschränken vermögen.

Bevor die eben erwähnten Kriegserfahrungen in der erwarteten günstigen Weise auf die Volkswirtschaftslehre einwirken konnten, mußte erst noch eine weitere ernste geistige Krisis überwunden werden, die man als „Sozialisierungspsychose“ bezeichnen kann. Karl Marx hatte die Möglichkeit irgendwelcher „ewigen“ Wirtschaftsgesetze geleugnet; er setzte an deren Stelle den Glauben an einen Zukunftsstaat, der sich aus der Entwicklung von selbst ergeben werde und ergeben müsse. Paradiesische Zustände für das Proletariat erwartete man davon. Über die Ausgestaltung im einzelnen konnte jeder nach Belieben phantasieren, eine wissenschaftliche Diskussion war darüber gar nicht möglich. So fehlte es also auch, als die in den sozialistischen Parteien organisierte Arbeiterklasse zur Herrschaft kam, an positiven Aufbauplänen. Längst hatte der Marxismus bei seinen Anhängern zu einer Art wissenschaftlicher Erstarrung geführt. Die wenigen ernsten Versuche, im Rahmen der von dem Meister gezogenen Grenzen wissenschaftliche Vertiefung zu erreichen — ich verweise namentlich auf das Buch der Rosa Luxenburg „Die Akkumulation des Kapitals, ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus“ (Berlin 1913) —, blieben unbeachtet. Andererseits fehlte es an ernstlichen Bemühungen, den Marxismus so umzudeuten, daß er zur Grundlage für positive Aufbauarbeit werden konnte.

Erst als man während des Krieges die Aufbaupläne zu erörtern begann, sah man auch im marxistischen Lager klarer ein, wie verhängnisvoll das Fehlen einer für die Erkenntnis der wirtschaftlichen Gegenwart brauchbaren Theorie sei. Charakteristisch ist dafür das Buch Renners: „Marxismus, Krieg und Internationale“ (Stuttgart 1917). Eindringlich verurteilt er die vulgären Marxisten, die nur leeres Stroh zu dreschen vermöchten, weil sie glaubten, es genüge, das „Kapital“ zur Hand zu nehmen, um damit die wirtschaftspolitischen Verhältnisse der Gegenwart zu erklären; es gelte, mit ebenso ernster Denkarbeit, wie es einst Karl Marx für seine Zeit getan habe, die eigenartigen Probleme unserer Zeit der Lösung näher zu bringen, wo nicht übersehen werden könne, daß die Stellung des Ar-

¹⁾ Eine gute Zusammenfassung der Ergebnisse gibt Briefs in seinem Artikel „Kriegswirtschaftslehre und Kriegswirtschaftspolitik“ im Handwörterbuch, 4. Aufl., Bd. V.

beiters, des Arbeitgebers, des mobilen Kapitals und manches andere sich doch gegenüber der Zeit, in der Karl Marx lebte und beobachtete, nicht unwesentlich geändert habe.

Als sich dann die Katastrophe von 1918 verwirklichte, war es keine schwere Aufgabe für die Wissenschaft, zu konstatieren, daß der Marxismus versagt habe, und zu zeigen, warum er versagen mußte. Mehr als andere hatte Plenge ein Recht, dies zu tun, hatte er doch schon längst vor dem Kriege in wissenschaftlich eindringender Weise immer wieder betont, wie bedenklich es sei, daß sich Marx und die Marxisten „über den Neubau über den Kapitalismus hinaus keine Gedanken machen wollten“. In seinem Buch „Revolutionierung der Revolutionäre“ (Leipzig 1918) weiß Plenge sehr Beachtliches über den Marxismus zu sagen. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus ist es insbesondere verdienstlich, daß er dem Marxismus vorhält, wie er das Kapital und den Kapitalismus nur negativ als Verwertungsmaschinerie, nicht aber positiv als das gewaltige Mittel zur Organisierung der Produktion angesehen habe. Hier will er, daß die praktische Politik anknüpft, und proklamiert: „Sozialismus ist nicht gesetzmäßiges materielles Geschehen, sondern organisatorischer Geist“ (Vorwort S. 16), oder bestimmter ausgedrückt: „Das Ergebnis ist klar; es gilt, aus dem Marxismus in den Sozialismus zurückzufinden, den Sozialismus nach seinem inneren Gesetz bis zu Ende zu durchdenken und ihn nicht als blinde Gesetzlichkeit, sondern als Richtbild zu nehmen, das mit kluger realpolitischer Kunst und überleginem Sachverständnis in den gesicherten Staatsbau der führenden weltgeschichtlichen Völker so hineinzumeistern ist, daß sie sich zur Völkergenossenschaft der Zukunft zusammenfinden können. Der Sozialismus muß aus Utopie und Prophetie zur lebendigen Staatskunst werden“ (S. 150). Was hätte dabei die Volkswirtschaftslehre zu tun? Vermutlich nicht viel: „Organisationstheorie ist . . . das glatte und klare Ende der einseitigen ökonomischen Gesellschaftsbetrachtung“ . . . „Wirtschaft ohne Staat, wie sie die reine ökonomische Theorie sehen möchte, ist ein schwammiges, lebensunfähiges Gewebe“ (S. 87/88). Das ist ein offenbares Verkennen des Wesens und der Aufgabe der „einseitigen ökonomischen Gesellschaftsbetrachtung“, die gewiß nicht den gesamten unendlich verwickelten sozialen Prozeß erkennen kann und erkennen will, die bewußt nur das wirtschaftliche Gemeinschaftsleben zum Gegenstand ihrer Forschung macht; dennoch ist sie für die Gesellschaftspolitik unentbehrlich. Das Verkennen der Wahrheiten der ökonomischen Theorie hat Deutschland und der Weltwirtschaft seit 1918 vielleicht mehr geschadet als der verheerendste Krieg, den die Weltgeschichte bis jetzt gekannt hat.

Die Lehre, der Staat kann alles machen, muß alles machen, blieb zunächst

auch nach Kriegsende die Lösung. Über das „wie“ hatte man keinerlei klare, begriffliche Vorstellung. Nur ein Wort hatte sich zur rechten Zeit eingestellt: „Sozialisierung!“ Man weiß bis heute nicht, woher es gekommen und wer für seine Erfindung die Verantwortung trägt. Spaßig war es, zu sehen, wie bei dem Aufmarsch der Parteien zur Nationalversammlung alle Parteien vor diesem Wort ihre Referenz machten. Sie alle versäumten nicht zu versichern, daß sie gegen Überführung geeigneter Betriebszweige in die Leitung und das Eigentum der öffentlichen Gewalt über die schon bestehenden Staatsunternehmungen hinaus nichts einzuwenden hätten. Die Sozialisierungskommission begann unter Mitwirkung hervorragender Vertreter der sozialökonomischen Wissenschaft ihre Arbeiten. Das Ergebnis ist in umfangreichen Bänden niedergelegt. Es ist erschreckend mager. Gleiches ist über die umfangreiche Sozialisierungsliteratur zu sagen. Massen und Führer waren in gleicher Weise von dem Glauben gepackt, daß man in den Sozialismus nicht, wie es Marx eigentlich gelehrt hatte, „hineinwächst“, sondern daß dieser Sozialismus organisiert werden muß. Daß das äußerlich schnell gehen konnte, zeigten ja die Dekrete der russischen Sowjetrepublik nicht minder wie die raschen Taten der deutschen Volksbeauftragten, wie es ja auch schon vorher die Blitzpolitik des Generalstabs dem oberflächlichen Beobachter nahelegen konnte. Über den begrifflichen Wirrwarr in der Sozialisierungsdebatte unterrichtet am besten Felix Weil: „Sozialisierung, Versuch einer begrifflichen Grundlegung“ (Berlin 1921); wie gegensätzlich die erkenntnistheoretische Position bei der Beurteilung der Sozialisierungsprobleme im Lager der deutschen Wissenschaft war, haben namentlich die Regensburger Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik (1919) offenbar gemacht.

Unter den Sozialökonomien, die grundsätzlich an der Möglichkeit, die Volkswirtschaft als Ganzes planmäßig umzugestalten, festhalten, ragt Ed. Heimann hervor. Seine „Untersuchungen über Mehrwert und Gemeinwirtschaft“ (Berlin 1922) ist eine der sehr wenigen Schriften aus dem Bereich der Sozialisierungsliteratur, die dauernden Wert behalten werden. Er geht als volkswirtschaftlich geschulter Denker an die Probleme heran, verkennt infolgedessen nicht das Gefährliche des sozialistischen Programms einer planmäßigen Gesamtwirtschaft. Nur unter der Voraussetzung sei es verwirklichungsfähig, daß die Gesetze der Wirtschaft, die sich nicht ausschalten lassen, Beachtung finden; „wie der Ingenieur genau berechnet, welche Naturkräfte in der Maschine wirksam werden sollen, und mittels leichter Schaltvorrichtungen ihren Gang lenkt, so muß der Leiter einer gemeinwirtschaftlichen Verkaufs- und Abrechnungsstelle das Steigen und Fallen der wirtschaftlichen Kräfte, die für seinen Wirtschaftszweig von Wichtigkeit sind, genau ablesen und den Gang der Maschine dem anpassen

können“ (184). Aber ist dieses genaue Berechnen überhaupt möglich? Schon Max Weber betonte („Wirtschaft und Gesellschaft“, im Grundriß der Sozialökonomik, Bd. III, S. 56 ff.), daß das Problem der Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen das eigentliche Zentralproblem sei, und es ist gewiß, wissenschaftlich gesehen, das wertvollste Ereignis der Sozialisierungsdebatte, daß das erkannt und zum Gegenstand gründlicher wissenschaftlicher Untersuchungen wurde. Mises insbesondere hat als Erster versucht, deutlich zu machen, daß ein sozialistisches Gemeinwesen überhaupt nicht imstande sei, in der Wirtschaft zu rechnen, so daß wirtschaftlich rationelles Handeln im Sozialismus nicht durchführbar wäre: „Ohne Wirtschaftsrechnung keine Wirtschaft.“ Die Rationalität des Handelns werde im sozialistischen Gemeinwesen von dem Gebiet, auf dem ihre eigentliche Domäne liege, verdrängt. Wäre dem so, dann würde das nicht nur wirtschaftstheoretisch, sondern auch wirtschaftspolitisch weittragende Folgen haben müssen. Die Anhänger der Gemeinwirtschaft haben sich natürlich zur Wehr gesetzt, am wirksamsten wohl Marschalk in seinem Aufsatz „Wirtschaftsrechnung und Gemeinwirtschaft“ (Archiv 1924, S. 501 ff.). Auf die Einzelheiten der Kontroverse einzugehen, kann nicht Aufgabe dieses Berichtes sein. Daß das hier in Betracht gezogene Problem erst jetzt ernste Erörterung gefunden hat, ist für den Marxismus charakteristisch.

Während man sich den Kopf darüber zerbrach, was man an die Stelle des überlebten Kapitalismus setzen sollte, zeigte dieser selbst eine immer stärker werdende Lebenskraft. Heimann, der noch 1919 einen Aufsatz im Archiv für Sozialwissenschaft mit der Versicherung schloß, daß uns nur die Alternative bleibe, radikale Sozialisierung oder Untergang, meinte drei Jahre später in dem oben erwähnten Buch: „Es sollte ehrlicherweise nicht mehr bestritten werden, daß durch die Leistungen des Kapitalismus für den Wiederaufbau nach dem Krieg alle düsteren Vorhersagen seiner Gegner erledigt und die Erwartungen seiner Verfechter weit übertroffen sind. Gerade weil der Mechanismus für die Auslösung der Wirtschaftsleiter im Kapitalismus so primitiv arbeitet, ist er unbedingt zuverlässig, und er wirkt nicht nur zugunsten der beteiligten Privaten, sondern auch der Gesamtversorgung.“ Mit dieser Erkenntnis, die in der Tat kaum jemand, der unbefangen den Dingen gegenübersteht, leugnen kann, war — Extreme berühren sich — der Boden für die Wiederkehr eines extremen ökonomischen Liberalismus vorbereitet. Ein Buch wurde möglich und ernst beachtet, das in dem Menschenalter vor dem Kriege in der breiten Masse auch der Gelehrten wahrscheinlich nur entrüstete Ablehnung gefunden hätte: Mises, „Die Gemeinwirtschaft, Untersuchung über den Sozialismus“ (1922). Er sieht in der Sozialpolitik, dem staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft, überhaupt in der volkstüm-

lichen Steuerpolitik, aber auch in der Gewerkschaftsbewegung, ja selbst in der „romantisch-sozialen Kunst“, wie überhaupt in der sozialen Gesinnung einen „Destruktionismus“, der schließlich zum Untergang von Wohlstand, Reichtum, Kultur führen muß. Sicher ist, daß diejenigen, die zu sehr und zu lange an dem Glauben von der wirtschaftlichen Omnipotenz der öffentlichen Gewalt festgehalten haben, aus dem Misesschen Buch sehr viel lernen können. Aber sein wirtschaftliches Programm entbehrt doch der genügenden wissenschaftlichen Fundamentierung. Vielleicht ist das der Hauptfehler, daß er übersieht, daß die regelnde Gewalt der freien Konkurrenz sich nur auf die Dauer durchsetzt, daß jeweils in dem bunten Wirrwarr der wirtschaftlichen Dynamik gegenseitige Hilfe und damit auch Hilfe des Staates, der Gemeinde, der Gewerkschaft und der Genossenschaft nicht nur ungefährlich, sondern höchst zweckmäßig sein kann, beispielsweise da, wo Unkenntnis der Marktlage, Unfähigkeit, sich ihr anzupassen, oder der Gegensatz zwischen dem am Augenblickserfolg haftenden Profitinteresse der Einzelwirtschaft und dem dauernden volkswirtschaftlichen Produktivitätsinteresse eine von außen kommende „Fürsorge“ erwünscht erscheinen läßt. Freilich wird man nur dann verhindern können, daß der Teufel durch Beelzebub ausgetrieben wird, wenn jeder derartige Eingriff sich auf unbestechliche volkswirtschaftliche Einsicht stützt.

Für ein Einzelgebiet, das allerdings für den volkswirtschaftlichen Fortschritt besonders wichtig ist, betrachtet H. Dietzel mit der ihm eigentümlichen Schärfe und klaren Darstellungsgabe die Bedeutung der wirtschaftlichen Freiheit in seiner Schrift „Technischer Fortschritt und Freiheit der Wirtschaft“ (1922). Hier sein Ergebnis: „Seitdem die revolutionäre Energie des Individiums entfesselt wurde, seit das Konkurrenzsystem herrscht, rauscht der Strom der Erfindungen: post hoc et propter hoc. Kommt es zu einer Revolution der Gesellschaft, welche eine neue, dem ancien régime ähnelnde Sozialordnung ans Ruder bringt, dann wird die Revolution der Technik wieder nur noch eine schöne Erinnerung sein. Allein im reinen Äther der Freiheit konnte der Riesenflug vor sich gehen; die Stickluft der ‚Organisation‘ mußte ihm ein Ende bereiten.“

Den Organisationslustigen sucht Othmar Spann, stark beeinflußt von Adam Müller, mit großem Eifer und erheblichem literarischen Geschick neue Wege zu bahnen. Er unterscheidet vier Typen der Wirtschaft: 1. die reine oder freie Verkehrswirtschaft oder den Kapitalismus, 2. die reine Planwirtschaft oder die kollektivistisch-kommunistische Wirtschaft, 3. die ständig gebundene Wirtschaft, 4. die frei geregelte Wirtschaft oder den gemäßigten Kapitalismus. Nur die beiden Typen der ständig gebundenen und der frei geregelten Wirtschaft sind nach ihm lebensfähig. Die frei geregelte Wirtschaft oder der gemäßigte Kapitalismus sei

aber nur eine vorübergehende Auflockerung und Verflüssigung vorhandener ständischer Gliederungen und Bedingungen. Die Zukunft gehöre dem ständisch gegliederten Staat. Ständischer Aufbau eines Staates bedeutet nach Spann „Gliederung des Ganzen, Bestehen aus lauter kleinen Standeskörperschaften, d. h. aus lauter kleineren Organismen, gleichwie der lebendige Leib durch und durch organisch ist, überall immer aus Zellen besteht, also auch im kleinsten organisiert ist. — Während der demokratische Staat aus einem Haufen gleichförmiger Atome bestehen will und eigentlich amorph ist, ist der ständische Staat durch und durch Staat, durch und durch Gliederung, das große Ganze besteht aus lauter kleinen Ganzen, nicht aus einer gleichförmigen Masse unmittelbarer Elemente, unmittelbarer Staatsbürger. Die kleinen Ganzen sind nicht unvermittelt dem Zentrum der Ganzheit angeschlossen, sondern vermittelt durch Zugehörigkeit zu Gesamtverbänden der zünftigen Stände zu bestimmten Standesgruppen.“ Derartigem Zwecksetzen ordnet Spann sein ganzes wirtschaftswissenschaftliches Denken unter, wobei er verkennt, daß dabei ein beherrschender, einheitlicher Wille Voraussetzung ist, der aber nicht ohne weiteres gegeben ist, weil sich die ökonomischen Notwendigkeiten stärker erweisen müssen als der Wille der einzelnen und der Wille einer Gesamtheit. Das „Reich der Zwecke“ im Sinne Spanns muß ein höheres Reich über sich erkennen, das Reich der wirtschaftlichen Notwendigkeit, und um dieses „Muß“ richtig zu erkennen, wird man schon wie bisher Wirtschaftstheorie treiben müssen; auch dann, wenn man mit Spann nichts weniger wünscht, als daß „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft jene Gestalt erhalten, die den höheren geistigen Inhalten des Lebens not tut“, wenn man will, daß die Materie durch den Geist gemeistert werde. Ich fürchte, daß sich Spann je länger, je mehr in eine Art von Prophetie verrennt, die mit eigenartiger, höchst sonderbarer Logik und Erkenntnistheorie die Wirtschaft dem Seherblick des „Weltweisen“ unterordnet. Dabei soll nicht verkannt werden, daß die originelle Auffassung der Volkswirtschaft durch Spann mancherlei Wertvolles in sich schließt. Das gilt insbesondere von seiner Forderung nach teleologischer Auffassung des Marktes. Aber dieser Forderung wird in anderem Sinne, wie er es meint, Rechnung zu tragen sein; insbesondere kann keine Rede davon sein, daß die These Spanns: „Das Verfahren keiner einzigen Gesellschaftswissenschaft wird durch kausaltheoretische Begriffsbildung bestimmt“ richtig ist.

Mit Mises ist Spann in der scharfen Ablehnung des Marxismus einig — sonst trennt ihn eine ganze Welt von diesem —, wie denn überhaupt nach Überwindung der Sozialisierungpsychose eine Anzahl von Schriften erschienen sind, die sich kritisch mit dem Sozialismus, dem Marxismus auseinandersetzen, von denen

aber wohl nur das Buch von Pohle „Kapitalismus und Sozialismus, Betrachtungen über die Grundlage der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sowie die Voraussetzungen und Pläne des Sozialismus“ stärkeren Eindruck gemacht hat. Pohle kommt insofern zu einem ähnlichen Ergebnis wie Mises, als auch er meint, „wenn die deutsche Volkswirtschaft nach dem furchtbaren Schicksal, daß sie jetzt durchgemacht hat, und das ihr weiter nach den Friedensbedingungen noch bevorsteht, überhaupt noch einmal zu ihrer früheren Größe aufgerichtet werden kann, so kann das nur auf dem Boden individualistischer Wirtschaftsordnung und unter der Führung des Kapitalismus geschehen“.

Mittlerweile hat in der öffentlichen Aussprache das Schlagwort „Sozialisierung“ einem anderen Platz gemacht: „Förderung der Produktivität der Arbeit“! Auch in diesem Schlagwort steckt viel Unklarheit, aber es enthält jedenfalls den richtigen Kern, daß letzten Endes nicht das Gestalten der Dinge und Verhältnisse durch Machtpolitik, sondern das Quantum und die Qualität des Energieaufwandes, mit dem es gelingt, den knappen Gütervorrat in der Volkswirtschaft zu vermehren, das Entscheidende ist. Eine ganze Reihe Aufsätze und Schriften haben sich in neuer Zeit dem Produktionsfaktor „Arbeit“ gewidmet in der Absicht, mit wissenschaftlichen Mitteln Wege aufzuweisen, um sie möglichst erfolgreich zu gestalten. Natürlich interessiert uns auch hier die ökonomische Seite dieser Erörterungen. Besonderen Anlaß zur kritischen Stellungnahme bot der Taylorismus und Fordismus. Die überschwengliche Begeisterung, die vornehmlich Techniker, aber auch Wirtschaftler dem Taylorismus entgegengebracht haben, scheint stark im Abflauen begriffen zu sein. Vom wirtschaftlichen Standpunkt hat v. Gottl in seinem Aufsatz Wirtschaft und Technik im „Grundriß der Sozialökonomik“, Bd. II, das Bedenkliche dieses Systems gut herausgearbeitet. Er macht einen Unterschied zwischen Taylorismus, der organisatorisch zwangsweisen Bestgestaltung der ausführenden Arbeit im Betrieb — ein selbstverständliches Ziel für jeden guten Betriebsleiter —, und der „Taylorei“, dem Einschnüren der Arbeiter in ein dichtes Netz von Hilfen und Kontrollen. Letztere lehnt Gottl vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit mit Recht ab; er spricht von einem „Sichüberschlagen der technischen Vernunft zu etwas Widervernünftigem“: die Persönlichkeit des Arbeiters und damit das Beste, was doch schließlich auch rein volkswirtschaftlich gesehen, im Produktionsfaktor „Arbeit“ steckt, wird „totgequetscht“. Es ist sicher kein Nachteil, wenn der deutsche Arbeiter sich mit dieser Taylorei nicht befreunden will. — Wenn nun insoweit Taylor nachgerade „unmodern“ bei uns wird, so gelangt der Fordismus zur höchsten Mode. Das ist zum guten Teil die Folge einer sehr

wirkungsvollen Selbstverteidigung, die Ford in seiner weitverbreiteten Lebensbeschreibung gibt. Darin ist allerdings viel die Rede von dem, was uns Deutschen in unserer augenblicklichen Stimmung sehr sympathisch ist, von dem Geist der Selbstverantwortung, Selbstinitiative, kurz von dem Geist der „Persönlichkeit“. Wieviel Raum dafür praktisch übrigbleibt, ist freilich eine andere Frage. Auch daß bei Ford das Walten der technischen Vernunft nie aufhört, daß er, wenn nötig, immer wieder von neuem den Betrieb gestaltet, ist nichts, was ihn grundsätzlich von Taylor unterscheidet. Dagegen macht v. Gottl, der sich in erstaunlicher Weise für den Fordismus begeistert¹⁾, auf einen anderen Unterschied aufmerksam: Der Fordismus setze eine stetig wachsende Massenbasis der Produktion voraus, die durch steigenden Absatz mit Hilfe eines immer wiederholten kräftigen Abbaues der Preise erzielt werde. Diesen Preisabbau ermöglicht, meint Gottl, aber bloß der dauernde Verzicht auf Industrierente; an Stelle aller „Ausschüttungen“ treten die „Rückstellungen“ im Dienste neuerlicher Anlagen. Der Gewinn falle also der Gemeinschaft zu im Sinne einer immer wohlfeileren Versorgung. Idealtypisch stehe hier dem fordristischen Erwerb nicht der „Rentenwille“, sondern der „Dienstwille“ gegenüber. Aber kann nicht so jeder kapitalistische Unternehmer argumentieren, der seinen Gewinn nach Abzug des verhältnismäßig Wenigen, was er zum Leben braucht, von neuem „anlegt“, ja, kann er das nicht noch mit größerem Recht sagen als Ford, wenn er seinen Gewinn mit Hilfe des Geld- und Kapitalmarktes der Volkswirtschaft insgesamt und nicht ausschließlich „seinem“ Betrieb zur Verfügung stellt und infolgedessen nicht nur ein vielleicht untergeordnetes Bedürfnis, sondern die Bedürfnisse mit einer größeren Zweckmäßigkeit befriedigt werden können? Warum soll denn Verbilligung der Autos und „Überhöhung“ der in der Autoindustrie bezahlten Löhne „reinere, tatfrohere Gesinnung“ voraussetzen, als Fortschritt in der Produktion schlechtweg durch vermehrte Kapitalzufuhr mit daraus notwendigerweise folgender „Überhöhung“ der Löhne? Es ist auch nicht so, daß im Fordismus „neben der festen Regel des Erwerbs bei Hochpreishaltung auch das wirtschaftliche Grundgesetz von Angebot und Nachfrage bedenklich zusammenschrumpfe“. Es wird lediglich ein altbekanntes kapitalistisches Mittel geschickter und erfolgreicher angewendet, zunächst nur für das eigene Geschäft, ob daraus auch auf die Dauer gesehen für die Volkswirtschaft sich ein entscheidender Fortschritt ergibt oder gar ergeben muß, bleibt abzuwarten. Noch steht Ford im Konkurrenzkampf. Wird der Fordismus als solcher — darauf kommt es an, nicht auf die vielleicht vor-

¹⁾ Fordismus? Paraphrasen über das Verhältnis von Wirtschaft und technischer Vernunft bei Henry Ford und Frederik W. Taylor. Kieler Vorträge. Jena 1924.

übergehende Gesinnung des sicher vorübergehenden Mr. Ford — stark genug sein, das Streben nach dem höchstmöglichen Ertrag mit „Hochpreishaltung“ auszuschalten? Vorderhand bleibt, vom Standpunkt der G e s a m t wirtschaft, nicht viel mehr zu sehen als die immerhin erstaunliche Fähigkeit des Herrn Ford, seinen Geschäftsvorteil besonders geschickt wahrzunehmen. Wie denn überhaupt alles, was man heute als Typisierung, Normalisierung, Spezialisierung bezeichnet, doch nur ein gradueller Fortschritt oder, besser gesagt, Unterschied in der technischen Ökonomik ist. Dies gilt auch von dem Wege, der von Taylor zu Ford führt. Daß auch in Amerika und unter amerikanischen Dimensionen ein anderer Carl Abbé auftreten kann, hat nie jemand bestritten, ob gerade H. Ford dem Begründer des Zeißwerkes gesinnungsverwandt ist, interessiert uns hier nicht. Neu ist nur das unverkennbare Streben, im Wege des Interessen- ausgleichs die industrielle Produktion vertragsmäßig zu binden, um ihr eine „stabilisierte und quantifizierte Form“ geben zu können. Insofern hat E. Schuster schon recht, wenn er meint, die Typisierung sei die „historisch letzte Form der allgemeinen Kartellidee“ (Archiv 23 S. 438).

Sieht man von den vielen Abhandlungen über Kriegsorganisation ab, die schon heute der Vergangenheit anheimgefallen sind¹⁾, so begegnet man in der Zeit nach 1918 nur wenig beachtenswerten Untersuchungen, die sich dem Problem der industriellen Organisation zuwenden.

Die Vorkriegsverhältnisse hat zuletzt Mannstädt in einer sachkundigen, klar durchdachten Studie: „Ursachen und Ziele des Zusammenschlusses im Gewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Kartelle und Trusts“ (Jena 1916) behandelt. Dem industriellen Neuaufbau in der Nachkriegszeit hat H. v. Beckerath (Kräfte, Ziele und Gestaltungen in der deutschen Industriewirtschaft, Jena 1922) eine wissenschaftlich belangreiche Studie gewidmet. Dabei ist allerdings zu beachten, daß sich gerade hier noch alles in Fluß befindet, daß infolgedessen der wissenschaftlich beobachtende Chronist besondere Mühe hat, das Bleibende und Wesentliche von dem nur rasch Vorübergehenden zu scheiden. Natürlich sind im letzten Grunde die Mittel und Formen für den Neuaufbau der Industrie keine anderen, als sie auch schon vor dem Kriege bekannt waren: Ausbau und Umgliederung der Kräfte und Einrichtungen einerseits, Regulierungen der Beziehungen zum Markte andererseits. Einen Unterschied gegenüber den Verhältnissen der deutschen Industriewirtschaft in der Vorkriegszeit sieht

¹⁾ Den Versuch einer Systematik der Kriegsunternehmungen unter Herausarbeitung ihrer Mitwirkungen auf die Organisationen in der Nachkriegszeit macht W. F. Bruck: „Die Kriegsunternehmung“, Archiv 48, 1920/21, S. 547 ff., und „Zur Systematik der Unternehmungsformen“, Archiv 52, 1924, S. 623 ff.

Beckerath darin, daß die Kartellierung und Syndizierung an Bedeutung — nicht hinsichtlich der Zahl — zurücktritt, gegenüber der Bildung großer wirtschaftseinheitlicher Gesamtunternehmungen und Konzerne. Der stärkere innere Grund für diese Entwicklung liegt wohl darin, daß die Kartelle immer nur eine zeitweilige Einschränkung und Eindämmung, niemals eine Aufhebung des Konkurrenzkampfes bedeuten. Man muß sich während der Dauer des Kartellvertrages rüsten für die kommende Zeit, wo man möglicherweise ohne Vertrag oder doch unter wesentlich anderen Vertragsbedingungen zu arbeiten gezwungen ist. Von einem schrankenlosen Austausch der Produktionserfahrungen kann daher bei der kartellmäßigen, vorübergehenden Bindung ebensowenig die Rede sein wie von einer arbeitsteiligen Gemeinsamkeit des Produktionsprogramms. Der große Konzern kann dagegen die wirtschaftlichen Vorteile differenzierter Herstellung mit den technischen Vorteilen der Massenherstellung verbinden und möglichst vollkommen ausschöpfen. Aber es ist doch ein zu optimistisches Werturteil, das H. Marr fällt (Soziale Praxis, 1923, S. 760): „Der echte Konzern ist arbeitswirtschaftlich bestimmt; geboren aus der Not, die uns zwingt, ungeheure Verluste an Menschen und Kapital, Land und Rohstoffen wettzumachen, erwirkt er einen zweckvollen, händlerischen Übergang ausschaltenden Produktionsmodus — nicht kapitalistisch-spekulativ, sondern in der Tat organisatorisch-technisch ist die Tendenz des echten Konzerns.“ Der Ton liegt hier natürlich auf dem Epitheton „echt“. Stinnes, Thyssen, Klöckner werden als Beispiele genannt. Aber wenn man auch vergißt, daß der Gegensatz zwischen echt und unecht gerade hier sehr flüssig ist, übersieht, daß auch die „echtesten“ dieser Konzerne doch durchweg mit „mehr oder weniger gewalt-samen Mitteln kapitalistischen Machtkampfes“, also nicht etwa organisch entstanden sind, so bleibt doch als Faktum zu würdigen, daß hier Herrschaftsverhältnisse entstanden sind, deren unerhörte Macht drohend über dem gesunden Fortschritt des volkswirtschaftlichen Schaffens und des davon untrennabaren sozialen Einvernehmens schwebt. Auch hier wird sich wieder die öffentliche Macht vergeblich bemühen, der volkswirtschaftlichen Entwicklung den ihr angemessen erscheinenden Weg zu weisen. Gerade hier zeigt sich die Notwendigkeit, der Volkswirtschaft jedenfalls im gewissen Sinne insoweit Freiheit zu geben, sich selbst zu helfen. Die freie Waffe der internationalen Konkurrenz wird das beste, vielleicht das einzige Mittel sein, um ungesunde Kräfte und Stoffe, die sich in der heimischen industriellen Organisation Geltung verschafft haben, auszuscheiden.

Vielelleicht die ernsteste Gefahr dieser wirtschaftlichen Riesengebilde liegt außerhalb des rein Ökonomischen. Beckerath macht in seiner eben erwähnten

Schrift darauf aufmerksam: „Die Führer der beherrschenden Gesamtunternehmen gelangen zu einem immer größeren Einfluß auf die öffentliche politische Meinung und die Staatspolitik, besonders die wachsende Abhängigkeit der Presse von Großindustrieinteressen oder der Industrie verbündeten Finanzinteressen kann diese Wirkung haben“ (v. Beckerath). Diese Feststellung in einer wissenschaftlichen Untersuchung, die den neuen industriellen Gebilden vom volkswirtschaftlichen Standpunkt volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, gibt ernst zu denken. Interessante Darlegungen über „Die Wege zur Eroberung des demokratischen Staates durch die Wirtschaftsleiter“ macht Karl Landauer in einem so betitelten Aufsatz, den er in der Erinnerungsgabe für Max Weber veröffentlichte. Wenn er dabei jedoch zum Schluß kommt, der Staat müsse sich gegenüber den wirtschaftlichen „Herzogtümern“ „wirtschaftliche Hausmacht“ verschaffen, wenn er sich behaupten wolle, insofern sei partielle Sozialisierung eine Konsequenz der politischen Demokratie, die anerkannt werden müsse, wenn das demokratische Prinzip nicht dem Verderben entgegengeführt werden solle, so scheint das allerdings eine Behauptung zu sein, für die der Beweis nicht erbracht ist.

Wie die Änderungen im industriellen Aufbau nach dem Kriege, so hat auch der Einfluß der Neugestaltung der Dinge auf die Urproduktion, insbesondere auf die Landwirtschaft vorderhand noch verhältnismäßig wenig wissenschaftliche Beachtung gefunden. Das macht sich besonders bemerkbar, wenn man die beiden neuesten systematischen Bearbeitungen der Agrarpolitik zur Hand nimmt, die an sich dankenswerten Bücher von Skalweit „Agrarpolitik“, 1923, und Schuller-Schrattenhofen „Agrarpolitik“, 1924. Beide Bücher überraschen auch dadurch, daß sie trotz der Kriegs- und Nachkriegserfahrungen und trotz der starken Anregung, die von der Betriebswirtschaftslehre ausgegangen ist, wo Friedrich Aereboe, den Spuren Thünens folgend, neue Wege einzuschlagen suchte, die Preisprobleme nicht so in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen gestellt haben, wie notwendig gewesen wäre. Daß und warum, davon abgesehen, die Systematik der Agrarpolitik vom wissenschaftlichen Standpunkt zu wünschen übrigläßt, hat Schack, wie mir scheint, in wesentlich zutreffender Weise zur Darstellung gebracht¹⁾). In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß Ed. David sein vortreffliches Buch „Sozialismus und Landwirtschaft“, 1922, in zweiter, umgearbeiteter und vervollständigter Ausgabe herausgegeben hat. Womöglich noch schärfer als in der ersten Auflage betont er: „Der große Zug der tatsächlichen Entwicklung geht jedenfalls überall auf die Durchsetzung der kleinbäuerlichen Familienwirtschaft und zugleich auf Eingliederung dieser

¹⁾ Herb. Schack, „Agrarpolitik als Wissenschaft“, Jahrbücher 1923, S. 547 ff.

mit höchster Intensität arbeitenden Wirtschaftszellen in ein großgenossenschaftlich organisiertes und staatlich gefördertes System.“ Sieht man von den für den Sozialisten selbstverständlichen Zukunftshoffnungen ab, so bleibt ein eindrucksvolles Eintreten für die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Kleinbetriebes das auffallendste Ergebnis dieser mit großer Sachkunde geschriebenen umfangreichen, fast 700 Druckseiten umfassenden Darstellung. Man vermag sich allerdings nicht ganz dem Eindruck zu entziehen, daß die wirtschaftlichen Vorteile, die der Großbetrieb bietet, mit Rücksicht darauf, daß er in manchen Fällen die Arbeitsleistung produktiver gestalten kann, nicht zu ihrem Rechte kommen. Auch sonst findet man nicht gerade selten, daß die sehr verständliche Vorliebe für das Bauerngut das vorsichtige Abwägen der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten beeinträchtigt. Dabei ist notwendig, daß man die Landwirtschaft als Teilgebiet der gesamten Volkswirtschaft betrachtet. In diesem Sinne macht von Dietze in seiner schönen Untersuchung über die ostdeutschen Landarbeiterverhältnisse (Berlin 1922) mit Recht darauf aufmerksam, daß der Kleinbetrieb höhere Erträge nur dadurch bringe, daß er mehr Menschen auf demselben Raum beschäftige, und es sei sehr wohl denkbar, daß die Arbeitskraft derjenigen, die im Kleinbetrieb mehr beschäftigt werden als im Großbetrieb, an anderer Stelle bedeutend vorteilhafter ausgenutzt werden könnten, z. B. durch Verwendung in der Industrie (a. a. O. S. 229). Der Politiker mag sich aus allerlei Gründen über dergleichen Überzeugungen hinwegsetzen, der Sozialökonom, der im Namen der Wissenschaft sprechen will, darf es nicht tun.

Man hätte erwarten sollen, daß der volks- und weltwirtschaftliche Unsinn des Versailler Vertrages die deutschen Vertreter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf den Plan gerufen hätte, um in einer eindringlichen Weise das Unhaltbare des feindlichen Diktates darzutun. Wenn das nicht geschehen ist, so mag es sich zum guten Teil daraus erklären, daß im Inlande das Gefühl des uns geschehenen Unrechts so alles andere in den Hintergrund drängte, daß für eine wissenschaftlich-leidenschaftslose Erörterung der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, die durch die neue Lage geschaffen worden waren, kaum Neigung vorhanden war, und im Ausland galt ja bis in die allerletzte Zeit der deutsche Gelehrte wie jeder Deutsche als Kreatur minderen Ranges, die wenig Beachtung fand. Es ist daher auch schon zu begreifen, so bedauerlich es an und für sich sein mag, daß wir bei dem Studium der wirtschaftlichen Folgen der Friedensverträge den Ausländern den Vortritt lassen mußten. Auch in Deutschland selbst wurden bei den betreffenden Erörterungen die Namen Cassel und Keynes, Norman-Angel und Nitti, Moulton, Vanderlip, Vissering, Verryin Stuart u. a., deren Äußerungen zum Versailler Diktat auch in deutscher Sprache

zugänglich gemacht wurden, häufiger genannt als die deutschen Autoren¹⁾. Mit das Beste, das wir zur Sache zu sagen hatten, enthalten wohl die auch in deutscher Sprache erschienenen Wiederaufbaunummern des Manchester Guardian Commercial.

Auch die so dringend notwendige wissenschaftliche Erörterung der bevorstehenden Neueingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft ist erst in jüngster Zeit bei uns etwas lebhafter geworden. In seinem Schriftchen über die „Internationale Handelspolitik nach dem Kriege“ hat Röpke den Grundlagen, den Mitteln und den Wirkungen der neuzeitlichen internationalen Handelspolitik Aufmerksamkeit geschenkt. Er betont, daß bei Würdigung der heutigen Tendenz der Freihandelsbewegung, für die er grundsätzlich eintritt, zweierlei zu berücksichtigen sei: es handle sich jetzt nicht mehr bloß um das Prinzip des freien Austausches von Waren und Leistungen, der Kampf richte sich vielmehr, wenn auch nicht in allen Ländern gleichmäßig, gegen die staatliche Intervention überhaupt. Ferner sei der Aufgabenkreis der heutigen Freihandelsbewegung noch besonders erweitert durch die Verbindung des Freihandelsgedankens mit Reparationen und interalliierten Schuldenproblemen, auf der Erkenntnis fußend, daß Reparationen, Inflationen die schlimmsten Feinde des Freihandels seien. „So wie der Freihändler in jeder Hemmung der Einfuhr ein Hindernis für die Ausfuhr sieht, so muß er aus prinzipiell den nämlichen Gründen die entgeltlose Übereignung einer so ungeheuren Wertsumme, wie sie die Reparationslast darstellt, verurteilen und als eine neue, nur schwer reparable Störung der weltwirtschaftlichen Beziehungen ansehen.“ Während noch vor wenigen Jahren ein deutscher Autor vollkommen richtig feststellen konnte, daß die alte Freihandelstheorie kaum noch von irgendeinem in der Öffentlichkeit vertreten werde; soweit es geschehe, seien die Vertreter des Freihandels bemüht, „irgendeine Hintertür für den Schutzzoll zu lassen“²⁾, hat sich in jüngerer Zeit die Überzeugung von der Notwendigkeit des Freihandels für die deutsche Volkswirtschaft in den Kreisen der deutschen Gelehrten in überraschend großem Umfange Bahn gebrochen. Die Stuttgarter Kundgebung gegen die Fortsetzung der vorkriegszeitlichen Schutzzollpolitik ist von 107 reichsdeutschen Vertretern der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften unterschrieben worden, d. h. von rund neun Zehnteln der in Betracht kommenden Gelehrten. Sie alle erklären, daß „Deutschland unter den heutigen Verhältnissen gezwungen sei, namentlich auch zwecks Rationalisierung seiner Landwirtschaft und Industrie, sich die Vorteile des

¹⁾ Eine instruktive Besprechung der wichtigeren Literatur veröffentlichte Chr. Eckert in der Kölner Sozialpolitischen Vierteljahrsschrift, Bd. III (1923), S. 20 ff.

²⁾ Gruntzel, „Zur Theorie des Schutzzolls“. Archiv, Bd. 13 (1918), S. 214.

weltwirtschaftlichen Gütertausches zu eigen zu machen“. Die jüngere Generation steht so gut wie geschlossen noch bestimmter auf dem Boden der Freihandelstheorie, als es die Stuttgarter Kundgebung zum Ausdruck gebracht hat.

Die Sorge, daß unter diesem Stimmungswechsel auch das Interesse der deutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Sozialpolitik erlahmen würde, ist meines Erachtens nicht begründet. Freilich wird man Bedenken äußern müssen, wenn Röpke beispielsweise meint, „ein sozialpolitisches Manchesterum paßt nicht mehr recht zum humanitären Kolorit der heutigen Freihandelsbewegung“. Es ist gefährlich, wenn man sich bei der wirtschaftswissenschaftlichen Beweisführung auf humanitäre oder ähnliche Gedanken glaubt zurückziehen zu müssen; das ist aber auch für Verbindung sozialpolitischer Postulate mit einer freihändlerischen Richtung nicht nötig. Wir gebrauchen beispielsweise Arbeiterfürsorge des Staates der Volkswirtschaft wegen; insofern ist Sozialpolitik nicht eine Ausnahme von der Freihandelsbewegung, sondern deren logisch notwendige Ergänzung. Mehr denn je ist es bei der großen Verarmung Deutschlands allerdings notwendig, daß man sich bei allen politischen Maßnahmen, also auch bei der Sozialpolitik, über Ziele und Mittel so klar wie möglich wird. Es geht nicht an, für überflüssige Ziele Aufwendungen zu machen, und bei der Wahl der Mittel müssen wir stets und sorgsam an das ökonomische Prinzip denken. Das beste Ergebnis des sonst nicht allzu ergiebigen Meinungsaustausches seit der Eisenacher Tagung des Vereins für Sozialpolitik (1922), betreffend die Krisis der Sozialpolitik¹⁾, ist vielleicht daß man auf dem Wege ist, durch schärfere begriffliche Klarheit einen besseren Boden für die wissenschaftliche Aussprache zu gewinnen. Namentlich v. Zwiedineck, Amonn und Heimann haben sich in der Richtung in sehr beachtenswerter Weise bemüht. Zwiedineck²⁾ unterscheidet scharf — und gerade darin stimmt ihm Amonn zu und muß man ihm, richtig verstanden, allgemein zustimmen — zwischen Ziel und Inhalt der Sozialpolitik. Das Ziel bleibt immer dasselbe: „die gesunde und kraftvolle Erhaltung der Gesellschaft in ihrer Einheit, vor allem gegen ihre Gefährdung durch die Gegensätze der Teile; die unmittelbare Aufgabe, sozusagen der Weg, den sie zu diesem Ziele gehen zu müssen meint, und damit

¹⁾ Vgl. Herkner, „Unbestrittene und bestrittene Sozialpolitik“, in Schmollers Jahrbuch, Bd. 48 (1924), S. 201 ff., und die dort angegebene Literatur; ferner namentlich: Briefs, „Zur Krisis in der Sozialpolitik“, Kölner Vierteljahrsschrift, Bd. III, S. 5 ff., und Eulenburg, „Krise der Sozialpolitik“, Zeitschrift für Politik, Bd. XIII (1923), S. 412 ff.

²⁾ v. Zwiedineck, „Zum Schicksal der Sozialpolitik in Deutschland“, in Schmollers Jahrbuch, Bd. 47 (1923), S. 77 ff.; Amonn, „Der Begriff der Sozialpolitik“ (daselbst Bd. 48 (1924), S. 159 ff., und Ed. Heimann, „Marktwirtschaft, Klassengesellschaft und Sozialpolitik“, in der Kölner Sozialpolitischen Vierteljahrsschrift, Bd. III (1923), S. 45 ff.

das mittelbare Objekt der sozialpolitischen Arbeit: das ist jene Teilgruppe, deren Förderung jeweils im Interesse der Gesamtgesellschaft für geboten erachtet wird, kann sich ändern.“ Dadurch wird die verbreitete Auffassung, daß man unter Sozialpolitik das Eingreifen des Staates zum Schutze gerade der Arbeiterklasse zu verstehen habe, als nur bedingt richtig hingestellt; mindestens ist diese Auffassung unvollständig, weil sie, wie Zwiedineck ausführt, „in den Vordergrund rückt und zum Wesen der Sozialpolitik macht, was nur Mittel und Weg ist“, während „das letzte Ziel und damit das Wesen der Sozialpolitik verhüllt wird“. Daß das allerdings sehr weit gesteckte Ziel der Sozialpolitik auch unmittelbares volkswirtschaftliches Interesse hat, ist einleuchtend; es geht das schon aus der Tatsache hervor, die Heimann (a. a. O. S. 61) mit Recht in den Vordergrund rückt, daß das Wirtschaftselement auch psychologische Lebensbedingungen habe, daß alles, wovon die Person des Arbeiters außerhalb des Arbeitsvorganges betroffen wird, den Arbeitserfolg beeinflußt. Freilich gehört nicht alles, was die öffentliche Macht negativ oder positiv tut zur „Erhaltung der Gesellschaft in ihrer Einheit“, in das Forschungsgebiet des Sozialökonomie; es versteht sich von selbst, daß es beispielsweise nicht unsere Aufgabe sein kann, zu untersuchen, inwieweit die Staatskirchenpolitik dem genannten Zwecke entspricht oder nicht. Die unendlich große Fülle der sozialpolitischen Mittel unter *v o l k s w i r t - s c h a f t l i c h e m* Gesichtspunkte auf ihre Möglichkeit und Zweckmäßigkeit zu untersuchen, wird die Aufgabe der Sozialpolitik bleiben müssen, die in unser Fachgebiet hineingehört. Bedenklich ist es, wie Amonn vorschlägt, nur diejenigen Maßnahmen als sozialpolitische gelten zu lassen, die „*i n e r s t e r* Linie“ Erhaltung der Gesellschaft in ihrer Einheit bezwecken. Er lehnt es z. B. ab, daß steuerpolitische Maßnahmen, wie etwa Freilassung des Existenzminimums, Abstufung der Steuerleistung nach der Steuerfähigkeit, unter den Begriff Sozialpolitik gebracht würde. Daß ein Mittel für die sozialpolitische Zwecksetzung auch noch für irgendeinen anderen Zweck in Betracht kommt, sei es im Haupt- oder im Nebenamte, muß für die sozialpolitische Betrachtung unberücksichtigt bleiben, sonst wird eine wissenschaftlich befriedigende Umgrenzung des Forschungsgebietes überhaupt nicht möglich sein. Das alles sind aber unbedeutende Meinungsverschiedenheiten gegenüber dem ausgesprochenen Gewinn einer im ganzen doch klaren einheitlichen Orientierung, während bis jetzt gerade hier ein Tohuwabohu von Meinungsverschiedenheiten festzustellen war. Günther glaubt in seiner „Theorie der Sozialpolitik“ (Bd. I, 1922, S. 466) nicht weniger als 13 „wichtige Begriffsbestimmungen von Sozialpolitik der Theorie und der Wirklichkeit entnehmen zu können“.

Die volkswirtschaftlichen Katastrophen seit 1914 sind, im großen gesehen,

gewiß eine exogene Krise. Weder der Krieg noch die Inflation wurzeln im Wesen unserer Volkswirtschaft. Aber in dem gegebenen großen Rahmen gibt es doch in unserer rasch dahinjagenden Zeit mancherlei kürzere und längere Zwischenspiele, die Stoff zu der Lehre von den Konjunkturen liefern können und zu weiterem Nachdenken über das Krisenproblem anzuregen in der Lage sind. Doch auch hier ist wieder die wissenschaftliche Ernte mager. Das nun schon seit länger als einem halben Menschenalter erwartete Krisenbuch Spiethoffs ist immer noch nicht erschienen, wenigstens hat er aber doch in der neuen Auflage des Handwörterbuches der Staatswissenschaften (Artikel „Krisen“) in ausführlicherer Systematik als bisher seinen Standpunkt dargelegt. Der Wert liegt weniger in der Herausarbeitung neuer, bisher von Spiethoff oder anderen noch nicht berücksichtigten Gesichtspunkten, als in dem Beibringen eines zum Teil recht instruktiven Tatsachenmaterials. In der deutschen sozialökonomischen Literatur ist auch sonst das Konjunkturproblem seit 1914 der Lösung kaum nähergebracht worden, wenn auch einige beachtenswerte Studien neue Anregungen und Aufklärungen vermittelt haben. Zeitweise schien sich eine Übereinstimmung dafür herausbilden zu wollen, daß, seitdem sich die Theorie den Konjunkturwechsel zum Untersuchungsobjekt gewählt hat, einer besonderen Krisentheorie außerhalb der Konjunkturtheorie der Boden entzogen sei. Aber diese Meinung wird neuerdings wieder lebhaft bestritten. Diehl betont beispielsweise, daß er dieser Auffassung in keiner Weise zustimmen könne¹⁾. Er glaubt vielmehr, daß Krisentheorie und Konjunkturtheorie auf verschiedene Forschungsgebiete hindeuteten. Bei den Krisen handle es sich um einzelne historische Erscheinungen, in denen aus besonderem Anlaß katastrophenartige Zustände im Wirtschaftsleben entstanden, bei dem Konjunkturverlauf dagegen um einen Wechsel von Hause und Baisse, von Aufschwung und Depression als immer wiederkehrende, periodische Erscheinungen. Die Aufgabe des Krisentheoretikers sei, die allgemeinen kausalen Zusammenhänge zwischen den Krisen und der Struktur des Wirtschaftslebens zu zeichnen. Der Konjunkturtheoretiker müsse dagegen die allgemeinen Zusammenhänge im Wirtschaftsleben klarlegen, aus denen sich die Wellenbewegungen der Konjunktur erklären lassen, und er müsse zeigen, welche allgemeine Tendenzen und Regelmäßigkeiten hierbei auftreten.

Daß die Konjunkturzusammenhänge längst noch nicht genügend aufgehellt sind, zeigt deutlich die Tatsache, daß die Theorie dem Unterschied, den die Praxis zwischen dem Geld- und Kapitalmarkt macht, noch immer ratlos gegenübersteht. Spiethoff meint, es handle sich um „rohe Versuche des Geschäftslebens, dessen Verkehr nach praktischen Bedürfnissen zu erfassen und

¹⁾ Theoretische Nationalökonomie, II. Band, Jena 1924, S. 333.

zu gliedern", um eine Frage der äußeren Ordnung des Kredit- und Kapitalverkehrs. Daß das nicht richtig sein kann, ergibt sich doch schon aus den ganz verschiedenartigen Preisbewegungen, die zu erklären eine bis jetzt noch ungelöste Aufgabe der Wissenschaft ist. — Die Betrachtungen, die neuerdings H. v. Beckerath, Hahn, Spiethoff über den Geld- und Kapitalmarkt angestellt haben, vermitteln zwar manche Anregung, aber sie sind weit entfernt davon, eine Lösung des Problems zu bringen.

* * *

Ein Gesamtbild des Anteils Deutschlands an der sozialökonomischen Forschung seit dem Weltkrieg läßt sich erst gewinnen, wenn man diesen Bericht mit anderen verwandten Teilberichten dieser Festgabe in Verbindung bringt. Immerhin sollen hier — soweit es im Rahmen des zur Verfügung stehenden Raumes möglich ist — noch einige methodologische Grundfragen berührt werden.

Die Abkehr vom Historismus ist in jüngster Zeit in unserer Wissenschaft immer deutlicher zum Ausdruck gekommen. Charakteristisch ist das, was Herkner auf der Jubiläumstagung des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach (1922) sagte: „Man muß aus der vorherrschenden mercantilistischen Denkweise herauskommen und wieder freihändlerisch denken lernen. Die Notwendigkeit, unsere Jugend wieder freihändlerisch denken zu lehren, ist von einem Manne kurz vor seinem Tode betont worden, von dem Sie diese Auffassung wahrscheinlich nicht erwarten würden. Es war in den letzten Zeiten seines Lebens, daß Exzellenz Schmoller mir gegenüber mit großer innerer Bewegung sagte: ‚Unsere jüngere Generation kann nicht mehr freihändlerisch denken‘.“ Heute kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß sich die deutsche Sozialökonomik wieder mit aller Energie jener Denkweise zuwendet, die sich zum Ziele setzt, die ökonomischen „Gesetze“, die nur bei wirklicher oder angenommener freier Konkurrenz studiert werden können, zu erkennen. Die lebhaften Erörterungen über die Grenzen zwischen Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik in dem Jahrzehnt 1904 bis 1914 hatten den Umschwung vorbereitet; die Hilflosigkeit der bis dahin vorherrschenden Richtungen in der deutschen sozialökonomischen Wissenschaft gegenüber den ökonomischen Tatsachen der Kriegs- und Nachkriegszeit vollendeten ihn.

Max Weber hat erkenntnistheoretisch viel dazu beigetragen, um die Stoffhuberei und die politische Rezeptmacherei in unserer Wissenschaft zu überwinden. Sein berühmter, 1904 in dem Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik veröffentlichter Aufsatz über „Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“ steht gewissermaßen am Anfang einer neuen Epoche, obwohl gerade die wirkungsvollsten Gedanken keineswegs neu waren¹⁾.

¹⁾ Vgl. Brentano: Über Werturteile in der Volkswirtschaft, Archiv Bd. 33, S. 695 ff.

Aber der Einfluß von Max Weber auf die sozialökonomische Theorie der neuesten Zeit ist doch auffallend gering. Für das gegenwärtig vorherrschende wissenschaftliche Bedürfnis in unserem Fache ist er zu viel „Historiker“, steht er zu sehr unter dem Einfluß der Badener Philosophenschule, deren erkenntnistheoretische Arbeit doch in erster Linie der Logik der „historischen Wissenschaften“ zugute gekommen ist. Folgerichtig hatte Max Weber auch für die „abstrakte ökonomische Theorie“ nur geringes Interesse; er ließ es dahingestellt sein, wie weit sie — in einer Zeit, wo sie sich gerade in Deutschland noch in den ersten Anfängen befand — „noch ausgesponnen werden solle“.

Man hätte vielleicht erwarten können, daß das neu erwachte theoretische Interesse in Reichsdeutschland der österreichischen Grenznutzentheorie zugute gekommen wäre. Aber ihr Einfluß bleibt bei uns nach wie vor verhältnismäßig gering. Sieht man von der Verwertung des Grenzgedankens, wie ihn auch längst vor der österreichischen Schule zum Beispiel J. H. v. Thünen meisterhaft handhabte, ab, so kann man wohl sagen, daß von den Lehren der Österreicher wenig in Deutschland Eingang gefunden hat; das gilt insbesondere von ihrer geheimnisvollen Zurechnungstheorie. Vielleicht hat zu dem Mißerfolg der Österreicher in Deutschland in neuester Zeit kaum etwas so sehr beigetragen, wie die scharfsinnigen, systematischen Darstellungen der Volkswirtschaftslehre, die F. v. Wieser vom Standpunkt der Grenznutzenlehre veröffentlichte¹⁾). Hier zeigt sich an einem glänzenden Beispiel, wie trotz allen Scharfsinns und umfassenden Wissens die Grenznutzentheorie im Grunde genommen überraschend steril ist. Letzten Endes beruht das Unbefriedigende der Wieserschen Darstellung wohl darin, daß er Einzelwirtschaft und Volkswirtschaft, das wirtschaftende Subjekt und das Ineinandergreifen der durch gegenseitige Abhängigkeit aufeinander angewiesenen Einzelwirtschaften nicht scharf genug zu unterscheiden vermag. Die Zurückführung der Preishöhe auf die „Wertschätzung des letzten Käufers“ kann nicht befriedigen, weil sich doch die Frage aufdrängen muß, was hinter dem letzten tatsächlichen Käufer steht. Die Grenznutzentheorie vermag vielleicht ein einzelnes isoliertes Tauschverhältnis zu erklären, aber sie kann unmöglich das komplizierte Ineinandergreifen der zahlreichen in den Tauschverkehr hineingezogenen Einzelwirtschaften befriedigend klarlegen. Das ist ein wissenschaftliches Problem besonderer Art, zu dessen Lösung man ebensowenig auf die Psyche des wirtschaftenden Menschen zurückzugehen braucht, wie die Elektrotechnik ihren Ausgang von der Sonnenwärme zu nehmen hat, weil letzten Endes alle Energie darauf zurückzuführen ist (Oppenheimer). — Stärkeren Einfluß auf

¹⁾ Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, Grundriß der Sozialökonomik, Band I, 1. Aufl. 1914. Die 2. Auflage (1924) ist dem Inhalt nach nicht verändert worden.

unser sozialökonomisches Denken hat jene Abart der Grenznutzentheorie auszuüben vermocht, die in der neuen Literatur durch Schumpeter und Wicksell vertreten wird. Letzterer sucht die Preise nicht aus dem isolierten Grenznutzen der aus dem Tauschmechanismus herausgegriffenen Güter, sondern aus der Gesamtnutzfunktion aller Güter, die man erwerben will, zu erklären. Und Schumpeter erblickt das Erkenntnisobjekt der sozialökonomischen Wissenschaft in der funktionalen Bedingtheit der Güterquantitäten und ihrer dynamischen Bewegung. Auch er entgeht dadurch dem Vorwurf, den man der Grenznutzenschule machen muß, daß sie die gegenseitige Abhängigkeit der im Tauschmechanismus wirkenden Faktoren nicht genügend zu berücksichtigen in der Lage sei.

Von den reichsdeutschen Forschern, die in neuester Zeit ein eigenes sozialökonomisches System den Fachgenossen zur Kritik vorgelegt haben, treten Robert Liefmann und Franz Oppenheimer für die Richtigkeit, alleinige Richtigkeit ihrer Auffassung ein. Liefmann bezeichnet sein System als „Grenzertragslehre“. Mit dem Grenzertrag könne kein „Wert“ der Güter im Sinne der österreichischen Grenzwertlehre bestimmt werden, aber er vermöge damit die wirtschaftlichen Erwägungen des einzelnen Menschen und den unter ihrem Einfluß stehenden Tauschverkehr zu erklären. Wie er sich selbst ausdrückt: „Will man meine Theorie nach ihrer methodologischen Seite hin kurz charakterisieren, so kann man sie als individualistisch, psychisch und abstrakt bezeichnen. Damit ist gesagt, was logisch selbstverständlich ist, daß man bei der wirtschaftlichen Betrachtung vom Individuum und nicht von der gesamten Volkswirtschaft, von den Erwägungen der Menschen und nicht von einem Gütervorrat und seinem „Wert“ ausgehen muß, daß das Wirtschaften nicht materialistisch in der Güterbeschaffung, sondern in Erwägungen auf Grund menschlicher Bedürfnisse zu erblicken und daher die Begriffe Kapital, Geld, Preise und Einkommen nicht als Gütermengen, sondern abstrakter aufzufassen sind: Eben als wirtschaftliche Vorstellungen, denen ein psychisches Vergleichen und, bei den reinen Erwerbswirtschaften, ein Rechnen in Geldausdrücken zugrunde liegt.“ In seinem Hauptwerk erklärt Liefmann ganz in diesem Sinn: „Für die ökonomische Theorie gibt es keine Gesamtwirtschaft.“ Dennoch kann nicht geleugnet werden, daß diese Gesamtwirtschaft in dem Sinne Tatsache ist, als es eine Kooperation der Arbeit gibt, die die Menschen eingehen mußten, wollten sie bei wachsender Zahl ihre Bedürfnisse nach dem ökonomischen Prinzip befriedigen, und daß das Zentrum dieser Gesamtwirtschaft der Markt ist, an dem nicht subjektive Erwägungen, sondern die objektiv gegebenen Güterquantitäten die maßgebende Rolle spielen.

Ganz klar sieht das Oppenheimer ein, er wirft Liefmann mit Recht vor, daß er mit seinen Überlegungen in dem Vorwirtschaftlichen, Psychischen stecken

bleibe. Dadurch, daß Oppenheimer die Eigenart der Marktwirtschaft zur Grundlage seiner volkswirtschaftlichen Überlegungen macht, gelingt es ihm auch, zur Lösung der eigentlich volkswirtschaftlichen Probleme mehr beizutragen, als das im Rahmen des Liefmannschen Subjektivismus möglich ist. Leider verrammelt er sich den Weg zur vollen sozialökonomischen Erkenntnis durch eine eigenartige, auf der Tatsache des Großgrundeigentums fußende Monopoltheorie, deren Schwäche insbesondere auch in der Kontroverse Oppenheimers mit Oswaldt und Schumpeter deutlich wurde.

Mehr Schule als Oppenheimer, Liefmann und die Grenznutzentheoretiker hat unzweifelhaft der schwedische Nationalökonom Cassel seit dem Erscheinen seiner „Theoretischen Sozialökonomik“ in Deutschland gemacht. Als der Verfasser dieses Berichts kurz vorher die 25. Auflage der Roscherschen „Grundlage der Nationalökonomie“ herausgab, konnte er noch mit Bedauern feststellen, daß Cassel noch nicht die Anerkennung gefunden habe, die er verdiene. Nach Ablauf von etwa sechs Jahren dürfen wir nunmehr sagen, daß seit Wilhelm Roscher kein Nationalökonom so starken Einfluß auf die deutsche Volkswirtschaftslehre ausgeübt hat wie Gustav Cassel. Er bleibt nicht bei dem einzelnen Tauschakt stehen, der gesamte Tauschmechanismus als System von gegenseitigen Abhängigkeiten interessiert ihn. Auf den Knappeitsbegriff baut Cassel mit bewundernswerter Klarheit und Schärfe sein System von Funktionen auf. Erkenntnistheoretisch geht er dabei Wege, wie sie neuerdings die Marburger Schule, insbesondere Cassierer und Natorp, zu bahnen versuchten, und macht es dadurch möglich, die Volkswirtschaftslehre im Sinne strengster Wissenschaft zu pflegen.

Überall zeigt sich bei uns ein erfreuliches Wiedererwachen des Interesses an theoretischen Untersuchungen. Gewisse Schattenseiten der neuesten Entwicklung sind dabei nicht zu erkennen. Auf die eine weist Amonn in seinem schönen Ricardobuch¹⁾ hin, wenn er schreibt: „Wie viele, ja beinahe alle richtige Erkenntnis steckt schon in den Schriften der Klassiker, wenn man sie näher zu heben versteht. Aber das Haschen nach billiger Originalität ist beliebter als das mühselige Schürfen nach Wahrheit in den Schriften der Vorderen“ (S. 74). Eine andere Sorge ist die, daß die berechtigte Forderung nach abstraktem Durchdenken der Probleme zu abstrusen Gedankenspielereien verführt, die der Volkswirtschaftslehre leicht wieder den Einfluß auf die praktische Gestaltung der Wirtschaft raubt, den sie in den letzten Jahren neu zu erobern begonnen hat, gerade weil sie sich der Eigenart ihrer wissenschaftlichen Aufgabe wieder bewußt geworden ist.

¹⁾ Ricardo als Begründer der theoretischen Nationalökonomie. Jena 1924.

Die sozialökonomische Literatur in Frankreich seit dem Beginn dieses Jahrhunderts.

Von

Charles Gide,
Professor am Collège de France.

Inhalt.

	Seite
I. Die Vorherrschaft der liberalen Schule und der Akademie in Frankreich	33
Der nationalökonomische Unterrichtsbetrieb	39
II. Die einzelnen Forschungsgebiete	43
§ 1. Die allgemeine Volkswirtschaftslehre	44
§ 2. Die Wirtschaftsordnung (Économie sociale)	46
§ 3. Sozialismus	48
§ 4. Wirtschaftsgeschichte	49
§ 5. Soziologie und Statistik	50
§ 6. Kriegswirtschaft	52
Bibliographie	56

I.

Im Jahre 1894, also vor genau dreißig Jahren, hatte ich die Ehre, für das Schmollersche Jahrbuch einen ziemlich ausführlichen Artikel über das gleiche Thema zu schreiben, das man von mir heute für das Jubiläum meines großen Kollegen, Professor Lujo Brentano, verlangt.

Ich habe daraufhin meinen Artikel wieder vorgenommen und in etwas melancholischer Gemütsstimmung überflogen, denn von den 30 oder 40 Nationalökonomen, die ich darin besprach, lebt heute keiner mehr außer dem Verfasser des Artikels selbst und einem anderen, auf den ich gleich zu sprechen komme.

Alle sind sie dahin, die zu jener Zeit den Ruhm der französischen Nationalökonomie ausmachten. Léon Say starb 1896, Levasseur 1911, Frédéric Passy 1912, Paul Leroy-Beaulieu 1916 und die anderen, die in einigem Abstand folgen, Claudio Jannet, Juglar, de Foville, Cheysson, und kürzlich erst Paul Bureau.

Dahin sind auch die zwei Meister der Soziologie, Durkheim, der eine ganze Schule geschaffen hat, und Tardt, der an Stil und Phantasie gleich glänzend Begabte.

Dahin auch einer der ersten Meister der mathematischen Schule, den wir aber kaum unter die französischen Nationalökonomen zu zählen wagen, weil er, aus Frankreich fast verbannt, in Lausanne eine zweite Heimat gefunden hat: Léon Walras (gestorben 1910).

Sie sind bisher unersetzt geblieben. Wir haben in Frankreich keine Nationalökonomen, — wenigstens bis heute noch nicht; vielleicht werden aus der jetzigen Generation solche hervorgehen —, die in der wissenschaftlichen Welt, ja auch nur beim großen Publikum, die Autorität eines Leroy Beaulieu oder Levasseur genießen.

Aber ergeht es denn den anderen Ländern nicht ebenso? Die ruhmreiche Generation der Wagner, Schmoller, Menger, Böhm-Bawerk, Philippovich, Marshall, von der uns heute nur Lujo Brentano übriggeblieben ist, hat sie nicht auch in Deutschland, Österreich und England eine große Lücke hinterlassen?

Der Mangel an führenden schulbildenden französischen Nationalökonomien bestärkt noch die im Ausland allzu verbreitete Meinung, daß die französische

Brentano-Festgabe 1924. II.

3

Nationalökonomie nach ihrer glänzenden Blütezeit und den Verheißenungen der Physiokraten gewissermaßen der Sterilität verfallen sei und seit anderthalb Jahrhunderten keine Früchte mehr gezeitigt hätte.

Ihre Kritiker versuchen dies durch die Tatsache zu erklären, daß die französische Nationalökonomie in ihren Anfängen stecken geblieben sei, daß sie außer der freien Konkurrenz, der Frage von Angebot und Nachfrage und des individuellen Privateigentums usw. nichts hören wollte und in einem Traditionalismus verknöchert sei, der anderwärts überall schon überwunden wäre. Professor Philippovich schrieb 1906 in seinem „Grundriß der politischen Ökonomie“: „die nationalökonomische Literatur Frankreichs in diesen letzten Jahren hält sich fast vollständig an die Traditionen der Smithschen Schule“.

Ich bin der letzte, der die dieser Beschuldigung zugrunde liegende Wahrheit leugnen wird, denn seit vierzig Jahren habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, die französische Nationalökonomie „aufzutauen“, wie ich es einmal bezeichnet habe.

Trotzdem kann ich dieses Urteil nicht als vollständig richtig anerkennen, denn nicht auf die Smithsche Schule, sondern auf die Physiokraten geht der Traditionalismus zurück. Die französischen Sozialökonomen, vor allem Paul L e r o y - B e a u l i e u , haben nicht aufgehört, die Lehren der englischen Schule, der R i c a r d o und M a l t h u s , lebhaft zu bekämpfen, soweit diese ihnen die natürliche Ordnung in Mißkredit zu bringen schienen, die Wohltaten der freien Konkurrenz verdächtig machten und dadurch dem Sozialismus Waffen in die Hand gaben. Andererseits muß man anerkennen, daß eine gewisse Tradition in jeder Wissenschaft nötig ist, und die Treue, mit der die französische Schule seit 150 Jahren die Grundlehren der politischen Ökonomie verficht, hat Anspruch auf eine gewisse Anerkennung. Bekanntlich haben sich die Physiokraten nicht mit diesem Namen benannt, der ihnen von der Nachwelt beigelegt wurde, sondern bezeichneten sich als „Ökonomen“ (*économistes*). Ihren Nachfolgern geht es ähnlich: wenn man heute von „Ökonomen“ spricht, ohne nähere Bezeichnung, so sind damit die Anhänger der liberalen Schule gemeint.

Ich kann beispielsweise nicht umhin, so sehr wir auch in unseren Meinungen auseinandergehen mögen, Herrn Yves Guyot, dem Leiter des „Journal des Economistes“¹⁾, das so alt ist wie er selbst, als dem beglaubigten Vertreter jener glorreichen Dynastie, die über Bastiat und J. B. Say auf Quesnay zurückgeht, meinen Respekt zu bezeigen. Er betrachtet sich anscheinend als einen der

¹ Yves Guyot ist der Leiter des „Journal des Economistes“, der ältesten volkswirtschaftlichen Zeitschrift, denn sie wurde 1842 gegründet und hat sich seither nicht verändert.

noch lebenden Physiokraten und ist nicht erst 82, sondern schon 170 Jahre alt; aber er ist durchaus nicht mumifiziert und führt Feldzüge gegen den Protektionismus, gegen den „Etatismus“, den Sozialismus und den Inflationismus mit jugendlichster Energie.

Man darf aber nicht meinen, die französische Schule sei verschlafen, weil sie traditionalistisch ist. Sie ist im Gegenteil recht kriegerisch. Wenn man eine Fahne aufpflanzt, muß man sie auch verteidigen. Das besorgt sie tapfer; seit anderthalb Jahrhunderten kämpft sie unentwegt gegen jeden, der eine ihrer Lehren angreift und die „natürliche Ordnung“ zu bedrohen scheint. Unglücklicherweise sind endlose Polemiken nicht geeignet, den wissenschaftlichen Geist zu fördern; dieser bedarf des abgeschlossenen Studierzimmers und, wie ich noch hinzufügen möchte, der absoluten Unbekümmertheit, oder besser gesagt, der uneingeschränkten Hinnahme der praktischen Folgen, die die Entdeckung der Wahrheit nach sich zieht, selbst wenn sie einer vorgefaßten Meinung abträglich wären oder sie zerstörten. In der französischen Schule ist diese erhabene Uninteressiertheit nie üblich gewesen. Im Gegensatz zu der olympischen Ruhe, mit der Ricardo und Malthus ihre Theorien entwickelten, ohne sich darüber zu beunruhigen, ob sie das private Eigentum und die Welt in den Abgrund reißen würden, waren die französischen Nationalökonomen immer auf der Hut, nichts zu sagen, was den Sozialisten Waffen in die Hand geben könnte.

Wie ist es nun zu erklären, daß Frankreich den Lehren der liberalen oder traditionalistischen Schule treu geblieben ist (die beiden Adjektive, die in der politischen Welt entgegengesetzte Parteien bezeichnen, sind in der Welt der Wirtschaft synonym), während die übrigen Länder sich von ihr allgemein freigemacht haben? Ein österreichischer Nationalökonom, Herr Feilbogen, glaubt das dadurch erklären zu können, daß diese Meinung die Ansichten der meisten Franzosen genau wiederspiegle¹⁾.

Er sagt: „Der Individualismus entspringt dort dem Boden und dem Milieu“. In der Tat ist Frankreich ein Land des Kleinbesitzes, des Kleinrentnertums, konservativ trotz seiner zahlreichen Revolutionen, wo vom Arbeiter bis zum Bourgeois jedermann eifersüchtig auf seine Unabhängigkeit bedacht ist und sehr besorgt, daß er vom Staaate nicht belästigt wird. Man könnte angesichts dieser verschiedenen Eigenschaften tatsächlich sagen, daß die Lehre des laissez-faire dem Temperament des Franzosen ziemlich entspricht, aber das gleiche gilt nicht für das laissez-passier oder den Freihandel, denn der Franzose ist im allgemeinen Protektionist, vielleicht weil Frankreich dank seiner glück-

¹⁾ In einem Artikel „L'Evolution des idées économiques en France depuis 1870“ in der „Revue des doctrines économiques“, 1910.

lichen Lage sich selbst besser genügen kann als andere Länder. Der beste Beweis, daß in dieser Beziehung die liberale Schule durchaus nicht die nationale Ansicht widerspiegelt, ist die Tatsache, daß sie nach einem jahrhundertlangen Bemühen kaum einen einzigen Menschen bekehrt hat. Es entbehrt nicht der Pikanterie, daß die einzigen Freihändler in Frankreich, an denen die liberale Schule Bundesgenossen finden könnte, ihre in allen anderen Punkten schlimmsten Feinde sind: nämlich die Sozialisten und die Genossenschaftler.

Was uns in den Kritiken an der französischen Schule leider begründet erscheint, ist nicht ihr Glaube an „die Existenz einer natürlichen Ordnung in der Wirtschaft“ und die Beharrlichkeit, mit der sie ihn verficht, sondern die offene Feindseligkeit oder das heimliche Mißtrauen, das sie neuen Lehren gegenüber stets bezeugt. Von hundert Beispielen nur eins. Ich habe vorhin Walras angeführt. Wie man auch über die Anwendung mathematischer Methoden auf die ökonomische Wissenschaft oder über den Wert der Theorie des ökonomischen Gleichgewichts denken mag, sicher bleibt doch, daß es eine Ehre für jede französische Universität gewesen wäre, wenn Walras an ihr gelesen hätte, ebenso wie es für Lausanne eine Ehre war. Statt dessen hat man ihn nicht bloß aus Frankreich fortgehen lassen, was noch entschuldbar war zu einer Zeit, da er noch unbekannt und die Zahl der Lehrstühle für Volkswirtschaftslehre noch sehr gering war, aber auch später hat keine französische Universität den Versuch gemacht, ihn zurückzuholen und ihm einen Lehrstuhl anzubieten. Das erklärt und entschuldigt die Bitterkeit, mit der er sich selbst einschätzt (in einer Autobiographie im Giornale degli Economisti vom Dezember 1908): „Die Karriere Léon Walras“ war die eines Mannes, der sich in bezug auf sein Vaterland getäuscht hat; er war gekommen, um ein Erneuerungswerk zu vollbringen, das in ihm und um ihn eine gewisse Unabhängigkeit der Ideen erheischte, in einem Lande, wo die Wissenschaft offiziell und die Schulen spezialisiert sind“.

Offizielle Wissenschaft? Die Bezeichnung ist nicht zutreffend, wenn sie besagen soll, daß in Frankreich der Unterricht eines Professors durch die Regierung kontrolliert wird. Nein, der Universitätsunterricht ist in Frankreich ebenso frei wie in jedem beliebigen anderen Lande, freier als in den Vereinigten Staaten, wo er, wie zahlreiche Beispiele erwiesen haben, allzu oft von den Milliardären, den Gründern der Universitäten, abhängig ist. Ich werde nicht leugnen, daß die Ernennung eines Professors durch seine sozialen oder politischen Meinungen, wenn schon nicht verhindert, so doch mindestens erschwert sein kann, aber wenn er erst einmal den Lehrstuhl innehat, kann er frei sagen was er will. Ich kenne kein Beispiel, daß irgendein Professor auf Grund seiner Ansichten abgesetzt worden wäre.

Wenn aber „offizielle Wissenschaft“ besagen soll, daß der ökonomische Unterricht in Frankreich sehr geregelt ist und niemals die Dämme überschreitet, die seinem Lauf gezogen sind, dann ist die Bezeichnung richtig. Ich habe das an anderer Stelle¹⁾ auseinandergesetzt, will es hier aber trotzdem wiederholen.

Es gibt in Frankreich eine Körperschaft, die, wie seinerzeit der Stamm Levy in Israel, die Aufgabe hat, das Gesetz, ich meine die orthodoxe Lehre zu hüten. Diese Körperschaft ist das „Institut“, genauer gesagt, die fünf Abteilungen des Instituts, die sich „Akademie der moralischen und ökonomischen Wissenschaften“ nennen. Damit man mir nicht vorwirft, die Rolle dieser Einrichtung zu entstellen oder lächerlich zu machen, zitiere ich die Worte, die einer ihrer Präsidenten, Herr Darest, in einer feierlichen Sitzung gesprochen hat. Er sagte von der Akademie: „Sie ist eine Fackel, angezündet um jene zu geleiten, die im Dunkeln wandeln, und jene auf den rechten Weg zu führen, die sich verirren. Natürlich haben alle das Recht zur freien Forschung, aber wieviel falsche Schritte, Fehlschläge und wieviel Scheitern gäbe es, wenn die Akademie nicht da wäre, ihnen zu zeigen, wohin sie zu gehen haben!“

Rom, das Rom des heiligen Stuhles, hat nicht anders gesprochen! Dabei hat das Institut nicht, wie der Nachfolger des heiligen Petrus, vom Himmel die geistige Vollmacht bekommen, zu binden und zu lösen. Den Fremden ist es nicht leicht verständlich, woher es diesen Einfluß auf die Wissenschaft bezieht. Man kann nicht sagen, daß er nur vom Glanz seiner Mitglieder und der Autorität ihrer Werke herrührt²⁾, er ruht auf festeren und dauernderen Grundlagen, als sie Personen zu geben vermögen. Die sozialökonomische Abteilung der Akademie ist nur ein kleines Zentrum, das aber eine sehr ausgedehnte Anziehungskraft auf alle wirtschaftswissenschaftlichen Kreise ausübt. Man muß sie sich vorstellen wie einen Stern, der von konzentrischen Bahnen umgeben ist: erst die Bahn der Kandidaten, dann die Bahn der Laureaten und dann noch die übrigen Satelliten, die um ihn kreisen.

Der Kreis der Kandidaten setzt sich natürlich aus allen zusammen, die selbst danach streben, Mitglieder der Akademie zu werden — und das gilt für fast alle französischen Professoren oder Schriftsteller — seien sie Nationalökonomen, Schriftsteller, Gelehrte oder Künstler. Nicht als ob diese Würde große pe-

¹⁾ Vor allem vor ziemlich langer Zeit in der Zeitschrift der Universität Columbia, der Political Science Quarterly, 1890, Bd. 4: „The economic schools and the teaching of political economy in France“.

²⁾ Die 8 Mitglieder, die zur Zeit die ökonomische Abteilung der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften bilden, sind die Herren d'Eichthal, Colson, Liesse Arnauné, Deschamps, Truchy, Raphaël Georges Lévy, Schelle.

kuniäre Vorteile mit sich brächte (ungefähr 1500 Frs. jährlich, je nach der Häufigkeit der Teilnahme an den Sitzungen), aber sie verleiht dem Träger in den Augen des Publikums ein Patent von unbestritten Wissenschaftlichkeit, welches den Ruhm ergänzt, wenn dieser schon vorhanden ist, oder ihn ersetzt, wo er fehlt. Bekanntlich ergänzt sich das Institut durch Zuwahl, d. h. es wählt nur Personen, die ihm genehm sind. Es verlangt nicht, daß seine Kandidaten sich durch persönliche Ideen hervortun, sondern es müssen Leute der „guten Gesellschaft“ sein, wie man in Frankreich sagt. Man darf da nicht über Intoleranz zettern, denn dies alles erklärt sich aus den Ursprüngen der Akademie, die nichts anderes sein wollte und sein will als eine „Gesellschaft“, ein „Salon“, der einmal wöchentlich zum Plaudern zusammentritt. Sollte man sich dort treffen, um zu streiten, so wäre dies unerträglich; man würde bald aufhören hinzugehen und die Akademie würde eingehen. Bei dieser Geistesverfassung ist es ganz klar, daß sie lieber einen Kardinal oder Marschall zuläßt als einen Sozialisten, wäre dieser auch ein zweiter Karl Marx. Wer sich also als Ziel seiner Karriere setzt, „dem Institut“ anzugehören, trifft schon von Jugend an Vorsichtsmaßregeln, damit er nicht als böser Geist verschrien wird, wie es beispielsweise mir ergangen ist.

Aber auch die wirtschaftliche Orthodoxie allein nützt nichts, wenn sie nicht durch eine gute politische und gesellschaftliche Haltung ergänzt wird. Es ist ganz bezeichnend, daß der Nationalökonom, den ich vorhin als Typus des liberalen und individualistischen Ökonomen anführte, Yves Guyot, nicht Mitglied des Instituts ist. Ich glaube freilich, daß er sich nie darum beworben hat, aber wenn er nicht kandidierte, sowohl aus der Erwägung heraus, daß seine politische Vergangenheit als Radikalsozialist, Journalist und Polemiker — er war zwar auch Minister, aber dafür hat er im zweiten Kaiserreich im Gefängnis gesessen — ihn als Akademiker disqualifizieren würde. Vielleicht gehört er auch zu den wenigen, die sich nicht der Demütigung unterziehen wollten, den 40 Mitgliedern der Akademie Besuche abzustatten, um sie um ihre Stimmen zu bitten.

Jenseits der Bahn der Kandidaten gibt es, wie ich vorhin schon erwähnte, die Bahn der Laureaten, d. h. jener, die, bescheidener oder am Beginn ihrer Karriere stehend, nur nach einem der 30 oder 40 Preise trachten, welche die Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften jährlich verteilt. Diese Preise sind nicht sehr hoch — besonders heute, wo der Franc entwertet ist — sie betragen zwischen 1500 und 10 000 Frcs. — aber sie gestatten, daß man auf das Buch druckt „preisgekrönt vom Institut“. Diese Erwähnung hat einen gewissen Handelswert, man findet durch sie leichter einen Verleger und leichter Käufer. Eine Menge berühmt gewordener Autoren haben als Preis-

gekrönte der Akademie angefangen. Es versteht sich natürlich von selbst, daß nur gute Bücher preisgekrönt werden, d. h. solche, die keine umstürzlerische Theorie enthalten.

Außerdem sprach ich von Einrichtungen, die gewissermaßen mehr oder weniger als Vorhallen oder Pflanzschulen des Instituts angesehen werden können. In erster Linie die Société économique, deren monatliche Versammlung als Erziehungsstätte für die Mehrzahl der französischen Ökonomen dient. Ferner in gewissem Grade die École libre des sciences politiques, deren Direktor d'Eichthal ebenso wie mehrere ihrer Professoren Mitglieder des Instituts sind, eine im Ausland mit Recht berühmte Schule, wo noch mehr als an der juristischen Fakultät der Universität, die darob etwas eifersüchtig ist, alle Kandidaten für die hohen Staatsämter, für den Staatsrat, die Oberrechnungskammer, die Finanzkontrolle, diplomatischen und Konsulardienst herangebildet werden.

Fügen wir noch hinzu, daß die großen Zeitschriften wie das „Journal des Débats“ und die „Revue des Deux Mondes“ ihren Ruf der Mitarbeit der Akademiemitglieder verdanken; von den mehr fachlichen Zeitschriften hatte der wohlbekannte „Economiste Français“ als Leiter und Chefredakteur während eines halben Jahrhunderts Paul Leroy-Beaulieu; sein Nachfolger, Herr Liesse, ist gleichfalls Mitglied des Instituts.

Das genügt wohl, um darzutun, daß der Präsident des Instituts nicht übertrieb, als er in der oben zitierten Rede sagte, die Akademie sei dazu da, um zu zeigen, „wohin man zu gehen habe“, und erklärt auch hinlänglich, warum die Zahl derer „denen sie den Weg zeigt“, so groß ist.

* * *

Die Hegemonie des Instituts wurde aber vor einigen vierzig Jahren durch ein unvorhergesehenes Ereignis bedroht: durch die Aufnahme der Volkswirtschaftslehre in den Lehrplan der Universitäten. Bis zu diesem Zeitpunkt (1878) gab es in Frankreich — so unwahrscheinlich das den Ausländern klingen mag — keinen volkswirtschaftlichen Unterricht, weder auf der juristischen noch auf einer anderen Universitätsfakultät. Es gab nur vereinzelte Lehrstühle in Spezialinstituten, die außerhalb der Universität standen, wie im Collège de France, im Museum d'Histoire naturelle und in der École des Ponts et Chaussées.

Die „Ökonomen“ sahen die Schaffung dieser Lehrstühle mit sehr scheelen Blicken an. Sie fürchteten, daß die neuen Professoren, die ausschließlich aus juristischen Studien hervorgegangen waren, recht wenig geeignet sein würden, die natürlichen Gesetze des Wirtschaftslebens zu verstehen. Ihre Befürchtungen

schienen anfangs gerechtfertigt durch die Veröffentlichung der „Courts d'Économie Politique“ von Professor Cauwès in Paris und bald danach durch meine „Principes d'Économie Politique“. Die Leser des vorliegenden Artikels dürfte es interessieren, daß die Ökonomen des Instituts in diesen Büchern eine teuflische Eingebung deutschen Ursprungs erblickten. Yves Guyot hat sich in einer Rede anlässlich des 75. Gründungstages der Société économique (November 1917) darüber folgendermaßen ausgesprochen:

„Nachdem durch den Erlaß von 1877 die Vorlesungen über Volkswirtschaftslehre an der juristischen Fakultät eingeführt worden waren, meinten einige der mit diesen Vorlesungen beauftragten Professoren, den Franzosen die ethisch-historischen Theorien des Herrn Schmoller aufdrängen zu müssen. . . . Dieser deutsche Einbruch hatte fünfzehn Jahre hindurch einen gewissen Erfolg. Er war bequem: die national-ökonomische Wissenschaft war in Deutschland nie etwas anderes als eine Kameralwissenschaft im Dienste der Regierenden. Sie erforscht nur die Wahrheiten, die deren Politik entsprechen und die Mittel, die ihr dienen können. Nach Frankreich verpflanzt, würde sie den Professoren gestatten, protektionistische, bimetallistische und sozialistische Lehren aller Art zu verkünden und die Studenten zu lehren, daß das Fiskalwesen ein Mittel zur Verteilung der Güter sei und, unter dem Vorwand der gegenseitigen Verantwortlichkeit, ein Instrument der Beraubung“.

Aber die Befürchtungen der Nationalökonomen haben sich als unbegründet erwiesen. Freilich ist der Unterricht an den Rechtsfakultäten der liberalen und individualistischen Tradition nicht überall vollkommen treu geblieben: einige der neuen Professoren haben dem Staatssozialismus, dem Protektionismus und dem Sozialismus, wenigstens dem was man juristischen Sozialismus nennt, Konzessionen gemacht, aber keiner hat sich bis zum Kollektivismus verstiegen. Im ganzen genommen läuft der Universitätsunterricht in den gleichen Bahnen, die ihm von seinen Vorgängern, den klassischen Ökonomen, vorgezeichnet worden sind, aber infolge einer freiwilligen Anhängerschaft, die gewisse Meinungsverschiedenheiten und geistige Unabhängigkeit nicht ausschließt. Wenngleich das Mißtrauen gegen den Sozialismus und alles, was die Grundlagen der wirtschaftlichen Ordnung zu erschüttern vermöchte — Eigentum, Erbrecht, Stellung des Lohnempfängers, Profit — auch weiterhin den Universitätsunterricht kennzeichnet, so haben doch immerhin mehrere meiner Kollegen, wie ich später bei Anführung ihrer Veröffentlichungen zeigen werde, in bezug auf Arbeiterfragen und internationale Handelsfragen einen ziemlich entschiedenen Interventionismus vertreten und noch mehr dem Protektionismus weitgehende Zugeständnisse gemacht.

Das Organ dieses recht eklektischen Unterrichts ist die „*Revue d'Economie Politique*“, die ich 1887 zusammen mit Herrn Villey, einem Anhänger der klassischen Schule, gegründet habe und der in ihren Anfängen Lujo Brentano eine wertvolle Stütze bot. Heute wird sie von Herrn Rist, Professor an der Faculté de Droit von Paris, geleitet.

Ich sagte schon vorhin, daß die neuen volkswirtschaftlichen Vorlesungen zuerst an den juristischen Fakultäten abgehalten wurden, weil alle Kandidaten für öffentliche Ämter an dieser Fakultät herangebildet werden. Aber gerade dadurch bekamen die Rechtsfakultäten ein wenig den Charakter von Berufsschulen: hätte man den volkswirtschaftlichen Unterricht an der philosophisch-literarischen Fakultät eingerichtet, so hätte er zwar vielleicht weniger Hörer, aber mehr Mannigfaltigkeit gefunden. Immerhin sind später auch an der Sorbonne und am Collège de France einige soziologische und wirtschaftsgeschichtliche Vorlesungen eingerichtet worden.

Die Organisation des Hochschulunterrichts in Frankreich war bis zum Beginn dieses Jahrhunderts durchaus ungeeignet, aus dem alten Stamm neue Triebe, geschweige denn wilde Wucherungen, hervorzubringen. Man muß nämlich wissen, daß jede Vorlesung im Hinblick auf eine Prüfung am Schluß des Jahres abgehalten wurde, deren Plan offiziell festgesetzt ist; Aufgabe des Professors war es, den Studenten auf die an ihn zu stellenden Fragen vorzubereiten. Er mußte also klar, methodisch und hinreichend interessant lesen, um die Studenten in den Vorlesungen festzuhalten, vor allen Dingen durfte er mit Abschweifungen keine Zeit verlieren, weil er sich sehr eilen mußte, wenn er das reguläre Pensum zu Ende bringen wollte — viele Professoren wurden nicht einmal damit fertig. Wenn also unter diesen Umständen der Professor sich darauf einließ, allzu persönliche Ideen vorzutragen, setzte er den unglücklichen Studenten, der sie getreu bewahrt hat und bei dem Examen wiederholt, der Gefahr des Durchfallens aus — es sei denn, der Professor sei selbst der Prüfende, was aber nie sicher ist.

Aber in den letzten zwanzig Jahren hat das Gebiet des volkswirtschaftlichen Unterrichts in den Rechtsfakultäten durch die Vermehrung der zum Doktorat nötigen Vorlesungen eine bedeutende Erweiterung erfahren¹⁾). Für diese Vorlesungen gilt nur das Programm, das der Professor selbst aufstellt. Er wählt sich den Gegenstand seiner Vorlesung, den er meist jährlich wechselt. Die in Deutschland weitverbreitete Gewohnheit, die Vorlesungen erst schriftlich

¹⁾ Die Studien an der juristischen Fakultät umfassen zwei gesonderte Abschnitte: der erste bis zur Erwerbung des Licentiats dauert drei Jahre, der zweite bis zur Erwerbung des Doktorats meist zwei Jahre.

auszuarbeiten und dann vorzutragen, ist in Frankreich ganz unbekannt. Allerdings muß man billigerweise zugeben, daß der französische Professor, der wöchentlich nur drei, bisweilen sogar nur zwei Stunden liest, mehr Zeit zur Vorbereitung für sich hat. An der Pariser Rechtsfakultät gibt es zwei bis drei freie Vorlesungen, frei in dem Sinne, daß sie nicht im Hinblick auf eine Prüfung gelesen werden (eine davon halte ich), aber diese Vorlesungen haben kaum oder nur ausländische Hörer, da die französischen Studenten vollauf zu tun haben, um den obligatorischen Vorlesungen zu folgen.

Wenn ich mich selbst, lediglich als Beispiel, anführen darf, so kann ich nur sagen, wenn ausländische Studenten in meine Vorlesungen kamen und naivweise fürchteten, keinen Platz mehr zu bekommen, daß sie stets sprachlos waren, nicht mehr als etwa fünfzehn Hörer vorzufinden. Ich möchte ihnen noch so sehr die obigen Erklärungen dafür geben, sie konnten es nicht verstehen.

Man darf diese fakultativen Vorlesungen aber nicht mit den eigentlichen freien Vorlesungen vergleichen, wie sie etwa die Privatdozenten in Deutschland halten, denn sie dürfen nur von ordentlichen Professoren abgehalten werden oder von den sogenannten „agrégés“, das sind schon ernannte Professoren, die aber noch keinen Lehrstuhl haben. Diese „agrégés“ werden nur auf Grund von Bewerbungen ernannt, eine Auslesemethode, die den Vorteil hat, daß sie alle Willkür und Günstlingswirtschaft ausschließt. Da ich selbst oftmals an diesen Bewerbungen beteiligt war, zuerst als Kandidat und dann als Mitglied der Jury, kann ich mit einiger Erfahrung darüber reden.

Wir haben es noch weit bis zur Mannigfaltigkeit des deutschen Unterrichts, wo dank den Privatdozenten die Programme so abwechslungsreich sind wie die Vegetation in einem Urwald. Obgleich der volkswirtschaftliche Unterricht in Frankreich nicht so üppig wuchert, ja sogar einige bedauerliche Lücken aufweist, beispielsweise auf dem Gebiete der Statistik, bietet er den ausländischen Studenten dennoch ein ziemlich reichhaltiges und nicht leicht zu erschöpfendes Gesamtbild. Im Vorlesungsverzeichnis der Pariser Universität zähle ich nicht weniger als 32 Vorlesungen über volkswirtschaftliche Themen, ohne die an der École libre mitzurechnen. An unseren Provinzuniversitäten ist die Liste der Vorlesungen naturgemäß ärmer und bisweilen sogar unzureichend. Es hat sich jedoch eine ganze junge Professoren generation herangebildet, die mit ganz freien Ansichten an das Studium der ökonomischen Tatsachen herangeht, völlig losgelöst von dem Traditionalismus, den Philippovich der alten französischen Schule mit Recht vorgeworfen hat.

Fügen wir noch einen Zug unseres Hochschulunterrichts hinzu, der wenig

beachtet wird, den ich aber für entscheidend wichtig halte. Bei uns hat der Professor nichts zu gewinnen, wenn er berühmt wird, außer der Befriedigung seines Selbstbewußtseins. Wenn in Deutschland, in den Vereinigten Staaten oder in anderen Ländern ein Professor sich hervortut, dann reißen sich die Universitäten um ihn, die Studenten kommen von überall herbeigeströmt, um seine Vorlesungen zu hören, und seine Einkünfte steigen entsprechend der Zahl seiner Hörer — ohne all das zu rechnen, was er bei Zeitungen verdienen kann, die seine Mitarbeit suchen. In Frankreich hat der berühmte Professor keinen einzigen Hörer mehr, weil kein französischer Student, wenn es sich darum handelt, die Universität auszusuchen an der er studieren und die Vorlesungen, die er hören will, in seiner Wahl durch die Persönlichkeit des Professors beeinflußt wird. Er wird immer die Pariser Universität aufsuchen und wenn ihm das nicht möglich sein sollte, so bleibt er an der Universität seiner Vaterstadt; die Vorlesungen wählt er einzig unter dem Gesichtspunkt der Prüfung aus.

Infolgedessen würde keine Universität ein Opfer bringen, um einen bedeutenden Professor heranzuziehen, denn sie würde keinen einzigen Studenten dadurch gewinnen. Selbst wenn es vorkommen sollte, daß ein Professor um seinen Lehrstuhl eine große Hörermenge versammelt, würde er selbst nichts dabei gewinnen, denn die Besoldung ist für alle gleich — für berühmte und unberühmte —, ausgenommen die Klassenunterschiede, die im allgemeinen nur der Altersklasse entsprechen.

II.

So ungünstig nun auch die eben angeführten Bedingungen sein mögen, so haben sie doch keineswegs die Produktion der französischen Literatur lahmvgelegt. Im Gegenteil, um so beachtenswerter ist die Blüte der verschiedenen Schulen, die sich in den beiden letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts entwickelt hat — die Le Playsche Schule, der soziale Katholizismus, Solidarismus, Genossenschaftswesen, Syndikalismus — von denen fast jede eine eigene Zeitschrift besitzt und als Leiter zuweilen sehr glänzende Schriftsteller aufzuweisen hat. Die einfache Aufzählung der seit Beginn des Jahrhunderts veröffentlichten Arbeiten würde zweifellos mehrere tausend Nummern umfassen; ich glaube nicht, daß die anderen Länder mehr, wahrscheinlich nicht einmal ebensoviel, aufzuweisen hätten. Ich will einige der Bücher anführen, die mir am charakteristischsten erscheinen, wobei ich sie nicht chronologisch, sondern nach den Hauptfächern einteile. Die nicht angeführten Autoren bitte ich zu entschuldigen, daß ich dies aus Platzmangel unterlassen habe, ebenso jene, die ich nur erwähnen konnte, während ihre Werke eine eingehendere Würdigung verdienten.

§ I.

Allgemeine Volkswirtschaftslehre.

Ich verstehe darunter die Arbeiten, die für den allgemeinen Unterricht der Volkswirtschaftslehre geschrieben sind; ihrer gibt es in Frankreich sehr viele.

Das bei weitem bemerkenswerteste Buch sind die „Cours d'Economie politique“ von M. Colson in sechs dicken Bänden. Dieses Buch hat die Besonderheit, daß es keine (oder fast keine) bibliographische Verweisung enthält, so daß man glauben könnte, es sei ganz und ausschließlich alles dem Kopfe des Verfassers entsprungen. Dieses Vorgehen läßt sich vielleicht damit entschuldigen, daß das Buch aus einer Reihe von Vorlesungen entstanden ist, die der Autor an der École des Ponts et Chaussées gehalten hat (2).

Obgleich im Nebenberuf Professor, gehört Colson nicht der Universität an; er ist Sektionsleiter im Staatsrat. Man könnte nun denken, daß seine hohen Funktionen ihn geneigt machen würden, in der Volkswirtschaft eine „Kameral“-wissenschaft zu sehen und daß er für staatliche Intervention stimme. Davon ist keine Rede: der Verfasser ist der liberalen Schule durchaus treu geblieben; seine große Erfahrung in der öffentlichen Verwaltung liefert ihm im Gegenteil eine Menge von Gründen, nicht bloß für die Unfähigkeit des Staates, sondern auch für die Gefahren, die eine staatliche Einmischung für die politische Freiheit bedeuten würde. „Ich bin von der Überzeugung tief durchdrungen“, sagt er, „daß wir zwischen der politischen Freiheit und der übermäßigen Ausdehnung der Staatsbetriebe zu wählen haben“.

Von den allgemeinen Werken kleineren Umfangs, die den Studenten als Lehrbücher an der juristischen Fakultät zu dienen bestimmt sind (in Frankreich wird der nationalökonomische Unterricht fast ausschließlich auf der juristischen Fakultät gegeben), hat das meine etwa dreißig Jahre hindurch ein tatsächliches Monopol gehabt, neben dem Lehrbuch von Professor Villey, von der Universität Caen; aber in den letzten zehn Jahren sind fast auf jeder Rechtsfakultät ein oder zwei neue Bücher erschienen: von Perreau und Truchy in Paris, von Rambaud und Brouillet in Lyon, von Nogaro in Caen, von Houques Fourcade in Toulouse und das kürzlich erschienene von P. Reboud in Grenoble. Alle diese Lehrbücher zeichnen sich in höherem oder geringerem Grade durch die Klarheit, den gesunden Menschenverstand, die Mäßigung und zuweilen die Eleganz aus, die den französischen Büchern eigentümlich ist und, wie Truchy in der Vorrede zu seinem Buche sagt, dadurch, daß sie die Tatsachen „entsprechend den sich aus der Natur der Menschen und Dinge ergebenden notwendigen Beziehungen“ darstellen — eine Formel, die jene

der Physiokraten nur wiederholt. In der Regel verharren diese Bücher in der klassischen Tradition. Das Buch von Nogaro (der kürzlich zum Abgeordneten gewählt wurde) enthält ziemlich persönliche Ansichten, vornehmlich über das Geld.

Als außerhalb der Universität erschienene Abhandlung, die dem traditionellen Unterricht ganz entgegengesetzt ist, müssen wir die „Economie Nouvelle“ von Georges Valois anführen (3). Sie ist ein ganz kleines Buch und die in ihr enthaltene Kritik an dem Gesetz von Angebot und Nachfrage und anderen klassischen Gesetzen enthält trotz des ziemlich anspruchsvollen Titels nicht viel Neues. Trotzdem verdient das Buch von G. Valois eine gewisse Beachtung, weil der Verfasser der tonangebende Nationalökonom einer politischen Partei ist, die ein monarchistisches und antidebakalitisch Programm hat. Die Zeitung dieser Partei, die „Action Française“ hat als Leiter hervorragende Literaten: Charles Maurras, Léon Daudet und Valois selbst. Ein anderes seiner Bücher „La Reconstruction Economique de l'Europe“ (1922) endet in einem Appell an den heiligen Vater und eine Anrufung „desjenigen, der da gesagt hat: suchet erst das Reich Gottes und der Gerechtigkeit, das übrige wird euch nachher schon gegeben werden.“

So lautet auch das Losungswort einer anderen Schule, die ihr nach Ursprung und geistigem Inhalt entgegengesetzt ist, der sehr kleinen Schule der protestantischen Christlich-Sozialen, an der ich aktiv seit etwa 30 Jahren mitarbeite. Ihr Organ ist „La Revue du Christianisme Social“, das von Pastor Gonelle in St. Etienne redigiert wird.

Die reine Nationalökonomie ist in Frankreich der unproduktivste Zweig. Die Franzosen finden nicht viel Geschmack an der rein abstrakten Volkswirtschaftslehre — und selbst diejenigen, die anfangs nach dieser Richtung neigten, pflegten sie bald aufzugeben und sich der sozialen Frage oder der Wirtschaftspolitik zuzuwenden. Cournot und Walras haben keine Schule geschaffen. Wenn ich mich selbst als Beispiel anführen darf, so verbanden mich mit Walras persönliche und freundschaftliche Beziehungen und er hoffte in mir einen Schüler zu finden, aber die Umstände haben mich an die Seite der Genossenschaftsbewegung geführt, die mich nach und nach ganz absorbiert hat. So ergeht es auch dem einzigen Schüler, den Walras an der Lyoner Universität gefunden hat, Herrn Antonelli, der eine Übersicht der Walrasschen Theorien veröffentlicht hat und sich mit einer Neuherausgabe seiner Werke beschäftigte und der nun zum Abgeordneten gewählt wurde — darf ich sagen unglücklicherweise? — denn die Politik wird ihm sicher keine Muße für die mathematische Nationalökonomie lassen (4).

Ein anderer Nationalökonom, Herr Aupetit, hat, anfangs von der gleichen Methode ausgehend, eine bemerkenswerte Studie „La Monnaie“ geschrieben; aber auch er hat bald zu Gunsten der praktischen Nationalökonomie auf die rein theoretische verzichtet und ist in die Banque de France eingetreten, wo er den hervorragenden Posten eines Generalsekretärs bekleidet (5).

Wen soll ich noch nennen? Einige Arbeiten eines anderen Lyoner Professors, Bouvier, eines Professors von der Universität Montpellier, Roche-Agussol, eines jungen Nationalökonomen, der noch nicht Professor ist und überdies Lausanne bewohnt, Moret — und das wäre ungefähr alles.

Vielleicht könnte man unter die reine Nationalökonomie auch noch das Buch Lescure's über die Wirtschaftskrisen und das Aftalions (6) über den gleichen Gegenstand hier einreihen, denn obgleich keiner von beiden die mathematische Methode anwendet, so ist doch die Erklärung der Krisen und die Erforschung der Gesetze, welche ihre regelmäßige Wiederkehr bedingen — wenn überhaupt eine regelmäßige Periodizität besteht — eines der schwierigsten Kapitel der Wirtschaftstheorie.

Lescure versucht in seinem Buch vor allem die zahllosen bereits vorhandenen Erklärungen zu ordnen, zu berichtigen und zu ergänzen. Aftalion glaubt uns eine neue Erklärung, die durch die Grenznutzentheorie inspiriert ist, liefern zu können. Ich bedauere, daß ich sie hier nicht näher analysieren kann.

§ 2.

Die Wirtschaftsordnung (Économie sociale).

Ich verstehe darunter die sogenannte „soziale Frage“, d. h. das kritische Studium der gegenwärtigen wirtschaftlichen Ordnung und der für sie notwendigen Reform.

Dieser Gegenstand findet in Frankreich die meisten Liebhaber. Das ist ganz natürlich, denn es hat vor allem einen praktischen Grund: die Bücher über die soziale Frage haben mehr Aussicht, Leser und damit auch Verleger zu finden. Diese Überlegung wird im gleichen Maße überwiegender, als die Herausgabe von Büchern schwieriger wird. Es ist aber auch ein Gefühl der Nächstenliebe, durch das alle warmherzigen Menschen, besonders die jungen Leute, angesichts des sozialen Elends erschüttert werden und das sie dazu treibt, leidenschaftlich nach einer Abhilfe zu suchen.

Die sozialen Fragen, die an der Tagesordnung sind, dürften in allen Ländern die gleichen sein.

Da ist zunächst die Sozialpolitik (législation ouvrière). Frankreich hat lange gebraucht, bis es sich der internationalen Bewegung angeschlossen hat: der Widerstand

der Industriekapitäne fand eine starke Stütze an den Nationalökonomien. Immerhin hat eine gewisse Anzahl von Universitätsökonomien für die Arbeiter Partei genommen. Am eifrigsten bestrebt, die Forderungen der Arbeiter zu unterstützen, war Raoul Jay, Professor an der Pariser Rechtsfakultät, der leider vor drei Jahren verstorben ist. Seine Stellungnahme ist um so beachtenswerter, als unser Kollege auf religiösem und politischem Gebiete der konservativen Partei angehörte. Er bekannte sich offen zum katholischen Glauben, aber gerade sein Christentum lieferte ihm die entscheidenden Argumente zur Rechtfertigung der Arbeiterschutzgesetzgebung, ja sogar des Staatssozialismus.

Von anderen Professoren der Rechtsfakultäten haben Gemahling in Straßburg, Raynaud in Aix, Pic in Lyon, Scelle in Dijon, der auch ein eifriger Propagandist des Völkerbundes ist, in Schrift und Unterricht sich zwar nicht alle Beschwerden der Arbeiterklasse zu eigen gemacht, aber sie doch wenigstens unparteiisch und mit Sympathie dargestellt (7).

Besonders der Achtstundentag hat im allgemeinen an den Universitäten Unterstützung gefunden. Desgleichen die Versicherung. Zwei Vereinigungen, die schon etwa 20 Jahre lang bestehen — „l'Association pour la protection légale des travailleurs“ und „l'Association pour la lutte contre le chômage“ — zählen unter ihre Gründer, Leiter oder Hauptmitarbeiter eine ganze Reihe von Professoren der Rechtsfakultäten, aber auch Mitarbeiter aus dem Arbeitsministerium. Der Präsident des zweiten Vereins ist Max Lazard, seine Zeitschrift die „Documents du Travail“, deren Chefredakteur Roger Picard, ein „agrégé“ der Rechtsfakultät von Lille ist.

Die großen Bewegungen, in denen sich die Lebenskraft der Arbeiterklasse ausdrückt, nämlich die Gewerkschafts- und die Genossenschaftsbewegung, haben das Lager der Ökonomen gleichfalls in Parteien gespalten. Einige, darunter ich selbst, mein junger Kollege Bernard Lavergne, Professor der Volkswirtschaftslehre in Lille, und Bouglé, Professor der Soziologie an der Sorbonne, haben einen starken Anteil an der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung genommen, besonders an der konsumgenossenschaftlichen Bewegung (8). Aber die große Mehrzahl der Nationalökonomien, nicht nur die vom Institut abhängigen, sondern auch die der Universitäten, gibt zwar zu, daß die Gewerkschaften und die Genossenschaften die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse im Rahmen der bestehenden Wirtschaft verbessern können, wollen aber nichts davon wissen, daß diese Bewegungen Faktoren einer sozialen Umwandlung sind, und betrachten ihre Ziele auf Abschaffung des Profits oder der Lohnarbeit als Hirngespinst, also gerade das Programm, für das ich seit langer Zeit zu wirken suche.

Die Arbeiterklasse wünscht sehr, in ihren eigenen Reihen Wortführer für ihre Forderungen zu finden, damit sie diese nicht immer unter den Intellektuellen zu suchen braucht; sie hat auch in der Tat einige, allerdings nicht sehr zahlreiche, gefunden. Das Leben der Arbeiterführer ist durch den Klassenkampf zu stark in Anspruch genommen, als daß ihnen zum Bücherschreiben Muße bliebe. Ich erinnere an einen von ihnen, der sehr jung verstorben ist, mehr an Elend als an Krankheit, Pelloutier, dessen Buch „Les Bourses du Travail“ (9) das erste war, das eine wirklich syndikalistische Politik formuliert hat, ferner an den gegenwärtigen Sekretär der „Confédération du Travail“, Jouhaux, dessen Name durch seine Teilnahme an allen internationalen Kongressen und an dem internationalen Arbeitsamt in Genf in weiten Kreisen bekannt geworden ist.

§ 3.

S o z i a l i s m u s .

Die sozialistische Literatur, die in Frankreich in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts so reichhaltig war, ist seit einem halben Jahrhundert außerordentlich dürftig. Nicht als ob der Sozialismus keine großen Redner hervorgebracht hätte — gestern Jaurès (10), heute die Abgeordneten Paul Boncour und Blum —, auch haben einige von ihnen Bücher geschrieben; aber der soziale und politische Kampf läßt denen, die ihn führen, keine Zeit, Systeme auszuarbeiten, ja nicht einmal, sich bei der kritischen Analyse der bestehenden Wirtschaftsordnung aufzuhalten.

Es gibt immerhin ein Buch, das großen Widerhall gefunden hat, aber ich weiß nicht recht, ob man es unter die sozialistische Literatur einreihen soll: die „Réflexions sur la violence“ (11) von George Sorel (gestorben 1922). Sicherlich ist es ein revolutionäres Buch durch seinen leidenschaftlichen Aufruf zum sozialen Kampf, zum Generalstreik, durch die Verherrlichung der Arbeit und der Tugenden des Proletariats, durch seine Beschimpfungen der Bourgeoisie, des Reformismus und der Intellektuellen — aber wenn man andererseits sieht, wie der Verfasser auch den Kapitalisten und der Bourgeoisie Widerstand predigt und die Notwendigkeit, sich ein Klassenbewußtsein zu schaffen, daß er dem Faschismus Mussolinis die gleiche Sympathie entgegenbringt wie dem Kommunismus Lenins, wenn man schließlich sieht, daß er sich den Antidemokraten der „Action Française“ zugewandt hat und Georges Valois sich brüstet, sein Schüler zu sein — dann wird man wohl schließen dürfen, daß der Sozialismus Sorels einfach eine Erziehungsmethode ist, ein Verfahren, Energien aufzustacheln. Von ihm stammt der Satz, den man nicht gewohnt ist, bei sozialistischen Schrift-

stellern zu lesen, allerdings auch nicht bei anderen französischen Autoren: „Wir sind überzeugt, daß die Welt gerechter werden wird im gleichen Maße, als sie keuscher wird“.

Man zögert auch etwas, die Bücher Maxime Leroys (12) unter die sozialistischen einzureihen. Im Gegensatz zu Sorel verwirft er jedes revolutionäre Vorgehen, aber er ist eher wirklicher Sozialist durch die Sympathie, mit der er die syndikalistische Bewegung verfolgt und die Forderungen der Arbeiterklasse rechtfertigt.

George Renard, Professor für Wirtschaftsgeschichte am Collège de France, gehört offen der sozialistischen Partei an, nicht der marxistischen, die seit dem Tode Jules Guesdes in Frankreich keinen Vertreter mehr hat, sondern der des alten französischen Sozialismus, welcher die Humanitätsideen der 1848er Revolution verficht. Dann wären noch zu nennen die Bücher von Edgar Milhaud, Professor an der Genfer Universität, und von Fournière, einem früheren Arbeiter und Autodidakten, der auch bereits gestorben ist (13).

Wenn der französische Sozialismus auch nicht viel Bücher hervorgebracht hat, so gab er doch indirekt Anlaß zur Entstehung verschiedener bemerkenswerter Bücher der Kritik. Da wäre vornehmlich zu nennen das Buch von Bourguin, Professor an der Pariser Rechtsfakultät (der inzwischen gestorben ist), „Les Systèmes Socialistes“, und das bereits angeführte Buch „Les Fondations du Socialisme“ von Aftalion, Professor an der Lyoner Rechtsfakultät. Das erstgenannte enthält eine sehr objektive, fast sympathisierende Kritik weniger der sozialistischen Systeme, wie man es nach dem Titel vermuten würde, als der wichtigsten Theorien des zeitgenössischen Sozialismus, wie beispielsweise der Marxschen Konzentrationstheorie. Das zweite Buch versucht, die im Sozialismus enthaltene Wahrheit herauszuschälen, die ihm zufolge die wäre: Es gibt einen sozialen Mehrwert, der entgegen der marxistischen Theorie einen wirklichen Reichtum erzeugt und durchaus keine Arbeitsvergeudung bedeutet, der aber, da er seinem Ursprung nach kollektiv ist, auch kollektiv verteilt werden sollte. Endlich nenne ich noch die mehr historischen als ökonomischen, sehr gelehrteten Bücher von Andler, Professor der deutschen Literatur an der Sorbonne (14).

§ 4.

Wirtschaftsgeschichte.

In den letzten Dekaden des vorigen Jahrhunderts hatte sie keinen anderen Vertreter als Levasseur, aber diese eminente Arbeitskraft scheint Nachfolger zu haben, wenn auch nicht von so enzyklopädischem Umfang des Wissens. Ich führe zuerst Germain Martin an, Professor an der Rechtsfakultät von Paris, *Brentano-Festgabe 1924. II.*

der mehrere Bücher über die Wirtschaftsgeschichte des XVII. und XVIII. Jahrhunderts veröffentlicht hat, ferner Martin St. Léon, Bibliothekar des Musée Social, Verfasser mehrerer interessanter Bücher über Gesellenverbände und Zünfte; Hauser, Professor der Wirtschaftsgeographie an der Sorbonne, Dolléans (bis vor kurzem Professor der Rechtsfakultät in Paris, jetzt Sekretär der internationalen Handelskammer), der Studien über Owen und den Chartismus verfaßte, Mantoux, der über die Industrialisierung Englands geschrieben hat (15).

Die Autoren, die diesen Zweig der Nationalökonomie bearbeiten, haben ein um so größeres Verdienst, als an unseren Rechtsfakultäten kein Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte existiert: das scheint unglaublich, ist aber doch wahr! Es gibt nur Lehrstühle für die Geschichte der Doktrinen, was nicht dasselbe ist. Einer davon ist am Collège de France von Herrn Marion besetzt, dann haben wir den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie an der Sorbonne mit Hauser.

Die Geschichte der Doktrinen wird in Frankreich viel mehr gepflegt als die eigentliche Wirtschaftsgeschichte, d. h. die Geschichte der Tatsachen. Sie scheint dem französischen Temperament, das stets durchtränkt ist von Ideologie, besser zu liegen; unsere Studenten suchen aus diesem Gebiet gern ihre Doktorarbeiten aus. Sie hat in jeder Rechtsfakultät einen besonderen Lehrstuhl und bildet auch einen Prüfungsgegenstand — als Organ dient ihr die „*Revue d'Histoire Economique*“, deren Leiter, Professor Deschamps von der Pariser Rechtsfakultät und Professor Dubois von der Rechtsfakultät in Poitiers sind. Sie bildet den Gegenstand mehrerer Lehrbücher; eines von mir, das ich mit Rist zusammen verfaßte (und das ins Deutsche übersetzt ist), das aber nicht weiter als bis zu den Physiokraten zurückgeht; ein ausführlicheres in drei Bänden ist von Professor Gonnard von der Lyoner Rechtsfakultät und ein anderes, früher erschienenes, von Rambaud, Professor an der freien katholischen Fakultät in Lyon.

Neben diesen allgemeinen Arbeiten gibt es noch zahlreiche Bücher über spezielle Themen, wie das von Weulersee über die Physiokraten (zwei Bände), das die Materie erschöpfend darstellt; das von Roche Agussol über die Wirtschaftspsychologie der Angelsachsen; das von Professor Pirou aus Toulouse über „*Le Juste Salaire*“ (15 a).

§ 5.

Soziologie und Statistik.

Die französische Soziologie ist ihrer Spitze beraubt worden durch den Tod Durkheims, dessen Buch über die „*Division du Travail social*“ epochemachend war, und Tardes, dessen „*Lois de l'Imitation*“ vielleicht weniger tief und weniger bleibend, doch ein Muster der Wirtschaftspsychologie bleiben wird.

An den Rechtsfakultäten gibt es keinen Lehrstuhl für Soziologie, die Rechtsfakultäten haben sich stets geweigert, diese neue Wissenschaft in ihr Programm aufzunehmen. Sie hat aber ein Asyl an der philosophisch-literarischen Fakultät gefunden und besitzt an allen wichtigeren Universitäten einen eigenen Lehrstuhl. An der Sorbonne erscheint sie nicht unter ihrem richtigem Namen, sondern als „Science de l'Éducation et Sociologie“, gelesen von Professor Fauconnet, und als „Histoire de l'Économie Sociale“, gelesen von Professor G. Bouglé. Dieser ist ein noch junger Mann, Verfasser zahlreicher Bücher, ausgezeichneter Redner, Leiter eines sehr besuchten Seminars, der sich durch sehr fortschrittliche soziale Ideen auszeichnet und großen Einfluß auf die Studenten hat, aber dessen Tätigkeit weit über den Rahmen der Soziologie hinausgeht, so daß man befürchten muß, die Politik werde ihn früher oder später der Wissenschaft entreißen. Das wäre sehr bedauerlich, denn er hat in das Studium der politischen Ökonomie wirklich einen neuen Geist hineingebracht. Er erklärt, die Ökonomie müsse sich der Moral unterordnen, daß aber diese Unterordnung nicht von allein erfolge und wir im Namen der Menschlichkeit genötigt seien, hier einzugreifen (16).

René Worms, Leiter der „Revue de Sociologie“, Gründer eines internationalen Instituts für Soziologie, hat viel zur Verbreitung des soziologischen Studiums beigetragen und die Ergebnisse in klaren und methodischen Büchern niedergelegt. (17)

Paul Bureau, Professor an der katholischen Universität von Paris, der vor zwei Jahren gestorben ist, hat sehr schöne Bücher geschrieben über das, was ich als ethische Soziologie bezeichnen möchte. In seiner Methode schließt er sich an die Le Playsche Schule an, d. h. er findet im Fortschritt — oder Verfall — der modernen Gesellschaft die Bestätigung der Gesetze der Religion und der Moral (17 a).

Ich nenne noch einen jungen Gelehrten, René Maunier, bis vor kurzem Professor in Kairo, dann in Algier, der jetzt nach Paris berufen ist. Sein erstes Buch über „L'Origine des Villes“ (18) zeigt einen wirklichen Forschergeist. Aus seinen Untersuchungen über die Kabylen und die muselmännische Bevölkerung werden eines Tages noch schöne Bücher hervorgehen.

Unter die Soziologie kann man noch die Literatur über die Solidarität einreihen, die seit einigen Jahren in ziemlicher Reichhaltigkeit erschienen ist, wenngleich es seit mehreren Jahren den Eindruck macht, als ob der Glanz dieser Lehre, die im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts zur Blüte kam, am Verblassen wäre (19).

Die Statistik wird in unserem Universitätsunterricht noch stiefmütterlicher behandelt als die Soziologie. Immerhin hat sie einen Lehrstuhl an der

Pariser Rechtsfakultät, aber da die Vorlesung rein fakultativ und ins Prüfungsprogramm nicht aufgenommen ist, wird sie wenig besucht. Der Lehrstuhl ist gegenwärtig von Senator Fernand Faure besetzt, den Aftalion vertritt.

Es gibt aber eine Statistische Gesellschaft, deren Sekretär, Pupin, verschiedene Studien über den Reichtum Frankreichs veröffentlicht hat, und ein offizielles statistisches Amt, das lange Zeit von March, heute von Huber geleitet wird und einen viel Material enthaltenden Monatsbericht herausgibt.

Die Bevölkerungsfrage, besser gesagt die Frage der Geburtenzahl, ist in Frankreich immer an der Tagesordnung und könnte allein eine ganze Literatur versorgen, ohne von den Preisschriften und Wettbewerben zu reden. Das originellste Buch, das auf diesem Gebiet erschienen ist, von Arsène Dumont, stammt schon aus dem vorigen Jahrhundert. Seither hat man sich immer nur wiederholt, denn was sollte man auch wohl Neues über diesen Gegenstand schreiben — es sei denn um zu sagen, daß letzten Endes der Geburtenrückgang kein Übel ist und daß man sich einfach damit abfinden müsse! Aber damit hat sich keiner unserer Nationalökonomen abgefunden, mit Ausnahme der Sozialisten. Die Theorie, die Paul Leroy Beaulieu in seinem letzten Buche vertritt, geht dahin, daß er den Geburtenrückgang als einen unvermeidlichen Tribut an die Zivilisation hinstellt. Das hat ihn freilich nicht verhindert, neben so vielen anderen, einen neuen Preis zur Hebung der Geburtenzahl zu stiften. An der Universität hat Gemahling zahlreiche Studien über die Geburtenzahl und über die Fragen der sexuellen Moral veröffentlicht. Er setzt das Werk Paul Bureaus fort. (20)

Auch die Kolonialpolitik hat eine reichhaltige Literatur gezeitigt. Es ist lange her, seit ihre einzigen Verfechter Paul Leroy-Beaulieu und ich selbst waren und seit Jules Ferry von einem Sturm der Volksempörung hinweggefegt wurde! Heute hat sie nur noch Verteidiger, man streitet sich lediglich über die den Eingeborenen gegenüber einzuschlagende Politik. Das vollständigste Werk über diesen Gegenstand, das durch seine zahlreichen bibliographischen Verweise fast jedes andere überflüssig macht, ist die Abhandlung über „Colonisation et Législation Coloniale“ von Professor Arthur Girault an der Universität von Poitiers (21).

§ 6.

Kriegswirtschaft.

Man hätte denken sollen, daß der Weltkrieg eine Erneuerung der politischen Ökonomie nach sich gezogen hätte; manche Autoren haben sogar gemeint, daß nichts, was sie vor dem Kriege gelehrt hätte, nach dem Kriege noch gelehrt werden würde. Aber die das behaupteten, waren keine Nationalökonomen.

Fast alle Nationalökonomen waren im Gegenteil der Meinung, daß der Krieg zwar ein Experimentalgebiet geschaffen hat, wie es die Nationalökonomen bisher nie gefunden hatten und wie sie es — wir wollen es hoffen — in diesem großen Ausmaß auch nie mehr finden werden, und daß er in manchen Fragen die klassischen Lehren erweitert oder etwas abgeändert hat, daß er aber keines der großen ökonomischen Gesetze widerlegte. Wie zu erwarten stand, haben gerade unsere französischen Nationalökonomen in dieser Hinsicht eine heroische Selbstsicherheit gezeigt, oder, wenn man will, den Traditionalismus, den man ihnen vorwirft; man könnte von ihnen dasselbe sagen, wie vom Weisen des Horaz:

impavidum ferient ruinae!

Sie haben den ganzen Krieg hindurch, und selbst während der Zeit des Mangels, nicht aufgehört, gegen alle Maßnahmen zu protestieren, die der individuellen Freiheit Abbruch tun könnten, wie Besteuerung der Lebensmittel, Beschlagnahme der Erzeugnisse, Verfolgungen wegen übermäßigen Gewinns und Ausfuhrverbote. Heute vertreten sie den Standpunkt, daß es keine andere Lösung für die Geldkrise und die Teuerung gäbe als die Deflation durch Herstellung des Budgetgleichgewichts und die Rückzahlung der Anleihen an die Banque de France seitens des Staates; sie sind überzeugt, daß diese Lösung sich ganz von selbst verwirklichen wird. Ich bin in dieser Hinsicht weniger optimistisch und bezweifle sogar stark, daß diese Lösung wünschenswert sei, aber ich will aus dieser Bibliographie jede kritische Diskussion ausschalten.

Der Krieg hat natürlich eine Menge Bücher hervorgebracht, aber fast ausschließlich über die finanziellen Fragen, da diese durch den Krieg in die erste Reihe gerückt sind — Anleihen, Geldwesen, Wechselkurse, und in Frankreich besonders Bezahlung der Kriegsentschädigungen, Reparation der Kriegsschäden. Diese Bücher sind durch den Sturm der Ereignisse bald überholt und weggefegt worden; es hätte nicht viel Zweck, sie hier anzuführen.

Im übrigen hat der Krieg auf die wissenschaftliche Produktion fast ebenso verhängnisvoll gewirkt wie auf alle anderen Gebiete. Fünf Jahre hindurch hat er jede Verbindung zwischen Westeuropa und Mittel- und Osteuropa abgeschnitten, denn auch Rußland war seit 1918 in die intellektuelle Blockade einbezogen. Eine Menge junger Gelehrter, die vielleicht Leuchten der Wissenschaft geworden wären, sind umgekommen. Für Frankreich will ich hier dem Gedächtnis vier junger Nationalökonomen huldigen, die sich schon durch ihre Arbeiten bekannt gemacht hatten: Pierre Leroy-Beaulieu, Sohn des berühmten Nationalökonomen, der zwar sicherlich einen Teil seiner jungen Berühmtheit

dem Namen verdankte, den er trug, der aber schon eine Reise um die Welt gemacht und davon interessante Bücher zurückgebracht hatte; Jean Granier, ein naher Verwandter und Schüler von mir, der eines der ersten Bücher über die Beteiligung der Arbeiter als Aktionäre geschrieben hat; Depitre und Moride, deren Bücher ich im Anhang anführe (22).

Bei den älteren Nationalökonomien hat der Krieg in Frankreich — wie übrigens auch in Deutschland — nationalistische Gefühle entwickelt, die durchaus nicht günstig für die wissenschaftliche Forschung sind. Bei uns ist kein solches Buch erschienen wie das von Keynes; dieses hat in Frankreich zahlreiche Proteste hervorgerufen, darunter ein Buch von Raphael Georges Lévy „La juste paix ou la vérité sur le Traité de Versailles“, das aber wenig Aufsehen gemacht hat. Paul Leroy-Beaulieu, der die ersten Kriegsjahre miterlebt hat, er starb erst 1916, hat eine Wochenchronik des Krieges herausgegeben, aber er war in seinen Voraussagen wenig glücklich, denn er hatte anfangs stets versichert und zu beweisen versucht, der Krieg könne höchstens sechs Monate dauern.

Die ökonomische Kriegsliteratur finden wir vor allem in Zeitschriften, die es gestatten, den Ereignissen rascher nachzukommen. Ich will aber doch einige Bücher anführen, die in wirklich wissenschaftlichem Geiste und „objektiv“, wie die Deutschen sagen, geschrieben sind: vor allem Rist „Les Finances de l'Allemagne durant la guerre“, und ein neueres von ihm „La Déflation“, in der er von dieser, im Gegensatz zu den meisten Nationalökonomien, eher abrät; ein neueres von Décamps, der den hohen Posten des Direktors der Devisenabteilung in der Banque de France bekleidet, über die Frage der „Wechselkurse“ (23); von Nogaro über die Reparationsfrage und die deutsche Schuldenlast; und von Lescure über das gleiche Thema.

Jèze, Professor an der Rechtsfakultät von Paris, ist der im Ausland bekannteste Finanztheoretiker seit dem Tode Leroy-Beaulieus, der sich aber zu viel fortschrittlicheren Lehren bekennt als sein Vorgänger. Er hat in den Zeitungen der Radikalsozialisten eine Menge Aufsätze über alle Geldfragen, die mit Krieg zusammenhängen, geschrieben, aber seine großen Bücher über Finanzwissenschaft stammen aus der Vorkriegszeit (24).

Bemerkenswerterweise ist keiner der Professoren der Nationalökonomie, die ich angeführt habe, je in die Regierung berufen worden, noch zur Teilnahme an einer der zahlreichen Kommissionen und Sitzungen, die zur Regelung der Finanzfragen eingesetzt und berufen wurden.¹⁾ Es ist richtig, daß sie keine Politiker

¹⁾ Eine Ausnahme müssen wir immerhin anführen: Professor Alliz von der Rechtsfakultät in Paris hat als Finanzsachverständiger in der Kommission für die Ausarbeitung des Dawes-Planes mitgewirkt.

sind. Das ist um so mehr zu bedauern, als die Regierung unter den Politikern keine besonders qualifizierten Leute gefunden hat. Dabei wäre es Frankreich sehr not, bedeutende Finanzfachleute zu finden, die in die Regierung kommen könnten, aber es hatte nicht das Glück wie 1871, einen Léon Say, oder noch früher einen Colbert, zu finden. Ich glaube übrigens, daß dieser Mangel an großen Finanzministern allen Ländern gemeinsam war zu einer Zeit, wo Europa sie am nötigsten gebraucht hätte.

Die Kriegsbibliographie wird binnen kurzem sehr bereichert werden durch die Veröffentlichung einer ganzen Bibliothek über die wirtschaftlichen Erscheinungen und Rückwirkungen des Krieges, die etwa 50 Bände umfassen wird, von denen die ersten demnächst erscheinen sollen. Es ist dies die umfangreiche Enquête, die in sämtlichen kriegführenden Ländern durch die Carnegie-Stiftung unternommen wurde unter der Leitung von Professor J. B. Clark, jetzt von Professor Shotwell. Die Mitglieder seines Direktionskomitees in Frankreich sind: Arthur Fontaine (Präsident des Rates des Internationalen Arbeitsamts), Professor Rist, Hauser und ich.

Alle industriellen, Handels- und finanziellen Fragen, insoweit sie durch den Krieg berührt werden, sollen in besonderen Monographien behandelt werden, nach Möglichkeit von jenen redigiert, die sich während des Krieges damit zu befassen hatten.

Um nur einige von den 50 in Vorbereitung befindlichen Büchern anzuführen, so sind darunter: „La politique commerciale durant la guerre“ von Clémentel — der damals Handelsminister war (heute ist er Finanzminister); „L'Organisation des Industries de guerre“ von Albert Thomas, damals Kriegsminister, heute Direktor des Internationalen Arbeitsamts; „L'Industrie française pendant la guerre“ von Arthur Fontaine, dem Präsidenten des „Comité international du Travail“. Man wird dort auch Namen finden, die ich schon früher angeführt habe: Rist, Aftalion, Nogaro, Jèze, Truchy, Aupetit, Girault, Roger Picard, Oualid und andere, die ich leider nicht anführen kann; unter ihnen befindet sich sogar Herriot, kürzlich noch unser Ministerpräsident, mit einer Monographie über die Stadt Lyon.

Da jede Polemik und jede kritische Wertung der Handlungen anderer Völker vollkommen vermieden ist, kann man darauf hoffen, daß die 150 Bände, die aus 13 verschiedenen Ländern kommen (aus 11 kriegführenden und 2 neutralen), unseren Nachfolgern die Möglichkeit geben werden, sich von dem Krieg eine genauere Vorstellung zu machen, als es uns selbst möglich war, und vielleicht auch seine Wiederkehr erfolgreicher zu beschwören.

Bibliographischer Anhang:

- 1) Ich halte es für richtig, die Werke der im Text genannten Ökonomen der vorigen Generation hier ebenfalls anzuführen.
- Say, Léon, „Rapport sur le paiement de l'indemnité de guerre“. 8°, Paris, Guillaumin, 1874.
- Walras, „Éléments d'Économie Politique pure“. 8°, Paris, Guillaumin, 1874.
- „Etudes d'Économie Sociale. Théorie de la répartition de la richesse sociale“. 8°, Pichon, Paris und Rouge, Lausanne 1896.
- Levassieur, „Histoire des classes ouvrières et de l'industrie en France [1859]“. 2. Aufl., 4 Bde. 8°, Rousseau, Paris 1900—1904.
- „Questions ouvrières et industrielles en France sous la troisième République“. 8°, Rousseau, Paris 1907.
- „Histoire du commerce de la France“. 2 Bde. 8°, Rousseau, Paris 1911—1912.
- Leroy-Beaupieu, Paul, „Traité de la science des finances“ [1877]. 8. Aufl., 2 Bde. 8°, Alcan, Paris 1912.
- „Essai sur la répartition des richesses“. 8°, Guillaumin, Paris 1880.
- „Traité théorique et pratique d'Économie politique“ [1895]. 5. Aufl., 5 Bde. 8°, Alcan, Paris 1910.
- „L'État moderne et ses fonctions“. 1899. Guillaumin, Paris, 3. Aufl. 1900.
- Durkheim, E., „De la division du travail social“. 4. Aufl. 8°, 1922
- „Éducation et Sociologie“ (Erziehung und Soziologie). 16°, 1922.
- Tarde, Gabriel, „Les lois de l'Imitation“.
- „Étude de psychologie sociale“. 8°, 1898.
- „Les lois sociales. Esquisse d'une sociologie“. 8. Aufl. 16°, 1922.
- 2) Colson, G., „Cours d'Économie politique“. 6 Bde. 8°.
- 3) Valois, Georges, „L'Économie nouvelle“. 16°, 1920.
- 4) Antonelli, E., „Principes d'Économie pure. La théorie de l'échange sous le régime de la libre concurrence“. 8°, 1914.
- 5) Aupetit, „Essai sur la théorie générale de la monnaie“. 8°, Guillaumin, Paris 1901.
- 6) Lescure, J., „Des crises générales et périodiques de surproduction“. 3. Aufl. 8°, 1923.
- Aftalion, A., „Les crises périodiques de surproduction“. 2 Bde. 8°, 1913.
- 7) Jay, R., „La protection légale des travailleurs (Premiers éléments de législation ouvrière)“ 2. Aufl. 18°, 1910.
- Antonelli, C., „Les actions de travail dans les sociétés anonymes à participation ouvrière“. 16°, 1912.
- Scelle, G., „Le Droit ouvrier. Tableau de la législation française actuelle“. 16°, 1922.
- Pic, P., „Traité élémentaire de législation industrielle. Les lois ouvrières“. 5. Aufl. 8°, 1922.
- Lazard, Max, „Le chômage et la profession“. 8°, 1909.
- Polier, L., „L'idée du juste salaire“. 8°, 1903.
- Raynaud, B., „Vers le salaire minimum. Étude d'économie et de législation industrielle“. 8°, 1913.
- Gemahling, P., „Les actions syndicales en Justice pour la défense de l'intérêt professionnel. Etude critique de jurisprudence“. 1 Bd. 8°, 1912.
- „Travailleurs au rabais. La lutte syndicale contre la sous-concurrence ouvrière“. 8°, 1910.

- 8) Gide, Ch., „La Coopération, conférences de propagande“. 4. Aufl. 18⁰, 1922.
 — „Les sociétés coopératives de consommation“. 4. Aufl., umgearbeitet 1924. 18⁰, im Druck.
 — „Fourier précurseur de la coopération“. 16⁰, 1921.
- Lavergne, Bernard, „Le Régime coopératif. Étude générale de la coopération de consommation en Europe“. 8⁰, A. Rousseau, Paris 1908.
- Deslandres, M., „L'acheteur. Son rôle économique et social. Les ligues sociales d'acheteurs“. 8⁰, 1911.
- 9) Pelloutier, F., „Histoire des Bourses du Travail“. 16⁰, 1902.
- 10) Jaurès, J., „Études socialistes“. 12⁰, Ollendorff, Paris 1901.
- 11) Sorel, Georges, „Réflexions sur la violence“. 4. Aufl., vermehrt durch eine Verteidigung Lenins. 16⁰, 1920.
 — „La décomposition du marxisme“. 16⁰, 1923.
 — „De l'utilité du pragmatisme“. 16⁰, 1921.
 — „Les illusions du progrès“. 3. Aufl. 12⁰, 1921.
- 12) Leroy, Maxime, „La Coutume ouvrière. (Syndicats, Bourses de travail, etc.)“. 2 Bde. 8⁰, 1913.
 — „Syndicats et services publics“. 8⁰, 1909.
 — „Les techniques nouvelles du syndicalisme“. 16⁰, 1921.
- 13) Fourrière, E., „L'idéalisme social“. 2. Aufl. 8⁰, 1908.
 — „L'individu, l'association et l'État“. 8⁰, 1907.
 — „Ouvriers et patrons“. 18⁰, 1905.
 — „La Sociocratie. Essai de politique positive“. 18⁰, 1911.
- Andler, C., „La décomposition politique du socialisme allemand“. (Die Zersetzung des deutschen Sozialismus.) 8⁰, 1914—1919.
 — „Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine“. 16⁰, 1919.
- Milhaud, Edgard, „La marche au socialisme“. 8⁰, 1919.
 — „La démocratie socialiste allemande“. 8⁰, 1913.
- 14) Bourguin, M., „Les systèmes socialistes et l'évolution économique“. 3. Aufl. 8⁰, 1921.
- Aftalion, A., „Les fondements du socialisme. Etude critique“. 8⁰, 1922.
- 15) Martin, Germain, „La Grande Industrie sous le règne de Louis XIV“. 1899.
 — „idem, sous Louis XV.“ 1900.
 — „Les problèmes du crédit en France“. 6⁰, 1919.
- Martin-St.-Léon, E., „Le Compagnonnage, son histoire, ses coutumes, ses règlements“. 18⁰, 1901.
 — „Syndicalisme ouvrier et syndicalisme agricole“. 12⁰, 1920.
 — „Histoire des corporations de métiers, depuis leurs origines jusqu'à leur suppression en 1791. (Suivie d'une étude sur l'évolution de l'idée corporative de 1791 à nos jours et sur le mouvement syndical contemporain)“. 8⁰, 1923.
- Marion, M., „Histoire financière de la France depuis 1715“. Bisher erschienen Bd. I, II, III (1715—1797). 3 Bde. 8⁰, 1914—1921.
- Mantoux, „La révolution industrielle au XVIII siècle. (Essai sur les commencements de la grande industrie moderne en Angleterre)“. 8⁰, Société nouvelle de Librairie, 1906.
- Dolleans, „Le Chartisme (1830—1848)“. 2 Bde. Flourey 1913.
- 15 a). Zur Geschichte der Lehrmeinungen.
- Gide, Ch. und C. Rist, „Histoire des doctrines économiques depuis les Physiocrates jusqu'à nos jours“. 4. Aufl. 8⁰, 1922.

- G o n n a r d , R., „Histoire des doctrines économiques“. 8^o I. „De Platon à Quesnay, 1921“. II. „De Quesnay à Stuart Mill“ 1922. III. „Les Doctrines contemporaines“ 1922.
- W e u l e r s s e e , „Le Mouvement physiocratique en France“. 2 Bde. 8^o, Alcan, Paris 1910.
- 16) B ouglé , G., „La sociologie de Proudhon“. 18^o, 1911.
— „Qu'est-ce que la sociologie?“ 4. Aufl. 16^o, 1921.
— „Leçons de sociologie sur l'évolution des valeurs“. 18^o, 1922.
— „Le guide de l'étudiant en sociologie“. 16^o, 1921.
- 17) W orms , R., „La Sociologie. Sa nature, son contenu, ses attaches“. 18^o, 1921.
— „Philosophie des sciences sociales“. 3 Bde., 2. Aufl. 8^o, 1907—1921.
- 18) M au n i e r , R., „L'origine et la fonction économique des villes“. 8^o, 1910.
— „Manuel bibliographique des sciences sociales et économiques“. 8^o, 1920.
- 19) Hier führe ich nur die beiden neuesten Bücher an:
B ouglé , G., „Le solidarisme“. 2. Aufl. 1924.
- F leurant , „Sur la solidarité“. 1907. (Sehr ausführliche Darstellung.)
- 20) L eroy - B e a u l i e u , Paul, „La question de la population“. 16^o, 1913.
- D umont , A., „Dépopulation et civilisation“. 12^o, 1902.
— „Natalité et démocratie“. 8^o, 1890.
- 21) G irault , A., „Principes de colonisation et de législation coloniale“. 4 Bde. 4. Aufl. 18^o, 1921.
- 22) L eroy - B e a u l i e u , P i e r r e , „Les nouvelles Sociétés anglo-saxonnes“. 1897, Neue Ausgabe 8^o, Colin & Co., Paris 1901.
- D e p i t r e , „Le mouvement de concentration des banques allemandes“. 8^o, A. Rousseau, Paris 1905.
- G ranier , J., „Les Actions de Travail“. 8^o, Larose & Tenin, Paris, 1910.
- M oride , P., „Les maisons à succursales multiples“. 16^o, 1913.
- 23) R ist , C harles , „Les finances de guerre de l'Allemagne“. 8^o, 1920.
— „La Déflation“. 1924.
- D e c a m p s , J., „La Guerre et les Finances de la France“. 8^o, 1918.
- N ogaro , „La Monnaie et les phénomènes monétaires contemporains“, 8^o, 1924.
- 24) J èze , G., „Traité de science des finances. Le budget“. 1910.
— „Cours de science des finances et de législation financière française. Théorie générale du Budget“. 8^o, 1922.
— „Théorie générale de l'emprunt“. 8^o, 1923.

Die Sozialökonomie in den Vereinigten Staaten.

Von

Edwin R. A. Seligman,
Professor an der Columbia University in New York.

Inhalt.

	Seite
I. Die Anfänge der amerikanischen Sozialökonomie	61
18. Jahrhundert. Franklin und Hamilton	61
19. Jahrhundert	62
Rae und Carey	63
Francis Walker und Henry George	65
II. Die modernen nationalökonomischen Schulen	66
Der europäische Einfluß und der Historismus	66
Altere Richtungen. Adams, Patten, Mayo Smith	68
Clark, Ely, Taussig, Hadley, Laughlin	69
Fetter, Veblen, Fisher, Commons, Holander	71
Die Jüngeren	73
III. Periodica, Unterrichtsbetrieb, Forschungsinstitute	75

I.

Wenngleich das Studium der Sozialökonomie in den Vereinigten Staaten noch eine verhältnismäßig neue Erscheinung ist, sind über ökonomische Probleme dennoch von Anfang an eine Fülle von Schriften erschienen. In der vorrevolutionären Epoche des achtzehnten Jahrhunderts war es hauptsächlich die Geldfrage, welche die Aufmerksamkeit der Autoren auf sich zog. Die Unmöglichkeit, das gemünzte Geld im Lande festzuhalten, eine Folge der primitiven wirtschaftlichen Bedingungen, führte tatsächlich alle Kolonien zur Ausgabe von Papiergegeld, dessen Entwertung bald begann. Diese Emissionspolitik hat eine hitzige Kontroverse entfacht und eine bemerkenswerte Literatur gezeitigt, die zum Teil in den letzten Jahren gesammelt und neu herausgegeben wurde. Unter diesen Schriften finden sich nicht wenige, die ein gutes Verständnis der Geldtheorie aufweisen, wie sie in jener Zeit in Europa verstanden wurde. Unter den damaligen Autoren ragte Dr. William Douglass hervor.

Mit dem Ausbruch der Revolution rückte die Finanzierung des Krieges naturgemäß an die erste Stelle. Unter den vielen Autoren verdienen zwei besonders hervorgehoben zu werden. Pelatiah Weber war ein sehr fruchtbarer Schriftsteller, dessen Aufsätze in einem dicken Bande 1791 unter dem Titel „Political Essays on the Nature and Operation of Money, Public Finances, and other Subjects“ (Politische Aufsätze über Wesen und Verwendung des Geldes, die öffentlichen Finanzen und andere Gegenstände) neugedruckt wurden. Seine Ansichten standen auf dem gleichen Niveau mit denen des zeitgenössischen Englands. Ein zweites interessantes und wertvolles Werk war „An Essay on the Nature and Principles of Public Credit“ (Ein Versuch über Wesen und Grundlagen des Staatskredites) von S. Gale, das in vier Teilen von 1784—86 erschien und durch die Anwendung von mathematischen Methoden besonders bemerkenswert ist.

Das folgende Stadium der ökonomischen Forschung wird durch die Berichte und Aufsätze der Staatsmänner repräsentiert. Thomas Jefferson hat sich in seinen „Notes on Virginia“ (Aufzeichnungen über Virginien), ebenso wie George Washington in vielen Sammlungen seiner Briefe, mit landwirtschaftlichen Gegenständen befaßt; James Madison mit Handelsfragen und Robert

Morris mit den Finanzen. Es gibt aber drei Namen, die weit mehr als zeitliche Bedeutung besitzen. Benjamin Franklin erörterte sogar noch vor der Revolution viele Probleme der ökonomischen Theorie vornehmlich in seinen Beiträgen über Bevölkerungsfrage und über Reichtum, von denen der bedeutendste seine „Observations concerning the Increase of Mankind“ (Beobachtungen über die Zunahme des Menschengeschlechts) aus dem Jahre 1751 sind. Alexander Hamilton, sicherlich das hervorragendste politische Genie, das Amerika hervorgebracht hat, zeigte eine genaue Kenntnis der sozialökonomischen Theorie seiner Zeit in seinen großen Berichten über öffentlichen Kredit, Manufakturen, über den Tilgungsfond (sinking fund), über Banken, Geldumlauf und Steuern. Diese Berichte, die sich mit den gleichartigen Produktionen des großen französischen Staatsmannes Turgot vergleichen lassen, haben auf die Gesetzgebung sogar einen noch länger dauernden Einfluß ausgeübt. Ein vielleicht noch viel ausgebildeterer Fachmann in der Technik der Staatsfinanzen war Albert Gallatin, Schatzsekretär während der zweimaligen Amtszeit Jeffersons. Außer durch eine Reihe bewunderungswürdiger Berichte zeichnet er sich noch dadurch aus, daß er als erster theoretischer Schriftsteller den Trugschluß, welcher der später von Pitt übernommenen Schuldentlastungstheorie von Richard Price zugrunde lag, aufdeckte. Seine nachfolgenden Arbeiten über Bankwesen, Geldwesen und Freihandel sind von hohem Wert. Ein dritter Staatsmann, dessen Verdienste nie gebührend anerkannt worden sind, war Alexander J. Dallas, von 1814—1816 Schatzsekretär, der durch seine Geschicklichkeit die verworrenen Verhältnisse, in die das Land durch den Krieg von 1812 geraten war, wieder in Ordnung brachte. Dallas' Berichte über die verschiedenen Probleme der Staatsfinanzen, wie Steuern, Budget, Geldwesen und Zolltarif, sind überaus reich an interessanten und wertvollen theoretischen Erörterungen. Diese drei Männer waren weitaus die drei hervorragendsten Schatzsekretäre, deren sich die Vereinigten Staaten zu erfreuen hatten.

Das neunzehnte Jahrhundert hindurch wurden die Vereinigten Staaten durch ihren wachsenden Wohlstand vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Verwirrungen bewahrt, die das Anwachsen der ökonomischen Diskussion und die Entwicklung der sozialökonomischen Theorie hervorzurufen pflegten. Die ökonomische Literatur bis zum Bürgerkrieg im Jahre 1861 setzt sich infolgedessen aus zwei klar unterschiedenen Bestandteilen zusammen. Erstens haben wir die akademische Literatur der Ökonomieprofessoren. Die Entwicklung dieser Professuren begann in der zweiten Dekade. Zuerst kam der Lehrstuhl am Columbia College, den McVickar 1818 bekleidete, als die Sozialökonomie als neuer Lehrgegenstand zu seinen Vorlesungen über Naturphilosophie hinzuge-

gefügt wurde, was noch heute im Namen dieser Professur, die gegenwärtig vom Verfasser innegehabt wird, weiterlebt. Adam Smiths „Wealth of Nations“ (Reichtum der Nationen) erschien schon 1781 in einer amerikanischen Ausgabe; Malthus wurde 1809 nachgedruckt und Ricardo 1819. Die meisten Abhandlungen über Sozialökonomie, die sich in den folgenden Jahrzehnten ständig vermehrten, waren aber zumeist nur Wiederholungen aus den Schriften der Anhänger der klassischen Schule in England und brachten keine wichtigen Beiträge zum Bestand der ökonomischen Theorie.

Die zweite Phase der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion stellt die sehr umfangreiche Broschürenliteratur dar, welche die wirtschaftlichen Fragen behandelt, die auf das politische Gebiet hinüberspielen. Die Hauptprobleme dieser Literatur waren Geld, Bankwesen, Schutzzoll und Freihandel, die Bodenfrage und die Staatsschulden. Viele dieser Broschürenschreiber waren Männer von großen Fähigkeiten, wie Matthew Carey und Condé Raguet, die über Schutzzoll, und Gouge, der über Geldwesen schrieb. Man findet in ihren Schriften manches Wertvolle, das auch später von den Wirtschaftstheoretikern verwertet wurde. Bemerkt sei in diesem Zusammenhange die 1839 erfolgte Gründung der American Statistical Association (Statistische Vereinigung Amerikas); die dreißiger und vierziger Jahre sahen ferner den Anfang einer radikalen Arbeiterliteratur und ein starkes erwachendes Interesse an den theoretischen Ansichten des Fourierismus, Assozianismus, Kommunismus und Anarchismus.

Drei Männer ragen aus dieser Zeit empor. Einer davon ist Daniel Raymond, der 1820 ein zweibändiges Werk über „Elements of Political Economy“ veröffentlichte. Raymond ging nicht von den Theorien Adam Smiths und Ricardos aus, schuf vielmehr eine gut ausgearbeitete Grundlage für die Theorie des Schutzes der nationalen Arbeit. Von ihm leitete Friedrich List seine nationale Theorie ab, ebenso wie die Erfahrungen während seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten List zu seinen Schlußfolgerungen über Eisenbahnen und Zollvereine führten, die er später, nach Rückkehr in seine Heimat, mit solchem Nachdruck verfocht. Raymond seinerseits gebrauchte nur wenig Argumente, die nicht bereits in dem großen Bericht Hamiltons über Manufakturen vorkommen, so daß Hamilton mit Recht der geistige Vater Lists genannt werden kann.

Der zweite Schriftsteller von überragender Bedeutung war John Rae, dessen „Statement of some new Principles on the Subject of Political Economy“ 1834 erschien. Rae, ebenfalls Schutzzöllner, lieferte interessante Beiträge zu der Theorie des Kapitals und nahm gewissermaßen Böhm-Bawerks umfassende Theorie der kapitalistischen Produktion vorweg. Erst in den letzten

Jahren ist Rae zu dem verdienten Ansehen gelangt; allerdings hat ihm schon John Stuart Mill einige Beachtung geschenkt.

Der dritte Autor, der bald internationalen Ruf gewann, war Henry C. Carey. Im Laufe seines langen Lebens schrieb er viele gut durchdachte Abhandlungen, deren erste, der „Essay on the Theory of Wages“ 1835 erschien. Auch er war Protektionist, der in seiner Forderung nach dauerndem Schutz sowohl der Landwirtschaft als auch der Industrie noch über List hinausging. Obgleich Carey bald einen ziemlich großen Einfluß in Europa wie in den Vereinigten Staaten erlangte, sind seine Arbeiten doch von einer so eigenartigen Weltanschauung getragen und zeigen eine so maßlose Opposition gegenüber allen Lehren der klassischen Schule, daß er heute nur eine mehr historische Bedeutung besitzt. Überdies unterlag er am Ende seines Lebens den gefährlichen Irrtümern des Inflationismus, wie er von den Verfechtern der sogenannten „Greenbacks“, des uneinlöslichen Papiergeedes, während des Bürgerkrieges vertreten wurde.

Der Bürgerkrieg hatte naturgemäß große finanzielle Schwierigkeiten im Gefolge. Die beherrschende Erscheinung von ökonomischer Bedeutung in der unmittelbaren Nachkriegsperiode war David A. Wells. Er hat der Regierung große Dienste geleistet, indem er Ordnung in das Chaos der Staatsfinanzen brachte. Wells schrieb eine ganze Reihe von Berichten und Aufsätzen über die Probleme der Besteuerung, der öffentlichen Ausgaben, der Zölle und ähnlicher Gegenstände. Er war ein Mann von großen Fähigkeiten, besonders geschickt, die Tatsachen zu gruppieren und dann aus ihnen die Deduktionen zu ziehen. Aber er begab sich auf das Gebiet der Nationalökonomie ohne entsprechende wissenschaftliche Vorbereitung — vorher war er nämlich Professor der Chemie gewesen —; infolgedessen sind seine Beiträge zur nationalökonomischen Theorie im ganzen von geringem Wert. In den unmittelbar auf den Bürgerkrieg folgenden Jahrzehnten schlossen sich ihm zwei andere praktische Nationalökonomen von hervorragenden Verdiensten an, beide aber ebenfalls ohne ausreichende theoretische Ausbildung. Horace White widmete sich vornehmlich den Problemen des Geldes und der Banken und wurde einer der führenden Publizisten der Vereinigten Staaten; Edward Atkinson, ein Kaufmann aus Neu-England, kam allmählich auf das Gebiet der nationalökonomischen Theorie und schrieb in der Hauptsache über Profite und Löhne. Alle drei genannten Autoren waren Anhänger der klassischen englischen Schule und extreme Freihändler, die sich überaus heftig gegen alles wandten, was nur im entferntesten nach Sozialismus schmeckte. Sie besaßen übrigens eine zahlreiche und begeisterte Anhängerschaft, aus der W. G. Sumner, Professor an der Yale Universität, der vor allem

über Geldprobleme schrieb, und J. Schoenhof, der sich hauptsächlich mit Zollfragen beschäftigte, hervorgehoben sein mögen.

Von ganz anderer Art war der eine wirklich bedeutende nationalökonomische Theoretiker jener Zeit, Francis A. Walker, ein Mann von viel weiterem Blick und von wissenschaftlicher Schulung. Nach einer hervorragenden Karriere im Bürgerkriege widmete er sich der Statistik und wurde Direktor des Statistischen Amts der Vereinigten Staaten. Die nationalökonomische Theorie fesselte ihn immer mehr, und so wurde er schließlich auf den 1876 gegründeten Lehrstuhl für Sozialökonomie an der John-Hopkins-Universität berufen. In rascher Folge verfaßte er jetzt Werke ersten Ranges über die Lohnfrage, über Geld- und andere Probleme, auf die bald ein systematisches Werk über Sozialökonomie folgte. General Walker war der erste bedeutende Schriftsteller, der die Irrtümer der Lohnfondstheorie darlegte, auch ist er bemerkenswert durch seine Analyse der Gesetze der Verteilung sowie durch den Nachdruck, den er auf die Residualtheorie der Löhne legte. Als der unbestritten führende Nationalökonom des letzten Viertels des neunzehnten Jahrhunderts wurde er auch der erste Präsident der American Economic Association, auf die ich gleich zu sprechen komme. Da er aber mit der Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft auf dem Kontinent nicht aus erster Hand vertraut war, war es ihm nicht beschieden, das Haupt einer neuen Schule zu werden.

Eine Übersicht über die Entwicklung des ökonomischen Denkens jener Zeit wäre unvollständig, wenn man das Werk Henry Georges unerwähnt ließe. In Kalifornien ansässig zu einer Zeit, in der alles auf ein rasches Gedeihen der sogenannten Bonanza-Farms hinzuweisen schien, kam George zu der Überzeugung, daß die Lösung der sozialen Frage von heute in der Nationalisierung des Bodens durch das Mittel der single tax (einige Steuer) besteht. Er begann mit einer Abhandlung „Our Land and Land Policy“ (Unser Boden und unsere Bodenpolitik) im Jahre 1871, dann arbeitete er seine allgemeine Theorie in „Progress and Poverty“ (Fortschritt und Armut) 1879 aus, die zahllose Auflagen erlebte und alsbald in viele fremde Sprachen übersetzt wurde. George, in jeder anderen Hinsicht extremer Individualist, führte Mills Theorie vom unverdienten Wertzuwachs (unearned increment) bis zum logischen Extrem durch. So einseitig uns seine Theorie auch heute erscheint, so hat er doch dem Gebäude des Fortschritts ökonomischen Denkens zwei wichtige Erkenntnisse hinzugefügt: das eine war seine Monopoltheorie — wenngleich er darin extrem war, daß er sie auf den Bodenbesitz beschränkte —; das zweite die Theorie, daß die Löhne durch die Erzeugnisse des rentenfreien Landbesitzes bestimmt sein sollen — eine Lehre, die das Denken Professor Clarks beeinflußt hat.

Unter den hervorragenden Nationalökonomien jener Zeit können wir noch Professor Dunbar von der Harvard-Universität erwähnen, ein etwas konservativer Anhänger der herrschenden klassischen Schule, der sich vornehmlich der Theorie des Bankwesens widmete, und den originelleren Simon Newcomb, von Hause aus Astronom, der sich zuerst mit Finanzpolitik beschäftigte und später, 1886, seinen bedeutendsten Beitrag in dem Werke „Principles of Political Economy“ lieferte.

II.

Das Auftauchen der moderneren nationalökonomischen Schulen in den Vereinigten Staaten ist durch die Probleme hervorgerufen, die durch die rasche Entwicklung nach dem Bürgerkrieg aufgeworfen wurden. Ebenso wie die wirtschaftlichen Probleme des neuen deutschen Reiches nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870 den Anstoß zu der ungeheuren Entwicklung der ökonomischen Wissenschaft in Deutschland gaben, vollzog sich die gleiche Bewegung in den siebziger Jahren in den Vereinigten Staaten. Die allmähliche Erschöpfung des freien Bodens hatte das Auftreten der Arbeiterfrage zur Folge, wie es der große Streik von 1877 zeigte; das Bedürfnis der Farmer nach fremden Absatzmärkten rückte das Eisenbahnproblem in den Vordergrund, und das rasche Anwachsen des Reichtums der einzelnen und der Kapitalgesellschaften erweckte das Interesse an den Streitfragen über Produktion und Verteilung. Da die amerikanischen Universitäten zu jener Zeit keine entsprechende Gelegenheit zu höherer nationalökonomischer Ausbildung boten und England und Frankreich nicht viel besser daran waren, ging eine Reihe von jungen Leuten, die sich von dem Gegenstand angezogen fühlten, nach Deutschland, um hier an den bedeutenderen Universitäten ihren Studien obzuliegen. Viele gingen nach Heidelberg, um bei Knies zu arbeiten, manche nach Leipzig zu Roscher; die meisten aber gingen nach Berlin, wo sie zuerst unter den Einfluß von Held, später von Wagner und Schmoller gerieten. In den folgenden Jahren studierten viele bei Conrad in Halle und bei Cohn in Göttingen. Die meisten dieser jungen Amerikaner benutzten ihren Aufenthalt in Europa noch dazu, eine Zeit auch in Frankreich zu verbringen und an der Sorbonne bei Leroy-Beaulieu oder bei Levasseur an der neuen École libre des sciences politiques zu arbeiten; einige wenige gingen auch nach Italien. Nach ihrer Rückkehr in die Vereinigten Staaten wurden sie auf die nationalökonomischen Lehrstühle berufen, die man an den führenden Universitäten für sie schuf, und zogen sich mit der Zeit eine Gefolgschaft jüngerer Männer als Mitarbeiter und Nachfolger heran.

Die erste literarische Frucht ihrer Arbeiten erschien 1886 in einem Sammelbande unter dem Titel „Science Economic Discussion“ (Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen). Im Jahre zuvor war in Saratoga die American Economic Association gegründet worden. Der Einfluß der deutschen historischen Schule zeigt sich deutlich in den folgenden Satzungen:

„1. Wir halten den Staat für ein Agens, dessen positive Mitwirkung eine unerlässliche Bedingung menschlichen Fortschritts ist. — 2. Wir glauben, daß die Sozialökonomie als Wissenschaft sich noch in ihren ersten Entwicklungsstadien befindet. Bei aller Anerkennung für die Arbeiten der früheren Nationalökonomien legen wir nicht so viel Gewicht auf Spekulation wie auf das historische und statistische Studium der gegenwärtigen Bedingungen des Wirtschaftslebens, um die wissenschaftliche Entwicklung befriedigend weiter zu fördern. — 3. Wir meinen, daß der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit eine große Zahl sozialer Probleme in den Vordergrund gestellt hat, deren Lösung die vereinten Anstrengungen von Kirche, Staat und Wissenschaft, jedes auf seinem eigenen Gebiet, erfordert. — 4. Bei dem Studium der Industrie- und Handelspolitik der Regierung nehmen wir keine parteiische Stellung ein. Wir glauben an eine allmähliche Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, denen eine ebensole Entwicklung der Gesetzgebung entsprechen muß.“

Später wurde den obenstehenden Ausführungen noch eine Fußnote hinzugefügt: „Diese Grundsatzklärung wurde von den Gründern der Amerikanischen nationalökonomischen Vereinigung als allgemeiner Hinweis auf ihre Ansichten und Absichten vorgeschlagen und angenommen, aber sie wird für die einzelnen Mitglieder nicht als bindend angesehen.“

Im folgenden Jahre wurde überdies die erste wissenschaftliche Zeitschrift unter dem Titel „Political Science Quarterly: A Review devoted to the Historical, Statistical and Comparative Study of Politics, Economics and Public Law“ von der staatswissenschaftlichen Fakultät der Columbia-Universität herausgegeben. In dem Herausgeberkollegium standen als Vertreter der Sozialökonomie Richmond Mayo-Smith und der Verfasser.

Die American Economic Association war aber kaum gegründet, als die Gefahren der extremen Entwicklung des deutschen Historismus schon die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkten. Ein wenig später, im Jahre 1886, gab die Harvard-Universität das „Quarterly Journal of Economics“ unter der Leitung Professor Dunbars heraus. Im Verlauf weniger Jahre ließ die Amerikanische nationalökonomische Vereinigung (American Economic Association), die in Wirklichkeit von Anfang an unparteiisch gewesen war, ihre „Prinzipienerklärung“ fallen und wurde, was sie seither geblieben ist, zu einem Mittelpunkt für Ökonomen

aller Schattierungen, reine Theoretiker, Historiker und Praktiker. Nicht wenige der aus Europa zurückgekehrten Nationalökonomien widmeten sich jetzt in der Tat ausschließlich den theoretischen Problemen der Ökonomik.

Aus der ersten Gruppe dieser Nationalökonomien müssen drei erwähnt werden, die inzwischen verstorben sind. Der begabteste von diesen war wohl Henry C. Adams, der zuerst an die Cornell-Universität in Ithaka berufen wurde und dann an der Michigan-Universität in Ann Arbor lehrte. Die früheste Arbeit Adams' war eine bemerkenswerte Studie über „The Relation of Government to Industry“, in der er von der Theorie des laissez-faire ausging und die Rolle der Regierung bei ihren Bemühungen, das Niveau des Wettbewerbs zu heben, nachdrücklich betonte. Seine konstruktiven Hauptwerke aber liegen auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzen und des Verkehrs. 1887 erschien sein Buch über „Public Debts“, das gleich zum klassischen Werk wurde, und 1898 veröffentlichte er seine „Science of Finance“ (Finanzwissenschaft), die erste ihrer Art in englischer Sprache. Dieses Buch zeichnet sich sowohl durch Gedankentiefe aus als dadurch, daß es versucht, allgemeine Grundsätze auf amerikanische Verhältnisse anzuwenden. Kurz nach Gründung der Interstate Commerce Commission (Zwischenstaatlichen Handelskommission) wurde er von dieser als Statistiker für das Verkehrswesen berufen; und den Rest seines Lebens widmete er seine Arbeitskraft hauptsächlich der Ausarbeitung eines Systems von statistischen Erhebungen und der Durchsetzung ihrer Annahme durch die führenden Eisenbahnen. Später wurde er nach China berufen, um dort eine ähnliche Arbeit für das staatliche Eisenbahnsystem durchzuführen. Aber all die Jahre hindurch behielt Adams seine Professur in Michigan bei und legte in seinen Vorlesungen besonderes Gewicht auf die sozialen und ethischen Seiten der Sozialökonomie und der Verteilungstheorie.

Simon N. Patten, ein Schüler Conrads, war in vieler Hinsicht der originellste unter den amerikanischen Nationalökonomien. Er war nicht bloß ein fruchtbarer und anregender Schriftsteller, sondern auch ein ausgezeichneter Lehrer und begeisterte von seinem Lehrstuhl an der Universität von Pennsylvania aus viele der jüngeren amerikanischen Gelehrten. Seine Arbeit betraf das Grenzgebiet zwischen Nationalökonomie und Soziologie, mit besonderem Interesse für die Theorie der Konsumtion. Auch zur Geschichte des nationalökonomischen Denkens und zu der Produktionstheorie lieferte er wertvolle Beiträge. Patten gehörte zu den wenigen unter der jüngeren Gruppe jener Zeit, die eifrige Verfechter des Protektionismus geblieben sind.

In viel jüngerem Alter schied Richmond Mayo-Smith, ein Schüler von Roscher und Wagner, dahin, der ebenfalls unter dem Einfluß der deutschen

Statistiker stand. Er bekleidete die Professur für Nationalökonomie an der Columbia-Universität und las von Anfang an einen umfassenden Kurs über die von ihm so genannte historische und praktische Sozialökonomie. In erster Linie arbeitete er über Statistik und schuf in Columbia ein statistisches Seminar, in dem eine große Zahl der heute führenden amerikanischen Statistiker herangebildet worden ist. Die Frucht seiner Arbeiten legte er in zwei Bänden nieder, einem über „Statistics and Economics“ und einem zweiten über „Statistics and Sociology“. Sein früher Tod verhinderte ihn, das von ihm gewählte Arbeitsfeld noch intensiver auszubauen.

Aus der nächsten Gruppe der älteren Nationalökonomen, Zeitgenossen der obengenannten, die an der Wallfahrt nach Deutschland teilgenommen hatten, sind alle noch am Leben. Bei weitem der bedeutendste unter ihnen ist John B. Clark, der mit Böhm-Bawerk zusammen in Heidelberg bei Knies studiert hat. Clark ist bemerkenswert auch dadurch, daß er die Grenznutzenlehre in die sozialökonomische Theorie eingeführt hat, die er unabhängig von den Arbeiten Jevons' in England, Wiesers in Österreich und Walras' in der Schweiz aufstellte. Zuerst Professor für Nationalökonomie am Smith College wurde er bald an die Universität Columbia berufen, wo er 1899 seine bedeutsame Theorie in dem Werke „The Distribution of Wealth“ veröffentlichte. Dieses Buch brachte ihm mit Recht den Ruf, einer der fünf oder sechs großen angelsächsischen Theoretiker des neunzehnten Jahrhunderts zu sein, und stellte ihn in eine Reihe mit Ricardo, Senior, John Stuart Mill, Jevons und Marshall. Seine Bücher wurden bald in viele fremde Sprachen übersetzt und übten einen tiefgreifenden Einfluß auf das Denken nicht bloß Amerikas, sondern auch Europas aus.

Einige Jahre jünger als Clark, aber heute auch schon in den Siebzigern, ist Richard T. Ely, der Nachfolger Walkers an der John-Hopkins-Universität, der aber den größten Teil seines Lebens an der Universität von Madison gelehrt hat. Ely ist nicht so originell und scharfsinnig wie einige der bereits erwähnten Gelehrten, aber er besitzt die große Gabe eines klaren und gemeinverständlichen Vortrags und überdies eine Begeisterung für den Gegenstand, die bemerkenswerte Erfolge zeitigte. Er war der treibende Geist bei der Gründung der American Economic Association, deren Sekretär er wurde und lange Jahre hindurch blieb. Elys Interessenkreis ist sehr mannigfaltig und die Zahl seiner wissenschaftlichen Publikationen sehr groß. Zuerst widmete er sich den Problemen der öffentlichen Finanzen und der Arbeiterfrage und schrieb mehrere Bücher über Besteuerung und über Sozialismus, in denen er das amerikanische Publikum mit den neueren Ideen bekannt machte. Späterhin richtete er seine Aufmerksamkeit auf die Organisation der Industrie und das Trustproblem sowie auf die

allgemeine Theorie des Eigentums, in deren Behandlung er durch Wagner beeinflußt war. In den letzten Jahren hat er sich auf das Studium der Bodenfrage geworfen und wurde Direktor des Instituts für Agrarwissenschaft. Daneben fand er noch Zeit, in Verbindung mit einigen seiner Schüler ein Lehrbuch der Sozialökonomie zu schreiben, das zu den verbreitetsten in den Vereinigten Staaten gehört.

Einige Jahre jünger als Ely ist F. W. Taussig von der Harvard-Universität. Taussig beschäftigte sich vornehmlich mit dem Zollproblem, aber auch mit Fragen der allgemeinen nationalökonomischen Theorie. Sein zweibändiges Werk über „Principles of Political Economy“, das zuerst 1911 erschien, hat mit Recht unter den amerikanischen Arbeiten über den gleichen Gegenstand einen großen Ruf gewonnen, obgleich es sich nicht durch die gleiche Originalität auszeichnet wie manche der anderen. Als Haupt der nationalökonomischen Abteilung der Harvard-Universität hat er sich eine ganze Anzahl ausgezeichneter Kollegen herangezogen, denen es gelang, eine Menge von Studenten aus der ganzen Welt anzuziehen.

Unter seinen Altersgenossen muß Arthur T. Hadley von der Yale-Universität hervorgehoben werden, ein Schüler Gustav Cohns, der seine Göttinger Anregungen in einem glänzend geschriebenen Buch über „Transportation“ (Verkehrswesen), dem ersten wissenschaftlichen Buch dieser Art in den Vereinigten Staaten, um die Mitte der achtziger Jahre verwertete. Diesem folgte eine scharfsinnige Abhandlung über „Economics“, in der er, wieder in Übereinstimmung mit der deutschen Wagnerschen Richtung, die Beziehungen zwischen Gesetzgebung und Wirtschaft nachdrücklich hervorhebt. Leider wurde seine weitere Arbeit auf dem Gebiet der Nationalökonomie dadurch unterbrochen, daß er einem Rufe als Präsident der Yale-Universität folgte, ein Amt, das seine ganze Zeit und Arbeitskraft in Anspruch nahm. An der Yale-Universität wirkte auch Henry W. Farnam, ein Lieblingsschüler Schmollers, der sich in unserem Lande hauptsächlich der Philanthropie und den sozialen Problemen des Wirtschaftslebens widmete. Endlich muß, um die Aufzählung vollständig zu gestalten, auch der Verfasser dieser Zeilen erwähnt werden, der ebenfalls ein Schüler von Knies, Schmoller und Wagner war und auch in Frankreich und Italien studiert hat. Seine Arbeiten liegen vornehmlich auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft.

Von den noch am Leben befindlichen älteren Leuten muß noch einer angeführt werden, der nicht zu der oben genannten Gruppe gehört. Es ist das Laurence J. Laughlin von der Universität Chicago. Professor Laughlin gehört seinem Temperament nach zu der extrem konservativen Schule der Nationalökonomen,

die allem feindlich gegenübersteht, was an Sozialismus, Protektionismus oder staatliche Einmischung auch nur streift. Er widmete seine Arbeitskraft vor allem der Ausarbeitung seiner Geldtheorie, in welcher er die Quantitätstheorie zu bekämpfen und dem Problem der Preisschwankungen vom Gesichtspunkt der Einflüsse von Angebot und Nachfrage der Waren beizukommen sucht.

Wir kommen jetzt zu der weitaus größeren Gruppe von Nationalökonomien, die heute im Alter zwischen fünfzig und sechzig Jahren stehen. Sie sind meistens Schüler der älteren Gruppe, aber viele haben auch die Vorteile des Studiums auf dem europäischen Kontinent genossen. Diese Gruppe ist so zahlreich, daß wir sie am besten nach den Gebieten einteilen, auf denen die einzelnen Autoren ihren nationalen, in manchen Fällen auch internationalen, Ruf erworben haben.

Auf dem Gebiet der allgemeinen Theorie lassen sich drei Richtungen unterscheiden. Die sogenannte psychologische Schule wird am besten repräsentiert durch Frank A. Fetter, der ursprünglich an der Cornell-Universität war, jetzt aber seit vielen Jahren an der Universität Princeton lehrt. Fetter bemühte sich, in seinen 1905 erschienenen „Economic Principles“ nach seinen eigenen Worten „eine ganz neue Begründung der Werttheorie zu geben, die im Einklang mit der modernen voluntaristischen Psychologie steht, und auf diese Weise endgültig den alten Utilitarismus und Hedonismus zu beseitigen, der alle Begriffe und Vorstellungen vom Wert seit den Tagen Bentham's kennzeichnet“. Fetter hatte beträchtlichen Einfluß auf das heutige sozialökonomische Denken durch den Nachdruck, mit dem er die Lehre vom psychischen Wert verfocht und durch seine These, daß das Kapital in erster Reihe als kapitalisiertes Einkommen aufgefaßt werden muß.

Die zweite Richtung wird durch Thorstein Veblen vertreten, der lange Zeit an der Universität Missouri tätig war und neuerdings an der School of Social Research in New York wirkt. Er begann 1899 mit einem Buch über „The Theory of the Leisure Class“, auf die zahlreiche andere Werke folgten, unter denen „The Theory of Business Enterprise“ das bedeutendste ist. In diesen Werken gibt Veblen eine scharfe Analyse der Mängel der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung, legt aber einen etwas übertriebenen Nachdruck auf die finanzielle Kontrolle der Industrie. Die dritte Richtung vertritt H. J. Davenport von der Cornell-Universität, dessen Buch über „Value and Distribution“, erschienen 1908, eine scharfe Kritik der ganzen Grenznutzenlehre enthält. Auf der anderen Seite hat T. N. Carver von der Harvard-Universität die Grenznutzenlehre nicht bloß angenommen, sondern sogar noch weiter entwickelt und sie mit hervorragendem Erfolge auf die Zinstheorie angewandt. In seinen 1915

erschienenen „Essays in Social Justice“ versucht er, Wirtschaft und Ethik miteinander in Einklang zu bringen.

Die statistische Theorie hat ihre Hauptstütze in Professor W. F. Willcox von der Cornell-Universität gefunden, einem Schüler Mayo-Smiths, der sich vornehmlich mit Problemen der Bevölkerungsbewegung und der Ehescheidung befaßte und erheblichen Einfluß auf die demographischen Untersuchungen des Statistischen Amts der Vereinigten Staaten gehabt hat. Professor H. L. Moore von der Columbia-Universität, einer der feinsten Denker unserer Zeit, hat sich der mathematischen Theorie der Nationalökonomie zugewandt. Er schrieb eine Anzahl bemerkenswerter Bücher, darunter die 1911 erschienenen „Laws of Wages“ und eine Reihe von Bänden über Konjunkturen, in denen er den Zusammenhang zwischen Preisbildung und Witterungsbedingungen darzulegen suchte. Sein Buch über „Forecasting the Yield of Cotton“ (Vorausberechnung der Baumwollernte) hat keinen geringen Einfluß auf das praktische Wirtschaftsleben ausgeübt.

Verhältnismäßig zahlreiche Wissenschaftler haben sich dem Studium des Geldproblems gewidmet. Bei weitem der bedeutendste von ihnen ist Irving Fisher von der Yale-Universität, von Hause aus ein Mathematiker. Er hat nicht nur ein inhaltsreiches Buch über „The Purchasing Power of Money“ (deutsch unter dem Titel: „Die Kaufkraft des Geldes“), erschienen 1911, und ein neueres über „Index Numbers“ geschrieben, sondern sich auch mit der Zinstheorie in seinen Büchern über „Capital and Income“ (1906) und über „The Rate of Interest“ (1907) beschäftigt. Nicht von so internationaler Bedeutung, aber nicht ohne wesentlichen Einfluß in der Heimat, sind die Werke über Theorie und Geschichte des Geldes von David Kinley von der Illinois-Universität, W. R. Scott von der Universität Wisconsin und Dawis R. Deweys vom Massachusetts Institute of Technology.

Auf dem Gebiete der Arbeiterfrage müssen wir J. R. Commons von der Universität Wisconsin nennen, der nicht bloß eine Reihe origineller und frischer Beiträge zur Arbeiterfrage lieferte, sondern auch als Herausgeber und zum Teil Verfasser des großen elfbändigen Werkes „The Documentary History of American Industrial Society“ tätig war. In einer neueren Arbeit über „The Legal Foundations of Capitalism“ (Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus) hat Commons ein neues und ergiebiges Arbeitsfeld in Angriff genommen. Henry R. Seager von der Universität Columbia hat eine Anzahl wichtiger Untersuchungen über die Arbeiterfrage gemacht und war Jahre hindurch Präsident der American Association of Labor Legislation. Während des Weltkrieges bekleidete er einen wichtigen Posten im Arbeitsministerium.

Von den übrigen Gelehrten von nationalem Einfluß und nationaler Bedeutung seien erwähnt J. H. Hollander von der John-Hopkins-Universität, vielleicht der reizvollste Schriftsteller unter den amerikanischen Nationalökonomen. Er arbeitete besonders über die Geschichte der ökonomischen Theorien, schrieb auch eine gedankenreiche Studie über Ricardo; ferner W. Z. Ripley von der Harvard-Universität, Spezialist für das Verkehrswesen, dessen zwei Bände über „Railroads“ das klassische Werk auf diesem Gebiete sind; J. W. Jenks, früher an der Cornell-Universität, jetzt an der von New York, der besonders über Einwanderung und über Trusts gearbeitet hat; und C. C. Plehn von der Universität Kalifornien, ein Spezialist für Finanzwissenschaft, der auf die Schaffung des Steuersystems in Kalifornien und in anderen Staaten erheblichen Einfluß ausgeübt hat.

Wir kommen jetzt zu einer Gruppe von Nationalökonomen, die im Alter zwischen vierzig und fünfzig stehen und nationale Berühmtheiten sind. Der weitaus bedeutendste unter ihnen ist W. C. Mitchell von der Columbia Universität. Er zeichnete sich durch seine meisterhaften Arbeiten über „Business Cycles“ aus und durch das wichtige im Kriege geschriebene Werk über „History of Prices“. Auf dem Gebiete der Geldtheorie nennen wir E. W. Kemmerer von der Universität Princeton, der oft als Sachverständiger in fremde Länder berufen wurde und dessen Werk über „Modern Currency Reforms“, erschienen 1916, zum klassischen Werk über diesen Gegenstand geworden sind. H. Parker Willis von der Handelshochschule an der Columbia-Universität war mehrere Jahre lang Sekretär des Federal Reserve Board und leitete dann von Columbia aus das Nachrichteninstitut dieser Behörde. Seine zahlreichen Schriften über das Kreditsystem haben ihm unter den Nationalökonomen unserer Zeit mit Recht einen hervorragenden Platz gesichert.

Für die Wirtschaftsgeschichte ist E. F. Gay von der Harvard-Universität zu nennen, der gleich Ashley in England ursprünglich nur über das spätere Mittelalter arbeitete, sich aber allmählich für die neueren ökonomischen Probleme zu interessieren anfing und auch einen hervorragenden Anteil an der Leitung der Kriegswirtschaft genommen hat. Vladimir G. Simkhovitch von der Universität Columbia, dessen frühere Arbeiten über „Village Community“ und über „Marxism and Socialism“ (deutsch unter dem Titel „Marxismus gegen Sozialismus“ erschienen) dem europäischen Publikum bekannt sind, hat einige sehr scharfsinnige Beiträge über den Einfluß der Produktivität der Arbeit auf den Lauf der Wirtschaftsentwicklung geliefert.

Auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen sind die beiden bedeutendsten Vertreter dieser Gruppe C. J. Bullock von der Harvard-Universität, der aus-

schlaggebenden Einfluß auf die Ausgestaltung des Einkommensteuersystems von Massachusetts ausübt, und T. S. Adams, früher an der Universität Wisconsin, jetzt in Yale, der das Bundesschatzamt während des Krieges und der unmittelbar darauf folgenden Jahre beraten hat und große administrative Erfahrung auf fiskalischem Gebiet besitzt. Endlich müssen wir Allgen A. Young an der Harvard-Universität erwähnen, der gleich den beiden früher genannten Nationalökonomen zwar kein *magnum opus* verfaßt, aber eine Anzahl wichtiger Abhandlungen über verschiedene Gegenstände der statistischen und der Geldtheorie geschrieben hat.

Wir kommen schließlich zu der Gruppe der jüngeren Nationalökonomen unter vierzig, die trotzdem schon nationalen Ruf erworben haben. Der hervorragendste unter ihnen ist wohl J. M. Clark von der Universität Chicago, der in die Fußstapfen seines berühmten Vaters John B. Clark getreten ist. Sein neu erschienenes Buch „*The Economics of Overhead Costs*“ (Die Theorie der Anlagekosten) ist einer der begabtesten Beiträge zur ökonomischen Theorie im letzten Jahrzehnt. Walton H. Hamilton, früher am Amherst College, jetzt in Washington D. C., ist ein etwas radikaler Kritiker der älteren Theorien. Robert M. Haig von der Columbia-Universität hat verdienten Ruf gewonnen durch seine Untersuchungen über „*Taxation of Excess Profits in Great Britain*“ (Die Besteuerung der übermäßigen Gewinne in Großbritannien) und über die single Tax-Bewegung in Canada. Bei der Beratung der Steuerreformen in verschiedenen Provinzen der Vereinigten Staaten und in Kanada war er aktiv tätig.

Auf statistischem Gebiete hat W. W. Stewart, früher am Amherst College, jetzt beim Federal Reserve Board in Washington, Bemerkenswertes geleistet; F. C. Mills von der Columbia-Universität auf dem Gebiet der mathematischen Theorie des Messens, und W. M. Persons von der Harvard Universität in der Theorie der Preisschwankungen.

Zu den Fragen der internationalen Finanz und der Wechselkurse haben A. C. Whitaker von der Leland-Stanford-Universität und Ira B. Cross von der Universität Kalifornien hervorragende Beiträge geliefert. Ferner müssen wir auf die ausgezeichneten neuen Beiträge J. A. Viners von der Chicagoer Universität über die allgemeine Theorie des „Dumping“ und über „*Canada's Balance of International Debtedness*“ hinweisen. Paul H. Douglas von der Universität Chicago und John H. Fitch von der New Yorker School of Social Research haben durch ihre sorgfältigen Untersuchungen über Löhne und Industrieverhältnisse die allgemeine Aufmerksamkeit erregt.

Diese Aufzählung bliebe jedoch unvollständig, wollten wir die Beiträge auf

dem verwandten Gebiet der Soziologie unerwähnt lassen, auf dem sich ebenfalls Nationalökonomen von nicht geringen Verdiensten betätigen. An erster Stelle kommt Franklin H. Giddings von der Universität Columbia, dessen frühere Beiträge zur Nationalökonomie, besonders auf rein theoretischem Gebiet, sehr beachtenswert sind. A. W. Small von der Universität Chicago schrieb zwei Werke über die Geschichte der Nationalökonomie — eines über die Kameralisten und ein neueres über die deutsche Nationalökonomie des neunzehnten Jahrhunderts. E. A. Ross von der Universität Wisconsin verfaßte mehrere Lehrbücher über die Grenzgebiete zwischen Nationalökonomie und Soziologie, und W. F. Ogburn von der Universität Columbia ist Spezialist für gewisse soziologische Seiten der Arbeiterfrage; er hat sehr bedeutsame Beiträge über die Fragen der Lebenshaltung geliefert.

III.

Ein Bericht über den Stand der sozialökonomischen Wissenschaft in den Vereinigten Staaten bedarf zu seiner Vollständigkeit auch der Aufzählung der Zeitschriftenliteratur, einer Übersicht über die Verhältnisse des nationalökonomischen Unterrichts auf den höheren Lehranstalten und eines Hinweises auf die nicht akademischen Zentren nationalökonomischer Forschung. Jedem dieser Gegenstände möchte ich zum Abschluß einige Worte widmen.

Von Zeitschriften haben wir bereits das „Political Science Quarterly“ und das „Quarterly Journal of Economics“, die beide 1886 gegründet wurden, erwähnt. Im Jahre 1892 begann die Universität Chicago mit der Herausgabe des „Journal of Political Economy“, das bis 1906 vierteljährlich, von da ab monatlich erschien. 1911 gab die Amerikanische Nationalökonomische Vereinigung (American Economic Association) „The American Economic Review“ heraus, das noch heute als führendes Blatt auf diesem Gebiete galt. 1888 begann die Amerikanische Statistische Gesellschaft (American Statistical Association) mit der Herausgabe ihres „Journal“, und seit 1896 besteht das „American Journal of Sociology“ mit der Redaktion in Chicago. Endlich gründete 1920 die Harvard-Universität die „Review of Economic Statistics“ als Vierteljahrsschrift. Wir haben auch zwei Akademien, deren Verhandlungen oft nationalökonomische Probleme berühren. Das sind die „Annals of the Academy of Political and Social Science“, herausgegeben in Philadelphia, und die „Proceedings of the Academy of Political Science in the City of New York“, die von der Universität Columbia aus redigiert werden. Leider bleibt mir kein Raum, auf die Spezialveröffentlichungen über die Gebiete der Arbeit, des Verkehrswesens, der Steuern usw. einzugehen.

Schließlich möchte ich noch auf die Sammlungen von Monographien hinweisen, die unter der Leitung der verschiedenen Universitäten herausgegeben werden. Die bedeutendsten dieser Sammlungen sind die „Studies in History and Political Science“, die an der John-Hopkins-Universität gesammelt werden, begründet 1883, bis jetzt dreiundvierzig Bände umfassend; die von Columbia herausgegebenen „Studies in History, Economics and Public Law“, begründet 1891, zweihundertsiebig Bände umfassend; die „Harvard Economic Studies“ begründet 1906, in siebenundzwanzig Bänden; dann die weniger umfassenden „Studies in the Social Sciences and History“ der Universität Wisconsin, die „Studies in the Social Sciences“ der Universität Illinois, die „Series in Political Economy and Public Law“ der Universität Pennsylvania, die „Studies in History and Political Science“ der Cornell-Universität, die „Studies in the Social Sciences“ der Universität Minnesota, die „Series in History, Economics and Political Science“ der Stanford-Universität und die „Publication in Economics“ der Universität von Kalifornien. —

Hinsichtlich des nationalökonomischen Unterrichts unterscheiden sich die Vereinigten Staaten dadurch von den kontinentalen Ländern Europas, daß die Nationalökonomie nicht bloß an den Universitäten gelehrt wird, sondern auch in den Colleges und seit den letzten Jahren auch in den höheren Schulen, — die beiden letzteren Anstalten entsprechen etwa den letzten drei bis vier Jahrgängen der deutschen Gymnasien oder der französischen lycées. Das hat zur Folge, daß der Lehrkörper in den amerikanischen Lehranstalten, die im allgemeinen Universitäts- und Collegeunterricht kombinieren, so rasch anwächst, daß die Nachfrage nach Lehrern das Angebot stets übersteigt. An einigen führenden Universitäten ist die Zahl der Lehrer für Nationalökonomie überaus groß. So hat die Universität Columbia beispielsweise zwischen vierzig und fünfzig Lehrer für Nationalökonomie, darunter sieben Professoren der staatswissenschaftlichen Fakultät, zwölf an der Handelshochschule, drei am Columbia College, drei am Barnard College, die übrigen Kollegen verteilen sich auf Lektoren, Instruktoren und Assistenten. Die gleichen Verhältnisse finden wir an der Harvard-Universität, die ihre Kräfte zwischen der Graduiertenschule, dem Harvard College, der Handelshochschule und dem Radcliffe College teilt. Nur wenig kleiner sind die entsprechenden Zahlen an den Universitäten Chicago, Wisconsin und Kalifornien. Die in den letzten Jahren erfolgte starke Zunahme der Handelshochschulen, die im allgemeinen den eigentlichen Universitäten angegliedert sind, haben zahlreiche zusätzliche Lehrstühle für Nationalökonomie erforderlich gemacht, die oft von Wissenschaftlern eingenommen werden, die sich der reinen Forschung widmen. Infolge dieser Verhältnisse und durch das wachsende Interesse

des gebildeten amerikanischen Publikums an den Wirtschaftswissenschaften zählt die Amerikanische Nationalökonomische Vereinigung (American Economic Association) über dreitausend Mitglieder und die oben genannten Akademien der Staatswissenschaften je zwischen sechs- und achttausend Mitgliedern.

In mancher Hinsicht die interessanteste Bewegung der letzten Jahre ist die Schaffung gut dotierter, unabhängiger Forschungsinstitute, manche von ihnen mit einer großen Zahl von Gelehrten und Forschern. Unter diesen Instituten ist besonders hervorragend das Nationale Amt für wirtschaftliche Forschung (National Bureau of Economic Research) mit Professor Mitchell an der Spitze, das unter der Leitung Professor Moultons stehende Wirtschaftsinstitut (Institute of Economics) in Washington, die Pollakstiftung für Wirtschaftsforschung in Cambridge (Mass.) unter der Leitung der Herren Foster und Catching, und das Institut für Agrarökonomie (Institute for Land Economics) in Madison unter Professor Ely.

Jedes dieser Institute hat in den letzten Jahren eine Reihe bedeutsamer Bände über die verschiedenen Gebiete der reinen und der angewandten Nationalökonomie herausgebracht. Einige, wie das Wirtschaftsinstitut (Institute of Economics) in Washington; bieten auch künftigen Forschern Gelegenheit zur Ausbildung. Überdies wenden die großen philanthropischen Stiftungen, die über viele Millionen Dollar verfügen, wie die Carnegie-, die Rockefeller-, die Laura Spelman- und die Russell-Sage-Stiftung, erhebliche Summen sowohl einzelnen Männern als Gruppen zu, die sich mit nationalökonomischer Forschung befassen. An dieser Stelle muß auch auf die Bureaus in den verschiedenen Departements der Bundesregierung in Washington sowie mancher einzelstaatlichen Regierungen hingewiesen werden, die wichtige und mit ausreichenden Mitteln unterstützte Untersuchungen wissenschaftlichen Charakters durchführen lassen. Solche Forschungsbureaus haben in Washington die Departements für Landwirtschaft, Finanzen, Arbeit, Inneres, Handel, die Zwischenstaatliche Handelskommission (Interstate Commerce Commission), der Federal Reserve Board, die Zolltarifkommission und die Handelskommission der Bundesregierung. Schließlich verdient noch erwähnt zu werden, daß es zur immer weitergreifenden Sitte bei den führenden Banken und nicht wenigen anderen hervorragenden Industriekorporationen geworden ist, nicht allein gut ausgestattete statistische Bureaus zu halten, sondern auch wirtschaftliche Sachverständige zu unterstützen, deren Forschungen sich auf die Gebiete erstrecken, welche die hauptsächlichen Interessen der betreffenden Anstalten berühren.

Zusammenfassend können wir also sagen, daß noch zu keiner Zeit in der Geschichte der Vereinigten Staaten den ökonomischen Wissenschaften ein so

großes Interesse entgegengebracht wurde wie heute, und daß die Aussichten für die Weiterentwicklung der Wirtschaftswissenschaften auf allen Gebieten, der reinen Theorie sowohl als der Geschichte und der angewandten Ökonomie, nie so glänzende waren wie in der Gegenwart.

Literatur.

1. „Tendencies in American Economic Thought“ von S. Sherwood, 1897.
 2. „Economists“ von Edwin R. A. Seligman in Band IV der „Cambridge History of American Literature“, 1921.
 3. „The American School of Political Economy“ von Jacob H. Hollander in Palgrave's „Dictionary of Political Economy“, neu herausg. von H. Higgs, 1925.
-

Strömungen in der schwedischen Nationalökonomie.

Von

Bertil Ohlin,
Professor an der Universität Kopenhagen.

Inhalt.

	Seite
1. Die schwedische Nationalökonomie vor dem Kriege	81
Die führenden Sozialökonomen	81
Der Streit der „Systeme“	85
2. Die schwedische Nationalökonomie während und nach dem Kriege	86
Geld- und Zinstheorie	86
Theoretische und deskriptive (praktische) Nationalökonomie	88
Hemmungen und Vorwiegen der „Konkretisierungstendenz“	91
Das Problem der Systembildung	93

Zeiten ökonomischer Umwälzungen zeichnen sich in der Regel durch große Lebendigkeit in der ökonomischen Wissenschaft aus. So war es während der Zeit nach den Napoleonischen Kriegen, und so ist es auch während und nach dem Weltkriege gewesen. Man geht wohl nicht zu weit, wenn man behauptet, daß das Wirtschaftsleben gegenwärtig eine Wandlung durchmacht, aus der sich nach einem oder nach mehreren Jahrzehnten ebenso große Fortschritte ergeben können wie die zu Anfang des 19. Jahrhunderts in England. Eine Analyse dieses von dem Weltkriege beeinflußten Entwicklungsprozesses dürfte von großem Interesse sein. Es soll im nachstehenden ein Versuch gemacht werden, hinsichtlich der schwedischen Nationalökonomie das Wesentliche der laufenden Entwicklung klarzulegen. Das kann aber nur geschehen an Hand einer vorangehenden Betrachtung der schwedischen Volkswirtschaftslehre während der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege.

Die schwedische Nationalökonomie vor dem Kriege.

Es würde zu weit führen, bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückzugehen, und wir müssen uns auf eine Andeutung der Anregungen beschränken, die von den noch während des Krieges und nachher lebenden und wirkenden hervorragendsten Nationalökonomen gegeben wurden. Es liegt um so mehr ein Grund vor, sich in diesem Rahmen zu halten, als die schwedische Volkswirtschaftslehre von den neunziger Jahren bis zum Weltkriege von drei Männern beherrscht wurde, die eine führende Rolle auch in der späteren Entwicklung gespielt haben.

Der älteste von diesen ist David Davidson, der mehrere Jahrzehnte Professor an der Universität Upsala war und jetzt in den Ruhestand getreten ist. Bereits 1878 veröffentlichte Davidson eine Abhandlung über die ökonomischen Gesetze der Kapitalbildung, die unter anderem auch dadurch bemerkenswert ist, daß sie in wichtigen Punkten der Positiven Theorie Böhm-Bawerks vorgriiff, die bekanntlich erst mehrere Jahre später erschien. Davidson führte jedoch die Ideen, mit denen er, erst 24 jährig, hervorgetreten war, nicht weiter aus, weswegen auch seiner Arbeit keine größere Bedeutung beigemessen wurde. Zu

jener Zeit stand er am meisten unter dem Einfluß von Hermann und Menger, obgleich er auch, und zwar in zunehmendem Maße, die englischen Klassiker, in erster Linie Ricardo, auf sich einwirken ließ. Die folgende Arbeit Davidsons behandelte ein Thema, das dem letzteren besonders nahe lag, nämlich die Geschichte der Grundrententheorie. Während seiner Vorlesungstätigkeit in Uppsala behandelte Davidson später die meisten Hauptprobleme der ökonomischen Theorie wohl im Sinne der Österreicher und der Klassiker, aber mit einem bedeutenden Beitrag eigener Ideen. Seiner großen Selbstkritik dürfte es in erster Linie zuzuschreiben sein, daß die Früchte dieser Arbeit nur in beschränktem Umfang veröffentlicht wurden. Seitdem er 1898 die „Ekonomisk Tidskrift“ gegründet hatte, die noch immer unter seiner Leitung steht, sind in Form von Zeitschriftenaufsätzen ausgesuchte Teile seiner Arbeit bekannt geworden, hauptsächlich Abhandlungen über Spezialprobleme auf dem Gebiete des Geldwesens und der Finanzwissenschaft. Diese Abhandlungen, verbunden mit seiner persönlichen Lehrtätigkeit, erklären auch den Einfluß, den Davidson auf die jüngeren schwedischen Volkswirtschaftler ausgeübt hat.

Eine wesentlich andere Veranlagung tritt uns in Knut Wicksell entgegen, der bis vor wenigen Jahren Professor an der Universität Lund war. Wenn Davidson der scharfe skeptische Logiker ist, so erscheint Wicksell als ein impulsiver Mann der Ideen. Erst Mitte der Dreißig kam er, der ursprünglich Mathematiker war, dazu, sich der Volkswirtschaftslehre zu widmen. Sein nächster Lehrmeister wurde die Österreichische Schule mit Menger und Böhm-Bawerk an der Spitze. In seiner Grenzproduktivitätstheorie stützte er sich jedoch in hohem Maße auf den zu jener Zeit kaum beachteten von Thünen, wie er auch ohne Zweifel sowohl von Walras und Jevons, als auch von deren Nachfolgern viel gelernt hat. Wicksell ist überhaupt mehr belesen, als originelle Talente sonst zu sein pflegen, und stets bereit, seine Abhängigkeit und seine Dankesschuld an die verschiedensten Richtungen und Schulen anzuerkennen. Die wichtigste Ausnahme bildet wohl die neuere historische Schule unter Schmoller, die anscheinend keinen größeren Einfluß auf ihn ausübte.

Wicksells erste große Arbeit „Über Wert, Kapital und Rente“ erschien 1893, also ein Jahr vor Wicksteeds „Coordination of the Laws of Distribution“ und ungefähr zur selben Zeit, zu der J. B. Clark seine Verteilungstheorie ausarbeitete, die einige Jahre darauf in „Distribution of Wealth“ veröffentlicht wurde. Man bekam jetzt auf einmal drei voneinander unabhängige national-ökonomische Systeme, ganz auf der Grundlage der Grenzproduktivität aufgebaut, und wohl die ersten dieser Art, da das System Walras' wohl kaum hierzu gerechnet werden kann. Es erscheint bemerkenswert, welchen außerordentlichen

Einfluß Clarks Buch besonders auf die amerikanische Sozialökonomie ausübte, wohingegen sowohl Wicksteeds als noch mehr Wicksells weniger eingehend ausgearbeitete, aber in vielen Punkten tiefer greifende Darstellungen in der angelsächsischen Nationalökonomie so gut wir gar keine Beachtung gefunden haben. Speziell auf dem Gebiete der Kapitalzinstheorie hat Wicksell eine bedeutende Leistung vollbracht, indem er die Böhm-Bawerksche Theorie verbessert und vervollständigt und sie in den Rahmen einer Grenzproduktivitätstheorie hineingefügt hat. Eine etwas umgearbeitete Darstellung von Wicksells Verteilungstheorie findet sich in seinen „Vorlesungen über Nationalökonomie“ I, die 1913 erschienen, in Schwedisch jedoch bereits 1901 veröffentlicht wurden.

Das Gebiet, für das sich Wicksell am meisten eingesetzt hat, ist jedoch ein ganz anderes, nämlich das der Geldtheorie. Früher wenigstens wurde diese als von der Zinstheorie unabhängig angesehen. Es ist der bahnbrechende Gedanke Wicksells, daß ein tieferes Verstehen der Theorien von Geldwert, Diskontpolitik und Konjunkturwechsel nicht anders denkbar ist als auf der Grundlage der Zinstheorie. Es erübrigts sich hier vollkommen, auf seine Darstellung dieses Gedankens einzugehen, da diese den meisten Nationalökonomen, die Deutsch können, wohl bekannt ist. Die Grundgedanken wurden schon 1898 von Wicksell in „Geldzins und Güterpreise“ sowie in Aufsätzen in deutschen Zeitschriften entwickelt. Fertig ausgearbeitet lag die Theorie jedoch erst in den in Schwedisch herausgegebenen Vorlesungen vom Jahre 1906 vor, wo sie im wesentlichen dieselbe Form hatte wie in der deutschen Ausgabe, „Vorlesungen über Nationalökonomie“ II, 1922. Diese Theorie hat in weitesten Kreisen Anerkennung gefunden. Daß die mit Diskont und realem Zinsfuß zusammenhängenden Erscheinungen für den Konjunkturwechsel von Bedeutung sind, dieselben aber nicht erschöpfend erklären können, dürfte heute allerdings die allgemeine Ansicht sein, war es aber keineswegs in den neunziger Jahren. Gibt es überhaupt vor dem Weltkrieg einen anderen Versuch als den von Wicksell gemachten, die Theorie der Diskontpolitik zu entwickeln? Was speziell den Zusammenhang zwischen Diskontpolitik und Preisniveau betrifft, so dürfte das Wesentliche in den Theorien Wicksells wohl überall angenommen sein — mit oder ohne Kenntnis des Urhebers —, wenigstens wenn es in Zusammenhang gebracht wird mit einer während und nach dem Weltkriege gewonnenen klareren Einsicht in die Psychologie der Geschäftswelt. Es wirkt daher beinahe grotesk, wenn hervorragende englische Nationalökonomen, wie z. B. Hawtrey, die sich in ihrer schriftstellerischen Tätigkeit in der Hauptsache mit der Geldtheorie beschäftigt haben, anscheinend Wicksell nicht einmal gelesen, sondern

sich in den letzten zehn Jahren mühsam durch ein Gebiet hindurchgearbeitet haben, das einige Jahrzehnte vorher von ihm bearbeitet worden war. Ich weiß keinen größeren Einwand gegen die Insularität in der englischen Volkswirtschaftslehre als die, daß der vielleicht größte Fortschritt auf dem Gebiet der Geldtheorie seit Ricardo unbeachtet gelassen worden ist, weil die in Frage kommende Abhandlung nicht englisch veröffentlicht wurde. Diese Insularität wird übrigens auch dadurch beleuchtet, daß ein so kundiger Mann wie Keynes nach einem Hinweis darauf, daß Hawtrey und Marshall dieselben Ansichten verfochten, sagen konnte: „There is not much in the true theory of money, that does not spring from that single stem“ (Nekrolog über Marshall in „Economic Journal“, 1924).

In der allgemeinen Ausführung der Geldtheorie scheint Wicksell außer von den englischen Klassikern in erster Linie von Helferich beeinflußt zu sein; dieser ist einer der wenigen deutschen Volkswirtschaftler, die auf die schwedische Nationalökonomie einen Einfluß ausgeübt haben. Im Gegensatz zu den meisten anderen Zweigen der Wissenschaft in Schweden ist dieser in überwiegendem Maße angelsächsisch und österreichisch eingestellt, eine Tatsache, die damit zusammenhängen dürfte, daß die deutsche Nationalökonomie der Schmollerschen Schule dazu getrieben wurde, eine der Theorie feindliche Stellung einzunehmen, während die schwedische Volkswirtschaftslehre der Vorkriegszeit ausgesprochen theoretisch orientiert war.

Der dritte führende Nationalökonom vor dem Kriege war Cassel, Professor an der Hochschule zu Stockholm. Seine Arbeiten sind schon so gut bekannt, daß ein näheres Eingehen darauf überflüssig erscheint. Um den Gang seiner schriftstellerischen Tätigkeit mit ein paar Worten zu würdigen, muß erwähnt werden, daß er gleich Wicksell seine Laufbahn als Mathematiker anfing. Im Alter von etwa 30 Jahren begann er, Nationalökonomie zu studieren, erst in Deutschland, dann in England. Fast gleichzeitig fing er an, seine Abhandlungen in verschiedenen deutschen Zeitschriften zu veröffentlichen. Sein der Grenznutzentheorie gegenüber feindlicher Standpunkt, den er noch immer einnimmt, sowie sein starkes Betonen der gegenseitigen Abhängigkeit der Preisbildung der Waren und der Produktionsfaktoren kommt damals schon deutlich zum Ausdruck¹⁾. Als Frucht seiner Arbeit in England wurde „Nature and Necessity of interest“ 1903 veröffentlicht, das sind also 6—7 Jahre, nachdem Cassel, ohne nennenswerte Kenntnisse des Deutschen und des Englischen, seine nationalökonomischen Studien begonnen hatte.

¹⁾ Siehe z. B. „Grundrisse einer elementaren Preislehre“ in der „Tübinger Zeitschrift“ 1899 und „Die Produktionskostentheorie Ricardos“ ebenda 1901.

Nach seiner Heimkehr nach Schweden und seiner Ernennung zum Professor in Stockholm widmete sich Cassel der Ausarbeitung seines großen Systems, das 1914 fertiggestellt vorlag, aber infolge von Umständen, die mit dem Kriege zusammenhingen, erst 1918 in Druck gegeben wurde. Der Inhalt dieser Arbeit dürfte bekannt sein. Ich erwähne nur, daß nach meiner Ansicht der Hauptwert des Werkes darin liegt, daß die Arbeitsweise des Preisbildungsmechanismus so einfach, klar und elegant dargestellt ist. Die Abhängigkeit der verschiedenen Produktionsfaktoren voneinander und die Art dieser Abhängigkeit sind in keiner mir bekannten Darstellung so übersichtlich klargelegt. .

Wie Wicksell und Davidson, steuerte auch Cassel zahlreiche Aufsätze zur „Ekonomisk Tidskrift“ über mehrere zur Finanzwissenschaft, zum Kartell- und Trustwesen gehörende Probleme bei.

Cassel ist als ein offensichtlicher Gegner nicht nur der Grenznutzentheorie, die er als unnötig und als unrichtig bezeichnet (schlechte Psychologie), sondern auch der Grenzproduktivitätstheorie anzusehen, weil diese nicht den fundamentalen, kausalen Zusammenhang klarlegt. Cassels Aufbau des Preisbildungsmechanismus ist demnach ein ganz anderer als der Wicksells. Hier ist nicht der Platz, festzustellen, in welchem Grade die Verschiedenheit nur eine formelle ist, und wie weit die Richtigkeit des einen Systems die des anderen ausschließt. So viel geht jedenfalls deutlich hervor, daß man nicht gerade von einer Übereinstimmung der vornehmsten Vertreter der schwedischen Nationalökonomie vor dem Kriege sprechen kann. Dieser Eindruck der Zersplitterung wird noch verstärkt bei genauer Betrachtung anderer theoretischer Arbeiten, die dieser Periode entstammen.

F. Brock, zur Zeit Professor in Upsala, vertrat in seiner 1909 veröffentlichten Arbeit „Die ökonomische Verteilung und die Krisen“ weder Wicksells noch Cassels Schule. Überhaupt scheint das Motto der schwedischen Nationalökonomie zu jener Zeit gewesen zu sein: „Ein jeder seine eigene Schule“. Es ist außerordentlich wichtig, diesen Umstand genau festzuhalten. Nur gegen diesen Hintergrund tritt deutlich und klar die jetzige Tendenz hervor, der wissenschaftlichen Arbeit eine gemeinsame Richtung zu geben unter Umgehung der Verschiedenheiten in den Systemen. Wenn man ein praktisches, konkretes Problem mit Hilfe der ökonomischen Theorie angreift, so kommt man zu demselben Ergebnis, einerlei, ob man Grenznutzentheoretiker oder Knapptheoretiker ist. In Zeiten wie der jetzigen, in denen die Männer der ökonomischen Theorie sich mit konkreten Detailproblemen beschäftigen, anstatt neue ökonomische Systeme aufzubauen, ist es selbstverständlich, daß die methodo-

logischen und terminologischen Verschiedenheiten das Feld räumen müssen, das für die Diskussion praktisch-bedeutungsvoller Probleme freigemacht wird. Darin besteht, in kurzen Worten, die Veränderung in der schwedischen Nationalökonomie während des letzten Jahrzehntes, die in Folgendem kurz gezeichnet werden soll.

Die schwedische Nationalökonomie während des Krieges und nachher.

Im Anfang des Krieges war es natürlich die Geldtheorie, die die Hauptaufmerksamkeit auf sich lenkte, weil die gewaltsame Inflation für die neutralen Länder das am meisten Aufsehen erregende Phänomen war. Durch Aufsätze in Zeitschriften und in der Tagespresse versuchten die Volkswirtschaftler auf die geringe Bedeutung des Warenmangels als preistreibenden Faktor hinzuweisen und der großen Allgemeinheit klarzumachen, daß der wirkliche Charakter der Preissteigerung ein Inflationsphänomen war. In diesem Punkte war die Einigkeit der Volkswirtschaftler vollständig, da sie sich alle zu einer etwas modifizierten Quantitätstheorie bekannten. Ihren kräftigsten Ausdruck bekam diese Auffassung des Inflationsphänomens in Cassels 1917 in Schwedisch erschienenen Buch „Teure Zeit und Papiergeüberfluß“. Ähnliche Gedanken hat Cassel später in seinem Memorandum zur Brüsseler Konferenz 1920 und in „Money and Foreign Exchange after 1914“ (1922) entwickelt.

Es war jedoch keineswegs die einfache Quantitätstheorie, die im Widerspruch mit Bank- und Geschäftsleuten mit solchem Eifer von *B r i s m a n , C a s s e l , D a v i d s o n , H e c k s c h e r , W i c k s e l l* und vielen anderen verfochten wurde. Im großen und ganzen kann man wohl sagen, daß sie alle, mehr oder weniger bewußt, auf Wicksells Diskontpolitiktheorie fußten, so wie sie in seinen Vorlesungen II 1906 gefaßt war. Unfruchtbaren Fragen, wie z. B., ob die Notenausgabe die Ursache der Preissteigerung ist und derselben vorangeht, oder ob es umgekehrt die Preissteigerung ist, die eine erhöhte Notenausgabe hervorruft, ging man dadurch aus dem Wege, daß man die Aufmerksamkeit auf die Kreditgewährung lenkte, in erster Linie auf die Diskontpolitik. Die Erhöhung der Kaufkraft ist es, die die Preissteigerung hervorruft, gleichgültig, ob die erhöhte Kaufkraft in Form größeren Notenumlaufs schon vor oder gleich nach der Preissteigerung hervortritt. Diese Ansicht ist nunmehr commune bonum in der Volkswirtschaftslehre aller Länder, war es aber keineswegs während des Krieges.

Daß tiefgehendere Analysen der Wicksellschen Theorie zu wissenschaftlichen Streitfragen führten, ist klar. Cassel machte z. B. geltend, daß ein zu niedriger

Diskontsatz allerdings zur Preissteigerung führte, obgleich nicht zu einer kumulativen. Die Preissteigerung führte nämlich zum Zwangssparen, d. h. zu erhöhter Kapitalbeschaffung, so daß sich auf dem Kapitalmarkt auch bei dem niedrigen Diskontsatz ein Gleichgewicht bilden kann. Wicksell war hingegen der Ansicht, daß die Preissteigerung fortgesetzt werden muß, bis der Diskont zu seinem „normalen Niveau“ erhöht ist, und glaubte nicht, daß letzteres wesentlich nach unten gedrückt wird. In „Ekonomisk Tidskrift“ veröffentlichte Davidson ein paar Aufsätze über die Auswirkung des Diskonts. Es ist zu bedauern, daß nicht wenigstens der bedeutendste Aufsatz „Der theoretische Sinn des Valutaproblems“ in einer der großen Kultursprachen zugänglich ist. Außer der Diskontpolitik bewegte sich die Diskussion aus natürlichen Gründen auch auf dem Gebiete der Wechselkurstheorie. Hier stand der Meinungsaustausch ganz im Zeichen der von Cassel formulierten Kaufkraftparitätentheorie, aber nicht so, als wäre diese ohne Kritik angenommen worden. Man stimmte wohl im allgemeinen darin überein, daß sie, soweit sie entwickelt war, richtig wäre, legte aber den Faktoren, die das hervorriefen, was Cassel „abnorme Abweichung von der Kaufkraftparität“ nennt, größeres Gewicht bei, als er selbst zu tun scheint. Hier muß jedoch hinzugefügt werden, daß Cassel, besonders in seinen ersten Arbeiten, wohl bewußt einen Teil dieser Faktoren zu bearbeiten unterließ, die anscheinend für eine Erklärung der damaligen Entwicklung nicht annähernd dieselbe Bedeutung hatten wie die Verschlechterung des inneren Geldwertes. In Darstellungen, die für die große Allgemeinheit bestimmt sind, sind solche Vereinfachungen nicht nur erlaubt, sondern erweisen sich nicht selten als notwendig. Verschiedene Verfasser haben in „Ekonomisk Tidskrift“ darauf hingewiesen, welche Bedeutung die Kapitalbewegung, die Hindernisse des Güteraustausches, Veränderungen der Nachfrage und der Produktionsverhältnisse für die Bestimmung der Wechselkurse haben. Ebenso hat man darüber diskutiert, bis zu welchem Grade die Kaufkraftparitätstheorie in der Ricardoschen Wechselkurstheorie enthalten ist.

Die Geldtheorie nimmt auf diese Weise beinahe eine Sonderstellung ein, weil ihr Zusammenhang mit den aktuellen konkreten Problemen offenkundig zutage tritt. Besonders in Zeiten so gewaltiger Umwälzungen auf dem Gebiete des Geldwesens wie die jetzigen ist eine Gütertrennung zwischen Theorie und Praxis kaum denkbar. Die Theorie ist ein beinahe unentbehrliches Instrument zum Verständnis und zur Lösung aktueller Probleme geworden. Auf anderen Spezialgebieten der Nationalökonomie ist die Lage schon längst eine andere gewesen. Die Sozialpolitik ist wohl im allgemeinen nur Gegenstand rein deskriptiver Darstellung, ohne näheren Zusammenhang mit der ökonomischen

Theorie gewesen. Dasselbe dürfte auch Geltung haben für das Versicherungswesen, die Lehre von Kreditbanken, Genossenschaften und andere Gebiete. Wie ich schon angedeutet habe, ist allerdings die Neigung in der schwedischen Nationalökonomie, auch auf diesem Gebiete nur Probleme zu sehen, die erst mit Hilfe der Theorie und nach Erwerbung genauer Fachkenntnisse ihre Lösung finden können. Diese Tendenz eines Zusammenschmelzens der Theorie mit der deskriptiven Darstellung war schon in der Vorkriegszeit zu erkennen. Man kann jedoch sagen, daß sie in der Hauptsache während des Weltkrieges entstanden und später immer deutlicher in Erscheinung getreten ist. Von Grund auf wird dies wohl dadurch erklärt, daß durch die Umwälzungen des Weltkrieges die ökonomischen Probleme sich vervielfachten und daß ihre unmittelbare praktische Bedeutung für die Volkswirtschaft so auffallend war, daß nicht einmal jemand, der der Nationalökonomie skeptisch gegenüberstand, sagen konnte, daß die Behandlung derselben nur „akademische Diskussion“ wäre.

Soweit ich sehe kann, geht die Tendenz der ökonomischen Wissenschaft der meisten Länder in derselben Richtung. Wenn sie sich in der schwedischen Nationalökonomie besonders stark geltend macht, so dürfte das letzterhand auf persönliche Eigenschaften der am meisten hervortretenden Repräsentanten derselben zurückzuführen sein. Diese Eigenschaften haben ihren deutlichsten Ausdruck in der schriftstellerischen Tätigkeit der Betreffenden in der Tagespresse gefunden. Nach meiner Überzeugung kann man nicht verstehen, weshalb die schwedische Volkswirtschaftslehre sich so kräftig in einer bestimmten Richtung entwickelt hat, wenn man nicht das Interesse berücksichtigt, das ihr die große Tagespresse entgegengebracht hat.

Der Bahnbrecher auf diesem Gebiete war Cassel, dessen leichtfaßlicher Stil sich für populäre Darstellung besonders eignet. In „Svenska Dagbladet“ erscheinen von ihm häufig Artikel über alle aktuellen wirtschaftlichen Probleme. Die treibende Kraft hierzu liegt wohl bei Cassel selbst, wie auch bei den übrigen, nicht nur in dem Wunsche, eine neue Anregung in der Volksbildungarbeit zu geben, sondern vielleicht noch mehr in einem starken Bedürfnis, sein Wort in allem geltend zu machen, was die Wirtschaftspolitik des Landes betrifft. Die Entschlüsse der politischen Machthaber stützen sich nicht selten auf Unkenntnis des wirklichen Ursachen Zusammenhangs. Es muß dann verlockend sein, den Zusammenhang vom Standpunkt der ökonomischen Wissenschaft aus klarzulegen und dadurch auf die Wirtschaftspolitik einzuwirken. Beinahe keiner der stärker hervortretenden Nationalökonomen hat dieser Versuchung widerstehen können. Nebst Cassel dürften Heckscher und Silverstolpe die hervorragendsten auf diesem Gebiete sein. Daß ihre Bestrebungen in ver-

hältnismäßig hohem Grade von Erfolg gekrönt wurden, scheint unzweifelhaft. Der Aussage vieler kompetenten Persönlichkeiten zufolge fallen die Worte der Nationalökonomen in Schweden mehr ins Gewicht als in anderen Ländern. Die Gewohnheit, die konkreten Tagesfragen, z. B. Steuerprobleme, Wohnungsfragen, Eisenbahnfragen, das Rationierungssystem der Krisenzeiten, Probleme der Arbeitslosigkeit und andere mehr vom Standpunkt der ökonomischen Theorie zu behandeln, dürfte nicht ohne Einfluß auf die allgemeine Einstellung der schwedischen Wirtschaftspolitik gewesen sein.

Sowohl bei der Wahl der Stoffe für umfangreichere Arbeiten als noch mehr in der Behandlungsart ist man von der Forderung der aktuellen Diskussionen nach konkreter und praktischer Verwendung beeinflußt worden. Wenn das einerseits von Vorteil gewesen ist, so kann doch nicht geleugnet werden, daß das Artikelschreiben andererseits Gefahren mit sich brachte, sowohl vom Standpunkt der Wissenschaft als auch der Wissenschaftlichkeit. Daß die Aussprache in Tagesfragen nicht nur eine objektive Klarlegung des Ursachenzusammenhangs enthielt, sondern oft genug auch persönliche Wünsche bezüglich der weiteren Entwicklung, ist klar. Vielleicht ist es vorgekommen, daß man in Ermangelung praktischer Erfahrung in den verschiedenen Seiten des Problems nicht genügend Voraussetzung für ein allgemeines Beurteilen gehabt hat, und in manchen Fällen haben die Verschiedenheiten der persönlichen Veranlagung und der sozialen Einstellung die Nationalökonomen in ein und derselben Frage zu verschiedenartigen Entschlüssen geführt. Da es nun nicht möglich ist, in einem Zeitungsartikel die Gütertrennung zwischen dem objektiven und subjektiven Teil wahrzunehmen, so hat die Allgemeinheit, zum großen Schaden der Wissenschaft, den Eindruck bekommen, als ob die Volkswirtschaftslehre uneinig wäre. Außerdem liegt eine gewisse Gefahr darin, immer nur für die Allgemeinheit zu schreiben und dadurch zu ständiger Vereinfachung gezwungen zu sein. Es wäre zu erwägen, ob das nicht auf die Dauer auch für den wissenschaftlichen Geist gefährlich werden kann, der doch letzten Endes für eine fruchtbringende Arbeit erforderlich ist.

Genau dasselbe, was die Volkswirtschaftler dazu trieb, sich in der Tagespresse unter Benutzung der ökonomischen Theorie mit konkreten Problemen zu beschäftigen, trieb sie auch dazu, Spezialprobleme zum Gegenstand einer ausführlicheren theoretischen Analyse zu machen. Noch bevor die journalistische Arbeit auf die wissenschaftliche Literatur rückwirken konnte, war in dieser eine deutliche Tendenz in der angegebenen Richtung zu erkennen. Die erste bedeutendere Arbeit dieser Art war Professor B a g g e s „Regelung der Arbeitslöhne durch Zusammenschlüsse“ 1917. Bagge entwickelt in dieser umfassenden

Arbeit eine eingehende Analyse des Einflusses der Gewerkvereine auf das Lohnniveau. Besondere Aufmerksamkeit wird der Frage der Beeinflussung des Lohnniveaus durch Maßnahmen einer Gewerkschaft gewidmet, einerseits für ihre eigenen Mitglieder und andererseits für außenstehende Arbeiter, wobei untersucht wird, in welchem Grade und auf wie lange Perioden eine Einkommensteigerung für die erstgenannten aufrechterhalten werden kann. Die Darstellung fußt auf einer besonders genauen Kenntnis der Organisation des Arbeitsmarktes und des Grades der Beweglichkeit der Arbeit usw., wobei es möglich war, Fakta und Theorie zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuweben. Soweit mir bekannt, ist diese Arbeit die erschöpfendste Darstellung der Arbeitslohntheorie, die in irgendeiner Sprache erschienen ist. Bagges Theorie illustriert vorzüglich die Tendenz, die ich im vorangehenden zu beschreiben versucht habe. Das Buch weist übrigens darauf hin, wieviel fruchtbringender es ist, die Kenntnis der hauptsächlichsten Teile der Theorie und deren Arbeitsmethode auf konkrete Probleme anzubringen, zu deren Beleuchtung statistisches Material und andere Fakta zugänglich sind, als immer wieder das ganze System in neuen „Principles“ aufzubauen.

Die letzten Jahre hat sich Bagge unter anderem mit der Frage der Preisbildung in kommunalen Wirtschaftsbetrieben beschäftigt, in der Absicht, die Bedeutung des festen Kapitals für die Preisbildung zu beleuchten. Auch diese Untersuchungen, die allerdings noch nicht in gesammelter Form vorliegen, geben Beispiele von der Kombination von Theorie und Fakten, die sein Hauptwerk kennzeichnen.

Dieselbe Tendenz findet man in H e c k s c h e r s „Schwedischen Produktionsproblemen“, einer Sammlung Essays, die kurz vor und während des Weltkrieges geschrieben wurden. Heckscher behandelt dort Fragen wie „Die Genossenschaft als Unternehmungsform“ und „Die Arbeitslosigkeit als Produktionsproblem“; in der letzteren wird die Lohntaktik der Gewerkvereine, die Saisonarbeitslosigkeit usw. vom Standpunkt der Produktion aus behandelt. Verschiedene dieser Gegenstände sind allerdings solcher Natur, daß genügend statistische Data nicht zugänglich sind. Dasselbe gilt von den „Ökonomischen Auswirkungen des Achtstundenarbeitstages“ von dem Verfasser dieses Aufsatzes, eine Abhandlung, welche dieses Problem vom Standpunkt der Verteilungstheorie aus behandelt. Dieser Mangel an Kenntnis der meßbaren Wirklichkeit ist vielleicht das schwerste Hindernis für eine kontinuierlich schnelle Entwicklung der Nationalökonomie. Das Anwachsen der ökonomischen Statistik verspricht allerdings für die Zukunft eine Besserung in dieser Hinsicht. Es ist die Aufgabe der Volkswirtschaftler, dafür zu sorgen, daß sie mehr als bisher auf eine Beleuchtung der wesentlichsten Phänomene eingestellt wird.

Es würde zu weit führen, alle Arbeiten aufzuzählen, die in der einen oder anderen Weise auf eine Entwicklung in dieser Richtung hindeuten. Professor Brismans Arbeiten über die Privatbanken, z. B. „Die modernen Geschäftsbanken“, 1917, behandeln einen bis in die letzten Jahre ziemlich vernachlässigten Stoff. Dr. Rothliebs, Dr. Åmarks und Professor Sommarins Untersuchungen agrarischer Probleme gehören ebenfalls hierher, ebenso wie die Berichte und Memoranden des Zoll- und Traktatkomitees. Die letzteren enthalten u. a. Untersuchungen über die Effektivität der Arbeit in verschiedenen Ländern sowie über die Verhältnisse, in welchen die verschiedenen Produktionsfaktoren sich bei den einzelnen WarenGattungen vorfinden. Der Schutzzoll dürfte ja die Einkommensverteilung zugunsten desjenigen Produktionsfaktors verschieben, der in einem verhältnismäßig hohen Grade für die Produktion der durch den Zoll geschützten Ware aufgezehrt wird.

Mit obiger Ausführung will ich natürlich nicht behaupten, daß alle Arbeiten der schwedischen Nationalökonomen, die während des letzten Jahrzehnts veröffentlicht wurden, durch dieselbe Tendenz charakterisiert sind. Viele müssen im Gegensatz dazu als Erscheinungen desselben Typs wie die Nationalökonomie der Vorkriegszeit bezeichnet werden. Erstens gibt es Leute mit Voraussetzungen für eine fruchtbringende wissenschaftliche Arbeit, denen es schwerfällt, statistische und technische Fakta in ein Verhältnis zu ihren Theorien zu bringen. Diese tun natürlich am klügsten daran, ihre Analysen allgemeinen Charakters fortzusetzen. Nichts liegt der Tendenz der schwedischen Nationalökonomie ferner, als solche zu verurteilen. Wenn es etwas von Reform in der oben geschilderten Entwicklung gibt, so besteht sie ganz und gar nicht in einer Forderung, von dem hinwegzukommen, was die ökonomische Wissenschaft vor dem Kriege kennzeichnete. Die Reform enthält nur eine Neuorientierung des Hauptinteresses zugunsten früher versäumter Gebiete.

Zweitens kommt man wohl bei der Behandlung von Spezialproblemen zur Aufstellung von Prinzipien, deren Reichweite sich auf andere Gebiete erstreckt und die deswegen vorteilhaft verallgemeinert werden können. Arbeiten dieser Art sind z. B. Heckschers Aufsatz über „Zeitweilig freiwerdende Güter“¹⁾ und Bagges „Gesetze des zunehmenden und abnehmenden Ertrages“²⁾, die beide einige von den Hauptproblemen der Nationalökonomie von teilweise neuen Ausgangspunkten behandeln.

Drittens haben die jüngeren Volkswirtschaftler als Stoff für ihre Erstlingsarbeiten in der Regel „hypertheoretische Fragen“ gewählt, deren Behand-

¹⁾ „Ekonomisk Tidskrift“, 1924.

²⁾ „Ekonomisk Tidskrift“, 1920.

lung sich in derselben Richtung wie Cassels und Wicksells allgemeine Darstellungen vor dem Kriege bewegen. Dr. Lindahl hat in der Hauptsache auf der Basis der Wicksellschen „Finanztheoretischen Untersuchungen“ von 1896 ein Buch geschrieben, „Prinzipien einer gerechten Besteuerung“, 1919. Dr. Åkerblom hat die Böhm-Bawerk-Wicksellsche Kapitalzinstheorie unter Berücksichtigung des festen Kapitals unter dynamischen Verhältnissen (Realkapital und Kapitalzins, zwei Teile, 1923/24) modifiziert. Ausgehend von Walras und Wicksell, hat Professor Silverstolpe eine zusammenfassende Darstellung der Kapitalbildungstheorie gegeben („Kapitalbildung“, 1920, in Schwedisch).

Mehr beeinflußt von Cassel ist der Verfasser dieses Aufsatzes in seiner „Theorie des Handels“, 1924 (in Schwedisch), der einen Versuch darstellt, die Theorie des inneren und äußeren Handels auf der Basis der modernen Preisbildungstheorie anstatt der klassischen Arbeitswertlehre aufzubauen. Die Darstellung ist allerdings auch stark von einem Aufsatz von Heckscher beeinflußt¹⁾, der die Saat eines neuen Aufbaues der Außenhandelstheorie enthält. Margit Cassel analysiert in einer Arbeit über „Die Gemeinwirtschaft“, 1924 die Grundlagen der kollektiven Ökonomie, auf den Gedanken ihres Vaters, Clark jun. und Pigous aufbauend.

Auch in diesen Arbeiten spürt man allerdings den Einfluß der Tendenz zur Konkretisierung. Der Stoff selbst in Akermans Abhandlung zeigt ja das Bestreben, die frühere Theorie konkreter zu gestalten, obgleich die Behandlungsart ziemlich abstrakt ist. In meiner eigenen Abhandlung hat das Studium der faktischen Beweglichkeit der Produktionsfaktoren zu einer Darstellung der Theorie der internationalen Kapitalbewegungen geführt, die sich auf einem umfassenden statistischen Material aufbaut; ähnliche Beispiele könnten von den übrigen gegeben werden. Die Hauptaufgabe ist jedoch mehr eine Revision einiger Hauptteile der Theorie als eine Anwendung der bestehenden Theorie auf konkrete Probleme, und gerade dieses Letztere ist das Bezeichnende nicht nur für die früher erwähnten Schriftsteller, sondern auch in gewisser Hinsicht für die letztgenannten, die noch nicht dazu gekommen sind, Arbeiten in diesem Geiste zu veröffentlichen.

Ein Vergleich mit einigen angelsächsischen Nationalökonomen wird es vielleicht etwas besser beleuchten, was ich als Grundtendenz habe hervorheben wollen. Pigou hat in „Economics of Welfare“ ohne Zweifel insofern dieselbe Einstellung, als er die Marshallsche Theorie zur Untersuchung konkreter Fragen benutzt. Man vermißt aber bei ihm beinahe ganz und gar das Tatsachenmaterial, und er erreicht jedenfalls nicht die Zusammenschmelzung von Theorie und Fakten,

¹⁾ „Der Einfluß des Außenhandels auf die Einkommensverteilung“. Ekonomisk Tidskrift 1919.

die das Ziel darstellt, das man in Schweden erstrebt, und die wohl am besten illustriert wird durch Bagges Werk über den Arbeitslohn. J. M. Clarks „Economics of Overhead Costs“ ist in höherem Maße ein Beweis dieser Bestrebung; denn wenn auch das statistische Material etwas knapp ist, so baut sich doch die Darstellung auf einer eingehenden Erkenntnis der konkreten Wirklichkeit auf.

Angesichts der prinzipiellen Auffassung über die fruchtbarsten Arbeitsmethoden, die augenblicklich in der schwedischen Volkswirtschaftslehre vorherrschend zu sein scheinen, ist es selbstverständlich, daß man sich nicht für das Aufbauen neuer nationalökonomischer Systeme interessiert. Das einzige Systemwerk, das in den letzten 20 Jahren geschaffen wurde, ist das von Cassel; dieses erschien im Druck allerdings erst 1918, wurde aber bereits vor dem Kriege geschrieben. Soviel ich weiß, beschäftigt sich augenblicklich kein schwedischer Nationalökonom mit der Ausarbeitung von „Principles“. In den letzten Jahrzehnten sind in allen Ländern so viele derartige Arbeiten erschienen, daß es angebrachter ist, sich in der nächsten Zeit spezielleren Aufgaben zu widmen. Es ist zu verstehen, daß mancher sich durch die vorhandenen allgemeinen Arbeiten nicht befriedigt fühlt und insbesondere die Behandlung eines gewissen Teiles derselben unzweckmäßig findet. Das will aber keineswegs sagen, daß er selbst imstande ist, bessere „Principles“ zu schreiben; wenn er auch den einen Teil verbessert, so wird ein anderer dagegen verschlechtert. Wenn er die Darstellung schärfert gestalten kann, so verliert sie vielleicht an Konkretion. Das müßte man wohl bedenken, ehe man sich anschickt, die ökonomische Wissenschaft mehr oder weniger auf eigene Faust umzuarbeiten, die doch mit den vereinten Kräften einer großen Anzahl der besten Denker der letzten zwei Jahrhunderte aufgebaut worden ist.

Zugunsten dieses Standpunktes spricht auch der Umstand, daß man sich bei den Untersuchungen konkreter Probleme auf der Basis der Theorie anscheinend ebensogut verschiedener Systeme bedienen kann. Unter den schwedischen Nationalökonomen dürfte man bei praktischen Fragen kaum auf eine Uneinigkeit deshalb stoßen, weil der eine Grenzproduktivitätstheoretiker, der andere Knappheitstheoretiker oder ähnliches ist. Es ist daher nicht zu verwundern, daß Leute, die sich der Verwertung der Hauptpunkte, worin die verschiedenen Systeme übereinstimmen, widmen, kein größeres Interesse für die eher scholastischen Kraftproben der verschiedenen Schulen hegen. Für die gegenwärtige Lage der schwedischen Volkswirtschaftslehre ist es charakteristisch, daß man im Gegensatz zu der Vorkriegszeit nunmehr nicht daran denkt, daß es verschiedene Schulen und Richtungen gibt. Das bedeutet natürlich nicht, daß man zu einer Einigkeit über die beste Art, den ökonomischen Systemaufbau zu gestalten,

gelangt ist. Wohl ist man sich aber allgemein klar darüber, daß die Diskussion dieser Fragen am besten unterbrochen oder wenigstens während einiger Jahrzehnte in den Hintergrund gestellt wird, während welcher man sich Spezialuntersuchungen widmet unter Benutzung des Wesentlichen der bestehenden Theorie.

Es ist anzunehmen, daß die Arbeit in diesem Sinne nicht nur zu einer Komplettierung, sondern auch zu einer Modifizierung der ökonomischen Theorie führen und Material für eine spätere Umarbeitung des ganzen Systems liefern wird. Wenn man unzufrieden ist mit der Vereinfachung, ja vielleicht Entstellung der menschlichen Psyche seitens der Klassiker und der Grenznutzentheoretiker und folglich ihre Behauptungen bezüglich des ökonomischen Handelns der Menschen unrichtig findet, so braucht man deswegen nicht nach neuen psychologischen Gesetzen zu forschen, aus welchen das wirtschaftliche Verhalten der Individuen hergeleitet werden kann. Wenn eine Darstellung der Preisbildung, die sich darauf aufbaut, daß ein jeder sein unmittelbares Interesse befriedigt, ein falsches Bild gibt, so kann man ein richtigeres Bild von der faktischen Handlungsweise der Menschen nur auf der Basis genauer, vorurteilsfreier Untersuchungen erhalten. In welcher Weise beeinflußt ein Kartell und der dadurch geschaffene Geist des Zusammenhaltens die Preispolitik in dieser Industrie auch dort, wo keine bindenden Preisvereinbarungen existieren? In welcher Weise verleitet die Furcht „to spoil the market“ frei konkurrierende Unternehmer, in derselben Weise wie beim Monopol zu handeln? Wird die Konkurrenz der Detailhändler engere Grenzen und eine verminderte Zahl von Geschäften in den Branchen erzwingen, in denen die während des Krieges gewaltsam ausgedehnten Grenzen zu einer unnötigen Vermehrung der Zwischenhändler führen? Die Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen ist von der Psychologie der Individuen abhängig, und in demselben Grade, wie diese sich verändert, ist auch die Preisbildung einer Veränderung unterworfen. Es fehlt nicht an Anzeichen, daß in einer so kurzen Zeitspanne wie die letzten zehn Jahre gewisse Gruppen von Geschäftsleuten ihre Handlungsweise ziemlich wesentlich modifiziert haben. Diese Tatsache muß die Nationalökonomie berücksichtigen, da sie sich doch letzten Endes auf dem ökonomischen Handeln der Individuen aufbaut. In dieser Hinsicht scheinen Opponenten, wie die Amerikaner Veblen und Mitchell, recht zu haben (die sogenannte „Institutionalist School“). Es ist aber durchaus nicht notwendig, aus diesem Grunde die anderen Systeme über Bord zu werfen. Eine ins Einzelne gehende Untersuchung, wie der Unterschied zwischen den Preisen des Produzenten und denen des Konsumenten sich auf die verschiedenen Zwischenglieder verteilt, welche Faktoren diese Verteilung bestimmen und wie sie in den verschiedenen Konjunkturlagen usw. variieren, liefert das

Material für eine Beurteilung der faktischen Preisbildung, einerlei, ob der Untersuchende der einen oder der anderen Schule angehört.

Auf der Basis solcher Untersuchungen dürfte es in Zukunft möglich sein, eine Theorie zu erhalten, die die menschlichen Institutionen, so wie sie sind, ohne aprioristische Hypothesen würdigt.

Die schwedische Nationalökonomie unterscheidet sich von den „Institutionalisten“ in noch einer Hinsicht, obgleich sie beide die Forderung einer „konkreteren“ Theorie betonen. Die letzteren legen solches Gewicht auf den Charakter und die Entwicklung der menschlichen Institutionen, daß sie, wenigstens in ihrem prinzipiellen Programm, die ganze Nationalökonomie als einen Bericht über die Entwicklung dieser Institutionen, als eine Art historische Soziologie darstellen¹⁾. Die schwedischen Nationalökonomen dagegen, die von der Soziologie nicht wesentlich beeinflußt sind²⁾, wünschen in erster Linie eine Klarlegung des Zusammenhangs zwischen den ökonomischen Erscheinungen und beschäftigen sich mit den existierenden Institutionen nur in dem Maße, wie sie für diesen Zusammenhang von Bedeutung sind; die Entwicklung dieser Institutionen selbst scheint außerhalb des Gebietes der eigentlichen Nationalökonomie zu liegen. Die Aufgabe der letzteren ist es wohl, das Funktionieren des ökonomischen Lebens klarzulegen; die Geschichte bekommt nur insoweit Bedeutung für die Nationalökonomie als sie dazu beiträgt, die Kenntnis desselben zu vermehren³⁾. Was also jetzt für den Augenblick gefordert wird, ist demnach nicht eine „neue“ ökonomische Wissenschaft, sondern ein fortgesetztes Arbeiten auf der bestehenden Grundlage. Daß man in Schweden, ebenso wie anderswo, anscheinend mehr Gewicht darauf legen wird, statistisches und anderes faktisches Material zu sammeln und dasselbe mit Hilfe der ökonomischen Theorie zu bearbeiten, als während des vorigen Jahrhunderts, beruht wohl in der Hauptsache darauf, daß man jetzt viel größere Möglichkeiten hat, Fakta zu bekommen, als damals. Die Kritik an der übertriebenen Anwendung der deduktiven Forschungsmethode in der klassischen Schule darf das nicht übersehen. Zeigen nicht schon die eigenen Repräsentanten dieser Schule, z. B. Mill in seiner „Logic“, klares Verständnis dafür, wie wünschenswert eine Kombination von Induktion und Deduktion für die ökonomische Wissenschaft ist?

¹⁾ Siehe z. B. einen Aufsatz von Mitchell in „The Trend of Economics“ 1924, ed. by Tugwall.

²⁾ Prof. Steffen und Dr. Helander in Gothenburg (der letztere nunmehr in Kiel) haben ihre Ausbildung im Ausland erhalten. Ihre soziologische Einstellung unterscheidet sich grundsätzlich von dem, was die schwedische Nationalökonomie im übrigen kennzeichnet, aus welchem Grunde sie hier nicht behandelt worden sind.

³⁾ Vgl. Heckscher, „Ökonomie und Geschichte“, 1922, (in Schwedisch).

Reichtumsverteilung und sozial- ökonomische Forschung in England.

Von

Prof. Henry Clay (Manchester).

Inhalt.

	Seite
I. Die Preistheorie als Rückgrat der Verteilungslehre und die Kritik	99
II. Die Tatsachenentwicklung	103
a) Die Einkommensverteilung	103
b) Die Verteilung des Kapitals	107
c) Neuverteilung durch den Staat	112
III. Zusammenfassung: Die Grenzproduktivitätstheorie und die wahren Bestimmungs- gründe der Güterverteilung	117

I.

Die Entwicklung der ökonomischen Theorie in England ist nicht verständlich, wenn man nicht die praktischen Probleme in Berücksichtigung zieht, die dem theoretischen Denken den Anstoß gaben. Überdies wird die theoretische Spekulation jeder Periode nicht nur von den Problemen ihrer eigenen Zeit, sondern auch von denen früherer Zeiten beeinflußt, die den Theoretiker noch lange beschäftigen, nachdem sie für die Politiker wie für die Männer der Verwaltung ihr Interesse bereits verloren haben.

Die Untersuchung der Verteilung des Reichtums illustriert diese Tendenz besonders deutlich. Zu der Zeit, als sich die klassische Theorie formte, waren die wichtigsten Zeitprobleme solche der Handels- und der Finanzpolitik, die sich um die Verteilung des Produktionsertrages zwischen den sozialen Klassen drehten. Die sogenannten Produktionsfaktoren oder Produktionselemente — Land, Arbeit und Kapital — waren analytische Kategorien, die ziemlich genau den deutlich geschiedenen sozialen Klassen — Landeigentümer, Lohnempfänger und selbständige Unternehmer — entsprachen, und das Problem, das Ricardo und seine Nachfolger beschäftigte, war das der Verteilung zwischen diesen sozialen Klassen. Als sich die Sozialökonomik aus den Fesseln der praktischen Politik befreite und selbständig eine reine Werttheorie auszuarbeiten begann, vergaß sie den Ursprung dieser Kategorien — oder ließ ihn zum mindesten außer acht —, übernahm unverändert das alte Gerüst der Verteilungstheorie und ging mit außerordentlicher Feinheit und Scharfsinn an das Studium der Einflüsse, welche die Verteilung zwischen den Produktionsfaktoren bestimmen, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß deren Auswahl mehr durch die historisch gegebenen Verhältnisse im ersten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts in England bedingt war als durch eine wirklich wissenschaftliche Analyse des Produktionsprozesses.

Die englische Sozialökonomik wurde in dieser Tendenz noch bestärkt durch die Vorteile, die dieses System der Verteilungstheorie bot, indem es die Verteilung als bloße Unterabteilung der allgemeinen Werttheorie behandelte. Zwei Einflüsse haben seit Mill die englische Nationalökonomie beherrscht. Jevons, ein wirklich wissenschaftlicher Geist, der sowohl die Leistungsfähigkeit als auch die Grenzen der reinen Werttheorie erkannte, lenkte gerade durch seine er-

folgreiche Anwendung des Nützlichkeitskalküls auf die Werttheorie die Aufmerksamkeit von den übrigen Gebieten der nationalökonomischen Wissenschaft ab, auf denen er Forschungsmethoden von fast gleicher Bedeutung aufzeigte; während Marshall in seinem einzigen Werk, das bis gegen Ende seines Lebens der Allgemeinheit zugänglich war, die Werttheorie als schlechthin gleichbedeutend mit der ökonomischen Theorie behandelte. Die Verteilung wurde also dem Wert untergeordnet, und die Erforschung der rechtlichen und politischen Einrichtungen, welche die Verteilung des Reichtums unter den Individuen beeinflussen, wurde zugunsten einer immer mehr verfeinerten Analyse der Kräfte, welche die Verteilung zwischen den „Faktoren“ oder „Elementen“ bestimmen, vernachlässigt.

In einer Hinsicht bedeutet Marshall eine Reaktion gegen Jevons. Im Gegensatz zu diesem verteidigte er die Bedeutung, die die klassischen Ökonomen den Produktionskosten als wertbestimmendem Faktor beilegten. Bei jedem Wertproblem sollten die beiden Seiten, Angebot und Nachfrage, gleichmäßig untersucht werden; beider Wirkungen sind nur an ihren Grenzteilen erkennbar; eine „fundamentale Symmetrie“ der beiden sei ersichtlich. Er untersucht infolgedessen eingehend die Einflüsse, die das Angebot der verschiedenen Faktoren regeln, sowie die Wechselwirkung zwischen Angebot, Nachfrage und Entgelt oder Wert. Aber diese abweichende Ansicht änderte nichts daran, daß die Verteilung auch weiterhin als bloßer Spezialfall oder als spezielle Anwendung der allgemeinen Werttheorie behandelt wird. Die Nachfrage nach einem Produktionsfaktor wird „abgeleitet“ aus der Nachfrage nach seinen Produkten; wie die Nachfrage nach einem Endprodukt der Nützlichkeit für den Konsumenten entspringt, so entspringt auch die Nachfrage nach einem Produktionsfaktor seinem Nutzen für den Unternehmer, mit anderen Worten seiner Produktivität; wie die Konsumgüter dem Gesetz des abnehmenden Nutzens, so sind auch die Produktionsfaktoren einem Gesetz der abnehmenden Produktivität unterworfen. „Der tüchtige Unternehmer sucht ständig nach der gewinnbringendsten Verwendung seiner Mittel und ist bestrebt, jeden einzelnen Produktionsfaktor bis zu dem Punkt oder der Grenze auszunutzen, von der ab er mehr gewinnt, wenn er einen kleinen Teil seiner Ausgaben einem anderen Faktor zuwendet“. „... er wird so ... zu dem Vermittler, der das Substitutionsprinzip bei Verwendung jedes einzelnen Faktors in der Weise regelt, daß in der Grenzanwendung seine Kosten dem Reinprodukt, das aus seiner Verwendung entsteht, proportional sind“. Diese Formel ist auf alle Produktionskräfte anwendbar und wird durch zahlreiche Beispiele der verschiedenen Arten der Arbeit, der verschiedenen Instrumente der Produktion und der verschiedenen Art der Landnutzung illu-

striert. Aber sie umfaßt auch die gesamte Verteilung zwischen den traditionellen Produktionskräften — Land, Arbeit und Kapital; sie wird als Erklärung für die Variationen in der Höhe der hauptsächlichsten Einkommensformen — Löhne, Zinsen, Profite und Renten — angegeben; und sie ist verstandesmäßig so befriedigend, daß man es förmlich als Schlag empfindet, wenn man sich schließlich klar macht, daß Marshall die Verteilung des Reichtums ohne jede Berücksichtigung der Vererbung erklärt hat.

Die politischen Probleme der Generation, die auf die Veröffentlichung der ersten Auflage von Marshall's „Principles“ 1890 folgten, waren ganz andere als jene, denen unsere Klassiker gegenübergestellt waren. Das Wahlrecht war gerade zuvor auf die ländlichen wie auf die städtischen Arbeiter ausgedehnt worden, die Gladstonesche Finanzepoche neigte sich ihrem Ende zu, und die moderne sozialistische Bewegung, die wenigstens in England ihre Bedeutung und ihren Einfluß weniger aus ihren konstruktiven Vorschlägen denn aus ihrem ausgesprochenen und unausgesprochenen Protest gegen die ökonomische Ungleichheit schöpft, nahm gerade ihren Anfang. Der Gesichtspunkt, unter dem das Verteilungsproblem diese Generation interessierte, war nicht der der Verteilung zwischen den Elementen oder Faktoren der Produktion, sondern der Verteilung zwischen den Individuen. Zur Beantwortung dieser neuen Frage war Marshall's Revision der klassischen Theorie nicht ausreichend. Sie ließ sich zwar vertreten und wird es noch heute. Man konnte sie als notwendige Annäherung an die Probleme der Verteilung unter den Individueninstellen, eine Verteidigung, welche die Kritik herausfordert, daß der nächste Schritt von Faktoren zu Personen nicht unternommen worden sei. Professor Pigou gibt zwar zu, daß „die Grundsätze der Verteilung zwischen den Produktionsfaktoren nicht unmittelbar und uneingeschränkt auf die Probleme der Verteilung zwischen den Personen übertragen werden könnten“, behauptet aber nichtsdestoweniger, es sei „kein nennenswerter Fehler, wenn man die ‚Armen‘ mit den Lohnempfängern gleichsetzt, und die Verdienste der Lohnempfänger mit den Verdiensten des Faktors Arbeit“¹⁾.

Für die Zwecke seiner unmittelbaren Beweisführung ist diese Gleichsetzung berechtigt, aber bei einer allgemeinen Untersuchung der Verteilung läßt sie das interessanteste Problem, das die gegenwärtige Verteilung des Reichtums in England bietet, ungeprüft, nämlich warum die Armen in England hauptsächlich Lohnempfänger sind, und warum die Lohnempfänger in England praktisch kein Kapital akkumulieren. Henderson unternimmt im ersten Bande einer Schriftenfolge, welche die letzte Fassung der Lehren der Marshall'schen

¹⁾ „Economics of Welfare“, 2. Auflage, S. 615—616.

Schule dem Publikum darstellen soll, eine andere, zugleich geistreiche und naive Verteidigung derselben. „Der Nationalökonom“, sagt er, „konzentriert sein Interesse auf die Produktionsfaktoren aus dem guten Grunde, weil sich nur für sie überhaupt klare und bestimmte Verteilungsgesetze aufstellen lassen. Bei der Verteilung zwischen Individuen und Klassen spielen andere und veränderliche Faktoren mit, die sich nicht durch grundlegende ökonomische Gesetze bestimmen lassen“¹⁾.

Eine solche Einschränkung der Grenzen der Nationalökonomie würde ihr Studium nicht bloß eines großen Teils seines praktischen Nutzens berauben, sondern ist auch unvereinbar mit der Praxis der Mehrzahl der kontinentalen Nationalökonomen und auch englischer Schriftsteller, von denen ich nur Mill und Cannan nenne. Die Schriften des letzteren bedeuten eine Reaktion gegen die eingeschränkte Auffassung des Verteilungsproblems.

In seinen „Theories of Production and Distribution 1776—1848“ wies Cannan den zufälligen Charakter der Verbindung zwischen der Verteilungstheorie und den herkömmlichen Produktionsfaktoren nach, und zeigte gleichzeitig den praktischen Nutzen der sich daraus ergebenden Lehre für die Probleme jener Zeit. In dem 1914 erschienenen Buche „Wealth, a brief explanation of the causes of economic welfare“ stellt er eine Theorie der Verteilung unter Individuen auf, in der zunächst die herkömmliche Einteilung durch eine Einteilung nach Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen ersetzt wird, ferner die Einflüsse, die auf die Verteilung des Besitzes und die Einflüsse, die auf die Höhe der Arbeitseinkommen wirken, gesondert untersucht werden. Diese Form der Theorie scheint bisher, obgleich sie für die Probleme unserer eigenen Zeit viel wichtiger und nützlicher ist, noch nicht in populäre Lehrbücher oder selbst in populäre Erörterungen eingedrungen zu sein, vermutlich auch nicht in die Lehrmeinungen, die in den meisten Zentren des nationalökonomischen Studiums gelehrt werden. Aber sie ist dennoch nicht der einzige Beweis für die veränderte Haltung der englischen Nationalökonomen gegenüber dem Verteilungsproblem. Wir haben einerseits die hervorragenden Untersuchungen über die Methoden und Möglichkeiten, die Verteilung durch die Wirksamkeit politischer oder quasi-politischer Kräfte zu beeinflussen, die Herr und Frau Webb²⁾ auf Grund einer erschöpfenden Untersuchung der gewirtschaftlichen Erfahrung angestellt haben, ferner die Erweiterung und Anwendung der Marshall'schen Analyse durch Professor Pigou³⁾.

¹⁾ „Supply and Demand“ (Cambridge Economic Handbooks), S. 174. [Deutsch: „Angebot und Nachfrage“, Berlin 1924.]

²⁾ „Industrial Democracy“, 1897.

³⁾ „Wealth and Welfare“ 1912. „Economics of Welfare“, 1920, 2. Auflage 1924.

Andererseits haben wir die deskriptiven und statistischen Untersuchungen von Charles Booth, B. Seebohm Rowntree, Chiozza Money, Bowley, Mallet und Stamp, die uns eine Darstellung der gegenwärtigen Güterverteilung unter Personen und Klassen gegeben haben, wie sie frühere Sozialökonomiken noch nicht besaßen.

Die Nationalökonomie hat also in England, vielleicht etwas verspätet, auch in dieser wie in allen früheren Generationen, auf die laufenden praktischen Interessen reagiert. Die Lohnempfänger als Klasse haben niemals die Lehre anerkannt, der zufolge Löhne oder andere Einkommensformen durch ökonomische Gesetze bestimmt werden, die von der Staatsgewalt nicht geändert werden können. Und seit dieser Klasse das Wahlrecht zuerkannt wurde, neigten auch die Politiker immer mehr dazu, sich nach dieser Ansicht zu richten. Die Budgets von 1894 und von 1907 bis 1909, welche die Vermögens- und Einkommenssteuern ausdehnen und abstufen, haben die Besteuerung gewissermaßen zu einem Instrument des Einkommenausgleichs gestaltet. Das Gesetz über Altersrenten vom Jahre 1908 ist das deutlichste Beispiel für eine Neuverteilung des Nationaleinkommens durch den Staat in Form unentgeltlicher sozialer Dienste, die immer mehr Bedeutung erlangt, je weiter das Jahrhundert fortschreitet. Das Trade Board-Gesetz von 1909 (Minimallöhn) ist ein endgültiges Zugeständnis der Tatsache, daß die Lohnraten vom Staat direkt beeinflußt werden können. Die gegenwärtige Verteilung des Reichtums in England ist das Ergebnis dreier Arten von Einflüssen: der Verteilung zwischen Besitz und Arbeit, der Verteilung des Besitzes unter Individuen, und der modifizierenden Einwirkung der Staatsgewalt durch Besteuerung und soziale Gesetzgebung; und die neuere sozialökonomische Literatur ermöglicht uns wenigstens eine annähernde Schätzung der gegenwärtigen Verteilung unter den Individuen, sowie eine provisorische Feststellung der Einflüsse, welche diese Verteilung bedingt haben.

II.

a) Die Einkommensverteilung.

England ist ganz besonders reich an Quellen, die eine Schätzung der Höhe und Verteilung des Nationaleinkommens gestatten, und besonders glücklich darin (*sua bona norint*), daß dieses Material von Statistikern gedeutet wird, die gleichzeitig Meister der ökonomischen Analyse sind, wie Dr. Bowley und Sir Josiah Stamp. Die Einkommenssteuer gestattet einen Überblick über alle über der Grenze der Steuerfreiheit liegenden Einkommen, die vor dem Kriege mit 160 Pfund jährlich annähernd der oberen Lohngrenze entsprach und heute, wo die steuerfreie Grenze auf 150 Pfund aus Kapitals- und 135 Pfund

aus Arbeitseinkommen festgesetzt ist, beträchtlich mehr als die Hälfte des Nationaleinkommens umfaßt. Die alle zehn Jahre stattfindende Berufszählung gibt uns die Zahl der in den verschiedenen Berufen tätigen Personen, die in Unternehmer, Arbeitnehmer und selbständig Erwerbstätige klassifiziert werden; mit Hilfe der Produktionszählung können die Angestellten roh noch weiter in Gehalts- und Lohnempfänger eingeteilt werden. Die Lohnzählungen von 1886 und 1906 ermöglichen uns, wenngleich die Angaben freiwillig und daher unvollständig waren, eine Schätzung der Einkommen der Lohnempfänger, die von der Berufszählung erfaßt sind, und diese Schätzung kann mit Hilfe der Berichte über Veränderungen der Lohnsätze, die das Handelsministerium (Board of Trade, seit 1907 das Arbeitsministerium) monatlich und jährlich veröffentlicht, bis auf die neueste Zeit ergänzt werden. Am wenigsten unterrichtet sind wir über die Klassen der Selbständigen und der Festbesoldeten, die nicht in die Klasse der Lohnempfänger fallen, aber vor dem Kriege Einkommen unterhalb der steuerfreien Grenze von 160 Pfund jährlich bezogen. Die berufliche Zusammensetzung, Zahl und Durchschnittseinkommen dieser Klassen waren aber Gegenstand der Untersuchung eines besonderen Komitees der British Association, dessen Bericht im „Statistical Journal“ von 1910 abgedruckt ist.

Unter Zugrundelegung des Materials kann nach der Interpretation der vorhin genannten Autoritäten die Verteilung des Nationaleinkommens auf Einzelpersonen wie auf große Gruppen (Klassen) beiläufig geschätzt werden. Die nachstehende Tabelle gibt Dr. Bowleys Schätzung der Verteilung zwischen den Individuen im Jahre 1910 mit einer analogen Schätzung für das Zählungsjahr 1911 an:

Einkommensstufe	Zahl der Einkommen in Tausend	Einkommens- summe in Millionen Pfd.	In Prozenten der gesamten	
			Zahl	Summe
1910				
Unter 160 Pfund . . .	18 850	1055	94,5	56
Pfund 160—700 . . .	880	250	4,4	15
„ 700—5000 . . .	200	415	1,0	22
Über 5000 Pfund . . .	12	150	0,06	8
1911				
Unter 160 Pfund . . .	19 500	1100	94,4	55
Pfund 160—700 . . .	910	260	4,4	13
„ 700—5000 . . .	225	480	1,1	24
Über 5000 Pfund . . .	13	160	0,06	8

Ein auf 37 Pfund geschätzter Betrag müßte den Einkommen über 160 Pfund in Anrechnung für Einkommen, die steuerfrei sind, zugeschlagen werden, ebenso ein Zuschlag von 30 Pfund auf die von der Produktionszählung geschätzten landwirtschaftlichen Einkommen. Die Zahl der Einkommen zwischen 160 und 700 Pfund wird geschätzt nach den Gesuchen um Steuerermäßigungen, die den Einkommen unter 700 Pfund gestattet sind, indem man die um 5% erhöht, in Berücksichtigung, daß manche Einkommen, die dazu berechtigt sind, nicht um Steuerermäßigung einkommen oder keine erhalten; die Gesamtsumme des Einkommens dieser Stufe wird roh geschätzt nach dem vermutlichen Durchschnittseinkommen jeder der vier Unterklassen, denen Steuernachlässe gestattet sind. Zahl und Höhe der Einkommen über 5000 Pfund ist durch die Super-tax-Einschätzung gegeben. Die dazwischenliegende einkommensteuerpflichtige Klasse mit Einkommen zwischen 700 und 5000 Pfund wird in der Weise ermittelt, daß man die Gesamtzahl der übrigen Klassen von der insgesamt auf 1.150 000 geschätzten Anzahl der Steuerzahler und dem Gesamtbetrag des Einkommens, das auf 900 Millionen Pfund veranlagt wird, abzieht. Das Finanzjahr 1912—1913 soll die beste Übersicht der Einkommen oberhalb der steuerfreien Grenze im Jahre 1911 geben.

Die Einkommensverteilung auf die verschiedenen sozialen Klassen läßt sich sogar noch genauer schätzen. Dr. Bowley hat dies in seinem Buche „The Distribution of the Product of Industry before the War“ unternommen, aus dem alle folgenden Zahlen, sofern nichts anderes besonders vermerkt ist, entnommen sind. (Siehe Tabelle auf S. 106.)

Es liegt auf der Hand, daß eine ziemliche Überlagerung zwischen den Einkommen aus Kapital und den Einkommen aus Arbeit besteht, aber es läßt sich unmöglich sagen, in welchem Verhältnis das normale Einkommen irgendeiner Klasse aus diesen beiden Quellen zusammengesetzt ist. Die Verteilung des National-einkommens aus Arbeit als Ganzes und aus Besitz als Ganzes wurde von Dr. Bowley für das Jahr 1913 auf 37½% Kapitalseinkommen und 62½% Arbeitseinkommen geschätzt, ein prozentuales Verhältnis, das er auch für das Jahr 1880 und frühere Jahre findet¹⁾. Von der oben angegebenen Tabelle für 1911 können die Einzelposten für Löhne, Gehälter und Profite der selbständig Erwerbstätigen unter 160 Pfund Einkommen und eine Summe von 116 Millionen Pfund, die außer den Gehältern zu einem speziellen Satz Einkommensteuer aus Verdienst zahlte, also insgesamt eine Summe von 1322 Millionen Pfund oder 64% auf Arbeitseinkommen gerechnet werden, so daß nicht mehr als 744 Millionen Pfund oder 36% als Anteil

¹⁾ „Change in the Distribution of the National Income 1880—1913“.

Vereinigtes Königreich.

1911.

Kategorie	Zahl der Einkommen in Tausend	Kategorie	Gesamteinkommenssumme in Millionen Pfd.
Unter 160 Pfund:		Löhne	782
Lohnempfänger	15600	Gehälter unter 160 Pfd.	84
Besoldete	1285	über 160 Pfd.	130
Selbständige Arbeiter	2300	Verdienst der unabhängig Erwerbstätigen ²⁾	210
Pensionäre und Leute, die aus Privatmitteln leben ¹⁾	315	Einkommen aus Kapital unter 160 Pfd.	60
Über 160 Pfund:		Profite und Einkommen aus Kapital über 160 Pfd.	800
Lohnempfänger	50		
Gehaltsempfänger	385		
Unternehmer und Meister . . .	530		
Privatiers, Pensionäre usw. ¹⁾ . .	185		

des Kapitaleinkommens bleibt. Da das Einkommen der selbständig Erwerbstätigen aber das der meisten Farmer mit umfaßt, die einiges Kapital besitzen müssen, wird der Anteil des Kapitals eher etwas größer und der Anteil der Arbeit eher etwas kleiner sein, als in den angegebenen Prozentzahlen. Im übrigen ist es eine bekannte Beobachtung, daß, je kleiner das Einkommen, um so kleiner der aus Besitz stammende Anteil, und je größer das Einkommen, um so größer der daraus herrührende Anteil ist.

¹⁾ Laut Zählung haben 500 000 Personen angegeben, daß sie aus Privatmitteln (nicht Altersrenten) leben. Man muß also 185 000 Steuerzahler in Rechnung stellen, wenn man alle Gehälter, Löhne, Unternehmer und Meister, die Steuern zahlen, abgezogen hat. 185 000 ist daher vermutlich eine Maximalzahl der Einkommen über 160 Pfund in dieser Kategorie; wahrscheinlich ist aber die heutige Zahl sehr weit von 185 000 entfernt; es wurden ja eingerechnet die Einkommen unter 160 Pfund in der Kategorie der Besoldeten und selbständigen Arbeiter, die durch Einkommen aus Kapital auf über 160 Pfund gebracht wurden. Es ist aber unmöglich, die Zahl der letzteren auch nur annähernd zu schätzen.

²⁾ Einschließlich 30 Millionen verschiedener landwirtschaftlicher Einkommen, die den Farmers zugeschrieben werden und vermutlich viele von ihnen über die Grenze von 160 Pfund jährlich emporheben, obgleich die Farmer, seit sie nach dem Zinswert ihrer Farmen eingeschätzt werden, keine Einkommensteuer bezahlen.

b) Die Verteilung des Kapitals.

Unsere wichtigste Informationsquelle über das Kapital und seine Verteilung sind die von der Staatssteuerkommission (Commissioners of Inland Revenue) herausgegebenen Tabellen der Vermögen, die jedes Jahr Vermögenssteuern zahlen. Jeder Besitz über 100 Pfund Wert ist vermögenssteuerpflichtig und muß angegeben werden, ehe eine Testamentsbestätigung oder die Stellung eines Nachlaßverwalters gewährt wird, und alle Formen des Besitzes sind seit 1894 an diese Verfügung gebunden. Das Kapital, das zu diesem Zweck angegeben wird, teilt man nach der Größe des Vermögens ein, mit Angabe der Zahl der Besitze und des Gesamtvermögens in jeder Ordnung; ferner je nach der Kategorie des Vermögens (Mobiliarvermögen, Grundbesitz, Effekten, Bargeld, Landbesitz usw.) und dem Werte in jeder einzelnen Kategorie; für das Jahr 1921—1922 nach dem Geschlecht der Verstorbenen und für die vier Vorkriegsjahre und das Nachkriegsjahr 1920—1921 nach dem Alter der Verstorbenen, mit der Zahl der Vermögen und der Kapitalsumme in jeder Kategorie und jeder Altersgruppe.

Der Anteil des Gesamtkapitals in Privatbesitz, das innerhalb von drei Jahren durch Tod oder durch Geschenke inter vivos auf andere übergeht, beträgt wenig über 3 Prozent¹⁾, und das Kapital im Besitze lebender Personen läßt sich in der Weise schätzen, daß man das jährlich von Verstorbenen hinterlassene Kapital mit 30 multipliziert. Wie aber diese Berechnungsmethode klar zeigt, kann sie nicht auf die Beträge des vermögenssteuerpflichtigen Kapitals jeder Kategorie angewandt werden, um die Höhe des Kapitals, das von Lebenden der betreffenden Vermögensstufe besessen wird, zu errechnen. Das heißt, wir können nicht aus der Tatsache, daß 1912—1913 für Erbschaften im Werte von 75 000 bis 100 000 Pfund 14 000 000 Pfund Vermögenssteuern bezahlt wurden, schließen, daß nun $14\,000\,000 \times 30 = 420\,000\,000$ Pfund Kapitalsvermögen in diesem Jahr im Besitz von Lebenden ist. Die Vermögen wachsen alljährlich oder mindestens von zehn zu zehn Jahren, während der Besitzer am Leben ist; in den drei Vorkriegsjahren war beispielsweise nicht eine der 21 Erbschaften, die dem Finanzamt mit über einer Million angegeben wurden, von einem Erblasser unter 55 Jahren hinterlassen. Und auf der anderen Seite wächst die Sterblichkeitsrate mit zunehmender Alterstufe und nimmt das Verhältnis von Lebenden zu Sterbenden ab; auf jeden Sterbenden im Alter von 20 bis 25 Jahren kommen 286 Lebende, auf jeden, der mit über 85 Jahren stirbt, nur 4 Personen. Große

¹⁾ Mallet und Strutt im „Statistical Journal“, Juli 1915.

Vermögen werden folglich einen kleineren Teil der gesamten Vermögen der Lebenden ausmachen, als der Vermögen, die alljährlich von Verstorbenen hinterlassen und in die Vermögenssteuerangaben aufgenommen werden; die kleineren Vermögen werden einen größeren Teil ausmachen.

Um nun die vermutliche Verteilung der Vermögen unter den Lebenden zu finden, muß man die Zahl und den Gesamtwert der Vermögen der Verstorbenen jeder Kategorie und jeder Altersgruppe mit dem Verhältnis der Lebenden zu den Verstorbenen in dieser Altersgruppe multiplizieren, d. h. mit dem reziproken Wert der Sterblichkeitsrate für diese Altersgruppe.

Die Ergebnisse der langwierigen Berechnungen, die dieses Verfahren erfordert, sind in der folgenden Tabelle kurz zusammengestellt. Die Zahlen beziehen sich nur auf England und Wales und basieren auf den Durchschnitten der drei Jahre 1911—1912, 1912—1913, 1913—1914. Die Sterblichkeitsraten, nach denen Sir Bernard Mallett, von dem ich diese Methode übernommen habe, das Verhältnis zwischen Lebenden und Verstorbenen berechnet hat, sind nicht die Sterblichkeitsziffern für die gesamte Bevölkerung (ausgenommen in der Altersstufe von 15—19 Jahren), sondern für Männer aus geistigen oder fachlich vorgebildeten Berufen. Sie wurden deshalb gewählt, weil die Sterblichkeitsrate bei Kapitalbesitzern wahrscheinlich niedriger (das Verhältnis von Lebenden zu Verstorbenen also größer) ist als bei der Gesamtbevölkerung; und diese „Klassen“sterblichkeitsrate war von den erreichbaren Zahlen die, welche der Sterblichkeitsrate der Vermögenden am nächsten kommt. Ich habe diese Klassensterblichkeitsrate für Vermögen über 500 Pfund übernommen, habe jedoch für kleinere Vermögen den Durchschnitt der allgemeinen Sterblichkeitsrate für jede Altersgruppe in den drei Vorkriegsjahren benutzt. Ich habe in den Tabellen die Vermögen der unter 15 Jahren Verstorbenen ausgelassen: ihre Zahl betrug im Jahre 1913—1914 nur 20 auf 60 000 und der Gesamtwert ihrer Hinterlassenschaft nur 13 500 Pfund von 354 000 000 Pfund. Ich gebe analoge Zahlen für ein Nachkriegsjahr an, die aber weniger zuverlässig sind, weil die notwendigen Daten nur für ein einziges Jahr zu erhalten waren. Da ich für meine Zwecke mehr die proportionale Verteilung als die absoluten Beträge brauche, werden die Vorkriegszahlen genügen. In manchen Fällen ist das Alter der Verstorbenen in den Erbschaftssteuerangaben nicht enthalten. Das habe ich in der Weise in Anrechnung gesetzt, daß ich einen Multiplikator für Zahl und Höhe jeder Kategorie genommen habe, der dem Durchschnittssterblichkeitsalter der Stufe, deren Alter beim Verscheiden angegeben war, entspricht.

Verteilung des Kapitals.

Vermögen über 100 Pfund.

Größenordnung	England und Wales			
	1912/1913		1920/1921	
	Zahl in Tausend	Betrag in Millionen Pfd.	Zahl in Tausend	Betrag in Millionen Pfd.
Pfd. 100—500	1428	394	2178	548
„ 500—1000	465	300	1052	764
„ 1000—5000	449	1086	819	2116
„ 5000—25 000	144	1628	245	3164
über 25 000	38	3085	49	4534

Vermögenssteuer ist aber nur für Vermögen von 100 Pfund Nettowert an zu zahlen. Wir haben also bisher nur die Zahl und das Eigentum von Personen oberhalb dieser Grenze geschätzt. Es ist sogar zweifelhaft, ob die Statistik auch nur alles oberhalb dieser Grenze erfaßt, denn es drängen sich von selbst verschiedene Möglichkeiten auf, durch die Kapitalansammlungen von 100 Pfund oder etwas darüber der Registrierung entgehen können. Die wesentlichsten Elemente der kleinen Vermögen — Möbel, Werkzeuge, Gegenstände des persönlichen Bedarfs — lassen sich schwer abschätzen und können für Erbschaften unterwertet werden; kleine Vermögen können sich, selbst wenn sie steuerpflichtig sind, leicht der Besteuerung entziehen, was fiskalisch weiter keine Bedeutung hat; Verteilungen inter vivos, die in diesem Falle nicht die Wirkung haben, Vermögen von einer höheren in eine niedrigere Kategorie zu überführen, sondern sie vollständig dem Bereich der Statistik zu entziehen, sind wahrscheinlich sehr häufig; und ein großer und wichtiger Teil des Gesamtvermögens der Lohnempfängerklasse ist in der Form von Arbeiterunterstützungsvereinen, Gewerkschaften und anderen Kollektivfonds aufgehäuft, die nicht als individuelles Vermögen angerechnet werden können. Wir können daher mit Recht gewisse Bedenken gegen die Zahl hegen, welche die Personen mit Vermögen von etwa 100 Pfund Vorkriegswert in England und Wales im Maximum auf zweieinhalb Millionen beziffert.

Allerdings glaube ich, daß die heutige Zahl nicht viel größer sein kann. Die Einrichtung eines Heims mag über 100 Pfund gekostet haben, aber wie viele Arbeiterheime hätten bei etwaigem Verkauf vor dem Kriege mehr als 20 Pfund eingebracht? Die Sparkassen und ähnliche Institute hatten, wie ich gleich zeigen werde, große Summen in Depot, aber die Durchschnittseinlage in Postsparkassen betrug doch nur 20 Pfund, und ich vermute, daß die „Sparer“ der Lohn-

empfängerklasse zumeist in unserer Zahl von zweieinhalb Millionen bereits einbezogen sind.

Wir müssen also, um unsere Schätzung der Kapitalsverteilung zu vervollständigen, noch die Höhe des Gesamtkapitals und die Zahl der Personen mit unter 100 Pfund Vermögensbesitz schätzen. Die Schätzung umfaßt a) eine naturgemäß nur ganz rohe Schätzung des Wertes der Einrichtung, der Werkzeuge und der persönlichen Gebrauchsgegenstände jener Personen, die nach ihrem Tode weniger als 100 Pfund hinterlassen und jener, deren Vermögen sich der Steuereinschätzung entzieht, trotzdem es über der Steuergrenze liegt; und b) eine Zusammenfassung der gesamten Ersparnisse der besitzlosen Klassen in Sparkassen und Unterstützungsvereinen, wobei die Kapitalssumme, die bereits in den Vermögenssteuern erfaßt war, in Abzug gebracht werden muß.

Die Schätzung unter a) mag auf Grund von Angaben der Haussteuer und anderer Informationen auf 75 Millionen Pfund geschätzt werden, die zweite unter b) auf 385 Millionen Pfund, insgesamt also 470 Millionen Pfund. Diese Summe verteilt sich auf etwa 13 684 000 Personen, eine Zahl, die wir erhalten, wenn wir von der vom Census angegebenen Zahl von 16 208 400 einkommenbesitzenden Personen die bereits angegebene Zahl von Personen, die über 100 Pfund Kapital besitzen, abziehen¹⁾.

Die Verteilung des Gesamtkapitals laut diesen Schätzungen ist in der am Schluß dieser Arbeit auf S. 125 stehenden Zeichnung graphisch dargestellt.

Ich gebe auch die kumulativen Prozentzahlen von Zahl und Höhe der Kapitalien, von den kleinsten aufwärts an. Sie sind nebeneinander dargestellt in einem Diagramm, das auch die Verteilung der Einkommen nach derselben Methode angibt. Den Prozentsatz der Personen liest man auf der horizontalen Linie von rechts nach links ab, den Prozentsatz des Gesamtkapitals, das auf jeden Prozentsatz der Personen fällt, auf der vertikalen Linie von oben nach unten. Wir haben eine sehr große horizontale Skala benutzt, zehnmal so groß wie die vertikale, um auch die sehr kleinen Prozentzahlen der reichen Personen darstellen zu können. Eine gleichmäßige Verteilung des Kapitals (oder Einkommens) zwischen den Personen würde der Kurve die Form einer geraden Linie verleihen, folglich ergibt der Grad der Abweichung von einer Geraden, welche die Endpunkte der beiden Skalen miteinander verbindet, das Maß und die graphische Darstellung der Ungleichmäßigkeit der Verteilung.

¹⁾ Betreffs Einzelheiten dieser Schätzungen siehe einen Artikel des Verfassers in „The Transactions of the Manchester Statistical Society“, Session 1924—1925.

Verteilung des Kapitals.
England und Wales, 1912/1913.

Größenordnung	Zahl der Besitzer in Tausend	Betrag in Millionen Pfd.	Kumulative Prozentzahlen	
			Zahl	Betrag
Unter 100 Pfd.	13684	470	84,4	6,8
Pfd. 100—500	1428	394	93,2	12,4
„ 500—1000	465	300	96,1	16,6
„ 1000—5000	449	1086	98,9	32,2
„ 5000—25 000	144	1628	99,8	55,7
Über 25 000 Pfd.	37,7	3085	100,0	100,0
Zusammen	16208	7000		

Anmerkung: Neben dem in obiger Schätzung enthaltenen Kapital existiert noch ein sehr beträchtliches, aber nicht feststellbares Privatkapital, das sich nicht in Händen von Einzelpersonen befindet, beispielsweise die unverteilten Reserven der Lebensversicherungsgesellschaften, durch zu niedrige Bewertung von Effekten entstandene verborgene Aktiva von Aktiengesellschaften, usw. Diese werden vornehmlich im Besitz der reicherer Klassen sein, andererseits haben die Armen wiederum mehr Möglichkeiten zu Unterbewertung und Steuerhinterziehung.

Das Nachkriegsjahr 1920—1921 weist in den entsprechenden Zahlen eine etwas gleichmäßiger Verteilung auf, auf die wir noch zurückkommen.

1920/1921.

Größenordnung	Zahl der Besitzer in Tausend	Betrag in Millionen Pfd.	Kumulative Prozentzahlen	
			Zahl	Betrag
Unter 100 Pfd.	13360	912	75,4	7,6
Pfd. 100—500	2178	548	87,7	12,1
„ 500—1000	1052	764	93,7	18,4
„ 1000—5000	819	2116	98,3	36,0
„ 5000—25 000	245	3164	99,7	62,3
Über 25 000 Pfd.	49	4534	100	100,0
Zusammen	17703	12038		

Unsere Schätzung der Einkommensverteilung führt die Klassifizierung auf der Einkommensskala nicht so weit durch wie unsere Schätzung der Kapitalsverteilung die Klassifizierung der Kapitalsskala. Wir können aber eine ungefähre Beziehung zwischen den beiden Verteilungsarten ableiten. Wenn wir die Vor-

kriegszahlen nehmen, so finden wir, daß 94,5 % Personen 55 % des National-einkommens beziehen, hingegen besitzen 96,1 % Personen nur 16,6 % des Nationalvermögens; 98,9 % der Einwohner erhalten 71 % des Einkommens, während die gleiche Prozentzahl von Personen nur 32 % des Kapitals besitzt. Der Vergleich läßt sich noch etwas weiter führen. Unter Berücksichtigung der verschiedenen großen Gebietsausdehnung, auf die sich die Einkommenszahlen für das Vereinigte Königreich und die Vermögenszahlen für England und Wales beziehen, entsprechen die Einkommen über der steuerfreien Grenze von 160 Pfund ziemlich genau der geschätzten Zahl von Vermögen über 500 Pfund; Einkommen von 160 bis 700 Pfund sind etwa ebenso zahlreich wie Vermögen zwischen 500 und 5000 Pfund; und die Klasse der kleinen Vermögen von 100 bis 500 Pfund entspricht etwa den Einkommen der selbständig Erwerbstätigen (kleine Geschäftsleute, Farmer usw.), deren Einkommen zwar unterhalb der steuerfreien Grenze liegt, die aber etwas Vermögen besitzen. Der Vergleich zwischen den höheren Einkommens- mit den höheren Vermögensstufen deutet darauf hin, daß der Anteil des „erarbeiteten“ Einkommens in Einkommen über der Super-tax-Grenze (5000 Pfund jährlich) kein zu vernachlässigender ist und unsere Schätzung der Einkommensverteilung bestätigt, die einen Betrag von 480 Millionen Pfund aus dem Nationaleinkommen auf die Einkommensstufen von 700 bis 5000 Pfund rechnet¹⁾.

Der wichtigste Schluß aber, der aus dem Vergleich zwischen der Verteilung des Einkommens und der Verteilung des Kapitals gezogen werden muß, ist, daß die letztere die erstere zum Teil erklärt. Das Einkommen ist zwischen den Individuen nicht nur deshalb verschieden verteilt, weil sie an Fähigkeiten, Fleiß und Charakter verschieden sind, sondern auch weil ihr Vermögen verschieden groß ist.

c) Neuverteilung durch den Staat.

Die dritte Komponente, die wir für die Beeinflussung der Reichtumsverteilung anführten, war das Eingreifen des Staates durch Besteuerung und ähnliche Maßnahmen, das die Verteilung, die durch private Vereinbarungen auf der Grundlage des Privateigentums zustande kam, modifizierte. Die große gegenwärtige Bedeutung dieses Einflusses geht aus den Forschungsergebnissen Dr. Bowleys über die Veränderungen in der Verteilung des Nationaleinkommens in den Jahren von 1880—1913 deutlich hervor. Sie lassen sich folgendermaßen kurz zusammenfassen:

¹⁾ Betreffs der Schwierigkeiten, die eine Zahl dieser Größenordnung bietet, siehe Bowley, „Quarterly Journal of Economics“, Februar 1914.

Durchschnittseinkommen aller Klassen	Durchschnittslöhne sh/d	Durchschnittseinkommen der „mittleren“ Klasse	Durchschnittseinkommen der einkommensteuerpflichtigen Klasse
1880: Pfd. 76	20/8 pro Woche	Pfd. 70	Pfd. 855
1913: „ 104	27/10 „ „	„ 84	„ 835
Zunahme 37%	34%	20%	0%

Die Verteilung der erwachsenen Bevölkerung auf diese drei Klassen hat sich aber wesentlich geändert. Das gesamte Nationaleinkommen in den genannten Jahren verteilte sich nach folgendem Verhältnis:

Löhne	„Mittlere“ Einkommen	Einkommensteuerpflichtige Einkommen
1880: 41½ %	11½ %	47 %
1913: 35½ %	17 %	47½ %

Hätte man die Trennungslinie zwischen den einkommensteuerpflichtigen Klassen und der „mittleren“ Klasse der kleinen Besoldeten und selbständig Erwerbstätigen im Jahre 1913 auf 225 Pfund statt auf 160 Pfund festgesetzt, so betrüge heute die Zahl der „Einkommensteuerpflichtigen“ den gleichen Prozentsatz der gesamten werktätigen Bevölkerung wie im Jahre 1880. Die prozentuale Verteilung des Nationaleinkommens und die Veränderungen des Durchschnittseinkommens würden sich dann so gestalten:

Löhne	Durchschnittslöhne sh/d	Mittleres Einkommen	Durchschnittseinkommen der Mittelklasse	Einkommen der steuerpflichtigen Klasse	Durchschnittseinkommen dieser Klasse
1880: 41½ %	20/8	11½ %	70 Pfd.	47 %	855 Pfd.
1913: 35½ %	27/10	20 %	93 „	44½ %	1120 „
Zunahme	34 %		35 %		30 %

Es zeigt sich also eine bemerkenswerte Konstanz in der Verteilung des Nationaleinkommens zwischen den verschiedenen Klassen.

Verfolgen wir die Lohnbewegung noch mehr ins einzelne, so finden wir, daß das Preisniveau von 1880 etwa das gleiche war wie 1913, daß die Reallöhne der Arbeit innerhalb dieser Zeit fast, wenn auch nicht ganz, im gleichen Ver-

hältnis gestiegen sind wie das Einkommen pro Kopf der Allgemeinheit. In den dazwischenliegenden Jahren war aber der Fortschritt nicht gleichmäßig. Die Bewegung der Geldlöhne und der Reallöhne haben die Herren G. M. H. Wood¹⁾ und Dr. Bowley geschätzt und in folgenden Indexzahlen angegeben:

	Reallöhne	Geldlöhne
1880	100	100
1885	110	101
1890	124	111
1895	130	110
1900	136	122
1905	130	119
1910	134	127
1913	134	134

Den größten Fortschritt machten also die Lohnempfänger in der Periode der fallenden Preise bis 1895. Da die Aufwärtsbewegung der Preise in diesem Jahr einsetzte, hat der Lohnempfänger relativ an Boden verloren. Überdies ist ein Teil der Zunahme der Geldlöhne nicht durch eine gleichmäßige Steigerung der Lohnraten in allen Gewerbszweigen bedingt, sondern durch die Abwanderung der Arbeiter aus schlechter bezahlten Beschäftigungen, wie Landwirtschaft, in besser bezahlte Berufe, wie Kohlenbergbau. Für den Lohnempfänger, der seinen Beruf nicht gewechselt hat, hinken die Löhne hinter den Preisen noch stärker nach, als es die obigen Indexzahlen anzeigen. Die Wiedererwachung der Streiks nach 1904 und die aktive Politik der sozialen Gesetzgebung nach 1906 haben beide mindestens einen Teil ihrer Triebkraft aus diesen Tatsachen hergeleitet.

Im Jahre 1880 war der Zuschuß des Staates zu dem Realeinkommen der ärmeren Klassen noch sehr gering. Seither ist er ständig gewachsen, und das laufende Jahrhundert verzeichnet den größten Gewinn, der bisher in dem Realeinkommen der Lohnempfänger registriert werden konnte. In der folgenden Tabelle sind die Ausgaben der zentralen und lokalen Verwaltung für Armenunterstützung, öffentliches Schulwesen, Altersrenten, Sozialversicherung, Wohnungswesen, Krankenhäuser und andere kleine Posten zusammengestellt:

¹⁾ „Statistical Journal“, März 1909.

	In Millionen Pfund					
	Vereinigtes Königreich					Großbritannien 1921
	1881	1891	1901	1911	1913	
Armenunterstützungen . . .	10	11	14	18	18	36
Öffentliches Schulwesen . . .	5	13	20	34	36	89
Alterspensionen	—	—	—	8	12½	21
Krankenversicherung	—	—	—	—	6	30
Arbeitslosenversicherung . .	—	—	—	—	1	11
Wohnungsbau	—	0,2	0,6	0,6	—	5
Verschiedenes	16	26	38	66	80	206

Anmerkung: Die Kriegspensionen beliefen sich 1921 außerdem noch auf 101 Millionen Pfund. Die angeführten Ausgaben geschahen vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, zugunsten der Lohnempfängerklasse; 1880 betragen sie weniger als 4% der Gesamtlöhne, 1911 über 8%, und 1913 über 10%. In diesem letztgenannten Jahr hatte die Sozialversicherung eben erst begonnen, seit dem Kriege hat sie weit größere Ausdehnung gewonnen. Die angegebenen Zahlen sind nur die effektiven Ausgaben; die Beiträge der Unternehmer und des Staates (zur Sozialversicherung) waren viel größer als diese Ausgaben, sie beliefen sich schon 1913 auf über 27 Millionen Pfund, von den Beiträgen der Lohnempfänger selbst ganz abgesehen. Es könnte demnach scheinen, als ob die Verlangsamung im Anstieg der Reallöhne im gegenwärtigen Jahrhundert bis zu einem gewissen Grade durch die soziale Fürsorge des Staates für die Lohnempfängerklasse wettgemacht würde und das gesamte Realeinkommen dieser Klasse zu steigen fortfahre.

Die vermehrte öffentliche Fürsorge für die Armen erfolgte nicht auf Kosten dieser Klasse selbst durch erhöhte Besteuerung. Im Gegenteil, die verschiedene Verteilung der Lasten für öffentliche Dienste auf die verschiedenen Gesellschaftsklassen liefert uns einen weiteren Beweis für die Tendenz zur Neuverteilung des Reichtums durch die Staatsgewalt. Das wird am deutlichsten gemacht, wenn man den Anteil der Einkommens- und Vermögenssteuern, der großen direkten Steuern, die den Lohnempfänger vor dem Kriege kaum berührten, an den öffentlichen Einnahmen betrachtet. Im Jahre 1880 betragen die gesamten Ausgaben der Zentralregierung 74 Millionen Pfund, zu denen die Einkommen- und Erbschaftsteuern 18½ Millionen Pfund oder 25% beitragen.

1890 beliefen sich die Gesamtausgaben auf 75 Millionen Pfund, wovon die Einkommen- und Erbschaftssteuern 23 Millionen oder 30% betragen. 1895 betragen die gesamten Ausgaben 105 Millionen Pfund, die Einkommen- und Erbschaftssteuern 30 Millionen oder etwas weniger als 30%. 1911 stiegen die

Ausgaben auf 179 Millionen Pfund, zu denen Einkommen-, Supertax- und Erbschaftsteuern 70 Millionen oder nahezu 40% beitrugen; im letzten Vorkriegsjahr war das Verhältnis etwas geringer, nämlich 75 Millionen auf 197½ Millionen Pfund, aber in der Nachkriegszeit stieg es wieder an. Im Jahre 1921 betragen die Gesamtausgaben 1160 Millionen Pfund, die Einkommen-, Supertax-, Vermögenssteuern, Steuern auf übermäßige Gewinne, Körperschaftssteuern und zwei bis drei kleinere direkte Steuern, die ebenfalls die gleiche Klasse von Steuerzahlern trafen, über 500 Millionen Pfund. Dieses Jahr rechnet noch zur Periode der Kriegsfinanzen; das Budget von 1924—1925, das sich jetzt dem, was wir als normale Zeiten betrachten müssen, nähert, sieht für Ausgaben 794 Millionen Pfund vor, von denen 411 Millionen, d. h. über 50%, durch Einkommen-, Vermögenssteuern usw. aufgebracht werden sollen.

In unserem Jahrhundert hat also der Eingriff des Staates die Verteilung des Nationaleinkommens wesentlich verschoben. Dies geschah direkt, indem der Staat beispielsweise von den Reichen Supertaxsteuern erhob und den Armen Altersrenten zahlte, und indirekt, indem er einen ständig wachsenden Anteil an den Kosten der allgemeinen Lasten den Reichen, zur Entlastung der Armen, auferlegte. Auch noch auf andere Weise hat der Staat die Verteilung des Reichtums abgeändert, — obgleich dies nicht der Platz ist, um die theoretischen Wirkungen der staatlichen Lohnregelung zu untersuchen. Durch das Trade Board-Gesetz hat der Staat für Gewerbszweige mit besonders niedrigen Löhnen Minimallöhne festgesetzt. Das für das Trade Board eingesetzte C a v e sche Untersuchungskomitee, das im großen ganzen kein freundlicher Beurteiler ist, stellte in seinem Bericht fest, daß „die Trade Boards im allgemeinen die größeren Formen der Unterbezahlung aufgehoben und die Lohnbedingungen in den vom Gesetze betroffenen Gewerbszweigen geregelt haben“¹⁾.

Dieses Zeugnis wird noch gestützt durch einen Vergleich der typischen Löhne in den Trade Board-Gewerben vor und nach der Einbringung des Gesetzes, mit der allgemeinen Lohnbewegung. (Siehe Tabelle auf S. 117.)

Die Zunahme beträgt 153%, aber dies setzt die Besserung zu gering an, da die Zahlen für 1906 Durchschnittsverdienste angeben, während die Zahlen für 1922 Minimallöhne darstellen; ferner enthalten die Zahlen für 1906 auch Stückarbeiterlöhne, die 1922 höher waren als die angegebenen Zeitlöhne, außerdem gelten die Zahlen von 1906 für eine längere Arbeitswoche. Die allgemeine Lohnrate wuchs in den Jahren von 1906 bis 1922 nur um 120%.

¹⁾ Cond. 1645, S. 23.

Weibliche Arbeiter über 18 Jahre¹⁾.

	Durchschnittsverdienst für die ganze Woche Lohnzählung 1906 sh/d	Vergleichszahlen der Trade-Board-Rate 1922 sh/d
Sodawasser	9/7	29/-
Bürsten und Besen	9/11 bis 11/8	30/-
Korsetts	12/2	30/-
Lumpensortieren	10/1	26/6 bis 28/6
Papiersortieren	11/2	
Papiertüten	11/8	30/6
Kartonnagen	11/—	
Konfektion	12/11	30/—
Maßschneiderei	14/2	30/—
Hemdennähen	13/4	30/—
Kakao, Schokolade usw.	11/9	28/—
Konserven, Marmeladen usw.	10/11	
Tabak	12/—	38/6
Hanf	10/II	26/— bis 30/—
Jute	13/5	26/—
Damenschneiderei usw.	13/10	28/— bis 29/—
Nicht spezifizierter Durchschnitt	11/10	30/—

III.

Wir fassen jetzt einige der Schlußfolgerungen und der Postulate zusammen, die sich aus unserer Übersicht über die gegenwärtige Verteilung des Einkommens und des Kapitals ergeben. Wir versuchen nicht, eine vollständige theoretische Erklärung zu geben, da dies eine Neudarstellung der ganzen Verteilungstheorie bedingen würde; wir wollen nur die Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung, die als richtig angenommen wird, durch den Hinweis auf gewisse Faktoren rechtlicher oder sozialpolitischer Art ergänzen, die bei jeder vollständigen Erklärung der bestehenden Verteilung des Reichtums berücksichtigt werden müssen.

Das augenfälligste Charakteristikum der Einkommensverteilung in England ist ihre Ungleichmäßigkeit. Sie wird nur zum Teil durch die Grenzproduktivitätstheorie erklärt, die sich nur mit der Verteilung des Einkommens zwischen den

¹⁾ Tabelle entnommen von T. T. Malton, Manchester Guardian, Wiederaufbauheft vom 26. Oktober 1922.

verschiedenen Produktionsfaktoren und den verschiedenen Arbeiterkategorien befaßt; daneben muß noch die Verteilung dieser Faktoren, in erster Reihe des Kapitals, unter die Individuen berücksichtigt werden, sowie die Umstände, die erklären, warum gewisse Gewerbe und Berufe im Verhältnis zu ihrer Nachfrage überfüllt, andere spärlich besetzt sind. Unsere Zahlen zeigen, daß die Verteilung des Kapitals noch viel ungleichmäßiger ist als die Verteilung des Einkommens; solange also das Kapital zwischen den Einzelpersonen nicht derart verteilt ist, daß es die Ungleichheiten der Verdienstmöglichkeiten kompensiert, wird es immer weiter dazu beitragen, die Ungleichmäßigkeit noch zu vermehren. Innerhalb der Reihen der reichen und wohlhabenden Klassen mit einem Einkommen von über 700 Pfund jährlich und einem (Vorkriegs) Vermögen über 5000 Pfund besteht wahrscheinlich ein derartiger Ausgleich zwischen den beiden Verteilungen; das Kapital hat vermutlich nicht den gleichen Anteil wie das erarbeitete Einkommen, und so besteht diese Klasse zu einem Teil aus Personen mit großem Arbeits- und kleinem Vermögenseinkommen, zum anderen Teil aus solchen mit großem Vermögenseinkommen und keinem oder nur geringem Arbeitseinkommen. In der Nation als Ganzes besteht aber keine derartige ausgleichende Tendenz; die große Klasse der Lohnempfänger ist, ganz allgemein gesprochen, ohne Vermögen, und die große Masse des Nationalvermögens ist im Besitz der verhältnismäßig kleinen einkommensteuerzahlenden Klasse. Die Verteilung des Nationaleinkommens auf Besitz (oder Kapital) und Arbeit ist eine Ursache der Ungleichheit, nur weil der Kapitalbesitz in so wenigen Händen konzentriert ist. Ein Drittel bis zwei Fünftel des Nationaleinkommens fällt auf die Kapitalbesitzer, und mehr als zwei Drittel dieser Quote gehen an etwas über ein Prozent der Personen mit Einkommen.

Jede Erklärung für die Einkommensverteilung in England muß also, um vollständig zu sein, die Konzentration des Kapitals in wenigen Händen in Rücksicht ziehen. Eine vollständige Erklärung würde eine erschöpfende historische Erforschung der Entwicklung der englischen Gesellschaft erfordern; aber auch ohne dies zu unternehmen, lassen sich bestimmte unmittelbare Ursachen der Konzentration aufzeigen, sowie gewisse ihr zugrunde liegende und sie begünstigende Bedingungen.

Die erste direkte Ursache ist natürlich die Wechselwirkung zwischen Einkommen und Sparen. Ungleiche Einkommen, gleichgültig was seine Ursache sein mag, gibt ungleiche Sparmöglichkeiten und führt daher zu einer ungleichmäßigen Akkumulation von Kapital, das dann seinerseits wiederum durch Vermehrung der Einkommensverschiedenheiten zu weiterer Ungleichheit im Sparen und in der Kapitalsakkumulation führt.

Die zweite unmittelbare Ursache ist das gesetzliche Recht der Legate und Erbschaften. Ungleiche Kapitalsanhäufungen einer Generation werden mit kumulativer Wirkung durch ungleiche Hinterlassenschaften an die Individuen der folgenden Generation perpetuiert. Das englische Erbschaftsgesetz war bis vor zwei Jahren in zweierlei Hinsicht sehr eigenartig. Ohne Testament hinterlassene Vermögen an Land- oder anderem „Real“besitz gingen ungeteilt auf den ältesten männlichen Erben über; und die Freiheit der testamentarischen Verfügungen war fast unbeschränkt. Die erste Besonderheit hatte weiter keine ökonomische Bedeutung, da es selten vorkam, daß keine testamentarischen Verfügungen getroffen wurden; aber die Primogenitur war früher, wenn auch nicht als Recht, von großer Bedeutung. Im achtzehnten und zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, als Land die wichtigste Form des Besitzes war, war die Sitte, das Vermögen durch strenge Familienstiftungen festzulegen und es auf die älteste männliche Linie zu vererben, für die Konzentration der Vermögen von großem Einfluß. Aber im letzten halben Jahrhundert, seit dem Niedergang der landwirtschaftlichen Werte, hat dieser Einfluß seine Bedeutung verloren. Wichtiger ist die Tatsache, daß in England wie anderwärts die reicherer Klassen kleinere Familien haben als die ärmeren Klassen, so daß die elterliche Liebe, die das Kapital gleichmäßig unter die Kinder verteilen möchte, in ihren Auswirkungen begrenzt ist.

Man ist jedoch leicht geneigt, den Einfluß der Vererbung zu überschätzen. Die individuellen Akkumulationen bei Lebzeiten sind vermutlich ebenso wichtig, wenn nicht noch wichtiger. Das beweist die Vergrößerung der Vermögen bei zunehmendem Alter, wie wir aus den Beispielen der Erbschaftssteuerangaben gesehen haben. Die folgende Tabelle gibt die durchschnittliche Größe der Vermögen für jede Altersgruppe an, nach den Vermögenssteuerangaben in den vier Jahren von 1911 bis 1914:

England und Wales.

Durchschnittliche Grösse der hinterlassenen Vermögen 1911—1914.

Alter	15—24	25—34	35—44	45—54	55—64	65—74	75—84	85—
Durchschnittsvermögen Pfd.	1870	1550	1620	2340	3580	4270	5600	7280

Die Bedingungen, die der ungleichmäßigen Verteilung zugrunde liegen und sie begünstigen, erkennen wir durch eine Untersuchung der Formen, die das Kapital in unserem Lande annimmt, und durch einen Vergleich der Verteilung bei uns mit der Verteilung in anderen Ländern. Für den ersten Zweck können wir uns auf die Beispiele aus der Erbschaftsstatistik stützen. Die Zusammen-

setzung der Vermögen variiert je nach der Vermögensstufe. Auf der untersten Stufe, bei Vermögen, die einen Bruttowert von 300 Pfund nicht übersteigen, ist die wichtigste Komponente Bargeld, unmittelbar gefolgt von Hausbesitz und Geschäftslokalen. In den nächsten beiden Stufen der kleinen Vermögen von 100 bis 500 Pfund netto und 300 bis 500 Pfund brutto sind Häuser und Geschäftslokale der wichtigste Bestandteil, ebenso in allen Vermögen über 5000 Pfund in den drei letzten Vorkriegsjahren. In allen Vermögen oberhalb dieser Grenze bilden Aktien und Effekten den bedeutendsten Bestandteil. Hypotheken rangieren in der gleichen Vermögensstufe ungefähr gleich mit Aktien und Effekten, ausgenommen in den höchsten Stufen über 750 000 Pfund; Versicherungspolicen in allen Vermögensstufen von 100 Pfund netto bis 70 000 Pfund. Häuser und Geschäftslokale sind in allen Vermögensstufen unter einer Million von Bedeutung; auch landwirtschaftlicher Besitz scheint nicht in irgendeiner besonderen Stufe vorzuherrschen.

Diese Analyse der Zusammensetzung der Vermögen läßt den Schluß zu, daß die Konzentration des Kapitalbesitzes mit der Trennung zwischen Besitz und Nutzung des Kapitals zusammenhängt. Vor der Entwicklung der Staatsschuld und der Aktiengesellschaften war dem Umfang der Vermögen durch die immanenten Schwierigkeiten eine Grenze gesetzt, welche die Verwaltung großer Vermögen mit sich brachte; diese Hemmung wurde durch die Vermehrung der Anlagesicherheiten hinfällig. Eine weitere Folge dieser Entwicklung war die Verminderung der Gefahr, daß ein großes, von einem tüchtigen Vater aufgehäuftes Kapital durch die Unfähigkeit seines Erben, dasselbe zu verwalten, vergeudet werden könnte¹⁾.

Die beiden folgenden Tabellen geben Vergleichszahlen mit anderen Ländern. Sie geben eine Schätzung der Kapitalsverteilung im Jahre 1908 in Preußen durch King²⁾ und eine solche für Australien 1915 von Knibbs³⁾; die dritte Tabelle vergleicht die Verteilung des Kapitals bei Erblassern, wie sie uns durch Erbschaftsangaben von Vermögen unter 100 Pfund Wert in England bekannt sind, mit analogen Erbschaftsangaben in Irland. Da wir für unseren Zweck nur die Verteilung und nicht die absoluten Beträge vergleichen wollen, wird durchweg die Methode der kumulativen Prozentzahlen verwandt.

¹⁾ G. P. Watkins, „Growth of Great Fortunes in America“, Publications of American Economic Association.

²⁾ W. J. King, „Wealth and Income of the United States“.

³⁾ G. H. Knibbs, „Wealth and Income of Australia“.

Verteilung des Kapitals in Preußen 1908.

Stufe Mark	Zahl	Kapital in Milliarden Mk.	Kumulative Prozentzahlen	
			Personen	Kapital
Unter 6000	10 994 000	I5	85 880	13,76
6000—20 000	871 000	9	92 684	22,02
20 000—52 000	627 000	I8	97 581	38,53
52 000—100 000	169 000	I2	98 901	49,54
100 000—200 000	77 900	II	99 509	59,63
200 000—500 000	42 200	I3	99 839	71,56
500 000—1 000 000	12 749	9	99 939	79,82
1 000 000—5 000 000	7 213	I4	99 995	92,66
Über 5 000 000	662	8	100 000	100 000

Verteilung des Kapitals in Australien 1915.

Stufe Pfd.	Zahl	Kapital in Millionen Pfd.	Kumulative Prozentzahlen	
			Personen	Kapital
Nichts und verschuldet . .	360 000	Nichts	16,4	0,0
Unter 100	925 000	28	58,7	2,3
100—250	315 000	50	73,0	6,1
250—500	212 000	75	82,6	12,3
500—750	102 000	62	87,28	17,4
750—1000	60 000	51	90,03	21,6
1000—2500	129 000	201	95,98	38,2
2500—5000	50 000	175	98,28	52,6
5000—10 000	23 000	161	99,33	65,8
10 000—25 000	II 200	166	99,7621	79,55
25 000—50 000	2 600	88	99,8355	86,8
50 000—100 000	975	68	99,9865	92,4
Über 100 000	466	92	100 0000	100,0
Zusammen	2 192 000	1216		

Verteilung der hinterlassenen Vermögen in England, Wales und Irland in den drei Jahren 1911—1913.

(Kumulative Prozentzahlen.)

Stufe	England und Wales		Irland	
	Personen	Kapital	Personen	Kapital
Unter 100 Pfd.	82,81	3	86	7,2
„ 300 brutto	87	4,4	91,8	11,2
„ 500 „	90	5,7	93,81	14,2
„ 500 netto	91	6,6	94,92	16,0
„ 1000	94	9,8	96,58	21,0
„ 5000	98	23,25	98,30	39,4
„ 25 000	99,57	48,00	99,86	68,4
„ 100 000	99,97	78,6	99,966	89,8
Zusammen	100,00	100,00	100,00	100,00

Es ist offensichtlich, daß die Konzentration des Kapitals in England größer ist als in den anderen Ländern. Besteht irgendein Unterschied zwischen England und diesen anderen Ländern, der uns diese Tatsache erklären könnte? Ein Unterschied, der sich sofort aufdrängt, ist die Differenz in der Stellung der Landwirtschaft und dem System der Landverpachtung. Die folgende Tabelle soll zeigen, daß die Landwirtschaft in England einen viel kleineren Teil der volkswirtschaftlichen Aktivität ausmacht als anderwärts und daß die Art, wie Landwirtschaft betrieben wird, hier keine so weite Ausbreitung des Eigentums gestattet wie in den anderen Ländern. (Siehe Tabelle S. 123.)

Nun ist die Landwirtschaft nur das wichtigste Beispiel von vielen Formen der Unternehmung, bei denen die Trennung zwischen Kapitalbesitz oder -kontrolle und Kapitalnutzung ungangbar ist. Der Vergleich mit anderen Ländern rechtfertigt also den Schluß, den wir aus unserer Analyse der Zusammensetzung der Vermögen gezogen haben. In England gibt es weniger Kleinbetriebe und eine größere Trennung zwischen Kapitalbesitz und Kapitalnutzung als in den kontinentalen Ländern, ja sogar als in Irland. In dieser, wie in vielen anderen Hinsichten, zeigen die ökonomischen Verhältnisse Irlands mehr kontinentalen als englischen Charakter.

Noch ein weiterer Punkt. Die ungleiche Verteilung des Kapitals ist gleichzeitig Ergebnis und direkte Ursache der ungleichen Einkommensverteilung; sie

Landwirtschaft und Besitz.

	Zahl der landwirt- schaftlichen Betriebe	Zahl der selbst- tätigen Besitzer	Gesamtzahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen	Gesamtzahl der Bevölkerung
England und Wales 1913	436 000	49 000	1 260 000	37 338 000
England und Wales 1921	415 000	70 000	1 254 000	37 885 000
Schottland 1913 . . .	77 000 ¹⁾	56 000	227 000	4 760 000
Irland 1913	566 000	349 000	876 000	4 390 000
Frankreich 1908 . . .	5 505 000	2 200 00 ²⁾	8 777 000	39 250 000
Deutschland 1907 . . .	5 736 000	5 250 000	15 000 000	67 000 000
Vereinigte Staaten von Amerika 1920 . . .	6 445 000	10 953 000	107 438 000

trägt aber auch indirekt zu ihr bei. Die Grenzproduktivitätstheorie setzt das Niveau der Entlohnung in einem Beruf zu der Zahl der in diesem Beruf tätigen Personen in Beziehung, aber sie erklärt uns nicht, warum die Zahl der letzteren in manchen Fällen groß, in anderen gering ist. Eine wesentliche Ursache sind wohl die Ausbildungskosten und die Zeit, die man abwarten muß, bis eine normale Verdienstmöglichkeit erreicht ist. Ein Jurist muß beispielsweise eine kostspielige Ausbildungszeit durchmachen und muß dann bis zu seinem fünfundzwanzigsten Jahr oder noch länger warten können, ehe er so viel verdient, daß er sich erhalten kann. Beide Umstände erfordern Kapital, so daß Vermögensbesitz der notwendige Schlüssel ist, der den Zugang in diese höher bezahlten Berufe öffnet, und die ungleiche Kapitalsverteilung die Ursache, daß die Zahl der in diesen Berufen tätigen Personen beschränkt ist. Die gelernten Berufe und die Verwaltungsposten in Industrie und Finanz sind meist den Kindern der wohlhabenden Klassen vorbehalten, und diese Zugangsbeschränkung wirkt dahin, ihre Grenzproduktivität hochzuhalten. Die staatliche Fürsorge für öffentliche Erziehung andererseits richtet sich darauf, diese Berufe auch für die Kinder der Armen zugänglich zu machen, und damit das Niveau der Entlohnung in diesen Berufen herunter zu drücken.

Fassen wir nun die Ergebnisse unserer Erörterungen zusammen. Die Verteilung des Einkommens in England ist sehr ungleich, vielleicht ungleichmäßiger als in anderen Ländern. Diese Ungleichmäßigkeit ist zum großen Teil bedingt

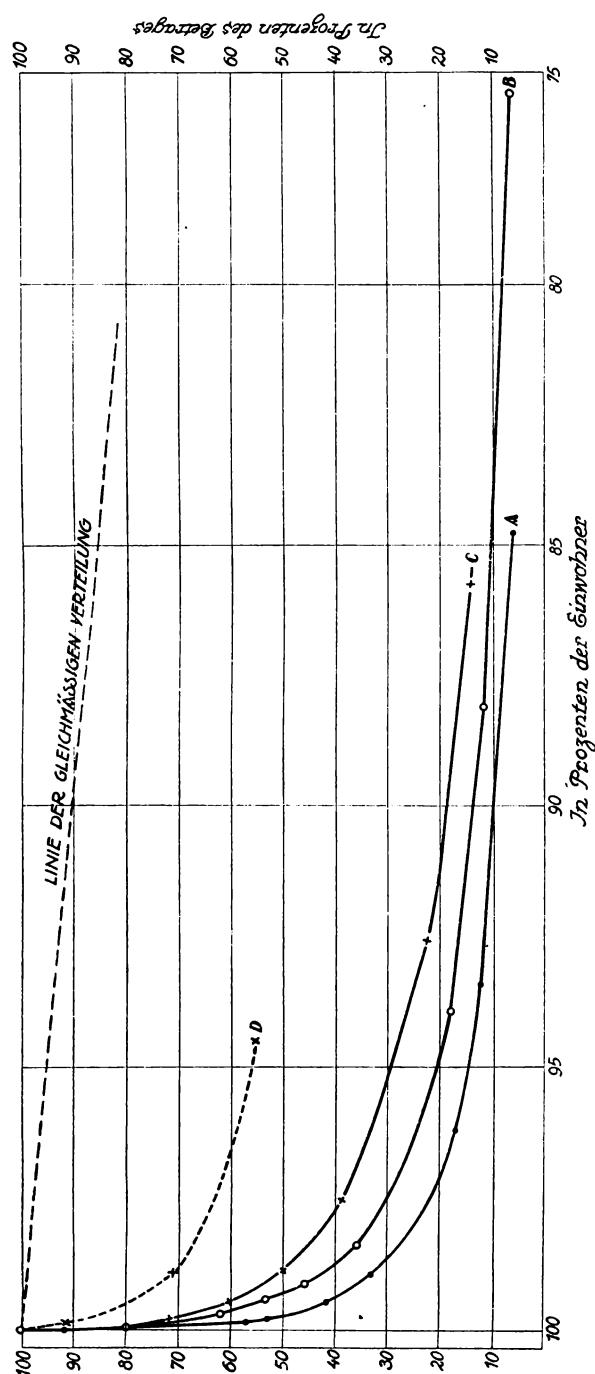
¹⁾ 102 unter 1 Morgen.

²⁾ 3058 teilweise Eigentümer.

durch die Konzentration des Kapitals, die hier größer ist als in anderen Ländern. Vom Gesichtspunkte der Verteilung aus gesehen, ist die Konzentration des Kapitals und die Vermögenslosigkeit der großen Masse das auffallendste Charakteristikum Englands. Das ist durchaus vereinbar mit dem verhältnismäßig hohen Standard des Realeinkommens der Lohnempfänger, verglichen mit dem der kontinentalen Arbeitnehmer, und steht wie dieser hohe Stand des Realeinkommens in Zusammenhang mit der frühen und ausgedehnten Industrialisierung Englands. Sich selbst überlassen würde die Ungleichheit der Einkommen dahin wirken, sich zu verewigen und die Ungleichheiten der Kapitalsverteilung noch zu vergrößern. Große Einkommen erleichtern das Sparen; die Gelegenheiten zu vorteilhaften Geldanlagen sind um so größer, je größer das zu investierende Kapital ist; und Kapitalbesitz gewährt einen Vorteil bei der Wahl des Berufs, der höhere Einkommen ermöglicht. Legate und Erbschaften perpetuiieren diese Ungleichheit. Aber man hat diese Ungleichmäßigkeit in der letzten Generation nicht sich selbst überlassen. Der Staat hat hier, wenn auch ohne vorsätzliches und bewußtes Streben nach Gleichheit, eingegriffen. Durch das Minimallohn-Gesetz und durch Unterstützung der Gewerkschaften hat er die niedrigsten Verdienstraten in die Höhe getrieben, durch unentgeltliche Erziehung und Erziehungsbeihilfen hat er die Berufsmöglichkeiten erweitert und die einträglicheren Berufe auch Kindern der ärmeren Klassen zugänglich gemacht. Vor allem aber hat er durch stark abgestufte progressive Besteuerung von Kapital und Einkommen kommunale Dienstleistungen geschaffen, die in ihrer Gesamtheit einen wesentlichen Bestandteil des Realeinkommens der Armen ausmachen und gleichzeitig die Tendenz der Reichen, noch reicher zu werden, hemmen. Die Schätzung der Verteilung des Kapitals nach dem Kriege, wenn man sie auch nicht zu weit treiben sollte, scheint darauf hinzuweisen, daß die Vermehrung der Ausgaben des Staates durch den Krieg diese ausgleichende Tendenz eher gestärkt als geschwächt hat.

Reichtumsverteilung:

- A. Kapital in England und Wales 1912
- B. Kapital in England und Wales 1920
- C. Kapital in Preußen 1908
- D. Einkommen in England 1911



Sozialökonomische Forschung im heutigen Italien.

Von

Prof. Augusto Graziani (Neapel).

Inhalt.

Der allgemeine Charakter der italienischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur in den letzten fünfundzwanzig Jahren. — Die einzelnen Autoren und ihre Arbeiten auf wirtschaftstheoretischem, finanzwissenschaftlichem und statistischem Gebiet. — Die Widerspiegelung der wichtigeren Ergebnisse der internationalen Forschung in der italienischen Literatur, die kritische Stellung und die originelle Leistung derselben.

Die sozialökonomische Forschung trägt in Italien im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts den Charakter kritischer Forschung. Sie ist in letzter Zeit hauptsächlich dem Verdienst von Angelo Messe daglia, Luigi Cossa und Emilio Nazzani zu verdanken, die auf verschiedenen Wegen, auf verschiedenen Gebieten die Forschung gefördert und geleitet haben, um ihr den Stempel streng wissenschaftlichen Verfahrens zu geben. Jene verstorbenen Meister haben großen Eifer für die Arbeit geweckt, und ihr wohltuender Einfluß ist jetzt noch fühlbar und lebt weiter in ihren direkten und indirekten Schülern, die die Strömungen des modernen Denkens zum Ausdruck bringen. Verschiedene Methoden sind übernommen und angepaßt worden, mit relativer Prävalenz dieser oder jener Methode, je nach den Neigungen der betreffenden Persönlichkeiten, jedoch ohne sich auf solche aus einer bestimmten Schule oder Nation zu beschränken: Die Deduktionen der Klassiker werden bereichert und bekräftigt durch die Ergebnisse der historischen Forschung, die bei der Untersuchung der Entwicklung von Tatsachen und Theorien eine besondere Rolle spielt. Die Doktrinen der österreichischen Richtung werden mit den klassischen und historischen Lehren verbunden. Die mathematische Methode wird von vielen wohl als tauglich betrachtet, eine Darstellung der Phänomene und Gesetze zu geben, aber nicht ausreichend für die praktische Verwendung. Selbst die überzeugten Verfechter der schöpferischen Kraft dieser Methode erkennen an, daß die formalen abstrakten Beziehungen integriert werden müssen mit anderen Methoden, die speziellere, den ökonomischen und sozialen Beziehungen nähere Relationen zum Ausdruck bringen.

Man kann sich jetzt nicht mehr darüber beklagen, daß ein wissenschaftliches Werk systematischer Art in Italien fehlt, — wie Loria in einer Schrift bedauernd feststellt, — denn diese Lücke ist jetzt in vortrefflicher Weise ausgefüllt. In erster Linie muß der Grundriß (Corso) von Achille Loria selbst genannt werden (1. Auflage 1910, 2. Auflage 1919), der ganz vortrefflich ist, insbesondere wegen der lebendigen Darstellung der sozialen Seite der ökonomischen Phänomene und wegen der sachkundigen Anordnung der Theorien und Tatsachen, die er vor allem in ihrer Entwicklung verfolgt. Neben den Ausführungen, die in Lehrbüchern der Nationalökonomie enthalten zu sein pflegen, widmet er der Brentano-Festgabe 1924. II.

Morphologie der Unternehmung und der Wirtschaftsordnung weiten Raum und untersucht die Beziehungen der sozialen Klassen, ferner den Spielraum und die Wirksamkeit der Staatstätigkeit. Die umfassenden soziologischen Probleme hat Loria in zahlreichen Monographien behandelt. Seine Arbeit über die ökonomischen Grundlagen des Gesellschaftslebens, besonders in der 4. Auflage (1913), ist eine Analyse des Einflusses, den besonders die Eigentums- und die Einkommensverteilung auf die ethischen und juristischen Systeme und auf die ganze Politik des Staates ausüben. Alte und neue Erscheinungen werden in ihrem ursächlichen Zusammenhang eingehend geprüft, und wenn der Verfasser zuweilen auch die Bedeutung des ökonomischen Faktors überschätzt, so sind doch die Schärfe der Argumentation und die Fähigkeit, die anscheinend voneinander unabhängigen Erscheinungen auf ein gemeinsames Prinzip zurückzuführen, zu bewundern. Die Vorstellung von der Veränderlichkeit der ökonomischen Erscheinungen in Zeit und Raum wird von Loria stets in Einklang gebracht mit konstanten Prinzipien; spezielle Gesetze werden zu allgemeineren zusammengefaßt. Während in seinen noch im vorigen Jahrhundert erschienenen Werken „Die Analyse des kapitalistischen Eigentums“ (Analisi della Proprietà Capitalistica), und „Die Wirtschaftsverfassung der Gegenwart“ (Costituzione economica odierna) die speziellen Gesetze der Entstehung des kapitalistischen Systems, ferner die einzelnen Einkommensarten, insbesondere der Lohn behandelt werden, beschäftigt sich seine Arbeit, die den Titel „La Sintesi Economica“ trägt (deutsch unter dem Titel: „Theorie der reinen Wirtschaft“ erschienen), mit dem Gesetz des Einkommens als eines einheitlichen Ganzen. Nachdem er in seinen vorhergehenden Büchern die Formen der früheren und gegenwärtigen ökonomischen Ordnungen geprüft hat, untersucht er in dem zuletzt angeführten Werk die gemeinsamen Züge und die Regelmäßigkeit, das souveräne Gesetz, das alle ökonomischen Formen ordnet und beherrscht. Die kollektive Arbeit ist — nach Loria — die Quelle des Einkommens, während durch die isolierte Arbeit nur für den Unterhalt gesorgt wird; weiter analysiert er eingehend, was vom erzeugten Produkt abgezogen werden muß, um das Einkommen zu erhalten, das er in allen seinen Arten und auf allen Stufen und in seiner Verteilung einer Prüfung unterzieht. Sehr interessant sind seine Betrachtungen über den Kampf der Einkommen untereinander, über die Beziehungen zwischen der Verteilung der Einkommen und der Verteilung der Fähigkeiten. Diese Betrachtungen bestätigen die Auffassung, daß die Erscheinung der Auslese weniger überragender Reichen und das ständige Wachsen der Zahl der kleinen Besitzer unabhängig von den geistigen Qualitäten der Menschen, — nur auf Grund der rein mechanischen Aktion des Kampfes der Dinge untereinander zu

begreifen sind. Auch die Untersuchung des vielfach umgekehrten Verhältnisses zwischen Produkt und Einkommen — Wachstum des Einkommens auch bei Verringerung des Produktes — ist sehr beachtenswert. Die die Steuern betreffenden Tatsachen analysiert Loria an Hand der Wirkungen der verschiedenen Abgaben. Im letzten bis jetzt veröffentlichten Werk der „Dezennalien“ legt Loria die wissenschaftlichen Grundlagen der Wirtschaftspolitik dar: der Untertitel „Untersuchung der Produktionsgesetze“ (Studio delle Leggi della Produzione) zeigt die Absicht des Verfassers, die Grenzen festzusetzen, die die soziale Reform notwendigerweise beschränken; er will aber auch die Ursachen ihrer Erfolge und Mißerfolge aufdecken. Das Maximum an kollektivem Wohlstand wird nach Ansicht des Verfassers durch das Maximum an Produkten pro Einwohner bestimmt; es gibt ein bestimmtes Wachstum der Bevölkerungszahl, bei dem das durchschnittliche Produkt pro Einwohner am größten wird: das ist die sozial günstigste Dichte der Bevölkerung. Loria analysiert eingehend die Fälle der verminderten Produktion; er behandelt eine Reihe von Problemen, wie die der Produktivität, der Kapitalisierung, des Wertes, der Monopole usw., und analysiert die Versuche zur quantitativen und qualitativen Verbesserung der Lage der Arbeiter, wobei er sich auf die russischen Erfahrungen und die Vorschläge der Gildensozialisten stützt. Diese Untersuchung der Wirtschaftspolitik geht nicht von moralischen oder politischen Ideen aus, sondern von der Erforschung des Organismus der Produktion; immerhin wird diesbezügliche wissenschaftliche und praktische Literatur mit viel Scharfsinn geprüft. Die einzelnen Erörterungen sind an und für sich wertvoll, wenn auch der systematische Standpunkt des Verfassers angefochten werden kann. Loria hat auch sehr beachtenswerte Abhandlungen geschrieben, von denen eine Anzahl in zwei Bänden zusammengefaßt worden ist, die den Titel tragen: „Auf dem Wege zur sozialen Gerechtigkeit“ (Verso la Giustizia Soziale). Die im zweiten Band enthaltenen Arbeiten stammen aus dem letzten Vierteljahrhundert und behandeln die verschiedensten Probleme: die Geschichte der Theorien und Tatsachen, Probleme der Zirkulation und Verteilung des Reichtums, soziologische Fragen. Loria ist ein sehr geschätzter Mitarbeiter italienischer und ausländischer Zeitschriften; seine Werke sind so zahlreich, daß es unmöglich ist, über sie erschöpfend zu referieren; selbst wenn man sich auf seine Schriften aus letzter Zeit beschränken wollte, würde ihre Liste sehr lang werden. Ich führe hier nur sein Werk über den Arbeitslohn an, ferner ein zweites über die ökonomischen Faktoren des Weltkrieges, in dem die Wirkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit und der wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit großer Sicherheit und Objektivität dargelegt werden. Seine Untersuchungen vervollständigte er in späteren

Arbeiten nach der Seite des Geldproblems hin, und er zeigte sich in einer Schrift über den Geldwert als ausgezeichneter „Techniker“ der Geldwirtschaft.

Man versteht, daß ein Nationalökonom von der Bedeutung Loria's, der mit weitem Horizont die Tatsachen und Gesetze betrachtet, die einen wie die anderen unter die Sonde seiner strengen Logik nimmt und die verschiedensten Gebiete oft mit Originalität, immer mit gründlicher Sachkenntnis bearbeitet, der die feinsten Analysen zu tiefen Synthesen zusammenfaßt,— in der jungen Generation Enthusiasmus geweckt hat, und daß viele, selbst wenn sie seine systematischen Ansichten nicht ganz teilen, durch seine Werke angeregt wurden. Durch diese seine expansive und suggestive Wirkung wird er von vielen ausgezeichneten Wissenschaftlern der Gegenwart neben Giuseppe Ricca-Salerno gestellt, der 1912 starb und der in den Jahren 1876—1906 seine hauptsächlichste Wirksamkeit entfaltete. Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts veröffentlichte er ein großes Werk über den Lohn, ferner verschiedene Abhandlungen über Wirtschafts- und Finanzpolitik, die an seine früheren Werke anknüpfen und sie vervollständigen, unter denen Arbeiten über die Werttheorie, über die Grundsätze der Finanzwissenschaft und ihre Geschichte in Italien besonders hervorzuheben sind.

Das Wenige, das ich zur Wissenschaft beitragen konnte, verdanke ich den Lehren dieser beiden Männer, von denen der zweite unmittelbar mein Lehrer an der Universität von Modena war. Ich führe nur einige meiner veröffentlichten Arbeiten an. Meine „Politische Ökonomie“ (*Istituzioni di Economia Politica*), die 1904 zum erstenmal erschien, ist neuerdings (1925) in 4. Auflage erschienen. Diese Arbeit handelt sowohl von den grundlegenden Prinzipien der Wissenschaft, als auch von den Methoden zum Auffinden der Wahrheit, und sucht ihre Bedeutung durch mannigfaltige Anwendung darzulegen. Zum gleichen Zwecke veröffentlichte ich ein Buch über „Finanzwissenschaft“ (*Instituzioni di scienza delle finanze*, 2. Auflage 1911). In einem Band „Ökonomische Tatsachen und Theorien“ (*Teorie e Fatti Economici*) habe ich mehrere Abhandlungen gesammelt (1912); in einem anderen Werk behandelte ich die spezielleren Probleme des Tauschwertes. Einen weiteren Band widmete ich den Problemen des Handels. In einer anderen Arbeit untersuchte ich die Lehren von Ricardo und Mill. In Zeitschriften veröffentlichte Studien und akademische Schriften behandeln entweder allgemeine Fragen, wie z. B. den Charakter der Verteilungsgesetze oder die Quantität und das Maß des kollektiven Wohlstands oder auch speziellere ökonomische und finanzwissenschaftliche Fragen, auf die die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern während des Krieges und nach dem Kriege unsere Aufmerksamkeit lenkten.

Einer der bedeutendsten Nationalökonomen, Maffeo Pantaleoni,

starb im Oktober 1924 in Mailand, unmittelbar nachdem er auf dem internationalen Sparkassenkongreß über die für die Sparkassen günstigste Art der Kapitalanlage eine eindrucksvolle Rede gehalten hat. Er ist der Verfasser vieler Abhandlungen und Artikel, in denen fast immer aktuelle und mutige Betrachtungen angestellt werden. Diese Arbeiten sind in drei Bänden gesammelt. Sie sollten zusammen mit anderen Abhandlungen in einer neuen Sammlung erscheinen, von der die zwei ersten Bände, die den Titel „Wirtschaftsprobleme“ (*Erotemi di Economia*) tragen, bereits erschienen sind. Unter diesen Abhandlungen ist besonders hervorzuheben: die Arbeit über den Zusammenbruch der Italienischen Gesellschaft für Mobilarkredite, eine der besten theoretischen Arbeiten über Effektenbanken, zu der er durch diesen speziellen und interessanten Fall angeregt wurde. Die Monographie über Genossenschaften, in der er den Standpunkt vertritt, daß das spekulative und das genossenschaftliche Unternehmen, die beide im Wesentlichen die gleichen Ziele verfolgen, von den gleichen Gesetzen beherrscht werden; die Arbeit über die politischen, d. h. die vom Staat ohne Rücksicht auf die Kosten und die Menge der Produkte festgesetzten Preise; die Analyse der Theorie des ökonomischen Gleichgewichts, die einen Fortschritt bedeutet, weil sie eine Zusammenfassung der in den „Prinzipien der Reinen Ökonomie“ enthaltenen Lehren darstellt, die 1889 erschienen sind und einen durch die Theorien von Jevons, Menger und Marshall angeregten Leitfaden bilden. Ausgezeichnet ist auch das Buch über Steuerüberwälzung, das ich in dieser kurzen Übersicht nur anführen kann und das schon 1882 erschienen ist, ferner eine zweite 1887 erschienene Schrift über Steuerüberwälzung und Steuerlast. In den letzten Jahren veröffentlichte er viele Abhandlungen über die politischen und ökonomischen Faktoren des Weltkrieges.

Vilfredo Pareto und Enrico Barone wurden durch ihn angeregt, sich ganz besonders ökonomischen Studien zu widmen. Pantaleoni schätzte Pareto sehr hoch, und er trug viel zur Verbreitung seiner Lehren bei. Es wäre überflüssig, hier von Pareto zu sprechen, der die Theorien von Walras und Cournot tatsächlich vervollkommen und ergänzt hat und der in seinem „Handbuch der Politischen Ökonomie“ (*Manuale di Economia Politica*) im Zusammenhang mit dem Begriff des Gleichgewichts die wechselseitigen Beziehungen der ökonomischen Gesetze entwickelte. Sein Buch über die sozialistischen Systeme ist eine Darstellung der alten und modernen Ansichten und Lehren mit sehr geistvollen Vergleichen und Urteilen. Sein soziologisches System ist eine Darstellung und Beschreibung von Begriffen und Tatsachen, die schon in anderen Arbeiten angedeutet und hier mit reichstem Material ausgestattet wurden. Leitend ist die Idee, daß viele menschliche Handlungen nicht logisch bestimmt

sind und daß folglich die Instinkte und Gefühle, die sie bestimmen, analysiert werden müssen, ohne daß deren Ursprung aufgedeckt werden kann. Die logische und rationelle Begründung dieser Handlungen entsteht aus dem menschlichen Bedürfnis, die Ursachen der Tatsachen aufzufinden, aber sie sind trügerisch und sophistisch, und Pareto nennt sie „derivazioni“ (Ableitungen); seine Logik ist eine Kritik solcher Erklärungen. Interessant sind seine Bemerkungen über das Verschwinden und die Umwandlung der sozialen Klassen, über den Charakter der Eigentümergruppen in verschiedenen historischen Momenten. Im übrigen sind auch die Studien über die Beziehung zwischen dem Wachstum des Reichtums und dem Rückgang der Zahl der Besitzer — die schon im „Cours“ und in anderen Schriften angedeutet wurden — sehr beachtenswert; sie haben international Anlaß zu vielen Diskussionen und Forschungen gegeben.

Enrico Barone, der ebenfalls vor Jahresfrist gestorben ist, hat in seinen „Grundsätzen der politischen Ökonomie“ (*Principii di Economia Politica*) mit viel Klarheit und mit Hilfe graphischer Darstellungen die wechselseitige Bedingtheit der ökonomischen Erscheinungen behandelt und daraus die Lehren für aktuelle Probleme gezogen. In Vorträgen und Monographien über den internationalen Geldmarkt, über Verkehrswesen, Kolonialwirtschaft und Finanzprobleme hat er wertvolle Arbeiten geliefert, die ihn als sachkundigen Forscher und Darsteller zeigen, der es verstanden hat, die mathematische Exaktheit der Darstellung mit historischer Kenntnis zu verbinden.

Giulio Alessio, der seine wissenschaftliche Produktion mit einer kennnisreichen und systematischen Analyse des italienischen Steuersystems begonnen und wichtige Arbeiten über Preistheorie geschrieben hat, war Vorsitzender der Finanzsektion der königlichen Kommission für den Wiederaufbau nach dem Kriege. Er verfaßte eine ausgezeichnete Arbeit über die Mittel des finanziellen Wiederaufbaus, ferner erstattete er Berichte in der Kammer als Berichterstatter des Schatzministeriums. Außer den in Zeitschriften veröffentlichten Essays sei hier auf zwei Abhandlungen hingewiesen, von denen eine die Vermögens-, die andere die Einkommenstheorie behandelt. Er versteht es, hinter dem Formalen und Terminologischen das Wesentliche zu sehen.

Eine hervorragende Stellung unter den italienischen Nationalökonomien nimmt Camillo Supino ein. Seine „Grundsätze der Politischen Ökonomie“ (*Principii d'Economia Politica*) stellen dank der Genauigkeit der Definitionen und der Konzentriertheit der Darstellung einen wertvollen Leitfaden dar. Verschiedene Monographien über den Preis, ferner über den Individualismus und die Arbeiterbewegung, vor allem aber seine Bücher über die Schiffahrt und über den internationalen Geldmarkt sind Werke von Bedeutung.

U l i s s e G o b b i ist Verfasser eines Lehrbuchs (*Trattato di Economia*), dessen zweite Auflage, die der ersten rasch folgte, in zwei Bände geteilt ist. Exakte theoretische Analyse verbindet sich mit der empirischen Darstellung der sozialen Einrichtungen und der rechtlichen Normen. Die Einfachheit und Klarheit der Darstellung kommt jedoch nicht etwa von einer oberflächlichen Ausdrucksweise, sondern von der genauen Kenntnis der Dinge, die dem Verfasser gestattet, auch schwierige und komplizierte Probleme gemeinverständlich und klar auseinanderzusetzen. Ausgezeichnet ist das Buch über die Hilfskassenvereine (*sociate di mutne securso*), ferner die früheren Arbeiten über die ausländische Konkurrenz in der italienischen Geschichtswissenschaft, über Versicherungsfragen, über den Zinsfuß, über die progressiven Steuern.

R i c c a r d o D a l l a V o l t a hat zahlreiche Arbeiten verfaßt, von denen mehrere in einem Band, betitelt „Fragen von gestern und heute“ (*Questioni di ieri e di domani*, 1915), zusammengefaßt sind. Diese Arbeiten behandeln die verschiedensten Fragen, — vom Arbeitsvertrag bis zur ökonomischen Interpretation der Geschichte, Fragen der sozialen Gesetzgebung, des deutschen Imperialismus und vieles andere. Das Werk „Wirtschafts- und Finanzprobleme in England“ (*Saggi Economici e Finanziari in Inghilterra*) behandelt umstrittene Fragen der englischen Handelspolitik und Steuerreform, die irlandische Agrarreform. Die Darstellung zeigt stets die Sachkenntnis, die **D a l l a V o l t a** von den Tendenzen der englischen Wirtschaftspolitik besitzt, und obgleich alle diese Arbeiten sich mit den verschiedensten Fragen beschäftigen, so zeigt sich doch im wesentlichen eine einheitliche Grundauffassung. Von seinen anderen Abhandlungen, die in Zeitschriften und akademischen Publikationen verstreut sind, seien nur die über den Wert, über die Reproduktionskosten, über Zirkulationsfragen erwähnt.

F i l i p p o V i r g i l i i, der sich hauptsächlich mit Statistik beschäftigte, verdanken wir wertvolle ökonomische Essays und ein vor kurzem erschienenes, außerordentlich interessantes Buch über das Bevölkerungsproblem, in dem der Werdegang der demographischen Entwicklung und der demographischen und demologischen Theorien, die Wachstumstendenz der Bevölkerung und die auftretenden Gegentendenzen, ferner die Möglichkeiten der Anwendung eugenischer Maßnahmen gründlich untersucht werden.

A n t o n i o D e V i t i D e M a r c o, der seine Arbeiten mit einer heute sehr aktuellen Abhandlung über die Quantitätstheorie begann, widmete sich hauptsächlich der Finanzwissenschaft. Zunächst veröffentlichte er eine Arbeit über die Frage, auf welcher Grundlage die Heranziehung der einzelnen Bürger zur Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse ruht. Ferner schrieb er zahlreiche

Abhandlungen, von denen besonders diejenigen hervorgehoben werden müssen, die sich auf Steuern und Anleihen und ihre finanziellen und ökonomischen Auswirkungen beziehen. Schließlich veröffentlichte er ein gut geschriebenes Lehrbuch (*Corso di lezioni*, 1923), in dem die Probleme der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftspolitik einfach und sachgemäß dargestellt werden.

Einen ganz anderen Charakter trägt das finanzwissenschaftliche Werk *Fran-cesco Nitti*, dessen fünfte Auflage vor kurzem erschienen ist; es ist schon wegen des geistreichen Stils des Verfassers und der vielen eingeflochtenen Anekdoten eine schriftstellerische Leistung. Das Buch ist reich an vergleichender Analyse der Steuereinrichtungen in verschiedenen Ländern, berücksichtigt jedoch eingehend die italienischen Verhältnisse. *Nitti* hat viele wertvolle ökonomische und soziale Schriften verfaßt und in den letzten Jahren berühmt gewordene Bücher politischen Charakters veröffentlicht, die die Probleme des europäischen Wiederaufbaus betreffen und in denen auch finanzwissenschaftliche und Geldfragen behandelt werden.

Wertvoll ist auch das „Handbuch der Finanzwissenschaft“ von *Federico Flora* (die sechste Auflage erschien 1921) wegen seines reichhaltigen Materials über Steuerwesen, wegen der Darstellung der Kriegsfinanzen und der aktuellen Bemerkungen zu diesen Fragen. Der Untersuchung der Finanzmaßnahmen während des Krieges hatte *Flora* schon 1912 eine Monographie gewidmet, und über dieselbe Frage schrieb er während des Weltkrieges und nachher zahlreiche Artikel. Sein Interesse gilt auch rein ökonomischen Problemen; besonders hervorzuheben ist seine schöne Arbeit über Eisenbahntarife.

Ein Lehrbuch der Finanzwissenschaft veröffentlichte im Jahre 1912 *Eteocle Lorini*, der geschätzte, zu früh verstorbene Verfasser von Monographien über die Währungsfrage in Rußland, Österreich und Argentinien (1902—1910), und ein finanzwissenschaftliches Werk verdanken wir dem gleichfalls früh verstorbenen *Vincenzo Tangorra*, der aber nur den ersten Band veröffentlichen konnte. Im Buche von *Tangorra* werden auch Fragen des Finanzrechtes behandelt; er hat auch sonst über sozialökonomische Fragen viele Arbeiten geschrieben. Ein systematisches Werk des Vorgängers *Tangorras* an der Universität zu Pisa, des *Giuseppe Toniolo*, blieb ebenfalls unvollständig; die beiden erschienenen Bände enthalten den einleitenden Teil und die Produktionslehre. Vom ersten Band erschien 1915 eine zweite Auflage. *Toniolo* gehörte zur ethisch-christlichen Schule, zur Gruppe der Sozialreformatoren oder christlichen Demokraten, und sein Buch ist das einzige italienische dieser Richtung. Ein großer Teil des ersten Bandes ist der historischen Entwicklung der nationalökonomischen

Lehren gewidmet, ferner der Untersuchung der demographischen Gesetze. In dem Band, der der Analyse der Produktion gewidmet ist, werden die sozialen und politischen Einflüsse gut beleuchtet.

Luigi Einaudi hat durch eine Reihe von historischen und theoretischen Schriften über Wirtschaft und Finanzen zum Studium und zur Verbreitung wissenschaftlicher Methoden beigetragen, die in ihrer wirklichen Bedeutung oft nicht erfaßt worden sind. Er begann seine Laufbahn mit einem Buch über die Bergwerkrente, das eine sachkundige Anwendung der Theorie Ricardos darstellt, gefestigt durch die Erfahrungen der Gegenwart. Unermüdlich weiterarbeitend, war er es, der in Tageszeitungen ökonomische Artikel einführte, die dazu beitrugen, auch den in Sozialwissenschaften nicht Bewanderten verschiedene Probleme klar zu machen. Seine Sammlung von Materialien über die Finanzen der piemontesischen Monarchie und über die Savoyischen Finanzen zu Beginn des 18. Jahrhunderts und während des spanischen Erbfolgekrieges ist die Frucht direkter Quellenstudien und enthält Untersuchungen, die den Leser in die ökonomischen und finanziellen Verhältnisse jener Zeit einführen. Abhandlungen, die in den letzten 30 Jahren in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht wurden und die sich auf das Problem der Arbeit beziehen, hat Einaudi vor kurzem (1924) in einem Band gesammelt, der den Titel „Arbeitskämpfe“ (Le Lotte del Lavoro) trägt. Wie der Verfasser im Vorwort sagt, entsprechen diese Schriften bestimmten Grundgedanken, die in der Betonung der Wichtigkeit der individuellen Initiative gipfeln, des Strebens, aus sich selbst heraus etwas zu werden, im Gegensatz zu jedem Protektionismus und legalisierten Monopol. „Damit das Gleichgewicht andauert, muß stets Ungewißheit herrschen; keine staatliche Macht darf intervenieren, um das Kräfteverhältnis festzulegen ... Damit die Produzenten der Gemeinschaft wirkliche Dienste leisten, ist es notwendig, daß der Staat sie nicht durch Schutzzölle gegen die ausländische Konkurrenz schütze ... Damit die Arbeiter sich moralisch und materiell emporarbeiten, ist es notwenig, daß in jedem Augenblick die Roten Gewerkschaften die Weißen herausfordern können, und die Weißen die Roten, die Faschisten die einen und die anderen und mit ihnen die Gelben, und daß alle in Angst vor der Entstehung neuer Organisationsgebilde leben.“ Ausgehend von der Auffassung, die schon John Stuart Mill angedeutet hatte, daß der gesparte Teil des Einkommens von der Besteuerung befreit sein muß, entwickelte Einaudi in einer ausgezeichneten Monographie eine Theorie der Verteilung der direkten Steuerlast, von der er verlangt, daß sie dem verbrauchten Teil des Einkommens entsprechend berechnet sei. In seinem Lehrbuch der Finanzwissenschaft geht er schrittweise von der Theorie der Marktpreise allmählich zur Theorie der Quasi-

Marktpreise, der Gebühren und Steuern und erläutert an zahlreichen Beispielen die wichtigeren Gesetze. Verschiedene seiner Abhandlungen behandeln Fragen der Verteilung der Steuerlast. Seine letzte, vor kurzem in den Annalen der Bocconi-Universität zu Mailand veröffentlichte Arbeit betrifft die Bodensteuer: er stellt fest, ob und wie weit die landwirtschaftlichen Profite in Italien von der Bodensteuer betroffen werden.

G i u s e p p e P r a t o arbeitet zusammen mit Einaudi an der Sammlung und Veröffentlichung des Materials über die Finanzen der Staaten der Piemontesischen Monarchie; diese Sammlung enthält einen von ihm verfaßten Band, der reich ist an Tatsachen und wertvollen Kommentaren über das Wirtschaftsleben in Piemont um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Andere wirtschaftsgeschichtliche Arbeiten von Prato betreffen Geld- und Bankprobleme des 17. und 18. Jahrhunderts. Von seinen vielen Werken möchte ich noch das gute Buch über den Arbeiterprotektionismus erwähnen.

F a b r i z i o N a t o l i, der vor einigen Monaten jung verstorben ist, hinterläßt eine Arbeit über die Werttheorie und viele Schriften über Finanzwissenschaft und Wirtschaftstheorie. In der Arbeit über die Werttheorie behandelt er die Frage der Besteuerung des Mehrwerts und stellt Betrachtungen über Steuerbelastung und ihre Verteilung an. Unter seinen übrigen Werken ist eine Studie über das Kapital in seiner sozialen und individuellen Bedeutung bemerkenswert.

P a s q u a l e J a n n a c c o n e hat in der „Bibliothek für Nationalökonomie“, deren fünfte Serie er nach dem Tode seines Lehrers **C o g n e t t i d e M a r t i i s** redigierte, verschiedene Essays veröffentlicht. In einer in der „Riforma Sociale“ erschienenen Abhandlung untersucht er die Entwicklung des italienischen Außenhandels während einer Reihe von Jahren und den Einfluß der Handels- und Geldfaktoren auf den Wechselkurs. Ein mit großer Sachkenntnis geschriebenes Buch über Spezialsteuern — eine der wenigen Veröffentlichungen über dieses Thema — sei mit Rücksicht auf die Anwendung dieser Steuern in Italien erwähnt.

A n t o n i o G r a z i a d e i beschäftigt sich hauptsächlich mit Problemen der Werttheorie. Er begann mit einem kritischen Buch über das Marxsche System und setzte seine Polemik in zwei vor kurzem erschienenen Arbeiten über Preis und Mehrwert fort. Er untersucht den Einfluß der Kartelle auf die Preisbildung in einer ausführlichen Arbeit, in der er deduktive Gedankengänge durch induktive Untersuchungen ergänzt; die Beispiele sind hauptsächlich der Chilesalpeter-Industrie entnommen.

E m a n u e l S e l l a hat unter anderem eine Arbeit über die Konkurrenz veröffentlicht, in der er Systeme und Theorien in sehr origineller Weise kritisiert.

G u i o A r i a s ist von der Geschichte des Rechts, dem Gegenstand seiner ersten Studien, zur politischen Ökonomie übergegangen. Zu seinen wichtigsten Arbeiten gehören: eine Geschichte der ökonomischen Einrichtungen der mittelalterlichen Gemeinden; ein Buch über die Gesetze der Marktwirtschaft, aus dem eine geschichtliche Darstellung des gerechten Preises, das Problem des Wertes unter Monopolverhältnissen und Fragen der Bankpolitik hervorzuheben sind; ein zweibändiges Buch über Südalien, das eine ausgezeichnete Untersuchung nicht nur der materiellen Verhältnisse, sondern auch des sozialen Lebens der südalientischen Provinzen darstellt; diese Untersuchung basiert auf praktischen Studien, auf gründlicher geschichtlicher Analyse und reichem statistischen, ökonomischen und finanzwissenschaftlichen Material.

M a r c o F a n n o hat die Theorie der komparativen Kosten in ihrer Anwendung auf die Statik und die Dynamik der Preise in den Kolonien und die wechselseitigen Beziehungen zwischen ökonomischen und demographischen Verhältnissen untersucht. Ein sehr bemerkenswertes Buch handelt vom Gelde und vom Geldmarkt. Ein lesenswerter Essay behandelt die Frage der Geldüberweisungen, und seine letzten Abhandlungen bringen kritische Beiträge über Zirkulationsfragen; so z. B. die Arbeit über den Wert der Produkte im Wandel der Konjunkturen und die vor kurzem erschienene Abhandlung über Inflation und Wechselkurs, in der die wesentlichen Punkte des Geldproblems überprüft werden.

Von Arbeiten, die die vielseitigen Probleme der Zirkulation in der Nachkriegszeit behandeln, sind noch hervorzuheben die kürzlich erschienenen Abhandlungen von **C o s t a n t i n o B r e s c i a n i** über die Frage des „Transfers“ der deutschen Reparationsleistungen. Bresciani, der sich schon während des Krieges mit mittel-europäischen Fragen beschäftigte, hat ferner über den Einfluß des Terminhandels auf die Preise der Wertpapiere, über Reichtums- und Einkommensverteilung sowie zahlreiche statistische Methodenfragen geschrieben.

U m b e r t o R i c c i hat neben einem Buch über das Kapital zahlreiche Spezialstudien über Angebot und Nachfrage geschrieben, wobei er in beschränktem Maße mathematische Formeln und graphische Darstellungen angewandt hat. Die Politik der Preisregulierung hat er einer eingehenden Kritik unterzogen.

A t t i l i o C a b i a t i, der vor kurzem den ersten Band eines sozialökonomischen Werkes veröffentlicht hat, ist der Verfasser zahlreicher Studien über spezielle Probleme der Zirkulation und der Verteilung, z. B. über Lohnformen und Arbeitsverträge.

G u i o B o r g a t t a hat den Versuch gemacht, eine Systematik der Theorie zu geben, die er die „Theorie der dynamischen Probleme der reinen Ökonomie“

nennt, und behandelt darin eingehend die wechselseitigen Beziehungen zwischen den ökonomischen Erscheinungen.

Mit ähnlichen Problemen befassen sich die Vorlesungen über mathematische Ökonomie von *L u i g i A m o r o s o*, in denen die analytischen Beziehungen zwischen den veränderlichen Elementen der quantitativen Bewertung behandelt werden; der Verfasser erkennt an, daß die politische Ökonomie auch ganz andere, qualitative Probleme umfaßt, und daß die rein quantitativ erfaßten allgemeinen Beziehungen für das Verständnis der sozialen Phänomene oft nicht ausreichen.

E n r i c o L e o n e, der sich auch mit Syndikalismus und den Theorien *B e r g s o n s* beschäftigt, hat neben einer grundlegenden Darstellung des ökonomischen Gleichgewichtsprinzips ein Werk über die Grundlagen der politischen Ökonomie geschrieben, das die theoretische und die praktische Volkswirtschaftslehre umfaßt; die erstere baut auf *W a l r a s* auf und bringt, dem Beispiel *M a r s h a l l s* folgend, eine Synthese der Lehren der klassischen und der österreichischen Schule.

G u s t a v o D e l V e c c h i o ist der Verfasser verschiedener Schriften über sozialökonomische, finanzwissenschaftliche und statistische Probleme; er arbeitet an den Veröffentlichungen des kommunal-statistischen Amtes in Triest mit. Besonders hervorzuheben sind seine Arbeiten über den Zins und über Krisen.

A l b e r t o D e S t e f a n i hat die mathematische Analyse auf verschiedene Probleme angewandt; ferner verfaßte er Monographien über *F e r r a r a* und *M e s s e d a g l i a* und eine Arbeit über die Bedeutung des Erbrechts in der kapitalistischen Wirtschaft (1921), in der er unter anderem die Zunahme der Ersparnisse und des Reichtums im Zusammenhang mit der durchschnittlichen Größe der Erbschaften untersucht.

C a r l o C a s s o l a hat ein beachtenswertes Buch über Industriesyndikate geschrieben, in dem er deren Einfluß auf die Produktion und die Verteilung beleuchtet; ferner eine Studie über die Reklame vom ökonomischen Standpunkt und ein Werk über die Preisbildung im Handel, in dem das Gesetz der Produktionskosten von den verschiedensten Seiten betrachtet wird, z. B. vom Standpunkt der Verteilung der allgemeinen Spesen auf verschiedene Einheiten mit verschiedenem Maßstab sowie der Abweichungen, die sich in den verschiedenen Fällen ergeben. Auch ein kurzer Essay aus seiner Feder über wirtschaftliche Vereinigungen und die Verteilung des Reichtums enthält wertvolle Betrachtungen.

G u g l i e l m o M a s c i hat Arbeiten verfaßt über Einkommensverteilung, über den Wert und die Bedeutung der Konkurrenz; ferner über die Rente der durch Wasserkraft betriebenen Unternehmen (*hydraulische Rente*), eine Arbeit,

die eine bemerkenswerte Anwendung des Ricardoschen Rentenprinzips auf diesen Produktionszweig darstellt; schließlich über Steuern auf Bank- und Kapitalverkehr.

Diesem letzten Gegenstand widmet auch *Angelo Fraccacreta* (auch er, wie *Cassola* und *Masci*, ein früherer Schüler von mir) ein umfangreiches Buch, in dem er die Schwierigkeiten der Kapital-Investition und -Deinvestition in den verschiedenen Industriezweigen prüft. Weitere Arbeiten verfaßte *Fraccacreta* über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Capitanata und über die Arbeiterbewegung in der französischen Landwirtschaft. Vor kurzem veröffentlichte er mehrere Artikel über die Lage in Südalien und über den Bodenbesitzwechsel in der Nachkriegszeit.

Auch ein anderer meiner Schüler, *Ugo Papi*, hat drei gute Arbeiten geschrieben, eine über die Binnenwasserwege, die zweite über den Arbeiter in der Betriebsleitung, in der er auch die Erfahrungen mit der Betriebskontrolle und den Betriebsräten heranzieht; die dritte über die Wirkungen auswärtiger Anleihen und über den internationalen Handel unter der Herrschaft des Papiergeldes.

Über analoge Fragen, die sich um die Geldzirkulation drehen, hat *Robert Michels* sehr wertvolle Abhandlungen geschrieben. Robert Michels ist ein angesehener Mitarbeiter deutscher, französischer, englischer und italienischer Zeitschriften, als Soziologe wie als Nationalökonom hervorragend und außerordentlich produktiv. Von seinen neueren Veröffentlichungen in italienischer Sprache seien angeführt: Arbeiten über die *Marx*sche Vereinigungstheorie; „Arbeit und Rasse“ (*Lavoro e Razza*); „Wirtschaft und Wohlstand“ (*Economia e Felicità*).

Zu den ökonomischen und finanzwissenschaftlichen Fragen der Kriegs- und Nachkriegszeit haben auch viele andere wertvolle Beiträge geleistet: ich erinnere an *Giovanni Carano Donvito*, dem wir Studien über die allgemeine Finanztheorie verdanken; *Benvenuto Griziotti*, der sich mit den Problemen von Anleihen und Steuern befaßt; *Jacopo Tivaroni*, der Verfasser von Monographien über Steuerüberwälzung und Steuerbelastung, über die Geschichte der öffentlichen Schulden Italiens, über die Sparkasse in Padua, über die Reparationsfrage in Deutschland und die interalliierten Schulden. Ferner verfaßte er ein finanzwissenschaftliches Lehrbuch, das der elementaren Vorbereitung dient und dessen fünfte Auflage 1923 erschienen ist.

Von den jüngeren Nationalökonomen seien genannt: *Giuseppe Rocca*, der über Versicherung geschrieben hat; *Vincenzo Porri*, der sich mit Handelspolitik befaßt; *Attilio Garino-Canina*, der Beiträge zur

Theorie und Geschichte der Finanzen in Piemont im 16. Jahrhundert lieferte; **A n g e l o M a r i o t t i**, der Studien über die Bewegung der Kleinhandelspreise und kürzlich eine Arbeit über den Fremdenverkehr veröffentlichte. Was statistische Arbeiten anbetrifft, so habe ich bereits auf die Verdienste des **V i r - g i l i i** und des **B r e s c i a n i** hingewiesen; ferner sind zu nennen: Napoleone **C o l a j a n n i** (gestorben 1921), der außer verschiedenen statistischen und demographischen Monographien Arbeiten über allgemeine und Kriminalsoziologie verfaßte, in denen er die Bedeutung der Rasse bestritt und den Einfluß der sozialen Faktoren betonte; ferner der vor einigen Monaten verstorbene **C a r l o F r a n c e s c o F e r r a r i s**, ein Mann von vielseitigem Wissen, der, obgleich seine Tätigkeit sich in den letzten Jahren hauptsächlich auf administrative Dinge richtete, auch in der Geschichte der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaft Italiens eine Rolle spielt. Von seinen Arbeiten seien erwähnt: Abhandlungen über das Bankwesen, über Spezialsteuern, ferner statistische Arbeiten über das höhere Bildungswesen und Lehrkurse, die nicht gedruckt wurden, aber auch als Manuscript Verbreitung fanden.

R o d o l f o B e n i n i hat über die statistische Methode und über die Grundsätze der Demographie geschrieben, ferner verschiedene Abhandlungen über Wirtschafts- und Kriminalstatistik usw.; daneben auch sozialökonomische Arbeiten, z. B. über den Wert der Produktionsmittel und über prinzipielle Fragen des Protektionismus.

F r a n c e s c o C o l e t t i ist der Verfasser einer Studie über die italienische Emigration, einer Arbeit über Klassengliederung und Verbrechertum, die einen Teil einer Enquête über die Lage der Bauern in Südalitalien bildet, ferner eines Buches über die italienische Bevölkerung in Friedens- und Kriegszeit, einer Sammlung verschiedener Schriften.

A l f r e d o N i c e f o r o hat verschiedentlich statistische Methodenfragen behandelt und seinen Standpunkt durch Anwendung auf die Naturwissenschaften, die Sozialwissenschaften und die Kunst illustriert. Es gelang ihm, die schwerverständlichen Gesetze der korrelaten Beziehungen, der Serienbildung usw. gemeinverständlich zu machen. In zahlreichen Monographien behandelte er Fragen der Kriminal- und der allgemeinen Soziologie. Von besonderem Interesse ist sein Werk „Les Indices Numériques de la Civilisation et du Progrès“, in dem die Symptome des Kulturfortschritts analysiert und das Problem eines einheitlichen Index für den Kulturstand eines Landes sowie die Beziehungen zwischen Reichtum und Zivilisation erörtert werden.

C o r r a d o G i n i, auch er Soziologe und Statistiker, hat den methodologischen Fortschritt durch eine Reihe von Studien gefördert, z. B. über die Indices von-

einander abhängiger Veränderungen, über die Methode der Reste usw. Er schrieb ferner Bücher über den Reichtum der Nationen, in denen er die Methoden für die Erforschung der Größe und der Verteilung des Reichtums erörtert und das gesamte zur Verfügung stehende Material heranzieht; ferner über die demographische Entwicklung der Nationen, wobei seine Theorie zu vielen Diskussionen und Analysen Anlaß gab; weiterhin eine Studie über Rohstoffe, die in dem vom Völkerbund herausgegebenen Material enthalten ist. In seinen „Soziologischen Problemen des Krieges“ (*Problemi Sociologici della Guerra*) sind Artikel gesammelt, die in den Jahren 1915—1920 veröffentlicht wurden; unter ihnen sind hervorzuheben, Arbeiten über die latenten Kriegsursachen, über die Kriegskosten und Untersuchungen über Reichtumschätzungen, die an das oben genannte Buch anknüpfen. Gini redigiert die Zeitschrift „*Metron*“, zu deren internationalen Mitarbeitern die hervorragendsten Gelehrten gehören.

Giorgio Mortara hat eine gute Abhandlung über die statistische Methode veröffentlicht. Er publiziert seit 1921 alljährlich einen Band der „Ökonomischen Perspektiven“ (*Prospettive Economiche*), in denen er Angaben und Kommentare über Produktion, Zirkulation und Arbeitsmarkt bringt.

Riccardo Bachì gibt ebenfalls seit 1909 ein Jahrbuch über die italienische Wirtschaft heraus (*Annuario dell'Italia Economica*), das dieselben Fragen, aber mit allen ihren Zusammenhängen und Auswirkungen eingehender behandelt. Bachì ist der Verfasser verschiedener Monographien, von denen besonders die Geschichte der Sparkasse in der Lombardei (1823—1922) (*Storia della Cassa di Risparmio delle Province Lombarde*) hervorzuheben ist, in der das ganze Leben der Sparkasse und die wirtschaftliche Entwicklung der Lombardei im Verlaufe des letzten Jahrhunderts geschildert werden.

Über die Entwicklung der Warenpreise in Italien von 1881—1909 schrieb Achille Necco; er gab ferner kurz vor seinem Tode im Kriege eine beachtenswerte Studie über den Kurs der Börsenpapiere in Italien von 1861 bis 1912 heraus. Neben Necco muß auch zweier anderer junger Nationalökonomen gedacht werden, die ebenfalls den Helden Tod fanden: Alberto Caroncini und Cesare Jarach, die in verschiedenen Schriften den Beweis ihres Könnens geliefert haben. Von allgemeinen Darstellungen der Statistik ist noch die Arbeit von Aldo Contento zu erwähnen, dem Verfasser zahlreicher deskriptiver Monographien und wirtschaftspolitischer Schriften. Monographien über die statistische Methode veröffentlichte Constantino Ottolenghi, der auch theoretische Arbeiten über den Profit schrieb. Zu den jungen Statistikern der letzten Zeit gehört Livio Livi, der ein statistisches Buch über die Juden geschrieben hat und der die Zeitschrift

„Economia“ herausgibt. **L a n f r a n c o M a r o i** ist mit einem Buch hervorgetreten, das betitelt ist: „Die demographischen Faktoren des Europäischen Konfliktes“ (*Fattori demografici del Conflitto Europeo*).

Die Anlage einer Agrarstatistik leitete **G h i n o V a l e n t i**, der ein guter Spezialist der Agrartechnik war. In seinen „Prinzipien der ökonomischen Wissenschaft“ (*Principii di Scienza Economica*) zeigt er sich als Kenner der Landwirtschaft, und seine Monographien über die Latifundien, seine Arbeiten über die Bodenrente und über die Landwirtschaft Italiens in den letzten 50 Jahren sind von großem Wert.

G i o v a n n i L o r e n z o n i verfaßte in der bereits oben erwähnten Enquête über Süditalien die Monographie über Sizilien, während eine seiner vorhergehenden Studien die genossenschaftliche Arbeit behandelt.

In allen Fragen der genossenschaftlichen Arbeit trat — vor allem durch den Anstoß, den er der Entwicklung der Volksbanken gab, und durch die theoretische und praktische Arbeit, die er zugunsten dieser Institutionen leistete — der ehrwürdige **L u i g i L u z z a t t i** hervor, ein aristotelischer Geist von universaler und tiefer Kultur, voll jugendlichem Enthusiasmus.

Diese Hinweise auf die italienische nationalökonomische Literatur der letzten 25 Jahre erscheinen mir ausreichend, um die Bedeutung der geleisteten Arbeit und die Tätigkeit unserer Gelehrten zu zeigen: eine Synthese der internationalen Literatur unter sorgfältiger Verarbeitung ihrer Theorien und ihres Tatsachenmaterials, daneben selbständige Arbeiten und originelle Analysen von hohem wissenschaftlichem Wert.

II. Die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaft für die Praxis.

Deutsche Wirtschaftswissenschaft und -Praxis im letzten Menschenalter.

Von
Julius Hirsch.

10*

In h a l t.

	Seite
I. Wirkungsmöglichkeiten der Wirtschaftswissenschaft	149
1. bei der Wirtschaftspolitik	149
a) Wirkliche und vermeintliche Wirkungen	150
b) Hemmungen praktischer Wirksamkeit der Wissenschaft	151
Durch weitgehende Hüting des Betriebsgeheimnisses	151
Die „Mode“ in der Wirtschaftswissenschaft	153
2. Die Wirksamkeit in einzelnen Gebieten der Wirtschaftspolitik	155
a) Äußere Wirtschaftspolitik	155
b) Die äußere Finanzpolitik (die Politik des „Transfer“)	157
c) Finanz- und Währungspolitik	159
d) Sozialpolitik	164
e) Innere Wirtschaftspolitik: Gewerbe- und Industriepolitik; Sozialisierung	168
II. Die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaft als Wirtschaftslehre für die Betriebe	170
1. Die Statistik	171
a) Allgemein als Methode	171
b) Als Bevölkerungslehre	173
c) Außenhandelsstatistik	173
d) Preis- und Lebenshaltungsstatistik	174
e) Konjunkturstatistik	174
2. Die Agrarwirtschaft	176
3. Die Betriebswirtschaft in Handel und Industrie	177
a) Die Lehre vom Markt	177
b) Die Lehre von der Preisbildung	178
c) Die Lehre von der Bewertung	180
d) Bedeutung der Wirtschaftswissenschaft für das Bankwesen	182
e) für das Arbeitnehmertum	185
III. Zur Wirtschaftspolitik	189

Überblickt ein bedeutender Gelehrter praktischer Wissenschaften seine Lebensarbeit, so wird stets für ihn der am meisten erhebende Gedanke sein: Sieh, dies und das hast du für deine Mitmenschen geleistet, in diesen und jenen Beziehungen sind sie deinen Weisungen gefolgt und haben damit Lebensmöglichkeit und Lebensglück gewonnen; die und jene deiner Richtlinien werden dauernd den materiellen oder geistigen Besitzstand der Menschheit oder doch des eigenen Volkes erhöhen.

Inwieweit kann der einzelne Wirtschaftswissenschaftler das von sich sagen? Auch der verdienteste unter ihnen? Und noch ein seltsameres Fragezeichen haben wir zu setzen: Inwieweit kann die Wirtschaftswissenschaft als Ganzes dergleichen von sich sagen?

Die Frage stellen, heißt diesmal nicht unbedingt sie verneinen. Rückhaltlose Bejahung aber wird wahrscheinlich auch nur sehr bedingt und nur für einige Teilgebiete gelten. Ganz gewiß: Allgemeine Richtlinien für das Handeln — und vielleicht mehr noch für Begründung von Handlungen — der Menschen in wirtschaftlicher Hinsicht hat die Wirtschaftswissenschaft zu allen Zeiten gegeben. Leider aber darin der Philosophie ungemein verwandt, daß jedem Lehrsatz, wenn nicht mit gleichem inneren Werte, so doch mit gleichem äußerem Glauben das Entgegengesetzte als ebenso richtig entgegengestellt wurde, und daß jede Interessentenpartei für das praktische Handeln irgendeine der Maximen für sich in Anspruch nahm, oder sich auch gelegentlich, wie bei den Zolldebatten, notfalls eine gleichwertige Theorie „schaffen“ ließ, z. B. diejenige des „Solidarschutzes“, oder neuerdings diejenige der Übergangszölle (lucus a non lucendo: Übergang zum Niedergang).

I. Wirkungsmöglichkeiten der Wirtschaftswissenschaft

1. bei der Wirtschaftspolitik.

Das Denken aller Fürsten und Staatsmänner seit dem 17. Jahrhundert wurde durch den Merkantilismus beeinflußt. Zweifelsohne hat die wuchtige Gedankenarbeit zuerst der Physiokraten und ihres Vollenders und Überwinders Adam Smith auf die ganze wirtschaftliche Ideenbildung des 19. Jahrhunderts entscheidend mit eingewirkt. Dies umso mehr, als sie ein immanentes Teilstück

jener größten Freiheitsströmung der Menschheit, des Liberalismus, war. Die Geistesarbeit der dann auftretenden sozialistischen Denker, zumal von Rob. Owen und Karl Marx, hat dem Bewußtsein der neu emporwachsenden Arbeitermassen eine Hoffnung, ein Denkziel, sonderbarerweise viel weniger ein Arbeitsziel, gegeben. Wie aber war es mit der praktischen Wirtschaft, wie mit der Wirtschaftspolitik insbesondere der letzten Jahrzehnte?

a) Wirkliche und vermeintliche Wirkungen.

Beginnen wir mit der letzteren. Wenn man die wirtschaftliche Geschichte, das wirkliche Geschehen und vor allem die Beweggründe der entscheidend Handelnden nach literarischen Äußerungen irgendwelcher Zeitgenossen beurteilen will, so ist eine sehr große Dosis Skepsis dringlich zu empfehlen. Insoweit nicht die Regierenden selber (die tatsächlich Regierenden, nicht die nominellen) sich in oder kurz nach ihrer Tätigkeit äußern, ist aus den Äußerungen der Zeitgenossen auf die wirklichen Beweggründe wirtschaftspolitischer Maßnahmen meistens nur mit Vorsicht zu schließen. Auch der Zeitgenosse wird z. B. bei der Untersuchung der Wirtschaftsgeschichte der letzten sechs Jahre versucht sein, aus den Protokollen der Sozialisierungskommission oder derjenigen öffentlicher Diskussionen im Verein für Sozialpolitik oder auch im Reichswirtschaftsrat oder Reichstag Schlüsse zu ziehen. Diese werden jedoch nur für die allgemeine Ideengrundlage von Bedeutung sein. Für irgendwelche praktisch-politischen Maßnahmen ist z. B. die Sozialisierungskommission — einst berufen, um völlige wirtschaftliche Neugestaltung zu formen — bedeutungslos geblieben, denn sie wurde nicht zum Verwaltungsorgan, sondern zu einer von der Verwaltung höchst mißliebig betrachteten Studienkommission. Die Problemstellung, die sich den Regierenden in den Jahren 1919—1924 aufdrängte, war der deutschen Wissenschaft recht fremd. Zum Teil war dies durch die wirtschaftspolitische Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrzehnt bedingt. Niemals war die Provinz mehr Provinz als in jener Zeit, niemals die Möglichkeit literarischer Belehrung über wirtschaftliche Ereignisse, Handlungen und ihre Beweggründe geringer. Im Weltkrieg und nachher haben die Außenseiter nicht nur keine Möglichkeit der Mitwirkung gehabt, sondern zum großen Teil oft genug nur schwer und spät verstehen können, was geschah. Daß z. B. für alles wirtschaftspolitische Geschehen etwa seit Mitte 1920 die Führung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und ihre Willensrichtung weit mehr maßgebend waren als irgendeine parlamentarische oder wissenschaftliche Instanz, und daß dieser Zustand augenblicklich noch andauert, wird nur wenigen der lebenden Wirtschaftswissenschaftler Deutschlands voll bekannt sein.

b) Hemmungen praktischer Wirksamkeit der Wissenschaft.

Zunächst eine Frage: Die Wirtschaftswissenschaft ist offenbar nahezu ausschließlich eine Erfahrungswissenschaft. Die Arbeit des reinen Denkens hat in ihr nicht mehr Raum als in irgendeiner anderen solchen Disziplin. Bevor wir also feststellen können, inwieweit die Wissenschaft und ihre Arbeit auf die Praxis befruchtend gewirkt hat, werden wir umgekehrt die Frage zu stellen haben, inwieweit die Praxis der Wissenschaft das Material überhaupt zur Verfügung gestellt hat, gewollt oder ungewollt. Auch die Frage ist aufzuwerfen, wie man den Kreis derer abgrenzen will, die man als Träger der Wissenschaft bezeichnen darf. Offenbar kann man einen Juristen mit der bis vor kurzem gänzlich bedeutungslosen nationalökonomischen Nebenbildung nicht als unter dem Einfluß der Wirtschaftswissenschaft stehend betrachten; vielleicht nicht einmal alle die an einigen Universitäten mit gar zu kurzen Terminen hergestellten Dres. rer. pol. Andererseits wird man schwerlich einen Mann wie Walter Rathenau deswegen als von der Wirtschaftswissenschaft unberührt bezeichnen können, weil er einen geregelten ökonomischen Studiengang nicht gehabt hat.

Durch weitgehende Hütung des Betriebsgeheimnisses.

Freilich, wenn Rathenau der Wirtschaftswissenschaft gelegentlich vorwarf, daß sie die komplizierten Vorgänge etwa des modernen Finanzierungswesens nicht einmal kenne, geschweige denn in ihr führend vorgehe, so verlangte er damit etwas, was noch über die Forderungen jenes alten Pharaos hinausgeht, der einst von den Frohdienenden verlangte, daß Ziegel ohne Stroh gebacken werden sollten. Die moderne Großunternehmung konnte in ihrer wirtschaftlichen Betriebsführung schon deswegen von der Wissenschaft nur sehr begrenzt eine Förderung erwarten, weil sie das Betriebsgeheimnis nirgends so sehr hütete, wie gerade bei den wirtschaftlichen Grund- oder Erfahrungssätzen, nach denen sie verfuhr. Während Adam Smith, Maltus, Ricardo, Herrmann und die anderen in der einfachen, offen daliegenden Struktur der damaligen Wirtschaft irgendein Erkenntnishindernis nicht fanden, wurden den Forschern der industriellen Entwicklung die Türen ziemlich ängstlich verschlossen, zumindest was die Gegenwartsfragen anbetrifft. Dieses Verfahren, das man z. B. jenseits des Ozeans nicht entfernt im gleichen Sinne kennt, und das noch bei der Diskussion des deutschen Betriebsrätegesetzes zu den seltsamsten Ängstlichkeiten führte, hat verschuldet, daß Irrtümer, die auch bei angesehenen Theoretikern zuerst eben wegen unvollkommener Kenntnis der Vorgänge vorkamen, überhaupt nicht berichtigt wurden. Die berühmte Lehre Karl Marx' vom Mehrwert operiert z. B. mit Gewinnsätzen, die sicher nur für sehr kurze Übergangszeiten und Ausnahme-

fälle möglich waren und bestimmt nichts Typisches für die Entwicklung darstellen. Da aber die Praxis gerade das „Geheimnis“ ihrer Kalkulation und wirtschaftlichen Betriebsführung so ungemein sorgfältig hüte, ist diese Vorstellung ein fest wurzelnder Bestandteil des ökonomischen Denkens ganz großer Massen geworden. Und als man aus der allgemeinen Kriegsnot heraus begann, nach den Grundsätzen der Kostenfestsetzung und -errechnung zu fragen, wie wenig durchgebildet, wie primitiv, ja selbst wie unverstanden kamen da uralte Prozentrechnungen oder auch geradezu Handwerkergebräuche zum Vorschein! Das moderne Finanzierungswesen aber mit seiner eigentümlichen Verbindung von Rücksicht und Zweck technischer, wirtschaftlicher und steuerlicher Art hat sich sehr bewußt dem Blick des objektiven Beobachters zumindestens bei seinem Werden immer wieder entzogen. Noch heute würde ein Preisausschreiben etwa über die Verfahrensweise bei Vorzugs-, Schutz- und Verwertungsaktien oder gar über die bei jeder größeren deutschen Gründung heute alltäglichen „Konsortialverträge“ außerhalb des Kreises der ganz unmittelbar am Werden dieser neuen Wirtschaftsrechtssentwicklung Beteiligten kaum irgendwelche Bewerber finden können, weil eben das „Betriebsgeheimnis“ der Gründungstechnik auch hier wieder als Heiligtum gewahrt wird.

Dazu kamen zwei Eigentümlichkeiten, die einmal am Material der Menschen, zum andern an Zufälligkeiten lagen. Die Lehrnotwendigkeiten der Wirtschaftswissenschaften traten nicht selten dringlicher auf als die Belehrungsmöglichkeiten für die Lehrenden. Als in den Handelshochschulen über Handel gesprochen werden mußte, war von der großen Fülle des Handelszweige nur wenig Material vorhanden. Ein Beispiel: Noch in der 3. Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften spricht Biermer in seinem Artikel „Mittelstandsbewegung“ davon, es sei „kürzlich bekannt geworden“, daß der Großhandel durchweg 20 % aufschlage, wovon 10 % Unkosten und 10 % Gewinn seien. Nun variieren in Wirklichkeit die Bruttoaufschläge im deutschen Großhandel, selbstverständlich nach der Umschlagsschnelligkeit, Verlustgefahr usw., von $\frac{1}{2}$ % im größten Getreidehandel bis zu 25 % im Schuhwarenhandel, bis zu 30 % im Handel einiger pharmazeutischer Spezialitäten, gelegentlich bis zu 50 % bei sehr gefährlichen Modeartikeln, wie Seide. Selbst 100 % und mehr kommen bei leichtverderblichen Waren vor. (Blumensamen u. ä.) Der Durchschnitt liegt aber höchstens auf der Hälfte des von Biermer (wie in einem Reisebericht aus Afrika) angegebenen Satzes. Folglich konnte man gar nicht anders verfahren, als daß man das leicht greifbare Material zuerst heranzog. Das waren aber in diesem besonderen Falle die Regelungen des Marktverkehrs. Die ersten Darstellungen der Börse zeigen mit peinlicher Genauigkeit, was die Statuten enthalten, die Börsensatzungen

und ähnliches. Die funktionelle Bedeutung der einzelnen Geschäftsarten; die Rolle, welche dieser öffentliche Markt in den ganzen Vorgängen von Warenumschlag, Preisbildung und Wertausgleich spielt, ist erst unverhältnismäßig viel später erkannt worden. Die Vorlesungen über Gewerbe w e s e n hießen nicht umsonst Gewerbe p o l i t i k , denn die gesetzlichen Regelungen boten ein jedermann zugängliches Material; ebenso ist die große Ausdehnung der wissenschaftlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik mit dadurch verursacht worden, daß die soziale Lage der Massen nicht durch Betriebsgeheimnis verborgen bleiben konnte.

Die „Mode“ in der Wirtschaftswissenschaft.

So mußte es also für eine wirklich führende Erkenntnis in der stürmisch sich aufbauenden Industriewirtschaft schon an Daten und begreiflicherweise auch Persönlichkeiten zunächst fehlen. Dazu kam aber in der Wirtschaftswissenschaft ein Moment, das auch andere, praktisch ungemein wichtige Forschungszweige aufweisen: nämlich eine gewisse Mode. Wenn in der Physik Relativität eine Weile als zentral gilt, so werden andere Zweige nicht das gleiche Interesse finden. Und wenn in der Medizin Psychoanalyse Mode ist, so werden eben andere Forschungsgebiete eine Weile vernachlässigt. Die große Mode der Wirtschaftswissenschaft in dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts war neben den uralten Diskussionen über Handelspolitik fraglos die Sozialpolitik. Nicht die eigentliche Gewerbepolitik, nicht das industrielle Werden stand im Vordergrund des Interesses, sondern das ethische, mehr noch geradezu das Gefühlsmoment darin, eine Auswirkung dieses zentralen Wirtschaftswerdens.

Dabei hätte man eigentlich etwas anderes erwarten sollen. Als scharfe und anfangs fraglos berechtigte Auflehnung gegen die reine Vernünftelei in Wirtschaftsdingen, wie sie insbesondere im Anschluß an die handels- und sozialpolitischen Diskussionen im zweiten Drittel des vorigen Jahrhunderts nur allzu üblich geworden waren, setzt die Reaktion der historischen Schule ein. Zuerst zweifellos eine notwendige Korrektur im Sinne einer Bereicherung der Erkenntnis und der genaueren Würdigung der tatsächlichen Wirtschaftsvorgänge. Solche Bereicherung stellen neben Schmollers eigenen und den von ihm herausgegebenen Schriften diejenigen von K. B ü c h e r dar, die aber in ihrer wissenschaftlichen Tendenz über die Enge des Tatsächlichen weit hinausstreben und das klassische Standardwerk von S o m b a r t . Unter Schmollers geistiger Diktatur wurde die Richtung aber in ihrer Übertreibung des Aufstöberns historischen Einzelmaterials und ihrer Ablehnung der Anwendung allgemeiner Wirtschaftsregeln bei der Erkenntnis und Auswertung wirtschaftlicher Vorgänge zur Mode, noch dazu

durch den Zufall der Ereignisse zu einer für Deutschland fraglos schädlichen Mode.

So ist die deutsche Kriegswirtschaft und erst recht die Nachkriegswirtschaft, abgesehen von den wenigen Persönlichkeiten, die diesem Bann nicht unterworfen waren, von der Wirtschaftswissenschaft weit weniger unterstützt worden, als diejenige anderer Staaten, obwohl kein anderer Staat in so dringlicher Wirtschaftsnot war. An der Meisterleistung deutscher Kriegswirtschaft ist in den entscheidenden Linien der Gestaltung, zum mindesten in der ersten Zeit, die deutsche wirtschaftswissenschaftliche Arbeit verhältnismäßig unbeteiligt. Wenn auch die Vorwürfe, die man gegen die Nationalökonomie wegen des von ihnen geforderten und durchgesetzten sogenannten „Schweinemords des Jahres 1915“ erhob, völlig unberechtigt waren und sich ihre Politik auf diesem Gebiet nachträglich als durchaus richtig erwies, so war es doch wieder kein Wissenschaftler, sondern der Praktiker v. Batocki, der in der Ernährungswirtschaft System und Linien fand, wie vorher Rathenau in der Rohstoffwirtschaft. Gewiß hat Max Serings wissenschaftliche Kommission in der Kriegsstoffabteilung mehreren Referenten den Weg in praktische Wirksamkeit und einzelnen Praktikern den in die Wissenschaft geöffnet. Sicherlich hat die „Volkswirtschaftliche Abteilung“ des Kriegsernährungsamtes von 1916—1919 unter der Leitung von Karl Thiele den Arbeitsmethoden der Betriebswirtschaft den Weg in die Praxis des größten Warenumschlagsbetriebs der Weltgeschichte gewiesen; aber die zu lange fast allmächtig gewesene historische Schule hatte das konstruktive Denken allzu hart und rücksichtslos unterdrückt, das theoretische Erkennbare zu einseitig gelegnet. Sicherlich war all das vom reinen Gesichtspunkt der Entwicklung einer Wissenschaft einige Zeit notwendig, wie stets gegenüber der Thesis die Antithesis oft stark übertrieben wird; nur hatte in diesem Fall ein Volk in Not den Schaden.

Die weitere Folge war, daß die konstruktiven Kräfte sich einer anderen Mode zuwandten. Als solche wage ich an dieser Stelle unbedenklich die Soziologie zu bezeichnen, deren sachliche Notwendigkeit unter der vorsichtigen Führung durch wirkliche Kenner sicherlich nicht zu bestreiten ist, deren Methoden, Form und Sprache des Auftretens aber nicht weniger Schaden getan haben als die vom Historismus so stark getadelte, reine Vernunft in der Wirtschaft: Mit verhältnismäßig leichter Mühe konnte hier irgendein gesellschaftlicher Zusammenhang mit einem Klange schöner, vielleicht nicht immer sehr klarer Formulierungen vorgetragen werden, der jugendliche Köpfe nur allzu leicht von sachlich exakte Arbeit fordernden Wirtschaftsfragen in der kurzen Zeit des Studiums gründlich ablenkte.

Die anderen Methoden waren weniger gefährlich, mehr zufällig. Daß wir eine Weile lang an einigen Lehrstätten fast nur Standortlehre betrieben, war auf die Dauer ein Gewinn; für den Augenblick freilich, in dem gerade diese erste Wiederkehr „erlaubten“ theoretischen Denkens zur Mode wurde, nicht glücklich; doch konnte niemand voraussehen, daß der Wahnwitz des Weltkrieges gerade in diesem Augenblick zum Ausbruch kommen würde.

2. Die Wirksamkeit in einzelnen Gebieten der Wirtschaftspolitik.

Bei alledem waren die allgemeinen Ideenrichtungen der Wirtschaftswissenschaft immer noch das bei weitem Wirksamste in der praktischen Wirtschaftspolitik. Versuchen wir, die einzelnen Gebiete zu überblicken, so sind die Wechselwirkungen selten ganz sicher feststellbar, selbst dann, wenn wir die Frist intensiver Eigenbeobachtung aus der deutschen Reichsverwaltung selbst heraus (1916—1923) in einer Weise in den Vordergrund stellen, die wissenschaftlich eben nur mit der Schwierigkeit solcher Feststellungen zu rechtfertigen ist.

a) Äußere Wirtschaftspolitik.

Die Lehre von Freihandel, Schutzzoll, Erziehungszoll (neuerdings negativer Erziehungszoll als Übergangsmaßnahme) ist von der Wissenschaft herausgearbeitet worden. Brentano und Dietzel haben in Deutschland insbesondere der Lehre des Freihandels klassische Formulierungen gegeben; desgleichen Guyot in Frankreich mit wissenschaftlich kaum bestrittener Geltung. Praktisch ist aus dem Widerstreit der Interessenpolitik trotz allem die Schutzzollpolitik hervorgegangen. Wohl in allen Ländern wird eines der unausgesprochenen Ergebnisse aller wirtschaftspolitischen Tätigkeit dieses sein: Nicht die objektive Erwägung des Masseninteresses bestimmt letztlich das wirtschaftspolitische Werden, sonst hätten im Jahre 1902 die 10 000 deutschen Getreidegroßproduzenten gegenüber 56 Millionen Konsumenten wenig bedeuten können, sondern die Menge der an einer Maßnahme Interessierten, multipliziert mit der Intensität ihrer Interessen an dieser Maßnahme. Diese Intensität ist beim Produzenteninteresse an einem Markte oder gar einer Ware fast immer ganz unvergleichlich größer als das Konsumenteninteresse; daß auch beim Arbeiter das Produzenteninteresse im Einzelfall die Rücksicht auf Konsumenten- und Klasseninteresse oft bedenklich überwiegt, das stellten wir im Weltkriege und vor allem hernach in den sogenannten Selbstverwaltungskörpern mit betrüblicher Sicherheit fest.

Wenn seit den Diskussionen um die Jahrhundertwende über die Gestaltung der Außenwirtschaftspolitik entscheidend neue Gedankengänge praktisch nicht

wirksam geworden sind, so ist die Ursache dafür nicht bei der Arbeit desjenigen Teiles praktischer Wissenschaft zu suchen, der die Aufklärung über den materiellen Tatbestand der außenwirtschaftlichen Verhältnisse behandelte. Im Gegenteil: Die Erforschung der Beziehungen zwischen den Nationen hat gerade im letzten Menschenalter ganz besondere Förderung erfahren. Die Arbeiten von Schumacher sowie einigen seiner Schüler und von Wiedenfeld auch in den letzteren Tätigkeiten als Abteilungsleiter im Auswärtigen Amte über die organischen Gestaltungen in der Weltwirtschaft und die groß angelegten Untersuchungen von Harms haben über das Tatsächliche sowohl der Wirtschaft fremder Länder wie insbesondere auch über die Wirtschafts- und sogenannten Handelsbeziehungen zwischen ihnen reiches und sachlich wertvolles Material geschaffen. Die Lehre vom Werden einer organisch in sich gegliederten Weltwirtschaft hat mit dem praktischen Werden Schritt gehalten. Die Handelsformen und Handelsgebräuche hat die österreichische Schule der Privatwirtschaftler, insbesondere Hellauer, zu einer Welthandelslehre zu formen versucht. Zu unerwarteter Bedeutung gelangten dann vor allem auch die Arbeiten über internationale Kapitalübertragungen, unter denen diejenige von Satorius von Waltershausen voransteht; leider reichlich spät. Wenn der gedankliche Fortschritt in den Fragen der äußeren Handelspolitik seitdem nicht größer war, und wenn insbesondere die Praxis nach wesentlich anderen Gesichtspunkten verfuhr und weiter verfahren wird, als die wirtschaftlichen Diskussionen im letzten Menschenalter verliefen, so vielleicht deswegen, weil man Werner Sombart's frühen Hinweis auf die sinkende Bedeutung der deutschen Exportquote allzu wenig in der wirtschaftlichen Diskussion beobachtet hat (obwohl z. B. neuerdings das deutsche „Wirtschaftswunder“, d. h. das überaus schnelle Wiederemporkommen Deutschlands nach der Währungsstabilisierung trotz der Verkleinerung seines Außenhandels gegenüber einst sehr deutliche Hinweise hätte geben müssen). Zum andern liegt der Grund auch darin, daß die privatwirtschaftlichen Antriebe in der industriellen Wirtschaft von vielen Wissenschaftlern wenig verstanden, auch von der Praxis oft mehr gefühls- als erkenntnismäßig geübt werden: Entstehung und kalkulatorischer Sinn des echten Dumping; sehr verschiedenartige Lagerung handelspolitischer Interessen nicht nur zwischenden einzelnen Stadien einer Verarbeitung, sondern gerade auch zwischen den einzelnen Betriebsgrößen und -formen. Die Ansätze hierzu, begonnen mit Schüller's theoretischer Abhandlung, damit nicht in unmittelbarem Zusammenhang fortgesetzt in Alfreds Webers Versuch, die Standortslehre, d. h. einige der industrie-wirtschaftlichen Kostenelemente, mit der Handelspolitik zu verbinden,

und kaum noch damit in Zusammenhang gebracht die Lehre von der verschiedenen Natur der Kostenarten im Betriebe (von Schmalenbach begonnen, von Bücheler als das Gesetz der Massenproduktion besonders eindringlich formuliert), enthalten in sich, soweit zu sehen, wichtigste neue Keime einer Lehre von den wirklichen Triebkräften der Außenwirtschaftspolitik. In der Diskussion z. B. der deutschen Zollpolitik des Jahres 1925 ist davon wenig zu bemerken; die Praxis wird sich aber voraussichtlich in ihrer Art danach richten, nämlich unter einem eigentümlichen Kompromiß der wirklich wirkenden Verschiebungen der Produktionsbedingungen, zumal der Kostenverhältnisse, und der wirtschaftlichen und besonders auch der intellektuellen Machtverhältnisse unter den heute verbandsmäßig straff zusammengeschlossenen Unternehmergruppen.

b) Die äußere Finanzpolitik (die Politik des „Transfer“).

In der Geschichte früherer Wertübertragungen von Nation zu Nation spielt die Wirtschaftswissenschaft mit Ausnahme des Falles von 1870 aus klar liegenden Gründen keine bedeutende Rolle. Selbst dieser Fall der 5 Milliarden Goldfranken, mit dem der Name von Ludwig Bamberger für immer verbunden ist, war im Grunde genommen nichts anderes, als was bis dahin geschehen war: Entweder nahm der Sieger in alter Zeit menschliche Arbeitskräfte fort, hernach wenigstens das transportierbare öffentliche oder auch private Gut, oder man setzte den Unterlegenen in die Notwendigkeit, Güter und Währungsmetall irgendwoher zu besorgen und sie dann langsam abzuarbeiten, ein Verfahren, das in manchen Fällen auch durch Staatsbankrott erledigt wurde. Ganz anders bei den ungeheuerlichen Summen, die der Weltkrieg verschlang, und für deren endgültige Tragung man an dessen Ende irgendwie eine neue Verteilung suchte. Woher es gekommen sein mag, daß die Friedenskonferenzen so ungemein wenig ökonomisches Sachverständnis in ihren Entscheidungen aufwiesen, das wird immer Geheimnis der Hauptbeteiligten bleiben. Wilson hat, obwohl rein juristisch vorgebildet, in seiner Heimat auch wirtschaftspolitisch manches geleistet. In welch erschreckender Weise aber die wirtschaftliche Vernunft bei den ersten Festsetzungen zurückgesetzt wurde, das hat Keynes in so plastischer Sprache dargetan, daß damit dem Wirtschaftsverständnis der Versailler Entente-konferenz für immer ein wenig erfreuliches Urteil gesprochen ist. Vielleicht noch schädlicher für den Wirtschaftsaufbau Europas als Weltkrieg und Vernichtung war seine wirtschaftliche Balkanisierung und vor allem der Versuch einer einseitigen handelspolitischen Bindung, wie sie die „einseitige Meistbegünstigung“ Deutschlands und seiner Kriegsverbündeten darstellte. Sie sollte nach Äußerungen der französischen Politiker Louché und Serruy eine

weitere Form der Entschädigung der durch Krieg zerstörten Länder darstellen, die nicht erst in Entschädigungssummen eingerechnet werden konnte. Die Wirkung ist bekannt: Dieser Versuch einseitiger wirtschaftlicher Hörigkeit hat Europa unerhört geschädigt, seine Rückständigkeit gegenüber Amerika fraglos stark erhöht und weder für Frankreich, Belgien und Italien, noch für irgendjemand sonst einen positiven Nutzen gebracht. Die Erschütterungen der europäischen Währungen und Wirtschaften zeigten in der Folgezeit, daß die Wirtschaft weder allein mit der Gewalt der Waffen noch der Sachkenntnis eines tüchtigen Industriellen gelenkt werden kann. Und so wendete man sich bei den Versuchen, der Nöte der europäischen Wirtschaft in irgendeiner Weise Herr zu werden, mehr gezwungen als freiwillig denen zu, deren Lebensaufgabe die Erforschung wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenhänge ist. Freilich kamen die besten Kenner dieser Materie, wenn überhaupt, erst spät zu irgendeiner Geltung. Statt dessen machten sich allzu viele, auch der Wissenschaftler, zur geistigen Leibwache politisch-leidenschaftlicher Unvernunft. Immerhin haben auf deutscher Seite für die Erkenntnis der wirklichen Möglichkeiten die Arbeiten und überaus wirksamen Reden von Walter Rathenau und die stillere Arbeit von Bonn und einigen andern wesentlich beigetragen. Auf der Gegenseite hat insbesondere der wirtschaftswissenschaftlich gut durchgebildete Sir John Bradbury neben den Amerikanern, vor allem Logan, vom Beginn der Reparationsdebatten sachlich Bedeutsames zum Erfassen des wirtschaftlich Möglichen geleistet. Die Wirtschaftsdenkschrift der Alliierten vom Frühjahr 1920 war ein früher Vorläufer des Dawesplans; die Erkenntnis der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich hier dokumentierte, hat in den wirtschafts- und finanzpolitischen Handlungen der Alliierten leider erst sehr spät ihren Niederschlag gefunden. Der große Fehlschlag der Reparations-Barzahlungen im Spätherbst 1921 führte dann auf deutscher Seite zur wiederholter Durchprüfung deutscher Wirtschaftskraft und Transfermöglichkeit. Im unmittelbaren Verfolg dieser Arbeiten kam es zur Konferenz von Genua, wo neben den Politikern auch angesehene Wirtschaftswissenschaftler Europas als „technische Experten“ ihr Urteil abgaben. Daß die Ergebnisse nicht schneller reiften, lag in diesem Falle wohl fast allein an dem Versuch finanzieller Gewaltpolitik, der mit dem Namen Poincaré verbunden bleibt. Die erste wirtschaftliche Beruhigung Europas durch den Dawesplan ist das Ergebnis eindringender wirtschaftswissenschaftlicher Arbeit, und diesmal sind auch in fast allen beteiligten Nationen führende Wirtschaftswissenschaftler beteiligt gewesen. So von den Vereinigten Staaten neben Logan insbesondere Kemmerer; von den englischen Währungspolitikern neben Montagu Norman und Bradbury, insbesondere Sir

Josiah Stamp, auf deutscher Seite in den amtlichen Vernehmungen K u c - z i n s k y , in den nichtamtlichen Besprechungen mehrere andere führende Wirtschaftswissenschaftler. Welches immer das Ergebnis des Dawesplans sein mag — nicht in allen Stücken wird man die Zwischenlösung, die er sehr bewußt darstellen will, noch die Begründung mancher wesentlichen Gesichtspunkte für dauerhaft halten — im ganzen beweist der Erfolg, daß er sein erstes Ziel erreicht hat. Das Dawesdokument ist gewiß keine „wirtschaftliche Bibel“; aber es ist ein weltgeschichtlicher Beweis dafür, daß die ökonomischen Möglichkeiten sicherer durch die mit den Grenzen des Möglichen näher vertrauten Fachleute als durch die mit den Mitteln der Gewalt arbeitenden, reinen Politiker gelöst werden.

Ist die Entwicklung auf dem Gebiet der Transferpolitik, wenn auch zum Teil dank den politischen Umständen, für die Wirtschaftswissenschaft nicht unerfreulich, so bietet unsere innere Wirtschaftspolitik in der von uns zu überschauenden Zeit für ihre Wirksamkeit ein weniger günstiges Bild.

Zunächst in der Finanz- und Währungspolitik.

c) Finanz- und Währungspolitik.

Schon lange bevor einer unserer Größten über die „Grundsätze der Volkswirtschaft und Besteuerung“ geschrieben hat, gehörte die Finanzwirtschaft des Staates mit zu den best beobachteten Gebieten der Wirtschaft. Da die Universitäten vom Staat vorzugsweise zur Ausbildung seiner Beamten unterhalten wurden, spielt die Geldwirtschaft des Staates im Unterricht und in der literarischen Produktion dieser Schicht eine große Rolle. Das große Werk von Adolf Wagner, das wohl zum erstenmal in völlig umfassender Weise das Grundsätzliche und Tatsächliche der Staatsfinanzierung herausgearbeitet hat, war fast zwei Menschenalter wichtige Quelle und Richtlinie zum mindesten in der Finanzpolitik der deutschsprechenden Welt. Auch in den viel diskutierten Einzelfragen war hier das Zusammenwirken wissenschaftlicher Arbeit und praktischen Geschehens durchweg eng. Gewiß hatten und haben wir unter den Parlamentariern stets nur wenige wirkliche Kenner der Staatsfinanzen (dies, obwohl Sinn und Zweck der Parlamente von alters her in erster Linie doch die Kontrolle der finanziellen Gebarung der Staaten war). Um so sicherer war und ist aber das unmittelbare Zusammenwirken derer, die wirkliche Sachkenntnis in den immerhin sehr umfänglichen Finanzfragen besitzen, mit denen, welche die Finanzwirtschaft regeln und ihr Endergebnis mit zu verantworten haben. In den Zeiten der festen Währung hat das Kernproblem, wie man der Wirtschaft die für den Staat notwendigen Mittel unter möglichster Schonung der wirtschaftlichen

Wohlfahrt des Volkes entzieht, auf einigen Gebieten zu Meinungskämpfen geführt, an deren sachlichem Untergrunde wissenschaftliche Arbeit stark beteiligt war. Dazu gehört z. B. die Frage, inwieweit der Staat und seine kleineren Abbilder — Gemeinde und Gemeindeverband — ihre Einnahmen aus eigenem Betriebe schaffen können und sollen, eine Frage, die nach dem wirtschaftlich glänzenden Erfolge der deutschen Eisenbahnen und den durchweg günstigen Arbeiten der Betriebe bis zum Weltkriege hin fast allgemein bejahend beantwortet wurde. Man sprach damals von einem „Gesetz der wachsenden Ausdehnung des öffentlichen Betriebes“. Seitdem hat Überspannung solcher Versuche im Kriege und außerordentliche Steigerung der sozialen Spannung in Deutschland den Willen zum Fortschreiten auf dieser Bahn sehr stark in das Gegenteil verkehrt. Die Miquelsche Steuerreform entsprach in ihren sozialen Grundgedanken wohl im ganzen den Vorstellungen, die Adolf Wagner gelehrt hatte; sie war in der technischen Durchführung überaus geschickt. Im übrigen drehte sich die Erörterung der Vorkriegszeit im wesentlichen um den Streit über das Ausmaß, das sogenannte direkte und indirekte Steuern an der Aufbringung der Staatslasten haben dürften (obwohl die Frage der Abwälzbarkeit von Steuern nicht sehr eingehend erörtert worden war). Tiefere, grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten traten dann bei dem Versuch stärkeren Ausbaues der Erbschaftssteuer zutage. Die Volksstimmung trug den Kämmerern der Städte die Wertzuwachssteuer geradezu entgegen; all diese Probleme bewegten gelegentlich die öffentliche Meinung stark. Das gedankliche Rüstzeug wurde fast ausschließlich von der Wissenschaft geliefert. Große Erschütterungen und selbst große Entscheidungen brachten aber all diese Fragen in dem Menschenalter vor dem Kriege nicht mehr.

Dasselbe gilt von der Währungsfrage. Nachdem der Streit über das Währungsmetall, von der Neuen Welt stärker getragen als von der Alten, schließlich unter Ludwig Bamberger's Führung in Deutschland durch die Tat zugunsten des Goldes entschieden war, und nachdem die aus den Kriegen stammenden Resterscheinungen älterer Inflationen bis zur Jahrhundertwende in Europa und Nordamerika beseitigt waren, trat in der Währungsfrage nur die recht interessante und sachlich wertvolle Debatte der Chartalisten auf, die unter den Formulierungen Knaps eine gewisse Befreiung der Welt vom „Goldwahn“ zu erreichen versuchten. Ihnen gegenüber stand die fraglos große Majorität der Anhänger der metallischen Währungsgrundlage, denen für Deutschland damals wohl Helfferich die entscheidende Formulierung ihrer Stellungnahme gab. Zwar setzte schon vor dem Weltkriege eine Diskussion über das Goldproblem ein, nämlich über die Frage, ob die Goldvermehrung nicht schneller

gehe als der Bedarf der Wirtschaft nach Zahlungsmitteln, und ob die Preissteigerung, die man im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkriege allgemein beobachtete, nicht eine Folge dieser Goldinflation der Welt sei. Aber all das war nur von sekundärem Interesse. Eine weit größere Rolle spielten die Fragen der Notenbankpolitik, insbesondere diejenigen des Zinssatzes, der Diskontpolitik, in den Erörterungen von Wissenschaft und Praxis; es wird immer einer der seltsamen Vorgänge der deutschen Währungsgeschichte bleiben, daß Schumacher und besonders Johannes Plenge der deutschen Reichsbank für ihre in der Vorkriegszeit befolgte Politik Ideengänge von einer Großzügigkeit unterlegten, von der die nachfolgenden Leistungen leider nicht die geringste Spur entdecken ließ.

Gewiß waren die Währungs- und Finanzprobleme in Weltkriegs- und Nachkriegszeit von einer Schwere, wie wohl kaum eine Zeit vorher sie gekannt hat. Es fehlte den Persönlichkeiten, die diese Politik zu führen hatten, nahezu alle Erfahrung auf dem Gebiete der Papierwährung und ihrer Möglichkeiten. Aber dennoch: Das unerhörte Versagen der gesamten Währungspolitik in einer Reihe europäischer Staaten bleibt ewig ein negatives Ruhmesblatt für die verschiedenen Hüter der Währung und kein positives für diejenigen, die schließlich berufen waren, deren Lehrer zu sein. Kriegswirtschaftspolitik war noch stets Notpolitik. Daß bei Kriegsausbruch die eiserne Klammer zwischen Notendeckung und Geldherstellung gelöst wird, daß die „schwebende Schuld“, d. h. die zwangsmäßige Anleiheaufnahme bei allen solchen, die auf Befriedigung mit gesetzlichen Zahlungsmitteln angewiesen sind, genau so zur Mobilmachung gehört wie zwangsmäßige Wegnahme von Mensch und Pferd aus der Wirtschaft, das war eigentlich ein Grundbestandteil der Diskussionen über finanzielle Mobilmachung gewesen. Ob man auf die Dauer Kriegslasten lieber durch Anleihen oder Steuern finanzieren solle, das war der Gegenstand ernster Untersuchungen in den letzten Jahren, als das Wetterleuchten des Krieges in bedenklicher Nähe zuckte. Erst als der Kriegsgewinn starke Einkommens- und Vermögensverschiebungen brachte, wurde die Kriegsanleihepolitik zum Fehler, der „Kriegsfond“ zur Inflationsquelle; mit der einsetzenden übermäßigen Geldvermehrung ist der in Deutschland wissenschaftlich führende Name Heffner weitgehend verbunden, ebenso wie mit der Bankpolitik, die sich seitdem insbesondere an den Namen Hessenstein geknüpft hat. Das Ergebnis bei Kriegsende war, daß wir aus dem Kriege hervorgingen mit ungefähr verdreifachter Menge an Zahlungsmitteln, wovon aber ein immerhin großer Bruchteil in belgischen Tresors eingeschlossen war (und bis heute noch ist).

Ungeachtet der Warnungen insbesondere von P r i o n und später von L a n s - b u r g h wurde eine Zeitlang in der Nachkriegszeit Inflationspolitik getrieben, und vorübergehend war das wohl nicht anders möglich. Die ordnungsmäßige Demobilisierung, eines der wenigst bekannten Meisterstücke deutscher Organisationskunst mitten in wildester Auflösung, war nur mit diesem Mittel durchführbar. E r z b e r g e r s großes bleibendes Verdienst ist es, wenigstens den Versuch gemacht zu haben, durch scharfe Besteuerung den seit 5 Jahren vollkommen unübersichtlich gewordenen (oder eigentlich gar nicht mehr vorhandenen) Reichsetat auszugleichen. Daß er dabei zu überaus hohen Steuersätzen griff, mag hart gewesen sein; aber soweit es ein Fehler war, ist dieser fast überall gemacht worden. — Von den größten Vermögen in den Vereinigten Staaten werden noch heute bis zu 60 % als Steuer verlangt¹⁾. Die dann folgende Währungspolitik knüpft praktisch weitgehend an den Namen H e l f f e r i c h an. Man hat Walter R a t h e n a u gelegentlich als Vater der Inflationspolitik bezeichnet. Mag sein, daß er in der Notwendigkeit, übermäßig drückende Lasten von Deutschland abzuwälzen, die ausschlaggebende Bedeutung einer überlasteten Zahlungsbilanz weit stärker in den Vordergrund stellte als die notwendige innere Deckung von Leistungen an das Ausland ohne zusätzliche Schaffung von Zahlungsmitteln. Im übrigen aber folgten Wirtschaft und Wissenschaft mit ganz wenigen Ausnahmen der Parole, die vereint von H e l f f e r i c h , H a v e n s t e i n und S t i n n e s ausgegeben wurde: Die Wirtschaft istrettungslos passiv, der Etat ist eben deswegen aus ordentlichen Mitteln überhaupt nicht zu decken, offene Anleihen sind nicht mehr unterzubringen, — also . . . Als Reichsfinanzminister H e r m e s , dem dringenden Verlangen englischer Währungstheoretiker und -praktiker entsprechend, Ende Mai 1922 mit der Reparationskommission ein Abkommen traf, den sogenannten Bradbury-Entwurf, demzufolge nicht etwa die Inflation abgestoppt sondern nur ihre Vermehrung nicht über das Tempo der letzten Monate hinaus erfolgen sollte, da rief H e l f f e r i c h nach dem Staatsgerichtshof. Ehrliche Bestrebungen wie diejenige von B o n n und die doch noch allzusehr die Sprache der Inflationspolitiker sprechenden von L o t z wurden bei dieser Gelegenheit ebenso unbeachtet gelassen wie etwa diejenigen des Reichswirtschaftsministeriums, betr. die Erfassung der Sachwerte oder Goldanleihen im Jahre 1921 und 1922. Die bittere Kritik von K e y n e s , C a s s e l und anderer an der Theorie der rettungslosen Passivität der deutschen Zahlungsbilanz im November 1922 wurde von Havenstein und Stinnes mit

¹⁾ Natürlich auch mit wirtschaftsschädlicher Wirkung. In einer Stadt im mittleren Westen der Vereinigten Staaten zeigte man einen Wolkenkratzer, der bei den Raumverhältnissen gewiß nicht nötig war; als Entstehungsgrund nannte man uns: „Steuerflucht in die Höhe.“

um so stärkerer Wiederholung der Behauptung antwortet, daß sie die alleinige Ursache der deutschen Inflation sei. Nur ganz wenig dissentierende Stimmen erhoben sich; die Wissenschaft blieb bis Ende 1922 stumm. Die verderblichste aller Steuern, die Inflation, mußte dann auch den Ruhrkampf finanzieren, und rettungslos sauste die deutsche Währung in den Abgrund und brachte Wirtschaft und Reich bis dicht an den Rand der Vernichtung.

Wer dann die Grundlagen für die hernach wirklich erfolgte Stabilisierung gelegt hat, eine Stabilisierung lediglich von innen heraus, darüber mag hier nicht allzu ausführlich gesprochen werden. Ob H e l f f e r i c h , S c h a c h t oder L u t h e r das Wesentliche an der Währungssanierung getan hat, wird nicht ganz leicht festzustellen sein. Der Gedanke einer neuen Währung, angeschmiegt an den Goldwert und gedeckt durch Sachwerte, ist schon bei den Regierungsvorschlägen der Erfassung der Sachwerte (Juli 1921) und vor allem bei denjenigen der Goldanleihe (August 1922) aufgetreten und ziemlich klar dargelegt worden. Andere Gedankengänge, die eine unmittelbare Goldwährung planten, sind ebenfalls relativ früh entwickelt worden. Die Idee, die Sachwertedeckung durch Rentenbriefe zu vergegenständlichen und eben dadurch eine Art Fallschirmwirkung gegen etwa erneut fallende Währung zu schaffen, erscheint wohl zuerst in den Vorschlägen von M i n o u x (unter dem Pseudonym Friedrich Pilot), eines von Theorie kaum berührten, mutigen Praktikers, der natürlich auch sehr gleichartige historische Vorgänger hatte, sie aber vermutlich nicht kannte; ungefähr gleichzeitig, wahrscheinlich in gewissem Zusammenhang damit, bei Helfferich. Helfferichs Entwurf, im Paragraphen gefaßt, hat dann zweifellos der Regierungsberatung zugrunde gelegen. Die Nebenfrage, ob der Roggen oder der Goldwert die Grundlage der Währung bilden sollte, ist schon schon in ziemlich frühem Stadium durch Nachgeben von Helfferich erledigt gewesen (spätestens im ersten Septemberdrittel 1924). Daß die ganze Konstruktion einer neuen Währung nur eine Hilfsmaßnahme war, um die plötzlich als möglich erkannte Ausgleichung des Etats durchzuführen, und welche besonderen Glücksfälle diesem Ritt über den Bodensee, den die Schaffung der Rentenmark darstellt, noch zu Hilfe kamen, das hier auseinanderzusetzen, dürfte sich erübrigen. In der darüber geführten Diskussion H a r m s gegen B r ä u e r ist der erstere in tatsächlicher Hinsicht fraglos im Rechte. Hatte die deutsche Wissenschaft, soweit Helfferich als ihr Vertreter anzusehen ist, in der bedenklichsten Weise versagt, so hat sie wenigstens, nachdem das Währungskind in den Brunnen gefallen war, das Zudecken des Brunnens einigermaßen kunstgerecht besorgen helfen. Schacht und Luther haben in zielbewußter, vom Glück überraschend begünstiger Arbeit schließlich möglich gemacht, was die überwiegende Mehrheit der deutschen Wirtschaftswissenschaftler

bis dahin für unmöglich erklärt hatte, nämlich während eines schweren Wirtschaftskampfes durch rein währungstechnische Mittel — die gleichzeitig verfügte Arbeitszeitverlängerung hat diese Vorgänge wahrscheinlich mehr erschwert als erleichtert — die Währung zu ordnen und damit der Wirtschaft wieder eine normale Grundlage zu geben.

Daß seitdem die Diskussionen eine beträchtlich größere Tiefe erlangt haben, ist eine der erfahrungsmäßigen Einwirkungen des Feuers auf gebrannte Jugendliche. Immerhin hat die wertvolle Diskussion über das Goldproblem der Welt, die Keynes begonnen und Cassel neuerdings fortgesetzt hat, die Idee der Schaffung einer allgemeinen Weltindexwährung, eines stabilen Dollars statt des im Werte gefährdeten Golddollars in dem von Inflation am schwersten niedergeschlagenen Deutschland bis jetzt nicht einmal privatwirtschaftlich, z. B. bei langfristigen Darlehen, einen Ausdruck gefunden.

d) Sozialpolitik.

Das große Lieblingskind der Nationalökonomie etwa seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts war die Sozialpolitik.

Seit jenem ersten äußeren Wahrzeichen von 1872, als die damaligen Jungen sich von den alten, unentwegten Vertretern manchesterlicher Nichteinmischung ins Wirtschaftsgeschehen abwandten, waren auf diesem Gebiet die Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Praxis besonders bedeutsam; Stimmungen und Strömungen seit Ende des Weltkrieges zeigen freilich eine recht deutliche Richtungsänderung.

Auf den beiden großen Gebieten, die man bei der Sozialpolitik zu unterscheiden pflegt, bei Selbsthilfe und Staatshilfe, sind Wissenschaft und Praxis in ganz besonders enger Fühlung gewesen, am wenigsten vielleicht bei der unmittelbaren Selbsthilfe. Den Arbeitergilden der Gegenwart wurde von Brentano die Bahn zum mindesten im Bewußtsein der Gebildeten gebrochen. Daß im übrigen die Wechselwirkungen gerade hier nicht besonders bedeutsam waren, zeigten wir im zweiten Abschnitt dieser Darlegung. Dasselbe gilt von den Grossenschaften. Wohl aber ist bei den Grundlagen dieser beiden Entwicklungen die Wissenschaft maßgeblich beteiligt gewesen, insbesondere bei der Sicherung der Koalitionsfreiheit (freilich war sie bei Bismarcks großem Gewaltschlag, dem Sozialistengesetz, ziemlich wortlos geblieben). Genau so haben sich die Zweckverbände der anderen Seite, die Arbeitgeberverbände, in nicht besonders enger Fühlung mit der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit für sich entwickelt. Dagegen haben die Arbeiten der Wissenschaft bei Werden und Ausbildung der Tarifverträge schon rein statistisch, dann aber auch an der Ausgestaltung

selber mitgewirkt. Mit Recht verlegte die positiv sozialpolitisch veranlagte Richtung der Wirtschaftswissenschaft sich zunächst auf diejenigen Gebiete der Sozialpolitik, in denen die Selbsthilfe aus inneren Gründen nicht möglich war, also auf die Nichtkoalitionsfähigen, insbesondere die Jugendlichen, die Heimarbeiter und die Hausangestellten. In der letzteren Richtung freilich mit wenig praktischen Erfolgen; die Fürsorgemaßnahmen für die Jugendlichen, die gerade bei den Gewerkschaften aus inneren Gründen zeitweilig wenig Beachtung fanden, sind zweifellos weitgehend durch die Arbeit der positiv sozialpolitisch gerichteten Wissenschaftler geschaffen worden. Der Einblick in die besonderen Verhältnisse der Heimarbeit ist von hier aus erst eröffnet worden.

Der Wirkungsgrad der amerikanischen Wissenschaft hinsichtlich der Nutzung der Arbeitskraft ist in Deutschland noch nicht erreicht worden. Immerhin waren sehr wertvolle Ansätze in den Untersuchungen über Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft geschaffen worden; wird auch die vom Reichsarbeitsministerium in der Nachkriegszeit eingeleitete „Arbeitswissenschaft“ ein wenig gar zu theoretisch gehalten, so sind doch auch hier Arbeitsgebiete, deren Fruchtbarkeit schon jetzt unverkennbar ist.

Nicht minder auf dem Gebiet der Statistik liefe. Bei Schaffung der deutschen Sozialversicherung liegt die Wechselwirkung der verschiedenen Zweige der Wirtschaftswissenschaft mit der Verwaltung offen zutage. Im Ausbau und der Zusammenfassung der deutschen Sozialversicherung in der Reichsversicherungsordnung ist die Arbeit der Fachwissenschaft offensichtlich. Eine in der großen Öffentlichkeit weniger beachtete, aber sehr nachdrückliche und im Grunde recht erfolgreiche Arbeit haben auch die Kommunalwissenschaftler und Kommunalpolitiker, bei denen vielfach Personalunion bestand, in ruhiger Arbeit durchgeführt. Der stärkste Erfolg lag wohl bei der Wohnungsfrage, über die wir an anderer Stelle sprechen. Er lag nicht minder in der sonstigen Massenversorgung. Die Kommunalisierung der gemeinnützigen Betriebe geschah unter intensivster Mitwirkung derer, die wirtschaftswissenschaftlich das verkleinerte Abbild des Staates, eben die Gemeinden, behandelten, und es bestand in dieser Schicht kaum eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, wie denn auch die „Kommunalprogramme“ der verschiedenen politischen Parteien Deutschlands in der Vorkriegszeit sehr wesentliche Verschiedenheiten in der Praxis kaum aufwiesen. Aus diesem Gedankenkreis wurde zuerst die Praxis der überkommunalen Unternehmungen auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage geboren, über die unmittelbar vor dem Weltkriege eine lebhafte Diskussion stattfand, die „gemischtwirtschaftliche Unternehmung“, die dann in der Kriegszeit in den Kriegsgesellschaften eine unerwartet große Treibhausblüte erreichte.

Der im ganzen günstige Erfolg der deutschen Sozialversicherung, in einer nicht ohne weiteres zweifelsfreien Weise ergänzt durch eine Standesversicherung, diejenige der Privatangestellten (dies allerdings nach österreichischem Vorgang), machte in der Welt Schule, in seltsamer Weise gerade in Großbritannien. Dessen radikaler Übergang von absoluter Freiheit im Arbeitsverhältnis zu weitgehender staatlicher Fürsorge, der erste überaus radikale Schritt von Lloyd George, wurde in Deutschland seltsamerweise ziemlich wenig beachtet, das Problem der Erwerbslosenversicherung, von Lloyd George in überaus einfacher radikaler Weise gelöst, gedieh bei uns vor Kriegsende über Diskussionen nicht hinaus.

Bei all dem haben die Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik, die teilweise auch besonders wertvollen Erörterungen der evangelischsozialen Kongresse und diejenigen der Gesellschaft für soziale Reform die Richtung der deutschen Sozialpolitik und auch ihre Praxis wesentlich mitbestimmt. Mit dem Erstarken der Arbeitnehmerorganisationen wurden die Gegenströmungen im letzten Jahrzehnt vor dem Weltkriege stärker; gegen die Weiterführung der Sozialpolitik wandte man sich aus zwei Gesichtspunkten: Die um Ehrenberg gruppierten Persönlichkeiten mehr aus produktionswirtschaftlichen, Max und Alfred Weber gegen Überspannung des quietistischen Grundgedankens aber aus psychologischen Gründen. Das Ideal „treu deutsch und pensionsberechtigt“, allzu allgemein aus der Hochschätzung des Beamtenstands emporgewachsen, erschien damals als Gefahr für die Volkskraft.

Eine fast allgemeine Umstellung der Willensrichtung in der Wissenschaft setzte dann nach dem Weltkriege ein. Die Anfänge lagen im Kriege selber. Die Not an Arbeitskraft gab den Gewerkschaften im Kriege bereits eine wesentlich stärkere Stellung, als sie vorher tatsächlich vorhanden war. Das Hilfsdienstgesetz konnte nur mit ihrer Hilfe durchgeführt werden. Immerhin — inter arma schwiegen die sozialpolitischen Gegensätze, bis das Kriegsende eine plötzliche, radikale Veränderung der Wirtschaftsführung androhte, dergleichen aber nur in der Sozialpolitik in die Wirklichkeit übersetzte.

Nicht etwa in Deutschland allein. Ganz abgesehen von dem radikalsten Umsturz in Rußland, ging damals eine große Welle der „labour unrest“ über die Welt. Die ungeheure Überanstrengung jeglicher körperlichen und seelischen Kraft im Kriege führte nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt zu einem Nachlassen von Arbeitswillen und Arbeitsleistung, für das der französische Name weit prägnanter ist als irgendein deutscher: „Vague de paresse“. Damit verbunden war der Wille derer, auf deren Schultern die Kriegslast zum allergrößten Teil gelegen hatte, nämlich der Arbeitnehmer, nach Namens Wort „vom Industriearbeiter wenigstens zum Industriebürger“ zu werden. Es

war fast ganz das gleiche Bild in der Schweiz wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo damals in einer ziemlich großen Zahl von Betrieben eine ganz ernsthafte Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer eingeführt wurde, wie dort seitdem auch Arbeiter- und Angestelltenräte in den Betrieben im Anwachsen begriffen sind; und das ging bis hinüber nach Japan und schlug hohe Wellen in dem Siegerlande England. Die Friedensverträge von 1919 spiegeln wohl zum erstenmal in der Weltgeschichte diesen internationalen Willen zur Sozialpolitik wieder. Der Völkerbund erhielt in seinem internationalen Arbeitsamt das erste Institut, das auch Deutschland mitumfaßte, und internationale Konferenzen, wie besonders diejenige von Washington, versuchten, die weittragende Neuerung des Acht-Stundentages über den Erdball zwangsmäßig zu verbreiten.

Daß in Deutschland mit dem politischen Umschwung ein sozialer in größerem Umfang ziemlich allgemein erwartet wurde, führte zu einigen sehr radikalen Maßnahmen, wie dem Acht-Stundentag und den Maßnahmen der Arbeitsstreckung, die übrigens *j e g l i c h e* Demobilmachung erzwungen hätte. Sozialismus war Opposition gewesen; nun wurde er formell eine Zeitlang Herrscher. Sozialismus verstand sich selbst als *S o z i a l i s i e r u n g*. Aber hier zeigte sich sehr bald, daß die wissenschaftliche Vorarbeit für eine Umwandlung der Wirtschaftsform durchaus unzureichend war; weder das Ziel, noch die Mittel waren klar. So versuchte v. Möller und Dörfel nach dem Bilde der Kriegsgesellschaften unter Arbeiterbeteiligung ein zünftlerisch gedachtes Übergangsinstitut zu formen, die industriellen *S e l b s t v e r w a l t u n g s k ö r p e r*: Eine horizontale, graphisch dargestellte Zwangsorganisation der Wirtschaft, in der außer den Vorbildern in der Kriegswirtschaft eine eigentlich wirtschaftswissenschaftliche Mitwirkung nicht vorlag, und der wirtschaftswissenschaftliches Durchdenken ziemlich weitgehend mangelte. Alle derartigen Versuche scheiterten mit Ausnahme eines auf dem Wohnungsgebiete, des Bergmanns-Heimstätten-Gesetzes (Ende 1919). In Wirklichkeit war jeder Gedanke einer grundsätzlichen Umwandlung der Wirtschaftsverfassung spätestens Mitte 1919 erledigt, aber formell blieben allerdings die Vertreter solcher Forderungen die Träger der Staatsgewalt (wenn auch längst nicht mehr wirkliches Machtzentrum), und sie wurden nun für alle jene Vorgänge verantwortlich gemacht, die sich an das furchtbare Erlebnis der mitteleuropäischen Inflation anschließen (genau wie ihre Gegner nachher in Frankreich), obwohl ihnen höchstens der Vorwurf schwachherziger Duldung gemacht werden kann.

Die Träger der Wissenschaft sind fast durchweg Angehörige der mittleren Einkommensschicht, und just diese Klasse wurde durch die Inflation, die alle Einkommensunterschiede zuerst und am gründlichsten zusammenpreßte, pro-

letarisiert, pauperisiert; die Zusammenhänge waren aber auch den Bestunterrichteten wenig klar und sind ihnen noch heute fast durchweg fremd. So änderte sich bei denen, die bis dahin Träger des Willens einer Fürsorge für die Arbeitnehmerschichten waren, unter der Wucht eigenen Erlebnisses die Stimmung gründlich. Während man früher ziemlich weitgehende sozialpolitische Forderungen ohne Sorge um deren Wirkung auf Produktion und Produktivität vertreten und unterstützt hatte, glaubten jetzt auch die Vertreter der deutschen Wissenschaft an die Verarmung des gesamten Volkes, obwohl nur ein Teil davon betroffen war, und sie schrieben plötzlich alle Folgen von Kriegszerstörung und Erschlaffen des Arbeitswillens (auch die längst überwundenen) dem bewußten Übelwollen sozialistischer Führer zu. So wurde insbesondere der Kongreß des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach 1922 zum Markstein einer grundsätzlichen Umwandlung der Einstellung der gesamten deutschen zünftigen Wirtschaftswissenschaft, und damit wurde die Richtung der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit in der Sozialpolitik zum mindesten zeitweilig nahezu in ihr Gegenteil verkehrt. In der Zeit der schlimmsten Einkommensverkürzung durch die Inflation sahen sich die Arbeitnehmer in ihrer materiellen Not und intellektuellen Schwierigkeit allein. Die Kathedersozialisten von einst waren mit ganz wenigen Ausnahmen Kathederreichsverbändler geworden.

Je mehr sich die normale Wirtschaft wiederherstellt, um so mehr werden auch die Stimmungen in der Wissenschaft ihrem eigentlichen Berufe wieder Platz machen, der wissenschaftlichen Erkenntnis und ihrer sachlichen Auswertung. Wenn sie aus den Einseitigkeiten dieser letzten Jahrzehnte dabei lernen würde, ihren Weg von Stimmungen, auch der wirklich oder vermeintlich Mächtigen, unabirrt zu gehen, so wird sie der Gesamtheit und jeder der Wirtschaftsparteien am meisten dienen.

e) Innere Wirtschaftspolitik: Gewerbe- und Industriepolitik; Sozialisierung.

Auf den übrigen Gebieten der Wirtschaftspolitik kann man die Wechselwirkungen wohl wie folgt umreißen:

In der Gewerbepolitik waren insbesondere zwei Hauptgebiete Gegenstand der deutschen Wirtschaftspolitik: Die Fürsorge für Erhaltung des kleinen Betriebes, die Mittelstandspolitik, und die Antikartellpolitik. Dazu trat in der Nachkriegszeit für kurze Frist der Gedankengang völliger Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne beschleunigten Übergangs von der Privat- zur Gemeinwirtschaft.

Die Beziehungen zwischen Mittelstandspolitik und Wissenschaft

waren sehr gering. Die Mittelstandsfragen, in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts zentrale Fragen deutscher Wirtschaftsgestaltung, wurden gänzlich überschattet von den großen Problemen der neu aufwachsenden Industriekörper. Nicht einmal die Ideologie der Mittelstandsbewegung wurde aus der Wissenschaft heraus sonderlich befruchtet. Eine besondere Stellung nimmt nach seiner ganzen Weltanschauung dabei Pater Pesch ein, der auch wohl die beste Theorie der Mittelstandserhaltung in Anpassung an die neuzeitlichen Verhältnisse gegeben hat. Im übrigen standen die praktischen Probleme im Vordergrunde, teils die Versuche der Hemmung der Großbetriebe durch Vorschriften über Lehrlingshaltung und starken Druck auf die öffentlichen Körperschaften bei Vergebung ihrer Lieferungen, zum andern die Selbsthilfe, insbesondere in der Form des Genossenschaftswesens. Hier ist in gemeinsamer Arbeit der Wirtschaftswissenschaftler und Juristen Bedeutsames geleistet worden; freilich kommt es zu einem wesentlichen Teile nicht nur der Mittelstandsbewegung, sondern der Arbeiterbewegung zugute, worüber wir noch zu sprechen haben.

Weshalb die Probleme der empowachsenden Industrie und ihrer Betriebsgestaltung der Wissenschaft lange Zeit undurchsichtig blieben, das haben wir schon dargelegt. Um so stärker erregten die Formen der Marktbeherrschung, wie sie seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts in immer größerem Umfange in Deutschland auftraten, die Aufmerksamkeit von Wissenschaft, gesamter Wirtschaft und Politik. Der Gesamtüberblick über das Werden im Kartellwesen wurde insbesondere durch die Arbeiten von Kleinwachter und zumal von Lieffmann ganz außerordentlich erleichtert. Auch andere Bearbeiter wirtschaftswissenschaftlicher und juristischer Teilstücke dieses Prozesses haben praktisch Bedeutsames geleistet. Die Formen der Zusammenschlüsse von Unternehmungen sind heute in Deutschland wahrscheinlich bedeutend weiter durchgebildet als in dem einst klassischen Lande solcher Machtzusammensetzungen, in den Vereinigten Staaten von Amerika. Eine Politik gegenüber diesen Unternehmungen gab es ziemlich lange Zeit nicht. Das war sehr wahrscheinlich ein volkswirtschaftlicher Gewinn. An diesem Ergebnis hat die deutsche Wissenschaft sowohl durch die Mitwirkung ihrer Vertreter bei der Kartellenquête wie vor allem hernach durch die grundlegende Arbeit des allzu früh gefallenen Kestner, der Theorie und Praxis trefflich verband, und von Tschierschky wesentlich beigetragen. In sehr eingehendem Zusammenwirken von Praxis und Wissenschaft sind in der Nachkriegszeit einige mehr beobachtende und schlichtende Instanzen in dem schärfster werdenden Kampf der Verbände mit dem Einzelbetriebe geschaffen worden, und aus den gleichen Entwicklungslinien wuchs die

deutsche Verordnung gegen den Mißbrauch von Machtstellungen vom November 1923 heraus; eine ziemlich vorsichtige Regelung, von der bisher noch weit vorsichtiger Gebrauch gemacht wurde.

In den stürmischen Novembertagen des Jahres 1918, in denen Not, Abzehrung des Volkes und Verzweiflung an seinen Hoffnungen als Gegenstück den Traum zauberhaft eintretenden Glückes durch plötzliche Veränderung der Wirtschaftsordnung aufgänzen ließ, sollte die Sozialisierung eine völlige Neugestaltung der Wirtschaft und ihrer Formen gleichsam fertig hinstellen. Die Aufgabe fiel denen zu, die eine solche Ordnung der Dinge nicht nur für das Ergebnis einer Entwicklung, sondern gelegentlich auch für das bald mögliche Produkt bewußten Eingrifens erklärt hatten. So berief man die Sozialisierungskommission; sie konnte auf den bestehenden Zwangsvereinigungen der Kriegswirtschaft oder in irgendwelcher Form von Grund auf neu bauen. In der drängenden Not dieser Sturmtage kam sie überhaupt nicht zu praktischen Ergebnissen. Dagegen versuchten Wissell-Moellendorff, im wesentlichen unterstützt durch einige Juristen und Praktiker, auf Grund der Ideen Walter Rathenaus, den Aufbau der Wirtschaft auf zunftartigen Zwangsorganisationen, die man Selbstverwaltungskörper nannte. Diesen Versuchen stand fast die gesamte deutsche Wissenschaft skeptisch gegenüber; die Praxis der Industrie machte sie nicht ganz ungern mit. Weit entfernt davon, wirklich dauernde Mitbestimmung der Arbeitnehmer oder der ihnen nahe stehenden Kreise zu wollen oder auch nur für möglich zu halten, erkannte sie in der „Arbeitsgemeinschaft“ und den auf ihr aufgebauten Selbstverwaltungskörpern eines der Mittel zur Wiederberuhigung des Arbeitnehmertums. Dafür nahm man wirtschaftliche Fehlleitungen und enorme Belastungen mit unproduktiven Beratungskörperschaften eine Zeitlang in Kauf. Diese mehr technischen Versuche horizontaler Wirtschaftszusammenfassung, denen oft die praktische Anschauung der umgekehrten, der vertikalen Organisation geradezu fehlte, waren obendrein gerade denjenigen besonders erwünscht, welche die Technik des vertikalen Zusammenschlusses benutzten, um zwischen den Niveauunterschieden der Gewinne in nacheinander geschalteten Industrien auch noch Extragevinne zu machen. Daß diese Versuche von der deutschen Wissenschaft fast restlos abgelehnt wurden, das zeigte, daß man wenigstens aus der Zunftgeschichte Lehren gezogen hatte.

II. Die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaft als Wirtschaftslehre für die Betriebe.

Die Bedeutung wirtschaftswissenschaftlicher Arbeit für die Praxis kann man vielleicht so gliedern, daß man die beiden hauptsächlich am Erwerbsleben be-

teiligen Gruppen gesondert betrachtet. Das Unternehmertum und seine Unternehmungen einerseits, die Arbeitnehmerschaft und ihre Organisationen auf der anderen Seite.

Soweit man bei Unternehmern und Unternehmungen für den eigentlichen Wirtschaftsbetrieb Beeinflussungen der Wirtschaftswissenschaft feststellen kann, sind sie ganz hauptsächlich nicht aus dem eigentlichen Zentralgebiet der Wirtschaftswissenschaft, sondern aus den Grenzgebieten hervorgegangen. Unmittelbare Einwirkungen zeigen vor allem

die Statistik,

die Agrarwirtschaftslehre,

die Lehre von der übrigen Privatwirtschaft, die man neuerdings allgemein „Betriebswirtschaftslehre“ nennt, nicht ganz richtigerweise, da sie die Wirtschaftstechnik nicht nur des Betriebes, sondern auch des Verkehrs der Wirtschaften untereinander in ihren Bereich zieht.

1. Die Statistik.

a) Allgemein als Methode.

Die Statistik als Methode ist zwar wohl zuerst bei wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Feststellungen angewendet worden. Trotz der unangenehmen Erfahrungen, die nach biblischem Bericht König David mit einer solchen „Schätzung“ des Volkes gemacht haben soll, konnte nicht nur der Staat nicht mehr ohne planmäßige Feststellung der Massenerscheinungen auskommen, sondern die von der Statistik zuerst für staatliche Zwecke entwickelten Methoden sind längst über das Gebiet der Bevölkerungslehre und Finanzwirtschaft, wo sie wohl zuerst entstanden, wie überhaupt über das Gebiet der Wirtschaft hinausgewachsen. Die Statistik als Methode benutzen heute in größtem Maßstabe fast alle Naturwissenschaften, insbesondere die Medizin, die Geisteswissenschaften, alle Arten menschlicher Zusammenschlüsse und in immer wachsendem Maße gerade die Privatbetriebe. Hier haben nicht nur die zuerst in öffentlichen Betrieben entwickelten Verfahrensweisen und Hilfsmittel weitgehend Verwendung gefunden — das mechanische Zählverfahren (Hollerith) ist heute wohl wenigen Privatgroßbetrieben mehr fremd —, sondern die statistischen Methoden entwickeln sich je länger, desto mehr zu einer eigenartigen Verfeinerung aller Markt-wirkungen in den einzelnen Betrieb hinein: Die Statistik beginnt weitgehend den Mengenausgleich des Marktes und seine Auslesefunktionen ins Bewußtsein einzelner zu ziehen.

Ohne eine Marktstatistik, nämlich diejenige der „visible supplies“, die sowohl von staatlichen wie besonders auch von privaten Stellen zuerst aus-

gegangen ist (Statistik der Lagerhausgesellschaften), wäre das ganze moderne Marktgetriebe unserer Weltbörsen undenkbar. Die Marktstatistik ist heute die Grundlage des Weltmarktes überhaupt; sie schafft ihn gleichsam erst. Weit eigenartiger, wenn auch bisher ziemlich wenig beachtet, ist noch die Funktion der Statistik in der Innenentwicklung der modernen Unternehmungen. Wie die Statistik der Märkte gleichsam die plumpere Form des Ausgleichs, nämlich die Warenauslieferung und unter Umständen Falschversendung in der Vorstellung des Disponierenden vorwegnimmt, so nimmt die gut durchgearbeitete Betriebsstatistik eine ganze Fülle bisher mechanischer Entwicklungen gleichsam ins Bewußtsein hinein. Die doppelte Buchhaltung, die Goethe einst „eine der schönsten Erfindungen des menschlichen Geistes“ genannt hat, war ja schließlich nur eine Form der Beobachtung von Massenvorgängen und ihrer Bewegungsregeln im Einzelbetriebe. Sie ist längst nicht nur vielfach zerlegt, sondern überaus weitgehend und wirksam durch rein statistische Beschreibungen ergänzt worden. Ihre Wirksamkeit aber zeigen vielleicht am klarsten die Großbetriebe des Detailhandels: Nicht nur erfassen sie mit großer Sicherheit dasjenige, was der Einzelbetrieb mit seinen begrenzten Erfahrungen niemals sicher faßt, nämlich die Schwankungen der Betriebsbeschäftigung bei den einzelnen Warenarten (dieser Vergleichswille geht soweit, daß einige Warenhausbetriebe sich „künstliche Wochen“ schaffen, um die Kalenderverschiedenheiten zwischen den Jahren auszugleichen und den Vergleich ganz rein zu gestalten); nicht nur wird die Tragfähigkeit jeder einzelnen Warengattung für Mietsanteile, Werbungs- und Personalunkosten bis auf Bruchteile des Prozents mit überraschender Sicherheit festgestellt, sondern diese Statistik führt die Funktionen, die der freie Markt bei der Auslese der Leitung bis dahin hatte, mit rücksichtsloser Genauigkeit und dauernder Höhersteigerung des volkswirtschaftlichen Ertrages der leitenden Arbeitskraft durch: Ist der Leiter eines kleinen Einzelgeschäftes persönlich unfähig, so wird er die Ursache überall sonstwo, nur nicht in seiner Person suchen; er wird jahrelang kämpfen, sein und der Seinigen Vermögen mit solchen Kämpfen in unnützen Reibungsverlusten der Wirtschaft verlieren, bis es zuletzt durch die grausame Korrektur des Marktes zum Konkurse kommt. Im Großbetriebe zeigt die gut funktionierende Statistik binnen wenigen Wochen an Hand zahlreicher Erfahrungen, ob der Betreffende geeignet ist oder nicht. Der Ungeeignete scheidet aus, der Geeignete steigt auf: Das Ziel des freien Marktes ist durch die Statistik verfeinert, sicherer, schneller und mit weniger volkswirtschaftlichen Verlusten erreicht. Unnötig zu erörtern, daß hier überhaupt der innere Zusammenhang zwischen volkswirtschaftlichen Monopolbildungen und der dennoch nicht verschwindenden Auslesewirkung der freien Wirtschaft

zu suchen und sogar planmäßig zu fördern wäre. In den Vereinigten Staaten ist dieses System der statistischen Auslese bereits in wesentlichen Punkten höher entwickelt worden (Zerlegung der Betriebsfunktionen so, daß die statistische Auslese sicherer wirksam wird, Erhöhung des Wirkungsgrades der Fähigen durch Austausch der Personen von Zeit zu Zeit usw.).

b) Als Bevölkerungslehre.

Daß es auch für den praktischen Wirtschaftler von außerordentlich großer Bedeutung ist, die Statistik als Bevölkerungslehre genau zu würdigen, das haben unsere Großunternehmungen, zumal Eisenbahnen, Schiffahrt und Großunternehmungen im Baugewerbe, ziemlich früh verstanden. Immerhin ist dieser Teil der Statistik in das Bewußtsein der europäischen Menschheit bei weitem nicht so tief eingedrungen wie in das der amerikanischen. Dort hat man fast den Eindruck, daß der Platz, den bei uns immer noch metaphysische Vorstellungen einnehmen, zum großen Teil von der Statistik besetzt worden ist. Statistik und zumal auch Bevölkerungsstatistik ist ein Stückchen amerikanischer Religion.

Die wirtschaftlichen Handlungen der Bürger jenes Landes rechnen nicht nur mit der Statistik des einzelnen Gewerbes in der Gegenwart, sondern offiziell sogar mit derjenigen in der Zukunft. Das geht soweit, daß man sogar amtlich die voraussichtliche Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten für 1930, 1935 usw. angibt, und die einzelnen Städte gehen noch weiter: Auf den Automobilschildern einer Stadt des mittleren Westens wird mitgeteilt, daß diese im Jahre 1930 1 Million Einwohner haben werde (z. Z. 200 000).

Im übrigen wird die praktische Wirtschaftsführung der Unternehmungen im wesentlichen durch drei Gebiete der öffentlichen Statistik ernsthaft beeinflußt und macht von ihnen wesentlichen Gebrauch: Außenhandelsstatistik, Preisstatistik und die Ansätze zu einer Statistik der Wirtschaftsschwankungen (Konjunkturstatistik).

c) Außenhandelsstatistik.

Die Statistik des Außenhandels hat teilweise agitatorische Bedeutung. Überall, wo die Währungsfragen die praktische Wirtschaftspolitik erschüttern, wendet man der Außenhandelsstatistik nicht nur in politischen und wirtschaftspolitischen Behörden, sondern auch in den praktischen Betrieben und vor allem in Unternehmerverbänden eine besorgte Aufmerksamkeit zu. Sartorius von Waltershausen hat einmal gesagt, daß die Außenhandelsbilanz ein Lieblingsstück wirtschaftlicher Dilettanten ist. Diese wirtschaftlichen Dilettanten hatten leider in Deutschland in den Jahren der Nachkriegszeit innerhalb der Reichsbank und den Großbanken eine 100 %ige Ma-

jorität, und man möchte ihnen in den Unternehmerverbänden eine noch größere Majorität zuschreiben, wenn dies möglich wäre. Die Schlußfolgerungen, welche die Praxis der Privatwirtschaft aus passiven oder aktiven Handelsbilanzen zieht, liegen meistens auf dem Gebiet der Devisenpolitik; im übrigen benutzt man passive Handelsbilanzen neuerdings, um daraus Argumente für den Lohn- und sonstigen sozialen Kampf zu gewinnen.

Die Gewerbe im einzelnen pflegen freilich aus den Zahlen der Handelsbilanz nicht selten Absatzgebiete, sei es ausländischer Gewerbe, sei es auch inländischer Mitbewerber, ziemlich frühzeitig zu erfühlen und danach oft ihr Handeln zu richten. Daß dabei die Handelsbilanzen der unterlegenen Nationen in der Nachkriegszeit Umwege andeuten, sollte nicht so sehr übersehen werden, wie es gerade von kleinen und mittleren Unternehmern und der Handelspresse neuerdings gewöhnlich geschieht. Weder Holland noch Dänemark, noch die Schweiz haben in Wirklichkeit für den Absatz deutscher Waren die Bedeutung, die ihnen die Handelsstatistik scheinbar zuschreibt. In der Zeit der „einseitigen Meistbegünstigung“, der 26 %igen Reparationsabgaben und ähnlichen Gewaltstücken unwirtschaftlicher Friedensschlüsse sind diese Zahlen nur als Barometer für die Umgehung solcher Unwirtschaftlichkeiten zu werten, noch dazu als ungemein unsicherer Gradmesser.

d) Preis- und Lebenshaltungsstatistik.

Die Preisstatistik und die Statistik der Lebenshaltung haben für die praktische Unternehmungsführung eine zwiefache Bedeutung: Die Preisstatistik zeigt durchweg in großen Linien die allgemeine Warenbewegung und bei richtiger Abwägung auch die Konjunkturbewegung. Im übrigen aber bildet sie, da die Arbeiterschaft fast aller europäischen Länder noch immer auf das Ziel des „living wage“, des lebensauskömmlichen Lohnes, ihre Bemühungen abstellt und „Konjunkturlöhne“ in weitgehender Selbstbeschränkung noch fast durchweg ablehnt, den sichersten Gradmesser für die Lohnkosten im Produkt. Daß in denjenigen Staaten, in denen die politischen und mehr noch die intellektuellen Machtverhältnisse dem Unternehmertum die entscheidende wirtschaftspolitische Macht im Staate übertragen, gerade dieses Barometer ein wenig künstlich unter Druck gesetzt wurde und wird, ist eine allzu menschliche, allzu leicht begreifliche Erscheinung.

e) Konjunkturstatistik.

Im übrigen ist die allgemeine Konjunkturmöglichkeit eine der intensivsten Bestrebungen moderner Unternehmungsführung überhaupt. Die

aus der Frühzeit kapitalistischer Wirtschaftsführung stammende und seitdem versteinerte Vorstellung, daß die Produktion „anarchisch“, in sinnloser Hast sich überstürzend, vor sich gehe, hat wahrscheinlich, von einigen Ausnahmeyahren abgesehen, der Praxis nie entsprochen. Es ist nur eine der Eigentümlichkeiten mechanisch-technischen Denkens, Produktionsmöglichkeit gleich Absatzmöglichkeit zu setzen. Sobald der Kaufmann die Führung der Unternehmungswirtschaft übernahm, hat er sich stets einen ungefahrenen Voranschlag über die möglichen Absatzgrößen seines Betriebes gemacht, und er hat die Erweiterungen, für die sein besonderer Markt nicht mindestens Rentabilitätswahrscheinlichkeit ergab, unterlassen. In dieser Hinsicht konnte ihm die Wirtschaftswissenschaft schon deswegen nicht viel helfen und hat ihm nicht viel geholfen, weil über die Ursachen der „Störungen im Handelsgange“ seit R i c a r d o die Gelehrten gar zu verschiedener Meinung waren. Sollte der praktische Kaufmann mit M a r x nur die anarchische Produktion verantwortlich machen? Konnte er mit dem 5 jährigen Zyklus rechnen, von dem M a r x und B e b e l gesprochen haben? Daß das praktisch nicht eintraf, zeigten ihm die letzten 30 Jahre der Vorkriegszeit. Konnte er mit ständiger Verschärfung der Krise aus dieser Erscheinung heraus rechnen? Daß das erst recht nicht zutraf, lehrt ihn die Erfahrung. Sollte er mit D i e t z e l vor allem die Schwankungen der Welternte dafür verantwortlich machen? Oder mit anderen die U n t e r k o n s u m t i o n? Und wer lehrte ihn überhaupt, welch ungeheuere Bedeutung die Währungspolitik in all diesen Fragen gewinnen mußte? Von diesem Zentrum volkswirtschaftlicher Theorie her konnte der praktische Kaufmann, wie man sieht, für seine Konjunkturlehre nicht allzu viel Nutzen haben. Immerhin haben die zusammenfassenden Arbeiten der Bankstatistiker das praktische Denken über Konjunkturfragen vielfach befruchtet; am weitesten in Europa vielleicht beim Crédit Lyonnais, wo wir schon vor dem Weltkriege ein besonderes Konjunktur-Beobachtungsbüro fanden. So neigte der praktischste unter den Wirtschaftern, nämlich der Amerikaner, dahin, lieber die Wirklichkeit einmal auf ihre Gesetzmäßigkeiten in der Preisbewegung zu erproben. Zunächst eine wenig schematisch: Ein berühmter Mathematiker hat sich einst die Kurve der Effektenbewegung an der Wertpapierbörsen notiert, aufgetragen, die Formeln dieser Bewegungen berechnet und danach für die künftige Bewegung kalkuliert. Auf diesem Wege hat er dann auch richtig sein Vermögen verloren. Immerhin gibt es in der Preisbeobachtung gewisse „konjekturempfindliche Waren“, und es scheint auch gewisse Regeln zu geben, nach denen die Ausschläge einer Konjunktur bei der einen Ware mehr, bei der anderen weniger vor sich gehen (die „Streuung“ der Preise). Auf diesem Wege ist nach Vorgängen des „Economist“, dessen Index-

ziffern seitdem durch eine Reihe anderer ergänzt worden sind, die praktische Wirtschaft mit großer Aufmerksamkeit der Konjunkturermittlung gefolgt, in den Vereinigten Staaten insbesondere durch die Ermittlungen der Harvard University, und neuerdings sehen wir auch in Deutschland die entsprechenden Ansätze, die freilich noch sehr sorgfältigen Ausbaues bedürfen.

2. Die Agrarwirtschaft.

Ziemlich stark haben reinwissenschaftliche Ermittlungen und Erwägungen in die Agrarwirtschaft der Welt hineingespielt. Gewiß wurden die ersten großen Schritte der Umstellung der Betriebssysteme empirisch getan. Aber die Vorkämpfer der Bauernbefreiung gingen doch von den rein betriebswirtschaftlichen Beobachtungen der freien Bauernwirtschaft und des Großgrundbesitzes aus. Die völlige Umwälzung der ganzen landwirtschaftlichen Produktionsweise ist ohne die intensive Mitwirkung wissenschaftlicher Tätigkeit gar nicht zu verstehen. Gewiß hat hier die Agrarkulturchemie weit überragende Bedeutung. Aber neben Fritz Reuters „Thaeren-Vadder“ hat Thünen mit seiner Standortslehre der Landwirtschaft dem schnellen Fortschreiten der reinen Siedlungstechnik fraglos Dienste geleistet. Im folgenden Zeitalter haben dann die Forstwirtschaftslehre, die Wasserwirtschaftslehre neue Wege geöffnet. Die allgemeine Siedlungsökonomie ist freilich vielfach mehr von sozialpolitischen als von rein wirtschaftlichen, vor allen Dingen ernährungswirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet gewesen. Die Besiedlung der Länder in der Zeit der großen industriellen Revolution ist sicherlich durchweg mehr zufällig als planmäßig erfolgt. Immerhin konnten die Agrarwissenschaften, unter Fortführung und Ausbau der Lehren von Thünen, durch die Arbeiten von Buchenberger, von Meitzen viel zur allgemeinen Erkenntnis der Siedlungsnotwendigkeiten beitragen; Wichtiges für die Erkenntnis der Notwendigkeit der Mischung der Betriebsgrößen ist dann von Max Sering und Conrad geleistet worden. Die bedeutsame Arbeit in der rein wirtschaftlichen Durchdringung des landwirtschaftlichen Betriebes fand ihren weit in die Zukunft reichenden Ausdruck in dem Wirken von Aereboe und Warmbold in der deutschen Kriegswirtschaft. In enger Anlehnung gerade an diese deutschen Arbeiten versucht das Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten seit etwa 20 Jahren die Rationalisierung der Landwirtschaft dieses reichsten Landes zu organisieren. Der Erfolg tritt freilich dort weit langsamer ein als in Deutschland: Erst abnehmender Bodenertrag bringt zunehmende Aufnahmewilligkeit für wissenschaftliche Düngung auch des Geistes. Die Erkenntnis, daß das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages durch die Düngemitteltechnik weitgehend überkompensiert

werden kann, ist in ihrem Ursprung wiederum rein technischer Art. Aber die Anwendung dieser Einsichten, die in der Nachkriegszeit zum mindesten in Deutschland allein die Erhaltung der immer noch wachsenden Bevölkerung trotz Verlustes wichtigen Nahrungsbedörs ermöglicht hat, war eine wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftspolitische Arbeit von erheblicher Bedeutung. Die Schaffung der deutschen Stickstoffindustrie, die Ausweitung der europäischen Kaliindustrie wären ohne die fortgesetzte, hoch gesteigerte wirtschaftswissenschaftliche Belehrung und propagandistische Tätigkeit der europäischen Agrarwirtschaftler unmöglich gewesen. Das Verdienst der europäischen Agrarwissenschaft um die schnelle Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität ist eines der unbestrittenen Wahrzeichen des Fortschritts menschlicher Wirtschaftserkenntnis und wissenschaftlicher Durcharbeitung dieser Erkenntnis im letzten Jahrhundert.

3. Die Betriebswirtschaft in Handel und Industrie.

Nicht so sicher, vor allem nicht so zielsicher, war bisher die wirtschaftswissenschaftliche Führung in der sonstigen Betriebs- und Privatwirtschaft. Wohl besitzen wir eine „Handelswissenschaft“ schon seit 100 Jahren oder, wenn man die frühen Ansätze in Italien und Frankreich dazurechnen will, seit mehreren hundert Jahren. Aber bei den einfachen Formen, in denen sich der eigentliche Warenhandel bis zu Beginn des letzten Menschenalters hin abspielte, kam ihre Bedeutung mehr für die sogenannten Hilfsgewerbe des Handels, insbesondere Banken und Versicherungswesen, als für den Handel selbst in Frage.

a) Die Lehre vom Markt.

Diejenige Stelle, an der allerdings ein Kampf der Meinungen sehr heftig eingesetzt hat, war die offene Zentrale des Handels, der Markt. Gegen seine freie, preisbildende Wirksamkeit hat sich in fast allen Staaten die Landwirtschaft aufgelehnt. Sie machte häufig für das Wetter am Markte der Konjunktur die Wetterfahne verantwortlich und versuchte, sie in irgendeiner Weise in solcher Richtung festzunageln, die dem heimischen Landwirt (oder der herrschenden Vertreterschicht dieser Landwirtschaft) privatwirtschaftlich als zweckmäßig erschien. Bei der deutschen Börsengesetzgebung ist in der Börsenenuquête die Wirtschaftswissenschaft zwar eingehend zu Worte gekommen; aber bei den praktischen Maßnahmen ist man dann über ihr Votum ziemlich bedenkenfrei hinweggegangen. Die Folge war die leicht vorhersehbare Tatsache, daß das Spekulationskapital sein Glücksspiel nicht etwa aufgab, sondern jenseits der Reichsgrenze verlegte. Mag man die deutschen Regierenden darum tadeln; sie können

Brentano-Festgabe 1924. II.

12

immerhin für sich geltend machen, daß unter gleichen Umständen auch andere Regierungen den gleichen sachlichen Fehler machen, wenn er ihnen als politische Notwendigkeit erscheint. Die Vereinigten Staaten haben jedenfalls in ihrer großen Agrarkrise 1920-23 schließlich ganz genau die gleichen Schritte mit ganz genau dem gleichen Erfolge getan; sie haben damit nämlich den Terminhandel nach Kanada verlegt.

b) Die Lehre von der Preisbildung (insbesondere in der Kriegswirtschaft).

Einen entscheidenden Einfluß bekam dann freilich die Lehre von der Preisbildung einige Jahre lang durch den Versuch einer Regelung der Preise, der zwangsmäßig in einen solchen der Regelung der gesamten Wirtschaft auslaufen mußte. Über Bedeutung und Leistungen der deutschen Kriegswirtschaft haben Unverstand und Interessentenlärm einen unerfreulichen Mythus der Erfolglosigkeit und gar der Korruption zu verbreiten gewußt, wie er ungerechter kaum denkbar ist. Wenn aber die unerhörte Notzeit, in die Mitteleuropa mit mindestens 150 Millionen Menschen vier Jahre lang geriet, nicht noch besser wirksame Organisatoren der Wirtschaft gefunden hat, so ist vielleicht für dieses Mißgeschick gerade die deutsche Wirtschaftswissenschaft mitverantwortlich zu machen. Es war ihr Schicksal, daß die Übertreibung der reinen Vernünftler der Wirtschaftslehre, der „Theoretiker“ von einst, eine ganz natürliche Reaktion gegen diese Vernünfteleien über abstrakte Prinzipien in wirtschaftlichen Dingen gegen sich hervorgerufen. Gerade an dieser Stelle rächte sich aber die reine Empirie, die infolge der geistigen Diktatur des ganzen Menschenalters vor dem Kriege nahezu allein geduldet worden war. Wie wir in geldwirtschaftlicher Hinsicht auf die reine Empirie einer Reichsbankleitung angewiesen waren, deren Versagen hernach offen vor aller Augen lag, so schließlich auch in warenwirtschaftlicher Hinsicht. Die Lehre von der Wirksamkeit von Angebot und Nachfrage, in den meisten Köpfen keineswegs getrennt von der Vorstellung des Preisaufbaues auf Grund der Kosten, versagte in dem Augenblick, in dem es einen Markt im bisherigen Sinne nicht mehr gab, und die Notlage eines Volkes zu Neuregelungen einfach zwang. Zu dieser zwangsläufigen Neugestaltung der Warenverteilung und hernach der Warenherstellung gab Walter Rathenau frühzeitig die entscheidende Anregung. Von den Wirtschaftswissenschaftlern fanden ungemein wenige den Mut, irgendwelche Wege anzusehen.

Bei der plötzlichen Veränderung jeglichen Angebots und jeglicher Nachfrage, bei dem Auftreten eines neuen großen Zwangskonsumenten, nämlich des Heeres, konnte der Markt in alter Form überhaupt nicht mehr die dringend notwendigen

Zwecke der Volksversorgung erfüllen. So kam man zu zwei Linien von Maßnahmen, die nicht ohne Fühlung miteinander gehen dürfen, aber doch allzulange ohne Beziehung zueinander geblieben sind: Preispolitik und Be- schlagnahme (Bewirtschaftung). Die Wissenschaft hatte keine entscheidende Maßnahme vorzuschlagen. Folglich griff man im Reichsamt des Innern zu einem der ältesten Mittel behördlich zünftlerischer Wirtschaftsbeeinflussung, einst Preistaxen genannt, jetzt als Höchstpreis in die Welt gesetzt. Dieser Höchstpreis wurde in seiner Höhe irgendwie gegriffen, lange Zeit ganz unsystematisch gehandhabt, und die Wissenschaft schwieg fast gänzlich dazu. Einer der wenigen, die nicht unter dem Banne des Verbotes theoretischen Denkens gelebt hatten, Adolf Weber, äußerte sich über Preisgrenzen und Mindestpreise. Im übrigen blieb es bei dem, was der kommandierende General befahl. So kam es zu all jenen unzusammenhängenden Preisfestsetzungen, die hernach Ernst Stern in vielleicht gar zu negativer Weise behandelt hat. Nach dem ersten Kriegsjahr wurden die zahllosen Wuchervorschriften erlassen, die z. B. Isopescul-Grecul längst bearbeitet hatte; nur kannte bei uns damals niemand diese Arbeit und ihren Inhalt. Als man dabei in die Notwendigkeit geriet, den „angemessenen Preis“ festzusetzen, da sah man im Reichsgericht schließlich das angesehenste nationalökonomische Lehrbuch daraufhin durch, was wohl zu den Bestandteilen des angemessenen Preises gehöre. In treuer und strenger Anlehnung an Philippovich hat Reichsgerichtsrat Lobe den angemessenen Preis aus den zulässigen Kosten aufgebaut. Zwei Jahre lang übersah man, daß der Maßstab des angemessenen Preises, nämlich der Geldwert, sich lautlos aber gründlich änderte. Man trieb Preispolitik ohne Währungspolitik, man trieb Währungspolitik ohne Finanzpolitik. Dabei wurde dann noch von wissenschaftlicher Seite der uralte Anfängerirrtum neu aufgewärmt, Deutschlands Kraft sei deswegen größer als die anderer, weil „das Geld bei uns im Lande bleibe“. Das mag eine kurze Frist zur Täuschung über die eigene Lage beitragen; es mehrt weder die Sicherheit wirtschaftspolitischen Handelns noch das Ansehen einer Wissenschaft, in der solche mumi-fizierten Irrtümer noch einmal lange Zeit widerspruchslös belebt werden dürfen.

Wenn dennoch das Gesamtwerk der deutschen Kriegswirtschaft künftig einmal sachliche Würdigung (sofern die Trümmer des Materials sie zulassen) finden sollte, so wird man doch an vielen Stellen die Einwirkung wirtschaftswissenschaftlicher Gedankengänge und Persönlichkeiten feststellen. Rathenau, der wirkliche Organisator unserer Rohstoffwirtschaft, war zwar wirtschaftswissenschaftlich hauptsächlich Empiriker, aber er war Mitschöpfer der privatwirtschaftlichen Formen, die schon vor dem Kriege unter dem Namen „Gemischtwirtschaftliche Unternehmung“ diskutiert wurden. Erkenntnisse der

Organisationswissenschaft wurden im Aufbau und in der Durchbildung der Kriegswirtschaft ziemlich weitgehend verwendet. Wenn eine künftige Darstellung unserer Kriegsorganisationen die Mittel der Ausgleichskassen für den Kostenausgleich und die Preisvereinheitlichung schildern wird, so werden sich viele Richtlinien der Praxis von Reichsstelle, Kriegsgesellschaft und Einzelbetrieb aus den hier genutzten betriebswirtschaftlichen Vorbildungsarbeit ergeben — (gelegentlich natürlich auch, der Interessentenauffassung nicht unerwünscht, die „wissenschaftliche“ Feststellung, daß öffentliche Preisfestsetzung eigentlich nicht möglich sei: „Gefühl ist alles.“).

Die beiden Gebiete, auf denen die Privatwirtschaftslehre gleichsam zwangsmäßig etwas leisten mußte, weil die Erfordernisse des sich schnell höher und höher organisierenden Betriebes sie dahin drängten, waren die Lehre von der Bewertung in der Wirtschaft und die Lehre von der Betriebsorganisation.

c) Die Lehre von der Bewertung.

Die Lehre von der Bewertung umfaßt zwei Komplexe:

Denjenigen der Bilanzierungs- und der inneren Rechnungsführung (Buchhaltung) und denjenigen der Kostenfeststellung (Kalkulation). Recht lange Zeit hat sich die Praxis auch hier einfach empirisch zu helfen gesucht. Dann trat aber in die Probleme der Wertfeststellung und Wertausgleichung innerhalb des Privatbetriebes soviel an neuen grundsätzlichen Fragen hinzu, daß hier nur eine besondere Wissenschaft das Rüstzeug geben konnte. Trotz des gewaltigen Umfangs der diesbezüglichen Literatur, die insbesondere in England für das Treuhänderwesen ungemein umfangreiche Werke entstehen ließ, sind allgemein in gewissem Sinne abschließende, über gesetzgeberischen Zufälligkeiten sich erhebende Grundlinien vor allem durch die Arbeiten von Schmalenbach begonnen worden. Seine Gedankengänge über statische und dynamische Bilanz haben auch für die praktische Wirtschaftsführung eine schon fühlbare und binnen kurzem zweifellos schnell steigende Bedeutung.

Die andere Ideenreihe, die zu grundsätzlich neuen Erkenntnissen auch für die Praxis des Alltags geführt hat, ist diejenige der verschiedenen Natur der Unkosten in der Wirtschaft. Mit der Marxschen Formulierung der fixen und variablen Kosten vermochte die Praxis nicht allzu viel zu beginnen. Die grundlegende Unterscheidung zwischen fixen, degressiven und progressiven Kosten-elementen geht wohl wiederum auf die ersten Erkenntnisse zurück, die Schmalenbach in einer Jugendarbeit gefördert und dann zweimal um- und ausgebaut hat. Auch die Nationalökonomie hat von solchen Gedankengängen entscheidende Anstöße entnommen: Karl Büchers klassische Arbeit über das Gesetz der Massen-

produktion erweiterte und vollendete gewisse Gedankengänge, die in Schmalenbachs fünf Jahre vorher erschienener Arbeit vorlagen. Auf solchen Grundlagen aufbauend, hat dann die Privatwirtschaftslehre schließlich, ähnlich der Agrarwissenschaft, einen einigermaßen sicheren Weg zu bahnen begonnen; ihre Ergebnisse sind für die Betriebsführung großer Unternehmungen kaum leichter entbehrlich als die technischer Studien für technische Betriebe.

Das ganze Gebiet der Betriebswirtschaftslehre bekam eine außerordentlich erhöhte Bedeutung, als in einer Generation, der auch der Begriff der Goldwertschwanlung völlig fremd geblieben war, die große deutsche Währungserschütterung einsetzte. Als die Geldentwertung den Wiederherstellungswert bei der Veräußerung von Waren trotz größter vermeintlicher Wucheraufschläge nicht mehr erbrachte; als insbesondere bei steigenden Geldbeträgen der Kaufwert der Substanz sich ständig minderte, begann man in den Unternehmungen sich in irgendeiner Weise davor zu schützen. Da das Arbeits- und Renteneinkommen sich nicht in gleicher Weise dagegen schützen konnten, mußte die öffentliche Hand zunächst versuchen, die so entstehende Last gleichmäßig zu verteilen. Die Betriebswirtschaftslehre verlegte sich ihrer ganzen Natur nach zunächst auf Substanzerhaltung der Unternehmungen. Insbesondere haben Schmalenbach und Prien die Notwendigkeit der Bilanzierung und Rechnungsführung nach festen Werten, die „Goldbilanz“ früh gelehrt. Schon im Jahre 1921 war Schmalenbachs Entwurf der Goldbilanz ziemlich fertig. Die Industriellen lehnten das Verfahren ab, weil sie als Konsequenz der Goldbilanz den Goldlohn fürchteten. Diese Ablehnung war natürlich nur theoretisch. Praktisch hat ein großer Teil der Industrie sich diesen wertvollen Anregungen, die durch eine Reihe anderer, insbesondere Schmid und Mahrberg, vervollständigt wurden, weitgehend angeschlossen (mit Ausnahme einiger Großunternehmungen der Verarbeitungsindustrie, denen die Einsicht hierin versagt war, und mit Ausnahme fast aller deutschen Banken, deren Blindheit gegenüber dem wirklichen Geschehen sich leider auch auf ihre Ratschläge gegenüber der Gesetzgebung erfolgreich erstreckte). Die von der Industrie einseitig eingeleitete, von der Betriebswirtschaftslehre dann durchgebildete einseitige Goldrechnung der Unternehmungen ergriff weitere und weitere Zweige der Wirtschaft. Infolge der einseitigen Richtung der Betriebswirtschaftler, die sich schon aus ihren natürlichen Aufgabenkreisen ergab, blieben insbesondere die Verluste des Arbeitslohns und der nicht in Betrieben befindlichen Substanz des Volksvermögens gänzlich unbeachtet. Wie es scheint, hat unter ihnen nur Nicklisch diese Einseitigkeit in einem wertvollen, leider zu spät beachteten Aufsatz „Das Eigentum am Wert“ erkannt und dargelegt. Der mittelbare Versuch, durch Einführung einer allgemeinen

Goldanleihe zur wertbeständigen Rechnung zu kommen, scheiterte im Sommer und Herbst 1922; erst als die einseitige Goldrechnung zur Karikatur wurde, der Reallohn des deutschen Arbeitnehmers auf $\frac{1}{10}$ seines ausländischen Arbeitskollegen und Mitbewerbers auf dem Weltmarkte sank, begann der Übergang zur allgemeinen Goldrechnung im Sommer 1923, dem die deutsche Stabilisierung ziemlich zwangsmäßig folgte. Als Nachhall all dieser Bestrebungen kam dann die deutsche Goldbilanzverordnung des Jahres 1924 zustande, deren Wirksamkeit sich im wesentlichen wohl nur auf dieses Jahr erstreckte und die gleichsam „novae tabulae“, eine neue Bewertung des volkswirtschaftlichen Betriebsvermögens ohne große Nachprüfung von Gewinn oder Verlust der Vergangenheit schuf. Im ganzen, rein betriebswirtschaftlich gesehen, eine gute Leistung mit starker Einwirkung auf das Werden der Privatwirtschaft, der an dieser Stelle die Wissenschaft beträchtlich vorangegangen war; bei der Wahrung des Eigentums am Wert der Arbeit und der Renten hat es eben noch bedenklich gefehlt.

Die Innenverwaltung der großen Unternehmungen hat gewiß ihr eigenes „Scientific Management“, und die darüber entstandene Literatur häuft sich. Die endgültigen Ergebnisse, die der Praxis eine Unterlage für Neubau und Ausbau geben, sind nur auf einigen Gebieten schon sicher tragfähig. Das gilt insbesondere für die innere Rechnungsführung, dann aber auch für die Verbände der Unternehmungen. Form und Ausbildung des Kartellbetriebes sind in gemeinsamer Arbeit der schon genannten Nationalökonomen, der Privatwirtschaftler, insbesondere der wertvollen Arbeiten von Nicklisch und der Juristen, zumal von Flechtheim und Isay, ziemlich hoch entwickelt worden. Im übrigen besteht eine eigentlich wissenschaftliche Betriebswirtschaftslehre nur bei einem Teile der Betriebsformen. Bei einigen zwang die Natur der Dinge dazu, so im Versicherungswesen. Hier hat die Notwendigkeit mathematischer Grundlegung zu einer ziemlich einheitlichen und klaren, ziemlich gleichmäßig geformten Gesetzgebung geführt, die ihrerseits den Betrieb dieser Unternehmungen einheitlich geregelt hat. Im übrigen hat die Betriebswirtschaft der Großbetriebe und Großunternehmungen des Detailhandels einen festen Wissensbestand für Warenhäuser, Konsumvereine, Massenfilialbetriebe, neuerdings in den Vereinigten Staaten auch für die Großversandhäuser, geschaffen. Die Weiterbildung der eigentlichen Betriebswissenschaft geht dort übrigens jetzt in enger Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und denjenigen Unternehmungen vor sich, die für die Organisationswissenschaft eigene Einrichtungen geschaffen haben. Bei uns ist man noch nicht so weit gelangt.

d) Eine besondere Stellung nimmt von altersher in der Vorstellung der anderen und auch in seiner eigenen Meinung in betriebswirtschaftlichen Fragen das

B a n k w e s e n ein. Da bei ihm der Geldverkehr der meisten Betriebsarten zusammenströmt, hier also der in der unteren Sphäre von Ware und Arbeit sich mühselig abspielenden Vorgang der Wertbildung und Wertveränderung in der höheren Sphäre des Geldwesens sich widerspiegelt, so setzt man beim Bankwesen weitgehende volks- und privatwirtschaftliche Kenntnis voraus. Soweit die eigentliche Betriebswirtschaft des Bankwesens in Betracht kommt, hat sich für seine größeren deutschen Betriebe eine gewisse Einheitlichkeit der technischen Innenorganisation herausgebildet, die, zuerst wohl bei B u c h w a l d in seiner Lehre vom Bankbetriebe zusammengefaßt, dann zu einer Bankbetriebslehre privatwirtschaftlicher Art durch- und ausgebildet worden ist. Dabei hat man sich vielleicht allzusehr ins Technische der einzelnen Betriebsstelle gehalten; dagegen mangeln noch eindringende Untersuchungen über die besonders auffallende Erscheinung des letzten Menschenalters in der Bankorganisation, nämlich die Entstehung von Massenzweiggeschäften und ihrer wirtschaftlichen Triebkräfte; sie hat nur an wenigen Stellen Behandlung gefunden, insbesondere in der Arbeit von R i e ß e r über die deutschen Großbanken. Selbst die große Übertreibung dieser Massenerscheinung in der Inflationszeit hat wenig wissenschaftliches und allzu wenig praktisches Nachdenken über die Wesensgesetze von Betrieb und Unternehmung im Bankwesen hervorgerufen.

Wohl sind die aktiven und passiven Geschäfte der Banken ein sehr alter Bestandteil nationalökonomischer Kollegs, und die Technik der Börsengeschäfte wird bis in kleine, in der Praxis ungemein selten vorkommende Einzelheiten behandelt und examiniert. Die wirtschaftlich bedeutsamsten Funktionsunterschiede zwischen den Organisationen unseres Landes und denjenigen anderer Länder sind denn noch wohl erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts genauer durchgearbeitet worden, insbesondere seit A d o l f W e b e r s Klarstellung von Funktionentrennung und -vereinigung bei Depositen- und Spekulationsbanken. Eine verhältnismäßig enge Wechselwirkung zwischen der sich neu bildenden Betriebswirtschaftslehre und dem praktischen Bankwesen hat sich außer bei den Fragen der allgemeinen Betriebsorganisation wohl in zwei wesentlichen Punkten ergeben: Das ist die Technik der Emissionen oder die Technik der Finanzierung, die an der Kölner Hochschule weitgehend durchgearbeitet wurde, und das Treuhand- und Revisionswesen, das in ziemlich primitiven Formen bis zur Entstehung und Ausbildung der größeren Treuhandgesellschaften wirksam war, nun aber fraglos auch durch ziemlich weitgehende, wissenschaftliche Durchbildung seiner Technik eine für die Praxis sehr wesentlich erhöhte Bedeutung gewinnt. Mit diesen Mitteln lassen sich die Erkenntnisse der Bankleitungen über die Vorgänge in Waren- und Güterbestand und -bewegung sehr beträchtlich steigern.

Inwieweit die Funktionen des Ausgleichs der Werte in der Wirtschaft sich mehrfach verschoben haben, das ist zwar eigentlich eine der Lebensfragen des Bankwesens; doch fehlt es außer einigen allgemeinen Äußerungen und Meinungen vorerst noch an klarer Erkenntnis etwa der folgenden Zusammenhänge:

Die Funktionen unseres Bankwesens haben sich offensichtlich mehrfach verändert. War unsere deutsche Bank einst zugleich Spekulations- und Depositenstelle, so wurde sie im Weltkriege, wie fast in allen Ländern, Kapitalsammler für die mächtig anschwellenden Kriegsanleihen. Nach dem Weltkriege versagte, wie wir in einer halbamtlchen Denkschrift über Kapitalbildung und Kapitalbeschaffung im Februar 1920 ausführten, die offene Kapitalbildung überhaupt. Die immer noch vor sich gehende volkswirtschaftliche Werte-Neuschaffung geschah innerhalb der Industrie selber ganz unmittelbar. War vorher die Börse durch den Innenmechanismus der Banken mehr und mehr ersetzt worden, vereinzelt bis zur direkten Unaufrichtigkeit hin, den berühmten „Ausweiche-Kursen“, so entzog nun die Industrie den Banken weitgehend die Kapitalsammlung überhaupt. Je weiter die Geldentwertung dann fortschritt, um so mehr bedeutete die Flucht in die Sachwerte die Wegnahme der Verfügungsgewalt über die volkswirtschaftlichen Kapitalien aus allen Organen der Wirtschaft, die nicht Sachwert besaßen. Kläglich geschwächt kam das deutsche Bankwesen aus dieser Inflationsverschiebung und Industriehörigkeit heraus, in der überdies z. B. während des Rhein- und Ruhrkampfes der Geldausgleich an Rhein und Ruhr zeitweise selbst von Ort zu Ort aufgehört hatte und die Zahlungsmittel einfach z. B. vom Detailhandel ohne Vermittlung von Banken oder Reichsbank auf die lohnzahlenden Fabrikanten unmittelbar übertragen werden mußten. Nach der Währungsstabilisierung und der Regelung der Reparationszahlungen kräftigte sich das Bankwesen wieder an dem straff durch seine Vermittlung gehenden neuen künstlich geschaffenen Kredit von Renten- und Reichsbank. Es wurde der Kanal für die hereinkommenden Auslandskredite. Aber weder erkannte es rechtzeitig den eigentümlichen Vorgang der Zwangssparkasse durch Steuern, d. h. der ganz außerordentlich vergrößerten „öffentlichen Kapitalbildung aus der Steuer“, noch vermochte es, den notwendigen Prozeß der Wiederausweitung des Betriebskapitals, nötigenfalls zuungunsten des Anlagekapitals, zu lenken, ja, wie es fast scheint, bisher nicht einmal zu erkennen. Daß der Kapitalverwalter ein entscheidend lebenswichtiges Interesse an der Kapitalbildung selber hat, das ist ebenfalls im privaten Bankwesen nicht entfernt berücksichtigt worden. Nicht sehr viel besser verstand das öffentliche Bankwesen diese Aufgabe; doch hat es seine relative Bedeutung vorerst ungemein gestärkt: Reichsbank, Staatsbanken, Girozentralen, Stadtbanken, denen die Beträge der „Zwangssparkasse“ zu viel erhobener Steuern zuerst zufließen, wuchsen an Stärke, bisher aber nicht an Klarheit in der bewußten Lenkung der Volkersparnis. Inwieweit infolgedessen die wirtschaftlich nun einmal notwendige neue Bereitstellung von Betriebskapital durch übersetzte Preise, also durch die Kapitalbildung aus dem Warenpreise geschaffen wird, inwieweit eben dadurch der für eine normale Geldorganisation ungünstige Zustand der Selbstkapitalisierung von Landwirtschaft, Industrie und Handel verwirkt wird, inwieweit überdies durch künstliche Tiefhaltung des Sparkassen- und Depositzinses die Volkswirtschaft geschädigt wird, das alles sind Lebensprobleme des Bankwesens und der Wirtschaft; aber solche, die von unseren Geldverwaltern ebenso wie die Kreditprobleme der Inflation offenbar kläglich verspätet erkannt werden.

In einem ziemlich hilflos aufgeschwemmt Zustande der Inflation mit Menschen und Sachwerten, insbesondere Effekten, kommt das deutsche Bankwesen

aus der Verzerrung aller Verhältnisse in der Inflationszeit heraus. Eine straffe Kartellierung, gestützt durch Kreditrationierung seitens der Reichsbank, hält eine wirtschaftsschädliche Übersetzung in unserm Bankwesen aufrecht. Es dürfte sich für alle Beteiligten empfehlen, die Lehre des Marktes, seiner zufälligen und seiner dauernden Umwandlung, sehr viel eingehender durchzuarbeiten, als das bisher geschah, im Interesse des deutschen Bankwesens für Dauerorganisation, mehr noch im Interesse des deutschen Volkes als Ganzem.

Die Vorgänge des internationalen Wertausgleichs waren lange Zeit, im Gegensatz zu England und Amerika, über die Lehre von den beiden Goldpunkten und einige wenige Ergänzungen hierzu nicht hinausgediehen; die an dieser Stelle einsetzenden genauen Untersuchungen über die Bewegungsgesetze der Wechselkurse, die von der Kölner und der Frankfurter Hochschule aus eingeleitet wurden, haben bisher der deutschen Praxis nur zeitweilig nützen können. Seitdem die Solidarität der Geldmärkte durch Kriegs- und Inflationswirtschaft gestört ist, sind diese feineren Vorgänge nur mehr sehr unvollkommen wirksam. Doch dürfte sich auch hier ein besonders wichtiges und enges Zusammenwirken zwischen Lehre und Forschung bald als notwendig erweisen.

e) Für das Arbeitnertum hatte die deutsche Wirtschaftswissenschaft vom Beginn seiner Existenz als Klasse an eine besondere, in ihrer Ideenentwicklung geradezu ausschlaggebende Bedeutung. Schon in seinem Entstehen wurde das Arbeitnehmertum sich selbst zum Problem. Wer etwa die Gedankengänge von Max Stirner (1842) aufmerksam liest, dem tritt die offene Daseinsfrage des „Tagelöhners“ und sein Versuch, den ihm fehlenden Boden erträglichen Daseins durch freien Zusammenschluß selber zu schaffen, plastisch vor Augen. Höchster Traum jenes krassesten aller Individualisten: Die Arbeiter könnten durch Zusammenschluß dahin kommen, pro Tag einen ganzen Taler Tagelohn zu erreichen. Arbeit und Leben der Robert Owen, Fourier, Marx - Engels und Lassalle waren zugleich Wissenschaft und Praxis. Als der deutsche Arbeiter sich selbst als Klasse erkennen lernte, sah er sich jahrzehntelang durch die Augen eben dieser Gelehrten, denn auch Bебe1 war nur ein Marx fürs Volk. Wenn uns in Deutschland die häufigen blutigen Zuckungen der Chartistenkämpfe erspart geblieben sind, so hat das frühe mutige Auftreten der sogenannten Kathedersozialisten, vor allem von Schmöller und Brentano, daran einen wichtigen, für die ganze deutsche soziale Entwicklung bedeutsamen Anteil. Die Arbeit unserer Kathedersozialisten seit dem Erscheinen der „Arbeitergilden der Gegenwart“ und insbesondere seit Gründung des Vereins für Sozialpolitik 1872 hatte die allgemeine Nichtachtung des Ärmsten in ein Verstehen seiner wirtschaftlichen und seelischen Lage und der besonderen Ent-

wicklungsgesetze, unter die ihn die neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklung nun einmal gestellt hat, zu wandeln begonnen. Aus dieser Ideenlage heraus, die mühselig genug gegen den alten Harmonie-Liberalismus, noch mühseliger gegen die allgemeine seelische Einstellung des kleinen Bürgertums gegenüber dem verachteten „Fabriker“ geschaffen werden mußte, entstand überhaupt erst die Möglichkeit für den ersten großen Schritt der Staatshilfe, für Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz, diesen ersten Versuch des Ausgleichs der bedrohlichen Wirtschaftsgegensätze, der seitdem seinen Siegeszug über die Welt angetreten hat. Darauf baute sich dann die besondere Wirtschaft der Arbeiterversicherung, die andere des Arbeiterschutzes als ziemlich umfangreiche Sonderdisziplin auf, und als man im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts daran ging, auch nur die Gesetze der Arbeiterversicherung zusammenzufassen, da ergab es einen Band, der an Umfang das ganze bürgerliche Recht beträchtlich übertraf. Allgemein sozialpolitischer Wille, Verwaltung und Rechtswissenschaft haben das neue Gebiet geschaffen und weiter fundiert. Allerdings hat die Durcharbeitung dieses Werkes, das von den Juristen mit minutiöser Treue und Genauigkeit ausgearbeitet wurde, in seiner Wirtschaftsbedeutung noch recht viel zu wünschen übrig gelassen. Wer der wirkliche Träger der einzelnen sozialen Aufbringung ist, wie sie in der Kapitalaufbringung wirkte, ob z. B. nicht vielleicht zu sehr zugunsten des Bau- marktes und zu ungünstigen der eigentlichen Industriekapitalien, das und noch vieles andere ist ziemlich unbeachtet den Empirkern der Verwaltung überlassen geblieben. Die sehr ernsten Bestrebungen der Wissenschaft und einzelner Wissenschaftler, eine Erwerbslosenversicherung durchzusetzen, zumal nachdem in England der wenig beachtete grundsätzliche Umschlag zur Staatsfürsorge, die seltsam radikal-soziale Reform von Lloyd George erfolgt war, fanden, abgesehen von einzelnen kommunalen Verwaltungen, in der großen deutschen Öffentlichkeit und Politik kaum Beachtung. Immerhin ist in dem Gebiet der Staatshilfe eine ziemlich enge Wechselwirkung zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Politik unverkennbar, seitdem der Vorstoß zu Anfang der 70er Jahre frühzeitig den Blick für das Werden der sozialen Umschichtung geschärft hatte.

Anders freilich bei der Selbsthilfe, den beiden großen Linien des Emanzipationskampfes der Arbeitnehmer aus eigener Kraft, bei Gewerkschaft und Genossenschaft. Gewiß haben Max Hirsch, Lujo Brentano und in einem gewissen Grade auch Frank und vielleicht Herkner auf die öffentliche Einschätzung dieser eigentümlichen, mühselig sich vorwärts arbeitenden Fachvereinigungen der Arbeitnehmer eingewirkt. Auf das eigene Werden dieser Verbände haben aber weder diese noch die unmittelbar sozialistischen Wissenschaftler einen irgendwie wesentlichen Einfluß gehabt. Die eigentümliche Klein-

arbeit, aus der die Verbände der verschiedenen Berufe sich recht mühselig emporarbeiteten — und die merkwürdige Tatsache, daß der Kampf zwischen Berufsverband oder Industrieverband noch immer praktisch im Sinne des ersten entschieden wird, zeigt, wie stark unter den Arbeitern diejenigen der Klein- und Mittelbetriebe, ja geradezu des Handwerks die Oberhand behalten haben —, ging rein empirisch vor sich. Auch in ihrer Ideenentwicklung kamen diese Organisationen, soweit sie sich nicht an die parteipolitische Ideologie anlehnten, wenig über das augenblicklich Praktische hinaus. Die wissenschaftliche Bearbeitung der Gewerkschaftsbewegung beschränkte sich im wesentlichen darauf, dieses merkwürdige und fremde Gebilde den Mittelschichten näher zu bringen. Zwar hat W. Troeltsch den teilweise recht gut gelungenen Versuch gemacht, mit Hilfe seiner Schüler durch die wissenschaftliche Bearbeitung der Bewegung auch den Gewerkschaften selbst Erkenntnisse für die Weiterentwicklung ihrer Organisation zu bieten; aber erst 1925 erschien von Th. Cassau die erste Soziologie und Theorie dieser deutschen Arbeitnehmertruppe. Arbeiten, wie die Diskussionen zwischen Adolf Weber und Th. Brauer, die, von Heinrich Dietze's Grundauffassungen ausgehend, grundsätzlich das Verhältnis zwischen Lohn und Preisbildung anzufassen versuchten, haben in den Gewerkschaften kaum Beachtung, geschweige denn Durcharbeitung gefunden, sicherlich auch zum Schaden dieser Organisationen selber. Erst als die furchtbare Not der Inflationszeit und die vorher schon überraschend eingetretene Notwendigkeit einer eigenen Wirtschaftspolitik sich ihnen aufzwang, schufen sie hier einige Ansätze der Nutzung wirtschaftlich-wissenschaftlicher Arbeit, deren Auswertung aber kaum noch begonnen hat.

Sonderbarerweise nicht viel anders bei den Genossenschaften. Soweit das Genossenschaftswesen eine Hilfsorganisation der Enterbten ist, insbesondere also soweit die Genossenschaftsbewegung der Verbraucher in Betracht kommt, hat sie sich in Großbritannien im wesentlichen ohne die Hilfe der Wissenschaft, ja sogar gegen sie (christliche Sozialisten) mühselig emporkämpfen müssen; erst als sie eine Größe erreicht hatte, die ihr Dasein und ihre Weiterbildung über jeden Zweifel erhaben erscheinen ließ, hat sie in dem Ehepaar Webb wissenschaftliche Förderer gefunden. Wohl haben V. A. Huber und Eduard Pfeiffer der deutschen Öffentlichkeit zu sagen versucht, was sie in England an Fortschritt in der Selbsthilfe des Käufers gesehen hatten; die überragende Autorität von Lassalle hat aber für den größten Teil der deutschen Arbeiterschaft die Ansätze der Erkenntnis und ihrer praktischen Nutzung nahezu erstickt. Kein Gegenstück zu den „Arbeitergilden der Gegenwart“ zeigte dem deutschen Arbeitnehmer, wie er durch das „Arbeiterkaufhaus der Gegenwart“ die Kaufkraft

seines Lohns steigern konnte. Schultze-Delitzsch, den man sicherlich nicht als Wirtschaftswissenschaftler, sondern als Verwaltungspraktiker betrachten muß, hat in Deutschland ein selbständiges Genossenschaftswesen geformt. Wie weit er dabei überhaupt das Vorbild der Engländer gekannt hat, ist mindestens fraglich. Organisatorisch ist man in einem wesentlichen Punkte dieser zum Teil von Juristen getragenen Bewegung sogar über England hinaus gelangt, nämlich in den sogenannten Revisionsverbänden. Aber für Schultze-Delitzsch war die Genossenschaftsbewegung keineswegs ein Mittel der Wirtschaftspolitik des vierten Standes, sondern eine solche des dritten; der Handwerker und der ihm nahestehende Mittelstand sollten gegen die Fabrik geschützt werden. Die andersartige Natur dieser seltsamen Wirtschaftsbewegung, die aus gänzlich antikapitalistischen Beweggründen eine der eigenartigsten und zukunftsreichsten Form der Großunternehmung in der Warenverteilung und darüber hinaus wahrscheinlich in der Wirtschaft zuerst geschaffen hat, blieb dem Verständnis der deutschen Wissenschaft ziemlich lange fremd. Erst in der Mitte der 90er Jahre hat Franz Oppenheimer für die nichtsozialistische Welt und gar erst um die Jahrhundertwende haben Edward Bernstein, das Ehepaar David und andere „Revisionisten“ für die Arbeiterwelt das theoretische Verständnis dessen erschlossen, was praktisch schon lange ein wichtiges Hilfsmittel ihres Aufstiegs geworden war. Die Konsumvereins-Enquête des Vereins für Sozialpolitik, vor dem Weltkriege begonnen, hatte Erkenntnisbedeutung, wahrscheinlich in einigen Schriften Zukunftsbedeutung, insbesondere in den fraglos besten beiden Schriften von Cassau (Vergleich England-Deutschland). Sie ist eigentlich die erste offizielle Verbindung der deutschen Wissenschaft mit dieser längst die Welt umspannenden Organisationsbewegung des Massenverbrauchs.

So blieb die Arbeit der Wirtschaftswissenschaft im wesentlichen darauf beschränkt, beiden Parteien die allgemeinen Argumente im Arbeitskampf zu liefern und darüber hinaus die Möglichkeiten des Ausbaues gesetzlicher sozialer Fürsorge durchzuarbeiten. Hier ist sicherlich viel Wertvolles geleistet worden.

Insbesondere gilt das von der Wohnungsforschung. Wenn es den Gemeinden in recht beträchtlichem Ausmaße möglich gewesen ist, in dem Menschenalter vor Kriegsausbruch öffentliche Mittel für die Wohnungsfürsorge zu verwenden, neue Methoden für sie zum mindesten zu erproben, so soll das praktische Ausmaß dieser Möglichkeiten gewiß nicht überschätzt werden. Das weitaus Wichtigste und Größte im schnellen Zusammenhämtern der neuen Industriestädte und Industriebezirke hat das private Unternehmertum geleistet und gewiß nicht aus gutem Herzen (wie auch wohl in keiner anderen wirtschaftlichen Tätigkeit). Aber dennoch sind infolge der entschiedenen Bestrebungen der Boden-

reformer und der gleichzeitig ziemlich tief eindringenden Untersuchungen über die Wohnungsverhältnisse die Bestrebungen sowohl der Wohnungspolitiker unmittelbar verstärkt, wie unmittelbar die sich sammelnden Kapitalien der öffentlichen und privaten Versicherungen dorthin gelenkt worden. Als man freilich in der Nachkriegszeit gemeinsam mit Unternehmern und Arbeitnehmern im Bergmanns-Heimstättengesetz in schwerer Zeit ein großzügiges Neubauprogramm für 150 000 Wohnungen erst einmal durchzuführen versuchte, fanden wir in der deutschen Wissenschaft wenig Verständnis, noch weniger Hilfe.

Umso entschiedener hat die Praxis der Gesetzgebung die sehr bequem ausnutzbare Spanne zwischen den künstlich tief gehaltenen Wohnungsmieten und Häuserpreis, den auch nach der Aufwertung zu drei Vierteln vernichteten Hypotheken und dem neuen Herstellungswert durch Mietzinssteuer ausgenutzt. So ist schließlich doch die „gemeinwirtschaftliche Kapitalbildung“ im Wohnungswesen zur Tat geworden, aber freilich derart, daß das notwendige Baukapital zu mehr denn zur Hälfte geradezu aus Steuermitteln genommen wurde. Der Baumarkt ist ziemlich weitgehend wieder belebt worden, und die Rechnungen über das Fehlen von Wohnungen werden von der Praxis in demjenigen Augenblick ziemlich fraglos korrigiert werden, in dem durch die offenbar beabsichtigte Angleichung der Mieten an die Reproduktionskosten der Bauten die Einschränkung im Wohnraum wieder folgt. An dieser ganzen Veränderung der Grundlagen des Baumarktes ist von der Wissenschaft wenig positiv mitgearbeitet worden; die Träger waren und sind im wesentlichen die Beamten des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums und die der Wirtschaftswissenschaft allerdings unmittelbar entstammenden Minister, insbesondere Reichsarbeitsminister Dr. Braun s.

III. Zur Wissenschaftspolitik.

Diese Darstellung hat nicht von vornherein zur Wissenschaftspolitik grundsätzlich Stellung genommen, also zu der Frage: Darf man überhaupt ein Ziel, zumal Lehr- und Forschungsrichtung, für irgendeine Wissenschaft aufstellen? Den Leser, der uns bis hierher gefolgt ist, wird vielleicht der folgende Bekenntnissatz etwas unerwartet anmuten:

Der Verfasser dieser Zeilen gehört zu denen, die Werturteile in der reinen Wissenschaft grundsätzlich ablehnen. Wenn unsere Darlegung dennoch mit Werturteilen nicht gerade sparsam umgeht, so deswegen, weil bei schwerer Lage eines Volkes die Wertsetzung sich für denjenigen, der sich mit diesem Volke verbunden fühlt, von selbst ergibt. Der Astronom auf einem ruhig dahinfahrenden Schiffe mag mathematische Probleme von Sirius-Ferne lösen. Ergreift aber ein Sturm das Schiff, so verlangt nicht nur die Mannschaft, sondern sein eigenes

Gewissen, sofern er das Leben überhaupt bejaht, daß er nun seine besonderen Kenntnisse der leuchtenden Orientierungspunkte am Himmel für die günstigste Fahrtrichtung des bedrohten Schiffes einsetzt. Dann wird eben aus der reinen Wissenschaft zwangsläufig die Kunstlehre. Auf solchem Schiffe fuhren wir in Deutschland seit 1914 und haben noch eine ziemlich schwierige Strecke, etwa eine Generation lang, vor uns. Da wir das Leben und zumal das Leben des deutschen Volkes bejahren, so ergibt sich unter voller grundsätzlicher Aufrechterhaltung unseres Standpunktes der wertefreien Wissenschaft dennoch die Forderung einer Kunstlehre und sogar darüber hinaus einer deutschen Wissenschaftspolitik in der Wirtschaftslehre.

Freiheit der Forschung und Freiheit der Lehre haben in materiell viel ärmeren Zeiten als den unsrigen zu kühnen Taten des Geistes geführt, denen anfangs jede Nutzungsabsicht fern lag. Diejenigen, die zuerst Kreise und Ellipsen konstruierten, wußten nicht und konnten nicht ahnen, daß diese Figuren in der Lehre von den Weltkörpern etwa ein Jahrtausend, in der praktischen Maschinenbautechnik etwa zwei Jahrtausende später von ausschlaggebender Bedeutung sein könnten. Aber die es taten, konstruierten auch zugleich die Brennspiegel, mit denen sie die feindlichen Schiffe, die das ruhige Arbeiten der eigenen Stadt bedrohten, außer Gefecht setzen sollten. Wir hoffen, daß die Brennspiegel dieser Art und die modernen Lyddit- und Gelbkreuzgranaten in nicht zu ferner Zeit in die Museen der Vergangenheit versinken werden. Aber der wirtschaftliche Kampf wird und soll nicht versinken, und die deutsche Nation wird sich bald fragen können, ob der Weg „den blind der Mensch gegangen“, in diesem Falle der deutsche Mensch, nicht auch für uns zum bewußten und sogar zum sehr klar gewählten werden soll. Die Geltung des deutschen Volkes in der Welt hängt ganz ausschlaggebend von seiner Wirtschaftsleistung ab. So weit hat sich immerhin die Welt verändert, daß für Weltgeltung eines Volkes die Zahl der projektilschleudernden Apparate nicht mehr allein ausschlaggebend ist. Das bedeutsame Ergebnis der ersten Wirtschaftskonferenz der Welt, derjenigen zu Genua, war doch schließlich eine formelle Gleichstellung des Waffenlosen mit den Waffengewaltigen in wirtschaftlicher Hinsicht. So eröffnet sich ihm die Hoffnung und damit die dringliche Aufgabe, den Verzicht auf die Waffengewalt durch die Wirtschaftsmacht bewußt zu kompensieren und zu überkompensieren. Ein solches nationales Willensziel bedeutet Selbsterhaltung, keinen Nationalismus; nicht einmal jenen englischen wirtschaftlichen Anleihe-Nationalismus, von dem uns K e y n e s neuerdings eine sonderbare Probe gegeben hat. Wohl aber bedeutet es Richtlinien im nächsten Werdenswillen der deutschen Wirtschaftswissenschaft.

Wie es eine Selbstverständlichkeit geworden ist, die Durchbildung unseres

technischen Nachwuchses mit allen Mitteln öffentlicher und privater Kraft zu fördern, so muß mindestens ebensosehr unsere Wirtschaftstechnik in erster Linie öffentlich gestützt werden. Bedeutet das die Forderung neuer Professuren? Wohl kaum. Viel eher könnte man daran denken, unter den vorhandenen die Aufgabenteilung zu vertiefen. Rationalisierung nämlich sollte auch bei der Wissenschaft zu Hause zuerst beginnen, die sie für die andern predigt. Der stolze Brauch, an jeder Universität jede Disziplin nicht nur voll, sondern möglichst gar doppelt zu besetzen (mit den üblichen Nebenerscheinungen der Kathederpolemik), besteht ja längst nur mehr in der Theorie. Statt dessen sind Wirtschaftshochschulen eigener Natur entstanden, die landwirtschaftlichen, die Handelshochschulen, die Hochschulen für kommunale und soziale Verwaltung und etliche andere. Wäre es nicht an der Zeit, die bewußte Arbeitsteilung zunächst einmal zwischen den einzelnen Lehr- und Forschungsstätten einzusetzen zu lassen? Dazu freilich braucht man eine Art wissenschaftlichen Mobilmachungsplans. Er könnte ungefähr in diesen Richtlinien verlaufen:

Deutsche Wirtschaftsbildung braucht nicht mehr ausschlaggebend historische Detailforschung. Um so wichtiger ist ihre genaue Kenntnis allen gesetzmäßigen Ablaufs der modernen Wirtschaft. Die erste Grundlage gibt immer noch in nicht zu übertreffender Weise die alte klassische Lehre. Ihre großen Ergänzungen in den Lehren der Preisbildung, in den Gesetzen, die man aus dem Funktionieren der modernen Marktorganismen für Ware und Geld ziehen konnte, den Gesetzen, welche die moderne Industrialisierung uns gelehrt hat, sind notwendig. Der klare Wissensgehalt an Regelmäßigkeiten wirtschaftlichen Handelns und Geschehens, eben die Wirtschaftstheorie, ist die eine große Lehrnotwendigkeit gegenüber dem deutschen Volke. Die zweite aber ist die sehr bewußte Ausdehnung und Ausweitung der praktischen Wirtschaftsdisziplinen, insbesondere der wirtschaftlichen Betriebslehre. Wie immer man zu den Fragen der sogenannten Gemeinwirtschaft stehen mag, der Wille sollte Gemeingut aller für eine Gesamtheit denkenden und wollenden Menschen sein: die Wirtschaftskräfte eines Landes und vor allem die wertvollste unter ihnen, nämlich die Arbeitskraft, zur höchsten möglichen Nutzung zu führen. Ob man dabei dieses Ziel in einer Erweiterung des öffentlichen Betriebes oder im stärkeren Schutz der privaten egoistischen Antriebe in der Wirtschaft sucht, gemeinsam ist offenbar dies, daß die genaue Kenntnis der besten erreichten Organisationsformen die erste Voraussetzung für beide Zielrichtungen ist. Wie der Chemiker jedes Element und jede Verbindung forschend durchprobt, so muß der Wirtschaftswissenschaftler, der praktisch

wirksam sein will, in seinem Gebiete die Elemente zu finden wissen, ihre Kombinationen und ihre Kombinationsgesetze. Das aber gelingt weitaus am sichersten von innen heraus, aus dem Betriebe selbst und aus der eingehenden Durcharbeitung dieser inneren Wesensgesetze. Sei dieser Betrieb ein Privatbetrieb, sei er ein öffentlicher, sei er ein Markt oder selbst eine Vielheit von Märkten; aus dem Zentrum seiner Bewegung, durchweg aus dem Willen nach Ertrag, den Mitteln seiner Erzielung, seiner Messung, seiner Komponenten, läßt sich zuerst das Wesensgesetz des einzelnen Betriebes, eines Marktes, eines Gewerbezweiges, die besondere Wirtschaftsnatur eines Gebietes oder Landes erschließen. Inwieweit in ein solches Gebilde hinein dann eine Neuerung paßt, die irgendwo gefunden ist, das sind doch die Gegenwartaufgaben, die zur höheren „Efficiency“ einer Wirtschaft führen, und deren wissenschaftliche Sammlung, geistige Durchdringung und wirksame Lehre die spezifische Aufgabe der deutschen Wissenschaft ist.

Wird die deutsche Wirtschaftspraxis sich dazu verstehen, ihr hier in Offenheit die Wirkungsmöglichkeiten zu geben? Allzu begreiflich ist es, daß sie den Professor hauptsächlich dann sucht oder duldet, wenn sein Gutachten ihre Sache vertritt. Vielleicht ist es eine der wichtigsten Erziehungsaufgaben, auch die Praxis zu lehren, daß die Wissenschaft nur, indem sie in restloser Freiheit der Wahrheit dient, auch dem Interesse eines Gewerbes auf lange Sicht dienlich sein kann. In den Vereinigten Staaten ist die Wirtschaftswissenschaft vielfach in sehr enger Verbindung mit der privaten Wirtschaftsführung. Bei unsrern Industriebetrieben betrachten wir der technischen Aus- und Weiterbildung gegenüber genau das Gleiche als selbstverständlich. Gegenüber der Wirtschaftslehre besteht beim deutschen Unternehmertum eine weit größere Zurückhaltung. Nicht selten noch aus jener Definition heraus: Ein Nationalökonom ist ein Mann, der Arbeiterwohnungen ausmißt und nachher sagt, sie seien zu klein. Beim Arbeitnehmertum aber, das der Forschung ohnehin weniger zu geben hat, ist die Haltung nicht viel anders. Das Unternehmertum hat in der Vorkriegszeit den Wunsch, Forschung und Lehre, insbesondere zwecks Intensivierung der ersteren, voneinander zu trennen, vielfach durch Geldmittel zu verwirklichen geholfen; nicht ganz selten mit antisozialpolitischer Tendenz. Gegenüber diesen von ihm mit begründeten Instituten ist es aber in der Mitteilung tatsächlicher Organisations- und Rechnungsvorgänge mehr denn zurückhaltend gewesen. Die Heranziehung solcher Einrichtungen zur Lösung praktischer Aufgaben der Wirtschaft selbst, wie sie z. B. die amerikanische Wirtschaft für das Konjunkturproblem auch für Selbstkostenfragen für zweckmäßig erachtet hat, ist, von ganz vereinzelten Fällen abgesehen, wohl ernsthaft überhaupt noch nicht in Betracht gekommen. Dennoch liegt hier zweifelsohne die große Zukunfts-

aufgabe der praktischen Wirtschaftswissenschaft. So wie Agrarchemie und Agrarwissenschaft überhaupt nur im engen Zusammenhang mit der Praxis werden und lehren konnten, so wird allein die Wirtschaftswissenschaft als Kunstlehre Wirtschaft lehren können. Die Weiterbildung unserer privat- und volkswirtschaftlichen Organisation kann nur dann die kürzesten Wege finden, wenn die praktisch bereits begangenen Wege und die mit ihnen möglichen Kombinationen von solchen Persönlichkeiten bearbeitet werden, die arbeitsteilig just für solche Fragen freigestellt sind. Das Betriebsgeheimnis, um dessen Hütung man sich so bemüht, wird ohnehin für denjenigen, der die deutsche Fachpresse zu lesen versteht, an mehr Stellen enthüllt, als die Wissenschaft es in intensivster Zusammenarbeit mit der Wirtschaft je öffentlich tun würde. Mit dem Wachsen der Betriebe wird ihre Wirtschaftsführung mehr und mehr nicht nur eine Sache öffentlichen Interesses, sondern in ziemlich weitgehendem Grade auch eine solche öffentlicher Kenntnis und öffentlichen Mißverständnisses. Die Wissenschaft von der Wirtschaft und die Wirtschaft selber gehören zusammen. Nicht in dem einseitigen Sinne, daß Erwerbs- oder Gewinninteresse eines Unternehmens oder Gewerbezweiges das Ziel eines wirtschaftlichen Forschungsinstitutes sein dürfte (die Fachprofessoren für Kohle, Trockenkartoffeln, Leder und ähnliches, die wir in der Kriegswirtschaft kennen lernten, waren meistens aus der Fachtechnik herausgekommen; sie traten nun mit dem Anspruch auf, diese nun gerade ihnen zufällig bekannte Industrie müsse gegenüber allen anderen ganz besonders gehegt werden. In dem Ziel der Höhersteigerung der wirtschaftlichen Schlagkraft, der Produktivität durch höchste Verfeinerung von Organisation und Rechnungsführung gehören aber in der Tat die Wirtschaft und die Wirtschaftswissenschaft aufs innigste zusammen.

Wobei die deutsche Wissenschaft noch eine Reihe wichtiger Gebiete gerade für das praktische Werden unseres Wirtschaftskörpers allzu wenig beachtet hat und deshalb künftig weit stärker ins Auge fassen muß. Dazu gehört vor allem z. B. das Verkehrswesen. Seine Durcharbeitung ist eine eminent volkswirtschaftliche Angelegenheit; daß z. B. im Dawes-Bericht die allgemein volkswirtschaftlichen Sachverständigen den beiden Eisenbahnen Experten auch die volkswirtschaftliche Beurteilung überließen, zeigt nur, daß dieselben Fehler wie bei uns auch anderswo gemacht werden. Bei der großen Bedeutung, die das Verkehrswesen, zumal auch das binnennärdische, für die ganze Völkerentwicklung (nicht etwa nur für die Siedlung) in den kommenden Generationen haben wird, ist die intensive Durcharbeitung seiner Wirtschaftlichkeit ein dringendes Erfordernis. Auch die bedeutsamen Nebengewerbe des Verkehrs, von der Spedition bis zum Hotelwesen, das in Amerika eine so überaus

große Entwicklung genommen hat, sind von der Wissenschaft recht stiefmütterlich behandelt worden, während kleine Techniken des Wechselgeschäfts, des Prämien geschäftes oder ähnliche Quisquilen des Bankgewerbes mit unendlicher Breite immer wieder vorgetragen werden. Die Wirtschaftslehre der Großindustrie hat bisher nur einige ganz wenige Bearbeiter gefunden und ist doch ganz offenbar etwas, was sogar weit über die hochschulmäßige Behandlung hinaus dem Verständnis unserer breiten Massen nahe gebracht werden müßte. Sonst werden allzu leise immer wieder die Exponenten der öffentlichen Meinung, die Volksvertreter, zu Gewaltmaßnahmen greifen wollen, deren wirtschaftswidrige Wirkung die Überlegung von vornherein hätte lehren können, die Erfahrung seitdem längst gelehrt hat. Die Wirtschaftslehre unserer öffentlichen Verwaltung, nicht etwa das Finanzwesen, sondern die Verwaltungsorganisation und -technik selber sind etwas, das trotz Jastrows früher Bemühungen zur Schaffung einer Verwaltungswissenschaft der großen Mehrzahl der Wirtschaftswissenschaftler ziemlich fremd geblieben ist. Vielleicht entsinnt man sich, daß einige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges eine kaiserliche Immediatkommission eingesetzt wurde, um kaufmännischen Geist in die Verwaltung zu bringen. Sie hat etliche Jahre getagt: Wenn wir das Ergebnis recht beurteilen, so war es mehr die Bewunderung der von der kaufmännischen Seite kommenden Beurteilung für die Vernunft der Jahrhunderte, die in der nicht auf Gewinn gestellten öffentlichen Verwaltung einen Mechanismus geschaffen hat, der an Einfachheit und Zweckmäßigkeit vielfach dem laut gerühmten kaufmännischen durchaus gleichwertig war. Daß unser Kartellwesen mit seiner Soll- und Ist-Rechnung der kameralistischen Rechnungsführung gar nicht mehr fern ist; daß unsere großen privaten Unternehmungen in Registratur und Aktenführung von der öffentlichen Verwaltung bislang mindestens nicht weniger angenommen haben, als diese etwa von der kaufmännischen Buchhaltung, das sollte zeigen, daß hier ein eigenes Gebiet der Rationalisierung harrt, von der alle gewinnen könnten. Daß endlich die Finanzierungs technik von außerordentlicher Wichtigkeit ist, von ihren besten Bearbeitern bisher aber gerade bei der Finanzierung der größten Unternehmungen und auf ihre Zusammenhänge mit der öffentlichen Finanzierung noch ziemlich unbearbeitet gelassen worden ist, das ist eine der weiteren größeren Linien, unter denen die deutsche Wirtschaftswissenschaft arbeiten sollte. Genauigkeit in Erfassung des Wirklichen, zumal des organisatorisch und rechnungsmäßig Wirklichen, und Arbeitsteilung zur Verbreiterung der Arbeit über einen möglichst großen Teil des wirtschaftlich Relevanten hin, das ist die eine große Aufgabe deutscher Wirtschaftswissenschaftspolitik der nächsten Jahre. Zwei andere treten hinzu:

Jeden Soldaten lehrte man einstmals die genaue Größe des Heereskörpers, in dem er eingereiht war, die Staffelung und Gliederung seiner Hierarchie und jede Bewegung der ganzen Exerziereinheit, in der er ein Dreitausendstel war. Der deutsche Wirtschaftswissenschaftler ist unter der Devise der Forschung bis ins kleinste häufig ein Detailkenner geworden, wie wir ihn noch liebenvoll in Nietzsches Bild vom „Gewissenhaften des Geistes“ kennen, der nur des Blutegels Hirn erforscht; weniger liebenvoll in der Karikatur des deutschen Gelehrten im Auslande. Allzu sehr fehlt der deutschen Wirtschaftswissenschaft aber der Überblick über die ganze deutsche Volkswirtschaft, erst recht über die fremden. Diejenigen, die sich z. B. in begründeter Weise über das deutsche Volkseinkommen und seine Zusammensetzung zu äußern wagten, könnte man an den Fingern einer Hand herzählen. Und doch ist für seelische Einstellung und praktische Wirtschaftspolitik eines Volkes wohl kaum etwas wichtiger als das Bewußtsein, daß man sich nicht auf einer absteigenden Linie bewegt, daß die eigene Volksarbeit vielmehr zur Erhaltung des eigenen Volkes, darüber hinaus noch zur Kapitalbildung, d. h. zur Höherbildung der Wirtschaft überhaupt ausreicht. Wenn im September 1925 noch ein Reichsbankdirektor in der Öffentlichkeit ohne Widerspruch sagen durfte, die Kapitalbildung des deutschen Volkes erreiche im Jahre eine Milliarde, während sie in Wirklichkeit ganz zweifellos das 4—5 fache darstellt; wenn kaum ernst zu nehmenden Schätzungen des Volkseinkommens auf 18 Milliarden (Helfferich), 24 Milliarden (Luther), 34 Milliarden (Handelskammer Berlin) noch zu einem Zeitpunkt möglich sind, wo allein die Summe der durch die Lohnsteuer nachweisbaren Lohneinkommen amtlich auf einige 30 Milliarden angegeben wird, so zeigt das, daß unter unseren Verantwortlichen überhaupt ein sicheres Urteil über die wirkliche Größe der Volksleistung fehlt. Wie aber will man dann überhaupt die Wirtschaft eines ganzen Volkes führen? Zu derselben Zeit, wo man offiziell mit einer Zahl des Volkseinkommens von 24 Milliarden operierte, nahm man allein an öffentlichen Abgaben trotz fast völliger Freistellung von Reparationen ungefähr 12 Milliarden aufs Jahr fort. Wer will unter solchen Umständen bei solcher völligen Direktionslosigkeit über die Gesamtkräfte unseres Volkes denn ein Urteil abzugeben wagen über richtige Zollpolitik, richtige Verteilung zwischen Anlage- und Betriebskapital, über Aufnahme von Auslandskrediten und gar über Leistungsmöglichkeit und Formen der Abtragung von Auslandschulden? Kein gebildeter Amerikaner, der nicht wüßte, wie hoch man ungefähr das Volkseinkommen und die Produktion seines Gewerbezweiges schätzt. Bei uns fehlt zu dergleichen auch nur die Vorstellung. Seit Helfferich hat die deutsche Wirtschaftswissenschaft überhaupt keinen ernst-

haften Versuch mehr aufzuweisen, über die Gesamtkräfte von Volk, Land und Staat ein klares Bild zu schaffen. Was von den Ämtern veröffentlicht wurde, blieb unter politischen Einwirkungen durchweg unerörtert, selbst Rathenaus geistvoller Versuch der Berechnung der Volksproduktion auf Grund des Wertes der Arbeitsstunden. Das aber muß unter allen Umständen eine zentrale Aufgabe deutscher Wirtschaftswissenschaft werden, die Gesamtbilanz des deutschen Besitzes und die Gewinn- und Verlustrechnung zwischen Erwerb und Verbrauch zu einem Gemeingut unseres Volkes zu machen und zur hohen Aufgabe eines jeden, der hier unbewußt mitwirkt, den materiellen und ideellen Ertrag unserer Wirtschaftsbilanz so hoch wie nur möglich zu steigern.

Dazu dies letzte: Wir brauchen eine viel weitergehende Popularisierung der wirtschaftswissenschaftlichen Tatsachen und Grundgedanken. Aus unseren Volksschulen kommt so leicht keiner, der nicht die Regierungszeit des Großen Kurfürsten, seines prunkliebenden Sohnes und die verschiedenen kriegerischen Unfälle und Glücksfälle etwa Friedrichs des Großen auswendig wüßte. Ob aber derselbe junge Mensch auch nur die Grundbegriffe von Kauf und Verkauf, Steuer und öffentlichem Bedarf kennt, darum kümmert sich bisher niemand. Von unseren höheren Schulen geht niemand ab, der nicht die Leistungen des Bataillons von Leonidas (die übrigens seelisch von jeder einzelnen Truppe, die im Weltkriege zum Sturmangriff angesetzt hat, mindestens erreicht wurden) ebenso exakt kennt wie die Bedeutung von Ilmenau oder Seesenheim für Goethes seelische Entwicklung. Ob derselbe junge Mitbürger auch nur die geringste Vorstellung von einem Markte, irgendeiner Unternehmungsform, einem Kartell hat; ob ihm die Bedeutung unseres Eisenbahnwesens, der Landwirtschaft und des Bergbaues im Gefüge derjenigen Wirtschaft, die ihn erhält, und in der er in irgendeiner Weise wirken soll, auch nur im entferntesten näher gebracht worden sind, darum kümmert sich bislang niemand. Der Sextaner lernt, daß er nicht für die Schule, sondern für das Leben lernt. Nur leider: Vom modernen Leben, von demjenigen, was ein ganzes Volk erst erhob, dann eine ganze Generation lang in Not und großenteils in Armut warf, lernt er nichts, weil die Lehrenden von ihren Lehrern darüber nichts erfuhren. Sind wir daran ganz unschuldig? Gewiß droht hier die Gefahr einer tendenziösen Wirtschaftsbelehrung, eines wirtschaftlichen „vaterländischen Aufklärungsdienstes“ in den Lehranstalten ebenso wie einer sagetistischen Gehirnzellenbildung. Aber selbst solche zunächst nicht absichtsfreie Belehrung ist besser als gar keine; aus einer Magd der Politik wird die Wirtschaftslehre sicherlich schnell zur selbständigen Führerin werden. Ein

deutscher Kultusminister ist anscheinend dabei, einen Versuch solcher Wirtschaftskunde fürs Volk zu wagen. Wer wird ihm helfen? Diese Aufgabe ist fast ebenso wichtig wie die an einer deutschen Hochschule so gründlich behandelte Soziologie der Gesangvereine¹⁾.

Wir geben hier aphoristisch, was uns als die Notwendigkeit einer planvollen Organisation der Wirtschaftswissenschaft erscheint. Aphoristisch und sicherlich mit Einseitigkeit zunächst auf das eigene Volk blickend. Eine solche bewußte Arbeit am Werden einer lebenswichtigen Wissenschaft ist an einigen Stellen begonnen, an anderen noch kaum gesehen. Wenn auch hier das mechanische Geschehen in ein bewußtes Wollen umgewandelt würde, so hätten wir die Gewißheit großen Fortschritts. Kein besserer Dank könnte denjenigen abgestattet werden, die im letzten Menschenalter alle drei großen Aufgaben in sich selbst zu vereinigen versuchten:

Schaffung und Verbreiterung der Tatsachenkenntnis,
mutige Zusammenfassung dieser Kenntnis zu einem wirtschaftlichen Gesamtbilde und

Popularisierung weit über die Grenzen der engeren Wissenschaft hinaus, in den Grundbestand unseres Volkswissens und Volkswillens.

Mit solchem Verlangen grüßen wir die wenigen, deren Wille und Kraft in solche Richtung im letzten Menschenalter gespannt waren, unter ihnen den verehrten Meister, dem dieses Werk gewidmet ist.

¹⁾ Selbstverständlich hat volkswirtschaftliche Bildung in Schulen wie auf Hochschulen nur dann Sinn, wenn sie sich nicht auf die Übermittlung von Tatsachen und Detailkenntnis beschränkt. Das Gedächtnis-Verstopfen mit Unsummen kleiner Einzelheiten, wie es der Historismus gern betrieben hat, würde in den Schulen die Wirtschaftswissenschaft nur verhaßt machen, ohne den geringsten geistigen Einfluß ausüben zu können. Grundlage und Voraussetzung muß also die Übermittlung eines Mindestmaßes „theoretischer“ Erkenntnis sein: Wir meinen damit die Leistung, die eben von der sogenannten Theorie vollbracht wird, ein zwar begriffliches und verkürztes, aber nichtsdestoweniger anschauliches und klar faßbares Bild von der wirtschaftlichen Wirklichkeit geben zu können. Ein Bild, wie z. B. das von Walras, von der Gesamtheit wirtschaftlichen Geschehens als zweier Märkte, eines Produktionsmittel- und eines Konsumgutmarktes, die durch den Unternehmer miteinander verbunden sind, und die nähere Ausführung eines solchen abstrakten Bildes zur Klarstellung der einfachsten Formen der Güterbewegung, Preisbildung und Einkommensverteilung gehört zu den wertvollsten Instrumenten wirtschaftswissenschaftlicher Pädagogik. Dieser aber haben sich selbst unsere Universitäten noch allzuwenig angenommen.

Der Homo politicus als Feind der Volkswirtschaftslehre.

Von

· Welimir Bajkitch.

Inhalt.

	Seite
I. Unzufriedenheit der Volkswirte mit den Politikern	201
II. Die häufigsten nationalökonomischen Irrtümer der Politiker	205
III. Die Ursachen der wissenschaftlichen Rückständigkeit des Politikers.	213
IV. Wie ist die Volkswirtschaftslehre gegenüber dem Politiker zur Geltung zu bringen?	218

I. Unzufriedenheit der Volkswirte mit den Politikern.

Jede Regierungsform hat ihre Feinde, die sich zum Teil durch materialistische und zum Teil durch idealistische Motive leiten lassen. Die heutige Demokratie (worunter jede Staatsorganisation zu verstehen ist, bei welcher die Souveränität definitiv einer, mittels eines das ganze Volk umfassenden gleichen Wahlrechtes gebildeten Körperschaft zusteht) hat auch ihre Feinde. Konservativ gesinnte Menschen z. B. verwerfen sie, weil sie das Mittel ist, wodurch das Herdentier zum Herrn gemacht wird (Nietzsche). Viel größer ist die Zahl der Menschen, die sie grundsätzlich annehmen, ihr aber zahlreiche Mängel nachweisen. Klassisch sind die Vorwürfe gegen die politisierende Verwaltung, die Verflachung des Bildungsniveaus der Beamten, die Verschwendungen usw. Am zahlreichsten sind die Klagen gegen das Funktionieren der heutigen Demokratie auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik.

Diese können in einige Gruppen geteilt werden. In erster Linie kommt der Vorwurf der Vernachlässigung des Wirtschaftslebens seitens des Parlaments. Die dauernden Krisen, häufige Wahlen, Voransetzung parteipolitischer Interessen, alles dies lähmt „vollständig die parlamentarische Initiative auf dem Gebiete der ökonomischen Politik“ und verzögert den Gang der „öffentlichen Wirtschaftspolitik“¹⁾). Eine andere Gruppe umfaßt die Unzufriedenheit der Wirtschaftskreise mit der Gleichgültigkeit des Parlaments gegenüber ihren Bedürfnissen und wegen der Rücksichtslosigkeit gegen dieselbe. Dieser Unzufriedenheit ist die Erscheinung des sich ständig verbreitenden Verlangens nach einem ständischen (d. h. berufsmäßigen) Aufbau des Parlaments zu verdanken. Dieses Verlangen war nach dem Kriege so mächtig, daß die Politiker sich genötigt sahen, ihm Rechnung zu tragen, da sonst ihr Gewerbe in Gefahr gekommen wäre. So entstanden in vielen Staaten des europäischen Festlandes sehr verschiedene organisierte „Volkswirtschaftsräte“, welche aber alle zusammen von den Parlamenten beiseite geschoben wurden. Nichts Natürlicheres! Beim Regieren kommt es, seit Menschengedenken, nicht auf das Argument, sondern

¹⁾ Der „Österreichische Volkswirt“, Nr. 25, 1925, exemplifiziert dies an den Verhältnissen in Deutschland um die Zeit der Präsidentenwahlen.

auf die Macht an. Wäre es anders, so hätten die Universitäten schon längst die Staatsgewalt an sich gerissen. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Demokratie das Argument durch die Macht ersetzt hat; sondern daß das Regieren bei jeder Regierungsform — die Macht voraussetzt. Die Demokratie hat gerade den Verdienst, das Regieren unter die Kontrolle des Volkes gestellt und die „Begründung“ zu einem integrierenden Bestandteil des Regierens gemacht zu haben. Allein das Argument bedeutet nicht immer die Wahrheit. Die Logik ist nie die ausschließliche Führerin des Menschen durchs Leben gewesen. Sophismus ist ebenso üblich wie Unkonsequenz. Die Volkswirtschaftslehre ist aus der Politik entstanden (denn regieren heißt Politik machen). Die ersten volkswirtschaftlichen Abhandlungen sind entweder von politisierenden Philosophen (Hobbes, Locke, Hume) oder von hochgebildeten Geschäftsleuten anlässlich der Diskussion über einzelne aktuelle Fragen oder von den staatlichen Beamten verfaßt worden. Erst in zweiter Reihe, später, kommen die Theoretiker, die sowohl der Politik wie auch dem Wirtschaftsleben fernstanden. Aber auch in dieser zweiten Periode der wachsenden Arbeitsteilung zwischen dem theoretischen Volkswirt und dem Staatsmann ist der Zusammenhang sehr stark und intim gewesen.

Der Staatsmann las fleißig die Werke des Gelehrten, der Gelehrte verfolgte aufmerksam die Tätigkeit der Staatsmaschinerie. Es gab Momente, in denen sie auseinandergingen. In allen solchen Fällen wurde beiderseits der Staatsmann für schuldig betrachtet. Jede Abweichung von den Lehrsätzen der Wissenschaft suchte er durch die Bedürfnisse des Lebens zu entschuldigen, wofür der Gelehrte oft weniger Verständnis besaß. Auch in diesen Fällen bleibt der Staatsmann innerlich der Wissenschaft treu, sie war stets sein besseres Gewissen. In den großen Diskussionen über einzelne Fragen der Wirtschaftspolitik reproduzierte der Staatsmann die Argumente des Gelehrten. Das Autoritätsargument spielte eine große Rolle.

Besonders stark, innig und rührend war dieses Band zwischen dem Regieren und der Wissenschaft in den jungen Staaten des 19. Jahrhunderts. Dort wurde der Gelehrte vorzugsweise mit dem Regieren betraut. In den Staaten ohne Aristokratie, d. h. mit der demokratisch-sozialen Verfassung, wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und auf dem Balkan noch bis zum heutigen Tage die Universitätsprofessoren, obwohl sie völlig außerhalb der aktiven Politik standen, mit der Verwaltung einzelner Ministerressorts betraut. Der Austausch zwischen der Regierung und den Universitäten war sehr rege. Bei diesem Wechsel der Funktion blieb der Gelehrte vor allem Gelehrter, er brauchte auch gar nicht seine Wissenschaft zu vernachlässigen, da er gerade ihretwegen auserkoren wurde.

Diese Erscheinungen und Vorgänge sind überall zu beobachten, wo die Gedanken des Liberalismus Oberhand gewonnen haben. Der Liberalismus ist eigentlich die aufgeklärteste Epoche in der Geschichte. Die Völker glaubten der Nächstenliebe huldigen zu sollen; gegenüber dem Andersgläubigen und dem Ausländer übte man äußerste Toleranz. Es ist wahrscheinlich dem Umstand, daß der Liberalismus von den Philosophen begründet worden ist, zu danken, daß er so einen hohen Kultus für die Wissenschaft übte. Der Gelehrte war eine Autorität nicht nur auf dem Gebiete der Wissenschaft, sondern auf allen Gebieten des geistigen Lebens und auch auf dem der Politik. (In Serbien ist man gegen Ende des Jahrhunderts so weit gegangen, daß der Universitätsprofessor für Chemie, der mit der Politik nie etwas zu tun hatte, zum Minister des Auswärtigen ernannt wurde.)

Heute ist alles anders geworden. Zwischen der Politik und der Volkswirtschaftslehre ist ein scharfer Gegensatz im Entstehen begriffen. Der Volkswirt ist immer unzufriedener mit dem Politiker. Die ersten volkswirtschaftlichen Angriffe gegen die Politiker kamen von den Seiten her, die vielleicht die Regierungsform selbst bekämpften. In Frankreich hat Paul Leroy-Beaulieu in seinem ausgezeichneten Werke „*Traité de la Science des finances*“ auf die Unzulänglichkeit der parlamentarischen Budgetbehandlung hingewiesen. Er zog direkt gegen die Politiker los und seine diesbezüglichen Ausführungen sind von Anfang bis zu Ende einwandfrei. Wir werden darauf noch zurückkommen.

In Frankreich ist die Universität schon seit Jahren gegen die Verflachung der Wissenschaft durch die Politiker aufgetreten. Es ist wohl übertrieben, die Politiker für das ganze Unheil der Wirtschafts- und Finanzpolitik während des Krieges und nach demselben (Inflation, Steuerpolitik, Handelspolitik usw.) verantwortlich zu machen; etwas davon würde auch der Volkswirt mit in Kauf nehmen müssen; allein ganz unbegründet ist die Behauptung nicht, daß die Politiker gewissenlos, unzuverlässig, unwissenschaftlich und unkundig die Geschäfte des Landes besorgen. Besonders die Staatsfinanzen sind durch die Politiker in allen Ländern des europäischen Kontinents ruiniert worden. Das predigt seit Jahr und Tag der Professor der Finanzwissenschaft an der Pariser Universität Gaston Jèze¹⁾. Dieselbe Kampagne gegen die Politiker führt noch energischer seit 1919 der zu den Weltberühmtheiten zählende Cambridger Professor John Maynard Keynes. Besonders heftig bringt er diese Auffassung zum Aus-

¹⁾ Anlässlich der letzten 100 Millionen Dollaranleihe Frankreichs sagte er: „Die Amerikaner sind nunmehr unsere Gläubiger. Sie werden sich um unsere Finanzen kümmern. Sie werden nicht erlauben, daß französische Politiker sich ein Vergnügen daraus machen, unsere Finanzen zu ruinieren.“ Journal des Finances, le 28 novembre 1924, page 1.

druck in seinem letzten Werk über die Währung¹⁾). Auch der angesehene Pariser Professor der Volkswirtschaftslehre Charles Rist ist derselben Meinung²⁾.

Auf zweierlei Weise versündigen sich die Politiker gegen die Volkswirtschaftslehre. Entweder befürworten sie eine Idee, welche mit der Volkswirtschaftslehre in Einklang steht, verwenden aber bei der Begründung Argumente, die nationalökonomisch falsch sind. Oder sie traten für eine wissenschaftlich nicht zu rechtfertigende Sache mit einer wissenschaftlich scheinenden Motivierung ein.

Am Ende des 19. Jahrhunderts galt der französische Politiker als der rückständigste Wirtschaftspolitiker unter den an der Spitze der Zivilisation stehenden Nationen. Im französischen Parlament wird viel geredet. Jede Sitzung ist ein oratorischer Hochgenuß. Dort wird das Schwergewicht auf das Wort gelegt. Eine ganz inhaltlose Tirade macht den tiefsten Eindruck; sie ersetzt das Argument. In der Begründung einzelner Maßnahmen ist das französische Parlament auf einige Grundsätze festgelegt: „égalité, liberté, fraternité et solidarité.“ Dieses Festhalten an der rhetorischen Tradition der besseren Zeiten verdeckt geschickt das Fehlende. In vielen anderen Ländern bleibt man bei den Losungsworten, die nichts oder alles bedeuten können. Eines der besonders verbreiteten Losungsworte ist es, sich auf das vergossene Blut zu berufen, das dieses oder jenes gebietet. Ein zweites Argument ist die drohende Gefahr des wachsamen, nach Rache lechzenden Feindes. Ein drittes ist die Pflicht, die Errungenschaften gegen den inneren Feind (defaitismus) zu verteidigen oder das Verlorene wiederzugewinnen. Oder man begnügt sich meistens mit der Behauptung, daß die vom Redner (oder Berichterstatter) vertretene Auffassung vom „nationalen“, „militärischen“, „politischen“, „kulturellen“ und „wirtschaftlichen“ Standpunkte aus gerechtfertigt sei, ohne daß dabei irgendeinem von diesen Beiworten Inhalt verliehen wird.

¹⁾ „Der jetzige Zustand (der Frage nach dem Goldstandard) hat der Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit der Politiker reichlich Gelegenheit geboten, verheerende Wirkungen auf wirtschaftlichem Gebiete anzurichten. Man hat das Gefühl, das allgemein volkswirtschaftliche und finanzielle Bildungsniveau der Politiker und Bankiers sei schwerlich hoch genug, um Neuerungen durchführbar oder unbedenklich erscheinen zu lassen, und es tatsächlich ein Hauptziel bei der Währungsstabilisierung sei, die Finanzminister an die Kette zu legen.“ „Ein Traktat über Währungsreform“, Seite 173.

²⁾ Es ist zu früh, über das Problem der Stabilisierung zu sprechen. Man wird wieder darüber diskutieren, wenn unsere Politiker weniger erhabene Gleichgültigkeit gegenüber den Folgen ihrer hohen Meinung an den Tag legen werden und wenn sie zur Überzeugung gelangen, daß die systematische Unterwerfung der Wirtschaft unter die Politik dieser schließlich das wirksamste Mittel der Handlung wegnimmt.“ *La Déflation en pratique*, Paris 1924, Marcel Giard (deutsch Berlin 1925 erschienen).

II. Die häufigsten nationalökonomischen Irrtümer der Politiker.

Die verbreitetste volkswirtschaftliche Lehre unter den Politikern und die reichlichste in ihren Anwendungen ist entschieden jene von der Handelsbilanz; so wie sie von den Merkantilisten ausgebildet worden ist. Der Mensch ist geborener Anhänger der Handelsbilanztheorie; sobald er über volkswirtschaftliche Fragen zu denken beginnt, verfällt er in Merkantilismus. Täglich wiederholt sich dies in der Presse, in den Parlamenten und in politischen Versammlungen. Die Ursache dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß die Handelsbilanzlehre die Übertragung der elementaren Vorgänge des Privatwirtschaftslebens auf die Volkswirtschaft bedeutet. In der Einzelwirtschaft gilt als Elementarsatz: je weniger du kaufst, je mehr du verkauft, desto mehr Geld hast du, desto reicher bist du. Warum soll es in der Volkswirtschaft anders sein? Schon beim zweiten Satz in der Ausführung der Zahlungsbilanztheorie versagt der Verstand des Durchschnittsmenschen, und er kehrt unbewußt in den Schoß der Handelsbilanzlehre zurück. Es gibt gebildete Menschen, welche die Casselsche Theorie über die Kaufkraftparitäten nicht erfassen können. Die Handelsbilanzlehre beherrscht einen großen Teil der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik. Zunächst die Handelspolitik, wo sie die Welt erblickt hat. Während des Krieges, wo alle kriegsführende Staaten eine Art Blockade gegen sich selbst führten, mußte diese Theorie in der Rumpelkammer ruhen; sie war aber gleich nach dem Kriege die wirksamste Waffe gegen die Ausfuhrverbote und Erschwerungen. Sie half zur weiteren Aufrechterhaltung von Einfuhrverboten, wogegen der Völkerbund selbst und andere internationale Organisationen vergeblich zu kämpfen versuchen. Ihr ist die gegenwärtige Handelspolitik fast aller Staaten der Welt, die die Einfuhrzölle zur Prohibition macht, zu danken. Aus der Handelspolitik des Ausschlusses des Auslandes, aus der nationalen Versorgung ist sehr leicht die Xenophobie abzuleiten: eine Abneigung gegen das Ausländische auf allen Gebieten des Volkslebens. Diese Theorie paßt sehr gut in die Kriegsmentalität hinein und umgekehrt. Diese Kriegsmentalität ist die Hauptstütze der Handelsbilanztheorie. Bei der Frage über die Heranziehung des ausländischen Kapitals nimmt sie verneinende Stellung ein, wenn es sich darum handelt, daß auch der Ausländer selbst mit seinem Kapital ins Land kommt. Er solle sein Kapital den Nationalen überlassen. Da hat die Schweiz ebenso wie auf dem Gebiete der Einfuhrverbote das Ungeheuere geleistet.

Was den Export anbetrifft, erachtet diese Theorie kein Opfer für zu groß, um ihn zu heben. Befreiung von Ausfuhrzöllen (was an und für sich ein Fort-

schritt wäre, wenn sie nicht gleichzeitig auf Rohstoffen weiter bestünden), wesentliche Reduktion von Frachtsätzen, Ausbau von Eisenbahnen, handelspolitische Sicherung des Absatzes im Auslande usw., alles wird von der Handelsbilanzlehre diktiert.

Noch viel verhängnisvoller ist die Wirkung dieser Theorie auf die Valuta. Da hat sie den Politikern Handhabe zu einer Valutapolitik mit „verheerenden Wirkungen“, wie Keynes sagte, geboten. Die für die Inflation — als einzige Ursache des Währungsverfalls — verantwortlichen Minister haben die Handelsbilanztheorie sehr geschickt benutzt, um die Verantwortung von sich abzuwälzen. Und mit Rücksicht auf die Handelsbilanzbesessenheit der Massen ist ihnen dies sehr gut gelungen. Die Valuta sinke infolge der passiven Handelsbilanz, an welcher die produktiven Schichten Schuld trügen: produzieret, produzieret, produzieret und exportieret, exportieret, exportieret, das werde den Geldwert auf die alte Höhe bringen. Zu diesem Zwecke ist die Statistik des Außenhandels zu besonderer Ehre gekommen. Sie wird gepflegt, denn sie entlastet die Politiker. Das Hauptargument, mit dem die Politiker zur Rechtfertigung des Valutaverfalls 1921 nach Brüssel zur Konferenz gingen, war die passive Handelsbilanz¹⁾.

Verdammt konsequent in ihrer Anwendung der Handelsbilanztheorie auf die Valutafrage, erwarten die Politiker die Steigerung der Kaufkraft des Geldes von der aktiven Handelsbilanz. Die Deflation im Sinne der Verminderung der Zahlungsinstrumente im Umlaufe mittels Rückzahlung der Staatsschuld der Notenbank stellen sie an letzter Stelle. Konsequenterweise weisen sie mit Entrüstung die Vorschläge Cassels und Keynes (an der Genueser Konferenz), zweckend die Devaluation, zurück, obwohl sie um die Eitelkeit der Politiker zu schonen, statt Devaluation den Ausdruck Stabilisierung gebrauchten. Die Tatsache, daß nicht alle Länder gleichzeitig aktive Handelsbilanz haben können, geniert sie ebensowenig, wie die Passivität aller Handelsbilanzen an der Konferenz in Brüssel.

Die Anwendung der Handelsbilanztheorie auf die Produktionspolitik führt bekanntlich zu einer Teilung der Gesamtproduktion in zwei Gruppen: die erste umfaßt die für den Export arbeitenden Produktionszweige, die zweite jene, die den Inlandsmarkt versorgen. Die erstere erfreut sich aller erdenklichsten Erleichterungen und Privilegien, die zweite wird der ersteren direkt geopfert. Die Waldungen werden der Holzexportindustrie in den Rachen geworfen, der Weizenbauer wird der mehlexportierenden Industrie geopfert; ebenso der Rübenbauer der Zuckerindustrie.

¹⁾ Mein Lehrer, Prof. Dr. Lotz, erzählte mir, wie belustigend die Feststellung wirkte, daß alle dort erschienenen Staaten passive Handelsbilanz auswiesen.

Diese Politik der Bevorzugung der für den Auslandsmarkt tätigen Produktion zeichnet sich weiter dadurch aus, daß der Großbetrieb dem Kleinbetrieb vorangesezstet wird. Wenn die Interessen zweier Unternehmungen in Konflikt geraten, so wird die dem Betriebe und besonders dem Kapital nach — größere bevorzugt. Das ist eigentlich die logische Folge des Grundsatzes: Mehrproduktion, Mehrexport.

Es ist leicht, sich die sozialpolitische Folge einer solchen Wirtschaftspolitik zu denken. Der auf der Handelsbilanztheorie aufgebaute Merkantilismus ist die reaktionärste Sozialpolitik in der Geschichte. Die Unterstützung der Produktion führt unfehlbar zur Zurücksetzung des Verteilungsproblems. Dafür hat der Merkantilismus nie ein Interesse gehabt, er kann auch kein solches Interesse haben, nachdem er die Volks- und Staatswirtschaft in den Dienst des Exports stellt. Das Interesse des Konsumenten ist ihm völlig fremd.

Folgende, der aktuellen Wirtschaftspolitik Jugoslawiens entnommene Beispiele werden das oben Gesagte bestätigen.

In Jugoslawien bestehen 8 Zuckerraffinerien, wovon 2 dem Staate angehören (ehemaliges feindliches Eigentum) und von der Regie betrieben werden. Der Zuckereinfuhrzoll des Vertragstarifs beträgt 4,40 Dinars. Bis zu der Kampagne 1924—25 war die Rübenproduktion weit hinter dem Landesbedarf, man mußte einige tausend Waggons Zucker jährlich einführen. Die Ernte 1924 lieferte — unerwarteterweise — ein Quantum, das um mindestens 5000 Waggons Zucker den Landesbedarf übersteigt. Die Weltzuckerkampagne fiel ebenfalls günstig aus, die Überschüsse der Tschechoslowakei wurden viel größer wie vorher. Die jugoslawischen Zuckerfabriken mußten auf dem Weltmarkt die Konkurrenz mit der Tschechoslowakei aufnehmen. Mit anderen Worten, sie sind genötigt, aus der bequemen Lage einer reichlich geschützten Industrie, welche nicht einmal den Landesbedarf decken konnte, heraus, um die harte Konkurrenz auf dem Weltmarkte für einen starken Teil der Produktion aufzunehmen. Gleich nach der ungefähren Feststellung der Ernteergebnisse fingen die Zuckerindustriellen an, laut über die Notlage zu schreien. Laut Verträgen mit den Rübenproduzenten, welche unter den Auspizien der Obrigkeit abgeschlossen waren, betrug der Rübenpreis Dinars 40.—, was nach dem intervaltarischen Werte des Dinars zur Zeit der Übernahme der Rüben 2,90 Schweizerfranken betrug. Das war der niedrigste Rübenpreis in ganz Europa, um 40 % niedriger als der tschechoslowakische. Sie konnten also keineswegs auf den hohen Rübenpreis als Ursache der Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkte hinweisen. Dafür aber trachteten sie mit allen Mitteln, die Rüben möglichst niedrig zu zahlen. Sie konzentrierten zuvor einen großen Teil der Eisenbahnwagen in die Rübenübernahmestationen, so daß der ganze Verkehr des Landes ins Stocken geriet. Als ihnen dann die überzähligen Wagen zurückgenommen wurden, da fingen sie die Rübenübernahme hinauszuschieben unter dem Vorwand des Waggonmangels. Die Rübe trocknet rasch, verliert an Gewicht und verdirbt. Eine Menge Rüben befindet sich noch in Mitte des Winters an den Bahnhöfen vergraben. Für die übernommenen Rüben zahlten sie einfach nichts, so daß es dem Bauer nicht bald wieder einfallen wird, die Zuckerrübe zu bauen. Weiter verlangten sie eine 40 % ige Frachtreduktion für den auszuführenden Zucker, da sonst der Export absolut unmöglich sei — wobei zu bemerken ist, daß die Zuckerrübe und die Kohle für die Zuckerfabriken unter dem Selbstkostensatz der Bahnen befördert werden. Eine 38 % ige Frachtermäßigung wurde ihnen gewährt.

Und nun kam der Trum pf.

Es wurde der Gedanke eines Kartells aufgeworfen. Die zwei unter tschechoslowakischer Kontrolle stehenden Fabriken erklärten sich dagegen, aus dem einfachen Grunde, weil sie den Konsum im Lande heben wollten, um die Konkurrenz des jugoslawischen Zuckers auf dem Weltmarkte auf das Minimum zu reduzieren. Sie hofften den Kartellgedanken durch die Unterstützung seitens der Regiefabriken endgültig zu beseitigen. Nicht gering war aber ihre Überraschung, als sie vernahmen, daß gerade diese zwei Regiefabriken das Kartell auf das energischste befürworten. Sie wandten sich an den Finanzminister — einen Schüler von Böhm-Bawerk, Philoppovitch und v. Wieser — der blieb aber regungslos; er hatte keinen Mut, sich dafür auszusprechen, und kein Interesse, dagegen zu sein. Und so mitunterzeichneten, im November 1924, zwei Staatszuckerfabriken ein Zuckerkartell, umfassend alle auf dem Boden Jugoslaviens gelegenen Fabriken, welche alle außer den zwei staatlichen dem ausländischen Kapital angehören¹⁾.

Einige Tage nach der Vollendung dieses großen Werkes trat der Finanzminister zurück, und die Presse, die das Kartell bekämpfte, setzte ihre Hoffnungen auf seinen Nachfolger, der als Honorarprofessor der Finanzwissenschaft an der Universität ein Jahr tätig war. Vergeblich! Heute noch, Anfang 1925, beträgt der Preis des raffinierten Zuckers in Belgrad (en gros) Dinars 16,—, was nach Abzug der Verbrauchsabgabe von 5 Dinar einen Preis von 11 Dinar gibt, im Augenblicke, wo der Weltpreis nur 5,30 Dinar beträgt.

Einst hatten die Staatsmänner politisches Schamgefühl, das sie vor jeder Maßnahme, welche sie als inkonsequent hinstellen würde, zurückhielt. Als die Engländer, die vor dem Kriege den ehrlichen Freihandel trieben und ihm trotz der Dumpingpolitik der deutschen Kartelle und Syndikate treu blieben, während des Krieges die interalliierte Handelskonferenz benutzten, um eine gemeinsame Organisation gegen den Dumping zu schaffen, da wurde der Dumping einstimmig zu einer Form des unlauteren Wettbewerbs erklärt²⁾. Heute ist man in Jugoslawien gar nicht bewußt dessen, daß die gegenwärtige Zuckerpolitik den ärgsten Dumping darstellt.

Diese aktive kartellfreundliche Politik der jugoslawischen Regierung erinnert an die entgegengesetzte Politik der politisch reaktionären preußischen Regierung am Anfang des Jahrhunderts. Um das Preisdiktat des Kohlensyndikats zu brechen, entschloß sich die Eisenbahnverwaltung, die Majorität in den Hiberniawerken zu erlangen. Die Sache wurde öffentlich und die Regierung gestand ihre im Interesse des Fiskus gelegene Absicht zu. In Frankreich ist man gegen Kartelle, Preiswahl und Preistreiber außerordentlich empfindlich und unbarmherzig. Wir glauben uns genau zu erinnern, daß gegen Ende des vorigen Jahrhunderts eine Interpellation des Abgeordneten Puech über einen Versuch, den Zuckerpreis durch Anhäufung großer Vorräte in die Höhe zu treiben, größte Aufregung hervorgerufen hat, und daß aus diesem Anlaß das französische Strafgesetzbuch um den Paragraphen über das Accaparement bereichert wurde.

Ein weiteres Beispiel:

Beim Ausbruch des Krieges erließ Serbien ein Gesetz, das sämtliche Zahlungen, die die Privaten untereinander aus irgendwelchen Grunde zu leisten hatten, einstellte. Diese Bestimmung stand vollständig im Einklang mit dem Chaos (Flucht der Bevölkerung von der Grenze ins Innere, völlige Einstellung des Eisenbahnverkehrs, Requisition aller übrigen Transportmittel), den der Krieg hervorgerufen hatte. Nach der Beendigung des Krieges mußte man daran denken, die vier Jahre lang vollständig ruhenden Schuldverhältnisse irgendwie zu ordnen. Dies um so mehr, als sich darunter auch solche befanden, die sich

¹⁾ Der Österreichische Volkswirt, 1924, Nr. 48.

²⁾ Siehe die Berichte über die 1916 in Paris abgehaltene Interalliierte Handelskonferenz.

periodisch wiederholten, wie z. B. Ratenzahlungen, Mieten, Versicherungsprämien. So entstand das Gesetz über den Abbau des Moratoriums. Es würde uns zu weit führen, die nicht auf die Wohnungsfrage bezüglichen Bestimmungen dieses Gesetzes zu besprechen. Was die Wohnungsfrage und die während des Krieges fälligen Mieten anbetrifft, so wurde die Materie folgendermaßen geregelt:

Die für die Periode vom 25. Juli 1914 bis zum 1. Mai 1919 fälligen Mieten werden nicht bezahlt, falls der Mieter die Wohnung nicht benutzt hat, oder falls das Haus in der Tragweite des feindlichen Feuers lag, oder falls der Mieter umgekommen oder arbeitsunfähig geworden ist. In anderen Fällen wird 20 % bis 50 %, abgestuft nach der Höhe der Miete, bezahlt. Die Hausbesitzer erhielten das Recht, die Miete vom 1. Mai 1921 von 25 bis 100 % zu erhöhen, welche Erhöhung aber infolge der Geldentwertung bedeutungslos wurde. Im Jahre 1921 erlaubte man eine 2 bis 6 fache Erhöhung der Miete. Auch das Recht der Zwangseinquartierung wurde geschaffen. Kurzum, die Rente des Vorkriegshauses wurde zugunsten des Mieters annulliert.

Inzwischen machte sich die Wohnungsnot in Belgrad mit einer beispiellosen Vehemenz geltend, zum Teil, weil ein Drittel der Häuser zerstört oder stark beschädigt war, und zum Teil, weil selbst (wenn alle Häuser geblieben wären) Belgrad von 1912, als Serbien 3 Millionen Einwohner besaß, den Bedürfnissen der Haupt- und Residenzstadt eines Reiches von 11 Millionen Einwohnern bei weitem nicht ausreichen konnte. Die Nachfrage nach Wohnräumen wurde durch die nachkriegsübliche Ausdehnung der Ämter noch viel dringender. Die ersten nach dem Kriege gebauten Häuser ergaben eine Rentabilität von 15 bis 25 %. In den Zeitungen las man Inserate, wonach die Wohnungssuchenden denjenigen, die ihnen Wohnungen verschaffen würden, hohe Beträge für längere Zeit zinslos zu überlassen bereit sind. Diese Vorschüsse seitens der Mieter noch nicht existierender Häuser haben der Bautätigkeit einen starken Vorschub geleistet. Besonders anregend für die Bautätigkeit waren folgende zwei Bestimmungen:

1. Inmitten des Jahres 1920 wurde die Verordnung betreffs Förderung der Produktion neuer Wohnungen erlassen, wonach alle neu erbauten Häuser (darunter auch die an den alten Häusern zugebaute Stockwerke und Wohnungen zu verstehen sind) von jeder Staatssteuer für 12 bis 15 Jahre befreit werden. Zu dieser Zeit waren die auf den Häusern liegenden Lasten nicht besonders hoch, aber für die Zukunft hielt man eine Erhöhung dieser Last für unvermeidlich.

2. Viel mächtiger war die Wirkung dieser Bestimmung, wonach den neuen Häusern die vollständige Mietsvertragsfreiheit gesichert wurde. Der Hausbesitzer war berechtigt, beliebige Miete zu verlangen, er war der Rationierung und der Beschlagnahme nicht unterworfen.

Diese beiden Bestimmungen riefen einen neuen Bautätigkeitsaufschwung hervor. Die ungeheure Rentabilität lockte das ganze im Lande verfügbare Kapital. Die Bautätigen konnten beliebige Zinsen bewilligen, das Haus war noch immer einträglich. Dies rief eine progressive Verknappung auf dem Kapital- und Geldmarkte hervor. Da griff der Staat abermals hilfreich ein: es wurde den im Bau Begriffenen und infolge des Kapitalmangels ins Stocken Geratenen das Geld durch die Staatshypothekebank vorgeschossen. Ungeachtet des progressiv steigenden Zinsfußes auf dem freien Markte blieb die Staatshypothekebank beim niedrigen Zinsfuß, weil eben nur die sich besonderer Protektion der Politiker Erfreuen den das Geld von ihr erhalten konnten. Um diesen Privilegierten zu helfen, hat die Hypothekenbank zweimal Anleihen im Auslande aufgenommen.

Es war erreicht.

Die Wohnungsproduktion, die der Staat als sein höchstes Ziel bezeichnete, erreichte enorme Dimensionen. Die Zahl der Häuser stieg beträchtlich. In keiner Stadt der Welt Brentano-Festgabe 1924. II.

wurde verhältnismäßig so viel gebaut wie in Belgrad. Es schien, als ob Belgrad die unlösbare Wohnungsfrage gelöst hätte. Man hätte es meinen können. Tatsächlich aber sind die Wohnungsverhältnisse in Belgrad trauriger als in irgendeiner Stadt Europas. Der gegenwärtige Zustand kann folgendermaßen charakterisiert werden:

Es gibt eine stattliche Anzahl Wohnungen, die monatelang leer stehen. Es gibt Besitzer von neu erbauten, ganz modernen Häusern, die über die Hausbesitzernot, welche durch die leerstehenden Wohnungen verursacht wurde, bitter klagen. Auf der anderen Seite wohnt ein großer Teil der Bevölkerung unter menschenunwürdigen Verhältnissen. Anlässlich der letzten Bevölkerungszählung wurden einige haarsträubende Szenen bekannt. In den Kriminalprozessen kommen ebenfalls hier und da entsetzliche Details über die Hausung ärmerer Schichten in die Öffentlichkeit. Am 2. Januar 1925 stieß ein Belgrader Arzt einen Verzweiflungsschrei über die Wohnungsverhältnisse in Belgrad aus¹⁾). Man muß dabei vor Augen haben, daß es sich hier nicht um die erwerbsunfähige, arbeitsunlustige, verbrecherische Bevölkerung handelt, die in der ganzen Welt mehr oder weniger menschenunwürdig haust. Im Gegenteil, unbeschreiblich sind die Wohnungsverhältnisse gerade der arbeitenden Bevölkerung, die ein regelmäßiges Einkommen bezieht und regelmäßig ihre Miete bezahlt. Die sind derart hoch, daß jede Schicht um viele Stufen schlechter wohnen muß. Das, was in Westeuropa eine gewöhnliche Arbeiterwohnung ist, ist in Belgrad eine Herrschaftswohnung, angesichts des Einkommens der Mieter. In den neuen Häusern wird die Miete für die Wohnung bei der Zugrundelegung eines Preises von 800 bis 1000 Dinars pro Zimmer (50 bis 60 Goldmark) berechnet. Für eine Vierzimmerwohnung in der Stadt im 4. Stock (Aufzug vorhanden) wird an Monatsmiete im Sommer 4 500, im Winter 5 800 Dinare (d. h. 280 bis 310 Goldmark) bezahlt. Ein einfaches Zimmer an der Peripherie kostet 31 Goldmark monatlich, bei einem monatlichen Aufwand für die Nahrung von 54 Goldmark für eine Person.

So schaut sozialpolitisch die erfolgreiche Politik der Förderung der Wohnungsproduktion aus! Auf der einen Seite leerstehende, luxuriöse Wohnungen, auf der anderen äußerste Wohnungsnot. Gerade so wie der Merkantilismus auf dem Gebiete der gewerblichen Produktion im 19. Jahrhundert die Arbeiterschaft zu einer tierischen Lebensweise heruntergebracht hat, damit der Unternehmer mit Verdienst ausführen kann.

Die ganze auf die Wohnungsproduktion gerichtete Politik hatte das einzige Ergebnis gezeitigt, daß die sonst im Kriege übliche Verschiebung des Vermögens und der Einkommensverteilung fortgesetzt worden ist. Sie hat für die Wohnungsnot herzlich wenig getan, viel aber für die Entstehung von neuen Reichen. In Westeuropa gab es auch zweierlei Mittel

¹⁾ „In einem Keller, 6 m lang, 6 m breit und 2 m hoch, d. h. 20 m³ Raum, wohnen 20 Menschen. Der Keller ist feucht und finster, ich mußte einige Minuten stehen, bis sich meine Augen an die Finsternis gewöhnten. Die berühmten Wiener Kanäle, wo die Apachen wohnen, sind Salone im Vergleich zu diesem Keller. An der feuchten Wand entlang befinden sich Bretter, gemeinsame Ruhestätten der Bewohner. Auf den Brettern ist schmutziges Stroh zerstreut, darüber Säcke, Teppiche und verschiedene Lumpen, alles derart schmutzig, daß es einem übel wird. Die Bewohner sind die Straßenkehrer des Magistrats und zahlen dafür je 400 Dinar monatlich. Sie wechseln keine Wäsche, weil sie keine haben. Sie schlafen so, wie sie von der Arbeit kommen. Fünf unter ihnen waren an Flecktyphus erkrankt. Wenn man eine vernünftige Wohnungspolitik betreiben will, so muß man zunächst das Problem des Wohnens in den Kellern, Schuppen und Stallungen lösen. Denn alles das ist in Belgrad Wohnung, dafür wird Miete bezahlt.“ Dr. St. Ivezitsch, „Vreme“ vom 2. Januar 1925.

der Wohnungspolitik: 1. Eingreifen der Staatsgewalt in das Verhältnis zwischen dem Mieter und Vermieter zugunsten des ersteren und 2. Förderung der Wohnungsproduktion. Das erste Mittel war durch den plötzlich ausgebrochenen Krieg unvermeidlich geworden. Es wird aber als ein Übel betrachtet, daß man baldigst zu beseitigen wünscht. Das andere Mittel, die Förderung der Wohnungsproduktion durch aktive Maßnahmen, wird als einziger möglicher Ausweg angesehen. Diese Förderung wird nur einer besonderen Art von Wohnungen zugewendet: jener für die ärmeren Volksschichten. Entweder baut solche der Staat selbst oder gewährt verschiedene Faszilitäten den gemeinnützigen Baugenossenschaften. In Jugoslawien ist unseres Wissens den genossenschaftlichen Bauunternehmungen kein Pfennig Unterstützung gewährt worden. Und der Staat selbst hat so gut wie nichts gebaut. Eine große Zahl Eisenbahnbediensteter haust seit Jahren in Eisenbahnwagen. Der Staat hat nicht nur nichts gebaut, sondern er ist als großer Mieter neu erbauter Wohnungen aufgetreten. Er hat die Schaffung von neuen Reichen in der Form der Hausbesitzer auf zweierlei Weise unterstützt. Zunächst hat er derart reichliche Kredite aus den Mitteln der Staatsbank gewährt, daß der Kreditnehmer damit auch Grund und Boden kaufen und das Haus erbauen konnte. Dann, oft sogar bevor das Haus fertig gebaut wurde, mietete sich der Staat ein und bewilligte gewöhnlich Mieten, die augenscheinlich eine Subvention oder ein Geschenk darstellen. Solchen neuen Hausbesitzern gegenüber befinden sich die Besitzer der Vorkriegshäuser. Ihnen ist der Mietszwang unbarmherzig aufgedrängt worden. Nicht selten sind Hausbesitzer, die seit 12 Jahren keinen Ertrag beziehen.

Es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß diese antisoziale Wohnungspolitik fortgesetzt wird. Man hat plötzlich die Ungerechtigkeit durch Schaffung von zweierlei Arten von Hausbesitzern empfunden. Sie soll durch Aufgeben des Mietzwanges, d. h. der Intervention in das Mietvertragsverhältnis beseitigt werden! Der Effekt davon wird sein, daß eine neue Bevölkerungsschicht aus den Wohnungen hinausgejagt und in die Keller und Stallungen einquartiert wird.

★

Es ist bereits gesagt worden, daß der erste Revolt der Volkswirtschaftslehre gegen die Politiker auf dem Gebiete der Finanzpolitik entstanden ist. Trotz den zahlreichen Staatsbankrott im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kann man dem aufgeklärten Absolutismus die Sparsamkeit im Staatshaushalt nicht absprechen. Auch dies war die Folge der Übertragung privatwirtschaftlicher Grundsätze auf die Volks- und Staatswirtschaft. Das parlamentarische Regime, d. h. die Regierung von Politikern, hat die Verschwendungen in den öffentlichen Finanzen gebracht. Die lokalen Interessen der Abgeordneten und ihre persönlichen Neigungen sind ihnen meistens die einzige Richtschnur bei der Betrachtung der Ausgabebudgets. Dies hat die konservativen Politiker revoltiert. Dies erklärt uns jene scharfe Kritik Paul Leroy Beaulieus gegen die parlamentarische Budgetbehandlung. In England hat man bekanntlich gegen dieses Übel mit Erfolg gekämpft. Der Krieg hat das Übel verstärkt, denn solche Verschwendungen, wie sie die kriegsführenden Staaten geführt haben, ist etwas bis dahin Ungeahntes. Die ganze Staatsorganisation wurde von Grund aus umgeändert. Der Staat war überall mit seinem Säckel da. Die besten Finanzpolitiker Europas, die Engländer, mußten nach dem Kriege besondere Sparkommissionen

14 *

bilden, um Mittel und Wege der Entlastung des Ausgabebudgets ausfindig zu machen. Es würde uns die Analyse des modernen Budgets zu weit führen. Notorisch ist z. B. die Beamtenpolitik seit dem Kriege, die jeden dritten Menschen zum Staatsbeamten zu machen im Begriffe war.

Die Geldinflation hätte einen solchen Umfang bei weitem nicht genommen, wenn die Politiker verstanden hätten, sich in ihrer Verschwendungen zu mäßigen. Da ist Keynes Empörung ganz am Platz. Man muß melancholisch werden, wenn man daran denkt, daß der Parlamentarismus aus dem Budgetrecht, d. h. aus dem Kampfe des Volkes gegen die Verschwendungen der Stände und des Monarchen entstanden ist. Auch heute ist das Budgetrecht das wichtigste Institut des Verfassungsrechts und die Budgetberatung die wichtigste Aufgabe des Parlaments. Dies hat aber keine finanzpolitischen Motive mehr. Das Budgetbewilligungsrecht dient nicht mehr dazu, die Regierung in ihrer Finanzpolitik im Interesse der Steuerpflichtigen zu kontrollieren und zu korrigieren, sondern es ist ein Mittel, um die Regierung, die keine Mehrheit mehr besitzt, zu stürzen. Wo ist die Budgetbewilligung wegen hoher Ausgaben verweigert worden? Im Gegenteil, das Parlament bewilligt alles, als ob die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft für die Zwecke der Staatswirtschaft unbegrenzt wäre. Diese Finanzpolitik der Politiker ist so allgemein bekannt, daß wir eine nähere Begründung für überflüssig betrachten. Wir beschränken uns darauf, das Ungeheuerlichste, was in dieser Hinsicht in der Weltgeschichte geleistet worden ist, in Erinnerung zu bringen. Das ist das französische Gesetz über die Wiedergutmachung der den einzelnen verursachten Kriegsschäden. Noch während des Krieges war man sich im klaren, daß der Wert dieser Schäden viele Milliarden beträgt. Trotzdem wurde bestimmt, daß der französische Fiskus den Betrag aus eigenen Mitteln, zu Lasten des Feindes, vorschließen soll. Trotzdem man damals nicht einmal das Kriegsende voraussehen konnte und ebensowenig die völkerrechtliche Regelung dieser Frage, kam das Gesetz zustande. Alle Mahnungen seitens der Finanzpolitiker, jeder Hinweis auf die Unmöglichkeit dieser Finanzoperation, blieben erfolglos. Es steht fest, daß sich die ganze Welt in der Einschätzung (im Jahre 1919) der Leistungsfähigkeit Deutschlands getäuscht hat; dieses kann aber keineswegs als Ursache der äußersten Not der französischen Finanzen angesehen werden, denn wenn auch Deutschland genau seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrage nachgekommen wäre, wäre der Stand der französischen Finanzen nicht besser, da der Staat laut Gesetz verpflichtet war, die Schäden sofort, nachdem die Entscheidung der zuständigen Organe vollstreckbar wird, zu honorieren. Die Wiedergutmachung der Kriegsschäden kann noch so heilige Pflicht des Staates sein, sie kann doch nie, ohne daß gleichzeitig die Deckung

ausfindig gemacht worden ist, beschlossen werden. Das ist der Grundsatz der Finanzpolitik, der am Anfang jeder Finanzgebarung steht. Diesen Grundsatz hat zunächst der Krieg über Bord geworfen, unter Berufung an den bereits übel riechenden Spruch: „*Salus rei publicae suprema lex*.“ Man kann nicht leugnen, daß es sich im Kriege tatsächlich um das Sein und Nichtsein des Vaterlandes handelt; darum hat man in die vorübergehende Aufhebung der Grundsätze der gesunden Finanzpolitik allseits eingewilligt. Nach dem Kriege aber ist es den Politikern nicht eingefallen, zu der gesunden Vorkriegsfinanzpolitik zurückzukehren. Im Gegenteil, sie sind bei den Grundsätzen der Kriegsfinanzpolitik geblieben; bei jeder zweiten Frage ruft man „*salus rei publicae*“ aus, und die Ausgaben werden immer weiter bewilligt, ohne daß die bereits bewilligten bezahlt worden wären.

Der Stand der Finanzen ist in der Mehrzahl der europäischen Staaten verzweifelt. Es ist bei manchen geradezu unmöglich, die Sanierung durchzuführen. Nichtsdestoweniger wird weiter verausgabt. Die Finanzpolitik der Politiker bringt das ganze parlamentarische Regime in Gefahr. Es sind gewisse Anzeichen dafür vorhanden, daß die Monarchen selbst — auch in den parlamentarischen Staaten — gezwungen sein werden, aus ihrer fainéanterie herauszukommen, um die Staatsfinanzen parteipolitisch und parlamentarisch zu neutralisieren. Das wird vielleicht noch eine Rettung sein. Somit werden die Politiker selbst im Interesse des Landes ihr Hauptprivileg, das den Völkern viele Opfer gekostet hat, dem Monarchen zurückzugeben gezwungen werden. Was die Republiken anbetrifft, so bleibt ihnen als einzige Hoffnung: der Himmel.

III. Die Ursachen der wissenschaftlichen Rückständigkeit des Politikers.

Das parlamentarische Regime hat uns im Verlaufe der Zeit auf dem europäischen Festland um eine neue Sorte Menschen bereichert, um den Politiker. Es ist übrigens unvermeidliche Folge der demokratischen Staatseinrichtungen aller Zeiten. Doch, die im Teiche des Parlamentarismus vegetierende Art des Politikers besitzt einige Eigentümlichkeiten, welche ihn von den anderen Typen derselben Art unterscheiden. Bevor wir darauf eingehen, soll einiges über den Parlamentarismus selbst gesagt werden. In den ersten Jahren seines Lebens auf dem Kontinente hatte der Parlamentarismus eine scharfe Kritik aus den Kreisen der Konservativen auszustehen. Alle freisinnigen Elemente verteidigten ihn blindlings, obwohl viele Einwände begründet waren. In den letzten 20 Jahren aber wird die Kritik des Parlamentarismus gerade aus den Kreisen der wahrhaft demokratisch Gesinnten hörbar. Das System ist ins Wanken geraten, ohne daß etwas anderes bereits erdacht worden ist. Der Parlamentarismus, wie ihn das Staatsrecht darstellt, ist eine der größten Täuschungen unserer Zeit — wenigstens

auf dem europäischen Festlande. Es fehlt eine soziologische Schilderung derselben, um das Seiende und das Seinsollende auseinanderzuhalten.

Frankreich ist eine konstitutionell-parlamentarische Republik, das demokratischste Land Europas. So steht es in der Verfassung und im Staatsrecht. Tatsächlich gibt es dort einen Faktor, der stärker ist wie die Verfassung selbst, einen Faktor, von dem in keinem Rechtsbuch Erwähnung gemacht wird, den kein Rechtsgelehrter kennt, den erst der Soziologe erkannt hat. Es heißt: *c a m e - r a d e r i e*. Das ist die Macht, welche die Verfassung mit den Füßen tritt und regiert¹⁾.

Italien ist ebenfalls ein parlamentarischer Staat. Wer kann aber behaupten, daß es parlamentarisch regiert wird? Selbst die der Regierung Angehörenden behaupten so etwas nicht; ihre Regierung sei ebenfalls eine Regierung des „*s a l u s r e i p u b l i c a e*“. Das konstitutionell-parlamentarische Regime beruht auf dem Grundsatz, daß die Regierung demjenigen zufällt, der die Volksgunst hat. Tatsächlich aber herrscht heute in vielen parlamentarischen Ländern der Grundsatz: wer die Regierung hat, der hat auch die Volksgunst. Wieso? Ganz einfach. Die Volksgunst wird theoretisch durch das allgemeine, freie, geheime, durch keine Macht zu beeinflussende Wahlrecht erlangt. Tatsächlich aber wird die Volksgunst durch alle möglichen unsichtbaren Mittel (worunter die Gewalt die Hauptrolle spielt) erzwungen. Einerlei, ob der Gegner mittels Rizinusöl oder durch obrigkeitliche Beförderung ins Gefängnis ohne jeglichen Grund oder durch Maschinengewehre²⁾ zum Verzicht auf die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte gebracht wird; parlamentarisch sind die Mittel gewiß nicht.

Im parlamentarischen Regime liegt die ganze Staatsgewalt in den Händen des Parlaments. Das Mitglied des Parlaments — der Parlamentarier — ist eine an Einfluß, Macht, Ansehen und anderen irdischen Dingen reiche Persönlichkeit. Ein besonders erfolgreicher Parlamentarier hat oft mehr Macht in seinen Händen, als es der Monarch besaß, er stürzt die Regierung und er ernennt Minister. Daher ist sein Einfluß auch auf den Gang der Verwaltung enorm. Oft ist der Minister nur ein mannequin, der Zuschneider ist der Parlamentarier und der

¹⁾ „Um Abgeordneter zu werden, ist das einfachste, einen Vater zu haben, der es ist, oder wenigstens einen Schwiegervater. Am besten ist es, die Beziehungen zu haben. Eine parlamentarische Gruppe ist keine politische Organisation, sie ist eine Zunft, die nicht dazu da ist, um einer Doktrin zum Siege zu verhelfen, sondern einer Anzahl Individuen das leichte Aufkommen zu ermöglichen. Übrigens, die Regierung braucht den Richter und der Richter die Regierung. Alle Skandale der dritten Republik bestehen im Kuhhandel und in den Gegensätzen zwischen der Exekutivgewalt und der Magistratur.“ R. de Jouvenel, *La République des camarades*, Paris 1914.

²⁾ In Bulgarien sollen in parteipolitischem Kampfe 1923—24 15—20 000 Menschen gefallen sein. Mehr als wie im Balkankriege!

Schneider der Ressortbeamte. Die Politik ist heutzutage das einträglichste Gewerbe, obwohl es bei der Berufszählung gar nicht berücksichtigt wird. Es gibt heutzutage nichts Erstrebenswerteres für einen Menschen im parlamentarischen Lande, als das Mandat eines Abgeordneten. Es führt zu den höchsten Posten im Lande (Ministerposten ist wohl das Höchste) zu allem Guten und Nützlichen, das das Land bieten kann. Ist es denn wunderzunehmen, daß sich heute alles auf Erwerbung des Mandats stürzt?

Wie wird man zum Abgeordneten? Formell durch die Abstimmung der Wähler, die unter den aufgestellten Kandidaten denjenigen wählen, den sie für den geeigneten halten. So steht es im Staatsrecht geschrieben. In der Zeit der Romantik wickelte sich die Wahl wirklich so ab. Der Kandidat präsentierte sich auf der Versammlung und sprach. Der Wähler hörte einem nach dem anderen zu und wählte. Heute ist alles anders geworden. Ein Teil der Wähler hat bereits seine Wahl getroffen. Der andere noch nicht. Der Kandidat muß versprechen und geben. Geben muß er das Geld, damit die Parteiorganisation ihre Tätigkeit entfalten kann. Und diese ist mannigfaltig tätig; auch im Wirtshaus. Der Rest wird mittels Kredit bezahlt. Man verspricht. Was? Dasjenige, was die Wähler am meisten interessiert und das bezieht sich am häufigsten auf ihre Lokalsachen. Sie haben oft Interesse auch an den Fragen, welche die Allgemeinheit interessieren. Allein für die Fragen lokaler Bedeutung sind sie am zugänglichsten. Besonders aber, wo die lokalen Interessen im Gegensatz zu jenen der Allgemeinheit stehen, sticht deutlich der Vorzug der ersten hervor. Auch nach den Wahlen ist ein Abgeordneter verpflichtet, stets zu Diensten jedes einzelnen Wählers zu stehen. Er ist sozusagen Anwalt seiner Wähler. In Frankreich hat man kürzlich den Abgeordneten die Portofreiheit für den Briefwechsel mit den Wählern gewährt, so mächtig ist er geworden¹⁾.

Es folgt aus dem Gesagten, daß der Abgeordnete von zwei Faktoren abhängt: von seinen Wählern und von seiner Partei. Ihre Interessen muß er logischerweise auch schützen. Und somit wird die staatsrechtliche Auffassung, wonach ein Abgeordneter nur die Interessen der Allgemeinheit und nie die seiner Wähler vor Augen haben darf, zu einer Lächerlichkeit. In einigen Ländern ist die Parteiorganisation stramm und stark, in den anderen wiederum ist sie schwach. In den ersten ist die Partei der Horizont des Abgeordneten, in den zweiten der Wahlkreis. Ein Vaterlandshorizont ist nur ausnahmsweise möglich.

¹⁾ Le parlement ne règne pas, ne gouverne pas. Le Régime qui préside aux destinées n'est ni la République, ni l'Empire, ni la Royauté, ni l'aristocratie, ni la démocratie — c'est la Correspondance. — R. de Jouvenel, op. cit. p. 27.

Ein Parlamentarier ist sehr viel beschäftigt. Einst war das Parlament eine kurze Zeit im Jahre tätige Körperschaft, heute hat sie kaum soviel Ruhetage, als es Feiertage gibt. Außerhalb der Sitzungen muß er an den Beratungen der Ausschüsse teilnehmen, als Berichterstatter Berichte ausarbeiten; dann kommen die endlosen Parteiklubsitzungen, wo die Minister über den Gang der Staatsgeschäfte berichten; dann kommen endlose Interventionen bei den Behörden zu gunsten der Wähler oder für eigene Rechnung, dann der Briefwechsel. Die erste Folge einer solchen Lebensweise ist die Unmöglichkeit einer tiefen und längeren Lektüre. Ein Politiker liest nur Zeitungen. Ein Buch kann er nicht lesen, er hat keine Zeit dazu, oder wenn er ausnahmsweise ein Buch lesen will, so muß er andere Pflichten vernachlässigen, was selten geschieht. Das hordenweise Leben des Politikers und die persönlichen Sekretäre verhindern ihn daran, total weltfremd zu werden; sie halten ihn auf dem laufenden mittels Schlagworte.

Der Politiker ist ein viel beschäftigter Mensch, ohne eine Beschäftigung zu haben; ein Universalgeist, der nichts vertieft. Ein Politiker kann daher nie ein Gelehrter sein, und ein Gelehrter kann nie beides sein. Es gibt in der ganzen Geschichte kein Beispiel, daß ein Politiker, mag er auch Gelehrter gewesen sein, für die Wissenschaft was tun konnte¹⁾). Hat ein Politiker zuvor 15—20 Jahre nur Wissenschaft getrieben, so bleibt er in ihren Hauptlehren sattelfest. Aber ein Doktor der Volkswirtschaftslehre, der sich in den jungen Jahren der Politik gewidmet hat, ist oft außerstande, auf die Frage, was die Grundrente ist, oder wie das Freihandelsargument lautet, eine Antwort zu geben.

Des Beruf des Politikers und jener des Gelehrten, die einst oft in einer Person vereint waren, sind endgültig auseinandergegangen. Sie sind nunmehr unvereinbar. Die Lebensweise des Politikers hindert ihn an der Vertiefung in einzelne Probleme, er kann nicht studieren, er bleibt auf der Oberfläche. Die Technik der Politik und die Voraussetzung zur politischen Laufbahn schließen das Kriterium der Allgemeinheit bei der Besorgung der Staatsgeschäfte immer mehr aus. Die Wahitechnik bindet ihn an die Partei oder an den Wahlkreis. Schließlich kommt der verderbliche Einfluß des Großkapitals, der sich mit der Politik vereint. Die politische Laufbahn ist jedem frei. Der Politiker ist an keinen Beruf gebunden, der Erfolg hängt von den Mitteln ab usw. Unter solchen Umständen ist nichts selbstverständlicher, als daß die Gruppe, welche ein Interesse an

¹⁾ Der Fall Dr. Helfferichs ist der typischste: infolge der Geschäfte und Politik konnte er nicht nur sein Werk nicht fortsetzen, sondern nicht einmal die neuen Auflagen ordentlich durchsehen.

der Gestaltung der Politik besitzt, sich der Politik zuwendet. Der Großkapitalismus ist daher imstande, großen Einfluß zu bekommen.

Die Volkswirtschaftslehre ist eine Wissenschaft. Sie enthält vor allem Lehrsätze, dann interessante Tatsachen. Sie ist gleichzeitig eine spezielle Methode der Behandlung einzelner Fragen. Das letztere ist besonders hervorzuheben, denn die volkswirtschaftlichen Fragen sind heutzutage Gegenstand des Denkens jedes zweiten Menschen. Sie werden behandelt in den Staatsämtern, auf den Versammlungen, in den Zeitungen und im Parlamente. Es kann doch nicht jedes Referat des Fachbeamten, jede Rede und jeder Zeitungsartikel über eine volkswirtschaftliche Frage als wissenschaftliche Leistung angesehen werden, ungeachtet dessen, ob die Schlußfolgerung wissenschaftlich nicht zu beanstanden ist. Anderseits ist nicht angängig, jeden Artikel und jede Rede als nichtwissenschaftlich zu bezeichnen nur deshalb, weil sie nicht von der Feder eines diplomierten Volkswirtes stammt. Der Unterschied liegt in der Methode. Es gibt eine Beamtenarbeit über volkswirtschaftliche Fragen, es gibt eine volkswirtschaftliche Journalistik, eine parlamentarische Wirtschaftspolitik, die vom Standpunkt der Volkswirtschaftslehre aus als Dilettantismus anzusehen sind.

Gewiß, denkt sich mancher Leser, das wissen wir schon lange: der Dilettantismus operiert mit dem Werturteil, und die Wissenschaft schließt dieses aus. Das ist nicht unser Gedanke. Ein Werturteil ist in den meisten Fragen der Wirtschaftspolitik unvermeidlich. Der methodologische Unterschied zwischen dem Dilettantismus und der Wissenschaft auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre ist enorm. Der erstere hat keine Methode; auch wenn er den Anschein macht, sie zu haben. Der Unterschied liegt darin, daß der Dilettantismus in der Dokumentierung vor allem nicht genug kritisch ist; es werden oft nicht kontrollierte Daten gebraucht; die Daten werden teilweise verwendet, so daß das Bild verzerrt erscheint. Ferner werden oft die Daten gefälscht. Der Dilettantismus ist immer weniger dokumentiert, immer mehr gewinnt die Phrase Oberhand, an Stelle der Tatsachen. Der Dilettantismus ignoriert das Veröffentlichte, deshalb ist er Wiederholung. Zitate sind immer seltener, aber auch Berufung auf andere Werke. Die Dokumentierung wird durch Deduktion ersetzt. Die juristische Methode zieht von neuem in die Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen ein. Der Dilettantismus ist noch gefährlicher, wenn er die wissenschaftlichen Grundsätze anwendet. Er kennt sie nicht oder er kennt nur die alten oder die hinfälligen: oder wenn er die zeitgemäßen gebraucht, gebraucht er sie mehr als Schlagworte.

IV. Wie ist die Volkswirtschaftslehre gegenüber dem Politiker zur Geltung zu bringen?

Wir haben bisher absichtlich den großen Streit über die „politisierende Methode“, der unter den deutschen Volkswirten zwischen 1900—1913 tobte, unberührt gelassen. Äußerlich sieht es aus, als ob es sich hier um dieselbe Frage handelte, um das Verhältnis der Volkswirtschaftslehre zur Politik. In Wirklichkeit aber sind dabei einige große Unterschiede vorhanden. Der erste Unterschied liegt darin, daß der erwähnte Streit in Deutschland eine interne Angelegenheit der Volkswirte war, mit der die Politiker nichts zu tun hatten. Weiter waren die politischen Voraussetzungen in Deutschland ganz andere. Deutschland war nichts weniger wie ein demokratisches Land. Die endlosen Ministerkrisen, die häufigen Reichstagswahlen, das Aufkommen von ganz neuen Menschen, alles das beleuchtet den großen Unterschied zwischen einst und jetzt. Das parlamentarische Regime in Deutschland ist noch zu jung, um ausarten zu können. Die sittlichen Autoritäten des alten Regimes — darunter sind auch die Gelehrten zu rechnen — haben noch immer etwas von ihrem Glanz behalten — auch gegenüber dem Parvenu, dem Politiker — der auch in Deutschland bald die präponderante soziale Macht erlangen wird, die er in den alten parlamentarischen Ländern besitzt. Daher konnte auch der erwähnte Streit um das „Werturteil“ nicht den Kern der Frage der Gegenwart treffen. So z. B. ist der ganze Streit um die Wahltechnik von einer rührenden Naivität¹⁾. Ebenso weltfremd ist die Auffassung über Triebkräfte im politischen Leben²⁾. Vollständigkeitshalber wollen wir uns erinnern, daß dieser Streit, der über die Grenzen Deutschlands keinen Widerhall fand, in der Tatsache, daß gewisse Politiker und Interessenten einer Gruppe deutscher Professoren der Volkswirtschaftslehre den Krieg erklärt und eine oft ziemlich erfolgreiche Polemik mit ihnen führten, seinen Ausgang genommen hat. Die Schutzzöllner, die Arbeitgeber und die Sozialdemokratie lieferten das Hauptkontingent dieser Polemiker. In der Polemik wie in der Politik werden oft Schimpfworte ausgetauscht, Verleumdungen vorgebracht, Fälschungen begangen usw. Manche Polemik mußte vor Gericht ausgetragen werden.

Das gefiel nicht einem Teil der Professoren, besonders denjenigen, welche sich zufälligerweise oder aus Vorliebe mit den theoretischen Problemen be-

¹⁾ Das Schwergewicht wird auf das Programm des Kandidaten und auf das Werturteil des Wählers gelegt!

²⁾ Die Politik wird als eine auf der Moral beruhende Kunst aufgefaßt. Ad. Weber, Die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft. S. 37 ff.

faßten; sie fanden den religiösen Respekt, den man dem Professor zu zollen gewohnt ist, für bedroht und infolgedessen beschlossen sie, die Würde der Wissenschaft zu retten. Dabei schlugen sie den falschen Weg ein: Statt die Ursachen zum Teil in der Unzulänglichkeit der Wissenschaft selbst, zum Teil auf der Seite der Gegner zu suchen, schoben sie dem polemisierenden Gelehrten die Schuld in die Schuhe, sie beschuldigten ihn der „politisierenden Methode der wissenschaftlichen Forschung“. Dieser Streit gereicht der deutschen Volkswirtschaftslehre, die seit Jahrzehnten die führende in der Welt ist, nicht besonders zur Ehre. In der überaus reichen Literatur über diese Frage sind nicht selten Kindlichkeiten gesagt worden, besonders über das Werturteil, über die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre, über die Wirtschaftspolitik und über die Politik. Es sind z. B. konstruiert worden: eine wissenschaftliche Wirtschaftspolitik als Teil der Volkswirtschaftslehre, welche „im Erkennen der Zusammenhänge“ ihre einzige Aufgabe hat, und eine Wirtschaftspolitik der Regierung, welche die Moral zum Ausgangspunkt und zum souveränen Kriterium hat.

Die um das Ansehen der Professoren viel mehr als um jenes der Wissenschaft Besorgten verlangten Rückkehr zum Katheder, Abbruch jeder Beziehung zu der Politik; einige verlangten sogar die Beschränkung der Volkswirtschaftslehre auf das Erkennen, denn „unsere Theorie, soweit sie fest begründet ist, versagt den wichtigsten Erscheinungen des modernen Wirtschaftslebens gegenüber“¹⁾. Mit anderen Worten, man solle die Wissenschaft aus dem Leben in die Studierstube übertragen und dort einsperren. Diesem Verlangen arbeiten die Politiker herzlich entgegen. In der Wirtschaftspolitik sind die Professoren sowieso die unangenehmsten Kritiker. Es ist in den letzten Jahren den Professoren unzählige Male gesagt worden: „Was suchen Sie eigentlich in der Politik; was hat die Wissenschaft mit der Politik zu tun? Was kümmern Sie sich um unsere Tätigkeit, mit welchem Rechte wollen Sie das Volk gegen uns, die einzigen Volksvertreter, schützen? Warum bleiben Sie nicht auf ihrem Katheder? Ihre Stellungnahme ist durch Hintergedanken diktiert, Sie sind Agent des inneren oder äußeren Feindes, Sie wollen der Regierung Schwierigkeiten bereiten usw.“ Die Politiker helfen der Wissenschaft auf die Füße, sie sind Bundesgenossen, um mit Dr. Drill zu reden, wunschloser Nationalökonom. Man braucht nicht die Mentalität des Politikers zu kennen, es genügt ein Blick auf die Geschichte, um diesen ungerufenen Bundesgenossen gegenüber mißtrauisch zu sein.

¹⁾ Schumpeter, Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, S. 576, 578. — Und gerade wegen seines nationalökonomischen Wissens wurde Schumpeter zum Finanzminister ernannt; aus demselben Grunde ist er zum Bankpräsidenten gewählt worden! Er ist uns wohl eine Erklärung dieses Widerspruches schuldig.

Somit kommen wir zu der Frage; was ist für das Wohl der Menschen — d. h. für das höchste irdische Ziel — besser, die Politik ohne Volkswirtschaftslehre oder mit ihr? Um uns mit den Gegnern leichter zu verständigen, scheiden wir alle Fragen über die Aufgabe, das Ziel und die Methode der Volkswirtschaftslehre aus und formulieren die obige Frage folgendermaßen: was ist für das Volk besser, daß die Regierung die Nationalökonomie kennt oder nicht? Da kann auch Schumpeter keine verneinende Antwort geben; und zwar aus folgendem Grunde:

Auch ein Nationalökonom, der die theoretische Volkswirtschaftslehre so eng faßt wie er, befaßt sich notwendigerweise auch mit den Fragen, die in die spezielle Volkswirtschaftslehre gehören. Ein halbwegs guter Professor besitzt ziemlich reiche Kenntnisse — gleichgültig ob es sich um feste Lehrsätze oder um simple Synthesen vieler Tatsachen handelt — auf dem Gebiete, auf dem die Regierung tätig ist. Folglich ist es anzunehmen, daß auch er etwas zu sagen hätte über die Frage, die ein Regierungsrat oder ein Abgeordneter zu bearbeiten im Begriffe ist. Weiter, was soll der Mensch lesen, der — um bei dem aktuellsten Thema zu bleiben — über das Geldwesen zu entscheiden hat? Selbstverständlich nur die Nationalökonomie.

Die Politik — d. h. das Regieren — muß sich auf die Nationalökonomie stützen. Wer soll diese Verbindung vermitteln? Es gibt dazu zwei Wege: entweder lernt der Politiker die Nationalökonomie oder der Volkswirt interveniert in die Politik. Aus dem vorher Gesagten geht es deutlich hervor, daß der Politiker immer weniger lernen kann. Somit bleibt der zweite Ausweg als einzige möglich.

Der Gelehrte soll also an der Politik, sofern sie sich auf die Volkswirtschaft bezieht, möglichst stark teilnehmen und zwar nicht als Politiker, sondern als politischer „Outsider“. Er braucht dies nicht im Namen der Wissenschaft zu machen, er soll kein Privileg beanspruchen, sondern mit Argumenten operieren. Die Aufgabe ist nicht so leicht. Man setzt sich den Unannehmlichkeiten, ja sogar den Gefahren aus (die Maßregelung widerspenstiger Professoren wird keine Demokratie aus der Welt schaffen wollen). Auch die Wissenschaft wird selbst angegriffen, man wird sie herunterzusetzen suchen. Wer es nicht mitmachen kann, der bleibe bei seinem stillen Leben, er soll aber nicht vergessen, daß der andere, der es tut, für das Wohl der Menschen mehr leistet als er. Besonders abzuraten ist dem für das ruhige Leben Eingenommenen, um das Ansehen der Volkswirtschaftslehre ängstlich zu sein. Eine Wissenschaft kann weder über- noch unterwertet werden. Das gilt sowohl für die Politiker, die sie herunterzusetzen suchen, wie auch für uns, die sie zu hoch zu bewerten suchen. Wenn

wir Professoren der Volkswirtschaftslehre jemandem Respekt einflößen, so geschieht es nicht wegen der Exaktheit unserer Wissenschaft. Wir sind eine Art Zauber-künstler gegenüber den Laien. Lange Übung macht Meister. In unserer Wissen-schaft stecken Früchte einer 200 Jahre dauernden Anstrengung vieler Köpfe, mit Hilfe deren wir so geschickt operieren, so geschickt, daß die Menschen auch Täuschung für Wirklichkeit halten. Nicht weil wir über die Fragen nicht einig wären (was die Laien oft gegen uns als Waffe gebrauchen), sondern weil wir noch keine Grundbegriffe haben. Um eins herauszunehmen: was ist das Kapital? Seit der Deflation haben die Laien die Begriffe Geld, Kapital und Kredit durcheinandergebracht. Und wenn wir dieselben Fragen be-handeln, wandeln wir denselben Weg — soweit es sich um die Begriffe handelt. Was ist heute in Deutschland selten geworden: Geld oder Kapital oder Kredit? Um darauf antworten zu können, mußte man neue Begriffe schaffen — ad hoc, natürlich.

Etwas weniger Stolz auf die „Theoretische“ könnte uns nicht schaden. Fort-gesetzt intensive Widmung ihrer Probleme ist unsere Pflicht. Dafür aber müssen wir zumindestens ebenso hoch schätzen die Tätigkeit jener Kollegen, die mit dem zwanzigköpfigen politischen Drachen kämpfen. Die deutschen Kollegen ahnen nicht, wo die Entwicklung hinsteuert. Die Autorität des Professors wird, mit dem Einzug der Durchschnittsmenschen in die Politik, rapid sinken. Bald wird die Zeit kommen, wo einem Professor unmöglich sein wird, sich in einer politischen Versammlung hören zu lassen. In anderen — auch sehr fortgeschrittenen Ländern — ist dies schon längst der Fall (außer der Professor ist aktiver Politiker). Der moderne Politiker braucht keine Belehrung. Er hat andere Sorgen. Jede Partei besitzt ihre eigenen Fachleute, die mehr Partei- und weniger Fachleute sind. Man wird gern an die Zeit denken, wo die Teilnahme B r e n t a n o s an einer politischen Versammlung für die Zuhörer eine besondere Ehre war. Heute ist es für den Professor in vielen Ländern eine besondere Ehre, wenn er auf be-schränkte Zeit zum Wort kommen kann. Und wenn er dabei gegen die Inter-essen der Organisatoren der Versammlung redet, so wird er respektlos unter-brochen. Das macht die Disziplin, die wichtiger ist als die Wahrheit.

Man darf nicht außer acht lassen, daß die wohltuende Wirkung des Gelehrten auf das Schicksal des Volkes ungeheuer sein kann. Als bestes Beispiel dafür dient die Geschichte Deutschlands seit 1875. Unter dem Drucke der Kathedersozia-listen baute das politisch reaktionäre Deutschland eine musterhafte Arbeiter-gesetzgebung aus. Das Zusammengehen eines allmächtigen Monarchen und einer fortgeschrittenen Arbeitergesetzgebung ist nur dadurch möglich gewesen, daß das letztere von den Gelehrten als Mittel zu Popularisierung der Monarchie empfohlen, obwohl es von den Arbeitern selbst bekämpft wurde.

Die Nationalökonomen, die bezüglich des Volkswohles wunschlos sind, haben Brentano besonders heftige Vorwürfe wegen des Herabsteigens in die politische Arena gemacht. Er ist auch der reinste Vertreter jener Art Gelehrten, die es für nützlicher gehalten haben, gegen den Schutzzoll usw. zu kämpfen, als ein einträgliches Lehrbuch zu schreiben. Er hat in der „Theoretischen“ keine großen Neuerungen einzuführen gesucht. Um aber seine Tätigkeit richtig einzuschätzen, ist es erforderlich, uns in die Zeit nach 200 Jahren zu versetzen. Von hier aus verschwinden alle die Neuerungen, die wir in der Theoretischen gemacht haben, sogar auch aus der Geschichte der Volkswirtschaftslehre, weil sie als Lehrsätze nichts Neues darstellen. Von da aber ragt himmelhoch die bahnbrechende deutsche Arbeitergesetzgebung, die die Katheder-sozialisten erkämpft haben, hervor.

Die Wandlungen des Begriffs der Sozialpolitik.

Von

Prof. Dr. Karl Přibram.

Inhalt.

	Seite
I. Zur Problemstellung	225
II. Die Entstehung des Begriffs „Sozialpolitik“	228
III. Die älteren Definitionen	238
IV. Der Kampf gegen das Werturteil und die Sozialpolitik	243
V. Die „Krise“ der Sozialpolitik	249
VI. Der Streit um den Begriff der Sozialpolitik	253

I. Zur Problemstellung.

Wenn heute, im engen Zusammenhange mit der vielerörterten Krise der Sozialpolitik die deutschen Theoretiker und Praktiker sich redlich bemühen, Klarheit über den Begriff der Sozialpolitik zu gewinnen und ihn möglichst scharf von anderen verwandten Begriffen abzugrenzen, so liegt die Annahme nahe, daß, wie dies bei so vielen Auseinandersetzungen über Probleme der Begriffsbildung der Fall ist, die eigentlichen tiefsten Wurzeln der Meinungsverschiedenheit in Differenzen der Weltanschauung zu suchen sind oder — was vielfach auf das gleiche hinausläuft — der erkenntnismäßigen Erfassung des sozialen Geschehens. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, gewinnt eine vergleichende Untersuchung der dem Begriffe „Sozialpolitik“ im Laufe der Zeiten beigelegten Bedeutungen einen tieferen Sinn, als ihr vielleicht auf den ersten Blick zukommen mag.

Man darf ohne Übertreibung behaupten, daß ein sehr großer Teil des Kampfes der sozialphilosophischen Ideenrichtungen während der letzten fünf Dezennien den sozialpolitischen Bestrebungen und Maßnahmen galt. Das Verhalten einer jeden Ideenrichtung zu diesen Bestrebungen gibt daher wie eine Art Spiegelbild ihre leitenden, weltanschauungsmäßig bestimmten Wertvorstellungen wieder. Eine Übersicht über die Wandlungen des Begriffs der Sozialpolitik hat sich daher zunächst mit dem ihm von den verschiedenen Ideenrichtungen — sei es gleichzeitig, sei es nacheinander — beigemessenen Inhalten zu beschäftigen und dabei festzustellen, inwieweit im Verlaufe der Zeiten, im Zusammenhange mit der Verdrängung alter und dem Hervertreten neuer Ideen, im Zusammenhange mit wichtigen, das soziale Geschehen bestimmenden Ereignissen, etwa gewisse für besonders wesentlich gehaltene Merkmale in ihrer Bedeutung abgeschwächt wurden, während andere eine stärkere Betonung erfuhren.

Dieser ganz eigenartige Charakter der „Sozialpolitik“ tritt in eine schäfere Beleuchtung, wenn wir diesen Begriff mit anderen, ähnlich gebildeten, ihm sprachlich scheinbar verwandten vergleichen, die, wie Bevölkerungspolitik, Gewerbepolitik, Handelspolitik, Einkommenspolitik, Wohnungspolitik, Bankpolitik u. dgl. in stattlicher Anzahl aus den Inhaltsverzeichnissen unserer sozialwissenschaftlichen Lehrbücher zusammengestellt werden können. In allen diesen

Fällen wird durch das erste Hauptwort der Wortverbindung ein Gegenstand und damit ein Gebiet bezeichnet, auf das sich politische oder wirtschaftliche Bestrebungen, Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung erstrecken. Leider ist der Sprachgebrauch auch hier vielfach insofern irreführend, als gelegentlich die meisten dieser Wortverbindungen auch im Sinne eines aktiven Handelns auf dem betreffenden Gebiete verwendet werden. So sprechen wir von einer Bevölkerungspolitik des Merkantilismus, einer Handelspolitik des Liberalismus, einer Unterrichtspolitik der französischen Republik. Aber diese Bedeutung wird den genannten Wortverbindungen doch nur ausnahmsweise beigelegt. Regelmäßig dienen sie, indem jede von ihnen den Gegenstand der Maßnahmen und Bestrebungen angibt, der Abgrenzung von Wissensgebieten¹⁾. So weitgehende Meinungsverschiedenheiten sich auch hinsichtlich des Inhalts und der Ziele der auf dem betreffenden Gebiete einzuschlagenden Politik ergeben können, so bleibt doch die Begriffsbildung selbst hier unmittelbar von dem Streit der Weltanschauungen unberührt.

Von den erwähnten Wortverbindungen unterscheidet sich der äußerlich ähnliche Wortkomplex „Sozialpolitik“ schon sprachlich insofern, als er nicht aus zwei Hauptwörtern zusammengesetzt ist; das Bestimmungswort „sozial“ ist vielmehr ein Eigenschaftswort, das keineswegs das Gebiet angibt, auf das sich die politischen Bestrebungen hier erstrecken; übrigens ebensowenig etwa die Träger dieser Politik. Bleibt also wohl nur die Auffassung übrig, daß mit „Sozialpolitik“ eine eigenartig orientierte, mit einem bestimmten Vorzeichen versehene

¹⁾ Amonn scheint (Der Begriff der „Sozialpolitik“ in Schmollers Jahrbuch, Bd. 48, S. 185) ein wesentliches Moment der hier vorliegenden Begriffsbildung verkannt zu haben, wenn er als Volkswirtschaftspolitik das „System von politischen Maßnahmen“ bezeichnet, „die der materiellen Wohlstandsgewinnung der Gesellschaft zu dienen bestimmt sind“; als Finanzpolitik „die Gesamtheit oder das System von politischen Maßnahmen, die der zweckmäßigsten Gestaltung der Wirtschaft der öffentlichen Gemeinwesen zu dienen bestimmt sind“ usw. Nicht der Zweck der Maßnahmen, sondern das Gebiet, auf das sie sich erstrecken, wird durch die Ausdrücke „Wirtschaftspolitik“, „Finanzpolitik“ angegeben. Für den Begriff der Wirtschaftspolitik ist es ganz gleichgültig, ob eine das Wirtschaftsleben treffende Maßnahme der Förderung des Wohlstands dient oder nicht. Zahlreiche in der Kriegszeit erlassene Maßregeln, die ausschließlich den Zwecken der Kriegsführung dienten, wurden daher unbestritten als wirtschaftspolitische bezeichnet. Ebenso wären produktions-einschränkende Maßnahmen einer von asketischem Geiste erfüllten Verwaltung zweifellos Maßnahmen der Wirtschaftspolitik. Amonn gelangt selbst, indem er seine Definition in ihre Konsequenzen verfolgt, zu der wohl widerspruchsvollen Behauptung, daß die Einführung eines Zolls auf Getreide, die ausschließlich im Interesse der Grundbesitzer erfolgt, keine „Volkswirtschaftspolitik“ wäre, sondern „reine Interessentenpolitik“ (S. 188). Wozu er seltsamerweise in einer Anmerkung hinzufügt, „ihrer Natur nach“ sei diese Maßnahme „natürlich eine volkswirtschaftspolitische, d. h. der Volkswirtschaft zu dienen bestimmte Maßnahme“.

Politik bezeichnet werden soll. Da eine solche Orientierung die Annahme gewisser Wertvorstellungen als Leitsterne der Politik zur Voraussetzung hat, so ist hier das Problem der Begriffsbildung mitten in den Kampf der Weltanschauungen hineingestellt.

Aus dieser besonderen Natur des Begriffs ergeben sich auch die besonderen Schwierigkeiten, ihn einwandfrei derart zu definieren, daß ein bestimmtes Gebiet des gesellschaftlichen Lebens als das Anwendungsfeld der Sozialpolitik von den Gebieten der anderen Zweige der Politik klar abgegrenzt wird. Was zur logischen Voraussetzung hätte, daß durchgängig der Inhalt, das Ziel der Politik zum *principium divisionis* gemacht würde. Diese methodologische Seite der Frage fand indes zunächst nur ausnahmsweise Beachtung.

In eine neue Phase trat der Streit um die Bestimmung des Begriffs, als unter dem Einflusse streng kritischer Besinnung auf die wissenschaftliche Begriffsbildung die Forderung immer stärker sich geltend machte, daß die Berücksichtigung bestimmter Wertvorstellungen bei der Formulierung des Anwendungsbereichs der Sozialpolitik nach Möglichkeit ausgeschaltet werde. Während es vordem jeder Richtung der Sozialphilosophie überlassen blieb, unter Betonung der ihr eigenartigen höchsten Wertvorstellungen dem Begriff der Sozialpolitik den ihr geeignet scheinenden Inhalt zu geben — und daraus erklärt sich eben die Fülle der voneinander abweichenden Definitionen — wird nunmehr ernstlich immer erneut der Versuch gemacht, im Wege einer fortschreitenden Abstraktion eine derart allgemeine Formel für das Anwendungsbereich der Sozialpolitik zu finden, daß alle sozialpolitischen Bestrebungen und Maßnahmen, ohne Unterschied der besonderen Ideenrichtung, die sie inspiriert, darin Platz und Aufnahme finden könnten.

In diesem Zusammenhange wird dann auch der Unterschied zwischen Sozialpolitik als einer Summe (oder eines Systems) von Bestrebungen und Maßnahmen, also aktiven Handelns, und Sozialpolitik als Wissen von diesem Handeln, als wissenschaftliche Untersuchung dieser Äußerungen der Politik, ganz scharf betont¹⁾. Erst dann, wenn der Ausdruck in dieser zweitgenannten Bedeutung verstanden wird, tritt er in eine logische Ebene mit den obenerwähnten Begriffen „Volkswirtschaftspolitik“, „Finanzpolitik“ u. dgl. im Sinne von Wissensgebieten, deren jedes, im Rahmen einer systematischen Behandlung politischer Probleme, sich mit einem besonderen Ausschnitte aus diesen Problemen beschäftigt. Die Frage nach der Abgrenzung der Sozialpolitik von diesen Wissens-

¹⁾ So insbesondere neustens durch Heyde in seinem auf dem Heidelberger Soziologentag (Sept. 1924) gehaltenen Vortrag: Sozialpolitik und Soziologie. (Vgl. Soziale Praxis, XXXIII. Jahrg. Nr. 41.)

gebieten, nach ihren Beziehungen zu ihnen und zu anderen Zweigen der Sozialwissenschaften (der Soziologie z. B.) ist dann ganz klar gestellt.

Wird indes, wie dies in der vorliegenden Untersuchung der Fall ist, die Frage nach den „Wandlungen des Begriffs der Sozialpolitik“ aufgeworfen, so scheint es zweckmäßiger zu sein, unter „Sozialpolitik“ zunächst die „Bestrebungen und Maßnahmen“ selbst zu verstehen, zumal die meisten bisher versuchten Definitionen und Umschreibungen des Begriffs auf die Bestimmung der Art des aktiven Handelns selbst abgestellt sind. Das korrespondierende Wissensgebiet ergibt sich dann mittelbar ohne weiteres dadurch, daß eben dieses näher bestimmte aktive Handeln zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung gemacht wird.

Unsere Frage nach den „Wandlungen des Begriffs der Sozialpolitik“ läßt sich daher nunmehr genauer dahin formulieren: Welches sind die Merkmale, die von den einzelnen sozialphilosophischen Ideenrichtungen als bestimmd für die sozialpolitischen Bestrebungen und Maßnahmen hervorgehoben wurden? Läßt sich etwa eine Übereinstimmung hinsichtlich der Annahme gewisser Merkmale feststellen? Läßt sich endlich beobachten, daß der Inhalt dieser Bestrebungen derartige Veränderungen erfuhr, daß der Begriff der Sozialpolitik selbst dadurch in maßgebender Weise beeinflußt wurde?

II. Die Entstehung des Begriffs „Sozialpolitik“.

Versuchen wir zunächst, in aller Kürze die geistige Atmosphäre zu charakterisieren, aus der die sozialpolitischen Bestrebungen hervorgewachsen sind. Der individualistische Liberalismus hatte in der theoretischen Betrachtung des Wirtschaftslebens bloß den einzelnen Individuen Realität zuerkannt und hatte gelehrt, daß die Beziehungen der Individuen zueinander durch unabänderliche Naturgesetze geregelt seien. Jeder Versuch, das Wirtschaftsleben und seinen Ablauf durch irgendwelche, die freie Betätigung der individuellen Kräfte störende Eingriffe zu beeinflussen, sei daher nutzlos oder schädlich. Dies gelte auch dann, wenn nicht etwa, wie dies die ältere klassische Nationalökonomie behauptet hatte, bei freiem Walten der Kräfte eine prästabilierte Harmonie zwischen dem höchsten Wohl jedes einzelnen und dem höchsten Wohle aller bestehe. Gegen diese Auffassung, die schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Frankreich von Sismondi, in England später von Carlyle bekämpft worden war, erhob sich in Deutschland zu Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre in geschlossener Front eine Gruppe jüngerer Nationalökonomien mit einem scharfen Proteste, dessen wesentlicher Inhalt sich in drei Punkten zusammenfassen läßt: Es sei nicht richtig, daß man es im Wirtschaftsleben mit unabänderlichen Naturgesetzen zu tun habe; das gesellschaftliche Leben des Menschen stehe vielmehr im Flusse

des historischen Geschehens, das sich durch die bewußte Tätigkeit der Gesetzgebung und Verwaltung beeinflussen lasse. Es sei ferner ein grundlegender Fehler der individualistischen Nationalökonomie, die Erscheinungen des Wirtschaftslebens vor allem und geradezu ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der Produktion und ihrer Steigerung zu betrachten: nicht minder wichtig sei die Verteilung der erzeugten Güter unter die einzelnen Gruppen der Bevölkerung. Die herrschende Verteilung der Güter endlich habe unter dem Walten der freien Konkurrenz und unter der Wirksamkeit des freien Arbeitsvertrags dazu geführt, daß sich zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen ein Gegensatz entwickelte, der den Frieden der menschlichen Gesellschaft zu vernichten und eine Revolution zu entzünden drohe. Aufgabe der Nationalökonomie sei es daher, die Grundsätze für eine gerechte Verteilung der Güter nach sittlichen Prinzipien aufzustellen, Aufgabe des Staats als des vornehmsten Trägers der menschlichen Kultur, jene Maßnahmen zu treffen, die diesen Grundsätzen entsprechen. Die Nationalökonomie sei also keine Lehre von wirtschaftlichen Naturgesetzen, sondern eine „historisch-ethische“ Wissenschaft; in ihrem Mittelpunkte stehe das Verteilungsproblem. Die Sozialpolitik sei ein System von staatlichen Maßnahmen, die eine gerechtere Verteilung der Güter und damit eine Ausgleichung der in der Gesellschaft bestehenden Klassengegensätze bezwecken.

Die grundsätzliche Einstellung dieser Gruppe von Sozialpolitikern, die vor allem die Rolle des Staates als des Trägers von Kultur und Sittlichkeit betonten, und für die alsbald die Bezeichnung „Kathedersozialisten“ gebräuchlich wurde, läßt sich am besten durch einige Zitate aus den Reden Gustav Schmollers, ihres Wortführers, illustrieren. In der nach Eisenach einberufenen „Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage“ eröffnete Schmoller am 6. Oktober 1872 die Verhandlungen mit jener bekannten Rede, die für lange Zeit hinaus die Prinzipien der sozialpolitischen Bestrebungen feststellte: „Der tiefe Zwiespalt“, so sagte er, „der durch unsere gesellschaftlichen Zustände geht, der Kampf, welcher heute Unternehmer und Arbeiter, besitzende und nichtbesitzende Klassen trennt, die mögliche Gefahr einer uns zwar bis jetzt nur von ferne, aber doch deutlich genug drohenden sozialen Revolution haben seit einer Reihe von Jahren auch in weiteren Kreisen Zweifel erregt, ob die auf dem Markte des Tages unbedingt herrschenden volkswirtschaftlichen Doktrinen, die in dem volkswirtschaftlichen Kongreß ihren Ausdruck fanden, immer die Herrschaft behalten werden, ob mit der Einführung der Gewerbefreiheit, mit der Be seitigung der ganzen veralteten mittelalterlichen Gewerbegesetzgebung in der Tat die vollkommenen wirtschaftlichen Zustände eintreten werden.“ Die Gegner der sogen. „Manchesterpartei“ verbinde eine einheitliche prinzipielle Über-

zeugung: „Sie kommen überein in einer Auffassung des Staates, die gleich weit von naturrechtlicher Verherrlichung des Individuums und seiner Willkür wie von einer absolutistischen Theorie einer alles verschlingenden Staatsgewalt ist. Indem sie den Staat in den Fluß des historischen Werdens stellen, geben sie zu, daß seine Aufgaben, je nach der Kultur, bald engere, bald weitere sind; niemals aber betrachten sie ihn, wie das Naturrecht und die Manchesterschule, als ein notwendiges Übel, immer ist ihnen der Staat das großartigste sittliche Institut zur Erziehung des Menschengeschlechts“. „Wir halten“, so erklärte Schmoller weiter, „die Gesellschaft für die normalste und gesundeste, die eine Stufenleiter verschiedener Existenzen, aber mit leichtem Übergang von einer Sprosse zur anderen darstellt; unsere heutige Gesellschaft aber droht mehr und mehr einer Leiter zu gleichen, die nach unten und oben rapide wächst, an der aber die mittleren Sprossen mehr und mehr ausbrechen, an der nur noch ganz oben und ganz unten ein Halt ist.“ Das anzustrebende Ideal sei, „einen immer größeren Teil unseres Volkes zur Teilnahme an allen Gütern der Kultur, an Bildung und Wohlstand zu berufen“.

Durch den Angriff Treitschkes¹⁾ zu einer schärferen Präzisierung der theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik veranlaßt, erklärte Schmoller in seinem „Sendschreiben“²⁾, daß er und seine Gesinnungsgenossen einen ethischen Entwicklungsprozeß der volkswirtschaftlichen Organisationsformen annehmen, daß sie „an einen Fortschritt glauben, den der konsequente Denker leugnen oder unerklärt lassen muß, der in der Volkswirtschaft nur eine Naturordnung sieht.“ „Die volkswirtschaftliche Organisation jedes Volks“, so meint er weiter, „ist kein Naturprodukt, sie ist hauptsächlich ein Produkt der jeweiligen sittlichen Anschauungen über das, was im Verhältnis der verschiedenen sozialen Klassen zueinander das Rechte und Gerechte sei. Jeder Fortschritt in der volkswirtschaftlichen Organisation war bisher ein Sieg sittlicher Ideen und wird es auch in Zukunft bleiben.“ Das allgemeine Ziel der Sozialreform sei die Überwindung der Klassengegensätze, die Beseitigung oder Ermäßigung des wirtschaftlichen Unrechts, Annäherung an das Prinzip der verteilenden Gerechtigkeit; eine Sozialgesetzgebung, „die den Fortschritt befördert, die sittliche und materielle Hebung der unteren und mittleren Klassen garantiert.“

Aus diesen Äußerungen, die sich durch Anführung von Belegstellen aus den Schriften gesinnungsverwandter Sozialphilosophen beliebig erweitern ließen, ist erkennbar, daß diese im Zentrum des Kampfs um die Verwirklichung der sozialen

¹⁾ Treitschke, Der Sozialismus und seine Gönner. Zuerst in den Preußischen Jahrbüchern veröffentlicht, dann gesondert 1875.

²⁾ Zuerst erschienen in den Jahrb. f. Nationalökonomie Bd. XX.

Reform stehende Gruppe von Kathedersozialisten ihren Protest nicht nur gegen die von der individualistischen Nationalökonomie vertretene Wirtschaftsdoktrin richtete, sondern gleichzeitig in scharfem Gegensatz zum Sozialismus stand, also gewissermaßen einen Kampf gegen zwei Fronten führte. Die Furcht vor einer sozialrevolutionären Bewegung war ja an der Wiege der sozialen Reform Pate gestanden.

In einer scharfsinnigen, von der Vorstellung eines dialektischen Entwicklungsprozesses inspirierten Bemerkung hat Götz Briefs darauf aufmerksam gemacht¹⁾, daß jedes gesellschaftliche System — und dies gilt wohl ebenso von jeder sozialphilosophischen Ideenrichtung — gewisse entscheidende Elemente jenes Systems in sich trägt, das es bekämpft. Vom individualistischen Liberalismus entnimmt die Theorie der sozialen Reform das Prinzip der Relativität der höchsten Wertvorstellung und Wertmaßstäbe, vom Sozialismus die erkenntnismäßige Erfassung des gesellschaftlichen Lebens. Aus der Verbindung dieser beiden Elemente wird die theoretische Fundierung der Sozialpolitik verständlich. Beginnen wir mit dem zweitgenannten Probleme:

„Eines der wertvollsten wissenschaftlichen Ergebnisse der sozialistischen Literatur und der Diskussion darüber“ — so schreibt Philippovich in seiner Studie über die Anfänge der sozialpolitischen Literatur²⁾ — ist die Erkenntnis, daß die Gemeinschaft der Menschen, die neben und außerhalb des Staates existiert, aufgebaut auf die Gleichheit des Blutes, der Rasse, der wirtschaftlichen, geistigen, religiösen Interessen ein eigentümliches, selbständiges, vom Staate in hohem Grade unabhängiges Leben führt. Diese Gemeinschaft ist es, die wir, wenn wir sie als Einheit denken und wenn wir ihr eigenes organisches Leben betrachten, als *G e s e l l s c h a f t* bezeichnen.“ Der Begriff der Gesellschaft an sich, im Unterschiede vom Staate, war allerdings nicht neu; er war der staatsfeindlichen Theorie des Individualismus ein wichtiges Hilfsmittel der Erkenntnis gewesen. Das Neuartige lag in dem Wandel, den der Begriff der Gesellschaft jetzt erfuhr, parallel mit der Entstehung des Begriffs der Klasse als einer ebenfalls als Einheit erfaßten Kategorie des sozialen Lebens. „Neben der Staatslehre“, so be-

¹⁾ Götz Briefs, Zur Kritik sozialer Grundprinzipien II. (Archiv f. Sozialwissensch. Bd. 50, Heft 2, S. 342): „Kein gesellschaftliches System ist verständlich, wenn es nicht aus seiner Wurzel verstanden wird, und die Wurzel liegt für jedes System in der gesellschaftlichen Verfassung, die zeitlich vorangeht und bekämpft wird. Indem jedes neue System sein geistiges Auge immer gegen ein altes gerichtet hält, steht es unter dem Gesetz des alten, es hat Gegensatzcharakter und wird nur aus ihm heraus verständlich.“

²⁾ Philippovich, Das Eindringen der sozialpolitischen Ideen in die Literatur. S. 6. (Schmoller-Festschrift 1908, II. Teil.)

merkt wiederum Philippovich an einer anderen Stelle des zitierten Aufsatzes¹⁾, „hat man in der Volkswirtschaftslehre die Verbindung der Individuen durch das wirtschaftliche Interesse betrachtet, dabei aber das Volk als eine in ihren Atomen gleichförmige Masse von nebeneinanderstehenden Einzelnen aufgefaßt, als eine Gesamtheit ohne organische Gliederung. Diese atomistische Auffassung, welche nur Staat und Individuen kannte, wurde durch die deutsche Philosophie, durch Kant und Fichte, wesentlich verstärkt und war so mächtig geworden, daß in der Mitte des 19. Jahrhunderts der Hinweis auf selbständige Lebenskreise, welche zwischen den Individuen und dem Staate stehen, wie eine Entdeckung wirken konnte.“ Das Wesen dieser Entdeckung bestand, erkenntnismäßig erfaßt, darin, daß gewisse, vordem lediglich im Wege der Abstraktion, — durch Zusammenfassung gleichartig charakterisierter Individuen zu Gruppen — gebildete Begriffe, wie „Gesellschaft“ und „Klasse“, nunmehr eine durchaus geänderte Bedeutung erhalten: sie werden auf Kollektiveinheiten bezogen, die begabt sind mit einem selbständigen Leben, mit eigenen, von dem Willen der ihnen zugehörigen Individuen unabhängigen Zwecken. Dieser Begriffswandel wird gefördert, vielleicht sogar bedingt durch die ethische Forderung, daß das sittliche Verhalten der Individuen jene „höheren“ Zwecke der Kollektiveinheiten zum Ziele nehme.

Das selbständige Leben dieser Gemeinschaften, dieser „Organismen“, wie man sich gelegentlich ausdrückte, wird nicht schlechthin statisch, sondern dynamisch konstruiert, der Gesellschaft wird die Fähigkeit einer „Entwicklung“ zugeschrieben, — dem Staat als Organ der Gesellschaft die Mission, eben jene Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um eine Störung der Einheitlichkeit der Gesellschaft zu verhüten. Die Anhänger dieser um Schmoller sich gruppierenden Richtung der Sozialreform machen daher in erster Linie den Staat zum Träger sozialpolitischer Maßnahmen.

Welches nun aber die eigentlich höchsten Zwecke dieser Kollektiveinheiten sind, insbesondere der Gesellschaft als der organischen Zusammenfassung der Individuen, das bleibt im Bereiche des Relativen, des Unbestimmten. Und hier zeigt sich der Einfluß des individualistischen Denkens, das nur den Individuen Realität zuerkannt hatte. Wird das Individuum als ein Knotenpunkt aller möglichen Interessen aufgefaßt, für deren Verwirklichung es allein verantwortlich ist, so entzieht sich der Ablauf der gesellschaftlichen Ereignisse nicht nur jeder Beeinflussung, sondern auch jeder klaren Vorherbestimmung. Nur hypothetisch lassen sich — unter der Annahme, daß die Individuen von dem wirtschaftlichen

¹⁾ A. a. O. S. 12.

Selbstinteresse sich leiten lassen — für das Wirtschaftsleben gewisse allgemeine Gesetze aufstellen. Gleichzeitig werden auch die ethischen Grundsätze ins Relative verschoben, da jedes Individuum selbst über seine Interessen zu entscheiden hat und in Konfliktfällen das Stärkeverhältnis der Beteiligten eine maßgebende Rolle spielt. Obwohl nun die Kathedersozialisten gerade die durch das freie Spiel der Kräfte wirksam gewordene Herrschaft der wirtschaftlich Starken über die wirtschaftlich Schwachen verworfen und den Zwecken der als Einheit erfaßten Gesellschaft die Superiorität über die Interessen der Einzelnen beimaßen, ließen sie es doch an einer klaren Bestimmung dieser Zwecke der Gesellschaft fehlen. Dies gilt ebenso von den religiös mehr indifferenten Anhängern dieser Richtung wie von den Evangelisch-Sozialen, wie endlich von jenen Vertretern der Sozialreform, die geneigt waren, die Gesellschaft mit der Nation zu identifizieren, also im Gegensatze zum religiösen das nationale Moment betonten. Nur formal, nicht inhaltlich werden die sozialen Pflichten des Einzelnen wie die Aufgabe des Staates dahin bestimmt, daß die Erhaltung der Einheit der Gesellschaft als ihr oberstes Ziel zu gelten habe.

Schon vor mehr als 25 Jahren hat Sombart seinem Befremden darüber Ausdruck gegeben¹⁾, daß „die Mehrzahl der modernen Kathedersozialisten auf dem Boden einer relativistischen Ethik zu stehen scheint“. Darauf lassen, so meint er, die häufig in ihren Schriften wiederkehrenden Ausdrücke wie „Niederschlag der sittlichen Ideen“, „Fluß der sittlichen Anschauungen“ schließen. Eine methodisch einwandfreie Begründung des ethischen Standpunkts aus kathedersozialistischen Kreisen sei ihm nicht bekannt. Merkwürdigerweise komme das ethisch-soziale Hauptwerk (G. Cohns System der Nationalökonomie, 1885) mit keinem Worte darauf zu sprechen, woher denn jener Maßstab des Sittlichen stamme, an dem alles soziale Geschehen gemessen werden solle.

In Ermangelung einer anderweitigen Bestimmung der höchsten Zwecke der Gesellschaft, mithin der maßgebenden Wertvorstellungen und der Grundprinzipien der sozialen Ethik erfuhr die erwähnte zunächst rein formale Auffassung der Sozialpolitik in ihrer praktischen Ausdeutung regelmäßig eine konservative Färbung. Auch darauf hat Sombart in dem erwähnten Aufsatze aufmerksam gemacht²⁾: „Das Wirtschaftsleben soll ethisiert, soll den Anforderungen des Sittengesetzes angepaßt werden. Gut. Aber woher bilden sich unsere Anschauungen von dem, was sittlich erlaubt oder verboten ist? Sie sind ein Niederschlag des gesamten Daseins in einer bestimmten Epoche, heißt es . . .

¹⁾ Sombart, Ideale der Sozialpolitik im Arch. f. soziale Gesetzgebung, Bd. X, 1897, S. 16 fg.

²⁾ A. a. O. S. 32.

Die Ethisch-Sozialen werden diesen inneren Widerspruch in ihrer Auffassung nicht leugnen können . . . daß sie an das Wirtschaftsleben einen Maßstab anlegen, der diesem selbigen darnach zu messenden Wirtschaftsleben entnommen ist.“

Rein logisch war natürlich dieser konservativ orientierte Charakter der Sozialpolitik — so erklärlich er psychologisch ist — nicht notwendig. Faßte man das Privateigentum als eine lediglich historische Kategorie auf, so wäre unter dem Gesichtspunkte einer Erhaltung der „Einheit der Gesellschaft“ auch für den Kathedersozialisten die Herbeiführung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung eine logisch unabweisbare Notwendigkeit gewesen, wenn die zunehmenden Klassengegensätze sich auf einem anderen Wege nicht beseitigen ließen. Von den Anhängern dieser Ideenrichtung wurde indes — wie schon seinerzeit von Schmoller — jedes Bestreben, die Organisation des Wirtschaftslebens grundsätzlich zu ändern, aus dem Begriffe der Sozialpolitik ausgeschieden¹⁾.

Wir haben an dieser Stelle nicht die Aufgabe, in eine Kritik der theoretischen Grundlagen der von den Kathedersozialisten vertretenen Sozialpolitik einzugehen. Es genügt, diese Grundlagen insoweit festzustellen, als dies zum Verständnis der von dieser Richtung der Sozialpolitik gegebenen Begriffsbestimmungen erforderlich ist.

Es ist nun für die sozialpolitischen Ideen und ihr Schicksal bezeichnend, daß sie nicht „wie die wirtschaftspolitischen Ideen des Liberalismus Forderungen auf der Grundlage eines einheitlichen und einfachen Prinzips sind“²⁾. Jenen Kathedersozialisten, die dem Staate die Mission zuweisen, durch geeignete Maßnahmen die Klassengegensätze nach Möglichkeit auszugleichen, schließen sich die Anhänger einer mehr liberalen Sozialreform an, die weniger Verständnis zeigen für die Auffassung der Gesellschaft als eines mit selbständigem Leben und selbständigen Zwecken begabten Organismus; ihnen erscheint denn auch die staatliche Tätigkeit in der Hauptsache als ein Hilfsmittel zur Förderung individueller Bestrebungen. Aber sie bestreiten, daß die wirtschaftliche Freiheit wie dies die Vertreter des individualistischen Liberalismus forderten, schlechtweg im Sinne einer Atomisierung und Isolierung der Individuen zu verstehen sei. Gegen die schädlichen Wirkungen, welche die freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte für die wirtschaftlich Schwachen mit sich bringe, sei das beste

¹⁾ So meinte Adolf Wagner, Über soziale Finanz- und Steuerpolitik (im Archiv f. soziale Gesetzgebung, Bd. 4, S. 7): „Die Sozialpolitik ist denn in der Tat nichts anderes als eine Korrektur der Entwicklung der privatwirtschaftlich organisierten, auf der Privateigentums-institution sich aufbauenden, bloß vertragsmäßige Regelungen kennenden Volkswirtschaft.“

²⁾ Philippovich, a. a. O. S. 48.

Mittel die Koalition der Arbeiter, als Ergebnis der Einsicht der letzteren in das Vorhandensein ihrer gleichgerichteten Interessen. Die fortschreitende Besserung der Arbeitsbedingungen und damit die Hebung der Lage der Arbeiterschaft wird in erster Linie von dem Wollen und der Kraft der Arbeiterverbände abhängig gemacht; der eigentliche Fortschritt, auch der ethische, wird derart in den Willen der Beteiligten selbst verlegt, dem Staate wird bei der Verwirklichung der sozialen Reform die Rolle eines unterstützenden, sekundären Faktors zugewiesen.

Rein äußerlich betrachtet ist der Unterschied zwischen der Sozialpolitik der liberalen Sozialreformer und jener der früher besprochenen Kathedersozialisten vielleicht nicht sehr augenfällig. Vom Standpunkte einer erkenntniskritischen Wertung der beiden Ideenrichtungen ist er dagegen nicht zu verkennen. Die „Gesellschaft“ als Kollektiveinheit und ihre Zwecke, die in der Gedankenwelt jener Kathedersozialisten eine so große Rolle spielt, tritt für den liberalen Sozialpolitiker gänzlich in den Hintergrund. Ihm sind die Individuen und deren Wollen die primären Träger des sozialen Geschehens, er lehnt aber die vom Manchesterliberalismus geforderte Konstruktion ab, die im Wirtschaftsleben nichts als die Tätigkeit isolierter Individuen gelten lassen will.

Der hervorragendste Vertreter dieser Richtung ist Lujo Brentano, der in seinem grundlegenden Werke über die „Arbeitergilden der Gegenwart“ die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter als den Weg gewiesen hat, auf dem, ohne Verletzung der Grundsätze der Freiheit, die soziale Reform verwirklicht werden könne. Die in diesem Werke vertretenen Ansichten hat er seither mit dem ihm eigenen Temperament voll unerschütterlicher Überzeugungskraft verfochten, sie haben einen nachhaltigen Einfluß auf die öffentliche Meinung geübt¹⁾. Für die Bestimmung des Begriffs der Sozialpolitik ist es besonders interessant, hervorzuheben, daß Brentano eine der wichtigsten Aufgaben der Koalitionen darin erblickt, den Arbeitern eine Kontrolle über das Angebot der Ware „Arbeit“ auf dem Markte zu sichern und damit „die Freiheit und die Macht der Selbstbestimmung über ihre Person, wie sie jeder andere Verkäufer besitzt“²⁾. Während die konservativen Kathedersozialisten die Sozialpolitik in irgendeinen, sei es engeren, sei es weiteren Zusammenhang mit den Zwecken der Gesellschaft bringen, ist es für den liberalen Sozialpolitiker bezeichnend, daß er ihr die Mission zuschreibt, den Individuen — und zwar in erster Linie durch ihre eigene, be-

¹⁾ Vgl. die Belegstellen bei Gehrig, Begründung des Prinzips der Sozialreform. Jena 1914, S. 150 Anm.

²⁾ Arbeitergilden II, S. 21.

wußte, vereinigte Tätigkeit — Freiheit und Selbstbestimmung zu verschaffen¹⁾. Dieser Gedanke, der das für die Sozialpolitik entscheidende ethische Prinzip nicht in den Zwecken eines Kollektivums, sondern in den Zwecken der Individuen selbst sucht, hat in Deutschland verhältnismäßig weniger Vertreter gefunden als die staatlich oder national orientierten Richtungen.

Dem liberalen linken Flügel der Sozialpolitik entspricht auf der rechten Seite die Gruppe der katholischen Sozialreformer²⁾. Hervorragende Mitglieder des katholischen Klerus — es sei vor allem an den Bischof Ketteler erinnert — erkannten frühzeitig die Gefahren, von denen das sittlich-religiöse Leben weiter Kreise der Bevölkerung durch die zunehmende Ausbreitung der Fabrikindustrie bedroht war, und sie verlangten mit leidenschaftlicher Entschiedenheit eine Abkehr von den Grundsätzen der kapitalistischen Wirtschaft. Sie konnten sich dabei darauf berufen, daß die Kirche schon seit dem frühen Mittelalter eine umfassende soziale Hilftätigkeit entfaltet hatte und durch Jahrhunderte hindurch Schutz und Schirm der Bedrückten und Bedrängten gewesen war. Entsprechend den dogmatisierenden Tendenzen der katholischen Weltanschauung, die jeden Gedanken an eine relativistische Ethik verwirft, suchten die Verkünder der katholischen Sozialreform nach einer im göttlichen Weltplan vorgesehenen objektiven Ordnung der Gesellschaft als Grundlage der Sozialpolitik³⁾. Die Idee einer Entwicklung der gesellschaftlichen Ethik, wie sie in dem Gesellschaftsbegriff der Kathedersozialisten enthalten ist, ist selbstverständlich dem Denken der katholischen Sozialreform fremd. Der Inhalt der natürlichen, gottgewollten Gesellschaftsordnung stand allerdings von Anfang an keineswegs fest. Die bekannte Enzyklika Leos XIII. vom 15. Mai 1891 formulierte indes, ohne

¹⁾ „Die sozialpolitisch-liberale Ideenrichtung . . . ist bestrebt, auf dem Boden der bestehenden Eigentums- und Erwerbsordnung teils gesetzliche Maßnahmen, teils freiwillige Organisationen zu finden, welche, indem sie die sozial Schwächeren gegen den Mißbrauch der Übermacht der Stärkeren schützen und dieselben instand setzen, vereint den Kampf der wirtschaftlichen Interessen mit den Stärkeren aufzunehmen und zu bestehen, die Prinzipien der gewerblichen Freiheit und rechtlichen Gleichheit auch im Leben zur Verwirklichung bringen.“ (Brentano in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, I. Aufl., Bd. I, S. 937.)

²⁾ Dagegen kann man „nicht von einer literarischen oder wissenschaftlichen Begründung der Sozialpolitik sprechen, die ein spezifisch evangelisch-christliches Gepräge trägt“. (Philippovich, Grundriß der polit. Ökonomie. I. 11. Aufl., S. 497.) Über die katholische Sozialreform vgl. u. a. das Buch Nittis, das mir in der englischen Übersetzung unter dem Titel Catholic Socialism, 1908, vorliegt.

³⁾ So erklärt Freiherr von Hertling in seiner Schrift Naturrecht und Sozialpolitik, 1893 (S. 21) als Grundlage einer sicheren und zielbewußten Sozialpolitik „die Anerkennung eines in der Natur begründeten und darum ein für allemal gegebenen und jedem Wandel der gesellschaftlichen Entwicklung entrückten Rechts“.

ein bestimmtes sozialpolitisches Programm aufzustellen, einige Grundsätze, unter denen insbesondere die Anerkennung des Privateigentums als eines natürlichen Rechtes und die Anerkennung der Priorität der Gesellschaft gegenüber dem Staate von Bedeutung waren. Für Meinungsverschiedenheiten insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern¹⁾ und hinsichtlich der Zweckmäßigkeit und der Grenzen staatlichen Eingreifens in dieses Verhältnis blieb aber auch nachher ein weiter Spielraum.

Als letzte Gruppe können wir die Anhänger des Sozialismus hier anfügen — obwohl historisch betrachtet die Sozialpolitik gerade als ein Kampfmittel gegen den Geist und die Einflüsse des Sozialismus gedacht war. Da indes die Führer der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in der Verfechtung sozialpolitischer Maßregeln mit den Vertretern der bürgerlichen Sozialpolitik gemeinsame Sache machen, so fragt es sich, inwieweit diesem Verhalten ein besonderer, von dem der übrigen Ideenrichtungen abweichender Begriff der Sozialpolitik entsprechen mag. In der Tat bezeichnet der Marxismus, im Gegensatze zu der Gesellschaftsauffassung der Kathedersozialisten, die Klasse als die dem Werte nach höchste Kollektiveinheit der herrschenden Gesellschaftsordnung und den Klassenkampf als den höchsten — vielleicht den einzigen — Zweck der Klasse, besonders der proletarischen, wobei als letztes Ziel des Klassenkampfes die Selbstvernichtung der Klasse gilt. Im Sinne dieser Weltanschauung ist daher konsequenterweise als Sozialpolitik aufzufassen, was dem Klassenkampf dient und ihn fördert²⁾. Dieser Begriff der Sozialpolitik ist allerdings ungefähr das Gegenteil dessen, was die Anhänger der bürgerlichen Sozialreform unter dem gleichen Ausdruck verstehen.

Zusammenfassend können wir nunmehr für jede der vier Ideenrichtungen, die wir unterschieden haben, die für den Begriff Sozialpolitik maßgebende Orientierung derart bestimmen, daß wir jeweils den gesellschaftlichen Faktor bezeichnen, der für die betreffende Ideenrichtung Träger des höchsten sozialen Wertes ist. Regelmäßig wird diesem Faktor auch die Verantwortung für die Herstellung der erwünschten sozialen Ordnung übertragen.

Für die konservativen Kathedersozialisten ist es die staatlich (unter Umständen die national) geeinigte Gesellschaft, die als höchstbewertete Kollektivpersönlichkeit erfaßt wird. Ihren einem Entwicklungsprozesse unterworfenen

¹⁾ Von Zwiedineck-Südenhorst (Lohnpolitik und Lohntheorie 1900, S. 114) unterscheidet drei in der katholischen Literatur vertretene Konstruktionen des Arbeitsverhältnisses.

²⁾ Diese Begriffsbestimmung der Sozialpolitik im Sinne des Marxismus wurde auf dem im Oktober 1924 in Heidelberg abgehaltenen Soziologentag in der Diskussion über „Sozialpolitik und Soziologie“ von Max Adler vertreten.

Zwecken gelten die sozialpolitischen Maßnahmen; Träger der Sozialpolitik ist das Organ der Gesellschaft, der Staat. Die Anhänger der liberalen Sozialpolitik erfassen das Individuum als soziale Werteinheit. Seine Freiheit und rechtliche Gleichheit sind Grundbedingungen der sozialen Ordnung, die einem Wandel, insbesondere unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Zustände, unterworfen ist. Das Individuum ist in erster Linie berufen, vornehmlich im Wege der Bildung freier Verbände, den sozialen Mißständen entgegenzuwirken; die Aufgabe des Staates auf diesem Gebiete ist subsidiär. Für den katholischen Sozialpolitiker ist die Kirche als die Gemeinschaft der Gläubigen das mit dem höchsten Werte begabte Kollektivum; es besteht eine Gesamtverantwortlichkeit aller in der Kirche geeinigten Individuen für die Herbeiführung jener sozialen Ordnung, die dem göttlichen Weltenplan entspricht und die grundsätzlich unveränderlich ist. Der Staat hat dabei unterstützend mitzuwirken, ist aber den Individuen und der Gesellschaft gegenüber ein sekundärer Faktor. Für den marxistischen Sozialismus endlich ist die maßgebende Kollektiveinheit die Klasse, die im Wege des Klassenkampfes den sozialen Entwicklungsprozeß trägt. Aufgabe der Sozialpolitik ist die Förderung des Klassenkampfes, der am wirksamsten durch die Verbände der Arbeiter geführt wird.

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich auch die Stellung der einzelnen Ideenrichtungen zur internationalen Sozialpolitik. Jene Richtungen, deren Ideal staatlich oder national begrenzt ist, stehen der Anerkennung international geltender sozialpolitischer Forderungen eher ablehnend gegenüber; nur zur Unterstützung der nationalen Sozialpolitik kommt jene der anderen Staaten in Betracht. Dagegen haftet der liberalen Sozialpolitik, wie dem Liberalismus überhaupt, ein ausgesprochen internationaler Charakter an: was der Liberalismus für das Individuum fordert, gilt allgemein ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen. Ebensowenig läßt sich der auf naturrechtlichen, absoluten Grundsätzen basierende internationale Charakter der katholischen Sozialreform erkennen: allen Menschen soll die Heilswohlthat der gottgewollten, sittlichen Gesellschaftsordnung zugute kommen. Grundsätzlich international ist natürlich auch der Klassenkampfgedanke des Marxismus.

III. Die älteren Definitionen.

Es war nun sehr gut möglich, die Anhänger dieser verschiedenen Ideenrichtungen immer wieder auf übereinstimmende Programme sozialpolitischer Forderungen zu einigen. Denn je nach der Deutung, die man den verschiedenen Maßnahmen gab, ließen sie sich als Mittel zur Erfüllung verschiedener höchster Zwecke auffassen. Vielleicht empfand man unter diesen Umständen, um die

einheitliche Stellung im Kampfe gegen den Manchesterliberalismus nicht zu beeinträchtigen, sogar eine bewußte Abneigung gegen eine Klarstellung des Begriffs und der theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik; wie denn Erörterungen grundsätzlicher Natur aus den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik zunächst mit Absicht ausgeschaltet wurden. Dazu kam, daß die amtlichen Kreise Deutschlands sozialpolitische Maßnahmen durchaus als Mittel zur Stärkung der Staatsgewalt und zur politischen Beruhigung der Arbeiter auffaßten, ihr Anwendungsgebiet verhältnismäßig eng begrenzten und, streng genommen, nur die autoritäre, d. h. vom Staate selbst ausgehende Regelung des Arbeitsverhältnisses sowie die staatliche Arbeiterversicherung als Sozialpolitik gelten lassen wollten. Die Theoretiker fanden daher in der Praxis einen bestimmten, recht knapp umschriebenen Begriff der Sozialpolitik vor, den sie zumeist ohne viel Widerspruch akzeptierten. So durfte Schönberg im Jahre 1898 feststellen¹⁾, es habe sich „bezüglich des Wortes Sozialpolitik in neuerer Zeit der besondere Sprachgebrauch herausgebildet, daß darunter nicht die Politik in bezug auf die bürgerliche Gesellschaft und die sozialen Zustände überhaupt, sondern nur die Politik in bezug auf einen Teil der Gesellschaft, auf die Lohnarbeiter und insbesondere auf die in Unternehmungen beschäftigten Lohnarbeiter verstanden“ werde. „Erweitert wird (sprachwidrig) der Begriff insofern, als er nicht nur das hier in Betracht kommende Verhalten der öffentlichen Gewalt, sondern auch das Verhalten der bürgerlichen Gesellschaft und der Kirche, insbesondere aber auch das Verhalten der Arbeitgeber und der Arbeiterklasse zur Herbeiführung befriedigender Zustände bei den Lohnarbeitern umfaßt. Die Sozialpolitik ist daher als wissenschaftliche Disziplin: Die Lehre von der Lohnarbeiterfrage und ihrer Lösung, die Lehre von den reformbedürftigen Übelständen und den Maßregeln, diese aufzuheben und der Arbeiterklasse zu einer besseren und befriedigenderen Existenz zu verhelfen.“

In diesem Sinne erfaßt, war die Sozialpolitik ein Teil der Volkswirtschaftspolitik; ihr Anwendungsfeld war ein eng begrenztes Gebiet des Wirtschaftslebens; die Maßnahmen, die unter diesem Ausdruck zusammengefaßt wurden, waren durch einen in der Hauptsache sozialkonservativ orientierten Zweck charakterisiert.

An der Ansicht, daß es sich bei der Sozialpolitik ausschließlich um wirtschaftliche Maßnahmen handle, hielten zunächst auch jene Autoren fest, die versuchten, dem Begriff eine schärfer theoretisch begründete Fassung zu geben. Dabei

¹⁾ Schönberg, Die gewerbliche Arbeiterfrage in dem von ihm herausgegebenen Handbuch der politischen Ökonomie. 4. Aufl. Bd. II, S. 6.

wurde bald der Gesichtspunkt der Verteilung als Forderung ausgleichender Gerechtigkeit in den Vordergrund gerückt — im Gegensatze zu der Produktionspolitik des Manchesterliberalismus — bald wurde, allgemeiner, die Ausgleichung der Klassengegensätze als Gegenstand der Sozialpolitik betont.

So erklärt z. B. Adolf Wagner¹⁾: „Unter Sozialpolitik im allgemeinen verstehen wir diejenige Politik des Staats, welche Mißstände auf dem Gebiete des Verteilungsprozesses mit Mitteln der Gesetzgebung und Verwaltung zu bekämpfen sucht.“ Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bemerkt er ergänzend, in der Sozialpolitik ringe nach gesetzlicher Anerkennung das Bedürfnis, „eine gewisse Ausgleichung der durch die freie wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage des Privateigentums herbeigeführten Gegensätze eintreten zu lassen.“ Die Erwägung der Gründe, warum denn eigentlich die Verteilung der Güter beeinflußt werden solle, führt ihn zu der später vielfach vertretenen Auffassung, die eigentliche Aufgabe der Sozialpolitik sei die Ausgleichung der Klassengegensätze durch Maßnahmen des Staats, der die Gesellschaft repräsentiert und berufen ist, für die Wahrung ihrer Einheit zu sorgen.

In der in dieser Richtung zunächst ziemlich geradlinig verlaufenden Geschichte des Begriffs der Sozialpolitik bedeutet gegen Ende des 19. Jahrhunderts der schon erwähnte Angriff Sombarts auf die Theorie der konservativen Sozialreform eine interessante Episode²⁾. Sombart unterscheidet zwischen der Sozialpolitik, die sich auf das Wirtschaftssystem im ganzen bezieht, und einer bloßen Personalpolitik, die bloß die einzelnen Wirtschaftssubjekte ins Auge faßt. Als Teil der Wirtschaftspolitik müsse die Sozialpolitik stets eine „allgemeine“ sein in dem Sinne, daß sie nicht etwa neben die anderen Zweige der Wirtschaftspolitik trete, sondern alle gleichmäßig umfasse. Im Wirtschaftsleben herrsche Kampf; hier wirke eine Verschiedenheit der Interessen, die basiert sei auf der Unvereinbarkeit verschiedener Wirtschaftssysteme. Eine ausgleichende Sozialpolitik — im Sinne der von den sozialkonservativen Theoretikern vertretenen relativistischen Ethik — sei daher augenscheinlich „ziel- und planlos“. So gelangt Sombart zu der folgenden Definition: „Unter Sozialpolitik verstehen wir diejenigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, die Erhaltung, Förderung oder Unterdrückung bestimmter Wirtschaftssysteme oder ihrer Bestandteile zur Folge haben“³⁾. Da der Klassenkampf die Wirtschaft beherrsche, so sei zielbewußte Sozialpolitik

¹⁾ Über soziale Finanz- und Steuerpolitik in Brauns Archiv f. soz. Gesetzgebung. Bd. IV, S. 4 ff.

²⁾ Sombart, Ideale der Sozialpolitik. Arch. f. soz. Gesetzgebung, 1897, Bd. X.

³⁾ A. a. O. S. 8. Amnon hat (in Schmollers Jahrb., Bd. 48, S. 160 ff.) diese Definition einer eingehenden logischen Kritik unterzogen.

unabweislich Klassenpolitik. Das autonome Ideal der Sozialpolitik lasse sich aus dem Begriff des wirtschaftlich Vollkommenen ableiten, unabhängig von ethischen Wertmaßstäben. Es bestehe in der höchsten Entfaltung der produktiven Kräfte, die im Interesse der Kulturfortschritte notwendig erheischt wird.“ Das Wirtschaftssystem höchster Produktivität bestimme der Sozialpolitik die Ziele.

Unter dem Einflusse marxistischer Gedankengänge erfaßt Sombart als Träger des höchsten sozialen Wertes hier offenbar nicht die „Gesellschaft“, sondern die „Klasse“, denn sie ist es, auf die seine Begriffsbestimmung der Sozialpolitik in letzter Linie abgestellt ist. Auch darin bleibt er im Geleise des Marxismus, als er ausschließlich das Wirtschaftsleben als den entscheidenden Teil des sozialen Lebens zum Anwendungsbereiche aller Sozialpolitik macht. Indem er aber die Erzielung höchster Produktivität als immanentes Prinzip der Wirtschaft bezeichnet, dieses Prinzip als absolutes Ideal der Sozialpolitik hinstellt und meint, auf diesem Wege die Heteronomie der Ethik, die „Fremdherrschaft des Ideals in der Sozialpolitik“ überwunden zu haben, akzeptiert er unbewußt das Dogma des Manchestertums¹⁾. Denn gerade gegen jene These des Manchestertums, daß die Steigerung der Produktion bedingungslos Zweck und Ziel alles Wirtschaftens sei, hatte sich im Grunde die sozialpolitische Bewegung in erster Linie gerichtet. Das Problem der Beziehungen zwischen der sozialen Ethik und der Produktivität der Wirtschaft, das in den späteren Erörterungen des Begriffs der Sozialpolitik eine so große Rolle spielen sollte, wird hier zum ersten Male scharf formuliert.

Bortkiewicz war, soviel wir sehen können, der erste, der die Beschränkung der Sozialpolitik auf das Wirtschaftsleben fallen ließ, indem er sie schlechthin definierte²⁾ als „die in Gesetzgebung und Verwaltung sich äußernde Stellungnahme des Staats zu den sozialen Gegensätzen.“ Er wies insbesondere darauf hin, daß Privatrecht und Strafrecht „sozialpolitischen Beeinflussungen zugänglich“ seien, und erklärte schließlich, die Sozialpolitik erscheine nicht als ein Komplex von Rechtsnormen oder Verwaltungsmaßregeln, denen ein bestimmtes Gebiet der Volkswirtschaft oder des Gesellschaftslebens entsprechen würde, sondern bedeute eher eine Richtung des staatlichen Eingreifens in das volkswirtschaftliche bzw. gesellschaftliche Leben³⁾.

Einem ähnlichen Gedanken gab Jastrow⁴⁾ bald darauf einen präzisen Aus-

¹⁾ Vgl. auch Marr, Zur Krise in der Sozialpolitik. Soz. Praxis XXXII, Sp. 565/6.

²⁾ v. Bortkiewicz, Der Begriff „Sozialpolitik“ in Conrads Jahrbüchern f. Nationalökonomie. III. J. Bd. 17, S. 334 ff., 1899.

³⁾ A. a. O. S. 336.

⁴⁾ Jastrow, Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft. Berlin 1902, Bd. I, S. 15 ff. Brentano-Festgabe 1924. II.

druck durch die Formel: Sozialpolitik ist Politik (d. h. Verwaltungspolitik), aufgefaßt unter sozialem Gesichtspunkte; „die Beobachtung von Klassenbildungen und Klassenverschiedenheiten,“ so fügt er hinzu, „völlig unabhängig davon, ob das staatliche Recht sie anerkennt oder ignoriert, ist in der Wissenschaft das ausgesprochenste Symptom der gesellschaftlichen, der sozialen Auffassung“. Die Sozialpolitik ist demnach hier schlechthin charakterisiert durch eine besondere Art der Einstellung staatlicher Gesetzgebung und Verwaltung gegenüber den sozialen Erscheinungen.

Auch v. Philippovich steht dieser Auffassung nahe: „Die den Arbeitern gegenüber einzuschlagende Politik“, so meint er¹⁾, „kann niemals bloß Wirtschaftspolitik sein; sie ist vielmehr stets auch Gesellschaftspolitik, d. h. sie sucht die Einheit der Gesellschaft zu erhalten gegenüber den durch die Unterschiede in der wirtschaftlichen Stellung begründeten Verschiedenheiten der Bildung und des Kulturreiches und der darauf beruhenden Trennung der Klassen. Darum hat man diesen Teil der Wirtschaftspolitik auch mit dem besonderen Namen der Sozialpolitik bezeichnet. Ähnliche Aufgaben treten allerdings auch auf anderen Gebieten der Gesellschaft auf.“ Im übrigen beschäftigt sich Philippovich nicht weiter mit dem Begriffe der Sozialpolitik; er verzichtete auch darauf, diesem Wissensgebiete einen bestimmten Platz in seinem klar gegliederten System der politischen Ökonomie einzuräumen—offenbar deshalb, weil seine Eingliederung unüberwindliche Schwierigkeiten verursachte. Diese Schwierigkeiten deutet v. Wiese sehr zutreffend mit den Worten an²⁾: „Wo sich ökonomische Erscheinungen in soziale verwandeln, wird gewissermaßen der Rahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtung durch außerwirtschaftliche Gesichtspunkte gesprengt“.

Manche Autoren halfen sich in dieser logischen Klemme durch das beliebte Mittel, einen weiteren und einen engeren Begriff der Sozialpolitik zu unterscheiden. So definiert van der Borgh³⁾ die Sozialpolitik „im allgemeinen Sinne des Wortes“ als die Gesamtheit der Maßnahmen, welche die im „Gesamtinteresse erforderliche Einwirkung auf die sozialen Verhältnisse, d. h. auf die Verhältnisse der zum Gemeinwesen gehörigen Gesellschaftsklassen bezwecken“. Das Gesamtinteresse verlange die Erhaltung der „Einheit des organischen Gefüges des Gemeinwesens“. Aus diesem weiten Gebiet sondert van der Borgh die Sozialpolitik „im engeren Sinne“ aus: „die Wohlfahrtspolitik zugunsten der Klassen, die ihre Arbeitskraft im Dienste anderer in unselbständigen oder abhängigen Berufsstellungen verwerten müssen“.

¹⁾ v. Philippovich, Grundriß der polit. Ökonomie. II. I. 7. Aufl. S. 229.

²⁾ v. Wiese, Einführung in die Sozialpolitik. 2. Aufl. 1921. S. 5.

³⁾ van der Borgh, Grundzüge der Sozialpolitik. Leipzig 1904. S. 1 ff.

Es ist vielleicht nicht unwichtig, festzustellen, daß niemals ernstlich der Versuch gemacht wurde, die außerhalb des Wirtschaftslebens gelegenen Gebiete der Politik, auf die sich nach der übereinstimmenden Meinung der meisten Autoren die Sozialpolitik ebenfalls erstreckt — Rechtspolitik im weitesten Sinne, Unterrichtspolitik u. dgl. — in systematische Bearbeitungen jenes Wissensgebietes einzubeziehen.

IV. Der Kampf gegen das Werturteil und die Sozialpolitik.

Hatte die sozialpolitische Bewegung im Zeichen eines Methodenstreites begonnen, bei dem es sich um die Frage nach dem Wesen der Sozialwissenschaften und der Nationalökonomie im besonderen handelte, so mußte jede neuerliche kritische Besinnung auf die gleichen Probleme von entscheidender Tragweite für die Beurteilung der theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik und damit ihrer Begriffsbestimmung werden. Im Rahmen der um die Wende des 19. Jahrhunderts einsetzenden und für die Entwicklung der Sozialwissenschaften so fruchtbaren Diskussion über Begriffsbildung und Methode der Geisteswissenschaften ist für den Gegenstand, der uns beschäftigt, vor allem jener Aufsatz von grundlegender Bedeutung, in welchem im Jahre 1904 anlässlich des Wechsels in der Leitung des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Max Weber das künftige Programm dieser Zeitschrift auseinandersetzte¹⁾. Das entscheidende Problem, das Weber mit unnachahmlicher Schärfe präzisierte und mit überzeugender Logik klärte, war jenes, an dem die Vertreter der Sozialpolitik in einer gewissen stillschweigenden Übereinkunft — von Sombart vielleicht abgesehen — schonend vorübergegangen waren: Ist die Wissenschaft, die Nationalökonomie insbesondere, imstande, die Prinzipien der Sozialpolitik zu bestimmen; wenn nicht, in welchem Sinne ist eine objektive wissenschaftliche Behandlung sozialpolitischer Probleme überhaupt möglich?

„Mit dem Erwachen des historischen Sinnes“, so charakterisiert Max Weber die Grundauffassung der historischen Schule der Nationalökonomie²⁾, „gewann in unserer Schule eine Kombination von ethischem Evolutionismus und historischem Relativismus die Herrschaft, welche versuchte, die ethischen Normen ihres formalen Charakters zu entkleiden, durch Hineinbeziehung der Gesamtheit der Kulturwerte in den Bereich des ‚Sittlichen‘ dies letztere inhaltlich zu

¹⁾ Max Weber, Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. Ich zitiere nach dem Abdruck dieses Aufsatzes in Webers Gesammelten Aufsätzen zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1922. S. 146 ff.

²⁾ A. a. O. S. 148.

bestimmen und so die Nationalökonomie zur Dignität einer „ethischen Wissenschaft“ auf empirischer Grundlage zu erheben. Indem man die Gesamtheit aller möglichen Kulturideale mit dem Stempel des ‚Sittlichen‘ versah, verflüchtigte man die spezifische Dignität der ethischen Imperative, ohne doch für die ‚Objektivität‘ der Geltung jener Ideale irgend etwas zu gewinnen.“ Die besonders den Praktikern geläufige Meinung, daß die Nationalökonomie Werturteile aus einer spezifisch „wirtschaftlichen Weltanschauung“ heraus zu produzieren habe, sei grundsätzlich abzulehnen, denn es könne niemals Aufgabe einer Erfahrungswissenschaft sein, bindende Normen und Ideale zu ermitteln, um daraus für die Praxis Rezepte ableiten zu können. Der wissenschaftlichen Betrachtung zugänglich sei die Prüfung der Mittel auf ihre Eignung zur Erreichung eines bestimmten Zwecks; mithin indirekt eine Kritik der Zwecksetzung selbst auf Grund der jeweiligen historischen Situation; ferner eine Feststellung der Folgen, welche die Anwendung der erforderlichen Mittel neben der eventuellen Erreichung des beabsichtigten Zwecks, infolge des Allzusammenhangs allen Geschehens, haben würde. Die Abwägung der gewollten gegen die ungewollten Folgen seines Handelns erleichtere dem Handelnden die Entscheidung — diese Entscheidung selbst aber sei nicht mehr eine Aufgabe der Wissenschaft. Diese könne endlich über die Bedeutung des Gewollten selbst belehren, vor allem durch Aufzeigung und logisch zusammenhängende Entwicklung der „Ideen“, die dem konkreten Zweck zugrunde liegen.

„Eine empirische Wissenschaft“, so faßt Max Weber seine Erörterungen zusammen, „vermag niemanden zu lehren, was er soll, sondern nur, was er kann und — unter Umständen — was er will“. Nur positive Religionen — präziser ausgedrückt: dogmatisch gebundene Sekten — seien imstande, dem Inhalt von Kulturwerten die Dignität unbedingt gültiger ethischer Gebote zu verleihen. „Das Schicksal einer Kulturepoche, die vom Baum der Erkenntnis gegessen hat, ist es, wissen zu müssen, daß wir den Sinn des Weltgeschehens nicht aus dem noch so sehr vervollkommenen Ergebnis seiner Durchforschung ablesen können, sondern ihn selbst zu schaffen/ imstande sein müssen, daß ‚Weltanschauungen‘ niemals Produkte fortschreitenden Erfahrungswissens sein können, und daß also die höchsten Ideale, die uns am mächtigsten bewegen, für alle Zeit nur im Kampf mit anderen Idealen sich auswirken, die anderen ebenso heilig sind, wie uns die unseren“¹⁾.

Es sei nun geradezu das Kennzeichen des sozial politischen Charakters eines Problems, daß es — im Unterschiede von den konkreten Problemen chari-

¹⁾ A. a. O. S. 154.

tativ-polizeilicher Wohlfahrts- und Wirtschaftspflege — nicht auf Grund bloß technischer Erwägungen aus feststehenden Zwecken heraus zu erledigen sei, daß vielmehr um die regulativen Wertmaßstäbe selbst gestritten werden könne und müsse, weil das Problem in die Region der allgemeinen Kulturfragen hineinrage. Und es werde gestritten nicht nur, wie wir heute so gern glauben, zwischen „Klasseninteressen“, sondern auch zwischen Weltanschauungen... Es sei auch eine „schwere Selbsttäuschung“, zu glauben, man könne durch Synthese von mehreren oder auf der Diagonale zwischen mehreren Parteiansichten praktische Normen von wissenschaftlicher Gültigkeit gewinnen... die „mittlere Linie“ sei um kein Haarbreit mehr wissenschaftliche Wahrheit als die extremsten Parteiideale von rechts und links.

Allerdings betont Max Weber ausdrücklich, daß sich seine Ausführungen ausschließlich gegen die Vermischung der Sozialwissenschaft als der „denkenden Ordnung der Tatsachen“ mit der Sozialpolitik als der Darlegung von Idealen richteten; nicht etwa gegen das Eintreten für die eigenen Ideale an sich. Er kennzeichnet den Kreis der regelmäßigen Mitarbeiter des Archivs dahin, daß sie Vertreter einer gleich oder ähnlich gefärbten Kulturauffassung waren, „denen, bei aller sonstigen Verschiedenheit der Ansichten, der Schutz der physischen Gesundheit der Arbeitermassen und die Ermöglichung steigender Anteilnahme an den materiellen und geistigen Gütern unserer Kultur für sie als Ziel — als Mittel aber die Verbindung staatlichen Eingreifens in die materielle Interessensphäre mit freiheitlicher Fortentwicklung der bestehenden Staats- und Rechtsordnung vorschwebten und die ... für die Gegenwart die kapitalistische Entwicklung bejahten, nicht weil sie ihnen gegenüber den älteren Formen gesellschaftlicher Gliederung als die bessere, sondern weil sie ihnen praktisch unvermeidlich und der Versuch grundsätzlichen Kampfes gegen sie nicht als Förderung, sondern als Hemmung des Emporsteigens der Arbeiterklasse an das Licht der Kultur erschien“. ¹⁾

Es schien uns zweckmäßig zu sein, diese Ausführungen in ihren wichtigsten Stellen in möglichst getreuer Anlehnung an den ihnen von ihrem Verfasser gegebenen Wortlaut wiederzugeben, da sie im Hinblick auf den programmatischen Charakter des Aufsatzes keineswegs bloß als eine persönliche Ansicht zu werten sind. Die in ihnen niedergelegten Grundsätze brachten nicht nur die Überzeugung der Sozialphilosophen zum Ausdruck, die der Leitung des Archives nahestanden (Sombart, Tönnies, Troeltsch u. a. m.), sondern übten einen maßgebenden Einfluß auch auf die heranwachsende jüngere Generation der deutschen Nationalökonomien.

¹⁾ A. a. O. S. 159.

An den bisherigen Versuchen, den Begriff der Sozialpolitik zu bestimmen, hatte Max Weber keinerlei Kritik geübt; er hatte — wohl mit Absicht — diesen Begriff ziemlich unbestimmt gelassen, sich damit begnügt, zu betonen, daß die sozialpolitischen Probleme in die Region der allgemeinen Kulturfragen hineinragen und ihre letzte Bestimmung im Streite zwischen Weltanschauungen erhalten. Er hatte dann in der Charakterisierung der Mitarbeiter des Archivs jene Gesinnung geschildert, in der die Anhänger der konservativen Sozialpolitik im wesentlichen übereinstimmen. Aber er hatte gleichzeitig der Sozialpolitik als einer Lehre von den für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens maßgebenden Idealen den Anspruch, eine Wissenschaft zu sein, abgesprochen, hatte die Auffassung aufs schärfste verurteilt, es ließe sich eine Politik der mittleren Linie etwa wissenschaftlich begründen. Im Lichte dieser erkenntnikritischen Betrachtungen besehen, war die Sozialpolitik nunmehr eine Summe von Bestrebungen und Maßnahmen, deren Zwecke und Ziele von einem völlig jenseits jeder wissenschaftlichen Betrachtung gelegenen Glauben bestimmt werden; und vollends enthüllte der Hinweis darauf, daß sich absolut verbindliche Glaubenssätze nur durch eine dogmatisch gebundene religiöse Überzeugung gewinnen lassen, in einem Zeitalter tiefgehender religiöser Skepsis, in einem Zeitalter, in dem überdies gerade die christliche Dogmenlehre keinen eindeutig bestimmten Standpunkt gegenüber den Erscheinungen des Wirtschaftslebens zu gewinnen vermochte, den problematischen Charakter aller der Sozialpolitik zugrunde liegenden Werturteile¹⁾.

Auf die Untersuchung und schärfere Fassung des Begriffs der Sozialpolitik selbst hatte die an ihren theoretischen Grundlagen geübte Kritik zunächst keinen großen Einfluß²⁾. Es ist bezeichnend, daß noch im Jahre 1914 Gehrig in der eingehenden literarhistorischen Untersuchung, die er den Erörterungen des Prinzips der Sozialreform widmet, zu Eingang seiner Schrift die überkommene Definition der Sozialpolitik mit kleinen Modifikationen ohne weitere Begründung

¹⁾ Vgl. Marr a. a. O. Sp. 567: „... Es hat die feinnervige erkenntnikritische Skepsis dieses außerordentlichen Geistes (d. i. Max Webers) in den dann folgenden Jahren gerade die vom sozialen Problem am tiefsten erfaßte deutsche Bildungsschicht einem allzu mühe-losen sozialreformerischen Moralismus dauernd entfremdet.“ Marr betont indes ausdrücklich, „daß Max Webers Erkenntniswillen dieses Ziel nicht hatte, ja sich eifrig bemühte, die aus der „Wissenschaft als Beruf“ sich ergebenden Konsequenzen von der „Politik als Beruf“ fernzuhalten.“

²⁾ Dagegen trat der Streit um die Methoden sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung schon auf der im Jahre 1909 in Wien abgehaltenen Tagung des Vereins für Sozialpolitik augenfällig in Erscheinung.

anführt¹⁾ und einige davon abweichende Begriffsbestimmungen in einer Anmerkung erledigt. Und möchte auch unmittelbar vor dem Kriege — vielleicht im Zusammenhange mit der Erschütterung der theoretischen Fundierung der Sozialpolitik eine gewisse Zurückhaltung hinsichtlich der praktischen sozialpolitischen Forderungen und Maßnahmen sich geltend machen²⁾, so ist es jedenfalls heute schwer, zu entscheiden, ob dies wirklich als Anzeichen einer unbewußt sich vorbereitenden Revision der Prinzipien der Sozialpolitik zu deuten ist³⁾.

Ernstlich versucht wurde diese Revision allerdings kaum. Allein nach zwei Richtungen ist eine Veränderung der bisher herrschenden grundsätzlichen Auffassung zu beobachten, die auf die Bestimmung des Begriffs der Sozialpolitik abfärbt. Nachdem die Ethik als Stütze der Sozialpolitik ziemlich schwankend geworden war⁴⁾, betonte man nunmehr in höherem Maße als zuvor die Steigerung der Produktivität in der Volkswirtschaft als Motiv der Sozialpolitik⁵⁾, womit gleichzeitig mittelbar das Gegenargument anerkannt war, daß die aus anderen Gründen etwa gerechtfertigte Sozialpolitik ihre Schranken in der Rücksicht auf die Produktivität der Volkswirtschaft zu finden habe.

Andererseits schien, soweit sozialpolitische Probleme einer wissenschaftlichen Behandlung überhaupt zugänglich sein mochten, die Soziologie wertvolle Grundlagen für die Erkenntnis der Bildung von Ständen und Klassen innerhalb der Gesellschaft und für die Bestimmung der die Gegensätze im gesellschaftlichen Leben erzeugenden Faktoren zu bieten.

¹⁾ Gehrig, Begründung des Prinzips der Sozialreform, Jena 1914, S. 16: „Sozialpolitik bedeutet bewußtes Einwirken auf die wirtschaftliche Lage und die gegenseitigen Beziehungen der in einer Volkswirtschaft vorhandenen Gesellschaftsklassen.“

²⁾ Vgl. Marr, a. a. O. Sp. 550.

³⁾ Interessant in diesem Zusammenhange ist die Schrift von Arthur Salz, Die Rechtfertigung der Sozialpolitik (Ein Bekenntnis). Heidelberg 1914.

⁴⁾ So meint Gehrig (a. a. O. S. 374): „Als Motive sind Mitleid und Gerechtigkeitssinn unzulänglich in dem Sinn, daß eine sich auf sie allein stützende Politik der sicheren Grundlage entbehrt — schon deshalb, weil das Gerechtigkeitsideal nicht nur zeitlich wandelbar, sondern auch klassenweise verschieden ist und deshalb nicht zum Leitmotiv einer Politik geeignet ist, die die Klassengegensätze mildern will“.

⁵⁾ Vgl. z. B. Philippovich, Grundriß II I (7. Aufl., S. 255), der den Maßnahmen des Arbeiterschutzes die Aufgabe zuschreibt, eine Hebung der körperlichen und geistigen Kräfte der Bevölkerung zu erreichen, um damit die Produktivität und soziale Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse und so den Kulturstand der Nation überhaupt zu erhöhen. Ebenso begründet er (Grundriß Bd. II, 11, S. 195) eine Einkommenspolitik zugunsten der unteren arbeitenden Klassen mit der Berufung auf die Produktivität der gesamten Volkswirtschaft.

Nach beiden Richtungen sind die Erörterungen v. Wieses über den Begriff der Sozialpolitik beachtenswert¹⁾: „Wenn Politik (im allgemeinen) Dienstbarmachung von Menschen und Raumgewinnung oder die Abwehr solcher Bestrebungen bedeutet, die (spezielle) Staatspolitik aber in diesem Kampfe der Menschen und Menschengruppen um Macht durch Über- und Unterordnung Gleichgewicht (Recht) verschaffen soll, so hat die allgemeine Sozialpolitik den Kampf der gesellschaftlichen Klassen um die Macht, die staatliche Sozialpolitik die Betätigung des Staats gegenüber diesen (auf Besitzes-, Bildungs- und Beschäftigungsunterschieden beruhenden) sozialen Klassen zum Gegenstande.“ Das ethische Element der Sozialpolitik dokumentiere sich darin, daß als Maßstab für die Bewertung sozialpolitischer Tatsachen und Meinungen die Idee der unbedingten Gerechtigkeit gelten müsse. Der Begriff der Sozialpolitik wird hier bewußt dahin erweitert, daß die Maßnahmen des sozialen Kampfes zu einem integrierenden Bestandteil ihres Inhalts werden; Erörterungen über die Bildung der Klassen und ihre gegenseitigen Beziehungen leiten zur soziologischen Forschung hinüber. Andererseits schränkt v. Wiese aber die Geltung des Prinzips der Gerechtigkeit durch die Rücksicht auf Erwägungen wirtschaftlicher Produktivität ein: „Insoweit die sozialpolitischen Probleme volkswirtschaftliche Aufgaben (d. h. Probleme der planmäßigen Befriedigung äußerer Bedürfnisse durch zweckmäßige Organisation der gesellschaftlichen Gruppen) sind, liegt ihnen die Kernfrage zugrunde: Wie läßt sich die volkswirtschaftliche Organisation derart gestalten, daß zwischen ihrer Ergiebigkeit und dem sozial-ethischen Prinzip der Gerechtigkeit ein Einklang besteht.“

Hatte v. Wiese in seiner Begriffsbestimmung der allgemeinen Sozialpolitik jeden Hinweis auf ein Werturteil dadurch vermieden, daß er ihren Inhalt in dem Kampf der Klassen um die Macht sucht, so führt offenbar die gleiche wissenschaftliche Tendenz v. Zwiedineck-Südenhorst dahin²⁾, die Sozialpolitik als die „auf Sicherung fort dauernder Erreichung der Gesellschaftszwecke gerichtete Politik“ zu definieren — wobei selbstverständlich der Inhalt der Gesellschaftszwecke im Bereich des Relativen bleibt, also erst durch außerwissenschaftliche, von der „Vorstellung eines gewissen Seinsollens“ geleitete Willens-

¹⁾ v. Wiese, Einführung in die Sozialpolitik, S. 30 ff. (Ich zitiere nach der 2. Aufl. 1921; die erste ist 1910 erschienen). Es ist charakteristisch, daß v. Wiese, nach einer kurzen Darstellung der Entstehung des Begriffs der Sozialpolitik diesen durch Auflösung in seine Hauptbestandteile — nach dem Muster Jastrows — gewissermaßen „aus sich selbst“ erklären will. Vgl. dazu die Kritik Amonns in dem schon zitierten Aufsatze S. 175 ff. Ein ähnlicher Deutungsversuch hatte Stammler veranlaßt, den Begriff als sinnloses Flickwerk vollständig abzulehnen (Wirtschaft und Recht, 1896, S. 123).

²⁾ Zwiedineck-Südenhorst, Sozialpolitik, Leipzig 1911, S. 38.

richtungen bestimmt werden kann. Allerdings klingt in dieser Definition ganz deutlich der Gedanke an eine Einheit der „Gesellschaft“ an, der in der Entstehungsgeschichte der sozialpolitischen Bewegung eine so große Rolle gespielt hatte und der vielleicht selbst nicht ganz frei von jedem Werturteil ist. Wir kommen auf diese Definition später noch zurück.

V. Die „Krise“ der Sozialpolitik.

Eine neue Phase in der Geschichte der Wandlungen des Begriffs der Sozialpolitik setzt nach dem Weltkriege ein — fast läßt sich der Beginn dieser Phase mit einem bestimmten Datum bezeichnen: mit der Jubiläumstagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1922. Diesmal war es nicht ein methodologisches Problem, daß den Anlaß zu einer Revision des vielumstrittenen Begriffs bot; die Ursachen reichten diesmal vielleicht noch tiefer, bis in die letzten Wurzeln weltanschauungsmäßigen Erfassens der sozialen Zustände hinein.

Von Anbeginn waren in der praktischen Sozialpolitik zwei Tendenzen wirksam gewesen: eine individualistische, die vor allem von dem begreiflichen Bestreben der Arbeiter getragen war, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen und die im Grunde genommen die ganze gewerkschaftliche Politik beherrschte, mochten nun die Gewerkvereine auf dem Boden eines sozialistischen oder eines nichtsozialistischen Glaubensbekenntnisses erwachsen sein¹⁾). Die andere Tendenz, die in Deutschland — im Gegensatz zu England²⁾ — vor dem Kriege bei weitem die Oberhand gewonnen hatte, war erfüllt von dem Glauben an den „sozialen Staat“ als den Hüter und Vertreter der Gesamtinteressen: sie gipfelte in der staatlichen Sozialpolitik. „Die Sozialpolitik war in Deutschland in staatliche Verwaltung genommen worden. Das entsprach durchaus dem Charakter

¹⁾ „Stärkung der Stellung der Arbeiter im Kampf mit dem Unternehmertum . . . ist ein aus dem Geiste des Kapitalismus geborenes Programm“, meint Sombart auf der a. o. Hauptversammlung der Gesellschaft f. soziale Reform 1919 (Schriften der Gesellschaft, H. 64, S. 24). „Sozialreform in diesem Sinne . . . ist ein legitimes Kind des Manchesterstums.“ Sie geht vom „individualistischen Grundrecht“ des einzelnen aus.

²⁾ Der Gegensatz zwischen den Methoden der englischen und jenen der deutschen Sozialpolitik der Vorkriegszeit wird in der Diskussion über die Krise der Sozialpolitik mehrfach erörtert. So von Goetz Briefs, Zur Krise in der Sozialpolitik (Kölner Sozialpolit. Vierteljahrsschrift III, S. 10), von Zwiedineck-Südenhorst in dem Aufsatze: Zum Schicksal der Sozialpolitik in Deutschland (Schmollers Jahrb., 47. Jahrg., S. 89 ff.) Es ist bezeichnend, daß die englische Sprache einen Ausdruck für „Sozialpolitik“ überhaupt nicht kennt. Für den englischen Geist ist die auf der Selbsthilfe der organisierten Arbeiter beruhende Politik der Gewerkvereine etwas so gänzlich anderes, als eine vom Staate ausgehende Regelung des Arbeitsverhältnisses, daß eine Verknüpfung beider durch einen gemeinsamen Oberbegriff für ihn gar nicht in Frage kommt.

des preußisch-deutschen Staatsgebildes . . . Der Staat . . . nötigte der Wirtschaft durch die Gesetzgebung und evtl. durch Verordnung sozialpolitische Zwecke auf, die sie von sich aus unter rein ökonomischen Motivationen nie aufgegriffen hätte. Über den Werkprozeß hinaus griff die Sozialpolitik der öffentlichen Hand in den Verteilungsprozeß . . . Alle diese Richtungen der staatlichen Sozialpolitik waren Ersatz oder Ergänzung der unzureichenden Selbsthilfe und der fehlenden, aus der Wirtschaft selbst herauskommenden Vorbeugung und Heilung . . . Schwerfällig, kostspielig, fraglich im Erfolg: das waren die Kennzeichen einer Sozialpolitik, die von außen und von oben an ihre Aufgabe herantrat und dabei nicht einmal die Intention hatte, nach „innen“ zu wirken; die im Grunde ihres Wesens zu viel an den Apparat und die Institution und zu wenig an den Menschen glaubte¹⁾.

Gleichviel ob diese harte Kritik, die von ihrem Verfasser durch Anführung von berufenen Stimmen schon aus der Zeit vor dem Kriege belegt wird²⁾, vollauf gerechtfertigt ist oder nicht: für unsere Aufgabe ist es jedenfalls entscheidend, festzustellen, daß diese Sozialpolitik etwas dem Wirtschaftsleben und den ihm innenwohnenden Tendenzen Fremdes, von außen her Hineingetragenes war — woraus sich eben der bewußte, scharfe, logische Unterschied erklärt, den die Anhänger dieser konservativen Sozialpolitik regelmäßig zwischen ihr und der übrigen Wirtschaftspolitik gemacht hatten.

Und nun waren infolge der durch den Krieg herbeigeführten Schwächung der Staatsgewalt, infolge des völligen Wechsels im Regierungssysteme, infolge der gewaltigen numerischen und innerlichen Festigung, die sie durch die revolutionäre Strömung erfahren hatten, die Gewerkschaften nicht nur zu einer beherrschenden Macht im Wirtschaftsleben geworden, sondern sie hatten auch einen entscheidenden Einfluß auf jene Regierungsstellen erlangt, von denen die sozialpolitische Gesetzgebung ausging: diese, früher Ausdruck der „Gesamtinteressen“, war nunmehr unter den maßgebenden Einfluß der Individualinteressen der Arbeiter geraten. Für den konservativen Sozialpolitiker, der das Wesen der Sozialpolitik gerade in der vermittelnden Einwirkung des Staats auf die in der Gesellschaft vorhandenen Gegensätze erblickt hatte, war das, was nun zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft geschah, im Grunde genommen gar keine Sozialpolitik mehr. So wirkten die „Lehren der Kriegs- und Nachkriegszeit von der Übermacht der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse über den blinden Willen des Staates wie eine Überraschung“³⁾. Das ist die

¹⁾ Goetz Briefs a. a. O. S. 10, 11.

²⁾ Vgl. auch Marr, a. a. O. Sp. 550.

³⁾ Heimann, Marktwirtschaft, Klassengesellschaft und Sozialpolitik in der Kölner Sozialpol. Vierteljahresschrift, Jahrg. III, H. 2, S. 47.

Wurzel der „Krise“ der Sozialpolitik, die schon auf der erwähnten Eisenacher Tagung des Vereins für Sozialpolitik ihre erste deutliche Ankündigung in der allgemeinen Ratlosigkeit fand, nach welchen Grundsätzen die Sozialpolitik jetzt zu orientieren sei und deren eingehende Erörterung — eben im Zeichen des genannten Schlagworts — etwas später einsetzt unter dem tiefen Eindrucke, den in allen beteiligten Kreisen der bekannte Aufsatz Herkners im „Arbeitgeber“ vom 1. Februar 1923 hervorrief¹⁾. Die scharfen Worte, mit denen Herkner hier die sozialpolitische Gesetzgebung der Nachkriegszeit und die Politik der Gewerkschaften verurteilte; die offen ausgesprochene Überzeugung, daß „für das vereidendete Deutschland offensichtlich nur eine Sozialpolitik volkswirtschaftlich noch möglich und erträglich sei, die nicht ausschließlich an die Verteilungsprobleme, sondern vor allem an die Hebung der produktiven Leistungen denke; der Hinweis auf die in diesen Erscheinungen begründete Entstehung eines „Neumanchestertums“ in der Sozialökonomik; die Drohung endlich, daß die Widerstände, die „aus der veränderten Stellungnahme der Wissenschaft“ gegenüber den Gewerkschaften erwachsen müßten, sich sehr bald fühlbar machen würden²⁾ — all dies sind Symptome einer Stimmung, die vergeblich nach einem neuen Halt für die alte sozialpolitische Überzeugung ringt. Herkners Auffassung fand dann, wenn auch mit einiger Zurückhaltung, die Zustimmung mehrerer anderer Gelehrter und Praktiker, die einst die aufrichtigsten und eifrigsten Verfechter der Interessen der Arbeiterschaft gewesen waren³⁾.

Mit dem alten deutschen Staatsgedanken war eben eine Weltanschauung verknüpft gewesen, die jetzt, nachdem sie ihren Inhalt verloren hatte, zusammenbrach — die Weltanschauung, welche die konservative Sozialpolitik getragen

¹⁾ Marr meint freilich (a. a. O. Sp. 548), daß die bürgerlichen Sozialreformer unter dem Einflusse der an den wissenschaftlichen Grundlagen der Sozialpolitik getübten Kritik sich „mindestens schon im letzten Friedensjahrzehnt in einer Depression befanden, die bereits deutlich alle Keime unserer jetzigen Krise enthielt . . .“

²⁾ Gegen diese Äußerung wandte sich namentlich Tönnies in seinem Artikel: Sozialreform ehedem und heute (Soziale Praxis 1923, Sp. 662): „Darin ist die Voraussetzung enthalten, daß es eine andere, sagen wir unbedingt auf die Sozialreform gerichtete Stellungnahme der Wissenschaft sonst gegeben habe. Ich leugne dies. An dem Verhältnis der „Wissenschaft“ zu irgendwelchen praktischen Problemen wird durch den Wechsel der Stimmungen und Meinungen einiger, wenn auch in hohem Range stehender Gelehrten nichts geändert. Wir haben uns während der letzten Jahrzehnte in Deutschland daran gewöhnt, der Wissenschaft den Beruf und die Fähigkeit, Vorschriften für eine richtige Politik zu geben, abzuerkennen.“

³⁾ Vgl. insbesondere den Aufsatz Kulemanns in der Soz. Praxis 1923, Sp. 367 ff. Hier spricht ein Mann, der unter Einsetzung seiner Persönlichkeit und mit mancherlei Opfern sein Leben lang für die Arbeiterschaft eingetreten war und nun erkennt, daß deren Vertreter seiner Weltanschauung kein Verständnis entgegenbringen.

hatte. Und so tauchte die bange Frage auf, ob sich jener Begriff der Sozialpolitik, der mit einer auf das Gesamtinteresse abgestellten sozialen Ethik operierte, überhaupt noch halten lasse, nachdem jener Faktor, der vordem dieses Gesamtinteresse verkörpert und den im Wirtschaftsleben gegeneinander wirkenden Kräften gegenüber kraftvoll zur Geltung gebracht hatte, der Staat, völlig in dem Bannkreis der übermäßig gewordenen Interessenverbände geraten zu sein schien¹⁾. Mit dem Glauben an die Verwirklichung einer sozialen Ethik, der es nunmehr an einem geeigneten Vollstreckungsorgan fehlte, waren Ziel und Zweck der bisherigen Sozialpolitik verlorengegangen. Ihre Begründung nunmehr, wie das vielfach geschah, in der „Produktivität“ der Volkswirtschaft suchen, hieß, genau genommen, jeden Unterschied zwischen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik aufheben. So erklärt es sich, wenn schon auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach Herkner die These äußerte, eine gute Wirtschaftspolitik sei die beste Sozialpolitik²⁾, wenn immer wieder von Theoretikern und Praktikern ernsthaft die Frage gestellt wird, ob sich Deutschland eine Sozialpolitik überhaupt noch leisten könne³⁾.

Für die liberalen Anhänger der Sozialreform dagegen — so vor allem auch für ihren geistigen Führer, L. Brentano — lag kein Anlaß vor, ihre Auffassung der Sozialpolitik ernstlich zu revidieren — und jetzt zeigte es sich handgreiflich, wie tief im Grunde der prinzipielle Gegensatz zwischen ihrer Auffassung und jener der konservativen Sozialpolitiker gewesen war. Von diesen Vertretern der liberalen Sozialreform war die Sozialpolitik niemals mit dem Hinweis auf Gesamtinteressen, auf eine besondere soziale Ethik begründet worden, sondern schlechthin mit dem Interesse der Arbeiterschaft als einer der größten Gruppen innerhalb der Bevölkerung. Ihnen war die Sozialpolitik auch niemals eine spezifische Angelegenheit des Staates gewesen, sondern in erster Linie eine Angelegenheit der Arbeiter selbst, deren Organisationen, auf dem freien Willen der Vereinigten beruhend, das Prinzip des Liberalismus erfüllten. Die neue

¹⁾ „Auch wir ‚bürgerlichen‘ Sozialreformer,“ so meint Marr (a. a. O. Sp. 697) spöttend, „verloren mit diesem ruhmreichen Staat den archimedischen Heelpunkt unserer ‚Maßnahmen‘. Von woher sollen wir jetzt ‚eingreifen‘ und wer vollzieht nun die ‚Korrektur‘ der Wirtschaft durch die Sittlichkeit (G. Cohn), nachdem die Ethik ganz und gar in den ‚Fluß der Entwicklung‘ geraten? . . . Nicht nur die Arbeiterklasse, auch wir selbst fühlen uns doch als Objekte der Obrigkeit; jetzt müssen wir Subjekte sein, selbst Staat und zugleich Schützlinge — politisch freie Staatsbürger, sozial nach wie vor aufsichts- und versorgungsbedürftige Untertanen.“

²⁾ Vgl. auch Goetz Briefs a. a. O., S. 10: „In diesem Worte liegt die Fraglichkeit des bisherigen Verhältnisses zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik beschlossen.“

³⁾ So Charl. Leibuscher, *Die Krise in der Sozialpolitik*. Soz. Praxis 1923, Sp. 342.

Gestaltung der sozialen Machtverhältnisse, die den Arbeitern eine wirkungsvollere Durchfechtung ihrer Interessen verhieß, bedeutete von diesem Standpunkte aus keinerlei Enttäuschung. Es sei nur, so meint Brentano, Aufgabe der Wissenschaft, insbesondere der „Kathedersozialisten“, die Arbeiterschaft vor Überspannung ihrer Ansprüche zu warnen, „wenn die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ein Mittel zur gemeinsamen Ausbeutung der Konsumenten geworden sei“...¹⁾). Und so trat Brentano, nachdem er Herkners Angriffe auf die Politik der Gewerkschaften scharf zurückgewiesen hatte²⁾, aus dem Verein für Sozialpolitik aus, weil hier ebenfalls eine den Gewerkschaften abgeneigte Strömung die Oberhand zu gewinnen schien; ebenso wie seinerseits Herkner aus dem Vorstande der Gesellschaft für soziale Reform ausgetreten war, weil diese die Politik der Gewerkschaften nach wie vor unterstützte. Die tiefe Meinungsverschiedenheit, die von jeher zwischen den Anhängern der verschiedenen Weltanschauungen über das Wesen und die Aufgaben der Sozialpolitik bestanden hatte, trat jetzt scharf zutage, als die entscheidende Zweckeinheit, in deren Interesse die konservativen Sozialreformer die sozialpolitischen Maßnahmen gefordert hatten, problematisch geworden war: der Staat als Verkörperung der „Gesellschaft“. Nun schieden sich die Geister.

Aber es ist nicht unsere Aufgabe, die Krise der Sozialpolitik in Deutschland in allen ihren bemerkenswerten Einzelheiten zu behandeln³⁾). Wir haben lediglich zu untersuchen, welche Wandlungen der Begriff der Sozialpolitik unter den Einwirkungen dieser „Krise“ erfuhr.

VI. Der Streit um den Begriff der Sozialpolitik.

Während vor dem Kriege der Begriff der Sozialpolitik, wie schon oben bemerkt wurde, trotz seines proteusartigen Charakters kaum den Gegenstand eingehender Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der verschiedenen, oft sehr stark voneinander abweichenden Fassungen gebildet hatte, geriet er jetzt in den Mittelpunkt einer gelegentlich sehr lebhaft geführten Diskussion.

Dabei handelt es sich in erster Linie um die alte, nunmehr wiederholt ganz scharf und präzis formulierte Frage, wie sich die Sozialpolitik überhaupt logisch

¹⁾ L. Brentano, Der Ansturm gegen den Achtstundentag und die Koalitionsfreiheit der Arbeiter (Soz. Praxis 1923, Nr. 19—24).

²⁾ L. Brentano in einem Artikel der Wiener Neuen Freien Presse, zit. nach der Soz. Praxis 1923, Sp. 396.

³⁾ In der Artikelserie „Sozialpolitische Gespräche“ (Soz. Praxis 1924, Nr. 30—38) behandelt Adolf Günther die mit dieser Frage zusammenhängenden Erörterungen der jüngsten Zeit.

begründen lasse, aus welchen Wurzeln die von ihr aufgestellten Forderungen stammen. Die rein soziologisch orientierten Autoren halten daran fest, daß man die — durchaus heteronomen — Grundlagen der Sozialpolitik in einer sozialen Ethik suchen müsse, über deren jeweils durch die Weltanschauung bestimmten Inhalt nichts weiter ausgesagt werden könne; dagegen glauben andere Sozialphilosophen, die Bestimmungsgründe der Sozialpolitik aus den im Wirtschaftsleben selbst wirkenden Tendenzen ableiten zu können. Hier wie dort verwandelt sich im Grunde das Problem der sozialen Ethik in ein solches sozialer Zweckmäßigkeit. Auf diesem Gebiete bewegt sich ein guter Teil der gelegentlich mit großem Scharfsinn geführten Auseinandersetzungen über den Begriff der Sozialpolitik.

Sie sind allerdings von geringerem Interesse für die Vertreter jener Ideenrichtungen, die, wie vor allem die Anhänger der katholischen Sozialreform, von dem Vorhandensein absolut feststehender ethischer Grundsätze überzeugt sind. Auch für die Marxisten besteht das Problem im Grunde genommen nicht, denn auch sie anerkennen einen — wenn auch nur diesen einzigen — absolut geltenden Grundsatz sozialer Ethik: die an die Arbeiter gerichtete sittliche Forderung, am Klassenkampfe teilzunehmen. Die Erfüllung dieser Forderung wirkt von selbst die allein richtige Sozialpolitik aus.

Auch die Vertreter der liberalen Sozialreform sind an dieser Diskussion weniger beteiligt: nach ihrer durchaus relativistischen Auffassung ergibt sich das soziale Sollen ungefähr aus der Resultierenden zwischen den im gesellschaftlichen Leben gegeneinander wirkenden Kräften der organisierten Gruppen. In jüngster Zeit versuchen endlich einzelne Vertreter einer streng individualistischen Geistesrichtung, in scharfem Gegensatze zu der von den Soziologen vorgenommenen Unterordnung der sozialen Ethik unter die Gebote sozialer Zweckmäßigkeit aus individualistischen Prinzipien eine absolut geltende Grundlegung der Sozialpolitik zu konstruieren, und eröffnen derart der Diskussion über die Begriffsbestimmung der Sozialpolitik ein neues Feld.

Nach den angedeuteten Merkmalen lassen sich etwa die Meinungen gruppieren, wenn man es versuchen will, eine gewisse Ordnung in das Stimmengewirr der literarischen Diskussion zu bringen¹⁾.

¹⁾ In den Schlußbetrachtungen seiner Theorie der Sozialpolitik 1922 (S. 467 ff.) zählt Ad. Günther nicht weniger als dreizehn verschiedene Begriffsbestimmungen der Sozialpolitik auf und zwar die Auffassung der Sozialpolitik als 1. Wirtschaftspolitik; 2. Gesellschaftspolitik; 3. (qualifizierte) Bevölkerungspolitik; 4. Gesellschafts- und Rassenhygiene; 5. Gruppen- (Interessenten-) Politik; 6. Klassenpolitik; 7. Verteilungs- und Verbrauchspolitik; 8. soziale Praxis; 9. Kulturpolitik; 10. Ethik; 11. Wohlfahrtspolitik; 12. Sozialisierung, Sozialer Umsturz; 13. Soziale Reform, Soziale Anpassung. Manche dieser Be-

Die soziologisch orientierten Sozialpolitiker setzen im wesentlichen die vor dem Kriege eingeleiteten erkenntnikritischen Auseinandersetzungen in gerader Linie fort; gelegentlich sind sie bemüht, zu zeigen, daß auch der Krieg und seine Folgewirkungen an den grundsätzlichen Problemen der Sozialpolitik nichts geändert haben. Ihr Bestreben geht dahin, den Begriff der Sozialpolitik möglichst allgemein, frei von Werturteilen, zu konstruieren, derart, daß möglichst alle von den verschiedenen Weltanschauungen vertretenen sozialpolitischen Ideale in diesem Rahmen Platz finden können. Zwiedineck-Südenhorst hat diesen Gedanken dahin formuliert¹⁾, daß Sozialpolitik insoweit etwas Neutrales sei, als bei dem Begriffe noch gar nicht in Frage komme, ... ob das Individuum der Gesellschaft gegenüber letzter Zweck sei oder ob das soziale Ganze, die „abstrakte Einheit“ aller Individuen oberster Zweck ist. Aber nur formal begrifflich könne die Sozialpolitik im übrigen neutralen Charakter haben; sie sei ein Gefäß wohl von bestimmtem allgemein zwecklichen Charakter, aber erst der Inhalt entscheide darüber, in wessen Dienst der Zweck verfolgt werde und insbesondere wem zum größten Vorteil²⁾. Die Wurzel der Problematik aller Sozialpolitik liege in der Subjektivität der Meinung über das, was eben für den gesellschaftlichen Organismus notwendig sei³⁾. Zwiedineck hält denn auch an seiner schon vor Jahren aufgestellten Definition fest, nach welcher Sozialpolitik die „auf Sicherung dauernder Erreichung der Gesellschaftszwecke gerichtete Politik“ ist. Das Streben nach Erhaltung der Einheitlichkeit der Gesellschaft — die letztere vor allem im Sinne der staatlich geeinigten Gesellschaft erfaßt — gilt ihm als Inhalt des sozialpolitischen Wollens.

Neuerdings hat Amonn⁴⁾ in einer kritischen Besprechung verschiedener Begriffsbestimmungen der Sozialpolitik sich mit eingehender methodischer Begründung ebenfalls für diese Definition entschieden. Aus dem Wesen der Politik als „Festsetzung von gesellschaftlichen Zielen und Bestimmung der zu ihrer Erreichung anzuwendenden Mittel“ folge, daß die Einheit politischer Maßnahmen nur konstruiert werden könne durch ihre Bezogenheit auf ein gemeinsames Ziel⁵⁾. Dieses Ziel sei für die Sozialpolitik die Erhaltung des materiellen Zusammenhangs der Gesellschaft. Infolgedessen sei Sozialpolitik jene Stellung-

griffsbestimmungen haben in der bisherigen Geschichte des Begriffs keine nennenswerte Rolle gespielt. Die Bedeutung der anderen haben wir in unserer Darstellung zu charakterisieren gesucht.

¹⁾ Zwiedineck, in Schmollers Jahrbuch Bd. 47, S. 114.

²⁾ A. a. O. S. 115.

³⁾ A. a. O. S. 110.

⁴⁾ Amonn, Der Begriff der Sozialpolitik (Schmollers Jahrb., Jahrg. 48, S. 159 ff.).

⁵⁾ A. a. O. S. 185.

nahme zu den Klassengegensätzen, die mit dem Ziele der Erhaltung und Stärkung des inneren gesellschaftlichen Zusammenhangs erfolgt, also eine Abschwächung der Klassengegensätze zum Inhalte hat. Mit der Gerechtigkeit aber habe seinem Wesen nach sozialpolitisches Handeln wie das politische Handeln überhaupt und das menschliche Handeln ganz allgemein an sich nichts zu tun. Was wir wissenschaftlich, objektiv fassen können, sei lediglich das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen, von Menschengruppen, von „Klassen“. Nicht um die Verwirklichung einer objektiv nicht bestimmbaren „Gerechtigkeit“ im sozialen Leben als Zweck könne es sich in der Sozialpolitik handeln, sondern nur um Beseitigung des Empfindens der Ungerechtigkeit und deren Ursachen, das sich mit der Betrachtung der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Lage mancher Klassen der Gesellschaft verknüpft und . . . damit zu einer Gefährdung der bestehenden Gesellschaftsordnung . . . führt¹⁾.

Um neben den auf die Erhaltung der Einheitlichkeit der Gesellschaft abzielenden Bestrebungen auch die unabhängig vom Staate—as dem Wahrer dieser Einheitlichkeit—innerhalb der Gesellschaft wirksamen Tendenzen in die Begriffsbestimmung der Sozialpolitik einbeziehen zu können, hatte v. Wiese²⁾ eine doppelte Fassung dieses Begriffs vertreten, eine weitere und eine engere. Den der weiteren Fassung zugrundeliegenden Gedanken nimmt Heyde³⁾ auf, um einen möglichst farblosen Begriff zu gewinnen. Er definiert⁴⁾ die Sozialpolitik als „den Komplex derjenigen planmäßigen Bestrebungen und Maßnahmen, deren primärer Zweck in ihrer Gesamtheit darauf gerichtet ist, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ständen oder Klassen und ihren Angehörigen oder die Beziehungen zwischen ihnen und einer Staatsgewalt oder ihr Verhältnis zur Staatsidee, Standesidee oder Klassenidee zu beeinflussen“. Dieser Begriff sei „wertunbetont in voller Erkenntnis“; er wolle „eine Abstraktion sein, die nie und nirgends ohne das Hinzutreten des unbeweisbaren Werturteils Wirklichkeitsbestandteil werden könne“. Bei allem Streben, jede Beziehung auf ein Werturteil auszuschließen, operiert indes diese Begriffsbestimmung ähnlich wie die anderen soziologisch orientierten Definitionen mit dem Begriffe von Kollektiveinheiten, in deren Anerkennung selbst schon ein verstecktes Werturteil gelegen ist: bald wird die „Klasse“, bald die „Gesellschaft“ als eine derartige mit einem Eigendasein begabte Einheit erfaßt⁵⁾.

¹⁾ A. a. O. S. 191.

²⁾ Vgl. oben Abschn. IV.

³⁾ Heyde, Sozialpolitik und Soziologie (Soziale Praxis 1924, Nr. 41—43).

⁴⁾ A. a. O. S. Sp. 859.

⁵⁾ Vgl. dazu meine Kritik der von Heyde vorgeschlagenen Definition in dem Aufsatze „Der Begriff der Sozialpolitik und die Soziologie“ (Soziale Praxis 1925, Heft 1 ff.).

Um dieser Versuchung vollends auszuweichen, habe ich selbst¹⁾ den Begriff der Sozialpolitik rein formal dahin zu bestimmen gesucht, daß darunter jene Bestrebungen und Maßnahmen zu verstehen sind, die in einer grundsätzlich auf dem Prinzip der Selbstverantwortlichkeit des Individuums beruhenden Gesellschaftsordnung diese Selbstverantwortlichkeit durch Übertragung der Verantwortung auf andere Faktoren im Interesse des Individuums zu erleichtern beabsichtigen. Vielleicht darf diese Definition auch den Vorzug für sich in Anspruch nehmen, daß sie eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste praktische Problem jeder sozialpolitischen Maßnahme zu dem für die Begriffsbestimmung entscheidenden Merkmale wählt. Es ist indes hier nicht der Ort, auf eine Rechtfertigung der eigenen Auffassung im einzelnen einzugehen.

Förmlich ins Uferlose verliert sich der Begriff Sozialpolitik bei Adolf Günther²⁾; er scheint dem Ausdruck Sozialpolitik, der auf die Tätigkeit jeder beliebigen sozialen Gruppe anwendbar sei, schlechthin die Bedeutung von Gesellschaftspolitik im Gegensatz zur staatlichen Politik beizulegen. Dann aber engt er, in wenig präziser Fassung, seinen Begriff wieder ein, indem er betont, daß „wir Sozialpolitiker die theoretischen und praktischen Inhalte unserer Wissenschaft im Staatsgedanken verankern“³⁾. In einem Versuche, die Soziologie von der „theoretischen Sozialpolitik“ abzugrenzen, bemerkt er⁴⁾, der Unterschied beider Gesellschaftsdisziplinen liege darin, „daß die soziologischen Beziehungen in höherem Maße abstrakt bleiben, die sozialpolitischen sich der Konkretheit des sozialen Erlebens wesentlich mehr nähern“. Erst der Mitühlende, Mitleidende, Mithandelnde könne einen sozialen Komplex als einen solchen der „Sozialpolitik“ empfinden. Die sozialen Probleme der Zeit seien nicht nur „seiend“, sondern vor allem „geltend“ zu verstehen. In diesem Sinne wäre allerdings das Forschungsgebiet der „theoretischen Sozialpolitik“ überall dort gegeben, wo bei der Betrachtung gesellschaftlicher Zustände „Willensmomente, Werturteile, Weltanschauungen“ in Frage kommen, und es wäre demnach auch, wie Günther selbst feststellt⁵⁾, die ganze Wirtschaftspolitik als Teil der Sozialpolitik zu begreifen. Für diese weitgespannte Fassung des Begriffs hat Günther vorläufig keine Anhänger gefunden . . .

¹⁾ In dem eben zitierten Aufsatze.

²⁾ A. Günther, Theorie der Sozialpolitik. Berlin 1922, S. 49 ff.

³⁾ Vgl. auch Günthers Aufsatz „Sozialpol. Gespräche“, Soz. Praxis 1924, Sp. 654 Anm. 2.

⁴⁾ In dem Aufsatze: Das wissenschaftliche Problem „Sozialpolitik“ (Kölner Sozialpol. Vierteljahrsschrift III. Jahrg., H. 2, S. 15 ff.)

⁵⁾ A. a. O. S. 17.

Brentano-Festgabe 1924. II.

Bewegt sich die bisher dargestellte Erörterung unseres Begriffs vorwiegend in der Sphäre der möglichst weit getriebenen Abstraktion, so hatte doch auch sie ihren unmittelbaren Impuls von den Bedürfnissen der Zeit nach einer neuen Orientierung der Sozialpolitik erhalten. Für dieses Bedürfnis war vor allem der Umstand entscheidend, daß man bisher fast durchgängig die Sozialpolitik als etwas von der Wirtschaft Verschiedenes, der Wirtschaft von außen her Aufgezwungenes aufgefaßt hatte: nun schien nicht nur der berufene Träger der sozialpolitischen Maßnahmen verloren, sondern auch die geschwächte Wirtschaft nicht mehr imstande zu sein, die Lasten dieser Eingriffe ohne bedenkliche Einbuße an ihrer Produktivität zu ertragen. Das Problem des Verhältnisses zwischen der Wirtschafts- und der Sozialpolitik war aber auch noch von einer anderen Seite her aufgerollt worden. Unmittelbar nach dem Kriege hatten, unter dem Einflusse sozialrevolutionärer Ideen und unter dem Drucke der Arbeiterbewegung, jene Bestrebungen eine greifbare Gestalt gewonnen, die man gewöhnlich unter dem Ausdruck „Sozialisierung“ zusammenzufassen pflegt und von denen die konservative Sozialreform sich überhaupt nicht hatte träumen lassen¹⁾. Waren auch derartige Bestrebungen fortan unter dem Ausdruck „Sozialpolitik“ zu begreifen?

Bei schärfierem Zusehen ergab sich dabei, daß auch für jenen, der die sozialrevolutionären Bestrebungen keineswegs teilte, doch ein allgemeines, tiefes Problem vorlag, das Problem einer „Organisierung der Wirtschaft“ nach anderen Grundsätzen als ausschließlich nach jenen des privatwirtschaftlichen Erwerbsinteresses, das die geltende Wirtschaftsordnung beherrscht. Sozialpolitik im herkömmlichen Sinne war eine Summe (wenn man will selbst ein System) von Maßnahmen gewesen, mit denen man von außen und von oben her gewisse durch den privatwirtschaftlichen Erwerbstrieb erzeugte Härten des Wirtschaftslebens zu mildern suchte²⁾ — Maßnahmen, die ihre Rechtfertigung durch außer-

¹⁾ Vgl. dazu den Aufsatz Herknerts „Unbestrittene und bestrittene Sozialpolitik“ in Schmollers Jahrbuch, Jahrg. 48, S. 217.

²⁾ Sehr bezeichnend für diese Auffassung ist die Definition, die der unvergeßliche Führer der „Gesellschaft für Soziale Reform“, Prof. Francke, noch im Jahre 1920 für die Sozialpolitik gibt, eine Definition, die als Ausdruck einer weit verbreiteten öffentlichen Meinung gelten kann: „Wir begreifen,“ so sagt er, „unter Sozialpolitik die Summe der Maßnahmen und Einrichtungen, die einerseits von der öffentlichen Gewalt, anderseits von der organisierten Selbsthilfe einer Klasse geschaffen wurden, um große Volksschichten vor Verelendung und Bedrückung durch andere Volksschichten zu behüten, ihre Lebensbedingungen zu bessern, ihre Arbeitskraft zu heben, sie zu höheren Kulturstufen zu führen.“ (Handbuch der Politik, Bd. I, 3. Aufl., S. 29).

Noch viel enger ist die Definition Lore Spindlers (Zur Begriffsbestimmung der Sozialpolitik und der Wohlfahrtspflege. Kölner Vierteljahreshefte f. Sozialwissensch. I, 1922,

wirtschaftliche Erwägungen vor allem der Zweckmäßigkeit erhielten, mochten die Forderungen selbst auch vielfach unter Berufung auf die Grundsätze sozialer Gerechtigkeit vertreten werden. Nun aber wird die Frage gestellt, wenngleich nicht immer mit voller Klarheit beantwortet, ob nicht gerade eine tiefgreifende, wenn auch langsam sich vollziehende Reorganisation der Wirtschaft selbst die Aufgabe der richtig verstandenen Sozialpolitik sei. In diesem Sinne ist wohl die Äußerung Goetz Briefs zu deuten¹⁾, „daß das bisherige Nebeneinander von Wirtschaft und Staat, von individualistischer Wirtschafts- und staatlicher Sozialpolitik nicht zu halten ist“. „Sozialpolitische Minima sind in die Wirtschaft einzubauen.“

Diese Auffassung der Sozialpolitik ist ungefähr das Gegenteil jener, die Herkner im Auge hat, wenn er davon spricht, eine gute Wirtschaftspolitik sei die beste Sozialpolitik. Denn in diesem Zusammenhange bedeutet „Wirtschaftspolitik“ selbstverständlich keinerlei Änderung der bestehenden Wirtschaftsorganisation, sondern Förderung der privatwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit. Ist die Einstellung Herknerns eine im wesentlichen individualistische geworden, so beruht jener Gedanke, daß die Reorganisation der Wirtschaft selbst eine Aufgabe der Sozialpolitik sei, auf einer Kollektivvorstellung: die „Volkswirtschaft“ wird irgendwie als Einheit konstruiert; regelmäßig ebenso die „Gesellschaft“.

Am schärfsten hat die in diesem Zusammenhange sich ergebenden Probleme wohl Ed. Heimann formuliert, indem er die von Zwiedineck für die Sozialpolitik aufgestellte Definition aufgreift, sie aber eingehend begründet und weiterbildet²⁾. Seine allgemeine Einstellung zu dem Begriffe der sozialen Gerechtigkeit ist eine durchaus relativistische: „Wir haben,“ so meint er, „nur den formalen Begriff der Gerechtigkeit, ohne angeben zu können, welches sein lebendiger Inhalt unter diesen unseren Verhältnissen ist. Gerecht ist, was von allen als gerecht empfunden wird, was in Übereinstimmung mit dem Gemeinschaftsleben

S. 63): „Wir haben es in der Sozialpolitik mit der Summe der Maßnahmen zu tun, durch die mit öffentlich-rechtlicher Gewalt ausgestattete Körperschaften vom Standpunkt des Ganzen aus zugunsten der Arbeitnehmerklasse in das Arbeitsverhältnis oder die unmittelbar damit zusammenhängenden Gebiete eingreifen.“

¹⁾ Goetz Briefs a. a. O. S. 26. Er fügt der im Text zitierten Stelle hinzu: „Adolf Webers Wort auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik scheint mir ein Schlüsselwort zu sein. Die Sozialpolitik wird in Zukunft . . . nur noch insofern Existenzmöglichkeit haben, als sie zu dem Fundament der Volkswirtschaft gehört. Aber wir müssen hinzufügen, daß ein gutes Stück Sozialpolitik unerlässlich für dieses Fundament ist“. Auch bei Tönnies scheint (vgl. seinen Aufsatz Sozialreform ehedem und heute, Soz. Praxis 1923, Sp. 664) ein ähnlicher Gedanke anzuklingen.

²⁾ Heimann, Marktwirtschaft, Klassengesellschaft und Sozialpolitik in der Kölner Sozialpol. Vierteljahresschrift, III. Jahrg., H. 2.

steht, indem es das Gewicht des Einzelnen im Gemeinschaftsleben zum Ausdruck bringt“¹⁾. Erweist sich der Gerechtigkeitsbegriff als untauglich für eine theoretische Begründung der Sozialpolitik, so bleibt nur das „politisches Argument“ übrig. In Anlehnung an die seinerzeit von Sombart entwickelten²⁾, von diesem selbst aber inzwischen verworfenen Erwägungen glaubt Heimann indes, ein „autonomes, autochthones Ideal der Sozialpolitik“ dahin aufstellen zu können, daß an dem Fortbestande und Gedeihen des Ganzen der Gesellschaft ein jeder interessiert ist. Verwende man dieses Argument, um die Notwendigkeit der Sozialpolitik zu zeigen, so liege kein unzulässiges Werturteil vor. Sicherung der Ergiebigkeit sei daher ein immanenter Zweck der gesellschaftlichen Wirtschaft. Da die Erreichung der Gesellschaftszwecke durch die sozialen Spannungen gefährdet werde, so sei eine Abschwächung der Klassengegensätze im Sinne Zwie-dinecks die unmittelbare Aufgabe der Sozialpolitik³⁾. In einer knappen, vielfach originellen Darstellung sucht Heimann zu zeigen, daß die gegenwärtige Klassenlage und die ihr entsprechende Sozialpolitik mit Notwendigkeit aus der gegenwärtig herrschenden Marktwirtschaft hervorgehen, sobald sich in der arbeitsteiligen Gesellschaft die gleichgerichteten Einzelkräfte zu „Klassen“ summieren. Sozialpolitik sei indes nicht ausschließlich eine auf die Klassen bezogene Politik, weil der Erreichung der wirtschaftlichen Zwecke der Gesellschaft nicht nur von den Klassen her Gefahr drohe, sondern unmittelbar aus der Wirtschaftsordnung selbst: der freie Markt vernachlässige nämlich immer wieder wesentliche Gesichtspunkte der Rationalität. In diesem Sinne erfaßt, sei Sozialpolitik zugleich der wichtigste Bestandteil der Produktionspolitik⁴⁾. Das System der Vorkehrungen, das bestimmt ist, die Erreichung der Gesellschaftszwecke zu sichern, greife einerseits in die Produktion ein, um die aus dieser selbst für ihren Fortgang entstehenden Gefahren zu beschränken, und wirke andererseits unmittelbar auf die Stimmung und Geistesverfassung der Menschen ein, um die Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts abzuwenden. Im Anschlusse an v. Wiese rechnet Heimann übrigens auch den organisierten Kampf der Arbeiter um Verbesserung ihrer Lage zur Sozialpolitik.

Faßt Heimann den Staat dabei als Repräsentanten der Gesellschaft auf, als „Hüter des Allgemeinwohls“, der das zur Geltung zu bringen habe, was der Einzelne unter dem Zwange des Wettbewerbs nicht berücksichtigen könne, selbst wenn er es erkennen sollte, so geht Marr in seiner Begriffsbestimmung der

¹⁾ A. a. O. S. 49.

²⁾ Vgl. oben Abschn. III.

³⁾ A. a. O. S. 51.

⁴⁾ A. a. O. S. 60.

Sozialpolitik insofern um einen Schritt weiter, als er verlangt, daß die Einheit der Gesellschaft von innen heraus, durch ein angemessenes Verhältnis zwischen den innerhalb der Gesellschaft vorhandenen Gruppen gesichert werde¹⁾. In einer seit 30 Jahren ständig wachsenden Divergenz zwischen sozialer Erkenntnis und sozialpolitischem Handeln erblickt Marr die inneren Gründe der Krise²⁾. Objekt sozialer Politik sei nicht diese oder jene Klasse (auch nicht die Masse der Verarmten oder irgendwie Hilflosen, die unbestritten soziale Fürsorge brauchen), sondern vielmehr das Ganze der Gesellschaft und das Verhältnis der Gruppen untereinander, also die Gesellschaftsordnung³⁾. Soziale Schäden, in welcher besonderen Sphäre sie auch sichtbar werden, müsse man als Funktionsstörungen des Ganzen begreifen und behandeln, als organische, nicht moralische Gebrüchen⁴⁾. Voraussetzung für ein zielbewußtes Streben nach sozialer Besserung sei eine geklärte Einsicht in die Grundverhältnisse der Gruppen (d. h. eben in das hinter allen historischen Verkleidungen Bleibende), weil erst solche Einsicht uns auch das Verhältnis zwischen der spontanen und der gewollten Geschäftsordnung tiefer verstehen läßt⁵⁾. Er erwartet daher von der soziologischen Erkenntnis, von dem Einblick in das „Schicksal“ (die „Tendenz der Entwicklung“) auch eine Bestimmung der Ziele der sozialen Politik⁶⁾. Diese habe vor allem die Aufgabe, die „soziale Verantwortung zu dezentralisieren“ durch den planmäßigen Ausbau der Rechtsautonomie der sich selbst verwaltenden Wirtschaftsverbände⁷⁾. Das alte Problem einer Bestimmung der Ziele der Sozialpolitik aus der Einsicht in die in der Wirtschaft und Gesellschaft selbst vorhandenen Tendenzen kehrt hier in einer etwas geänderten Fassung, aber in einer keineswegs einwandfreien Formulierung wieder.

Während im Sinne dieser Weltanschauung⁸⁾ die Aufgaben der Sozialpolitik jeweils aus der Gestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens

¹⁾ Vgl. den wiederholt zitierten Aufsatz Marrs über die Krise in der Sozialpolitik, *Soz. Praxis* 1923, Nr. 24—33. So scharfsinnig sein kritischer Rückblick über die sozialpolitischen Ideenrichtungen ist, so dunkel sind zum großen Teil seine Ausführungen über die Zukunftsaufgaben der Sozialpolitik.

²⁾ A. a. O. Sp. 571. Der „soziale Merkantilismus“ habe die Gesellschaft dem sozialen Staate gleichgesetzt und so habe sich unsere Gesellschaftspolitik zu einer am Staate haftenden gesellschaftsfremden und genossenschaftsbaren Intervention verengert (Sp. 698); anderseits habe der Sozialliberalismus durch die abermalige Festlegung der Sozialpolitik auf Arbeiterklassenpolitik eine tiefere Einsicht in jenen bedeutsamen gesamtgesellschaftlichen Umbildungsprozeß verhindert, der sich heute durchsetze (Sp. 710).

³⁾ A. a. O. Sp. 571. ⁴⁾ A. a. O. Sp. 666. ⁵⁾ A. a. O. Sp. 571. ⁶⁾ A. a. O. Sp. 668.

⁷⁾ A. a. O. Sp. 712.

⁸⁾ Ich habe einmal versucht, diese Weltanschauung als pseudouniversalistisch zu charakterisieren. Vgl. meinen Aufsatz Deutscher Nationalismus und Deutscher Sozialismus im Archiv f. Sozialwissenschaft, Bd. 49, Heft 2.

hervorwachsen, sich mit diesen ändern und daher nur relativ bestimmt sind, hält die katholische Weltanschauung an der absolut gegebenen ethischen Grundlage der Sozialpolitik fest, ist aber geneigt, dem Gedanken der Volksgemeinschaft eine spezifisch nationale Färbung zu geben¹⁾. In diesem Zusammenhang ist es besonders interessant zu beobachten, daß sich neuerdings in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften die im Mittelalter herrschende Auffassung der Arbeit als einer Berufspflicht, als Amt im Dienste der Allgemeinheit durchzusetzen scheint²⁾. Wird dieses Programm konsequent durchdacht, so führt es ebenfalls zu der Forderung einer grundsätzlichen Reorganisation des Wirtschaftslebens.

Dagegen ist der Platz, den die Vertreter der konservativen Sozialreform vor dem Kriege ausgefüllt hatten, heute leer. Sie haben durch die Schwächung des Staatsgedankens und der staatlichen Autorität jene Instanz eingebüßt, die ihnen früher die Einheit der Gesellschaft repräsentiert und den Träger einer über den Parteien und Klassen stehenden Sozialpolitik gewährt hatte. In ihrer sozialen Ethik desorientiert, wollen sie mit Herkner die Sozialpolitik heute nur insofern gelten lassen, als sie mit der Produktivität der Wirtschaft nicht in Widerspruch tritt — d. h. sie verzichten im Grunde genommen überhaupt auf jede schärfere Fassung des Begriffs. Charakteristisch für diese Haltung sind z. B. die Ausführungen Charlotte Leubuschers³⁾. Sie wirft die Frage auf, ob es nicht auch hinsichtlich der Sozialpolitik eine Art abnehmenden Ertrags gibt, ob nicht ein Punkt eintreten könne, von dem an weitere sozialpolitische Fortschritte nur auf Kosten der Bedürfnisbefriedigung der Volksgesamtheit erzielt werden können. Sei dieser Punkt erreicht, so erscheine Sozialpolitik, vom Standpunkt der Gesamtheit gesehen, nur noch insoweit berechtigt, als sie günstige Wirkungen auf die volkswirtschaftliche Produktivität hervorzurufen vermag, sie werde aus dem Verteilungsproblem, das sie bis dahin überwiegend gewesen ist, zum Produktionsproblem⁴⁾. Heute sei einer sozialpolitischen Fürsorge bedürftig nicht mehr in erster Linie ein einzelner Berufsstand (die Arbeiterschaft), sondern die breite Masse der durch die Geldentwertung in ihren Einkommensverhältnissen Geschädigten. Eine zeitgemäße Sozialpolitik müsse daher heute vor allem

¹⁾ Vgl. u. a. Herschel im Zentralblatt der christl. Gewerkschaften, März 1923, zit. nach der Sozialen Praxis 1923, Sp. 426.

²⁾ Vgl. die von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands herausgegebene Flugschrift „Gemeinwirtschaft“, 3. Aufl., S. 8.

³⁾ Charl. Leubuscher, Die Krise der Sozialpolitik. Soz. Praxis 1923, Nr. 15—17.

⁴⁾ A. a. O. Sp. 342. Gegen diese Auffassung verwahrt sich der Herausgeber der Soz. Praxis in einer Fußnote: „Die Sozialpolitik sei keine rein ökonomische Disziplin, sondern mit allen Wertungen der Kulturpolitik in ihren Grundfragen verknüpft.“

Konsumentenpolitik sein, nicht mehr Arbeitersozialpolitik. Doch bedeute dies keine Rückstellung des Gedankens der Produktionsförderung¹⁾. Der Begriff der Sozialpolitik schwankt hier haltlos hin und her zwischen der Wirtschaftspolitik einerseits, der Wohlfahrtspflege oder sozialen Fürsorge anderseits, wobei nach wie vor die Sozialpolitik als eine von außen oder oben her dem Wirtschaftsleben aufgezwungene Summe von Maßnahmen angesehen wird.

Während alle Begriffsbestimmungen der Sozialpolitik, in denen die Erfassung der Gesellschaft oder der Volkswirtschaft oder einer Klasse als einer Einheit irgendwie eine Rolle spielt, mit einem gewissermaßen außerhalb der Individuen stehenden Willen operieren müssen, der die Ziele und Aufgaben der sozialen Politik setzt, lassen die Anhänger der liberalen Sozialreform diese Ziele in erster Linie durch die Interessen und den Willen der in den Berufsverbänden vereinigten Arbeiter bestimmen und machen die Verwirklichung dieser Bestrebungen von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kraft dieser Verbände abhängig. Diese Auffassung erlitt daher auch durch die Ereignisse der Nachkriegszeit in ihren theoretischen Grundlagen keine ernstliche Erschütterung. Lujo Brentano, nach wie von der glänzende Vertreter dieser in sich geschlossenen Weltanschauung, verwahrte sich nur gelegentlich gegen gewisse Versuche der Gewerkschaften, die reinen Interessen der Arbeiter auf Kosten der übrigen Gruppen der Gesellschaft allzu rücksichtslos zur Geltung zu bringen²⁾. Er beklagt gleichzeitig, durchaus in konsequenter Fortbildung seiner Grundanschauung, das „große Unglück des deutschen Volkes, daß die Spaltung, die seit der Reformation in ihm besteht, sich wie auf allen Gebieten des Lebens so auch auf dem der Arbeiterfrage geltend macht“. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine einheitliche Sozialpolitik ist in seinen Augen daher die Bildung eines einheitlichen Willens der Arbeiterschaft durch Schaffung von Organisationen, die gleichzeitig in der Lage wären, die Haftung für die in den Tarifverträgen durch die Arbeiter übernommenen Verbindlichkeiten zu gewährleisten³⁾. An Klarheit und Folgerichtigkeit läßt diese Konstruktion der Sozialpolitik nichts zu wünschen übrig.

Der eigentliche Inhalt der sozialpolitischen Bestrebungen bleibt allerdings bei dieser wie bei jeder auf den Willen von Individuen abgestellten Auffassung des Sollens im Bereich des Relativen. Gegen den Relativismus in der Erfassung

¹⁾ A. a. O. Sp. 388.

²⁾ Soz. Praxis 1923, Nr. 24, Sp. 565: „Ich habe,“ so sagt er, „stets nur für Gerechtigkeit gekämpft und bin allezeit jedweder Ausbeutung der Gesamtheit durch Sonderinteressen scharf entgegentreten . . . Aber ich habe stets gefunden, daß die Arbeiter, wenn man nur im richtigen Tone zu ihnen spricht, für die Interessen der Gesamtheit nicht weniger zugänglich sind als die Angehörigen anderer Gesellschaftsklassen.“

³⁾ Soz. Praxis 1923, Nr. 23, Sp. 519.

des gesellschaftlichen Lebens und gegen die daraus von selbst sich ergebende Umformung der Probleme der sozialen Ethik in solche der politischen Zweckmäßigkeit wendet sich neuestens im Rahmen des individualistischen Denkens eine Richtung, die aus der Auffassung des Individuums als einer mit gewissen absoluten Zwecken begabten Persönlichkeit allgemein gültige Forderungen hinsichtlich der Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen der Individuen und der Ordnung der menschlichen Gesellschaft ableiten zu können glaubt. Um das schwierige Problem der Gewinnung absolut gültiger, von dem Willen der Individuen selbst unabhängiger Individualzwecke hatte sich schon die deutsche idealistische Philosophie bemüht. In den Diskussionen über Begründung und Begriff der Sozialpolitik hatte es indes niemals eine Rolle gespielt. Erst kürzlich ist es zum ersten Male in diesem Zusammenhange gestellt worden. Zunächst schüchtern und vorsichtig von Frieda Wunderlich in einem „Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik (Betrachtungen über den Ort der Sozialpolitik)“ betitelten Aufsätze¹⁾. Sie definiert hier die Sozialpolitik als Teil der Wirtschaftspolitik, und zwar jenes Zweiges, der die produktivste Verwendung der menschlichen Arbeitskraft fördert. Die Aufgaben, die dem Zweige der Wirtschaftspolitik zufallen, zu dem auch die Sozialpolitik gehört, sind zweierlei Art. Die erste verlangt, menschliche Arbeit so in den Wirtschaftsprozeß einzustellen, daß ihre Verwendung die produktivste wird; die zweite prüft, wie menschliche Arbeit am sorgfältigsten erhalten, entwickelt, gesteigert werden kann. Dr. Wunderlich fordert daher Sozialpolitik einmal im Sinne der Hebung der Produktivität, andererseits im Interesse der Kulturwerte, denen der Wirtschaft gegenüber der Primat zukommt, weil der Produktionsfaktor Arbeit in unlösbarer Verbindung mit der menschlichen Persönlichkeit diese ganz in die Wirtschaft eingespannt und damit ihren Schutz notwendig macht. Für das Individuum wird derart ein absolut geltender Anspruch auf Schutz seiner Persönlichkeit im Arbeitsprozesse behauptet. Viel schärfer und bestimmter wurde das Problem neuerdings von L. Nelson formuliert²⁾. Er vindiziert für die Philosophie die Aufgabe, die Grundlegung der Sozialpolitik zu liefern. Die Erfahrung könne nur zu einem Urteil über die Zweckmäßigkeit sozialpolitischer Maßnahmen berechtigen. Um aber auf Grund des festgestellten Erfolges einer Maßnahme über deren Zweckmäßigkeit urteilen zu können, müssen wir bereits einen Zweck im Auge haben. Diese Auszeichnung eines Zwecks aber ist Sache der Philosophie³⁾. Da wir es

¹⁾ Soziale Praxis 1923, Nr. 31.

²⁾ Leonard Nelson, Philos. Vorfragen der Sozialpolitik. In „Wirtschaft und Gesellschaft“. Festschrift für Franz Oppenheimer. Frankf. a. M. 1924.

³⁾ A. a. O. S. 25, 26.

mit einer Gesellschaft von Menschen zu tun haben, d. h. von vernünftigen Wesen, die sich den Wert ihres Lebens — ihre Würde — selbst geben können, so stehen die Menschen unter dem Ideal der Bildung. Den Inhalt dieses Ideals sucht Nelson in der vernünftigen Selbstbestimmung des Menschen¹⁾. Unter sozialpolitischen Maßnahmen versteht er jene, welche die Verteilung des Eigentums in der Gesellschaft betreffen, und fordert, daß nach dem Prinzip der Sozialpolitik jedem in der Gesellschaft die gleiche Möglichkeit gesichert werden soll, „Wohlstand“ zu erlangen, d.h. „dasjenige Maß von Besitz, das notwendig und hinreichend ist, um dem einzelnen zu ermöglichen, zu dem höchsten Maß an Bildung zu gelangen, das er unter hinreichend günstigen äußeren Bedingungen wirklich erlangen würde“²⁾. Wie jede auf einer individualistischen Weltanschauung beruhende ethische Formel ist auch diese durchaus relativistisch gefaßt, und es ist charakteristisch, daß nicht etwa die Sicherung des „Wohlstandes“, sondern lediglich die Sicherung gleicher Möglichkeit, ihn zu erlangen, hier als Aufgabe der Sozialpolitik bezeichnet wird.

In einigen kritischen Bemerkungen, die Frieda Wunderlich kürzlich zu „Nelsons Sozialpolitik“ veröffentlicht hat³⁾, betont sie mit Recht die grundsätzliche Bedeutung dieses Versuchs, einen letzten, von der Philosophie zu erforschenden, von aller Erfahrung unabhängig geltenden Endzweck der Sozialpolitik festzustellen — eines Versuchs, der allerdings die Anerkennung ewig gültiger „Menschheitswerte“ zur Voraussetzung habe⁴⁾. Die Definition, die Nelson von der Sozialpolitik gibt, bezeichnet sie als zu eng und wirft die entscheidende Frage auf, in welcher Weise sich eine Sozialpolitik — am Endzweck der Wahrung der Menschenwürde orientiert — derart in die Wirtschaft einbauen ließe, damit deren „Eigenleben“ nicht vergewaltigt würde. Denn hier stehen ethische Individualzwecke in anscheinend scharfem Gegensatze dem Ansprache der Wirtschaft auf höchste Ergiebigkeit gegenüber. Dieses Nebeneinander des ethischen Ziels und der Wirtschaftsziele ist freilich unhaltbar.

Es sei daran erinnert, daß Heimann, der ebenfalls bestrebt ist, für die Sozialpolitik eine absolut geltende theoretische Grundlage zu gewinnen, in Anlehnung an Sombarts frühere Gedankengänge diesem Problem dadurch ausweicht, daß er das Interesse des Individuums an der größtmöglichen Produktivität der Wirtschaft zum selbstevidenten Prinzip alles gesellschaftlichen Lebens erhebt, alle Forderungen ethischen Inhalts aber als unbrauchbar für eine Begründung

¹⁾ A. a. O. S. 47.

²⁾ A. a. O. S. 49.

³⁾ Soziale Praxis 1924, Nr. 48—50.

⁴⁾ A. a. O. Sp. 1038.

der Sozialpolitik erklärt. Als das absolut Geltende wird daher von ihm eine bestimmte Richtung des Individualinteresses angenommen, die infolge einer Art prästabiliertter Harmonie in Übereinstimmung steht mit dem „immanenten Zwecke“ alles Wirtschaftens.

Dr. Wunderlich hilft sich in ihrem Dilemma, indem sie ihrerseits eine Harmonie zwischen der Forderung der höchsten Produktivität und der ethischen behauptet, die erstere geradezu in eine ethische umdeutet. Die wirtschaftliche Forderung der Steigerung der Ergiebigkeit, so meint sie, werde zur „ethischen, weil nur bei ihrer Erfüllung das wahrhaft ethische Ziel des menschenwürdigen Lebens aller sich erfüllen läßt“¹⁾.

Dieses Grundproblem der Sozialpolitik, in welcher Weise deren ethische Forderungen sich mit dem Wirtschaftszwecke möglichster Ergiebigkeit vereinigen lassen, steht heute mehr denn je im Mittelpunkte der Diskussion²⁾. Der liberalistische Individualismus hatte das Problem gänzlich ausgeschaltet, indem er von der freien Konkurrenz nicht nur die größtmögliche Produktivität, sondern auch die zum mindesten relativ beste Verteilung der Güter und Wahrung der Individualinteressen erwartete³⁾. Der Marxismus hatte gelehrt, daß das Problem nur im Wege des Klassenkampfs durch eine Änderung in der Organisation der Produktion lösbar sei. Die liberale Sozialreform rechnet im wesentlichen damit, daß sich die richtige Lösung aus der Resultierenden zwischen dem Willen und der Kraft der organisierten Arbeiter und den im Wirtschaftsleben ihnen entgegenwirkenden Tendenzen ergeben werde. Die Vertreter der katholischen Sozialreform scheinen einen Ausweg in einer durchgreifenden Umgestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu suchen — ohne Änderung der Grundlagen der geltenden Organisation der Wirtschaft. Die konservative Sozialreform hatte dem Staate die Mission erteilt, im Interesse der Gesellschaft als eines Ganzen auch auf Kosten der Produktivität der Wirtschaft die Grundsätze der sozialen Ethik zur Geltung zu bringen; angesichts der Erschütterung der Staatsautorität und der Verarmung der Wirtschaft sahen sich die Vertreter dieser Ideenrichtung veranlaßt, der Ergiebigkeit der Wirt-

¹⁾ A. a. O. Sp. 1053.

²⁾ Sehr scharf formuliert diese Frage v. Wiese in seiner Soziologie (2. Aufl., S. 21): Die Theorie der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (und die sozial-politische Praxis der Gegenwart) habe die ökonomischen Probleme der Sozialpolitik als Machtfragen und Organisationsfragen aufgefaßt, also nicht naturgesetzlich, sondern als Willensangelegenheit. „Heute aber erkennen wenigstens einige Denker wieder deutlicher, daß es sich in der praktischen Volkswirtschaft nur innerhalb gewisser Grenzen um Machtfragen handeln kann, daß darüber hinaus die Naturgesetze ihre ewige Geltung beanspruchen.“

³⁾ Vgl. neuerdings L. Mises, Die Gemeinwirtschaft, 1922, bes. S. 434 ff., 458 ff.

schaft den Primat vor den Forderungen der Ethik einzuräumen. Die soziologisch orientierten Autoren, die in streng relativistischer Auffassung den Begriff der Gerechtigkeit als untauglich für eine theoretische Begründung der Sozialpolitik erklären, halten es für eine Frage der Zweckmäßigkeit, wie ein Konflikt zwischen etwaigen Forderungen einer sozialen Ethik — gleichviel aus welcher Weltanschauung sie stammen mögen — und dem Postulate der Produktivität der Wirtschaft zu lösen ist. In schroffem Gegensatz zu dieser Auffassung sind andere Sozialphilosophen überzeugt, daß sich aus den Grundgedanken des Individualismus gewisse absolut geltende ethische Grundprinzipien ableiten lassen; sie suchen die Aufgabe einer Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität selbst als ein ethisches Postulat zu konstruieren. Eine letzte Gruppe endlich ist beherrscht von dem Glauben, daß die Organisation der Wirtschaft sich in einem von innen heraus erfolgenden Umbildungsprozesse befindet; sie erhofft von unserer fortschreitenden Einsicht in die Tendenzen dieses Prozesses den Erfolg, daß ein gewisses Maß von Sozialpolitik zum integrierenden Bestandteile der Wirtschaftsordnung selbst werde, deren Ergiebigkeit ja in erster Linie von einer befriedigenden Gestaltung des physischen und moralischen Lebens der arbeitenden Massen abhängig ist.

So spiegelt sich in der Frage nach dem Begriff und der Begründung der Sozialpolitik der Kampf der Weltanschauungen, und jede Phase dieses Kampfes wird wohl auch weiterhin bestimmend für das Schicksal jener Frage sein.

III. Die Hauptprobleme und der Stand ihrer Erforschung.

Der Stand der reinen Theorie.

Von

Alfred Amann.

Inhalt.

	Seite
Einleitung. Wesen der nationalökonomischen Theorie und ihre Stellung im System der Wirtschaftswissenschaft	273
1. Die klassische Theorie	275
2. Die Grenznutzenschule	279
3. Die Casselsche Preistheorie	288
4. Die „rein objektive“ Theorie Oppenheimers und die „rein subjektive“ Liefmanns.	293
5. Engländers und Engliß Preiserklärung	306
6. Zur Methodik der Wert- und Preislehre. Die Begriffe „Wert“ und „Preis“. Das Wert- und Preisproblem. Das Einkommensproblem	321

Einleitung.

Die „wirtschaftswissenschaftliche“ Forschung hat ihren Ausgangspunkt von einem praktischen Zweckgesichtspunkt genommen. Dieser war, „Volk, Staat und Fürsten“ durch Regierungsmaßnahmen, welche die „wirtschaftliche“, das ist, auf „Wohlstand“, „Reichtum“ gerichtete Tätigkeit in bestimmte Bahnen lenkten, tatsächlich „reich“ und damit mächtig zu machen. Dies hatte natürlich eine bestimmte „Anschauung“ von dem „Wesen“ und den „Ursachen“ des „Volksreichtums“ und den Möglichkeiten ihrer Beeinflussung durch Regierungsmaßnahmen zur Voraussetzung. Eine solche „Anschauung“ kann man im weiteren Sinne „Theorie“ nennen. Sie bildet jedoch im wesentlichen eine „praktische Wissenschaft“, im Hinblick darauf, daß das System der Erkenntnisse, das sie darstellt, nicht durch einen logischen Gesichtspunkt oder einen reinen Erkenntniszweck, sondern durch einen praktischen Zweckgesichtspunkt, durch einen Handlungszweck begründet ist. Diese „praktische Wissenschaft“ hat jedoch eine Summe von „rein“ theoretischen Erkenntnissen zur Voraussetzung, auf der sie aufgebaut ist, deren „Anwendung“ sie darstellt. Sie ist eine „angewandte Wissenschaft“, insofern sie unter einem reinen Erkenntniszweck gewonnene und insofern logisch eine Einheit bildende Erkenntnisse („Theorie“ im engeren Sinn oder „reine Theorie“) zur Erkenntnis des Zusammenhangs von unter einem praktischen Zweckgesichtspunkt eine Einheit bildenden Erscheinungen anwendet.

Bei dem Versuche, ein derartiges System von „praktischen“, d. h. unter einem praktischen Zweckgesichtspunkt wichtigen Erkenntnissen, Erkenntnissen, die die soziale Bedingtheit des Volkswohlstandes zum Gegenstand haben, zu begründen, ist man alsbald darauf gestoßen, daß es gewisse soziale Massenerscheinungen gibt, auf welchen die ganze oder der größte Teil der Reichtumsbildung eines Volkes beruht, deren Gesetzmäßigkeit man daher vor allem erkennen müsse, wenn man eine praktisch bedeutsame Erkenntnis von der sozialen Bedingtheit des Volkswohlstandes überhaupt und den Möglichkeiten, durch soziale Maßnahmen darauf Einfluß auszuüben, erlangen wolle. Diese Massenerscheinungen sind die *Tauschvorgänge* und ihre Ergebnisse, die „Preise“ und „Einkommen“.

Die Wohlstandsgewinnung eines Volkes spielt sich in der modernen Gesellschaft entweder ganz oder zum größten Teil in der Massenform des T a u s c h e s ab, wenn sie sich darin natürlich auch keineswegs erschöpft. Alles, was für den Volkswohlstand von Bedeutung ist, sind entweder Tauschvorgänge oder basiert auf Tauschvorgängen, hängt mit Tauschvorgängen zusammen. Die Tauschvorgänge sind die Zentralfunktionen des Reichtumsbildungsprozesses eines Volkes, so wie der Blutkreislauf die Zentralfunktion des organischen Körperf bildungsprozesses ist. Man muß infolgedessen zunächst die Gesetzmäßigkeiten im Ablauf dieser Funktionen kennen, wenn man den Reichtumsbildungsprozess eines Volkes (bzw. den Prozeß der Körperf bildung eines Menschen) erkennen will.

A d a m S m i t h war der erste, der die Wichtigkeit dieser Aufgabe im System der nationalökonomischen Wissenschaft erkannt und ihrer Lösung ausführliche Untersuchungen gewidmet hat. Durch R i c a r d o wurde sie als eine rein theoretische Aufgabe aus dem Gesamtkomplex des praktisch orientierten Systems der nationalökonomischen Wissenschaft herausgehoben und zum selbständigen Gegenstand einer wissenschaftlichen Betrachtung gemacht. Dadurch ist das als selbständige logische Einheit und „Wissenschaft“ in diesem strengen Sinn entstanden, was wir als „Theoretische Nationalökonomie“ oder „Nationalökonomische Theorie“, neuerdings auch vielfach — in irreführender Weise — als „Wirtschaftstheorie“¹⁾ bezeichnen.

1. Die klassische Theorie.

Die nationalökonomische Theorie — und Wissenschaft überhaupt — ist noch nicht so alt, als daß man von irgendeinem vollkommen „überwundenen“ Stand-

¹⁾ Es handelt sich bei diesen Problemen nämlich keineswegs darum zu erkennen, wie der Mensch „wirtschaftet“ oder „wirtschaften“ soll, sondern, wodurch Tauschverhältnisse und ihre Ergebnisse als solche bedingt sind, was logisch etwas ganz anderes ist. Wenn in der Regel die Tauschverhältnisse und ihre Ergebnisse auch „wirtschaftlich“ im Sinne einer bestimmten Definition des „Wirtschaftlichen“ bedingt sind und insofern die meisten Tauschakte „wirtschaftliche“ Tauschakte sind, so ist dies für die Probleme keinesfalls wesentlich, was schon daraus hervorgeht, daß trotz der vielen einander widersprechenden Definitionen des „Wirtschaftlichen“ über die methodische Behandlung der Tauschprobleme kein so weitgehender Gegensatz besteht, daß jeder, der eine andere Ansicht über das Wesen des „Wirtschaftlichen“ hat, auch eine andere Anschauung über die Behandlung der Tauschprobleme hat. Es sind eben die Gesetzmäßigkeiten der Tauschverhältnisse und des Tauschverkehrs zu erklären, ganz abgesehen davon, ob sie im einzelnen „wirtschaftlicher“ oder „unwirtschaftlicher“ oder „nichtwirtschaftlicher“ Natur im Sinne einer angenommenen Definition des „Wirtschaftlichen“ sind. Ob jemand „wirtschaftliche“ Zwecke beim Tausch verfolgt oder andere, ob er „wirtschaftlich“ vorgeht oder nicht, ist dabei ganz gleichgültig. Wesentlich ist einfach, daß er tauscht und dabei das beobachtet und tut, was wesentlich oder notwendig zum Tausche gehört. (Vgl. unten 6. g.)

punkt sprechen könnte. Dies gilt insbesondere auch von der alten „klassischen“ Theorie. So sehr ihre Mängel für uns heute offenbar sein mögen, die Tatsache, daß die einzige von den neueren Theorien, die eine formal vollkommene Ausbildung erfahren hat, die „Grenznutzentheorie“, die Probleme auch nicht in befriedigender Weise zu lösen vermochte, hat der klassischen Theorie immer noch Anhänger bewahrt. Diese halten zum Teil nicht nur an den Fundamenten und den Methoden der klassischen Schule fest, die sie im wesentlichen nur ergänzt und modernisiert sehen wollen, indem sie neuere Erklärungsprinzipien in sie aufzunehmen und einzufügen suchen, wie Marshall und seine Schule in England und eine große Reihe der Amerikaner, die eine Art „neoklassische“ Richtung bilden, sondern glauben manchmal sogar das ganze Gedankengebäude, das die Klassiker errichteten, im wesentlichen unverändert aufrechterhalten zu können, woferne man ihnen nur eine alle Seiten desselben berücksichtigende Interpretation zuteil werden lasse, wie Heinrich Dietzel in Deutschland¹⁾). Um den gegenwärtigen Stand der Theorie kennenzulernen, ist es daher notwendig, auch das Wesentliche der klassischen Auffassung hervorzuheben, mit ihren Vorzügen und Mängeln, und dann von ihr eben die „moderne“ Theorie — oder, was man so nennt, — mit ihren Vorzügen und Mängeln sich abheben zu lassen.

Die klassische Theorie ist dadurch gekennzeichnet, daß sie den „Wert“ der Güter, das heißt ihre Austauschverhältnisse im wesentlichen als durch äußere, „objektive“, d. h. außerhalb der tauschenden Individuen liegende und von deren subjektiven Bedürfnissen und Begehrungen unabhängige Tatsachenverhältnisse „bestimmt“ ansieht und in diesem Sinne „objektivistisch“ ist. Als diese Tatsachenverhältnisse, von denen die Austauschverhältnisse „abhängen“, wurden entweder die „Produktionskosten“ im allgemeinen oder ganz bestimmte „Produktionskosten“, nämlich die Arbeitskosten angesehen. Zwar konnte man von subjektiven „Bestimmungsgründen“ nicht vollständig absehen, und dies fand seinen Ausdruck in einer besonderen Theorie des „Marktpreises“, die der Theorie des sogenannten „natürlichen Preises“ an die Seite gestellt wurde. Der „Marktpreis“ wurde als durch das Verhältnis der subjektiven Faktoren „Angebot und Nachfrage“ bestimmt angesehen. Aber diese subjektiven Bestimmgründe wurden nur als vorübergehend und insofern „zufällig“, nicht wesen-

¹⁾ Dietzel hat diesen Standpunkt erst neuerdings wieder vertreten in einer Abhandlung „Vom Lehrwert der Wertlehre und vom Grundfehler der Marxschen Verteilungslehre“ (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1921), nachdem er ihn schon früher in einer Reihe von Schriften (die sich dort zitiert finden) ausführlich dargelegt hat.

lich wirkend angesehen und als Gründe, die somit auch nur vorübergehende und zufällige Abweichungen vom „natürlichen Preis“ bedingten, der immer als das eigentliche und wahre oder wesenhafte Austauschverhältnis betrachtet wurde, als jenes Austauschverhältnis, das sich über alle Schwankungen des Angebots und der Nachfrage und der durch sie bedingten vorübergehenden Modifikation mit einer dem Tauschmechanismus immanenten Schwerkraft und Logik durchzusetzen strebe.

Damit — durch die Heranziehung verschiedener nicht miteinander in Verbindung stehender oder zumindest nicht miteinander in Verbindung gebrachter Erklärungsprinzipien zur Erklärung ein und derselben Erscheinung — war aber offenkundig bereits eine Duplicität oder ein Dualismus in die Erklärung hereingebracht, die bzw. der vom Standpunkt des theoretischen Erkenntnis erfordernisses nicht befriedigen kann. Und wenn später ausdrücklich diese Duplicität, dieser Dualismus, wie insbesondere von Dietzel, als eine wesentliche Voraussetzung der Erklärung überhaupt bezeichnet wurde, so kann dies wohl nichts anderes als „aus der Not eine Tugend machen“ bedeuten. Denn die Austauschverhältnisse oder „Preise“ sind offenbar Erscheinungen einer und derselben Art, logisch einheitlicher Natur, und müssen insofern alle aus einem Prinzip heraus sich erklären lassen und erklärt werden, un beschadet dessen, daß innerhalb der allgemeinen Erklärung zur Erklärung der Sonderart von Sonderfällen dann auch spezielle Prinzipien (wie das „Kosten“prinzip) herangezogen werden können.

Subjektive Momente spielten aber auch noch in anderer Beziehung bei den Klassikern in ihre Erklärung der Austauschverhältnisse herein. Mit den „Produktionskosten“ konnte der „Wert“ jener Güter nicht erklärt werden, die keine Produktionskosten oder zum mindesten keine Reproduktionskosten haben, bzw. bei welchen eine Produktion oder Reproduktion und damit zusammen hängende „Kosten“ nicht in Frage kommen, der Wert der sogenannten nicht beliebig vermehrbbaren, der „Seltenheitsgüter“. Hier mußte man subjektive Gründe allein entscheiden lassen (die „Neigungen“ und die Zahlungskraft der Konsumenten). Und damit mußte die Theorie, als aus mehreren heterogenen und nicht miteinander in logischer Weise irgendwie verknüpften Erklärungsfaktoren zusammengesetzt, in noch erhöhtem Grade als unbefriedigend empfunden werden. Es war schon nicht mehr eine Theorie, sondern drei Theorien bzw. Prinzipien, die der Erklärung ein und derselben Sache dienen sollten, bzw. zur Erklärung ein und derselben Sache herangezogen wurden, oder zum mindesten drei logisch heterogene Bestandteile einer äußerlich als einheitlich auftretenden Theorie vorhanden.

Aber auch innerhalb dieser einzelnen Bestandteile, in jeder Erklärung für sich genommen, war kein befriedigender Zusammenhang. Was die letzte Erklärung, die Erklärung des Wertes der Seltenheitsgüter anbelangt, so haben sich die Klassiker überhaupt wenig Mühe gegeben, hier den Zusammenhang präzis zu erfassen. Die Seltenheitsgüter und ihr Wert erschienen ihnen als eine quantité négligeable. Was sie interessierte, war die „große Masse“ der Güter, „die durch Arbeit gewonnen werden“. Nur diese eigentlich haben einen „Marktpreis“ und einen „natürlichen Preis“. Zu fragen, was den „Preis“ überhaupt, ob „Markt“-preis, ob „natürlicher“ Preis oder „Seltenheitspreis“, bestimmte, dazu kamen sie daher gar nicht. Was die Marktpreiserklärung anbelangt, so beschränkten sie sich dabei wiederum auf die bloße Angabe der Gründe seines Steigens und Fallens, seiner Schwankungen, seiner Bewegung, ohne auch nur ein einigermaßen präzises Bewegungsgesetz aufzustellen, geschweige denn zu zeigen, wodurch eine bestimmte Höhe als solche bedingt würde. Was schließlich ihre Theorie des „natürlichen Preises“ betrifft, die sie allein ausarbeiteten, so beruhte ihre Erklärung entweder auf einer unmöglichen Vereinfachung des Kostenbegriffes oder verlief in einem Zirkel. Das erste ist da der Fall, wo als „Kosten“ homogene Mengen eines als durchaus gleichartig gedachten Kostenfaktors, wie „Arbeitsmengen“, angenommen wurden, das zweite dort, wo diese Kosten selbst als „Werte“ oder „Preise“ gedacht wurden.

Auch bei dieser Erklärung des „natürlichen Preises“ spielten noch manchmal subjektive Momente herein, wie das „toil and trouble“, das bei Adam Smith gelegentlich als Kostenmaß erscheint, und das dann später in der Theorie der modernen englischen Schule (Marshall) eine bedeutende Rolle zu spielen berufen sein sollte. In ihm fand diese Schule den Ansatzpunkt zu einer Modifizierung und Verbesserung der klassischen Theorie, die zugleich ihre grundsätzliche Aufrechterhaltung zu ermöglichen schien. Aber der Grundgedanke, auf dem sie aufgebaut ist, ist damit in Wahrheit fallen gelassen, er ist als unbefriedigend und ungenügend anerkannt, und seiner Anwendung kann nur mehr eine formelle oder sekundäre Bedeutung zukommen.

Erwies sich das Erklärungsprinzip der Klassiker als unzulänglich zur Erklärung des Tauschwertes im allgemeinen, so erwies es sich umso mehr als unzulänglich zur Erklärung des besonderen Wertes der „Produktionsmittel“, Boden, Kapital und Arbeit, bzw. der mit verschiedenen Mengen dieser Produktionsmittel hergestellten Güter und somit der Einkommensbildung. Der Wert der Arbeit mußte als eine durch außerhalb des Tauschmechanismus gelegene Umstände bestimmte, für diesen „gegeben“ Größe angenommen bzw. vorausgesetzt, der Wert des Bodens mußte teilweise historisch erklärt werden, und

für den Wert des Kapitals fand man zunächst überhaupt keinen Erklärungsgrund, bis durch Marx mittels einer ganz willkürlichen und gekünstelten Konstruktion diese Lücke formell geschlossen wurde, wodurch aber die Unhaltbarkeit der ganzen Theorie nur um so deutlicher in Erscheinung trat.

In der Werttheorie Karl Marx' hat der klassische Erklärungsversuch seinen formellen Abschluß und zugleich den formal vollkommensten Ausdruck gefunden. Damit war die Entwicklung der klassischen Theorie zu einem Ende gelangt, damit aber auch die logische Bedeutung und der wissenschaftliche Wert ihrer Grundgedanken. Denn eine Theorie, die der Forschung keine Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung mehr bietet, ist materiell tot, hat sich „ausgelebt“ und überlebt. Das „toil and trouble“ bildet einen solchen Ausgangspunkt nicht; denn es ist ein dem Gedankengefüge der Klassiker logisch fremder Bestandteil. Und dasselbe gilt von allen anderen subjektiven Erklärungsmomenten, die bei den Klassikern gelegentlich auftauchen. Deshalb können die Versuche zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, welche wie die der Neoklassiker und insbesondere auch der Dietzels darauf hinauslaufen, zu zeigen, daß die Klassiker auch die subjektiven Bestimmungsgründe der Preise in befriedigender Weise berücksichtigt hätten. Denn es ist etwas anderes, gelegentlich von solchen Bestimmungsgründen zu sprechen, und, daraus ein einheitliches, auf alle Arten von Preisen anwendbares Erklärungsprinzip zu formulieren sowie die ganze Erklärung konsequent und systematisch darauf aufzubauen, wie es die Grenznutzenschule nachher gemacht hat.

Die klassische Theorie schien in den „Produktionskosten“ bzw. in den „Arbeitskosten“ als den zur Produktion der Güter erforderlichen „Arbeitsmengen“ einen einfachen Tatbestand und Begriff gefunden zu haben, mit dem man die Austauschverhältnisse der Güter auf einfache Weise erklären zu können hoffte, aber zum Schlusse stellte sich heraus, daß man damit die Zusammenhänge zu einfach gesehen und demzufolge nur mit einer Reihe von komplizierten Hilfskonstruktionen ans Ziel gelangen konnte¹⁾). So einfach sich die klassische Theorie auf den ersten Blick präsentierte, so unmöglich kompliziert ist sie in Wahrheit nach ihrer vollkommenen Ausbildung, und diesem Tatbestande ist man lange Zeit rat- und hilflos gegenübergestanden, bis man sich endlich entschloß, ihren Grundgedanken aufzugeben und auf einer völlig anders gearteten Basis ein neues Gebäude aufzuführen. Das ist im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts durch die „Grenznutzen“-Schule, deren Entstehung gleichzeitig auf Jevons, Walras und Carl Menger zurückgeht, geschehen.

¹⁾ Vgl. darüber mein „Ricardo als Begründer der theoretischen Nationalökonomie“. Gustav Fischer, Jena 1924.

2. Die Grenznutzenschule.

Die Grenznutzentheoretiker knüpfen an jenen Punkt an, der bei den Klassikern der dunkelste geblieben war, dem Problem der Wertbestimmung der Seltenheitsgüter, und nahmen den Gedanken zur Werterklärung auf, der den Klassikern im Hinblick auf das bekannte „Wertparadoxon“ geradezu als der ungeeignetste erschienen war, und den diese deshalb, kaum als sie ihn erwähnt hatten, schon wieder fallen lassen zu müssen glaubten, nämlich den „Nutzen gedanken“. Die Duplicität der Werterscheinungen, von „Gebrauchswert“ und „Tauschwert“, auf die schon die Klassiker hingewiesen hatten, wurde von ihnen durchleuchtet, das Paradoxon aufgelöst, die Beziehung zwischen „Gebrauchswert“ und „Tauschwert“ entdeckt, und damit der Dualismus in der Werterkklärung, der die klassische Theorie, wie wir gesehen haben, nach mehreren Richtungen hin charakterisiert, beseitigt und eine Werttheorie wahrhaft „aus einem Gusse“ geschaffen. Es wurde von ihnen ein Prinzip gefunden, welches die Wertbildung in allen ihren Formen in gleicher Weise zu beherrschen scheint und aus welchem heraus sich alle Wertformen in gleicher Weise erkären lassen mochten, der „Gebrauchswert“ wie der „Tauschwert“, der „natürliche Preis“ wie der „Marktpreis“, der Wert der „Seltenheitsgüter“ wie der „Arbeitsprodukte“. Es kam damit eine Werttheorie zustande, die allen formalen Forderungen, die an eine Theorie gestellt werden müssen, voll entspricht, und dies ist etwas, was diese „moderne“ Theorie gewiß zu ihrem Vorteil von der klassischen unterscheidet. Ob sie in materialer Hinsicht richtiger oder vollkommener ist, das ist eine andere Frage, die zu untersuchen ist.

Jenes Prinzip ist das Prinzip der Nützlichkeit eines konkreten Gutes bzw. einer Teilmenge eines gegebenen Gütervorrates, des von dieser Teilmenge abhängigen Nutzens oder „Grenznutzens“. Es ist ein subjektiver Tatbestand und ein subjektives Prinzip, ein Tatbestand, der allen Werterscheinungen zugrunde liegt, ein Prinzip, aus welchem sie alle in letzter Linie einheitlich erklärbar sind. Diese moderne Theorie, die einzige, die seit dem Zusammenbruch der klassischen allgemeinere Anerkennung sich zu erringen imstande war, ist demnach „subjektivistisch“. Sie geht darauf aus, die Werterscheinungen bzw. Austauschverhältnisse aus einem subjektiven Bezugsverhältnis heraus zu erklären, dem subjektiven Verhalten des Menschen zu den Gütern, sie betrachtet sie demnach als wesentlich subjektiv bedingte Erscheinungen.

Damit haben die Grenznutzentheoretiker aber nicht nur ein neues Erklärungsprinzip an Stelle eines alten gesetzt und die Erklärungsmethode geändert, sondern

den ganzen Gesichtspunkt der Betrachtung verändert und den Rahmen der Theorie gegenüber der klassischen verschoben und erweitert. Sie haben begonnen, die Tauschprobleme als spezifisch „wirtschaftliche“ zu betrachten, den „Wert“begriff und die Werttheorie als einen „wirtschaftlichen“ bzw. eine „wirtschaftliche“ aufzufassen, und damit das ganze Objekt der Betrachtung und den Gesichtspunkt der Betrachtung zu verschieben. Die Tauschprobleme, die den eigentlichen Gegenstand der klassischen Betrachtung bildeten, treten nun methodologisch zurück in die zweite Reihe, in der ersten erscheint nun ein allgemeines „Wert“problem, und dieses wurde als das Haupt- und Grundproblem der ganzen Wissenschaft angesehen, dem gegenüber die Tauschprobleme nur Spezialprobleme bildeten. Die Grenznutzentheorie ist deshalb vor allem eine allgemeine „Wert“theorie oder Wertungstheorie und betrachtet die „Werttheorie“ im alten Sinne nur als einen besonderen, wenn auch wichtigen Anwendungsfall jener allgemeinen Wertungstheorie bzw. jenes allgemeinen Wertungsprinzips.

Die „Wert“theorie in diesem Sinne ist aber wesentlich psychologischer Natur, und das heißt, daß die Grenznutzentheoretiker in erster Linie Psychologen sein und Psychologie treiben müssen. Allein sie sind auf diesem Gebiete „Dilettanten“ — wenn auch im besten Sinne und in der besten Absicht — geblieben, und dies hatte zur Folge, daß gerade ihre allgemeine Werttheorie nicht nur — und insbesondere von Psychologen — außerordentlich umstritten ist, sondern sich auch innerlich uneinheitlich, von weitgehenden Divergenzen beherrscht darstellt. Die Grenznutzentheoretiker treiben zwar Psychologie, aber nicht „wissenschaftliche“, d. h. auf fachwissenschaftlicher Grundlage beruhende Psychologie. Sie haben diese Art der psychologischen Fundierung und Durchbildung ihrer Theorie damit zu rechtfertigen versucht, daß es sich nach ihrer Anschauung dabei nicht um die Gewinnung und Verwendung fachwissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern lediglich um die Formulierung einer einfachen, jedem zugänglichen psychologischen Alltagserfahrung handle. Allein das bedeutet nichtsdestoweniger wissenschaftliche, und das heißt, fachwissenschaftlich-methodische Begriffsbildung, und über deren Richtigkeit und Zulänglichkeit kann in letzter Linie nur die psychologische Fachwissenschaft entscheiden. Deren Kritik war aber den Begriffsbildungen der Grenznutzentheoretiker bisher nicht günstig¹⁾.

Es handelt sich dabei vor allem darum, ob die verwendeten psychologischen Grundbegriffe, wie der des „Nutzens“ im allgemeinen und der des „Grenz-

¹⁾ Vgl. darüber Kraus „Zur Theorie des Wertes“ (Halle 1901) und „Grundlagen der Werttheorie“ in „Jahrbücher der Philosophie“, II. Bd. 1914.

nutzens“ im besonderen klare und haltbare psychologische Begriffe sind, ob es Quantitäts- oder Intensitätsgrößen sind, ob und wie diese meßbar sind u. dgl. Die, bisher wenigstens, sehr unbefriedigende Lösung dieser Fragen einerseits und die Problematik der Verbindung so heterogener Bestandteile wie einer Nutzen- und Wertungstheorie und einer Tauschwerttheorie zu einem einheitlichen Ganzen andererseits ist einer der Hauptgründe, weshalb die Grenznutzentheorie zu einer völlig allgemeinen Anerkennung nicht gelangen konnte. Ihre Gegner weisen nicht mit Unrecht darauf hin, daß sie einen Gegenstand behandle, der der Nationalökonomie an sich fremd und ihren Methoden nicht zugänglich sei und dessen Artung für die Lösung der nationalökonomischen Probleme nicht von Relevanz sei. Die Frage der Relevanz in nationalökonomischer Beziehung kann freilich erst nach einer näheren Prüfung der Bedeutung der Ergebnisse jener psychologischen Theorie für die Lösung der nationalökonomischen Probleme entschieden werden.

Dabei zeigt sich aber, daß die Art der Anwendung der Grenznutzentheorie als Wertungslehre auf die nationalökonomischen Probleme in noch höherem Maße verschieden ist als die Durchbildung jener Wertungstheorie selbst. Man kann vor allem zwei, sich kaum mehr als in dem Grundgedanken der Anwendung des Grenznutzenbegriffs als Erklärungsprinzip der Tauschvorgänge berührende Richtungen unterscheiden, die von Jevons und Walras, der in der deutschen Literatur hauptsächlich Schumpeter und WickSELL gefolgt sind, und die der „österreichischen Schule“, wie sie im Anschluß an Carl Menger, v. Wieser und v. Böhm-Bawerk ausgebildet worden ist. Von diesen beiden muß die zweite als die einfachere, aber auch wegen ihrer Einfachheit als die unzulänglichere, die erste als die formell vollkommenere bezeichnet werden.

Nach der Lehre der österreichischen Schule¹⁾ wird der Preis eines Gutes durch

¹⁾ Vgl. hierüber insbesondere Böhm-Bawerk, „Kapital und Kapitalzins. Zweite Abteilung. Positive Theorie des Kapitales.“ Vierte Auflage. Gustav Fischer, Jena. Erster Band, S. 258 ff.; Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“ in „Grundriß der Sozialökonomik. I. Abteilung.“ Zweite Auflage. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1924. §§ 30 ff., dazu meine Abhandlung: „Wiesers Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“ im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, Bd. 53, 1924/25; ferner Zuckerkandls Artikel „Preis“ im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ Vierte Auflage. VI. Band. 1925. Die obige Darstellung schließt sich an die Formulierung Böhm-Bawerks an, die mir formell vollkommener zu sein scheint, als die Wiesers. Diesem gebührt aber das Verdienst, durch Erfassung der „Kosten“ als Spezialfall des „Nutzens“ bzw. „Grenznutzens“ die Möglichkeit zu einer systematisch befriedigenden Ausbildung der Grenznutzentheorie als Preistheorie innerhalb der österreichischen Schule geschaffen zu haben.

die subjektiven Wertschätzungen jener Tauschpaare bestimmt, die an der Grenze der Tauschfähigkeit stehen, jenes Tauschpaars, das gerade noch zum Tausche gelangt, vermöge seiner Wertschätzungen den Tausch gerade noch vollziehen kann, einerseits und jenes Paars, das gerade nicht mehr tauschen kann, weil seine Wertschätzungen hinter jener Größe, welche die Voraussetzung für das Zustandekommen eines Tauschaktes bildet, zurückbleiben, also durch die Wertschätzungen des vermöge derselben am wenigsten tauschfähigen der zum Tausche gelangenden Tauschpaare und des vermöge derselben tauschfähigsten der vom Tausche bereits ausgeschlossenen Paare von Tauschlustigen. Als Wertschätzungen der „Grenzpaare“ kommen in Betracht sowohl ihre Wertschätzungen für das einzutauschende „Tauschgut“ wie die für das auszutauschende, hinzugebende Gut oder „Preisgut“. Es handelt sich also um ein Verhältnis von Wertschätzungen oder um ein Wertungsverhältnis. Man kann den Zusammenhang also präziser auch so fassen: Der Preis wird bestimmt durch die Wertschätzungen (als Wertungsverhältnis) der Kaufwerber, die von allen zum Tausche gelangenden das Tauschgut im Verhältnis zum Preisgut am niedrigsten schätzen, und der Verkaufswilligen, die von allen, die zum Tausche gelangen, es derart am höchsten schätzen, als *Obergrenzen*, und durch die Wertschätzungen jener vom Tausche ausgeschlossenen Kaufwerber, die die Ware im Verhältnis zum Preisgut am höchsten schätzen, sowie jener ausgeschlossenen Verkaufswilligen, die sie am niedrigsten schätzen, als *Untergrenzen*. Die Sachlage vereinfacht sich für den Fall, als es sich um Tauschgüter handelt, die für die Verkaufswilligen keinen Eigenwert haben, also „Waren“ im eigentlichen Sinne, in der Weise, daß man sagen kann: der Preis wird bestimmt durch die Wertschätzungen der tatsächlich zum Kaufe gelangenden Kauflustigen, die von allen die Ware im Verhältnis zum Preisgut am niedrigsten schätzen, als *Obergrenze*, und die Wertschätzung derjenigen von den ausgeschlossenen Kauflustigen, die sie am höchsten schätzen als *Untergrenze*. Für den auf einem großen Markte empirisch regelmäßig zutreffenden Sonderfall, als die Reihe der verschiedenen in Betracht kommenden Wertschätzungen eine kontinuierliche ist, vereinfacht sich das Preisgesetz noch weiter, so daß man sagen kann: der Preis wird bestimmt durch die Wertschätzung desjenigen von den tatsächlich zum Tausche gelangenden Kauflustigen, der die Ware im Verhältnis zum Preisgut am niedrigsten schätzt.

Damit ist ein überaus einfacher Ausdruck für die Bestimmtheit der Höhe des Preises gewonnen, ein Ausdruck, der an Einfachheit dem der Klassiker nicht nachsteht, der zu dem dieser nur durch seinen rein subjektiven Charakter in Gegen- satz steht aber wie jener mannigfachen Einwendungen ausgesetzt ist.

Das Unbefriedigende dieser Erklärung liegt vor allem darin, daß hier die Preishöhe auf eine Größe zurückgeführt wird, die selbst nicht vor und unabhängig von jener, sondern erst im Zusammenhang mit ihr bestimmt oder gegeben ist. Es ist die „Wertschätzung des letzten Käufers“ bzw. die niedrigste von den Wertschätzungen der tatsächlichen Käufer. Wer aber die tatsächlichen Käufer sind, bzw. wer der „letzte“ tatsächliche Käufer ist, das ist eben vom bestimmten bzw. dem zu bestimmenden Preis selbst abhängig, damit natürlich auch die Größe der Wertschätzungen, durch die der Preis als bestimmt angesehen wird. Die Erklärung bewegt sich also in einem Zirkel. Es wird zwar nicht ein Preis aus anderen erklärt, wie in der primitiven Produktionskostentheorie der Klassiker, aber es wird ein Preis aus einer Größe erklärt, die selbst nur durch eben diesen Preis eine bestimmte sein kann. Der Preis einerseits und die „Wertschätzung des letzten Käufers“ oder „Grenzkäufers“ andererseits sind sich gegenseitig bedingende und nicht einseitig und in der Richtung voneinander abhängige Größen, wie es diese Schule der Grenznutzentheorie, die österreichische, auffaßt. Dieser Zusammenhang kann nur in der Form eines funktionellen Verhältnisses und nicht eines einseitigen Abhängigkeitsverhältnisses zum Ausdruck gebracht werden. (Hierin liegt dann eine Notwendigkeit zu mathematischer Ausdrucksweise vor, der sich die österreichische Schule in Verkennung dieses Tatbestandes entziehen zu können geglaubt hat.)

Aber ein Zirkel ist in dieser Erklärung auch noch in anderer Beziehung zu finden. Die Wertschätzungen, durch welche die Grenznutzentheorie in ihrer österreichischen Fassung den Preis eines Gutes bestimmt sein läßt, setzen andere Preise voraus, wenn man sich nicht lediglich auf den praktisch ganz unwichtigen Fall eines isolierten Tausches zwischen zwei einzigen Gütern beschränken will. Was bzw. wieviel jemand von einem ihm zur Verfügung stehenden Preisgute für ein bestimmtes Tauschgut geben will und kann, das hängt ganz davon ab, wieviel er für andere von ihm ebenfalls begehrte Tauschgüter geben muß, wieviel ihm diese „kosten“ bzw. welchen Preis er dafür bezahlen muß. Es ist keine befriedigende Erklärung der Austauschverhältnisse, wenn bloß ein einzelnes isoliertes Austauschverhältnis unter Voraussetzung anderer erklärt wird.

Schließlich liegt eine weitere ungelöste Schwierigkeit in der Preiserklärung der österreichischen Schule darin, daß sie dem praktisch regelmäßigen Fall, daß das Preisgut für die Tauschenden keinen Eigenwert hat, also „Geld“ ist, nicht gerecht wird und nicht gerecht zu werden vermag. Weder der Käufer noch der Verkäufer hat für das Geld eine originäre Wertschätzung, die Wertung

des Geldes hängt vielmehr von der der Güter ab, die man mit ihm kaufen kann, und diese setzt wieder, um bestimmt zu sein, bestimpte Preise voraus. Auch die Zurückführung dieser Wertschätzung auf das „Einkommen“, die Wieser vornimmt, vermag diese Schwierigkeit nicht zu lösen, denn abgesehen davon, daß die Größe des Einkommens selbst wieder durch Preise — die Preise der Produktionsmittel, durch deren Verkauf man das Einkommen erwirbt, — bedingt ist, ist ja auch die Wertschätzung der Einkommensanteile durch Preise bedingt, die Preise der Güter nämlich, die man kaufen will.

Ein weiterer Mangel der österreichischen Theorie ist ferner auch, daß sie von einer gegebenen Menge von zum Absatz gelangenden Gütern, zunächst fertigen Gütern, dann Produktionsmitteln, ausgeht, ohne auch den Fall in Betracht zu ziehen, daß das Angebot ebenfalls von den Preisen abhängig ist. Die Voraussetzung gegebener Angebotsmengen ist zunächst durchaus zulässig und trifft für die Marktpreisbildung in einem gegebenen Augenblick sogar regelmäßig und insbesondere für Genußgüter zu. Aber man darf nicht dabei stehenbleiben. In einem durch eine bestimmte Zeitperiode hindurch bestehenden Gleichgewichtszustande hängt das Angebot an Genußgütern ab von dem Angebot an Produktionsmitteln und diese in vielen Fällen von den Preisen, die dafür bezahlt werden. Die österreichische Theorie läßt die Preise der Produktionsmittel lediglich einseitig von den Preisen der Genußgüter und der darauf sich aufbauenden Nachfrage nach bzw. den dadurch bedingten Wertschätzungen für die Produktionsmittel bestimmt sein. Sie leitet die Preise der Produktionsmittel einseitig von den Preisen der Produkte ab, ebenso wie sie die Preise der Produkte einseitig von den Wertschätzungen für sie ableitet. Es besteht aber ein wechselseitiger Zusammenhang zwischen den Preisen der Produkte und den Preisen der Produktionsmittel, ebenso wie ein wechselseitiger Zusammenhang besteht zwischen den Wertschätzungen, die die Preise der Produkte bestimmen und eben diesen Preisen. Dieser Zusammenhang kann wieder nicht anders als in Gestalt eines Funktionsverhältnisses dargestellt werden.

Es besteht überhaupt ein wechselseitiger Zusammenhang, ein funktionelles Abhängigkeitsverhältnis, wie zwischen allen Preisen bzw. den Preisen aller Güter, der Genußgüter untereinander, sowie der Genußgüter einerseits und der Produktionsmittel andererseits, so auch zwischen allen Größen, die im Preisbildungsprozeß vorkommen, den Wertschätzungen der Nachfragenden und der Anbietenden, sowie den nachgefragten und angebotenen Mengen und den Verhältnisgrößen, die als Preise erscheinen. Und darin, daß die österreichische Theorie diesen Zusammenhang nirgends beachtet und zum Ausdruck bringt, liegt der Hauptgrund ihres im allgemeinen so unbefriedigenden Eindrucks.

Die vollkommenste Fassung hat die Preiserklärung durch die Grenznutzentheorie in der deutschen Literatur durch Wicksell erfahren. In ihr sind die meisten dieser der österreichischen Theorie anhaftenden Mängel vermieden. Auch vom Standpunkte der reinen Erklärung der Preise aus dem Grenznutzen, also inbezug auf Geradlinigkeit und Folgerichtigkeit, stellt sich die Wicksellsche Fassung als die ungleich vollkommenere dar. Wicksell führt die Preise tatsächlich direkt auf den Grenznutzen zurück, was in der österreichischen Theorie keineswegs der Fall ist. Weder die Formel Wiesers noch die Böhm-Bawerks noch die Zuckerkandls enthalten die psychische Größe des Grenznutzens als Faktor. Sie operieren alle mit „Höchstgeboten“, welche bei Böhm-Bawerk explizite in Geldeinheiten ausgedrückt werden und wohl auch bei Wieser und Zuckerkandl nichts anderes vorstellen können als bestimmte Mengen eines Preisgutes. Es wird bei allen erst hinterher eine bestimmte Beziehung zwischen dem Preis und dem Grenznutzen konstatiert, aber jener nicht aus diesem abgeleitet.

Demgegenüber basiert Wicksell tatsächlich die Erklärung direkt auf den Grenznutzen. Er operiert aber nicht mit dem isolierten, für sich bestehenden Grenznutzen der einzelnen Güter, sondern mit einer „Gesamtnutzenfunktion“ aller Güter, die man erwerben will, und den davon abgeleiteten („derivierten“) Nutzenfunktionen (Grenznutzen) der einzelnen Güter, welche die Gestalt $F_a(a, b, c \dots)$, $F_b(a, b, c \dots)$ usw. haben (und für gewisse Güter, die man nämlich nicht begeht, gleich 0 sind). Der Grenznutzen eines bestimmten Gutes wird hier als die Differenz zwischen dem Gesamtnutzen aller Güter, über die man verfügt, bzw. die man begeht, und dem Gesamtnutzen aller dieser Güter mit Ausnahme jenes Gutes bzw. einer Einheit jenes Gutes, dessen Grenznutzen in Frage steht, aufgefaßt, oder der Zunahme des Gesamtnutzens, welche eintritt, wenn man diese Gütereinheit hinzu erwirbt. Der Preis wird als bestimmt angesehen durch die Gleichgewichtsbedingung der Einzelwirtschaft wie des Marktes, die durch ein System von Gleichungen dargestellt wird, welche einerseits die Proportionalität zwischen den Warenpreisen und den Grenznutzenschätzungen der verlangten Güterquantitäten und andererseits die Gleichheit der Summe des Tauschwertes der ausgetauschten Güter mit der Tauschwertsumme der eingetauschten Güter für jedes Tauschsubjekt und außerdem die Gleichheit der Summe aller von den einzelnen Tauschenden verlangten Teilquantitäten mit der auf dem Markte vorhandenen Gesamtquantität der verschiedenen Güter zum Ausdruck bringen, also

1. $F_x : F_y : F_z : \dots = p_a : p_b : p_c : \dots$
2. $p_a \cdot x + p_b \cdot y + p_c \cdot z + \dots = p_a \cdot a + p_b \cdot b + p_c \cdot c + \dots$
3. $\Sigma(x) = A, \Sigma(y) = B, \Sigma(z) = C$ usw.,

wobei p_a, p_b, p_c usw. die Preise der Güter, x, y, z usw. die Mengen der eingetauschten Güter, a, b, c usw. die Mengen der dafür ausgetauschten Güter und $\Sigma(x), \Sigma(y), \Sigma(z)$... die Summen der verlangten Teilquantitäten der Güter, also $x_1 + x_2 + x_3$ usw., $y_1 + y_2 + y_3 + \dots, z_1 + z_2 + z_3 + \dots$ und A, B, C usw. die auf dem Markte vorhandenen Gesamtmengen der Güter bedeuten¹⁾.

Diese Fassung ist dem Einwande, daß der Zusammenhang der Wertschätzungen für die verschiedenen Güter und der Preise miteinander, ihre gegenseitige Abhängigkeit voneinander, sowie überhaupt die gegenseitige Abhängigkeit aller im Preisbildungsmechanismus enthaltenen Faktoren voneinander nicht berücksichtigt wird, nicht ausgesetzt. Wohl aber ist auch bei ihr die Bedingtheit der Wertschätzung der Produktionsmittel durch den Preis der Produkte, sowie überhaupt die Abhängigkeit der Grenznutzenschätzung von deren Austauschverhältnis zum mindesten nicht zu klarem Ausdruck gebracht und der Fall des Austausches gegen ein Preisgut ohne Eigenwert unberücksichtigt gelassen. Sieht man davon ab und geht man von gegebenen Mengen von Produkten oder Produktionsmitteln aus, dann hat man tatsächlich eine vom Standpunkt der Grenznutzentheorie aus vollkommene Preisbestimmungsformel vor sich, und ihr gegenüber erhebt sich nun die Frage, ob die Erklärung des Preises mit Hilfe der Grenznutzenvorstellung und des Grenznutzenbegriffs überhaupt und im Prinzip befriedigen kann.

Diese Frage muß aber verneint werden. Die mathematische Form, in der diese Erklärung hier auftritt (und in der jede zulägliche Erklärung der Preisbildung wegen der großen Zahl der einander bedingenden Faktoren und der Kompliziertheit dieser Bedingtheit auftreten muß), kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hinter der Form kein Inhalt verbirgt. Die Nutzenfunktionen, mit denen Wicksell hier operiert, sind nämlich gar keine richtigen mathematischen Funktionen, sie enthalten und ergeben nämlich keine extensiven Größen, mit denen man mathematisch allein operieren kann, sie stellen einen rein biologischen Ausdruck, einen Analogieausdruck für einen empirischen Tatbestand dar, der nur Qualität und (vielleicht) Intensität, aber keine Quantität hat. Diese ganze Gleichung ist deshalb nur eine Scheingleichung, keine Gleichung im mathematischen Sinn. Wir bekommen für sie auf der linken Seite keine „Werte“.

¹⁾ Vgl. Wicksell, Vorlesungen über Nationalökonomie auf Grundlage des Marginalprinzips. Theoretischer Teil. Gustav Fischer, Jena 1913. Erster Band, S. 98 f. und 118 f.

Diese Gleichungen können deshalb niemals ein extensives Größenverhältnis ergeben, wie es der Preis darstellt. Wicksell ist deshalb schwer im Irrtum, wenn er glaubt, „das Problem würde sich mathematisch lösen lassen, falls die Funktionsformen $F()$ usw. genau bekannt wären“ (a. a. O. S. 98). Diese „Funktionsformen“ könnten, auch wenn sie „genau bekannt wären“, nie in mathematischen Größen, in Zahlengrößen ausgedrückt werden, sie sind keine Quantitäts-, sondern Intensitätsfunktionen.

Und dies ist der entscheidende Einwand, der gegen jede Art und gegen jeden Versuch einer rein subjektivistischen Preiserklärung, einer Preiserklärung unmittelbar aus subjektiven Nutzenschätzungen spricht. Man kann keinen direkten quantitativen Zusammenhang zwischen zwei Phänomenen konstruieren, von denen das eine keine quantitative Bestimmtheit bzw. Bestimmungsmöglichkeit aufweist, sondern eine lediglich intensive Größe darstellt. In dieser logischen „Inadäquatheit“ des Erklärungsfundaments dem zu erklärenden Phänomen gegenüber liegt der letzte Grund, weshalb alle rein subjektivistischen Erklärungsversuche, das heißt alle Erklärungsversuche, welche ohne ein wenigstens objektivierendes und quantifizierendes Zwischenglied hinweg die rein objektive Tatsache bestimmter quantitativer Austauschverhältnisse aus rein subjektiven, psychischen Phänomenen erklären wollen, unbefriedigend bleiben, scheitern müssen.

Wieser und Zuckerkandl haben implizite und Böhm-Bawerk explizite ein solches objektivierendes Zwischenglied eingeschaltet. Sie operieren nicht mit Nutzenschätzungen, sondern mit Tauschwertsschätzungen¹⁾. Das ist vom Standpunkt der Grenznutzentheorie inkonsistent, aber diese Inkonsistenz allein kann eine Erklärung ermöglichen. Was vom Standpunkt der Grenznutzenschule aus ein Vorteil ist, — die Konsequenz Wicksells — ist vom Gesichtspunkt einer befriedigenden Erklärung aus ein großer Nachteil. Man kann die Preise nicht direkt auf den Grenznutzen, auf die Nutzwertschätzung des „letzten Käufers“ zurückführen, sie in ihrer Höhe durch diesen Nutzen als direkt bestimmt ansehen, man muß ein quantifizierendes Zwischenglied einschalten, einen quantitativ bestimmten Ausdruck für die Nutzenschätzung. Man kann um einen solchen quantifizierenden Ausdruck nicht herumkommen.

Dann erhebt sich freilich die Frage, was der Grenznutzenbegriff und die Grenznutzentheorie im engeren Sinn als Nutzenschätzungs- oder Wertungstheorie überhaupt bedeutet und leistet. Für die Preiserklärung sehr wenig. Für sie ist lediglich die Tauschwertsschätzung von Bedeutung. Diese

¹⁾ Für Wieser könnte das bestritten werden, aber dann würden seine Schätzungs-begriffe ihren klaren Sinn verlieren.

geht freilich auf die Nutzwertschätzung zurück. Aber in welcher Weise dies der Fall ist, wie sie entsteht, das ist für die Preiserklärung ohne Belang. Für die Preisbildung ist einzig maßgebend, wie die Tauschwertschätzung der Käufer (und eventuell Verkäufer) ist, nicht, wie sie geworden ist. Sie ist für diese ein Datum. Für eine weitergehende „wirtschaftliche“ Betrachtung kann die genaue Kenntnis des Wertbildungsprozesses von seinem Ursprung an möglicherweise wohl von Bedeutung sein. Zur Preiserklärung ist sie jedenfalls nicht notwendig.

Auch die Entwicklung der Grenznutzentheorie scheint extensiv und intensiv beendet zu sein. Sie hat sich in den letzten Jahrzehnten weder weiter auszubreiten noch innerlich zu vervollkommen vermocht. Es ist ein ähnlicher Zustand eingetreten, wie er um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nach Erstarrung der klassischen Theorie geherrscht hat. Es ist etwas Neues nötig, wenn die Theorie wieder lebendig und Entwicklungsfähig werden soll. Ein solches Neues ist nun auch, wenn auch vorerst nur in vereinzelten Ansätzen vorhanden, und es gilt zu prüfen, welche Aussicht auf Bewährung es hat. Es kommen in dieser Hinsicht hauptsächlich die Versuche Cassels, Oppenheimers und Liefmans, Engländers und Engliß in Betracht. Cassels Versuch ist schon älteren Datums, während die Versuche der anderen erst in das letzte Jahrzehnt fallen. Aber auch der Erklärungsversuch Cassels hat erst in neuester Zeit die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich zu ziehen vermocht. Zur Zeit, in der seine erste Veröffentlichung fällt (1899), war das Interesse für die Theorie in Deutschland zu gering und, insoweit es vorhanden war, zu sehr durch die Ausbildung der Grenznutzentheorie in Anspruch genommen, als daß es für die Würdigung des Casselschen Versuchs ausgereicht hätte. Deshalb ist dieser Versuch zunächst ziemlich unbeachtet geblieben, bis dann das Erscheinen des Casselschen Lehrbuchs der „Theoretischen Sozialökonomik“ (1918) ihm die gebührende Beachtung gesichert hat.

3. Die Casselsche Preistheorie.

Cassel geht einen vollkommen neuen Weg¹⁾. Er geht bewußt und konsequent von Tauschwertschätzungen aus, die er als gegeben annimmt, deren Zustandekommen, deren psychologische Bedingtheit er nicht weiter untersucht. Dadurch hat seine Theorie nichts von der psychologischen Problematik an sich, welche der

¹⁾ Vgl. Cassel, „Grundriß einer elementaren Preislehre“ in „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, 1899, und „Theoretische Sozialökonomie“. Dritte Auflage. Leipzig 1924. Dazu meine Abhandlung: „Cassels System der theoretischen Nationalökonomie“ im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, Band 51.

Grenznutzentheorie in so hohem Maße anhaftet. Sie ist aber nichtsdestoweniger gleichzeitig „subjektivistisch“ in dem Maße, in welchem dies eine Preistheorie unbedingt sein muß. Cassel geht aber weiter nicht von isolierten Tauschwertsschätzungen für ein einzelnes Gut aus, sondern von einem System voneinander abhängiger Tauschwertsschätzungen für eine Gesamtheit von Gütern, die zum Tausche angeboten und begehrt werden. Dieses System von Tauschwertsschätzungen ist aber abhängig von den Preisen dieser Güter, die ebenfalls nur als ein System voneinander und, umgekehrt, von dem System der Tauschwertsschätzungen selbst, abhängiger Größen aufgefaßt werden können. Dadurch wird die gegenseitige Abhängigkeit der Preise aller Güter und Tauschwertsschätzungen untereinander und voneinander zum Ausdruck gebracht. Ein solcher Ausdruck ist exakt aber nur durch ein mathematisches Gleichungssystem mit funktionellen (variablen) Größen möglich. Dieses Gleichungssystem ist indessen überaus einfach.

Es lautet:

$$\begin{aligned}N_1 &= F_1(p_1, p_2 \dots p_n) \\N_2 &= F_2(p_1, p_2 \dots p_n) \\&\dots \\N_n &= F_n(p_1, p_2 \dots p_n)\end{aligned}$$

Das heißt: Bei bestimmten Preisen der Güter (aller begehrten und zum Absatz bereiten Güter), $p_1 \dots p_n$, und bestimmten Geldvorräten oder -einkommen der Tauschsubjekte wird von ihnen eine bestimmte Menge von allen, $N_1 \dots N_n$, begehrt. Jedes einzelne Tauschsubjekt teilt unter Voraussetzung bestimmter Preise der Güter oder eines bestimmten Preissystems sein Einkommen oder seinen Geldvorrat zum Ankaufe dieser Güter in bestimmter Weise auf, kauft eine bestimmte Menge von allen diesen Gütern (die für einzelne auch 0 sein kann). Infolgedessen wird durch ein bestimmtes Preissystem, und nur durch ein solches, ein bestimmtes Gesamtbegehr für alle Güter bedingt, $(N_1 \dots N_n)$. Wenn sich das Preissystem ändert, und das heißt, wenn sich auch nur einer der Preise der verschiedenen Güter ändert, so ändert sich auch das System der begehrten Mengen, aber nicht notwendig die begehrte Menge dieses Gutes, dessen Preis sich geändert hat. Wenn sich zum Beispiel p_3 ändert, so ändert sich nicht notwendig N_3 , aber das System $N_1 \dots N_n$, d. h. irgendein oder irgendwelche Werte des selben. Ist nun bei einem bestimmten Preissystem ein bestimmtes System der begehrten Mengen gegeben, so muß umgekehrt auch einem bestimmten System begehrter Mengen der verschiedenen Güter ein bestimmtes Preissystem entsprechen. Nun ist in Wirklichkeit ein bestimmtes System der begehrten Mengen der verschiedenen Güter dann gegeben, wenn eine bestimmte gegebene Menge von allen, das heißt ein bestimmtes „Angebot“ vorhanden ist. Unter der Voraussetzung, daß diese Mengen Absatz finden sollen, was bei freier Konkurrenz

in der Regel zutrifft, müssen sie alle in dem Verhältnisse, in welchem sie vorhanden sind, begehrt werden. Das ist aber nur bei einem diesem Mengenverhältnisse (und den Nachfragefunktionen) entsprechenden bestimmten Preissystem möglich. Deshalb ist das Preissystem bestimmt, wenn die Angebotsmengen und die Nachfragefunktionen gegeben sind, was man dadurch ausdrückt, daß man $N_1 \dots N_n$ eliminiert bzw. durch die bekannten Angebotsmengen $A_1 \dots A_n$ ersetzt (oder die nachgefragten Mengen den angebotenen „gleichsetzt“), also:

schreibt.

Insoferne man die angebotenen Mengen nicht als gegeben annehmen will, müssen sie selbst als Funktionen der Preise aufgefaßt werden. Anstatt $A_1 \dots A_n$ treten dann ebenfalls bestimmte Funktionen der Preise $p_1 \dots p_n$ an ihre Stelle, was man so ausdrücken kann:

$$\begin{aligned} F'_1(p_1 \dots p_n) &= F_1(p_1 \dots p_n) \\ F'_2(p_1 \dots p_n) &= F_2(p_1 \dots p^n) \\ &\vdots \\ F'_n(p_1 \dots p_n) &= F_n(p_1 \dots p_n)^{-1}. \end{aligned}$$

In allen diesen Fällen haben wir nur eine Art von Unbekannten, die *n* Preise der auf den Markt kommenden Güter, und ebenso viele Gleichungen als Unbekannte, wodurch sich diese als eindeutig bestimmt darstellen. Wenn man jene Funktionen kennt, so lassen sich die Preise mathematisch „errechnen“, und Cassel ist (im Gegensatz zu Wicksell) über die Tragweite seines Gleichungssystems im Irrtum, wenn er glaubt, daß dies nicht möglich wäre²⁾.

Daß hier der Zusammenhang der die Preisbildung direkt beeinflussenden und die Preishöhe bedingenden Faktoren im Prinzip richtig aufgefaßt ist, daran kann kaum ein Zweifel bestehen. Aber ebenso sicher ist, daß damit erst die Grundlage für eine befriedigende Preistheorie geschaffen ist, deren Bewährung erst durch weiteren Ausbau sich zu erweisen hat. Es muß zu diesem Zweck vor allem erst etwas Näheres über die Beschaffenheit der Funktionen, die hier entscheidend ausgesagt werden, bzw. wie diese Funktionen beschaffen sein müssen, da-

¹⁾ Diese Ausdrucksweise ist von mir hinzugefügt.

²⁾ Grundriß einer elementaren Preislehre S. 421, Z. 29.

mit einer eindeutigen Lösung des Gleichungssystems, und das heißt, eine eindeutige Bestimmung oder Bestimmtheit der Preise möglich ist. Hier liegt vorläufig noch ein Mangel bzw. eine Unvollkommenheit vor. Denn es ist sicher, daß nicht bei jeder Gestalt jener Funktionen sich eine eindeutige Lösung und Bestimmtheit ergibt. Es müssen also die Voraussetzungen festgestellt werden, unter welchen diese Funktionen tatsächlich eine eindeutige Lösung und Bestimmtheit der Preise ergeben, und dargetan werden, daß diese Voraussetzungen in der Wirklichkeit zutreffen, bzw. inwieweit sie zutreffen und inwieweit nicht. Die Casselsche Formel stellt insofern nur eine vorläufige Lösung und erste Annaherung dar. Sodann muß die Formel mit konkretem Inhalt erfüllt werden und es müssen jene Modifikationen aufgesucht werden, die erforderlich sind, um den verschiedengestaltigen empirischen Bedingungen der tatsächlichen Preisbildung gerecht zu werden.

Die allgemeinste dieser Bedingungen ist die Tatsache der Produzierbarkeit bzw. Reproduzierbarkeit der zum Absatze gebrachten Güter, die Cassel selbst noch berücksichtigt hat. Dies geschieht dadurch, daß man die zum Absatzgebrachten Gütermengen als Kombinationen von Produktionsmittelmengen auffaßt und das Angebot der Güter auf das Produktionsmittelangebot zurückführt. Damit treten an Stelle von $A_1 \dots A_n$ komplexe Größen, wie

$$\begin{aligned} A_1 &\times (a_{11} + a_{12} + \dots + a_{1r}) \\ A_2 &\times (a_{21} + a_{22} + \dots + a_{2r}) \\ &\dots \dots \dots \dots \dots \dots \\ A_n &\times (a_{n1} + a_{n2} + \dots + a_{nr}) \end{aligned}$$

wobei $(a_{11} + a_{12} + \dots + a_{1r})$ die Mengen der r verschiedenen Produktionsmittel oder „Rohstoffe“ darstellen, die zur Produktion einer Einheit des Gutes 1 erforderlich sind, $(a_{21} + a_{22} + \dots + a_{2r})$ die Mengen der verschiedenen Produktionsmittel, die zur Produktion der Einheit des Gutes 2 notwendig sind usw. $(a_{n1} + a_{n2} + \dots + a_{nr})$ die Mengen der r verschiedenen Produktionsmittel, die zur Produktion des Gutes n erforderlich sind.

Als gegeben können nun nur mehr die Gesamtmengen der r verschiedenen, zur Produktion der n verschiedenen Güter erforderlichen Produktionsmittel $R_1, R_2 \dots R_r$, und als gesucht deren Preise $q_1, q_2 \dots q_n$ angesehen werden. Dann muß man aber die Gleichungen unmittelbar auf die Gesamtmengen der Produktionsmittel $R_1, R_2 \dots R_r$ basieren. Dies geschieht dadurch, daß wir diese Produktionsmittelmengen in die Summen von Teilmengen auflösen, die insgesamt zur Produktion der verschiedenen Güter erforderlich sind, also:

$$\begin{aligned} R_1 &= a_{11} A_1 + a_{21} A_2 + \dots a_{n1} A_n \\ R_2 &= a_{12} A_1 + a_{22} A_2 + \dots a_{n2} A_n \\ &\cdot \quad \cdot \\ R_r &= a_{1r} A_1 + a_{2r} A_2 + \dots a_{nr} A_n \end{aligned}$$

In diesem Gleichungssystem sind die $A_1 \dots A_n$ die Unbekannten. Sie müssen jedoch gleich den begehrten Mengen der zu produzierenden Güter sein, und diese wieder sind Funktionen der Preise derselben, $p_1 \dots p_n$, diese sind aber zugleich Funktionen der Preise der Produktionsmittel, $q_1 \dots q_r$:

$$\begin{aligned} p_1 &= a_{11} q_1 + a_{12} q_2 + \dots a_{1r} q_r \\ p_2 &= a_{21} q_1 + a_{22} q_2 + \dots a_{2r} q_r \\ &\cdot \quad \cdot \\ p_n &= a_{n1} q_1 + a_{n2} q_2 + \dots a_{nr} q_r \end{aligned}$$

Wir können also die $A_1 \dots A_n$ durch die ihnen entsprechenden Funktionen von $p_1 \dots p_n$ bzw. deren zusammengesetzte q Werte ersetzen bzw. substituieren und erhalten dann r Gleichungen mit den r Preisen der r Produktionsmittel, $q_1 \dots q_r$, als Unbekannte, woraus sich wieder — unter gewissen Voraussetzungen — treffend die Beschaffenheit der Funktionen — diese als eindeutig bestimmt ergeben.

Wieder können dann, wenn man die Produktionsmittelmengen nicht als gegeben, sondern selbst als von deren Preisen abhängig ansehen will, die $R_1 \dots R_r$ durch die entsprechenden Funktionen der Preise der Produktionsmittel $F(q_1 \dots q_r)$ ausgedrückt werden, wodurch das Gleichungssystem — wieder eine bestimmte Gestalt dieser Funktionen vorausgesetzt — an Bestimmtheit nicht verliert.

Auf die Formulierung jener Voraussetzungen und deren Vergleichung mit der Wirklichkeit käme es nun in erster Linie wieder an, sowie dann im weiteren auf die Berücksichtigung der verschiedenen Bedingungen der Reproduzierbarkeit der verschiedenen Güter (Reproduzierbarkeit bei gleichen oder verschiedenen, bei steigenden oder sinkenden Kosten usw.), ferner auf Berücksichtigung des Einflusses der Tatsachen des Monopols, der freien oder beschränkten Konkurrenz, der Bedeutung von im voraus fixierten Größen im Preissystem (Taxen, Steuern usw.) u. dgl., wenn es sich um die Ausbildung einer vollständigen Preistheorie handeln soll. Cassel hat einigen von diesen durch die Einführung von „supplementären Prinzipien“ wohl Rechnung getragen, aber dabei immerhin noch einen breiten Raum zur Ausfüllung freigelassen.

Eine Eigenheit des Casselschen Erklärungsversuchs, die noch hervorgehoben werden muß, liegt auch darin, daß er die Tauschwertschätzungen nicht wie Böhm-Bawerk und andere (Engländer; siehe später) in der

Form von Höchstgeboten für ein Gut zum Ausdruck bringt, sondern durch die Menge, die man bei einem bestimmten Preise bzw. Preissystem erwerben will. Dadurch ist es möglich, die Tauschwertschätzungen aller zu einer gemeinsamen Größe zusammenzufassen, die in der Gesamtmenge der bei bestimmten Preisen nachgefragten Güter zum Ausdruck kommt. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Formel für den Gesamtzusammenhang so weit zu vereinfachen, wie dies bei Cassel der Fall ist. Wenn man mit Höchstgeboten operiert, so hat man eine unbeschränkte Zahl von verschiedenen Größen, die sich nicht zu einem einheitlichen Ausdruck zusammenfassen lassen, und die Aufstellung eines übersichtlichen Gleichungssystems ist nicht möglich, abgesehen davon, daß die Höchstgebote im Preissystem auch gar keine bestimmende, sondern nur eine begrenzende Rolle spielen.

4. Die „rein objektive“ Theorie Oppenheimers und die „rein subjektive“ Liefmanns.

So verschieden die Preistheorien Oppenheimers und Liefmanns in methodologischer Hinsicht und formaler Beziehung sind, so besteht doch sachlich die engste Berührung zwischen beiden. Eine genaue Reproduktion der Liefmannschen Theorie ist wegen der außerordentlich anfechtbaren Form seiner Darstellung und der kaum zu überbietenden Unklarheit seiner Ausdrucksweise nicht möglich. Eine Erklärung kann aber kaum anders denn als im Wesen identisch mit der Oppenheimer aufgefaßt werden. Die Theorie Oppenheimer ist dagegen in ihrer neuesten Fassung sehr sorgfältig, klar und präzis ausgearbeitet.¹⁾

Oppenheimer will den Angelpunkt, von dem aus er glaubt, das Preisproblem lösen zu können, in einer Tendenz zur Ausgleichung der Einkommen finden. Demnach gäbe es in der Tauschgesellschaft ein Normaleinkommen, das alle Tauschsubjekte beziehen, denen nicht eine besondere „persönliche“ oder „sachliche Qualifikation“ eigen ist. Und aus diesem Normaleinkommen ergäben sich die Preise der zu Markte gebrachten Sachen und Leistungen in der Weise, daß es sich auf deren Anzahl gleichmäßig verteilt und die

¹⁾ Siehe Oppenheimer, „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“. Fünfte Auflage („System der Soziologie“, dritter Band). Jena 1924 und „Wert und Kapitalprofit. Neubegründung der objektiven Wertlehre“. Zweite Auflage. Jena 1922. Dazu meine Abhandlung: „Franz Oppenheimers Neubegründung der objektiven Wertlehre“ in der „Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik“, 4. Band, 1924; ferner Oppenheimer Erwiderung hierauf: „Zur Neubegründung der objektiven Wertlehre“ und meine Antwort hierauf ebenda 1925.

Selbstkosten hinzugerechnet werden. Das Einkommen ist nämlich nichts anderes als das Ergebnis bzw. die Summe der Preise, die der Produzent für seine Produkte löst, abzüglich der „Selbstkosten“, das heißt, der Preise, die er selbst bezahlt hat, bzw. die Summe der Preiszuschläge, „Gewinne“, mit denen der Produzent verkauft. Der Preis wird also gebildet durch den Quotienten zwischen dem Einkommen und der Zahl der verkauften Einheiten mit dem Zuschlag der Selbstkosten, oder den selbstbezahlten Preisen zuzüglich des Quotienten zwischen dem Einkommen und der Zahl der verkauften Einheiten. Dies kann mathematisch so ausgedrückt werden:

$$E = v n - s$$

$$\text{und} \quad v = \frac{E}{n} + s$$

Das s sind selbst Preise, das E kann eliminiert werden; damit ergeben sich ebensoviel Gleichungen wie Unbekannte und daraus die verhältnismäßigen Preise. Die absoluten Preise ergeben sich, wenn die Größe E , das Normaleinkommen, absolut bestimmt ist, was der Fall ist, wenn es selbst in einer Summe eines „beliebig reproduzierbaren“ Gutes (Edelmetall) besteht. Die Edelmetallmenge, die der „durchschnittlich qualifizierte“ Edelmetallproduzent in einer bestimmten Periode produziert, muß sich genau mit der Menge anderer Güter, die andere „durchschnittlich qualifizierte“ Produzenten in derselben Periode produzieren, tauschen. Denn würde sie sich mit einer größeren Menge von anderen produzierter Güter tauschen, so wäre das Einkommen des Edelmetallproduzenten größer als das der anderen Produzenten, und es müßte sich insolange ein Abströmen der Wirtschaftssubjekte von den anderen Produktionszweigen und ein Zuströmen zur Edelmetallproduktion vollziehen, bis durch eine Verschiebung des Preisverhältnisses zugunsten der anderen Produkte und zuungunsten des Edelmetalls sich die Einkommen wieder ausgeglichen hätten. Im umgekehrten Fall gilt natürlich das Umgekehrte. Und dasselbe gilt natürlich in jedem anderen Fall einer Abweichung der Preise bzw. Einkommen von dem durch die Tendenz des Einkommensausgleichs bestimmten Niveau.

In letzter Linie lassen sich alle Preise zurückführen auf „Gewinne“, das heißt auf Preise oder Preiszuschläge für etwas, was dem Produzenten selbst nichts kostet, und das Einkommen ist nichts anderes als die Summe dieser Preise oder Preiszuschläge bzw. „Gewinne“, die der Produzent beim Verkauf der von ihm „produzierten“, das heißt zu Markte gebrachten Güter löst bzw. macht, also

$$E = g \cdot n$$

(Gewinn am einzelnen Stück multipliziert mit der Zahl der verkauften Stücke). Da alle Einkommen gleich sind, so ergibt sich:

$$g_1 \cdot n_1 = g_2 \cdot n_2 = g_3 \cdot n_3 = \dots g_n \cdot n_n$$

und weiterhin:

$$\frac{g_1}{g_2} = \frac{n_2}{n_1} \text{ usw.}$$

Das heißt: Die Gewinne am einzelnen Stück stehen im umgekehrten Verhältnis zur Zahl der produzierten und verkauften Stücke, und das heißt zugleich in direktem Verhältnis zur Zeit, die zur „Produktion“ des einzelnen Stücks erfordert ist.

Damit kommt Oppenheimer auf einem etwas anderen Wege zu demselben Ergebnis wie die klassische Theorie bzw. Ricardo. Seine Theorie ist aber auch im wesentlichen denselben Einwendungen ausgesetzt wie die klassische. Sie ist vor allem nicht allgemein. Sie erklärt nicht alle Preiserscheinungen. Sie erklärt nur die Preise „beliebig produzierbarer“ Güter. Und darunter versteht Oppenheimer nur Güter, die von jedem nach Belieben produziert werden können, so daß ein beliebiger Produktionswechsel zwischen den verschiedenen Produktionszweigen möglich ist, den die Tendenz zum Einkommensausgleich voraussetzt. Damit erklärt sie aber auch nur das Preisverhältnis, das zwischen diesen Gütern untereinander besteht bzw. bestehen muß, wenn die Einkommen der nicht qualifizierten Produzenten ausgeglichen sein sollen. In diese Güter ist auch eingeschlossen das Geldgut, wenn dieses Edelmetall bzw. ein beliebig produzierbares Gut ist. Dann sind auch die absoluten Preise dieser Güter bestimmt. Ist das aber nicht der Fall, wenn das Geld nicht ein beliebig produzierbares Gut ist, dann ist eine absolute Bestimmung der Preise nicht möglich. Unaufgeklärt bleibt immer das Verhältnis der Preise dieser Güter zu den Preisen der nicht beliebig produzierbaren Güter im angegebenen Sinn und das Preisverhältnis dieser Güter untereinander sowie die absolute Preishöhe dieser Güter. Die Preise dieser Güter erscheinen Oppenheimer ebenso wie den Klassikern nicht von Bedeutung. Das mag für die Praxis und deren Probleme richtig sein oder nicht, für die Theorie kann es jedenfalls nicht gelten. Bei der engen Fassung, die Oppenheimer dem Begriff der „beliebig produzierbaren“ Güter gibt, ist es auch für die Praxis höchst zweifelhaft. Dieser Begriff ist nämlich bei Oppenheimer insofern enger als bei den Klassikern, als diese Güter, die mit verschiedenen Arten von Arbeit, also „qualifizierter“ Arbeit produziert werden, bzw. nur mittels qualifizierter Arbeit produzierbar sind, noch unter die „beliebig vermehrbar“ Güter gerechnet haben, insofern ihre Produktion nicht eine besonders seltene Qualifikation voraussetzt. Solche Güter fallen unter die Gruppe der „beliebig produzierbaren“ Güter im Sinne Oppenheims nur dann, wenn die Qualifikation, die zu ihrer Produktion notwendig ist, von jedem erlernt werden kann. Nur in bezug auf solche mit qualifizierter Arbeit produzierbare Güter kann das

Gesetz vom Einkommensausgleich gelten. Kann man aber behaupten, daß damit wirklich die große Masse der im Tauschprozeß umgesetzten Güter erfaßt ist? Auf jeden Fall: die Preise, die die Theorie O p p e n h e i m e r s erklärt, sind nur Preise einer bestimmten Art von Gütern bzw. nur Preisverhältnisse der Güter dieser Art, nicht „die Preise“ bzw. Preisverhältnisse überhaupt.

Weiterhin erklärt die Theorie O p p e n h e i m e r s diese Preise bzw. Preisverhältnisse nur unter ganz bestimmten und wiederum sehr eng gefaßten Voraussetzungen, die er in dem Begriff der „Statik“ zusammenfaßt. Es sind die „statischen Preisrelationen“, die er erklärt, so wie die klassische Theorie im wesentlichen nur den „natürlichen Preis“ erklärt hat. Es ist richtig, daß diese Preisrelationen besonders interessant sind; aber es sind doch eben auch nur ganz bestimmte Preisrelationen oder Preise und nicht die Preisrelationen oder Preise überhaupt. Und die Erklärung dieser Preise bzw. Preisrelationen hat eine allgemeine Theorie der Preisbildung, die die allgemeine Bedingtheit und Bestimmtheit der Preise überhaupt erklärt, zur Voraussetzung und kann sich nur als die Anwendung dieser allgemeinen Theorie auf einen Sonderfall darstellen. Die Voraussetzungen, die aber Oppenheimer weiterhin noch macht und unter welchen infolgedessen seine Theorie nur gelten kann, sind so eng, daß sie in der Wirklichkeit auch für einen statischen Zustand nicht zutreffen. So setzt er zum Beispiel als Inhalt der gleichen Qualifikation voraus, daß alle durchschnittlich Qualifizierten oder „Grenzproduzenten“ gleich lange arbeiten. Denn natürlich nur unter dieser Voraussetzung kann von einer Tendenz zur Einkommensausgleichung gesprochen werden.

Damit stellt sich aber zugleich die allgemeine Voraussetzung der Tendenz zur Einkommensausgleichung als eine der Wirklichkeit nicht gerecht werdende Annahme dar. Eine solche Tendenz kann nur bestehen, insofern wirklich es in jedem Produktionszweige „Grenzproduzenten“ gibt, die gleich lange arbeiten. Kann man dies behaupten? Eine Notwendigkeit liegt jedenfalls nicht vor. Zur Produktion verschiedener Güter ist oft verschiedene schwere Arbeit notwendig. In solchen verschiedenen Produktionszweigen, in welchen Güter produziert werden, zu deren Produktion verschiedene schwere Arbeit notwendig ist, kann es nicht Grenzproduzenten gleicher Qualifikation geben, die gleich lange arbeiten. Wenn es hier Produzenten gibt, die gleich lange arbeiten, so sind sie „verschieden qualifiziert“, und sie müssen ein verschiedenes Einkommen haben. Wenn es dagegen auch in solchen Produktionszweigen Produzenten mit gleich großem Einkommen, dem Normaleinkommen gibt, dann können sie unmöglich gleich lange arbeiten, ohne ebenfalls verschieden qualifiziert

zu sein. Es gibt Produkte, die mit leichter Arbeit, und Produkte, die nur mit schwerer Arbeit produziert werden können. Es kann in solchen Produktionszweigen keine gleichqualifizierten Grenzproduzenten geben, und die Produkte dieser verschiedenen Produktionszweige werden gewiß nicht gegenseitig nach dem Verhältnis der zu ihrer Produktion erforderlichen Arbeitszeit ausgetauscht werden, trotzdem es beide „beliebig produzierbare“ Güter in dem Sinne, daß sie von jedem normalen Menschen produziert werden können und daß ein beliebiger Übergang von einem Produktionszweig zum anderen möglich ist, sein können. Ein solcher Übergang hat hier gerade entweder eine Verschiedenheit in der Größe des Einkommens oder in der Länge der Arbeitszeit auch für „Grenzproduzenten“ zur Voraussetzung. Das eine wie das andere hat aber notwendig eine Abweichung des Preisverhältnisses vom Arbeitszeitverhältnis zur Voraussetzung. Es kann also nicht gesagt werden, daß „die höhere oder geringere Qualifikation ohne Einfluß auf den Preis der beliebig produzierbaren Waren ist“ und die Voraussetzung, daß „in allen Produktionszweigen der beliebig produzierbaren Güter die Grenzproduzenten in der Statik, weil gleich qualifiziert, gleich lange mit gleicher Intensität arbeiten,“ kann nicht aufrechterhalten werden.

So kann die Theorie Oppenheimers trotz ihrer sorgfältigen logischen Begründung und Durcharbeitung zum Teil aus denselben Gründen, wie die der Klassiker, zum Teil infolge mit den Tatsachen nicht übereinstimmender Voraussetzungen nicht befriedigen.

Oppenheimer nennt seine Erklärung „rein objektiv“. Sie ist dies aber nur scheinbar. Es finden sich in seiner Formel allerdings keine subjektiven Faktoren. Aber wie kommt die statische Preisrelation, die er beschreibt und erklären will, realiter zustande? Durch Verschiebungen im Angebot bzw. in der „Produktion“ der verschiedenen Güter. Wodurch sind diese Verschiebungen im Angebot bzw. in der Produktion der verschiedenen Güter bedingt? Durch Einkommensverschiedenheiten. Und diese gehen natürlich zurück auf Preise, auf Preise, die von der statischen Preisrelation abweichen. Wodurch sind nun diese von der statischen Preisrelation abweichenden Preise bestimmt? Doch offenbar durch subjektive Wertschätzungen. Das gehört nun freilich alles in das, was Oppenheimer die „Kinetik“ nennt. Aber ist die „Statik“ ohne die „Kinetik“, das Zustandekommen der statischen Preisrelation und deren Gestaltung ohne Kenntnis des „kinetischen“ Preisbildungsvorganges ganz zu verstehen? Ist die „statische Preisrelation“ etwas von den „kinetischen“ Preisen Wesensverschiedenes oder nicht nur vielleicht ein Spezialfall der kinetischen Preisrelationen? Dann stehen aber hinter ihr genau

so die subjektiven Wertschätzungen als letzter bestimmender Faktor wie hinter diesen. Dieser Faktor ist nämlich entscheidend für den Inhalt der Statik, für die Größe der Gewinne in den verschiedenen Produktionszweigen, für die Höhe, bei der sich die Einkommen ausgleichen, für die Produktionsmengen, bei den sie sich ausgleichen, und damit letztlich für die Gestalt der statischen Preisrelation, die von all dem abhängt. Daß sich in der Statik die beliebig produzierbaren Güter nach dem Verhältnis der Arbeitsmengen bzw. der Arbeitszeiten tauschen, die zu ihrer Produktion erforderlich sind, ist gewiß eine Behauptung mit rein objektivem Inhalt. Aber daß sich die Güter so tauschen, hat zur Voraussetzung, daß sie in bestimmten Mengen produziert werden; und daß sie in diesen Mengen produziert werden, ist wieder bedingt dadurch, daß nur bei diesen Mengen ein Absatz zu jenen Preisen möglich ist, und dies und somit die ganzen Preisrelationen beruhen in letzter Linie auf den subjektiven Wertschätzungen der Käufer. Die statische Preisrelation ist freilich immer ein und dieselbe, wie immer die Wertschätzungen beschaffen sein und sich ändern mögen. Aber diese statische Preisrelation der beliebig produzierbaren Güter — Austauschverhältnis nach dem Arbeitszeitverhältnis — ist die statische Preisrelation nur auf Grund bestimmter subjektiver Wertschätzungen der Käufer und auch der Verkäufer (Wertschätzung der Arbeitszeit).

Nun kann man freilich sagen, wie Oppenheimer, um allem, was man als eine „subjektivistische“ Erklärung bezeichnen könnte, auszuweichen, tut, daß alle Wertungen der zu einer Tauschgesellschaft vereinigten Individuen ihre „Objektivität“ haben, weil sie gesellschaftlich, sei es traditionell, historisch oder vermöge eines Anpassungs- und Nachahmungstriebes (Mode) bedingt seien. Das kann natürlich nicht bestritten werden, ist auch nicht bestritten worden; im Gegenteil: gerade von grenznutzentheoretischer Seite ist dies wiederholt sehr gut ausgeführt worden.¹⁾ Aber dann handelt es sich nur noch um eine terminologische Frage, um die Frage, ob man den Begriff „objektiv“ so weit ausspannen will, daß er alle die für die Preisbildung in Betracht kommenden Wertschätzungen deckt, oder ihn in der bisher üblichen Weise verwenden will. Gewiß „haben die Grenznutzentheoretiker einen viel engeren Begriff des ‚Objektiven‘“; denn das haben sie niemals gemeint, daß die „subjektiven Wertschätzungen“, als von denen abhängig sie die Preise erkannten, „subjektive“ in dem Sinne seien, daß sie rein individuell, persönlich, ohne jeden Einfluß von gesellschaftlichen Tatsachen her seien. Wenn man den Begriff „subjektiv“ und „objektiv“ in diesem

¹⁾ Siehe Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“. § 28.

Sinne auffassen will, dann ist die Werttheorie Oppenheimers gewiß eine rein „objektive“, aber auch die Werttheorie (als Preistheorie) der Grenznutzen-theoretiker keine „subjektive“, sondern eine „objektive“. Dann verliert der Gegensatz zwischen „subjektiv“ und „objektiv“ in der Anwendung auf die Preislehre überhaupt jede Bedeutung. Es kann dann nur „objektivistische“ Erklärungen geben, das heißt, jede Erklärung, die auch nur formell möglich ist, ist eine „objektivistische“ Erklärung. Denn „subjektive“ Wertschätzungen im Sinne Oppenheimers gibt es überhaupt nicht, es gibt nur „objektive“, das heißt „gesellschaftlich bedingte“ Wertschätzungen.

Daraus ergibt sich nun auch schon, daß zwischen den Theorien Oppenheimers und Liefmanns keineswegs ein so schroffer Gegensatz bestehen kann, wie man aus der Bezeichnung, mit der sie beide ihre Theorien charakterisieren wollen, schließen zu müssen, glauben möchte. Liefmann nennt seine Theorie eine „rein subjektive“, womit er sagen will, daß im Verhältnis zu ihr auch die Grenznutzentheorie eine „objektivistische“ ist. Aber wie wir sehen werden, ist sie eine Preiserklärung, insoweit man überhaupt mit dem Gegensatz „subjektivistisch“ und „objektivistisch“ etwas charakterisieren kann, viel weniger subjektivisch als die der Grenznutzentheoretiker. Ja, man kann sie ebensogut, oder vielleicht noch sogar in einem höheren Grade, als „rein objektivistisch“ bezeichnen wie die Oppenheimers oder die der Klassiker.

Was Liefmann als für die Preise bestimmend ansieht, ist der „Erwerbsertrag“ der Produzenten, das ist der Geldertrag, den den Produzenten der Verkauf ihrer Produkte einbringt.¹⁾ Die Konkurrenz strebt nach Ausgleichung dieser Erwerbserträge, freilich nicht aller Erwerbserträge, das heißt, nicht der Erwerbserträge aller Produzenten, sondern nur der Erwerbserträge derjenigen, welche zu den höchsten Kosten produzieren, welche die „teuersten Anbieter“ in jedem Produktionszweige sind, also der „Grenz“produzenten oder „Grenzanbieter“. Die Erträge dieser sind die „Grenzerwerbserträge“. Die Konkurrenz strebt also nach Liefmann nach Ausgleichung der „Grenzerwerbserträge“. Das soll wohl bedeuten, daß diese „Grenzerwerbserträge“ in allen Produktionszweigen gleich sind. Aber Liefmann hebt dann wieder ausdrücklich hervor, daß das keineswegs der Fall sein muß, sondern daß es sich nur um ein „Minimum“ handelt, das in jedem Produktionszweige verschieden sein kann (a. a. O. S. 227). Aber was heißt dann „Ausgleichung der Grenzerwerbs-

¹⁾ Vgl. Robert Liefmann, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. II. Band. Grundlagen des Tauschverkehrs. II., neu bearbeitete Auflage. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin 1922.

erträge“? Und was bedingt die Verschiedenheit der Grenzerwerbsrträge bzw. die Größe ihrer Differenzen in den verschiedenen Produktionszweigen? Hier steckt ein Widerspruch und eine Unklarheit, die dringend der Aufklärung bedürften.¹⁾

Eine weitere Unklarheit steckt in dem Begriff des „Erwerbsrtrags“. Ist damit der „Gewinn“ am einzelnen Stück oder der „Gewinn“ am Gesamtabssatz, das „Einkommen“ gemeint? Es kann wohl nur der G e s a m t e r t r a g d e r „P r o d u k t i o n“ im O p p e n h e i m e r s c h e n S i n n e, also das „Einkommen“ gemeint sein. Damit kommen wir dann auf ganz dasselbe hinaus, was bei O p p e n h e i m e r , nur in viel klarerer Weise, zum Ausdruck kommt. Das L i e f f m a n n s c h e „Gesetz des Ausgleichs der Grenzerwerbsrträge“ in den verschiedenen Produktionszweigen ist nichts anderes als die von O p p e n h e i m e r zum Ausgangspunkt und Erklärungsprinzip genommene „Tendenz der Ausgleichung der Einkommen“.

„Die Höhe des Preises“, heißt es zwar bei L i e f f m a n n (S. 228), „wird also bei freier Konkurrenz bestimmt durch den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag und die Kosten des Anbieters, der diesen Grenzertrag noch erzielt, mit anderen Worten: er i s t = diesen Kosten + dem tauschwirtschaftlichen Grenzertrag“. Hier kann offensichtlich unter „Grenzertrag“ nur der „Gewinn am einzelnen

¹⁾ Auf Seite 224 heißt es: „Die Anbieter bringen jedes Gut nur in der Menge auf den Markt, daß der Grenzertrag, d. h. der Ertrag, den der teuerste noch Anbietende in jedem Erwerbszweig erzielt, für alle Erwerbszweige ungefähr gleich hoch ist . . . Bei freier Konkurrenz und möglichst vollkommener Beweglichkeit der Kapitalien und Arbeitskräfte, welche die Theorie voraussetzt, muß sich in der Tat bei Gütern, die von mehreren angeboten werden, das Angebot und der Preis so stellen, daß der teuerste Anbieter auf die Dauer noch denselben (Grenz-) Ertrag erzielt wie der teuerste Anbieter in anderen Erwerbszweigen . . . so kommt es zur Bildung eines allgemeinen Grenzerwerbsrtrages in der ganzen Volkswirtschaft, den wir tauschwirtschaftlichen Grenzertrag nennen“ (S. 225). Auf S. 227 heißt es: „Damit — mit der Bezeichnung ‘tauschwirtschaftlicher Grenzertrag’ — soll nicht gesagt sein, daß seine Höhe für alle Erwerbstätigkeiten gleich hoch sein müsse. Daß er für die verschiedenen Arten tauschwirtschaftlicher Leistungen verschieden hoch sein kann, werden wir unten sehen. Die Bezeichnung tauschwirtschaftlicher Grenzertrag soll nur ausdrücken, daß ein gewisses Minimum an Ertrag allgemein im Tauschverkehr die Grenze für die Richtung und den Umfang von Kostenaufwendungen, d. h. des Angebots angibt. Auf S. 264 heißt es dann wieder: „Die Grenzerträge, die Erträge der letzten Anbieter müssen in allen Erwerbszweigen ungefähr gleich sein . . . Durch diese den ganzen Tauschverkehr durchziehende Ausgleichstendenz wird also aus den Grenzerwerbsrträgen jedes einzelnen Wirtschaftszweiges eine allgemeine, zwar nicht unveränderliche, aber bei stabilen Geldverhältnissen wenig schwankende Größe, der tauschwirtschaftliche Grenzertrag.“

Stück“ gemeint sein. Dann aber ist es vollständig rätselhaft, inwieferne und inwieweit von einer „Ausgleichung“ die Rede sein kann. Da kann natürlich nur von einem „Minimum“ die Rede sein, das in jedem Produktionszweig verschieden ist, dessen Größe und Verschiedenheit aber selbst ein ganz unbestimmter Faktor ist, aus dem nie bestimmte Preise abgeleitet werden können¹⁾.

Auch, daß es sich da nur um gewisse Preise handelt und nicht um die Preise überhaupt, ist selbstverständlich und kommt bei Liefmann auch zum Ausdruck. Er nennt den so bestimmten Preis den „normalen Preis“, ohne daß er aber — ebenfalls wieder im Gegensatz zu Oppenheimer — präzis anzugeben vermöchte, was dieser „normale Preis“ ist. „Bei freier Konkurrenz hat der Preis die Tendenz, sich zu stellen in Höhe des tauschwirtschaftlichen Grenzertrags und der Kosten des Anbieters, der noch diesen Grenzertrag erzielt. Nennt man diese Kosten, die zur Herstellung des letzten abgesetzten Gutes erforderlich sind, die Grenzkosten, so kann man kurz auch sagen: Der Preis eines Gutes wird durch seine Grenzkosten und den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag bestimmt. Es ist dies gewissermaßen der normale Preis eines Gutes, unter dem dasselbe wirtschaftlicherweise nicht auf die Dauer verkauft werden sollte (!) und auch im Wirtschaftsleben kaum lange (!) verkauft werden wird“ (a. a. O.).

„Dabei werden aber die Grenzkosten des einzelnen Gutes, und zwar im Zusammenhang mit den Grenzkosten aller anderen Güter, überall wieder durch den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag bestimmt“ (a. a. O.). Da wäre aber schon zu sagen, wie diese (und jene) Bestimmung erfolgt. Sonst ist man von einer befriedigenden Erklärung sehr weit entfernt. Der „Grenzertrag ist die gegebene, die Richtschnur gebende Größe, von der die Aufwendungen von

¹⁾ Später heißt es auch ausdrücklich: „Der tauschwirtschaftliche Grenzertrag besteht in einer Geldsumme, einem Geld einkommen, die die teuersten Anbieter in jedem Erwerbszweige, die noch zum Absatz ihrer Güter kommen, auf die Dauer noch erzielen . . . Wenn also die Kosten und der tauschwirtschaftliche Grenzertrag den Preis bilden, so ist damit nicht gesagt, daß dieser Grenzertrag immer auf die Produkteneinheit in Geld berechnet werden kann . . . Es ist eben die Eigentümlichkeit der heutigen selbständigen Erwerbswirtschaften, daß sie nach dem einzelnen Preise und nach den Kosten des einzelnen Produktes nicht fragen. Sondern sie blicken nur auf den Gesamtertrag ihrer Erwerbstätigkeit, haben nur ihr daraus sich ergebendes Geldeinkommen im Auge . . . Die Preisbildung knüpft sich nicht an das einzelne Gut und seine speziellen Kosten an, sondern an das Einkommen der Erwerbswirtschaften . . . Die Einkommen sind nicht nur Preise oder setzen sich aus solchen zusammen, sondern ein gewisses Mindesteinkommen ist gleichzeitig auch Bestimmungsgrund der Preise“ (a. a. O. S. 246/47. Schon bei Liefmann gesperrt. Die enge Verwandtschaft mit dem Oppenheimerischen Grundgedanken tritt hier deutlich zutage.)

Kosten abhängen“ (a. a. O.). Aber wodurch sie gegeben ist, erfahren wir hier ebenfalls nicht¹⁾.

¹⁾ Später kommt Liefmann auf diese Frage, wodurch der tauschwirtschaftliche Grenzertrag gegeben ist, ausdrücklich zu sprechen. Aber seine Antwort ist höchst überraschend. Er ist — wenigstens nach einer Richtung hin — bestimmt durch „das Existenzminimum im Sinne dessen, was entsprechend dem gesamten Kulturzustand eines Volkes zur Lebensführung notwendig ist“. Das ist allerdings nur „der tauschwirtschaftliche Grenzertrag für ungelernte Arbeit“. „Für die übrigen Arbeitstätigkeiten“, heißt es, „werden je nach der Schwierigkeit der Arbeit, der Gefährdung u. dgl. Zuschlüsse gemacht.“ Wo bleibt aber dann die „Ausgleichung der Grenzerträge“ und wodurch wird dieser „Zuschlag“ in seiner Größe bestimmt? „Der Hauptpunkt kann nicht bezweifelt werden, daß der Preis der verschiedenen Arbeitsleistungen so orientiert ist, daß für jede Art von Leistungen, bei denen Konkurrenz besteht, die Arbeiter, die unter den ungünstigsten Bedingungen arbeiten, auf die Dauer noch ein gewisses Minimum an Geldertrag erzielen müssen, welches ihnen eine dem gesamten Kulturzustande des Volkes entsprechende Lebenshaltung ermöglicht. Dieser Grenz- und Minimallohn ist also gewissermaßen ein Niederschlag (!) aller Preise der notwendigen Lebensmittel und wird auch wieder zur Bezahlung dieser Preise ausgegeben und muß sich auch mit ihnen verändern“ (a. a. O. S. 248/49). Das Gesperrte von mir hervorgehoben). Hier stehen wir wirklich, wie Zwieck sagt, „pur et simple“ vor der von Liefmann „verfemten objektiven Preislehre Ricardos“. — Aber hier haben wir wenigstens einen Versuch, die Höhe des Grenzerwerbertrages zu erklären. Aber woher kommt der „landesübliche Zins“ als „der typische Grenzkapitalertrag“ und seine Höhe? (vgl. a. a. O. S. 250) und der Grenzunternehmergewinn als Grenzerwerbertrag der Unternehmer? (a. a. O. S. 251 ff.). Diese Frage wird gar nicht gestellt. Und wie ist das Verhältnis zwischen diesen drei verschiedenen Arten von Grenzerwerberträgen bzw. „tauschwirtschaftlichen Grenzerträgen“? Bezuglich dieser Frage sagt Liefmann später: „Bei den beiden Erscheinungsformen des Kapitalertrags, Zins (Leihertag) und Gewinn (Unternehmungsertrag) . . . können wir die Ertragsausgleichung jederzeit beobachten, wenn Kapitalisten es bald vorziehen, ihre zur Kapitalbildung bestimmten Einkommensteile in Renten anzulegen, bald in Unternehmungen. Aber auch zwischen Kapital- und Arbeitserträgen findet zweifellos eine gewisse (!) Ausgleichung statt, die sich eben wegen der Verschiedenheit des Kostenfaktors, nur nicht ziffernmäßig feststellen läßt. Es ist aber eine bekannte Tatsache, daß, wenn die Unternehmer dauernd höhere Gewinne erzielen, die Arbeiter auch höhere Löhne zu verlangen pflegen, dann auch eine Steigerung der Beamtengehälter eintritt usw. Umgekehrt: Sind im Verhältnis zu den Unternehmergehörigen die Löhne zu hoch, so hält das von weiteren Kapitalinvestierungen ab. So gibt es zweifellos auch zwischen Kapital- und Arbeitserträgen eine Ausgleichung, ein bestimmtes gegenseitiges Verhältnis in bezug auf ihre Höhe, bei dem der tauschwirtschaftliche Mechanismus am besten funktioniert“ (a. a. O. S. 256). Aber wo bleibt dann das „eherne Lohngesetz“, das für die „Grenzlöhne“ gilt, und von dem früher die Rede war? (a. a. O. S. 249). Und welches ist dieses „bestimmte gegenseitige Verhältnis“ und wodurch wird es bestimmt? — Noch später heißt es, daß „das Geldeinkommen . . . seiner Höhe nach dem früheren Lebensstande des Wirtschafters entsprechen muß, ihm ein solches Lebens- und Genüggüterquantum zu kaufen gestatten muß, daß sein den durchschnittlichen Lebensansprüchen entsprechender Bedarf gedeckt ist“ (a. a. O. S. 257; von mir gesperrt). Hier verirrt sich Liefmann in ganz primitive Vorstellungen von der Bestimmtheit nationalökonomischer Größen.

Der Gedankengang Liefmanns ist, wie man sieht, wenn man aus ihm einen Sinn herausfinden soll, ganz derselbe wie der Oppenheimer¹⁾; aber es fehlt ihm zum Unterschied von diesem jede präzise Begründung und Durchführung, er bleibt im Anfang und in ganz unklaren Vorstellungen stecken. Er ist auch, wie man sieht, einganz objektivistischer. Es handelt sich um objektive Geldreinerträge. Es kann natürlich auch nur zwischen solchen eine „Ausgleichung“ bestehen. Mögen auch hinter diesen Geldreinerträgen subjektive Nutzenschätzungen stehen, eine „Ausgleichung“ kann es zwischen diesen nicht geben. Sie spielen auch in der Tat auf der Angebotseite keine wesentlich bestimmende Rolle, ein größerer Geldreinertrag wird immer einem geringeren vorgezogen werden, ganz gleichgültig, welche Nutzenschätzungen dahinter stehen. Wenn daher Liefmann diese „Erwerbserträge“ oder „tauschwirtschaftlichen Erträge“ der Produzenten oder Erwerbswirtschaften den „Konsumerträgen“ der Konsumenten oder Verbrauchswirtschaften gegenüberstellt, so handelt es sich dabei um nicht mehr als um eine Wortanalogie, keineswegs um irgendeinen logischen oder sachlichen Zusammenhang. Seine Preistheorie hängt daher mit seiner subjektiven Wertungslehre ebensowenig logisch oder sachlich zusammen, wie die Böhm-Bawerks mit seiner Grenznutzenwertungstheorie logisch oder sachlich in einem notwendigen Zusammenhang steht. Es ist daher keineswegs eine „Konstatierung von fundamentaler Bedeutung“ für die Preistheorie, daß „für die Bildung des Konkurrenzpreises dasselbe Prinzip gilt, das auch in der Einzelwirtschaft die Richtschnur für das wirtschaftliche Handeln abgibt und welches als „Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge“ bezeichnet wird. Denn dieses „Gesetz“ hat in beiden Fällen einen *toto coelo* verschiedenen Sinn und Inhalt, die „Grenzerträge“, um

¹⁾ Daß die Gedanken Oppenheimers den seinigen ähnlich sind, hat Liefmann selbst erkannt und zugegeben (vgl. a. a. O. S. 244). Es ist bedauerlich, daß er sich die Gelegenheit hat entgehen lassen, an der Hand der Oppenheimer'schen Darstellung durch eine Kritik und Selbstkritik seine Begriffsbildung und seinen Gedankengang zu klären und das Gemeinsame und eventuell Entgegengesetzte klar herauszustellen, damit den Kern seines Gedankenganges klarer herauszuarbeiten und ihn präziser zu gestalten und weiter auszuführen. Ein solches Vorgehen, das einzig zu einem objektiven Ergebnis führen kann, ist leider in unserem Wissenschaftsbetrieb ganz aus der Mode gekommen. Wenn Liefmann behauptet, daß bei Oppenheimer „der Gedanke des Ausgleichs der Grenzerträge zur Bestimmung eines statischen Konkurrenzpreises nur ganz unbestimmt ausgedrückt“ sei, so muß demgegenüber gesagt werden, daß diese Unbestimmtheit durchaus auf das Konto der Unklarheit des Liefmannschen Begriffs des „Ausgleichs der Grenzerträge“ zu setzen ist. — Die Prioritätsfrage zu stellen, ist müßig, da es in der Geschichte der Wissenschaft genug Fälle gibt, in welchen dieselben Gedanken zur selben Zeit von verschiedenen Autoren originär aufgenommen und zu einer neuen Systembildung benutzt worden sind.

die es sich handelt, sind in beiden Fällen *toto coelo* verschiedene Tatsachen und Begriffe. Das Wort „Ertrag“, das beide Begriffe zu verbinden scheint, hat in beiden Fällen einen *toto coelo* verschiedenen Sinn. Was diesen beiden Begriffen außer der Bezeichnung gemeinsam ist, ist ihre formale Bedeutung einer „Differenz“. Es sind beides Differenzen von etwas, aber von etwas ganz Wesensverschiedenem, das eine Mal von psychischen Empfindungen oder Vorstellungen, insofern man da überhaupt von einer „Differenz“ sprechen kann, das andere Mal von Geldsummen, „hinter denen“ ja auch solche Empfindungen und Vorstellungen stehen mögen, die aber selbst etwas wesentlich anderes sind.

Es ist überaus bezeichnend für die ganze „subjektivistische“ Erklärungsmethode, daß Liefmann gerade so wie Wieser und Böhm-Bawerk den Zusammenhang zwischen seiner Preiserklärung mit seiner subjektiven Wertungslehre erst hinterher herstellt. Wir lesen zuerst ausdrücklich, daß „die Höhe des Preises bei freier Konkurrenz bestimmt wird durch den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag und die Kosten des Anbieters, der diesen Grenzertrag noch erzielt“, bzw. „durch die Grenzkosten und den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag“. Aber später heißt es, daß das „noch nicht die vollständige Erklärung des Konkurrenzpreises“ sei, „weil wir ihn noch gar nicht mit den subjektiven Schätzungen auf Seiten der Nachfrage in Verbindung gebracht haben“. Es sei bisher „nur die untere Grenze des Konkurrenzpreises als Grenzkosten plus tauschwirtschaftlichen Grenzertrag bestimmt“, aber „noch nicht die obere Grenze“, die „offenbar auf Wertschätzungen der Konsumenten beruhen muß“. Diese obere Grenze müsse zwar beim Konkurrenzpreis mit der unteren zusammenfallen, aber trotzdem bleibe doch immer noch die „Aufgabe, diesen Konkurrenzpreis auch mit den Wertschätzungen der Konsumenten in direktere Verbindung zu bringen, als es bisher möglich war“ (a. a. O. S. 231).

Auch noch im weiteren heißt es zunächst: „Nicht Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, sondern der tauschwirtschaftliche Grenzertrag“ (a. a. O. S. 262. Im Original gesperrt). Und wieder: „Der Grenzertrag bestimmt in jedem Erwerbszweige die höchsten aufzuwendenden Kosten und damit den Preis... Dieser tauschwirtschaftliche Grenzertrag ist Bestimmungsgrund aller Konkurrenzpreise“ (a. a. O. S. 264. Ebenfalls im Original gesperrt). Dann heißt es auf einmal: „Man könnte der Meinung sein, unsere Erklärung der Preisbildung bedeute, daß der Preis, wenn auch nicht ‚durch das Angebot‘, so doch allein durch Momente auf der Angebotsseite, nämlich durch das Ertragsstreben der

Anbieter, scharf theoretisch formuliert, durch den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag bestimmt werde. Das würde aber unserer ganzen Theorie und auch den tatsächlichen Verhältnissen durchaus widersprechen, wonach die Bedarfsempfindungen, die Nutzenschätzungen der Konsumenten in letzter Linie das für die Preisbildung Entscheidende sind. Wie der Preis mit ihnen zusammenhängt, bedarf also noch einer näheren Feststellung“ (a.a.O. S. 267. Das Gesperrte von mir hervorgehoben). Und es ist von dem „Primat dieses Preisbestimmungsgrundes“ die Rede. (Im Original gesperrt.) Und die Erklärung lautet folgendermaßen: „Die Preishöhe, das Verhältnis der Preise wird bestimmt nur durch die an das Geld anknüpfenden Nutzen- und Kostenvergleichungen eines Konsumenten, desjenigen, der gerade noch eine solche Geldsumme aus seinem Einkommen auf die Beschaffung des Gutes verwenden kann, daß der teuerste Anbieter noch den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag erzielt... So gibt es, theoretisch scharf formuliert, für jedes Gut einen Konsumenten, der dasselbe gerade noch kaufen kann, der auf den Genuß verzichten müßte, wenn er durch kaufkräftigere Konsumenten überboten würde. Er kann nur so viel zahlen, wie der Preis angibt, und muß so viel zahlen, um die übrigen Nachfragenden auszuschalten. Das gilt bei jeder denkbaren Preishöhe; bei jeder gibt es, theoretisch gesprochen, einen Konsumenten, der das Gut bzw. die letzte Einheit des Gutes, die er kauft, gerade noch kaufen kann, der also bei einem höheren Preis verzichten müßte... Für diesen Konsumenten, den man den Grenzkonsumenten nennen kann, ist also das betreffende Gut Grenzgenussgut; es ist dasjenige, das er sich gerade noch mit einem durch das Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge für seine ganze Wirtschaft bestimmten Minimum an Konsumertrag beschaffen kann... Diese Grenzkonsumenten bestimmen also mit ihren wirtschaftlichen Erwägungen, dem Konsumertragsprinzip als Richtschnur für ihr wirtschaftliches Handeln ganz ebenso den Preis wie auf der Angebotsseite der letzte Anbieter, der Grenzanbieter, der ein Minimum von Geld- oder Erwerbsertrag erzielt... So ist im letzten Grunde die Verteilung der erstrebten Nutzen auf das Einkommen, aus der die Nachfrage hervorgeht, der letzte Bestimmungsgrund des Preises“ (a. a. O. S. 267 ff. Teilweise von mir gesperrt).

Damit ist nun Liefmann im wesentlichen in den Gedankengang der Grenznutzentheoretiker eingebogen, so daß sich seine Theorie beinahe als eine

Versöhnung der subjektivistischen und objektivistischen Erklärungsweisen darstellen würde, wenn sie nur logisch befriedigender komponiert und klarer durchgeführt wäre.¹⁾

5. Engländers und Engliss Preiserklärung.

Einen ganz anderen Weg geht Oskar Engländer.²⁾ Er geht von Höchstgeboten aus. Er übersieht aber nicht, daß man von bestimmten „Höchstgeboten“ nur sprechen kann unter der Voraussetzung des Gegebenseins der Preise aller Güter, die man wegen ihrer größeren Wichtigkeit vor dem in Betracht gezogenen Gute, um dessen Preis es sich handelt, erwerben will. Denn das „Höchstgebot“ für ein bestimmtes Gut ist immer der ganze Geldvorrat, der einem nach Erwerb der wichtigeren Güter zur Verfügung steht. Das Höchstgebot bildet nun aber die Obergrenze des Preises, und zwar wenn mehrere Käufer mit verschiedenen Höchstgeboten in Betracht kommen, das Höchstgebot des „Grenzkäufers“, das heißt desjenigen Käufers, dessen Höchstgebot von allen, die zur Abnahme der vorhandenen Menge herangezogen werden müssen, das niedrigste ist. Dieser Obergrenze des Preises stehen drei Untergrenzen gegenüber. Die eine wird gebildet durch das Höchstgebot des Grenzkäufers für ein weiteres Stück, die zweite wird gebildet durch das Höchstgebot eines anderen Käufers für ein weiteres Stück, und die dritte wird gebildet durch das Höchstgebot eines weiteren Kaufreflektanten, der noch kein Stück erstehen konnte. Auf diese Weise ergeben sich „theoretisch nur Grenzen für den Preis, praktisch können sich die Grenzen jedoch, und zwar die Obergrenze der höchsten Untergrenze so nähern, daß nur ein einziger Preis möglich wird“. „Ist der Preis infolge Fehlens eines Spielraumes zwischen Obergrenze und höchster Untergrenze auf einer bestimmten Höhe festgelegt, so ist er für den bzw. die Grenzkäufer an der Höchstgebotsgrenze . . . Für die anderen Käufer ist der Preis unter der Höchstgebotsgrenze . . . Läßt Obergrenze und höchste Untergrenze einen Spielraum für den Preis, so kann der Preis auch für den Grenzkäufer unter der Höchstgebotsgrenze sein.“ (Das Geld ohne Eigenwert und die Preislehre a. a. O. S. 119 f.)

Bei dieser Erklärung sind vorausgesetzt gegebene Preise der wichtigeren Güter und gegebene Mengen. Sie kann daher selbstverständlich nicht be-

¹⁾ Lieffmann selbst glaubt freilich: „wenn bei unseren Wirtschaftstheoretikern mehr Sinn für allgemeine Logik vorhanden wäre, so würden sie nicht mehr gegen meine Erklärung der Preisbildung polemisieren“ (a. a. O. S. 268).

²⁾ Vgl. insbesondere Oskar Engländer, Bestimmungsgründe des Preises. Stiepel, Reichenberg 1921, und die Abhandlung „Das Geld ohne Eigenwert und die Preislehre“, in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie“, Bd. 119.

friedigen und befriedigt auch Engländer nicht. Nun biegt er aber überraschenderweise ohne andere als diese allgemeine Motivierung von dem eingeschlagenen Wege vollständig ab und in die Gedankengänge der Kostentheorie ein. Er setzt dabei zunächst voraus, daß es ein letztes Kostengut gibt, das in bestimmter Menge gegeben ist, aus dem alle anderen Güter hergeleitet sind oder herleitbar sind, und das selbst keinen Kostenpreis, sondern einen originären Preis hat. Dieser ist natürlich bestimmt durch das Verhältnis seiner gegebenen Menge zur gegebenen Gesamtmenge des Geldes (einmaligen Umlauf vorausgesetzt). Die Preise aller anderen Güter sind nun natürlich entsprechende Vielfache des Preises der Kostenguteinheit. Unter der angenommenen Voraussetzung bedarf man zur Erklärung des Preises nicht der „Höchstgebote“. Natürlich kann aber auch diese Erklärung, ebensowenig wie sonst jemanden, auch Engländer nicht befriedigen. Es ist zum mindesten die Einführung einer zweiten Güterart gegebener Menge erforderlich. Dies vollzieht nun auch Engländer und kommt dann zu folgendem Ergebnis.

Unter der Voraussetzung, daß der Preis einer jeden der beiden Güterarten bei irgendeinem Käufer an der Höchstgebotsgrenze steht, ergibt sich praktisch ein festes Preisverhältnis zwischen beiden. Die Preise jener Mengen der beiden Güter, die zum Höchstgebot erworben werden, müssen nämlich gleich sein. Voraussetzung dabei ist wohl allerdings auch, daß die Wertschätzungen bei beiden die gleichen sind. Wenn nur der Preis eines der beiden Güter an der Höchstgebotsgrenze steht, dann ergeben sich nur Preisgrenzen. „In diesem Falle ist der Höchstpreis“ des Gutes, dessen Preis nicht an der Höchstgebotsgrenze steht, „gleich oder kleiner als das Einkommen seines Grenzkäufers, vermindert um den Preis“ der Menge des anderen Gutes, die in der Wertschätzung bei diesem Käufer voransteht. Zugleich muß der Preis jenes Gutes größer sein „als das Vermögen (Geldvorrat) des nächstfolgenden Käufers, vermindert um den Preis“ der Menge des anderen Gutes, die jenem in der Wertschätzung bei diesem Käufer voransteht.

Diese Erklärung ist logisch einwandfrei. Sie hat aber doch immer noch zu viel Voraussetzungen, um voll befriedigen zu können. Engländer demonstriert seine Anschauung an einem konkreten Beispiel, das so einfach wie möglich konstruiert ist. Eine solche Erklärung kann prinzipiell nur für solche Fälle gelten, die dem verwendeten Beispiel ganz analog sind. Sie kann vor allem nur unter den Voraussetzungen gelten, die in diesem Beispiel ausdrücklich oder stillschweigend angenommen wurden. Aber es müßte erst gezeigt werden, daß sie auch auf kompliziertere Fälle anwendbar ist, insbesondere auch, wenn es sich nicht nur um eine so begrenzte Zahl von Güterarten, sondern um eine prinzipiell

unbeschränkte Zahl handelt, und, wenn die Wertschätzungen der verschiedenen Tauschsubjekte vollständig unregelmäßig verlaufen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Erklärung in dieser Richtung verallgemeinert werden kann — was angesichts der Kompliziertheit des Tatbestandes nur mit Hilfe mathematischer Formulierung möglich ist — insolange dies aber nicht geschehen ist, handelt es sich jedoch auch hier erst um einen Anfang und einen Versuch, über den ein endgültiges Urteil nicht gesprochen werden kann.

Ähnliches gilt von der Preiserklärung Karl Englis. Auch Englis entwickelt seine Erklärung des Preises an einem konkreten Beispiel, das den Austausch zweier Güter unter ganz bestimmten und sehr vereinfachten Voraussetzungen zum Inhalt hat. Zum Unterschied von Engländer basiert er die Erklärung aber nicht auf Tauschwertschätzungen, sondern unmittelbar auf Gebrauchswertschätzungen, die er als nach bestimmten Nutzeinheiten bzw. „Intensitätseinheiten“ des Nutzens meßbar annimmt. Damit gewinnt seine Theorie wieder ähnlich der Grenznutzentheorie einen rein subjektiven Charakter. Zum Unterschied von der Grenznutzentheorie basiert er aber die Erklärung nicht auf den Grenznutzen selbst, sondern auf den „relativen Nutzen der technischen Einheit“, Arbeit, Geld, Raumeinheit, Gewichteinheit, Zeiteinheit usw. Der wirtschaftende Mensch richte sich nicht nach dem höchsten Grenznutzen, sondern nach dem größtmöglichen Nutzen, der mit einer technischen Einheit, durch die der Nutzen zu beschaffen ist, erzielt werden kann. Wenn zwei Güter ausgetauscht werden sollen, so vollziehe sich der Austausch derart, daß daraus eine solche Güterverteilung resultiere, bei welcher jeder der Tauschenden das Maximum an Nutzeinheiten gewinne. Das setze ein eindeutig bestimmtes Austauschverhältnis voraus, auf welches die Konkurrenz im Tauschmechanismus hinwirke¹⁾.

Das Beispiel, das Englis anführt, ergibt tatsächlich eine eindeutige und höchst einfache Lösung²⁾. Ob eine solche Lösung auch in einem komplizierteren Fall zu erzielen ist, ob sie insbesondere auch zu erzielen ist, wenn die bei Englis als methodologische Voraussetzung auftretende Annahme der Meßbarkeit des

¹⁾ Vgl. Karl Englis, „Das Liefmannsche Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge in der Konsumwirtschaft“ in „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, Bd. 109, und „Die wirtschaftliche Theorie des Geldes“ im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, Bd. 47; ferner „Základy hospodářského myšlení“, deutsche Übersetzung: „Grundlagen des wirtschaftlichen Denkens“. Brünn 1922 bzw. 1924 und „Národní hospodářství.“ Deutsche Bearbeitung: „Volkswirtschaftslehre“. Brünn 1924 bzw. 1926.

²⁾ Aus Raumangel kann leider auf den interessanten Versuch nicht näher eingegangen werden.

relativen Nutzens fallen gelassen und durch die der Wirklichkeit mehr entsprechende einer bloßen Vergleichbarkeit, Schätzung nach größer und kleiner ersetzt wird, und wie sie da zu erzielen ist, wäre noch zu zeigen.

6. Zur Methodik der Wert- und Preislehre.¹⁾ Die Begriffe „Wert“ und „Preis“. Das Wert- und Preisproblem. Das Einkommensproblem.

a) Die Begriffe „Wert“ und „Preis“.

Über die Begriffe „Wert“ und „Preis“ ist man noch immer nicht zu einer festen, einheitlichen Auffassung gelangt. Das ist zum Teil eine rein terminologische Angelegenheit, eine Frage der zweckmäßigsten Anwendung der Worte „Wert“ und „Preis“ in nationalökonomischen Untersuchungen und Erörterungen im Hinblick auf eine möglichst leichte, einfache und klare gegenseitige Verständigung. Die Worte haben im Leben oft einen mehrfachen Sinn, und da handelt es sich in der Wissenschaft darum, Mißverständnisse über die Bedeutung, die man bei ihrem Gebrauch im Sinne hat, möglichst auszuschließen. Das geschieht einfach dadurch, daß man die Bedeutung, die die Bezeichnung in einem bestimmten Problemzusammenhang haben soll, angibt, was in der Regel einfach durch die Definition des Begriffs geschieht, den man mit dem Worte verbinden will. Das hat natürlich mit dem Definieren selbst gar nichts zu tun, es ist nicht ein Problem der Definition, sondern ein reiner Bezeichnungsvorgang, der in die Form einer Definition gekleidet ist. So sagt man zum Beispiel: „‘Wert’ ist . . .“ und meint darunter nichts anderes als: „Unter ‘Wert’ verstehe ich in diesem Zusammenhange . . .“, oder: „als ‘Wert’ soll in diesem Zusammenhange bezeichnet werden . . .“, oder: „die Bezeichnung ‘Wert’ soll in diesem Zusammenhange verwendet werden für . . .“. Wenn ein solches Wort im allgemeinen Sprachgebrauch in mehrfachem Sinne verwendet wird, so ist es in der Wissenschaft das Zweckmäßigste, es nur in dem Sinne zu verwenden, der für die Wissenschaft wichtig ist, also damit einen Gegenstand oder ein Problem der Wissenschaft zu bezeichnen. So geht

¹⁾ Zur Methodik der Preistheorie vergleiche neben Zuckerkandls Artikel „Preis“ insbesondere die Abhandlungen Otto von Zwiedinecks, „Kritisches und Positives zur Preislehre“ in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 64. und 65. Jahrgang, 1908/1909 und „Über den Subjektivismus in der Preislehre“ im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 38. Band, 1914, mit deren Inhalt sich die folgenden Ausführungen zum Teil in Übereinstimmung, zum Teil in einem, wie ich glaube, nicht unüberbrückbaren Gegensatz befinden.

zum Beispiel Ricardo vor, wenn er einfach ohne jedwede Erörterung oder Begründung sagt: „Der Wert eines Gutes oder die Menge von einem anderen Gut, für welche es ausgetauscht wird . . .“. Das Wort „Wert“ hat im Leben verschiedene Bedeutungen. Unter anderem bedeutet es auch das Austauschverhältnis der Güter oder deren Preis. So wenn ich sage: „meine Einrichtung oder meine Garderobe oder meine Manuskripte sind 1600 Mark wert“, oder „mein Grundstück ist eine Kuh wert“. Diese Bedeutung des Wortes „Wert“ ist dem Leben sehr geläufig. Aber daneben hat es noch eine Reihe anderer Bedeutungen. In jener Bedeutung bezeichnet es aber zugleich den Hauptgegenstand und das Hauptproblem der nationalökonomischen Theorie. Es ist daher zweckmäßig, in der Theoretischen Nationalökonomie dieses Wort in erster Linie und hauptsächlich in jenem Sinne zu gebrauchen. Ob es zweckmäßig ist, es da noch in einem anderen Sinne zu gebrauchen, das hängt davon ab, ob es auch noch in einem anderen Sinne für die Theoretische Nationalökonomie Bedeutung hat und bei einer Verwendung in einem mehrfachen Sinne nicht leicht Verwechslungen entstehen können. Wenn man zum Beispiel glaubt, daß jener „Wert“, der Tauschwert, nur erklärt werden könne aus dem Gebrauchswert, den man auch im Leben einfach als „Wert“ bezeichnet, so kann es durchaus zweckmäßig sein, das Wort „Wert“ in der nationalökonomischen Wissenschaft in diesem doppelten Sinne zu verwenden, vorausgesetzt, daß daraus nicht die Gefahr von Verwechslungen entsteht. Wo das der Fall ist, ist dann der einfache Gebrauch des Wortes „Wert“ unzweckmäßig, und man muß deshalb die den Bedeutungsunterschied hervorhebenden zusammengesetzten Worte „Tauschwert“ und „Gebrauchswert“ verwenden. Das ist, wie gesagt, eine Frage der zweckmäßigen Terminologie, und es hat keinen Sinn, die Frage zu stellen: „Was ist ‚Wert‘?“ in dem Sinn: „Was ist ‚Wert‘ überhaupt?“

Wohl aber hat es einen Sinn, zu fragen: Was ist das Wesen dessen, was ich in der Nationalökonomie nach den oben angegebenen Gesichtspunkten als „Wert“ zu bezeichnen für zweckmäßig gefunden habe? Das ist die Frage nach dem Wertbegriff, der Definition des Wertes. Es handelt sich dabei darum, aus dem mit dem Wort „Wert“ bezeichneten empirischen Tatbestand dasjenige klar zu erfassen, zu „begreifen“, was erkennbar wichtig ist, was ich erkennen will, worauf es mir bei der Erkenntnis ankommt, das ist in einer theoretischen Wissenschaft, das Allgemeine, „Wesentliche“ der Erscheinung. Auch diese Frage wird gewöhnlich in die Form „Was ist ‚Wert‘ usw.?“ gekleidet; aber das soll nicht heißen: „Was ist ‚Wert‘ überhaupt, was bedeutet ‚Wert‘, was steckt hinter dem Worte ‚Wert‘?“, sondern: Was ist das Wesen

des empirischen Tatbestandes, den ich im Auge habe, wenn ich in der Theorie von „Wert“ spreche, der mir Problem ist?

Nun ist es zweifellos etwas Verschiedenes, wenn ich sage: „mein Grundstück ist 300 Mark wert“ oder „mein Grundstück ist eine Kuh wert“. Beides sind zwar Austauschverhältnisse, aber Austauschverhältnisse verschiedener Art. Das eine ist ein Austauschverhältnis zwischen einem Gut bestimmter Art und einem anderen Gut bestimmter Art, und das andere ist ein Austauschverhältnis zwischen einem Gut und Geld. Ich kann natürlich beides als „Wert“ bezeichnen; aber da bei der nahen Verwandtschaft beider Bedeutungen eine Verwechslung zwischen beiden Bedeutungen kaum in irgendeinem Zusammenhang ausgeschlossen ist, so wird es sehr unzweckmäßig sein, das Wort „Wert“ in beiden Bedeutungen zu verwenden. Da wir nun im Leben für das eine Austauschverhältnis eine ziemlich eindeutige Bezeichnung in dem Wort „Preis“ haben, so wird es zweckmäßig sein, diese auch in der Wissenschaft dafür zu verwenden und den Gebrauch des Wortes „Wert“ auf das Austauschverhältnis der anderen Art zu beschränken. Das gilt natürlich unter Umständen (von denen wir gleich sprechen werden) auch für die Beschränkung des Gebrauchs des Wortes „Preis“ auf das Austauschverhältnis der einen Art.

Auf jeden Fall ist es notwendig, die beiden Begriffe auseinanderzuhalten, weil sie zwei verschiedene Tatbestände zum Ausdruck bringen, die zugleich verschiedene Probleme sind. Das eine ist ein allgemeines, das andere ein spezielles Problem. Das Problem des gegenseitigen Austauschverhältnisses der Güter ist anderes als das Problem des Austauschverhältnisses zwischen den Gütern und dem Gelde. Aber dieses ist in jenem eingeschlossen oder kann als in jenem eingeschlossen gedacht werden. Es ist das Problem eines besonderen Austauschverhältnisses. Damit ist die logische Beziehung zwischen beiden freilich noch nicht vollständig charakterisiert.

In der Wissenschaft wurden bisher diese beiden Begriffe und Probleme nie streng auseinandergehalten und insbesondere die Bezeichnungen „Wert“ und „Preis“ vielfach als synonym gebraucht, bald zur Bezeichnung des einen, bald zur Bezeichnung des anderen Tatbestandes, oder auch beider zugleich ohne Unterscheidung beider Tatbestände. Dem kommt auch der Sprachgebrauch des Lebens nach einer Richtung entgegen. Man bezeichnet zwar nie das Austauschverhältnis zwischen einem Gut und einem anderen Gut als „Preis“, aber wohl ebenso häufig das Austauschverhältnis zwischen Gut und Geld als „Wert“ wie als „Preis“. Darin drückt sich die allgemeinere Bedeutung des Wortes „Wert“ gegenüber dem Worte „Preis“ aus. In der Wissenschaft hat

man es aber häufig umgekehrt gemacht. Man hat gerade das Wort „Preis“ zur Bezeichnung des Allgemeinen verwendet und, wenn auch seltener, das Wort „Wert“ zur Bezeichnung des Austauschverhältnisses, das im Leben das Wort „Preis“ mit Ausschluß einer anderen Bedeutung bezeichnet.

b) Das Wertproblem und das Preisproblem.

Als das „Preis“problem wäre demnach zweckmäßigerweise nur zu bezeichnen das Problem des Austauschverhältnisses zwischen den Gütern und dem Geld. Dem steht gegenüber das Problem des gegenseitigen Austauschverhältnisses der Güter untereinander, das man dann zweckmäßigerweise als das „Wert“-problem bezeichnet. Allerdings ist das eine Austauschverhältnis bedingt durch das andere. Wenn das Austauschverhältnis zwischen allen Gütern und dem Geld gegeben ist, so ist damit auch das gegenseitige Austauschverhältnis der Güter untereinander gegeben. Aber beides ist nicht dasselbe. Man bezeichnet das eine auch als das Problem der relativen Preisverhältnisse, das andere als das Problem der absoluten Preise. Wenn die absoluten Preise bekannt sind, dann sind auch die relativen Preisverhältnisse bestimmt. Aber dasselbe gilt nicht umgekehrt. Logisch ist aber das Problem der relativen Preisverhältnisse zwischen den Gütern, das Problem des Wertes der Güter das allgemeinere. Dabei bleibt es noch immer eine offene methodische Frage, ob man von der Lösung des einen oder anderen Problems ausgehen soll. Prinzipiell muß die Lösung auf beiden Wegen zu erzielen sein.

Das hängt damit zusammen. Das Wertproblem ist das Problem des gegenseitigen Austauschverhältnisses der Güter. Unter diesen Gütern kann ein Gut zum Wertmaßstab genommen werden, das heißt zum Maß, in dem alle Verhältnisse ausgedrückt werden. Dies geschieht einfach dadurch, daß man alle Verhältnisse auf die Einheit eines bestimmten Gutes bezieht, das in den Konnex jener Austauschverhältnisse inbegriffen ist (Getreide, Edelmetall oder dgl.). Dann hat man, obwohl man von den relativen Austauschverhältnissen zwischen den Gütern untereinander ausgegangen ist, doch zugleich auch die Bestimmung ihrer absoluten Austauschverhältnisse gewonnen, „absolut“ allerdings nur im Hinblick eben auf dieses eine Gut. Ist dieses Gut wirklich „Geld“, so muß man seine besondere Stellung im Tauschverkehr beachten, die eine ganz andere Bestimmtheit der Austauschverhältnisse bedingt, als sie abgesehen davon bedingt würde. Diese besondere Stellung betrifft die Besonderheit im Angebot und in der Nachfrage des Geldgutes.

Nun darf man freilich, wie wir gesehen haben, nicht glauben, daß man das Austauschverhältnis zwischen einem Gut bestimmter Art und einem anderen

Gut isoliert bestimmen könnte. Man kann nur die gegenseitigen Austauschverhältnisse alle r im Tausche umgesetzten Güter zugleich bestimmen. Das heißt: das eine ist ein unmögliches Problem. Und daraus folgt, daß schon die Definition des „Wertes“ als „die Menge eines Gutes, die im Tausche für ein anderes gegeben wird“, falsch oder zumindest unzulänglich zur Erfassung dessen, was das Wesen des Problems bildet, ist. Der „Wert“ kann nur definiert werden als das „gegenseitige Austauschverhältnis der Güter“ überhaupt und der „Wert eines Gutes“ als „sein Austauschverhältnis allen anderen Gütern gegenüber“. Wenn man dies beachtet hätte, so wäre man nie dazu gekommen, das Austauschverhältnis zweier Güter isoliert bestimmen zu wollen, das heißt, darin eine Lösung des Wertproblems zu sehen. (Es kann nur ein methodischer Weg sein, zur Vereinfachung des Problems zunächst mit der Annahme des gegenseitigen Austausches zweier Güter zu beginnen.) Daraus ersieht man, welche Bedeutung unter Umständen eine Begriffsbestimmung oder Definition haben kann. Sie wird entscheidend für die ganze Problemstellung.

Diese Bedeutung ist schon in der Vorstellung des gewöhnlichen Lebens mit dem Worte „Wert“ verknüpft. Wenn ich vom „Wert“ meiner Uhr spreche, so meine ich zwar damit zunächst die Geldsumme, die sie wert ist, das heißt, um die sie in der Regel gekauft wird, aber implizite auch eine bestimmte Menge beliebiger Güter, die man mit dieser Geldsumme kaufen kann, oder schlechthin, was man sonst an ihrer Stelle haben könnte oder haben kann.

Es war nun zweifellos die Mehrdeutigkeit des Wortes „Wert“ daran mitschuldig, daß man in neuerer Zeit vielfach an Stelle des Tauschwertproblems das „Gebrauchswert“problem zum Hauptgegenstand der nationalökonomischen Wissenschaft gemacht und damit eigentlich ihren ganzen methodologischen Charakter verändert hat. Es muß demgegenüber betont werden, daß der Hauptgegenstand der nationalökonomischen Theorie die Erklärung des gegenseitigen Austauschverhältnisses der Güter ist. Nun könnte man freilich der Ansicht sein, dieses Phänomen des Tauschwerts könne nur aus dem „Gebrauchswert“ heraus erklärt werden. Dann wäre es natürlich notwendig, auf ihn zurückzugreifen, aber lediglich insoweit, als es zur Erklärung jenes Phänomens des Tauschwertes unbedingt notwendig ist. Und das ist etwas ganz anderes, als eine vollständige Theorie des „Gebrauchswertes“ oder „subjektiven Wertes“ zu entwickeln und zum integrierenden Bestandteil der Nationalökonomie zu machen.

Worin besteht nun das nationalökonomische Wertproblem? Es ist das Problem der „Bestimmtheit“ der Austauschverhältnisse. In der Erfahrung sind Tauschverhältnisse von bestimmter Größe gegeben. Wodurch ist die Größe der Tauschverhältnisse bestimmt? Das ist die Frage der nationalökonomischen Theorie.

Aber das heißt nicht: Wodurch ist die bestimmte konkrete Höhe bestimmter konkreter Austauschverhältnisse, jener, die uns die Erfahrung gerade in der Gegenwart zeigt, bestimmt ?, sondern: Wodurch ist die Höhe der Austauschverhältnisse überhaupt, generell, „im allgemeinen“ bestimmt ? Das sind Fragen, die natürlich beide gestellt werden können, aber zwei verschiedene Fragen, und nur die eine ist eine theoretische Frage.

Auch das ist nicht immer auseinander gehalten worden. Manche glauben, daß man auf theoretischem Wege, durch ein „Prinzip“, bestimmte konkrete Austauschverhältnisse und Preise erklären könnte. Das kann natürlich nie gelingen. Andererseits wird mitunter behauptet, daß die Austauschverhältnisse und Preise immer nur aus vorausgegangenen Austauschverhältnissen und Preisen erklärt werden könnten, was vollständig richtig ist, aber natürlich nicht das theoretische Wert- und Preisproblem trifft. Dieses besteht darin, zu erklären, wie oder wodurch, durch welche allgemeinen Faktoren Austauschverhältnisse und Preise, wo immer sie auftreten, wie immer sie auftreten, unter welchen Bedingungen immer sie auftreten, bestimmt werden. Die Lösung dieses allgemeinen theoretischen Problems ist natürlich die Voraussetzung für die Lösung jenes konkreten historischen Problems.

Was heißt „erklären“? Ein jedes empirische Phänomen besteht aus einer Mehrheit von Bedingungen oder Faktoren, die in einem bestimmten notwendigen Verhältnisse zueinander stehen müssen, damit das Phänomen existiert. Angaben, welches diese Bedingungen oder Faktoren sind und ihr notwendiges Verhältnis ist, heißt „erklären“. Es ist etwas anderes als bloß „beschreiben“. „Beschreiben“ heißt bloß angeben, wie das Phänomen, so wie man es empirisch wahrnimmt, beschaffen ist. „Erklären“ heißt herausfinden, was von dem empirisch Wahrgenommenen notwendig und wesentlich ist. Das „Beschreiben“ kann nur angeben, was gleichzeitig ist oder empirisch aufeinanderfolgt. Eine „Erklärung“ zeigt, was durch einander, sei es gleichzeitig oder in der Aufeinanderfolge, bedingt ist, voneinander „abhängig“ ist, das heißt, was notwendig gleichzeitig oder in der Aufeinanderfolge sein muß, damit das Phänomen, der Tatbestand oder die Veränderung, gegeben ist.

c) Die Einheitlichkeit der Wert- und Preiserklärung.

Daß gleichartige Erscheinungen einheitlich erklärt werden müssen, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Keine andere Erklärung kann eine befriedigende Erklärung sein. Gleichartige Erscheinungen müssen sich einheitlich erklären lassen. Sonst wären es nicht gleichartige Erscheinungen. Deshalb sind alle Versuche methodologisch verfehlt, welche von

Anfang an den Wert und Preis der Seltenheitsgüter von dem Wert und Preis der „beliebig vermehrbar“ Güter trennen und für beide „Arten“ von Preisen, die in Wahrheit gar nicht verschiedene Arten von Preisen sind, eine verschiedene Erklärung suchen. In dieser Hinsicht bedeutet die Grenznutzentheorie entschieden einen Fortschritt gegenüber der klassischen Theorie und die Theorie O p p e n h e i m e r s einen Rückschritt gegenüber der Grenznutzentheorie. Ebenso verfehlt sind die Versuche, die von vornherein zwischen „Monopolpreis“ und „Konkurrenzpreis“ scheiden und zwei voneinander unabhängige Theorien, eine für die Erklärung des Monopolpreises und eine andere für die Erklärung des Konkurrenzpreises aufstellen wollen. Verfehlt ist es schließlich auch, „statische“ und „nicht statische“ Preisrelationen zu scheiden (nicht zu „unterscheiden“) und eine besondere Theorie der „statischen“ Preisrelationen unabhängig von der Theorie der „nicht statischen“ Preisrelationen aufzustellen. Dasselbe gilt natürlich für die grundsätzliche Scheidung von „Marktpreis“ und „natürlichem Preis“ und die Ausbildung je einer besonderen selbständigen Theorie für beide „Arten“ von Preisphänomenen — wie wir sie bei den Klassikern finden, und die ja im wesentlichen dasselbe bedeutet wie die Scheidung zwischen „statischen“ und „nichtstatischen“ Preisen — und deren verschiedenartige selbständige Erklärung. In allen diesen Fällen haben wir es nämlich keineswegs mit verschiedenen Arten von Preisen zu tun, sondern nur mit verschiedenen Bedingungen, unter welchen sich die Preisbildung vollzieht, und mit verschiedenen Voraussetzungen, die wir spezialisierend nach und nach, um der komplexen Wirklichkeit gerecht zu werden, den allgemeinen Voraussetzungen jeder Preisbildung, unter welchen die allgemeine Erklärung zu erfolgen hat, anreihen müssen.

Eine Trennung der unter verschiedenen Voraussetzungen sich bildenden Preise ist bei ihrer allgemeinen Erklärung auch aus einem sachlichen Grunde nicht möglich, weil doch, wie wir gesehen haben, alle Preise in einem notwendigen Zusammenhang stehen, durcheinander bedingt sind, die Höhe der Preise der Seltenheitsgüter für die Höhe der Preise der „beliebig vermehrbar“ Güter entscheidend ist und umgekehrt, desgleichen die Preise der Konkurrenzgüter auch von den Preisen der Monopolgüter abhängen und umgekehrt usw., sich also nicht einzelne Preise isoliert von anderen erklären lassen.

Jede Theorie muß also derart einheitlich sein, daß sie mit ihren allgemeinen Aussagen über die Bestimmtheit der Preise alle Preise, die sich im Zusammenhang einer Tauschgesellschaft, auf einem einheitlichen Markt oder auf kommunizierenden Märkten bilden, erfaßt, für alle in gleicher Weise gilt, mögen diese Preise was immer für Güter betreffen, mögen sie unter was immer für besonderen

Voraussetzungen sich bilden usw. Erst auf der Grundlage einer derartigen allgemeinen Theorie können sich dann Spezialtheorien über die Besonderheiten der Bildung von Preisen bestimmter Güter oder der Bildung von Preisen unter bestimmten besonderen Voraussetzungen usw. aufbauen.

Es ist also ein methodologisch und sachlich gleich unhaltbarer Standpunkt, die Erklärung der Preise von „nicht beliebig vermehrbar“ Gütern, wie Oppenheimer und die Klassiker es tun, von vornherein aus einer Preistheorie auszuschließen mit der Begründung, daß sie wegen der verhältnismäßig geringen Zahl dieser Güter von keiner Bedeutung wären. Das mag für die Praxis und deren Probleme vielleicht stimmen, kann aber nie für die Theorie Geltung haben.

Aufgabe der Theorie ist es gerade, alle gleichartigen Erscheinungen einheitlich zu erklären. Wenn man nur eine besondere praktisch wichtige Gruppe von Erscheinungen einer bestimmten Art erklärt oder erklären will, so läuft man Gefahr, das Besondere dieser Gruppe für das Wesentliche zu halten und das Wesentliche zu übersehen. Es ist dann nicht so etwa, daß diese Gruppe von Erscheinungen wirklich erklärt würde und nur das außerhalb Liegende nnerklärt bliebe, sondern es wird überhaupt nicht „erklärt“, man erhält eine bloße Scheinerklärung, die logisch vollkommen einwandfrei sein mag, aber sachlich nicht das Wesentliche, den eigentlichen „letzten“ Grund der Dinge erfaßt.

d) Objektivismus und Subjektivismus in der Wert- und Preislehre.

Wenn irgend etwas, so sollte wenigstens die Gegensätzlichkeit von „Objektivismus“ und „Subjektivismus“ in der Preislehre, die schon längst zu einem Gegensatz von bloßen Schlagworten geworden ist, heute ein überwundener Standpunkt sein. „Wert“ und „Preis“, so wie sie der nationalökonomischen Theorie als Problem gegeben sind, sind zweifellos ihrer Art und ihrem Wesen nach objektive Tatbestände. Sie sind ebenso zweifellos subjektiv bedingte Phänomene. Es würde keinen Tausch und keinen Tauschwert und Preis geben, wenn es nicht Menschen gäbe, welche Bedürfnisse hätten und Güter werten und begehrten würden, was doch sicher ein „subjektives“ Phänomen ist; es würde also keinen Tausch und keinen Tauschwert geben ohne subjektive Beziehung der Menschen zu äußeren Objekten, die wir eben wegen dieser subjektiven Beziehung „Güter“ nennen, — „Güter“ für die nationalökonomische Theorie sind einfach „im Tausch begehrte“ oder „zum Eintausch begehrte Objekte“ — und deren subjektive Bezogenheit auf uns wir „subjektiven Wert“

nennen. Aber hinter dieser subjektiven Bezogenheit stehen — wie ja auch die Grenznutzentheoretiker nicht verkannt haben — wieder objektive Verhältnisse und Tatsachen („Seltenheit“, Vermehrbarkeit durch Arbeit und technische Aufwände u. dgl.). Und es gilt eben, gerade diese subjektiven und objektiven Faktoren der Bestimmtheit der Preise in ihrer Wesenheit und in ihrem Verhältnis zueinander zu erfassen, was ja schon von anderen (Cassel, Zwiedineck) ganz richtig betont worden ist.

Darüber ist also schon nichts mehr Neues zu sagen. Es kann höchstens noch auf die mehr instruktiven Beispiele der Theorien Oppenheims und Liefmanns hingewiesen werden, die sich in ihrem Wesenskern vollständig decken und doch von dem einen „rein objektiv“ und von dem anderen „rein subjektiv“ genannt werden. In der Tat kommt Oppenheimer nicht ohne „subjektive“ Wertungen, wenn er sie, weil gesellschaftlich bedingt, auch „objektive“ nennt, und kommen Liefmann sowie auch die Grenznutzentheoretiker — die, wie gesagt, das ja nie verkannt haben, — nicht ohne technische, „objektive“ Tatsachenbestände und Verhältnisse aus.

Schon ganz müßig ist der Streit, ob man den subjektiven Faktor „Wert“ nennen solle, eine Meinungsverschiedenheit, die sich höchst sonderbarerweise in die Frage umgeformt hat, ob man die Preise ohne Wert begriff erklären, ob eine Erklärung der Preise und damit die nationalökonomische Theorie „wertfrei“ sein könne. Daß es sich dabei lediglich um ein Wort handelt, darüber sollten sich Gelehrte von der Bedeutung Cassels, Gottls, Eulenbürgs usw. wirklich klar sein. Die „Herrschaft des Wortes“ scheint sich hier einmal in entgegengesetzter Richtung geltend zu machen. Man fürchtet sich vor einem Wort, das nicht eindeutig ist, und führt einen Kampf gegen dessen Gebrauch anstatt gegen dessen falsche oder zwecklose Ausdeutung. Aber zu wirklichen Mißverständnissen kann der Gebrauch des Wortes „Wert“ in seiner doppelten Bedeutung als „subjektiver Wert“ und „objektiver Tauschwert“ in der nationalökonomischen Theorie kaum jemals Anlaß geben. Deshalb hat es keinen Sinn, es aus ihr ganz verbannen zu wollen¹⁾.

e) Statik und Dynamik.

Manche pflegen streng zwischen „Statik“ und „Dynamik“ (auch „Kinetik“) in der Theorie zu unterscheiden (Schumpeter, Oppenheimer), andere sehen keine Bedeutung in dieser Unterscheidung (Böhm-Bawerk,

¹⁾ Vgl. dazu auch Franz Weiß, „Die moderne Tendenz in der Lehre vom Geldwert“ in der „Zeitschrift für Volkswirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Verwaltung“, XIX. Band.

Wieser und andere Grenznutzentheoretiker), manche verwerfen sie sogar als einen verhängnisvollen methodologischen Fehler (Liefmann). Dabei mag wohl auch das Mißverständnis, das sich an diese Unterscheidung mitunter knüpft, eine Rolle spielen. Diese Unterscheidung hat natürlich im wesentlichen nur eine methodologische Bedeutung. Sie dient nämlich einem ganz bestimmten methodologischen Zweck, der eigentlich auch nie klar erkannt worden ist, nämlich — in der Preislehre — den Zusammenhang zwischen Preisen und „Kosten“ zu finden. Einen solchen Zusammenhang gibt es nämlich nur unter einer bestimmten Voraussetzung. Diese Voraussetzung ist in dem Begriff „Statik“ erfaßt.

„Statik“ bedeutet in der Preislehre einen fort dauernden Zustand, in dem alle wesentlichen Momente gegebene und unveränderliche Größen sind. Was man das „statische“ Preisproblem nennt, ist also gar nicht die Erklärung der Preise in einem gegebenen Zustand schlechthin, sondern die Erklärung der Preise in einem gegebenen Zustand unter der Voraussetzung der Dauer dieses Zustandes. Diese Voraussetzung hat aber im wesentlichen nur Bedeutung für das Verhältnis zwischen den Preisen und „Kosten“, das heißt zwischen den Preisen der Produkte und den Preisen der Produktionsmittel, die zu deren Produktion erforderlich sind. Denn die Produktion braucht Zeit, und nur wenn sich während dieser Zeit kein für die Preisbildung entscheidender Faktor verändert, bzw. man nicht mit einer solchen Veränderung zu rechnen braucht, kann ein bestimmtes Verhältnis zwischen den Preisen der Produkte und den Preisen der zu ihrer Produktion erforderlichen Kostengüter bestehen. (Und auch da ist noch eine weitere Voraussetzung notwendig, nämlich die der Konkurrenz im Gegensatz zum Monopol.) Infolgedessen ist das sogenannte „statische“ Preisproblem ein Spezialproblem der Preisbildung und hat die Erklärung der allgemeinen Gesetze der Preisbildung überhaupt zur Voraussetzung.

Es hat deshalb in der Sachlage einen guten Grund, ist aber doch nicht völlig richtig, wenn Openheimer zwischen Preisrelationen der „Statik“ und der „Kinetik“ unterscheidet und ebenso die Klassiker zwischen „natürlichem Preis“ und „Marktpreis“ unterschieden haben. Es ist nicht völlig richtig insofern, als man damit einen grundsätzlichen Unterschied in der Art der Preise und einen Gegensatz ausdrücken wollte, der nicht existiert. Auch der „natürliche Preis“ ist ein „Marktpreis“, nur ein „Marktpreis“ unter besonderen Voraussetzungen, und auch die „statischen Preisrelationen“ Openheimers sind Preise eines ständig in Bewegung begriffenen Tauschprozesses („Kinetik“), nur ebenfalls wieder Preise, die sich unter den besonderen Vor-

aussetzung, daß sich in diesem ständig in Bewegung begriffenen Tauschprozeß die preisbestimmenden Faktoren nicht ändern, bilden.

Man versteht nun auch, warum die klassische Theorie und die Open-heimeirs eine wesentlich statische ist, und warum sie nur den Preis der „beliebig vermehrbar“ Güter betrifft. Beides bedingt sich gegenseitig. Nur bei „beliebig vermehrbar“ Gütern tritt das Problem des Verhältnisses zwischen Preis und „Kosten“ auf, und bei den „beliebig vermehrbar“ Gütern interessiert speziell dieses Verhältnis. So wird es auch erklärlich, warum die erste Preistheorie eine „Kosten“theorie gewesen ist. Wenn man sich nur für die Preisbildung der „beliebig vermehrbar“ Güter interessiert, dann muß der Blick notwendig auf den dabei so auffallenden Zusammenhang zwischen Preis und „Kosten“ fallen; dann muß man, wenn man zu einer Lösung kommen will, notwendig die „statischen“ Voraussetzungen machen, und als nächstliegende und einfachste Lösung gibt sich das einseitige Abhängigkeitsverhältnis der Preise von den „Kosten“.

Auch warum eine solche Theorie eine „objektive“ wird, erklärt sich schließlich daraus. Die Voraussetzung der „Statik“ hat die Voraussetzung des Gleichbleibens der subjektiven Wertschätzungen zur Voraussetzung, für die Kosten-güter gibt es nun keine selbständigen subjektiven Wertschätzungen, sondern nur von den subjektiven Wertschätzungen der Produkte abgeleitete Wertschätzungen; deshalb kann auf das Verhältnis der Preise der Produkte zu den Preisen der Kosten-güter der subjektive Preisbestimmungsfaktor keinen Einfluß haben. Es ist nur durch die objektiven und natürlichen technischen Verhältnisse der Produktion, durch die objektiven natürlichen und technischen Beziehungen zwischen den Produktionsmitteln untereinander und zwischen ihnen und den Produkten bestimmt. Die Mitwirkung des subjektiven Faktors bei der Preisbildung tritt also hier nicht in Erscheinung. Das heißt aber nicht, daß eine solche Mitwirkung nicht vorhanden ist.

Man hat den „statischen“ Zustand auch als einen „Gleichgewichtszustand“ definiert. Dieser Ausdruck ist aber mehrdeutig, und auch dies hat manchmal zu einer falschen Auffassung der „Statik“ geführt. Man spricht in der Preistheorie vor allem von einem „Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage“. Das ist aber unter „Statik“ nicht schlechthin gemeint. Auch ist dieser Ausdruck nicht ganz klar. Er bedeutet oft überhaupt nicht mehr als eine Phrase. Es handelt sich bei der „Statik“ vielmehr um ein fortlaufendes „Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion“, und das heißt nicht, wie es oft auch identifizierend aufgefaßt wird, ein „Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage“, sondern zwischen der Nachfrage nach Pro-

d u k t e n u n d d e r N a c h f r a g e n a c h d e n z u i h r e r P r o d u k t i o n e r-f o r d e r l i c h e n P r o d u k t i o n s m i t t e l n , w o r a u s s i c h d a n n f r e i l i c h a l s K o n s e q u e n z s o e t w a s w i e e i n „G l e i c h g e w i c h t z w i s c h e n A n g e b o t u n d N a c h-f r a g e “ e r g i b t .

f) „Kausale“ und „funktionelle“ Erklärung der Preise.

Es gibt Schriftsteller, die das Preisproblem wesentlich „funktionell“ behandeln (Cassel, Schumpeter, Walras, Wicksell usw.) und solche, die die Preise wesentlich „kausal“ erklären. Auch hier handelt es sich um einen Gegensatz, der in Wirklichkeit gar kein Gegensatz ist, sondern nur in den Augen der Anhänger der einen oder anderen Erklärungsweise manchmal als solcher erscheint. Es ist freilich auch nicht dasselbe und deshalb wichtig, den Unterschied auseinanderzuhalten. „Funktionelle“ und „kausale“ Abhängigkeit oder Bestimmtheit sind zwei sehr verschiedene Dinge. Eine funktionelle Abhängigkeit kann nur zwischen gleichzeitig bestehenden Phänomenen oder Größen bestehen, eine k a u s a l e nur zwischen zeitlich aufeinanderfolgenden. Es kann aber natürlich zwischen Phänomenen, insofern sie nur „generell“, als generell betrachtet werden, sowohl eine funktionelle als eine kausale Abhängigkeit bestehen. Nun ist das Preisphänomen ein Phänomen, das in seinen Elementen sowohl Gleichzeitigkeit wie Aufeinanderfolge aufweist. Und das hat die Möglichkeit und Notwendigkeit sowohl einer funktionellen als einer kausalen Betrachtung zur Folge.¹⁾

Wenn man dies erkannt hat, dann löst sich von selbst das scheinbare Paradoxon, daß der Preis von „Angebot und Nachfrage“ und „Angebot und Nachfrage“ vom Preis abhängig sind, ebenso wie das andere, daß der Preis von den Kosten abhängig ist und umgekehrt die Kosten, die aufgewendet werden, wieder vom Preis abhängig sind. Widerspruchslos ausgedrückt heißt das nur, daß bei einem bestimmten Verhältnis zwischen „Angebot und Nachfrage“ nur ein bestimmter Preis bestehen kann und ebenso bei bestimmten Kosten nur ein bestimmter Preis bestehen kann, und umgekehrt, bei einem bestimmten Preis nur ein bestimmtes Verhältnis von „Angebot und Nachfrage“ bestehen kann, ebenso bei einem bestimmten Preis nur bestimmte Kosten aufgewendet werden können. Es ist aber damit gar nichts darüber ausgesagt,

¹⁾ Wenn die Preise in einem gegebenen Zustande erklärt werden sollen, so kann man sie — theoretisch — natürlich nur funktionell erklären. Wie diese Preise zustande gekommen sind, ist ein historisches Problem. Wie Preise im allgemeinen zustande kommen und sie sich verändern bzw. verändern können, ist ein theoretisches Problem, das eine kausale Erklärung verlangt.

daß das eine kausal das andere bestimmt. Es bleibt eine Kausalität nach beiden Richtungen möglich. Das ist „funktionelle“ Abhängigkeit.

Wie es mit der Kausalität steht, das ist eine andere Frage, über die mit jener Feststellung gar nichts entschieden ist. Es ist, wie gesagt, an sich Kausalität nach beiden Richtungen logisch möglich. Ob sie in Wirklichkeit nach beiden Richtungen möglich ist, ist eine Frage des empirischen Sachverhalts. Und nach welcher Richtung sie in Wirklichkeit wirklich vorhanden ist, ist wieder eine andere Frage. Bei der Preisbildung ist es nun so, daß hier Kausalität auch in Wirklichkeit nach beiden Richtungen möglich ist, und daß sie oft auch bald in der einen, bald in der anderen vorhanden ist. Es kann sich zum Beispiel zuerst Angebot und Nachfrage und dann, als Folge davon, der Preis ändern; es kann sich aber auch zuerst der Preis und als Folge davon Angebot und Nachfrage ändern, wie es zum Beispiel bei Preisfixierungen durch Kartelle oder den Staat der Fall ist. Ein besonders interessanter Fall in dieser Beziehung und ein Fall, in welchem das Verkennen dieser zweifachen Betrachtungsweise der nationalökonomischen Phänomene und dieser Möglichkeit einer Kausalitätsbeziehung nach zwei entgegengesetzten Richtungen zu ganz müßigen theoretischen Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten geführt hat, ist die Frage des Zusammenhangs zwischen Preisen und Geld(Noten)menge und die Frage des Zusammenhangs zwischen innerer Kaufkraft des Geldes oder Preisen und Devisenkursen. Es besteht zunächst auch hier funktionelle und das heißt gegenseitige Abhängigkeit und die logische und zugleich empirische Möglichkeit eines Kausalverhältnisses nach beiden Richtungen. Die Steigerung der Preise kann in der Praxis ebensowohl eine Folge als eine Ursache einer Vermehrung der Geldmenge darstellen und ebensowohl eine Folge als eine Ursache des Steigens der Devisenkurse. Wie der Zusammenhang (der Kausalzusammenhang) in Wirklichkeit ist, das ist eine Frage des konkreten Falles. Es ist bald das eine, bald das andere der Fall gewesen. (Daraus folgt natürlich nichts für das wirtschaftspolitische Verhalten; also keineswegs etwa, daß, wenn die Preissteigerung oder das Steigen der Devisenkurse das kausal „Primäre“, das heißt zeitlich Vorausgehende ist, die Notenbank zur Abwicklung des Verkehrs die Notenmenge erhöhen muß. Wenn dies erfolgt, so bedeutet das nur die Sanktionierung der vorausgegangenen Änderung in der Volkswirtschaft und den gewollten Verzicht auf eine Rückbildung.)

Von „funktioneller“ Behandlung oder Betrachtung des Preises kann man auch noch in einem anderen Sinne als in dem oben verstandenen sprechen, nämlich im Sinne einer Brentano-Festgabe 1924. II.

Betrachtung der „Funktion“ des Preises in der Wirtschaft und Volkswirtschaft, seiner Bedeutung für die Wirtschaft und Volkswirtschaft, seiner „Leistung“ im Getriebe der Wirtschaft und Volkswirtschaft. Das ist aber natürlich etwas ganz anderes als das hier behandelte und uns als Grundproblem der Theoretischen Nationalökonomie überlieferte Preisproblem, ein grundsätzlich anderes, davon wesensverschiedenes Problem. (Siehe darüber unten S. 324 f.)

g) „Wirtschaft“ und Preisbildung.

Der Tausch- und Preisbildungsprozeß ist zweifellos ein „wirtschaftlicher“ Vorgang in dem Sinne, in welchem man von „Wirtschaft“ im individuellen und gesellschaftlichen Leben zu sprechen pflegt. Das heißt, er ist ein Prozeß, der der Bedürfnisbefriedigung, insoweit sie durch äußere Güter erfolgt, dient und den Erwerb dieser Güter zum Inhalt hat. Es ist dies aber nichts, was dem Tausch- und Preisbildungsprozeß als solchem inhärent, also wesentlich wäre, und es lassen sich daraus keine wesentlichen Folgerungen für ihn ableiten. Es ließe sich ebensogut denken, daß bloß aus einem „angeborenen Hang“, aus „Neigung“ getauscht würde, wobei dann der Tausch keinem außerhalb seiner Sphäre liegenden Zweck (als Mittel) diente, sondern Selbstzweck wäre, nicht der Befriedigung von Bedürfnissen durch äußere Güter und dem Erwerbe dieser diente, sondern selbst unmittelbar die Befriedigung eines Bedürfnisses, des Tauschbedürfnisses, darstellte, was natürlich etwas anderes ist, als was man im Leben „Wirtschaft“ zu nennen pflegt.

Nun hat das Wort „Wirtschaft“ so viele verschiedene Bedeutungen und zugleich der Begriff „Wirtschaft“ an sich einen so unklaren Inhalt, daß man natürlich, wenn man will, immer einen Sinn finden kann, der auf den Tausch- und Preisbildungsprozeß paßt. Das gilt insbesondere, wenn man dem Begriff „Wirtschaft“ eine sehr weite Fassung gibt. Man kann ja zum Beispiel sagen, daß „Wirtschaft“ alles ist, was der Bedürfnisbefriedigung dient, also auch Akte der Bedürfnisbefriedigung selbst. Dann wäre ja auch der Tausch aus bloßer Neigung ein „wirtschaftlicher“ Akt. Aber, was eine solche Begriffsbestimmung für einen Zweck haben soll, ist völlig unklar. Daß viele Begriffsbestimmungen, die für „Wirtschaft“ in der Wissenschaft üblich sind, gar nichts Charakteristisches für das Tausch- und Preisphänomen darstellen, ist übrigens offenkundig. So kann man zum Beispiel auf keinen Fall sagen, daß „Wirtschaft“ als „Sachgüterbeschaffungstätigkeit“ irgend etwas ist, was für den Tauschprozeß von wesentlicher, begrifflicher Bedeutung wäre, da ja ebenso oft wie Sachgüter auch immaterielle Güter, persönliche Leistungen und „Arbeits“-leistungen, und andere Dinge Gegenstand des Tausches und der Preisbildung sind.

Es gibt nun aber zwei Bedeutungen von „Wirtschaft“ und „wirtschaftlich“, von denen es scheinen könnte, daß sie auch den Tausch und die Preisbildung

nicht nur empirisch regelmäßig charakterisieren, sondern wesentlich bedingen, oder daß wenigstens nur unter dieser Voraussetzung die Stellung und Lösung eines Preisproblems wissenschaftlich möglich ist. Dies ist erstens die Bedeutung einer Handlungsweise oder Tätigkeit, die auf die Erreichung eines Maximums von „Nutzen“ mit gegebenen äußerem, in diesem Falle tauschbaren, Dingen, Bedürfnisbefriedigungsmitteln, gerichtet ist, und zweitens die einer Handlungsweise, speziell beim Tausch, die die Erzielung eines möglichst großen „Tauschgewinnes“, eines möglichst günstigen Austauschverhältnisses zwischen dem hinzugebenden Gute und dem zu erwerbenden erstrebt. Das ist beides nicht dasselbe. Man kann zum Beispiel einen höheren „Nutzen“ darin finden, ein Gut teurer zu kaufen und sich dabei Unbequemlichkeiten zu ersparen, als es in der möglichst billigen Weise, aber unter unbequemen Umständen zu erstehen. Der Verkäufer kann für sich eine größere subjektive Bedürfnisbefriedigung, einen größeren „Nutzen“ bei einem Verkaufe sehen, bei dem er nicht das Gefühl hat, daß er den Käufer überhält, als bei einem Verkaufe, bei welchem er den höchstmöglichen Preis erzielt.

Das Streben nach dem Nutzenmaximum ist nun gewiß etwas, was den Tausch empirisch in den meisten Fällen charakterisiert, aber ebenso sicher nichts, was für den Tausch und die Preisbildung wesentlich ist. Und dasselbe gilt von dem Streben nach möglichst großem „Tauschgewinn“, nach einem möglichst günstigen Austauschverhältnis. Schon die Tatsache, daß empirische Tauschakte und Preise von zwei unter Umständen zueinander in Widerspruch stehenden Merkmalen sowohl das eine wie das andere an sich haben können, beweist, daß ihnen weder das eine noch das andere wesentlich ist.

Deshalb ist es auch verfehlt, eine allgemeine Theorie der Preisbildung schon von vornherein und prinzipiell auf eine dieser beiden „wirtschaftlichen“ Bestimmungen oder gleichzeitig auf beiden aufzubauen zu wollen. Nun hat es aber den Anschein, daß man wenigstens gewisse Probleme der Preisbildung nur unter der Voraussetzung des Prinzips des Strebens nach möglichst großem „Tauschgewinn“, also eines „wirtschaftlichen“ Verhaltens der Tauschparteien in diesem Sinn lösen kann. Das gilt insbesondere für das Problem des Verhältnisses zwischen Preis und „Kosten“. Das „Kosten gesetzt“, das ist das Gesetz, daß die Preise sich „auf die Dauer“ oder in einem „statischen“ Zustand sich den Kosten „adjustieren“, scheint nur unter dieser Voraussetzung Gültigkeit zu haben. Nur unter der Voraussetzung, daß die Tauschenden das Bestreben haben, beim Tausch einen möglichst großen Tauschgewinn zu erzielen, scheint es richtig, daß sich die Preise nach den Kosten richten müssen. Der Preis kann die „Kosten“ eines Gutes nicht unterschreiten, weil sonst die

Verkäufer anstatt eines „Gewinns“ einen Verlust haben würden und sich anderen Produktionszweigen zuwenden würden. Er kann die „Kosten“ nicht übersteigen, weil sonst — bei freier Konkurrenz — in diesem Produktionszweige höhere Gewinne locken und ein Zufluß von Produktionsmitteln aus anderen Produktionszweigen zu diesem Produktionszweige stattfinden würde, was eine Ausdehnung der Produktion und des Angebotes dieses Gutes und damit ein Fallen des Preises zur Folge haben würde.

Aber auch zur Erklärung des Kostengesetzes ist jene Voraussetzung nicht notwendig. Es genügt vollständig die Voraussetzung der freien Konkurrenz und eines statischen Zustandes. Wenn der Preis eines Gutes unter die Kostenhöhe sinken würde, so könnte die Produktion dieses Gutes ganz unabhängig von dem Streben der Produzenten nach möglichst großem Tauschgewinn einfach nicht weiter in der alten Ausdehnung aufrechterhalten werden. Die Produzenten könnten sich ja die Produktionsmittel nicht mehr kaufen. Das widerspricht schon der Voraussetzung eines statischen Zustandes. Und über die Kosten kann der Preis auf die Dauer nicht steigen einfach zufolge des Mechanismus der freien Konkurrenz. Auch ganz unabhängig davon, daß höhere Gewinne hier zu einer Ausdehnung der Produktion unter Einschränkung der Produktion in anderen Produktionszweigen locken würden, auch wenn die Produktion gar nicht ausgedehnt und diese Gewinnchance nicht ausgenutzt werden könnte, könnte sich ein solcher Preis nicht halten. Auch bei gleichbleibender Menge führt die Konkurrenz zum Kostenpreis zurück, einfach unter der Voraussetzung, daß eben diese Menge auch wie vordem ganz abgesetzt werden soll, wieder eine bloße Voraussetzung der Statik. Wir sehen also, daß wir auch nicht zur Lösung dieses Spezialproblems der Preisbildung irgendeiner „wirtschaftlichen“ Voraussetzung bedürfen, und wenn wir hier derselben wirklich bedürften, so würde dies gar nichts bedeuten für die Stellung und Lösung des allgemeinen Preisproblems.

Nun ist damit natürlich nicht gesagt, daß man das Phänomen des Preises nicht auch „wirtschaftlich“, von der „wirtschaftlichen“ Seite, als „wirtschaftliches“ Phänomen betrachten könne, woraus sich dann ein echtes „wirtschaftliches“ Preisproblem ergibt. Das ist selbstverständlich, wenn man im Auge behält, daß, wie gesagt, der Tausch- und Preisbildungsprozeß in der empirischen Regel der Fälle ein „wirtschaftlicher“ Vorgang ist, aus „wirtschaftlichem Handeln“ entspringt und „wirtschaftlichen Zwecken“ dient. Aber das ist dann etwas ganz anderes als das uns in der Theoretischen Nationalökonomie überlieferte und in einer ganz bestimmten — wesentlich anderen — Weise aufgefaßte Preisproblem. Dieses ist das Problem der „kausalen“ oder besser „funktionellen“ Bedingtheit der Preise oder Austauschverhältnisse der Güter, es enthält die

Frage: Wodurch sind die Preise oder Austauschverhältnisse der Güter bestimmt? Vom Standpunkt einer „wirtschaftlichen“ Betrachtung aus aber ergibt sich die ganz andere, wesentlich davon verschiedene Frage: Welche Rolle spielt der Preis oder die Preisbildung in der Wirtschaft, welche „Funktion“ hat er bzw. sie im Getriebe der Wirtschaft, welches ist seine bzw. ihre wirtschaftliche Bedeutung, sein bzw. ihr wirtschaftlicher „Sinn“? Natürlich ist auch das ein interessantes, wichtiges und betrachtenswertes Problem, nur ein Problem ganz anderer Art. Es ist natürlich auch eine Aufgabe der Wissenschaft, das Preisphänomen von dieser Seite, in seiner „leistungsmäßigen“ Bedeutung für die Volkswirtschaft zu betrachten. Es ist dies aber kein rein „theoretisches“ Problem im Sinne einer rein logischen Fragestellung, sondern ein aus einer Zweckbetrachtung hervorgegangenes Problem (was natürlich seinem wissenschaftlichen Wert keinen Abbruch tut). Merkwürdigerweise ist nun dieses echte „wirtschaftliche“ Preisproblem, obwohl doch die ganze Einstellung der neueren Nationalökonomie, insbesondere der deutschen, eine spezifisch „wirtschaftliche“, „wirtschaftlich gerichtete“ ist, fast vollständig vernachlässigt worden. Erst Eulenburg hat in neuester Zeit diese Seite des Preisphänomens in seinem Beitrag zum „Grundriß der Sozialökonomik“, die „Preisbildung in der modernen Wirtschaft“ zum Gegenstand einer besonderen Untersuchung und Darstellung gemacht¹⁾.

Mit der Methodik der wissenschaftlichen Behandlung des Preisphänomens von dieser Seite hat sich Spann in eingehender Weise beschäftigt, ohne jedoch bisher zur Durchführung einer eigentlichen „Preistheorie“ auf den von ihm dargestellten methodologischen Grundlagen zu gelangen. Seine Andeutung in der unten zitierten Abhandlung über „Gleichwichtigkeit gegen Grenznutzen“, daß das Austauschverhältnis sich nach der „Gleichwichtigkeit“ richte, läßt die Art der Bestimmtheit der Preise auf dem Markte noch nicht erkennen, da es sich hier erst um die Bedeutung der Güter für eine einzelne Wirtschaft, Unternehmung, Betrieb usw. handelt und die Gleichwichtigkeit bestimmter Mengen bestimmter Güter in einer Einzelwirtschaft, einer Unternehmung oder einem Betriebe usw. für sich allein über das Austauschverhältnis noch nicht entscheidet. Gerade Spanns scharfer und klarer Versuch einer logischen Fundamentierung einer wirklichen „Wirtschaftswissenschaft“ zeigt deutlich, daß die bisherige Auffassung und Behandlung des Preisproblems mit „Wirtschaft“ nichts zu tun hat, die „wirtschaftliche“ Betrachtung vielmehr

¹⁾ „Grundriß der Sozialökonomik“, IV. Abteilung, I. Teil, J. C. B. Mohr, Tübingen 1925.

einen grundsätzlich anderen logischen Gegenstand hat und eine ganz andere erkenntnistheoretische Einstellung voraussetzt²⁾.

h) Das Preisproblem und das Einkommensproblem.

Der Preislehre wird in der nationalökonomischen Theorie gewöhnlich eine „Einkommens“lehre an die Seite gestellt. Das, was man in der Theorie das „Einkommens“problem oder die „Einkommens“probleme nennt, ist aber gar nichts vom Preisproblem irgendwie Verschiedenes. Mit „Einkommen“ pflegt man allerdings etwas anderes zu bezeichnen als „Preise“, nämlich eine Summe oder eine Differenz (Unternehmereinkommen) zwischen zwei Summen von Preisen, nämlich die Summe der Preise, die ein Tauschsubjekt im Laufe einer bestimmten Periode für die von ihm zu Markt gebrachten Güter löst bzw. die Differenz zwischen dieser Summe und der Summe von Preisen, die das Tauschsubjekt selbst für die Aufwendungen des Zumarktebringens bezahlt hat. Aber das, was man das „Einkommens“problem in der nationalökonomischen Theorie nennt, hat es keineswegs irgendwie mit diesen Summen zu tun, sondern nur mit ihren Bestandteilen, eben den einzelnen Preisen und Differenzen von Preisen, aus welchen sie sich bilden. Die sogenannten „Einkommens“probleme sind also gar keine Einkommensprobleme, sondern Preisprobleme wie alle anderen Probleme der Preisbildung. Es sind spezielle Preisprobleme, Probleme der Preisbildung bestimmter Tauschobjekte oder bestimmter Arten von Tauschobjekten, nämlich jener Tauschobjekte oder jener Arten von Tauschobjekten, die keine feste objektive oder technische Beziehung zu anderen haben. Sie werden gewöhnlich als „Grund und Boden“, als „Kapital“ und „Arbeit“ bezeichnet. Man kann auch kurz sagen, es ist das Problem der Besonderheiten der Preisbildung der „Produktionsfaktoren“.

Daraus folgt, daß es keine „Einkommens“theorie geben kann ohne eine allgemeine Preistheorie, daß jede Einkommenstheorie nichts anderes sein kann als eine Anwendung und Ausgestaltung einer allgemeinen Preistheorie. Zu jenem allgemeinen methodologischen Grund kommt auch hier noch der sachliche, daß alle Preise, und das heißt natürlich nicht nur die Preise der Produkte untereinander, sondern auch die Preise der Produkte und der Produktionsfaktoren miteinander und ebenso der Produktionsfaktoren untereinander in einem notwendigen funktionellen Zusammenhang stehen. Deshalb muß schon die

²⁾ Spann, Fundament der Volkswirtschaftslehre, 3. Auflage, Gustav Fischer, Jena 1923, S. 137 ff., „Tote und lebendige Wissenschaft“, 2. Auflage, Jena 1925, S. 49 ff. und „Gleichwichtigkeit gegen Grenznutzen“ in Jahrbücher für Nationalökonomie, Bd. 123, S. 289 ff.

Lösung des allgemeinen Preisproblems zugleich die allgemeine Lösung des „Einkommens“problems mitenthalten. Sonst ist es nicht einmal eine auch nur im allgemeinsten zulängliche Preistheorie.

Daraus folgt weiter, daß es müßig ist, eine Lösung für die „Einkommens“-probleme oder das eine oder andere „Einkommens“problem zu suchen, bevor man eine befriedigende Lösung für das allgemeine Preisproblem gefunden hat, und daß alle Lösungsversuche, die sich auf einer unhaltbaren oder unzulänglichen Preistheorie aufbauen, selbst unhaltbar oder unzulänglich sein müssen. Eine besondere Betrachtung und Kritik solcher Lösungsversuche erübrigtsich daher.

Man ist eine Zeitlang dem allgemeinen Preisproblem gern aus dem Weg gegangen und hat sich bemüht, Lohntheorien, Zinstheorien u. dgl. ohne Fundierung durch eine klare Preistheorie aufzustellen. Das ist natürlich ein völlig müßiges Beginnen, und es ist gar nicht möglich, sich mit der Kritik solcher Theorien zu beschäftigen. Viele Schriftsteller haben ferner zwar eine allgemeine Preistheorie ihrer „Einkommens“theorie vorausgeschickt, aber diese eigentlich gar nicht auf jene logisch gegründet. Für solche „Einkommens“theorien gilt natürlich dasselbe. In neuerer Zeit hat man sich wieder mehr der vor allem notwendigen Lösung des allgemeinen Preisproblems zugewendet; wie wir sahen, ist man damit aber noch keineswegs zu einem derart befriedigenden Resultat gekommen, daß man von den darauf gegründeten „Einkommens“theorien eine Befriedigung erwarten dürfte. Die Hauptaufgabe der Theorie liegt vorläufig noch immer in der Begründung bzw. Ausgestaltung einer in ihren Grundlagen und Einzelheiten haltbaren und befriedigenden allgemeinen Preistheorie.

i) Die mathematische Behandlung des Wert- und Preisproblems.

Wert und Preis sind „Mengen“-, „Größen“-, „Quantitäts“verhältnisse. Die Aufgabe der Wert- und Preistheorie ist zu erklären, wie diese Quantitätsverhältnisse bestimmt sind, wie sie miteinander zusammenhängen und wovon sie in ihrer Größenbestimmtheit abhängen. Das ist ein Problem, das mathematischer Behandlung zugänglich ist. Falls es sich nur um eine einfache Abhängigkeit handelt und um eine Abhängigkeit von wenigen (zwei) Größen, läßt sich eine solche Abhängigkeit auch mit bloßen Worten klar ausdrücken. Wenn man also das Problem so einfach stellt, wie es sich zum Beispiel die österreichischen Grenznutzentheoretiker gestellt haben, dann ist natürlich eine mathematische Behandlung nicht notwendig, obwohl ein wirklich exakter Ausdruck auch da nur in mathematischer Form gewonnen werden kann. Wenn es sich aber um ein kompliziertes Abhängigkeitsverhältnis mehrerer

Größen handelt, so kann dieses ohne Zuhilfenahme mathematischer Formeln überhaupt nicht mehr klar ausgedrückt werden. Man kann dann nur noch die Faktoren aufzählen, von welchen die Größenverhältnisse abhängig sind; aber wie das Zusammenspiel dieser Faktoren ist, aus dem bestimmte Größenverhältnisse hervorgehen, das läßt sich in der umständlichen Ausdrucksweise unserer Wortsprache, die immer nur eines nach dem anderen zum Ausdruck bringen kann, nicht mehr sagen. Dagegen kann dies immer noch in einer verhältnismäßig einfachen mathematischen Formel klar und exakt dargestellt werden. Darin liegt eben der Vorteil der mathematischen Ausdrucksweise, daß sie komplizierte Zusammenhänge in einfacher, leicht zu übersehender Form ausdrücken gestattet, und zugleich der Grund, weshalb die mathematische Ausdrucksweise in einer Preistheorie, die mehr als beschreiben will, nicht entbehrt werden kann.

Der gegenwärtige Stand der Konjunkturforschung in Deutschland.

Von

Adolf Löwe.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	331
I. Der Stand der Konjunkturtheorie	333
1. Der Konjunkturbegriff	334
2. Die Verursachung des Konjunkturzyklus	338
Ursachen auf der Geld- oder auf der Warenseite	339
Ursachen auf der Produktions- oder auf der Konsumseite	342
Exogene oder endogene Ursachen	349
Subjektiv-psychische oder objektive Ursachen	356
Statische oder dynamische Theorie	357
3. Die Axiomatik der Konjunkturtheorie	359
II. Der Stand der Tatsachenforschung	367
1. Die Tatsachenbeschreibung	369
2. Die Konjunkturstatistik	372

Einleitung.

Es ist ein schwieriges Unternehmen, über den gegenwärtigen Stand der deutschen Konjunkturforschung zu berichten und dabei den Entwicklungsgang zu verfolgen, den dieses Sachgebiet in dem Jahrzehnt seit Kriegsausbruch genommen hat. Diese Schwierigkeit wird besonders deutlich, wenn man die deutsche Lage mit der entsprechenden Problemwicklung in der ökonomischen Wissenschaft und Praxis der Vereinigten Staaten vergleicht. Wenn Schumpeter¹⁾ schon 1915 darauf hinwies, daß man in Amerika kaum ein Heft einer wirtschaftlichen Zeitschrift in die Hand nehmen könne, ohne einen Artikel über Konjunkturfragen darin zu finden, so kann man für die Nachkriegszeit sagen, daß das Konjunkturproblem schlechthin der zentrale Gegenstand der amerikanischen Wirtschaftswissenschaft geworden ist, der heute nicht nur ganze Hefte amerikanischer Zeitschriften ausfüllt, dem vielmehr neuerdings neben einer vielbändigen Buchliteratur eigene Zeitschriften (wie die Review of Economic Statistics der Harvard-Universität oder das Federal Reserve Bulletin) gewidmet werden. Auch in England, vor allem dank der Bemühungen der London School of Economics, in Frankreich unter der Ägide des Statistischen Instituts der Universität Paris nimmt die Konjunkturforschung immer breiteren Raum ein.

Fällt demgegenüber die wissenschaftliche Ausbeute in Deutschland immer noch verhältnismäßig mager aus, so kann dies nicht verwundern, wenn man die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Aufgaben in Betracht zieht, die das vergangene Jahrzehnt den in Frage stehenden Ländern gestellt hat. Die schwindelerregende Hause der Kriegswirtschaft und die alle früheren Erfahrungen weit hinter sich lassende Liquidationskrise nach Kriegsende sind das große wirtschaftliche Erlebnis dieses Jahrzehnts für die westlichen Siegerländer gewesen. Anders in Deutschland. Nachdem die Kriegsjahre zunächst die staatskapitalistische Bewältigung einer allgemeinen Mangelwirtschaft zur Aufgabe gemacht hatten, drängten die politische Umwälzung und die Nachkriegswirtschaft zuerst mit der Soialisierungsdebatte das Problem einer grundsätzlichen Umgestaltung der

¹⁾ In dem Aufsatze „Die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens“, Archiv f. Soz. u. Soz.-Pol., 1915, S. 8.

herrschenden Produktionsordnung, später die Finanz- und Währungsfragen in den Vordergrund. Gleichzeitig überschattete alle binnenwirtschaftlichen Auseinandersetzungen das Gespenst des ungelösten Reparationsproblems.

Die Lehrmeinungen und Forschungsergebnisse, welche die deutsche Wissenschaft diesen ungünstigen Vorbedingungen zum Trotz in diesem Jahrzehnt weiter- und neugebildet hat, leiden an einem gemeinsamen Mangel, für den freilich eine Rechtfertigung gleichfalls leicht zu finden ist. Wenn mangelnde Kontinuität der Forschung im allgemeinen schon das Kennzeichen der Sozialökonomik als eines der jüngsten Triebe am Stamme der Wissenschaft ist, wenn kaum auf einem anderen Gebiet alte Wahrheiten so häufig wieder neu entdeckt werden müssen, so ist es bei der jahrelangen nationalen Abgeschlossenheit der deutschen Forschung nicht verwunderlich, daß die neueren Ergebnisse der deutschen Konjunkturtheorie großenteils ohne Zusammenhang mit dem Fortschritt der ausländischen Forschung, freilich auch in weitgehender Unabhängigkeit voneinander gewonnen worden sind. Die Konjunkturlehre stellt sich eben in Deutschland noch nicht eigentlich als ein spezialisierter Zweig der ökonomischen Forschung dar, wie etwa in Amerika. Ihre Lehrsätze werden vielmehr regelmäßig nur im größeren Zusammenhang eines gesamtk ökonomischen Systems oder verwandter geldtheoretischer, sozialpolitischer Probleme vorgetragen. Trotzdem S o m b a r t¹⁾ das Fehlen eines besonderen Abschnittes über die Konjunkturfragen schon anlässlich der dritten Auflage des Handwörterbuches der Staatswissenschaften bemängelt hatte, enthält auch die im Erscheinen begriffene vierte Auflage bei dem Stichwort „Konjunktur“ nur eine Verweisung auf die Erörterung des verwandten Krisenproblems, die freilich dank dem besonderen Interesse ihres Verfassers S p i e t h o f f für die Konjunkturforschung den weiterreichenden Problemkreis eingehend mit zur Darstellung bringt. Nur zwei im wesentlichen deskriptive Werke weist die deutsche Literatur des letzten Jahrzehntes auf, welche den Konjunkturbegriff zur Kennzeichnung ihres speziellen Forschungsgebietes schon im Titel tragen²⁾. Will man einen Überblick über den Stand der deutschen Forschung erhalten, so muß man eigentlich die gesamte sozialökonomische Literatur des letzten Jahrzehnts durcharbeiten und vor allem auf die Zeitschriften zurückgreifen. Vollständigkeit der Übersicht ist bei dieser Sachlage schwer zu erreichen. Die folgende Auswahl be-

¹⁾ S o m b a r t , Der moderne Kapitalismus, 1917, II. Bd., 1. Hlbd., S. 208 ff.

²⁾ M o m b e r t , Einführung in das Studium der Konjunktur, 1921, 2. Aufl. 1925; R ö p k e , Die Konjunktur, 1922. Hinzukommt der Abschnitt XI über „Konjunktur und Krisen“ von Lederer in dem soeben 1925 erschienenen Bande (IV, 1) des „Grundriß der Sozialökonomik“.

schränkt sich daher auf die Aufzeigung der wichtigsten Forschungstypen und ihrer Entwicklung.

Wenn nicht alles trügt, bereitet sich in Deutschland auf unserem Gebiete, nachdem Währungsreform und Londoner Pakt die Erörterung der bisher im Vordergrund auch der wissenschaftlichen Diskussion stehenden Fragen zurückgedrängt haben, ein Umschwung vor. Das wachsende Interesse der breiteren Öffentlichkeit an den Konjunkturproblemen, das sich im Handelsteil der größeren Zeitungen, in der wachsenden Zahl der sogenannten Konjunkturbarometer in den wirtschaftlichen Zeitschriften, schließlich auch im Plan eines unter Mitwirkung breiter Wirtschaftskreise zu gründenden deutschen Instituts für Konjunkturforschung ausdrückt, kann auf die Haltung der Wissenschaft nicht ohne Wirkung bleiben. Eine Bilanz der bisherigen Ergebnisse erscheint daher im gegenwärtigen Augenblick besonders angebracht, zumal sie auch der methodischen Aufgabe dienen kann, wenigstens einmal innerhalb der deutschen Forschung die Kontinuität zu fördern.

Die folgende Darstellung gruppiert den Gegenstand nach zwei Gesichtspunkten. Sie schildert zunächst den Stand der eigentlichen Konjunkturtheorie, wie er sich aus der älteren Krisentheorie herausgebildet hat. Daran schließt sich ein Überblick über die neuen Ergebnisse der Tatsachenforschung. Diese Reihenfolge paßt sich der Entwicklungsgeschichte unseres Problems an, wird aber im folgenden auch systematisch gerechtfertigt werden. Wenn auch der Umkreis der Darstellung grundsätzlich auf die Erscheinungen seit Kriegsausbruch beschränkt bleibt, so ist sie doch in zahlreichen Fällen gezwungen, um des Zusammenhangs und einer sinngemäßen Würdigung der neuerlichen Leistungen willen auf die Vorkriegsliteratur zurückzugreifen, wobei aber hinter das Jahr 1900 im ganzen nicht zurückgegangen werden soll.

I. Der Stand der Konjunkturtheorie.

Der Fortschritt der neueren Konjunkturtheorie läßt sich am einfachsten überblicken, wenn man ihn als Entwicklungsgeschichte ihrer Hauptprobleme darstellt. Als solche, denen sich alle Einzelfragen leicht einordnen lassen und die daher die weitere Gliederung des Stoffes bestimmen sollen, bieten sich einmal die Geschichte des Konjunkturbegriffes, sodann die Typologie der Konjunktursachen dar.

Zuvor ein Wort über die neuere Dogmengeschichte. Bis zum Kriege war man in Deutschland über v. Bergmanns Geschichte der nationalökonomischen Krisentheorien nur wenig hinausgegangen. Da dieses Werk schon 1895 erschienen

ist und H e r k n e r s Krisenaufsatz in der dritten Auflage des „Handwörterbuches“ die modernen Lehren nur kurz streift, bedeutet S p i e t h o f f s Neufassung dieses Aufsatzes in der vierten Auflage eine wesentliche Bereicherung. In der Darstellung der „Lehrmeinungen über die wirtschaftlichen Wechsel-lagen“¹⁾ berichtet er ausführlich über die in deutscher Sprache bis zum Kriegsausbruch erschienene Literatur, leider ohne die Leistungen des Neomarxismus (L u x e m b u r g , B a u e r) zu berücksichtigen²⁾. Auch die moderne amerikanische Currencyschule (K e m m e r e r , F i s h e r) und die neueren französischen Lehrmeinungen (L e s c u r e , auch A f t a l i o n) harren noch einer ausführlichen deutschen Darstellung.

In steigendem Maße beschäftigten sich die modernen theoretischen Systeme³⁾ mit der Geschichte der Konjunkturtheorie. Auch M o m b e r t s⁴⁾ Buch enthält eine populäre Darstellung der wichtigsten Lehren bis in die neueste Zeit, nach gewisser Richtung eine Ergänzung der Einleitung zu dem Bändchen „Wirtschaftskrisen“ aus der von D i e h l und M o m b e r t gemeinsam herausgegebenen Sammlung „Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie“.

1. Der Konjunkturbegriff.

Man bezeichnet es als die große Leistung J u g l a r s , die wissenschaftliche Blickrichtung von dem besonderer Ausschnitt des wirtschaftlichen Kreislaufes, den die Krise darstellt, dem Gesamtprozeß des Kreislaufes zugewendet und damit die Krisentheorie zur Konjunkturtheorie ausgeweitet zu haben. Obwohl in Deutschland schon die M a r x sche Krisenlehre auf diesen größeren Problemkreis eingestellt war, so ist diese Erweiterung des Forschungsgebietes für die deutsche Wissenschaft programmatisch erst von S o m b a r t formuliert worden in seinem „Versuch einer Systematik der Wirtschaftskrisen“⁵⁾, ohne daß er selbst seine Forderung bisher erfüllt hätte. Dies ist inzwischen von den verschiedensten Standpunkten aus in den Arbeiten von D i e t z e l⁶⁾, S c h u m p e t e r⁷⁾ und O p p e n h e i m e r⁸⁾, in besonderem Maße von S p i e t h o f f in seinen verschiedenen Aufsätzen in S c h m o l l e r s Jahrbuch, von 1902 an, geschehen.

¹⁾ Hdw. d. St., 4. Aufl., VI. Bd., S. 59 ff.

²⁾ Hierüber bei Lederer, Grundriß der Sozialökonomik, IV, 1 S. 358 ff.

³⁾ D i e h l , Theoretische Nationalökonomie, II. Bd., S. 312 ff., bes. S. 322 ff.; O p p e n - h e i m e r , System der Soziologie, III. Bd., 2. Hlbd., S. 1005 ff.

⁴⁾ A. a. O., S. 14 ff., bes. S. 26 ff.

⁵⁾ Arch. f. Soz. u. Soz.-Pol. 1904, S. 1 ff.

⁶⁾ D i e t z e l , Artikel „Ernten“, Hdw. d. St., 3. Aufl.

⁷⁾ S c h u m p e t e r , Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung 1912.

⁸⁾ O p p e n h e i m e r , Theorie der reinen und politischen Ökonomie 1910.

Freilich sieht der Konjunkturbegriff auf eine viel längere Geschichte innerhalb des deutschen sozialökonomischen Schrifttums zurück¹⁾). Aus der privatwirtschaftlichen Umgangssprache übernommen, behält er Jahrzehntelang eine privatwirtschaftliche Färbung, indem er zur Kennzeichnung der Gesamtheit von objektiven Bedingungen verwandt wird, die dem wirtschaftenden Subjekt als Fatum gegenüberstehen²⁾). Sombart fordert eine Einschränkung seiner Bedeutung wenigstens auf die eigentlich ökonomischen Daten der Marktlage und will die übrigen soziologischen und natürlichen Bedingungen ausgeschaltet wissen³⁾). Aber auch ihm ist diese „jeweilige Gesamtgestaltung der Marktverhältnisse“ noch ein subjektiver Aspekt der wirtschaftenden Individuen, welcher von ihnen mit den Werturteilen „günstig“ oder „ungünstig“ belegt wird.

Eine wesentliche Wandlung im Bedeutungsgehalt des Konjunkturbegriffs tritt erst in dem Maße ein, als das Moment der Veränderlichkeit der Marktlage gegenüber der Tatsache ihrer subjektiven Unbestimmbarkeit in den Vordergrund gestellt wird⁴⁾). Diese Auffassung rückt den Konjunkturbegriff in die objektiven Zusammenhänge des wirtschaftlichen Kreislaufes als solchen, unabhängig von der wertenden Einstellung des einzelnen Wirtschaftssubjekts. Dabei ist wesentlich, daß mit der Betonung des Moments der Veränderlichkeit eine bestimmte, theoretisch ausgezeichnete Marktlage von vornherein aus dem Zusammenhang der Konjunktur ausgeschieden wird, nämlich diejenige Datenanordnung, welcher der Zustand des statischen Gleichgewichts zugeordnet ist, in dem ja alle Tendenzen auf Veränderung zur Ruhe gekommen sind. Damit gewinnt die Konjunktur eine systematische Beziehung zu der ökonomischen Dynamik. Das wissenschaftlich Relevante ist nun nicht mehr die einzelne zufällige Marktlage, sondern der Zyklus der Konjunkturschwingen, d. h. der gesetzmäßige Zusammenhang im Auf und Ab des ökonomischen Kreislaufes⁵⁾.

¹⁾ Material zu der Entwicklungsgeschichte des Konjunkturbegriffs beigebracht und insbesondere den deutschen Charakter dieser Terminologie aufgewiesen zu haben, ist ein Verdienst der erwähnten Arbeit Röpkes, wenn auch seine eigene Begriffsbildung einem vergangenen Stadium dieser Entwicklungsgeschichte entstammen dürfte.

²⁾ Adolf Wagner (Grundlegung der politischen Ökonomie): Die Gesamtheit der technischen, ökonomischen, sozialen und rechtlichen Bedingungen, welche den Güterwert wesentlich oder auch allein bestimmen, ganz oder überwiegend unabhängig vom Willen und den Leistungen des Wirtschaftssubjekts. Philipovich (Grundriß der politischen Ökonomie): Gesamtheit der vom Wirtschaftsleiter unabhängigen Verhältnisse, welche auf die Produktion, den Absatz und den Verbrauch der Produkte Einfluß haben können.

³⁾ Sombart, Der moderne Kapitalismus, 1917, II. Bd., I. Hlbd. S. 208 ff.

⁴⁾ Spann, Fundament der Volkswirtschaftslehre, 1921 S. 68. Die Erscheinung der Konjunktur bedeutet objektiv gesehen „Änderung der Marktlage“.

⁵⁾ Spiethoff: Der Kreislauf der wirtschaftlichen Wechsellagen von Aufschwung und Stockung; Cassel: Der Wechsel zwischen Auf- und Niedergangsperioden.

Ist damit von der neueren Forschung der Konjunkturbegriff aus einer empirischen Bildung des praktischen Wirtschaftslebens zu einem der methodischen Struktur der Sozialökonomik angepaßten Erkenntnisbegriff umgestaltet worden, so haben ihn die Arbeiten Schumpeters und Vogels¹⁾ noch enger mit einer spezifischen Bewegungs- und Entwicklungsform des wirtschaftlichen Kreislaufes zu verbinden gesucht. Schumpeters „Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens“ stellen nicht schlechthin den Kreislauf jedes liberalen tauschwirtschaftlichen Systems dar. In ihnen hebt sich vielmehr ein Wirtschaftssystem, das spezifische Störungen und Friktionen aufweist, ab gegen die harmonische Bewegungsform stationärer Wirtschaftsabläufe, in denen sich eine zum mindesten theoretisch reibunglose „Anpassung“ an Änderungen der Ausgangsdaten vollzieht.

Damit erst eigentlich war die Brücke geschlagen, welche die Lehre von den Konjunkturbewegungen mit der alten Krisentheorie verbinden konnte, eine Verbindung, die auch auf den Krisenbegriff selbst klarend zurückgewirkt hat. Ein Teil des Meinungsstreits der älteren Krisentheorie röhrt ja davon her, daß man den Begriff der Krise unscharf auf jede Störung des wirtschaftlichen Kreislaufes anwenden zu können glaubte, ohne Rücksicht auf die Ursache dieser Störung und vor allem ihre Zufälligkeit oder Gesetzmäßigkeit. Wird nunmehr, wie es die neuere Konjunkturtheorie tut, die Krise als eine bestimmte Phase in den gesetzmäßigen Ablauf des Konjunkturzyklus eingeordnet, eine Phase, die sich aus den immanenten Bedingungen des Zyklus selbst mit Notwendigkeit ergibt, so hat damit der Krisenbegriff, im Grunde gleichfalls eine Prägung vorwissenschaftlicher Empirie, diejenige Präzisierung erfahren, die ihn erst zu einem tauglichen Mittel sozialökonomischer Analyse macht.

Freilich hat sich etwas von der Unschärfe des alten Krisenbegriffs auf den Konjunkturbegriff auch in seiner neuesten objektivistischen Fassung übertragen. Was ist denn das besondere Merkmal dieser „Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens“ oder, wie man im Anschluß an die angelsächsische Terminologie „business cycle“ neuerdings zu sagen pflegt, des „Konjunkturzyklus“? Was unterscheidet den zyklischen Ablauf der ökonomischen Dynamik von jener Bewegungsform der „Anpassung“, welche Schumpeter als eine zwar logisch mögliche, aber zur Erklärung der modernen Wirtschaftsvorgänge untaugliche Bewegungsform tauschwirtschaftlicher Prozesse ansieht, obwohl sie das typische Bewegungsschema der klassischen Sozialökonomik war?

o

¹⁾ Vogel, Die Theorie des volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und das Krisenproblem 1917.

Schwankungen der Produktions- und Konsummengen sowie der Waren- und Leistungspreise machen das Wesen der liberalen Wirtschaftsordnung aus, indem sie das Mittel sind, mit dessen Hilfe die „List der liberalen Idee“ die dauernde Anpassung von Produktion und Bedarf sachlich, zeitlich und örtlich bewerkstelligt. Dem Sinne der klassischen Theorie entspricht es aber nur, wenn diese Schwankungen *partial* und zeitlich *unregelmäßig* auftreten, da sie ja ihre heilsame Funktion gerade nur als *Konträrbewegungen* ausüben können. Die Wirklichkeit weist nun, zum mindesten seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, im Gegensatz zu dieser theoretischen Auffassung einen ziemlich *regelmäßigen* Wechsel *allgemeiner* Aufschwungs- und Depressionsperioden auf. Seit den Tagen von *Malthus* und *Say* wird nun darüber gestritten, ob solche rhythmischen Totalbewegungen praktisch real und wie sie theoretisch zu erklären sind. Welchen Standpunkt man immer zu dieser Kontroverse einnehmen mag, von einer Konjunkturtheorie als einer besonderen Lehre neben den klassischen Thesen vom ökonomischen Kreislauf und von einer Deutung des Krisenphänomens zu reden, hat nur dann theoretischen Sinn, wenn man sich dafür entscheidet, das Phänomen rhythmischer *Totalbewegungen* erklären zu wollen. Unregelmäßige Partialbewegungen stellen auf dem Boden der klassischen Theorie überhaupt kein Problem.

Es erhebt sich die weitere Frage, inwieweit die *Periodizität* ein besonderes Merkmal des Konjunkturbegriffes darstellt. Hierbei ist zweierlei zu unterscheiden. Man kann unter Periodizität einmal den zwangsläufigen Anschluß einer Baisse an eine vorangegangene Hausse verstehen, also den rhythmischen Ablauf des einzelnen Zyklus, wenn dieser, wann und wie oft auch immer, nur einmal ausgelöst ist. In diesem Sinne wird die Rhythmisierung allgemein als Wesensmerkmal des Konjunkturverlaufes angesehen. Kann man auch das berühmte Wort *Sombarths*, daß die Depression auf die Hausse ebenso zwangsläufig folgen müsse wie der Katzenjammer auf den Rausch, kaum als einen Beweis für die „Normalität“ oder gar als eine hinreichende Ursachenerklärung des Zyklus ansehen, so entspricht es doch schon der Verbindung des Konjunkturbegriffes mit dem Krisenbegriff, daß man die Zwangsläufigkeit der Liquidation einer Hausse anerkennt.

Aber der Begriff der Periodizität wird mit mehr Recht in einem zweiten Sinne verwandt, in welchem er ausdrücken will, daß der Anschluß der einzelnen Zyklen aneinander in einem gleichmäßigen Rhythmus erfolgt. Diese Auffassung ist einem bestimmten Stadium in der Geschichte der Krisentheorie entwachsen. Sie knüpft an Jevons' Sonnenfleckentheorie an. Wer die Verursachung des Konjunkturzyklus auf gesetzmäßige Abläufe der Natur zurückführt, muß die Periodizität

auch in diesem zweiten Sinne als Wesensmerkmal der Konjunktur ansehen. Eine solche, man kann sagen, mechanische Zwangsläufigkeit des Rhythmus ist von den übrigen Theorien nie behauptet worden, übrigens auch von Dietzel nicht, den man der Auffassung nach, die er von der Bedeutung der Ernten für den Konjunkturzyklus hat, in gewissem Sinne als Anhänger von Jevons bezeichnen kann. Im einzelnen weichen freilich über diese Frage die Meinungen so stark voneinander ab, daß man von einer herrschenden Lehre gegenwärtig kaum sprechen kann. Ein gewisser Rhythmus in der Aufeinanderfolge der Wellen wird überwiegend anerkannt, von Sombart und Vogel freilich in abgeschwächtem Maße, von Liemann ausdrücklich bestritten. Auf den Gleichtakt der Bewegung legt, nicht zuletzt infolge genauerer Deskription der faktischen Abläufe, die neuere Theorie durchweg weniger Wert.

2. Die Verursachung des Konjunkturzyklus.

Die herrschende Systematik der Ursachenreihen zur Erklärung des Konjunkturzyklus steht aus historischen Gründen in einem besonders engen Zusammenhang mit der alten Krisentheorie. Gelten doch die für die Krisenbildung ursächlichen Faktoren heute im ganzen auch als die treibenden Kräfte der Konjunkturbewegung. Die Klassifikation der neueren Theorien, die im folgenden gewählt ist, schließt sich im großen an das übliche Schema der dogmengeschichtlichen Darstellung an, um die unausweichliche Kasuistik der Aufzählung nicht noch durch eine ungewohnte Systembildung zu komplizieren. Daß die herrschende Klassifikation den Anforderungen streng theoretischer Analyse nur in geringem Maße entspricht, zumal sich dauernd Überschneidungen zwischen den einzelnen Einteilungsprinzipien ergeben, und was demgegenüber eine axiomatische Betrachtung der Grundlagen der heute herrschenden Theorien für eine strengere Systematik leisten kann, soll später noch erörtert werden.

Die Darstellung geht im folgenden von den umfassendsten Klassifikationsprinzipien aus, um zu immer spezielleren fortzuschreiten und damit die Problemerörterung durch Einkreisung der möglichen Ursachen zu gliedern. Sie beginnt mit den die Geldseite betonenden Lehren, um dann auf der Warenseite zunächst die Konsumtheorien, dann die einzelnen Unterarten der Produktionstheorien abzuhandeln. Die Würdigung zweier neuer Einteilungsschemata, die mehr auf methodischen als materialen Erwägungen beruhen, leitet zu der abschließenden axiomatischen Erörterung über.

Eine wichtige Wandlung der Auffassungen gegenüber der alten Krisentheorie kann freilich nicht übersehen werden. Man hat Jahrzehntelang die Krise als eine anormale Unterbrechung des im übrigen normalen, d. h. den Lehren der

Klassik entsprechenden Ablaufes der wirtschaftlichen Dynamik angesehen. Nachdem nun in der Konjunkturtheorie auch die übrigen Phasen des Zyklus problematisch geworden waren, erwuchs das Bedürfnis nach einer besonderen Erklärung auch für den Aufschwung, besonders als S o m b a r t die Depression für den Normalzustand der kapitalistischen Wirtschaft erklärt hatte. Man tut daher gut, bei der Darstellung der Kausaltheorien die jeweiligen Meinungen über die Grundursachen des Konjunkturzyklus als einem Ganzen zu trennen von den Anschauungen über die speziellen Bedingungen, welche den Eintritt der Hause einerseits, der Baisse andererseits, bewirken.

Dabei wird sich die Klassifikation der Baisseursachen zwangslässig an das Ursachenschema für den Gesamtzyklus anschließen lassen. Für die möglichen Ursachen einer Hause hat sich dagegen eine anerkannte Typologie bisher nicht herausgebildet. Als wesentliche Unterscheidung soll im folgenden das Gegen- satzpaar „organischer“ und „anorganischer“ Hauseursachen verwendet werden, d. h. die Unterscheidung, ob der Aufschwung sich sozusagen von selbst aus den Bedingungen der Depression heraus und damit organisch, oder erst unter der Einwirkung neuer außerhalb des dynamischen Kreislaufes stehender Mo- mente, also anorganisch ergibt. Diese Unterscheidung liefert, wie sich zeigen wird, gleichzeitig den Schlüssel für die Stellung der einzelnen Theorien zum Problem der Periodizität.

Ursachen auf der Geld- oder auf der Wareenseite.

Ein Einteilungsschema, das die Auffassung nicht nur einzelner Forscher, sondern ganzer nationaler Wissenschaftskomplexe scheidet, begründet sich auf der Frage, ob die Grundursache des Zyklus primären Veränderungen der Geld- seite oder der Wareenseite der Wirtschaft zuzuschreiben sei. Die erstere Auf- fassung hat in Anlehnung an die klassische Quantitätstheorie die angelsächsische Forschung nicht nur bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts beherrscht: sie hat in den letzten 20 Jahren, vor allem in den Vereinigten Staaten, wieder die führende Stellung gewonnen. Auf dem Kontinent ist sie, zum mindesten als Krisentheorie, nie zu wirklicher Anerkennung gelangt. Der geringe Zusammen- hang mit der klassischen Theorie während langer Jahrzehnte und die Herrschaft der Bankingsschule haben die Wirkung der Currencytheorie in Deutschland noch besonders abgeschwächt. Viele Jahre lang war S o m b a r t in der neueren deutschen Forschung der einzige, der eine Annäherung an diese Auffassung vertrat. Die Vermehrung der Goldproduktion gilt ihm als der auslösende Faktor des Zyklus und so als Grundlage einer anorganischen Hausestheorie. Damit aber diese „goldene Voraussetzung“ überhaupt wirksam werden kann, und dadurch

unterscheidet sich S o m b a r t grundlegend von den strengen Currencytheoretikern, bedarf dieser aktive Faktor der Ergänzung durch ein passives Moment: der zuschüssigen Arbeitskräfte, d. h. einer Reservearmee im weitesten Sinne, welche den Goldstrom auf die Mühle der Produktion leiten muß¹⁾. Aber auch das auslösende Moment des Umschwunges zur Krise oder Depression erblickt S o m b a r t nicht im Bereich der monetären Faktoren, sondern in einer natürlich-technischen Bedingung der Produktion. Die in der Hause angeregte Produktionsausdehnung führe zu einer Disproportionalität zwischen der Produktion der Industrien mit organischen Rohstoffen und derjenigen mit anorganischen Rohstoffen, da die ersten verhältnismäßig früher bei der Produktionsausdehnung an die Grenze kommen, wo einem weiteren Aufschwung durch steigenden Kostenaufwand Einhalt geboten werde. Ohne an dieser Stelle auf die Tragfähigkeit dieser Argumentation selbst einzugehen, deren nur sekundäre Bedeutung schon M a r x²⁾ darzustellen versucht hat — wir werden das Argument im Anschluß an die hierin mit S o m b a r t übereinstimmende Konjunkturtheorie S p a n n s noch zu prüfen haben —, sie macht jedenfalls den Abstand dieses deutschen Currencytheoretikers von der angelsächsischen Schule deutlich.

Eine entsprechende Grundhaltung nimmt M i s e s³⁾ ein. Zwar hält er die Auslösung eines Aufschwungs wie eines Niedergangs von der Geldseite her für möglich, da eine Vermehrung der Bankzahlungsmittel durch Herabdrückung des Kreditzinsfußes unter den „natürlichen Zinssatz“ (d. h. den Satz, der den tatsächlichen Ersparnissen des Volkswirtschaft entspricht) als (anorganische) Auslösung einer Hause wirke, welche das Produktionsgefüge nach der Richtung stärkerer Produktionsmittelerzeugung verschiebt. Das monetäre Element trage nun ebenso in sich die auslösenden Kräfte für die Reaktion. Weil nämlich die Gesellschaft mit ihrem Subsistenzmittelfond auf die nunmehr eingeschlagenen längeren Produktionsumwege nicht eingestellt sei, so wirke der Preissteigerung der Produktionsmittel auf die Dauer notwendig eine Preissteigerung der Konsumgüter entgegen, mit deren Hilfe sich die natürliche Tendenz der Zinsfußsteigerung wieder durchsetze,. Damit werde aber ein Teil der neu eingeschlagenen Produktionsumwege unrentabel, was die Krise zur Auslösung bringe. M i s e s behauptet nun aber keineswegs, daß die realen Zyklen im bisherigen Verlauf der Wirtschaftsgeschichte auf diese Weise zustande gekommen seien. Vielmehr

¹⁾ Schriften des Vereins f. Soz., Bd. 113, 1904 (Verhandlung der Generalversammlung in H a m b u r g), S. 126 ff.

²⁾ M a r x , Das Kapital, III. Bd., 1. Teil, S. 94 ff.

³⁾ M i s e s , Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. 2. Aufl., 1924, S. 369 ff.

betont er in der Nachkriegsausgabe noch schärfer als in der ersten Fassung, daß die historischen Krisen von der Warenseite verursacht wurden. Um so schärfer vertritt **B u d g e**¹⁾ in seinem jüngst erschienenen systematischen Werk den **M i s e s** schen Gedankengang als positive Konjunkturtheorie. Das auslösende Moment der Kreditinflation, und damit des Zyklus, sieht er in der „nicht rechtzeitigen Erhöhung des Diskonts in der Zeit des Aufschwungs“ als Ausfluß von Irrtum, Konservativismus und Profitgier der Banken.

Macht sich in diesen Lehren der Einfluß der amerikanischen Currency-schule (Fisher) deutlich bemerkbar, so bildet genau die gegenteilige Auffassung von den Wirkungen einer Kreditinflation den Ausgangspunkt für die Konjunkturtheorie **H a h n**²⁾. Zwar schreibt auch er: „Es liegt der Schluß nahe, daß die Konjunkturbewegung der modernen Volkswirtschaft in letzter Linie auf die Kreditgebarung der Banken oder sonstiger Kreditgeber zurückzuführen ist.“ Im Gegensatz zu **M i s e s** erwartet er jedoch von einer fortschreitenden Kredit-expansion mindestens theoretisch eine ewige Hochkonjunktur. Die Kreditinflation bedeute ja, auf die Dauer gesehen, nichts anderes als die Enteignung der reinen Geldbesitzer zugunsten der Produzenten. Sie hat als solche eine Umschichtung des Konsums und damit freilich auch eine partielle Störung der Produktion im Gefolge. Da aber der sinkende Nachfrage der reinen Geldbesitzer eine proportional steigende Nachfrage der Produzenten gegenübertritt, ist eine Total-störung wenigstens theoretisch ausgeschlossen.

Das Krisenmoment sucht **H a h n** daher auch ganz konsequent an einer anderen Stelle. Er findet es in der Verschiebung der Proportion zwischen Konsum und Akkumulation, eine Folge des steigenden Reallohnes der Arbeiter, welche einen immer größeren Teil ihres Einkommens zur Ersparnis verwenden. Diese „volun-taristische Abart der Unterkonsumtionstheorie“³⁾ hat nun aber keine Beziehung mehr zu der quantitätstheoretischen Hausebegündung, abgesehen davon, daß ihre Überzeugungskraft gerade innerhalb des **H a h n** schen Systems nicht durchschlagend ist. Wenn die Erhöhung der Akkumulationsquote auf Kosten des Konsums der reinen Geldbesitzer nur partielle Störungen zur Folge haben und daher theoretisch eine ewige Hause verbürgen soll, so ist der Eintritt einer Totalstörung auf Grund der viel geringfügigeren teilweisen Akkumulation des Lohnes nicht recht einzusehen, wenigstens solange man an den statischen Voraussetzungen festhält, unter denen allein diese quantitätstheoretischen Ab-

¹⁾ **B u d g e**, Grundzüge der theoretischen Nationalökonomie 1925, S. 200 ff.

²⁾ **H a h n**, Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits 1920.

³⁾ v. **B o r t k i e w i c z** in einer Besprechung des **H a h n** schen Buches im Weltw. Arch., Bd. 17, S. 70 ff.

leitungen Geltung haben. Für die reale Wirtschaft, deren Krisen Hahn erklären will, gibt er nun selbst die Geltung dieser statischen Voraussetzungen preis. Er stellt vielmehr die Tatsache vorhandener „Arbeitsreserven“ in seine übrigen Erwägungen als einen so wesentlichen Faktor ein, daß ihm die Erschöpfung dieser Reserve gleichbedeutend mit dem Ende der Kreditexpansion erscheint. Er weist sogar sehr hübsch nach, daß der Inflationsprozeß die Reservearmee aus den Reihen der reinen Geldbesitzer dauernd neu speist. Wenn nun Kreditexpansion bei stationärer Wirtschaft ewige Hause bedeutet, andererseits die reale Wirtschaft Krisen und Reservearmee aufweist, so dürfte die Entscheidung, ob nun die Kreditexpansion oder die Reservearmee den Zyklus ursachen, nach dem bisherigen Stand der Debatte noch nicht zugunsten Hahn gefallen sein.

Ursachen auf der Produktions- oder auf der Konsumseite.

Wenden wir uns nunmehr derjenigen Reihe von Theorien zu, welche die Ursache des Konjunkturzyklus auf der Warenseite suchen, so treffen wir auf ein weiteres Einteilungsschema, das für ein Jahrhundert krisentheoretischer Auseinandersetzungen entscheidend geworden ist, nämlich die Frage, ob Überproduktion oder Unterkonsum die Disproportionalität im ökonomischen Kreislauf auslösen. Nicht nur ist der Kampf der sozialistischen Theorien gegen die herrschende Produktionsverfassung weitgehend auf dem Theorem aufgebaut, daß der Unterkonsum der breiten Massen zwangsläufig Kreislaufstörungen nach sich zieht. Auch ein Teil der bürgerlichen Ökonomik Deutschlands, besonders aus den Kreisen der Kathedersozialisten, an ihrer Spitze Herkner, haben theoretischen Anschluß an die Lehre des Sisondi gesucht. Freilich ist unverkennbar, daß seit der Jahrhundertwende die Unterkonsumslehre, zum mindesten in den Reihen der bürgerlichen Theoretiker, stark zurückgetreten ist. Sie wird eigentlich von allen im letzten Jahrzehnt veröffentlichten grundsätzlichen Auslassungen dieser Seite abgelehnt.

Aber auch innerhalb der sozialistischen Theorie liegt der Fall komplizierter, als schematische Darstellungen dies annehmen. So eindeutig die Linie von Sisondi bis Rodbertus sich auf der Ebene der Unterkonsumslehre bewegt, so ist doch schon die Marxsche Krisenlehre keineswegs von hier aus eindeutig bestimmt. Preiser¹⁾ hat in einer dogmengeschichtlich interessanten Studie die doppelte Wurzel der Marxschen Krisenlehre und das systematische Übergewicht der Lehre vom tendenziellen Fall der Profitrate gegen-

¹⁾ Preiser, Das Wesen der Marxschen Krisentheorie, Wirtschaft und Gesellschaft, Festschrift für Franz Oppenheimer 1924, S. 249 ff.

über der berühmten Stelle des dritten Bandes des „Kapitals“, welche der Unterkonsumtionslehre zuneigt, neuerdings aufgewiesen. Diese Grundhaltung, welche der Wirkung einer technischen Kategorie, der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals, auf die Gestaltung der Produktion eine weit größere Bedeutung für den Konjunkturverlauf beimitzt als den Einflüssen des sozialen Faktors „Reservearmee“ auf die Konsumverhältnisse, findet sich noch viel schärfer vertreten in den sozialistischen Werken des nachmarxschen Epoche. H i l f e r d i n g s Lehre¹⁾, daß die Krise aus der disproportionalen Entwicklung der Industrien mit verschiedener organischer Zusammensetzung des Kapitals erwachse, bringt ihn in systematischen Zusammenhang mit den modernen bürgerlichen Überproduktions- und Überkapitalisationstheoretikern. Noch näher steht diesen T u g a n - B a r a n o w s k y , der das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate leugnet und nur noch die allgemeine Unübersichtlichkeit der kapitalistischen Wirtschaft und den Mangel einer planmäßigen Kontrolle für den Zyklus verantwortlich macht.

T u g a n beruft sich bei seiner Ableitung auf das bekannte Schema der erweiterten Reproduktion im zweiten Band des „Kapital“, wo M a r x die Bedingungen formuliert, unter denen auch bei den Distributionsverhältnissen des Kapitalismus das jährliche Gesamtprodukt innerhalb des Kreises seiner Produzenten abgesetzt werden kann. An dieses Schema knüpft nun in schroffem Gegensatz zu T u g a n die Erneuerung der Unterkonsumtionslehre durch R o s a L u x e m b u r g an²⁾. Im Widerspruch zu den harmoniefreudigen Epigonen des Marxismus bestreitet sie unter Weiterbildung vor allem der Gedankengänge von R o d b e r t u s die Realisierbarkeit des Gesamtprodukts im Kreise der Produzenten. Das Marxsche Schema ist ihrer Auffassung nach zwar widerspruchsfrei, aber unwirklich. Es hat nur hypothetische Bedeutung und beweist das Gegenteil von dem, was T u g a n aus ihm ableSEN will, weil die Hypothese, unter der allein es Gültigkeit besitzt, die Nichtänderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, im schärfsten Gegensatz zu den Tatsachen fortshreibender Akkumulation steht. M a r x hat nun sein Schema noch auf der zweiten Hypothese aufgebaut, daß die kapitalistische Wirtschaftsstruktur auf der ganzen Erde zur Durchsetzung gelangt ist. Träfe diese Annahme zu, so müßte nach L u x e m b u r g s Meinung die Akkumulationstendenz den unausweichlichen Zusammenbruch des Kapitalismus in der Endkatastrophe längst nach sich gezogen haben. Daß dies bisher nicht eingetreten ist, obwohl die Akkumulation

¹⁾ H i l f e r d i n g , Das Finanzkapital 1910, S. 318 ff.

²⁾ R o s a L u x e m b u r g , Die Akkumulation des Kapitals 1912; Antikritik 1921,

in der Form wachsender organischer Zusammensetzung des Kapitals fortschreitet, erklärt sich daraus, daß auch die zweite Marx'sche Hypothese irreal und der Kapitalismus die Wirtschaftsordnung erst eines Teils der Erde ist, welch letzterer das innerhalb seiner Grenzen unabsetzbare Überschußprodukt in den nichtkapitalistischen Raum abstößt. Der Kampf um den Markt dieses nichtkapitalistischen Raumes ist damit für die einzelnen kapitalistischen Wirtschaften ein Kampf um die Selbsterhaltung geworden. Dies ist nach Luxemburg der Sinn des modernen Imperialismus.

Es liegt auf der Hand, daß diese Auffassung den Kern einer Konjunkturtheorie enthält. Wenn Expansion die unerlässliche Voraussetzung des kapitalistischen Kreislaufes ist, so bedeutet jede Hemmung der Expansion Krise, jeder erfolgreiche Vorstoß in den nichtkapitalistischen Raum neuen Aufschwung. Luxemburg hat in ihrem Hauptwerk diese Konsequenz nicht eigentlich gezogen. Sie behandelt hier nach Marxschem Vorbild die Krise als Bewegungsform der kapitalistischen Reproduktion auf Grund eigener Verursachung¹⁾ neben dem Problem des ökonomischen Imperialismus. Dies ist umso mehr verwunderlich, als Kautsky schon 1902²⁾ die allgemeinen Umrisse einer Konjunkturtheorie auf den Luxemburgschen Voraussetzungen entworfen hat.

In ihrer 1921 veröffentlichten Antikritik, welche das ganze Problem in das Bereich unserer Darstellung rückt, hat sie die Folgerungen aus der Imperialismustheorie für eine allgemeine Konjunkturtheorie nun auch ausdrücklich gezogen^{3).}

Die Kritik, welche Luxemburgs Theorie bisher in der marxistischen Literatur gefunden hat — das übrige Schrifttum hat noch nicht von ihr Notiz genommen —, hat manchen Außenpfeiler ihrer Position, insbesondere ihre geld- und kredittheoretischen Auslassungen, erschüttern können. Ihre Grundstellung konnte sie in ihrer Antikritik auch gegen ihren schärfsten Kritiker Bauer⁴⁾ behaupten, indem sie ihm nachwies, daß seine grundsätzlichen Einwände durchweg auf der Annahme basieren, die Hypothesen des Marxschen Schemas seien real, und also mit der Erschütterung dieser Grundalge gegenstandslos werden. Damit ist eine der theoretischen Richtungen des Marxismus, deren propagandistische Bedeutung im Hinblick auf die engen Beziehungen Luxemburgs zur bolschewistischen Theorie für die weitere Entwicklung nicht zu unterschätzen ist, wenn auch ohne formelle Preisgabe des Gesetzes vom ten-

¹⁾ Rosa Luxemburg, a. a. O. S. 238, 445.

²⁾ Kautsky, Neue Zeit 1902, Nr. 3, S. 80.

³⁾ Rosa Luxemburg, Antikritik S. 35 ff.

⁴⁾ Neue Zeit 1913, Nr. 24.

denziellen Fall der Profitrate, doch der Sache nach zur Unterkonsumtionstheorie zurückgekehrt. Die Ursache der Unterkonsumtion der Arbeiterklasse und damit die Grundursache des Konjunkturzyklus ist hier die Reservearmee¹⁾. Von systematischer Bedeutung für die Typologie der Konjunkturursachen ist nun die Feststellung, daß Luxemburg als Marxistin an der Produktion der Reservearmee durch die Technik, d. h. an der Freisetzungstheorie, festhält²⁾. Ihre Hausssetheorie ist notwendig anorganisch. Die Selbstzersetzung des kapitalistischen Kreislaufes, die mit jedem Rückschlag der Expansion eingeleitet wird, kann nur durch eine neue Expansion aufgehalten und in einen Aufschwung verwandelt werden. Der Erfolg dieser neuen Expansion wird zwar durch die mit der Krise verbundenen Preissenkungen vorbereitet, aber doch nur durch außerhalb des kapitalistischen Konjunkturablaufes stehende Faktoren wirklich verbürgt.

Interessant ist der Niederschlag, den die jüngste Entwicklung der Konjunkturtheorie in den sozialistischen Parteiprogrammen des letzten Jahrzehntes gefunden hat. Das *Kommunistische Manifest*³⁾ hatte, wenn auch nicht in theoretischer Präzisierung, eine Art von Expansionstheorie des Konjunkturverlaufes aufgestellt, wo gesagt wird, daß „die bürgerlichen Verhältnisse zu eng geworden sind, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen.“ Es bezeichnet ausdrücklich die Eroberung neuer und die gründlichere Ausbeutung älterer Märkte als das Heilmittel gegen die Krisen, das freilich nur neue gewaltigere Krisen vorbereitet und die künftige Anwendung dieses Heilmittels fragwürdig macht. Viel weniger präzis drückte sich das Erfurter Programm aus, wenn es von den „im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen“ sprach.

In den Reformvorschlägen für ein „Programm der Sozialdemokratie“, welche der sozialdemokratische Parteivorstand 1920 herausgegeben hat, ist der wachsende

¹⁾ Rosa Luxemburg, Antikritik S. 7.

²⁾ Vergleiche den Aufsatz von Spann, in der oben erwähnten Festschrift für Oppenheim, S. 275 ff. Die Diskussion zwischen der Freisetzungstheorie und der optimistischeren Kompensationstheorie ist im letzten Jahrzehnt kaum vorwärtsgekommen. Die Theorie kann es auch kaum weiter bringen als zu einer Formulierung der Bedingungen, unter welchen Kompensation erfolgt oder nicht. Welche Bedingungen im einzelnen Fall eintreten, hängt von den besonderen Umständen (Grad der Verbilligung der mit höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals produzierten Waren, Richtung der darauf basierenden zusätzlichen Nachfrage usw.) ab. Auch der induktive Beweis Oppeneimers (neuerdings System der Soziologie, III. Bd., 2. Hlbd., S. 1093 ff.) auf Grund der wachsenden Verstadtlichung der kapitalistischen Bevölkerung schlägt gerade gegenüber der Expansionstheorie Luxemburgs nicht durch, solange er nicht für eine geschlossene Wirtschaft erbracht ist.

³⁾ Volksausgabe S. 31.

Einfluß des Reformismus und die gleichzeitige Abneigung gegen tiefgründige theoretische Formulierungen deutlich zu verspüren. Im Anschluß an seine schon 1909 formulierten Leitsätze für ein neues Programm spricht hier Bernstein von dem „durch den spekulativen Charakter der kapitalistischen Wirtschaft erzeugten Wechselspiel von Hochkonjunktur und Geschäftsstillstand“. Woldt vollends glaubt im gleichen Zusammenhang, daß „die Krisen sich mehr und mehr aus dem Stadium wirtschaftlicher Elementarereignisse zu gewollten und gewünschten Vorgängen entwickeln, die von den großen Börsenmagnaten und Industrieherrn eingeleitet werden“. Das Görlitzer Programm von 1921 vermeidet es überhaupt, über die Krisen und ihre Ursachen etwas auszusagen.

Anders das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands von 1920, das durch den Zusammenhang der deutschen Kommunistischen Partei mit der Dritten Internationale auch für Deutschland Bedeutung hat. Es formuliert das Krisenproblem in seinen Einleitungssätzen folgendermaßen: „Diese Lage innerhalb der bourgeois Länder“ (gemeint ist die Reproduktion der Reservearmee durch die Technik) „sowie die ständige Verschärfung des gegenseitigen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt erschweren immer mehr und mehr den Absatz der Waren, die in dauernd wachsendem Maße produziert werden. Die Überproduktion, die sich in mehr oder minder scharfen Industriekrisen äußert, denen längere oder kürzere industrielle Stockungen folgen, bildet die unvermeidliche Begleiterscheinung der Entwicklung der produktiven Kräfte in der bürgerlichen Gesellschaft.“ Die grundsätzliche Verwandtschaft dieser offiziellen kommunistischen Auffassung mit der Luxemburgschen Theorie ist aber nicht auf eine Beeinflussung des Programms durch das Buch zurückzuführen. Die erwähnten Sätze sind dem alten Programm der russischen Sozialdemokratie von 1903 entnommen, die in ihrer prinzipiellen revolutionären Haltung den Zusammenhang mit den Gedankengängen des Kommunistischen Manifests stets enger bewahrt hat.

In vollem Umfange auf der Unterkonsumtionslehre aufgebaut ist die Konjunkturtheorie des liberalen Sozialismus Openheimer¹⁾. Nach dieser Theorie verhindert die dauernde Reservearmee des kapitalistischen Arbeitsmarktes eine Steigerung der Kaufkraft der Massen bis auf die Höhe des „natürlichen Arbeitslohnes“ (welcher der relativen Seltenheit der angebotenen Arbeitsqualifikation gegenüber der gesellschaftlichen Nachfrage nach ihr in der Statik entsprechen würde), und schafft gleichzeitig die technische Vorbedingung für die

¹⁾ Neuerdings „System der Soziologie“, III, Bd., 2. Hlbd., S. 945 ff., 996 ff.

Ausdehnung der Produktion zu dem Zwecke der Steigerung des Gesamtprofits auch bei fallenden Gewinnen, also entgegen den Preissignalen des Marktes. Die durch die Verhältnisse des Arbeitsmarktes nicht begrenzten Konkurrenzmöglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft erzeugen eine eigenartige Konkurrenzpsychologie der industriellen Produzenten, welche alle psychischen Hemmungen gegenüber ihrem sozialwidrigen Verhalten in der Krise ausschaltet. Oppenheimer, der diese Theorie schon 1896 in seiner „Siedlungsgenossenschaft“ vertreten hat, hält sie in den Grundzügen unverändert aufrecht, wenn er auch, methodisch sehr mit Recht, die Bedeutung der objektiven Faktoren in der neuesten Fassung stärker betont als den Kausalanteil der durch die objektiven Faktoren bestimmten psychologischen Momente.

Im Gegensatz zu Marx und Luxembourg sieht Oppenheimer nun aber die Quelle der Reservearmee nicht in der technischen Struktur der modernen Maschinenproduktion, sondern in den Überresten der feudalen Wirtschaftsordnung, die in Gestalt der erst teilweise in den kapitalistischen Prozeß einbezogenen Eigentumsordnung des ländlichen Bodens in die liberale Wirtschaftsordnung hineinragt. Ihre Auflösung, die sich vor allem in der Form der Flucht der abhängigen Landbevölkerung in die industrielle Stadtwirtschaft vollzieht, produziere die Reservearmee des modernen Kapitalismus. Es handelt sich bei Oppenheimer also nicht eigentlich um eine gesetzmäßige Reproduktion, sondern um eine ständige Neuproduktion der Reservearmee, die aber nicht wie bei Marx an einen in seiner zeitlichen Wirkung unbegrenzten technischen Faktor, sondern an ein im weiteren Verlauf der historischen Entwicklung notwendig vorübergehendes historisch-soziologisches Moment gebunden ist. Diese Auffassung hat für die Oppenheimerische Beurteilung des Konjunkturzyklus weitesttragende Folgen. Nicht ordnet er, wie die meisten in diesem Punkte einigen bürgerlichen und sozialistischen Theoretiker, den Zyklus der liberalen Tauschwirtschaft als solcher zu. Dieser ist für ihn die Erscheinungsform des wirtschaftlichen Kreislaufes nur in derjenigen liberalen Wirtschaft, die über eine Reservearmee verfügt. Da er eine tauschwirtschaftliche Ordnung ohne Reservearmee nicht nur für logisch widerspruchsfrei, sondern auch für historisch realisierbar, ja sogar im notwendigen Zuge der weiteren Entwicklung liegend ansieht, ist ihm der Konjunkturzyklus wie alle mit dieser Form des Kreislaufes strukturmäßig verbundenen spezifischen Erscheinungen des „Kapitalismus“, insbesondere der Kapitalprofit, eine Übergangsscheinung, die von einer anderen liberalen Ordnung abgelöst wird, deren Ablaufsgesetze der harmonischen Kreislauftheorie der Klassiker voll entsprechen werden. Neben ihrer sachlichen Bedeutung hat diese Theorie, die sich aus Oppenheims

soziologisch-ökonomischem System zwangsläufig ergibt, noch eine besondere methodische, auf die wir unten noch zurückkommen werden¹⁾.

Zum Abschluße sei die neueste grundsätzliche Kritik erwähnt, welche die Unterkonsumtionstheorie bei Spiethoff²⁾ gefunden hat. Zunächst weist er darauf hin, daß sich aus der Unterkonsumtionslehre eine unentrinnbar fortschreitende Verelendung und Auflösung ergebe, wenn man einmal die Krise als eingetreten annehme. Immanente Gegenkräfte sind in der Tat hier nicht zu erblicken, welche einen automatischen Umschlag zu einer neuen Hause erklären könnten. Dieser Einwand, der übrigens gegenüber jeder Konjunkturtheorie durchschlägt, die keine besondere Lösung des Hauseproblems bietet, erledigt sich, wenn man, wie etwa die Theorie Luxemburgs und übrigens auch Spiethoff selbst, anorganische Ursachen der Hause zugrunde legt. Spiethoff meint nun aber vor allem, daß auch die stärkste Einkommensteigerung der unteren Klassen nicht in der Lage wäre, eine Überproduktion an „reproduktivem Konsum“ d. h. an Produktionsmitteln aufzunehmen. In diesem Argument steckt eine petitio principii doppelter Art. Die Unterkonsumtionstheoretiker können nämlich einwenden, daß mangels einer Reservearmee eine Überproduktion an reproduktivem Konsum in dem kapitalistischen Ausmaße überhaupt nicht möglich wäre. Die stationäre Lage auf dem Arbeitsmarkt würde das Einschlagen allzu weiter Produktionsumwege von vornherein unrentabel machen, weil diese nur mit hohen Reallohnsteigerungen zu erkaufen wären, während gleichzeitig der höhere Durchschnittslohn eine Anlockung für die Herstellung von Konsumgütern bedeutete. Würden trotzdem Disproportionalitäten auftreten, wozu die lange Lebensdauer der Produktionsmittel gegenüber den von ihnen hergestellten Konsumgütern allerhand Anlaß bieten, so wäre doch nicht einzusehen, weshalb diese gerade zyklisch und als Totalstörung auftreten müßten.³⁾

¹⁾ Oppenheimers Konjunkturtheorie enthält, wenn auch von anderen Voraussetzungen als Luxemburg ausgehend, im Keime doch alle Elemente einer Expansionstheorie, aus der sich auch die Lösung des von ihm bisher nicht beachteten Hauseproblems zwanglos ergeben würde. Er zeichnet übrigens am Schluße der neuesten Fassung seines Systems (a. a. O. S. 1120) selbst die Umrisse einer solchen Theorie. In meinem Aufsatze „Zur ökonomischen Theorie des Imperialismus“, Festschrift für Franz Oppenheimer, S. 189 ff., habe ich, von der methodischen Grundauffassung Oppenheimers ausgehend, den Aufriß einer solchen Expansionstheorie entworfen, welche in den prinzipiellen Ergebnissen mit der Theorie Luxemburgs übereinstimmt, ohne mit dem Marxschen Begriffsschema und seiner umstrittenen Wert- und Freisetzungstheorie belastet zu sein.

²⁾ Artikel „Krisen“, a. a. O. S. 67.

³⁾ Auch Lederers groß angelegte Studie über „Konjunktur und Krisen“ (a. a. O.), die während der Drucklegung der vorliegenden Arbeit erschienen ist und daher leider nicht mehr eingehend berücksichtigt werden konnte, stellt eine sehr interessante, durch reiches Tatsachenmaterial auch induktiv gestützte Variante der Unterkonsumtionslehre dar. Vgl. besonders S. 387—404.

Exogene oder endogene Ursachen.

Die Einteilung der Krisenursachen in exogene und endogene, die im Anschluß an *Boussingault* in der neueren Theorie wachsende Anerkennung findet, betont als Unterscheidungsmerkmal die Tatsache, daß der für den Zyklus verantwortliche Faktor entweder von außen den Kreislauf der Wirtschaft beeinflußt oder sich aus dem Kreislaufprozeß selbst mit immanenter Notwendigkeit ergibt. Offenbar überschneidet diese Klassifikation die bisher erwähnten Einteilungsprinzipien. Geld- wie Warenfaktoren, Produktions- wie Konsumursachen können exogener oder endogener Natur sein. Kreditinflation im Sinne von *Hahn* oder *Mises* ist als exogener Faktor anzusehen, während zum Beispiel die Theorie *Fishers* von endogener Inflation ausgeht, die sich bekanntlich aus dem Nachhinken des Zinsfußes hinter den Preisveränderungen zwangsläufig im Mechanismus der liberalen Wirtschaft ergeben soll. Die Reservearmee im Sinne von *Marx* als Produkt der mit dem Kreislauf der kapitalistischen Wirtschaft untrennbar verbundenen, wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals ist ein endogener Konjunkturfaktor, während die Reservearmee im Sinne *Oppenheimer* exogen aus den Resten vorkapitalistischer Wirtschaftsordnung auf den Kreislauf der liberalen Wirtschaft einwirkt.

Nachdem wir nun aber die neueren Theorien, welche die Geld- und die Konsumseite der Wirtschaft für den Zyklus verantwortlich machen, bereits dargestellt haben, wollen wir diese Kategorien zur Unterteilung der speziellen Produktionstheorien verwenden. Diese engere Fassung rechtfertigt sich auch historisch, da dieses Klassifikationsprinzip im Zusammenhang mit den modernen Überproduktions- und Überkapitalisationstheorien, insbesondere der französischen Literatur (*Aftalion*, *Lescure*, *Boussingault*), aufgekommen ist. Man verwendet synonym (*Herkenner*) auch die Begriffe „organisch“ und „anorganisch“, die wir oben der Klassifikation der speziellen Haussieursachen vorbehalten haben. Eine entsprechende Verwendung der Ausdrücke „wirtschaftlich“ und „außerwirtschaftlich“ ist irreführend. Soweit außerwirtschaftliche Faktoren des natürlichen oder sozialen Geschehens zufällige Störungen des wirtschaftlichen Kreislaufes verursachen, scheiden sie für eine Konjunkturtheorie im strengen Sinne von vornherein aus. Aber auch der regelmäßige Ablauf des außerökonomischen Geschehens wie die Bevölkerungsentwicklung oder die Sonnenfleckenbewegung können für die Theorie der Dynamik relevant nur werden, wenn sie in die Form ökonomischer Daten überführt werden, also etwa als vermehrte oder veränderte Nachfrage, als verändertes Angebot organischer Stoffe usw. Begrifflich scharf gefaßt handelt es sich bei den exo-

genen Ursachen um Faktoren der Datenreihe des ökonomischen Kreislaufes, bei den endogenen Ursachen um Faktoren, die dieser Kreislauf selbst erzeugt.

Innerhalb der Theorien, welche den ursächlichen Faktor für den Konjunkturzyklus in der Produktionssphäre suchen, ist eine wachsende Hinneigung zu den endogenen Faktoren unverkennbar. Weder Pohl's Lehre von dem Zusammenhang der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit dem Zyklus, noch Dietzels Lehre von der ursächlichen Bedeutung des Ernteausfalls haben in den letzten zwei Jahrzehnten neue Anhänger gefunden. Sombarths exogener Konjunkturfaktor der Disproportionalität der organischen und anorganischen Industrien ist unter Ausschluß der quantitätstheoretischen Momente in Sombarths Lehre von Spann in seine Theorie der Preisverschiebung¹⁾ übernommen worden, die er in seiner neuesten Auslassung über das Konjunkturproblem aufrecht erhält²⁾. Er glaubt, das Problem der Totalstörung dadurch erklären zu können, daß Kaufkraftvermehrung auf Grund des technischen Fortschrittes zu Steigerungen der Nachfrage und damit nach zahlreichen Überwälzungen schließlich zu einer Ausdehnung der Produktion der organischen Rohstoffe führen müsse, die nur mit steigenden Kosten möglich sei und eine Welle allgemeiner Preissteigerung über das ganze Gebiet der Halbzeug- und Fertigproduktion auslöse. Dadurch verringere sich die Nachfrage zwangsläufig wieder, und eine Liquidation der Produktionsausdehnung in der Form der Krise sei unausweichlich. Diese Anschauung kann aber kaum überzeugen, selbst wenn man die Behauptung, Ausdehnung der Produktion organischer Rohstoffe sei in der Regel nur mit steigenden Kosten möglich, einmal als richtig unterstellt. Die von Spann geschilderte Preissteigerung muß wohl einen Rückgang der Nachfrage der industriellen Konsumenten zur Folge haben. Die Gesamtkaufkraft wird durch diese Preisverschiebung nicht verringert. Was vielmehr eintritt, ist eine Steigerung der Differentialrente aller Produzenten organischer Rohstoffe, da nunmehr der letzte Produzent mit seinen der Voraussetzung nach höheren Kosten den Verkaufspreis der organischen Rohstoffe bestimmt. Der Preisverschiebung entsprechend tritt also eine Kaufkraftverschiebung zugunsten der Erzeuger organischer Rohstoffe ein, welche möglicherweise eine Partialstörung in der Industrie, aber in strenger theoretischer Ableitung niemals eine Totalstörung erklären kann.

In die Reihe dieser exogenen Überproduktionstheorien gehört nun auch Schumpeters Lehre vom schöpferischen Unternehmer, der auf Grund seines irrationalen Eingreifens in die statische Bewegungsform der „Anpassung“

¹⁾ Zeitschr. f. Volkswirtsch., Sozialpol. und Verwaltung 1913, S. 227 ff., bes. S. 279 ff.

²⁾ Spann, Fundament der Volkswirtschaftslehre 1921 S. 287.

die besondere Bewegungsform der „Entwicklung“ mit ihren Sondererscheinungen des Kapitalzinses und vor allem des Konjunkturzyklus hervorrufen soll. Schumpeter hat diese Theorie, deren wesentliche Bedeutung unserer Auffassung nach auf methodischem Gebiete liegt und dort noch Erörterung finden soll, schon 1912 in der „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ niedergelegt. Immerhin enthält die monographische Studie über denselben Gegenstand aus dem Jahre 1915¹⁾ in einer wichtigen Einzelfrage eine bedeutsame Ergänzung. Wenn wir von den zahlreichen grundsätzlichen Einwendungen, die sich seit Böhm-Bawerks Kritik²⁾ gegen die Grundlagen der Konjunkturtheorie Schumpeters erhoben haben, absehen, so war es besonders das Problem der Periodizität, das Schumpeter, obwohl er es grundsätzlich anerkennt, in der Fassung der „Theorie“ nicht zu voller Klärung gebracht hatte. Wenn die Auslösung des Konjunkturzyklus dem zufälligen Auftreten schöpferischer Unternehmer überlassen bleibt — Schumpeters Hausssetheorie —, wie ist dann die Periodizität der Aufeinanderfolge der einzelnen Zyklen zu erklären? Durch Ausführung eines schon in der Theorie angedeuteten Gedankens³⁾ will Schumpeter in der erwähnten Studie die Schwierigkeit dadurch überwinden, daß er den beiden gegensätzlichen Unternehmertypen, den „statischen“ und den „dynamischen“ Subjekten, noch einen dritten Typus hinzufügt, sozusagen die „halbstatischen“ Wirtschaftsmenschen. Er bleibt zwar dabei, daß der Zyklus verursacht wird ausschließlich durch das Auftreten der dynamischen Persönlichkeiten. Ihre Breiten- und Tiefenwirkung und damit das Gleichmaß ihres Rhythmus soll nun aber diese dynamische Störung des statischen Kreislaufes dadurch gewinnen, daß sich an das Vorgehen der dynamischen Subjekte die Gruppe der halbstatischen Subjekte anschließt, die zwar nicht selbst schöpferisch, aber doch dynamisch genug sind, um die von den Pionieren vollbrachten Leistungen wenigstens schleunigst nachzuahmen. Sie erst geben dadurch der ganzen Bewegung den Charakter der „Massenhaftigkeit“, welche Rhythmisierung und Totalität der Wellenbewegung verursacht.

Wenn wir diese Hilfskonstruktion eines menschlichen Zwischentypus einmal akzeptieren, so kann möglicherweise die Totalität der Konjunkturzyklen mit ihrer Hilfe aufgewiesen werden. Es ist aber nicht einzusehen, daß ihre Einführung das offene Problem der periodischen Rhythmisierung lösen kann. Wenn die Massenwirkung dieser halbstatischen Subjekte untrennbar an das irrationale Auftreten der dynamischen Pioniere gekettet ist, so kann der Rhythmus doch nur von den

¹⁾ Vergleiche Anm. 1.

²⁾ Zeitschr. f. Volkswirtsch., Sozialpol. und Verwaltung 1913, S. I ff., S. 640 ff.

³⁾ Theorie S. 430 ff.

letzteren bestimmt werden und es bleibt nach wie vor zu beweisen, weshalb diese Irrationalität gerade in einen „Zyklus von je 7—9 jähriger Dauer“¹⁾ sich einordnen läßt.

Liefmanns Konjunkturtheorie²⁾ berührt sich in den Grundzügen mit derjenigen Schumpeters, wenn sie auch mit Recht den Nachdruck auf die objektive Seite produktionstechnischer Neuerungen legt. Sie findet die Grundursache des Zyklus in dem Umstande, daß das Tempo des wirtschaftlichen Fortschrittes schneller ist, als es der natürlichen Amortisationsdauer des festen Kapitals entspricht. Liefmann bestreitet von hier aus grundsätzlich die Periodizität. Es ist in der Tat nicht einzusehen, wie das Krisenmoment der revolutionären Technik in feste Perioden gebannt werden könnte. Allerdings ist auch nicht zu erkennen, wie die durch technische Neuerungen bewirkten Störungen einen Totalzyklus auslösen können. Liefmann scheint, wenn auch unausgesprochen, die Marxsche Freisetzungstheorie zu akzeptieren. Im übrigen betont er ausdrücklich, daß er zunächst eine Erklärung nur für eine „spezielle Überproduktion“ bieten könne, wobei er aber keine theoretische Schwierigkeit darin findet, wie solche Partialstörungen „das Gleichgewicht der ganzen Volkswirtschaft stören können“.

Liefmann sieht in der Wirkung dieses wenn auch von außen kommenden technischen Moments einen Konstruktionsfehler der kapitalistischen Wirtschaft als solcher. Damit steht seine Theorie auf der Grenze der endogenen Lehren, deren Betrachtung wir uns nunmehr zuwenden. In der weitesten Fassung dieser Grundeinstellung ist es die allgemeine Unübersichtlichkeit der modernen Marktstruktur, welche notwendig immer wieder Falschproduktionen und damit Überproduktionen als Ursachen für den Konjunkturzyklus im Gefolge haben soll. Dieser Auffassung, die Brentano schon 1889 in seiner Leipziger Abtrittsvorlesung vertreten hat, schließen sich unter den neuesten Autoren Mombert, Diefel und Vogel³⁾ an. Auch Broda⁴⁾ vertritt sie in einer Monographie über die kriegswirtschaftliche Konjunktur.

Bei aller induktiven Überzeugungskraft, welche dieser Auffassung innewohnt, muß sie sich doch als Theorie mit der Frage auseinandersetzen, weshalb diese

¹⁾ A. a. O. S. 1.

²⁾ Liefmann, Theorie des Sparsens und der Kapitalbildung, Schmöller's Jahrbücher 1912, Heft 4, S. 63 ff.; neuerdings knapp zusammengefaßt in „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“, II. Bd., 1919, S. 755 ff., bes. S. 759—761.

³⁾ A. a. O.

⁴⁾ Broda, Zur Frage der Konjunktur in und nach dem Kriege, Arch. f. Soz. u. Soz.-Pol., Bd. 45, S. 40 ff. Auch Tugan-Baranowsky muß trotz seiner marxistischen Einkleidung im Grunde hierher gerechnet werden.

aus Irrtum und Unkenntnis erwachsenden Störungen gerade periodisch und dann gerade als Totalstörungen auftreten. Man wird Lieffmann darin bestimmen müssen, daß die Aufgabe einer Krisentheorie — anders liegt es bei der deskriptiven Darstellung konkreter historischer Erscheinungen — erst dann als gelöst gelten kann, wenn eine Ursache aufgefunden ist, die ihre Wirksamkeit auch dann entfalten kann, wenn der Prozeß des wirtschaftlichen Kreislaufes sich „rein“ vollzieht¹⁾.

In Anerkennung dieses Sachverhaltes versucht denn auch eine andere Gruppe von Vertretern „inkräftiger Wechsellenlehren“, wie Spiethoff die endogenen Konjunkturtheorien nennt, Ursache und Lokalisierung der zyklischen Störungen schärfer zu umreißen. Spiethoff und Pohle²⁾ haben ziemlich gleichzeitig als erste in Deutschland diese Auffassung vertreten, die von Spiethoff in seinen weiteren Arbeiten, neuerdings in dem mehrfach erwähnten Artikel „Krisen“ in der 4. Auflage des Hdw. d. St., zu einem großangelegten konjunkturtheoretischen System ausgebaut worden ist. Cassels „Theoretische Sozialökonomie“³⁾, die als Original in deutscher Sprache erschienen ist und damit in den Kreis dieser Betrachtung gezogen werden darf, vertritt in den Grundzügen dieselbe Auffassung.

Was zunächst den Sitz der Störung des wirtschaftlichen Kreislaufes anlangt, so finden diese Theorien übereinstimmend die Erklärung in einer Überproduktion der Produktionsmittelsphäre oder, in Spiethoffs Terminologie, des „reproduktiven Konsums“. Die induktive Rechtfertigung dieser Annahme wird von Spiethoff und Cassel in einer eingehenden historischen und statistischen Analyse des Konjunkturverlaufes in den wichtigsten Ländern während des letzten halben Jahrhunderts bis zum Kriege versucht. Wir werden auf diese bei Erörterung des Standes der Tatsachenforschung noch näher einzugehen haben. Unterstellt man einmal den induktiven Beweis als erbracht und läßt man

¹⁾ Vergleiche auch Schumpeter in der erwähnten Monographie S. 7. über die „ungebührlich große Verwendung des Irrtumsmoments in der modernen Konjunkturtheorie“.

²⁾ Die meisten Darstellungen der Pohleschen Arbeit über „Bevölkerungsbewegung, Kapitalbildung und periodische Wirtschaftskrisen“ 1902, übersehen, daß die gemeinhin als Pohles Leistung gepriesene oder getadelte Verbindung der Krisentheorie mit dem Bevölkerungsproblem von ihm nur hypothetisch gemeint ist. Seine eigentliche Konjunkturtheorie ist eine Überproduktionslehre ganz im Sinne Spiethoffs und Cassels, welche die Krise aus einem quantitativen Auseinanderfallen von Ersparung und Anlage ableiten will (a. a. O. S. 79 ff.).

³⁾ Cassel, Theoretische Sozialökonomie, 3. Aufl., 1923, S. 477 ff. Inwieweit Cassels Theorie, die auch terminologisch stark mit derjenigen Pohles übereinstimmt, in der Fassung seiner ersten Arbeit über das Konjunkturproblem aus dem Jahre 1904 unabhängig von der deutschen Forschung entwickelt war, kann ich leider nicht feststellen.

abweichende Nuancen dieser Theorien beiseite, so finden wir als gemeinsamen Grundkern die These vertreten, daß die periodische Wiederkehr der Kreislaufstörungen in einer schroffen Diskrepanz zwischen der Menge des produzierten Realkapitals und des zu seinem Erwerbe erforderlichen Sparkapitals begründet sei. Diese Diskrepanz ergebe sich auf der Grundlage der modernen anorganischen Technik und des gesteigerten Erwerbstriebes zwangsläufig, da trotz wachsenden Bedarfs die Kapitalbildung in der Hause dauernd abnehme. Die Unabsetzbarkeit eines Teiles der reproduktiven Konsumgüter führe Krise und Depression herbei, aus der heraus anorganische Aufschwungsmomente wie technische Erfindungen, Marktexpansion, erst wieder den brachliegenden Erzeugungsstätten und Kapitalien neue Belebung zuführen könnten.

In der Fassung S p i e t h o f f s hat diese Theorie besonders die Aufmerksamkeit der neueren französischen Konjunkturlehre auf sich gezogen¹⁾ und scharfe Kritik erfahren. Der Kern der Einwände läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß eine Diskrepanz zwischen Realkapital und Sparkapital in dem behaupteten Sinne überhaupt unmöglich sei. Nicht zu seinem Verkauf, sondern zu seiner Produktion habe das Realkapital die Bereitstellung von Ersparnissen, d. h. nichtkonsumierter Lebensmittel und Rohstoffe, zur Voraussetzung. Einmal produziert, hänge sein Absatz nur noch von der zahlungsfähigen Nachfrage der letzten Verbraucher nach denjenigen Gütern ab, die mit Hilfe des neuen Realkapitals produziert werden sollen. Wenn in der Hause die Sparkapitalien allmählich aufgesogen werden, was in steigenden Zinssätzen zum Ausdruck kommt, so wird allerdings dadurch der Aufschwung als Vorausproduktion von Produktionsmitteln abgedämpft. Zahlungsfähige Nachfrage der Endverbraucher vorausgesetzt, ist aber zu einer Krise kein Grund vorhanden. Wenn Cassel den letzten Grund der Diskrepanz schließlich darin sieht, daß aus irrtümlichen Erwägungen der Zinsfuß zu spät in die Höhe gesetzt werde, so erheben sich gegen diese Beweisführung die grundsätzlichen Bedenken L i e f m a n n s gegenüber jeder „Irrtumstheorie“.

S p i e t h o f f glaubt, daß die moderne Geldwirtschaft diesem Problem in schlechterer Lage gegenüberstehe als eine naturale Tauschwirtschaft, weil die erstere kein „Schutzwerkzeug gegen die Überanlage“ entwickelt habe. Ist es

¹⁾ L e s c u r e , Des Crises générales et périodiques de Surproduction, 1907, S. 496 ff.; theoretisch interessanter A f t a l i o n , Les Crises périodiques de Surproduction, 1913, I. Bd., S. 305 ff. Auch B o u n i a t i a n , Studien zur Theorie und Geschichte der Wirtschaftskrisen 1908, S. 122, in einer Polemik gegen P o h l e . Ferner Hans N e i ß e r , Gustav C a s s e l s Theoretische Sozialökonomie, in S c h m o l l e r s Jahrb. 1922, 2. Heft, S. 211 ff., bes. S. 234.

aber nicht gerade die Funktion des Preises in der Geldwirtschaft, als solches Werkzeug zu dienen? Wenn wirklich Falschanlage in dem Sinne vorgenommen wird, daß einseitig der Produktionsmittelerzeugung mehr Sparkapital zufließt als die ihr komplementär zugeordnete Rohstoff- und Nahrungsmittelerzeugung entbehren kann, so müssen doch die daraus erwachsenden Änderungen der Preisrelationen beider Gruppen einen außerordentlich empfindlichen Anzeiger für die Disproportionalität und gleichzeitig in wachsenden Differentialprofiten auch einen Anreiz zu deren Behebung abgeben. Setzt aber schließlich diese Theorie nicht im Grunde schon voraus, was sie erst beweisen soll, nämlich die Gleichzeitigkeit des Auftretens solcher Disproportionalitäten, also die Totalität des Zyklus? Auch das Moment der „longue durée“¹⁾, d. h. der langen Dauer der modernen Produktionsmittelerzeugung, die sich alsdann in einem um so massenhafteren Auftreten von Konsumgütern und einer gegenüber der beschränkten Nachfrage des Endverbrauchs um so reicherem Ergiebigkeit der Produktionsmittel äußert, kann nicht erklären, daß die Störungen der Proportionalität solidarisch im Gesamtbereich der Produktion des reproduktiven Konsums auftreten müssen.

O p p e n h e i m e r²⁾ hat schon darauf hingewiesen, daß C a s s e l noch eine zweite Krisentheorie vorträgt. Wie S o m b a r t sieht auch C a s s e l die Möglichkeit einer Hause nur gegeben, wenn eine Reservearmee zusätzlicher Arbeitskräfte vorhanden ist. Ganz wie O p p e n h e i m e r erblickt er die Quelle dieser Reservearmee in den sich auflösenden vorkapitalistischen Agrarverhältnissen und deutet er die Möglichkeit an, daß die Erscheinung des Zyklus vielleicht nicht der modernen Produktions- und Gesellschaftsordnung als solcher, sondern nur der Übergangsperiode bis zu ihrer völligen Durchsetzung wesensgemäß ist³⁾. Wenn man vollends noch berücksichtigt, welch große Bedeutung C a s s e l der Expansion in den nichtkapitalistischen Raum als Hausselement beimißt⁴⁾, so ergibt sich eine überraschende Annäherung seiner Auffassung an die modernsten Varianten der Unterkonsumtionslehre. Freilich steht diese zweite Theorie C a s s e l s in schärfstem Widerspruch zu seiner Überkapitalisationslehre. Denkt man sich das Übergangszeitalter abgeschlossen und damit die Reservearmee beseitigt, so müßte die dauernde Reallohnsteigerung bei stationärem Arbeitsmarkt die Diskrepanz zwischen Sparkapital und Realkapital, wenn eine solche möglich ist, ganz erheblich verschärfen.

¹⁾ A f t a l i o n . Früher schon bei L i e f m a n n , Über den Einfluß des internationalen Kapitalienverkehrs auf die Krisen, Conrads Jahrb. 1904, S. 179 ff. Vgl. auch L e d e r e r a. a. O. S. 373 ff.

²⁾ O p p e n h e i m e r , a. a. O. S. 997.

³⁾ A. a. O. S. 481, 577.

⁴⁾ A. a. O. S. 576.

Es ist nun interessant, daß Spiethoff, dessen neueste Kritik an der Unterkonsumtionslehre wir erwähnt haben, ebenfalls eine Variante dieser Lehre für diejenigen Länder vertritt, die sich „auf den Endstufen des Hochkapitalismus“ befinden. Während nämlich die Zyklen der Frühstufen des Kapitalismus durch den Faktor „Kapitalmangel“ beherrscht werden, soll später die Überzeugung „stärker durch Bedürfnissättigung“ hervorgerufen werden¹⁾. Daß Spiethoff diesen Gedankengang, der sich übrigens der Überkapitalisationslehre Bouinians nähert, nur flüchtig angedeutet hat, ist um so mehr zu bedauern, als diese Theorie doch gerade für die Gegenwart Geltung haben muß, in der sich die Mehrzahl der kapitalistischen Wirtschaften der Epoche des Hochkapitalismus nähert, wenn nicht schon in ihr steht.

In weit höherem Maße als dies früher in der deutschen Konjunkturlehre üblich war, sind die Theorien Spiethoffs und Cassels, in ihrer gegenwärtigen Form neben Leders Arbeit die eigentlichen Neuschöpfungen des letzten Jahrzehnts, auf dem Boden breiter Deskription der Wirklichkeit erwachsen. Das gibt ihrer Analyse eine Fülle der Anschaulichkeit und eine Plastik in der Darstellung der Einzelphasen des Zyklus, die hier, wo nur der theoretische Grundgehalt in Frage steht, nicht zum vollen Recht kommen kann. So viel Fragen noch offen bleiben, so birgt doch die oben aufgewiesene, manchmal überraschende Verwandtschaft dieser neuen Lehren mit scheinbar ganz entgegengesetzten Theorien eine hoffnungsvolle Aussicht in sich, daß eine umfassende Theorie, welche das wertvolle theoretische Erbgut eines Jahrhunderts mit der modernen Tatsachenforschung verbindet, möglich und vielleicht nicht mehr in allzu weiter Ferne ist.

Subjektiv-psychische oder objektive Ursachen.

Röpke²⁾ hat die Scheidung in psychische und objektive Komponenten der Konjunkturbildung zu einem Haupteinteilungsgesichtspunkt der „Morphologie der Verkehrswirtschaft“ gemacht. Die Entscheidung über die Verwendbarkeit dieses Gesichtspunktes hängt von der jeweiligen methodischen Grundposition ab. Im Rahmen der gesetzeswissenschaftlichen Methode, nach welcher die sozialökonomische Theorie seit den Tagen der Klassik arbeitet, dürfte für eine Geltung subjektiv-psychischer Faktoren nur so weit Raum sein, als man diese Elemente selbst, wie es etwa die Grenznutzentheorie und ihr Antipode Lieffmann tun, in die Sphäre des Quantitativen umdeutet, so fremd dieser Charakter an sich der ursprünglichen Gestalt des Psychischen sein mag.

¹⁾ A. a. O. S. 39, 77.

²⁾ Röpke, a. a. O. S. 70 ff.

Die gestaltwissenschaftliche oder „noetische“ Methode, die v. G o t t l und bis zu einem gewissen Grade auch S p a n n vertritt, ist in ihrer Analyse noch nicht bis zur Aufhellung der komplizierteren Erscheinungen des wirtschaftlichen Kreislaufes vorgedrungen¹⁾. So ist es nicht verwunderlich, daß die psychischen Faktoren für die herrschende Lehre eigentlich nur im negativen Sinne nutzbar gemacht werden können, indem man feststellen muß, daß sie trotz aller Bedeutung, welche ihnen in einer soziologischen Theorie oder bei der Deskription des Konjunkturzyklus zukommt, im Rahmen der heutigen Theorie als ursächliche Momente nicht verwendet werden können. Schon bei Erörterung des Irrtumsproblems hat sich gezeigt, daß psychische Faktoren häufig als E r s a t z für eine theoretische Begründung auftreten. Es kann nicht verschwiegen werden, daß die Verwendung dieses Motivs der vollen theoretischen Strenge auch der Konjunkturlehre S p i e t h o f f s und C a s s e l s einen gewissen Abbruch tut, während O p p e n h e i m e r s neueste Formulierung seiner Lehre durch die Zurückdrängung des psychischen Faktors sozialökonomisch nur gewonnen hat, so bedeutsam gerade seine Forschungen zur Psychologie der Konkurrenz für die Aufhellung der historisch-soziologischen Zusammenhänge des Zyklus mit dem modernen Kapitalismus geworden sind. Von diesem Standpunkt aus erheben sich auch grundsätzliche Bedenken gegen alle Erklärungen des Zyklus aus dem „Spekulationsgeist“ oder aus den irrationalen Leistungen des Unternehmergenies im Sinne S c h u m p e t e r s. Ist es doch gerade heute besonders dringlich, die Grenzen der gesetzeswissenschaftlichen Methode pedantisch zu betonen, wo die geistesgeschichtlich sehr ernst zu nehmende Offensive der „Gestalttheoretiker“ gegen die Theorie im alten Sinne gewissen unklaren Kompromißstandpunkten einen modischen Erfolg verspricht.

S t a t i s c h e o d e r d y n a m i s c h e T h e o r i e .

Noch näher an die methodischen Probleme werden wir herangeführt, wenn wir als letztes Einteilungsschema den in der Konjunkturlehre bisher nur vereinzelt (S c h u m p e t e r , V o g e l) verwendeten, unserer Auffassung nach aber besonders fruchtbaren Gegensatz statischer oder dynamischer Lehren ins Auge fassen. Es ist S c h u m p e t e r s großes Verdienst, diesen Gegensatz durch seine Unterscheidung zweier artverschiedener Kreislaufprozesse, der „Anpassung“ einerseits, der „Entwicklung“ andererseits, in das Bewußtsein der

¹⁾ Die widersprüchsvolle Verbindung beider Methoden, die S p a n n vornimmt, wenn er das Konjunkturproblem in seinem noetischen System mit Hilfe der „mechanistischen“ Theorie der Preisverschiebung zu lösen versucht, darf keinesfalls der noetischen Methode als solcher zur Last gelegt werden.

deutschen Wissenschaft gehoben zu haben. Auf der gleichen methodischen Basis ist auch trotz aller sonstigen Unterschiede O p p e n h e i m e r s Scheidung zwischen „reiner“ und „politischer“ Ökonomie aufgebaut. In beiden Systemen werden gewisse Erscheinungen der realen kapitalistischen Wirtschaft, darunter eben der Konjunkturzyklus, ihrer theoretischen Struktur entsprechend nur der einen dieser Bewegungsformen zugeordnet, der „Entwicklung“, bzw. der „politischen Ökonomie“¹⁾.

Als Merkmal einer statischen Konjunkturtheorie kann man die theoretische Annahme bezeichnen, daß der Aufschwung sich jedesmal aus einem Zustand statischen Gleichgewichts der Wirtschaft (natürlich in theoretischer Abstraktion) erhebe, in welchen die Depression wieder zurückführt. In diesem Sinne müssen z. B. die Theorien von D i e t z e l , S p a n n , eigentlich auch von S o m - b a r t und M o m b e r t sowie die Anschauungen der meisten Currencytheoretiker als essentiell statisch bezeichnet werden. Die dynamische Theorie sieht dagegen in der Baisse alles andere als einen ruhenden Gleichgewichtszustand, dessen unveränderter Fortbestand als möglich gedacht werden könnte, wenn auch nicht alle hier einschlägigen Lehren den dynamischen Radikalismus so weit treiben wie R o s a L u x e m b u r g , die beim Ausbleiben neuer Haussefaktoren die Selbstzersetzung der kapitalistischen Wirtschaft als unvermeidbar ansieht. Man wird geneigt sein, unter den neueren Systemen vor allem die Lehren S p i e t - h o f f s und C a s s e l s als dynamisch zu bezeichnen, da sie Störungen des Gleichgewichts in Gestalt brachliegender Kapitalien und Arbeitskräfte nicht nur mit dem Augenblick der Krise, sondern mit der Depression während ihrer ganzen Dauer wesensgemäß verbunden sehen²⁾). Ob diese Annahme ausreicht, um dem

¹⁾ Der Begriff „dynamisch“ wird im Anschluß an die angelsächsisch-französische Terminologie häufig im Sinne der ökonomischen Bewegungsvorgänge s c h l e c h t h i n gebraucht und dann einem engeren Begriffe der „Statik“ als einen Ruhez u s t a n d gegenüberstellt. Im folgenden werden beide Begriffe in Anlehnung an Schumpeter zur Kennzeichnung strukturell verschiedener B e w e g u n g s s y s t e m e verwandt, deren eines — das statische — auf ein ruhendes Gleichgewicht hintendert, während das andere — das dynamische — sehr komplizierte Entfaltungstendenzen aufweist, die jedenfalls einem ruhenden Gleichgewicht gerade entgegengesetzt sind.

²⁾ So paradox es erscheinen mag, so muß S c h u m p e t e r , der theoretische Begründer der dynamischen Lehre in Deutschland, grundsätzlich zu den statischen Theoretikern gezählt werden, da er auf jede Hause eine Periode der „Statisierung“, d. h. der Rückkehr zum statischen Gleichgewicht, folgen läßt. Das äußerst komplizierte methodische Problem, das hier vorliegt, habe ich in der Auseinandersetzung mit S c h u m p e t e r s Theorie in meinem Aufsatz „Zur ökonomischen Theorie des Imperialismus“ (a. a. O. bes. S. 214 ff.) aufzuhellen versucht. Die Polemik V o g e l s gegen S c h u m p e t e r (a. a. O. S. 166 ff.) scheint mir in allen wesentlichen Punkten auf Mißverständnissen zu beruhen. Das Konjunkturproblem jedenfalls hat V o g e l keineswegs weiterer Klärung zugeführt, sondern

Kreislauf wirklich dynamischen Charakter zu verleihen, soll hier nicht weiter untersucht werden. Jedenfalls ist es für einen in diesem Sinne dynamischen Kreislauf ein wesentliches Merkmal, daß sich ein Gleichgewicht in ihm nur als labiles auf dem Durchgang vom Aufschwung zur Krise bildet, ohne daß der innere Spannungszustand zwischen Hause und Baisse jemals wirklich ausgeglichen werden könnte. Dynamisch in strenger Auffassung ist der Ablauf nur dann, wenn auch bei äußerster theoretischer Abstraktion, nicht nur in der Realität, in ihm keine Tendenz auf Herstellung eines ruhenden Gleichgewichts gefunden werden kann. Daß der Gegensatz der Auffassungen in diesem Punkte bis an die logischen Wurzeln der einzelnen Systeme greift, wird sich alsbald ergeben.

3. Die Axiomatik der Konjunkturtheorie.

S o m b a r t hat 1904 in seinem programmatischen „Versuch einer Systematik der Wirtschaftskrisen“ die Frage, welche Phase des Zyklus man denn nun eigentlich als „Normalzustand“ der Wirtschaft bezeichnen könne, dahin beantwortet, daß nicht eine einzelne Phase, sondern gerade der zyklische Wechsel von Aufschwung und Depression als „normal“ für die moderne Wirtschaft bezeichnet werden müsse. Diese stark zugespitzte Formulierung schien den Ansatzpunkt zu einer Klärung der methodischen Grundlagen der Konjunkturlehre zu bieten. Die Erörterungen der folgenden Jahre¹⁾ haben leider diese Hoffnung enttäuscht. Unter Aufgebot der ganzen Dogmengeschichte des Begriffes „normal“ hat man trotz aller tiefgründigen Deduktionen über das Wesen der „Normalität“ in den Naturwissenschaften einerseits, den Sozialwissenschaften andererseits die eigentliche Problematik der Frage verfehlt. „Normal“ im Sinne der ökonomischen Theorie kann weder „üblich“ noch „richtig“ noch „gesund“ bedeuten, da die ökonomische Theorie weder mit der Statistik noch mit der Ethik noch mit der Medizin in methodischem Zusammenhang steht. Wenn dieser strittige Begriff in der Sozialökonomik überhaupt einen Sinn haben soll, so muß sich dieser aus den speziellen Erkenntnisgrundlagen der ökonomischen Theorie als solcher ableiten lassen. „Normal“ kann man einen ökonomischen Ablauf nennen, der sich in Übereinstimmung mit den von der ökonomischen Theorie behaupteten Gesetzmäßigkeiten vollzieht. Gibt es nun aber „die“ ökonomische

es weit hinter die längst erreichte Stufe, im Grunde auf die Diskussion S a y - M a l t h u s , zurückgebracht. Sein Versuch, die gesetzeswissenschaftliche Methode der Theorie als solche zu überwinden, kann nicht als gelungen bezeichnet werden.

¹⁾ P i n k u s , Das Problem des Normalen in der Nationalökonomie 1906; F i s c h e r , Das Problem der Wirtschaftskrisen im Lichte der neuesten nationalökonomischen Forschung 1911.

Theorie und, aus ihr abgeleitet, allgemein anerkannte Gesetze? Gibt es nicht vielmehr nur ein Chaos einander widersprechender Lehrsätze? In der Tat, wo in den letzten 150 Jahren das Daseinsrecht ökonomischer Theorie überhaupt anerkannt worden ist, von Smith über Ricardo und Say, Malthus und Marx, Menger und Marshall bis Liebfrauen und Pareto wird trotz noch so weitreichender Abweichungen im einzelnen ein Theorem als der gemeinsame Ausgangspunkt der theoretischen Forschung überhaupt anerkannt. So vielfältig die Ausdrucksweisen sind, in die dieses Theorem gekleidet worden ist, so läßt sein letzter Sinn sich doch ganz einfach bezeichnen als die Behauptung einer Tendenz der ökonomischen Faktoren auf Herstellung eines ruhenden Gleichgewichts. In der Geschichte der ökonomischen Theorie spielt dieses Theorem eine Rolle wie die Axiome des Euklid in der Geschichte der Geometrie.

Ob die einzelnen Forscher auch die Realität dieser theoretischen Hypothese behauptet haben, d. h. die Übereinstimmung des tatsächlichen ökonomischen Geschehens mit den Bewegungsgesetzen, wie sie sich auf Grund des statischen Theorems ableiten lassen, ist in diesem Zusammenhang belanglos. Marx hat es nicht getan und Schumpeter tut es, wie gezeigt wurde, auch nicht. Aber als Grundlage ökonomischer Begriffs- und Systembildung überhaupt wird auch von diesen Forschern die klassische Hypothese, wie von allen übrigen, anerkannt. Sie, die bis heute das ökonomische Denken überhaupt unterbaut, kann allein auch den ökonomischen Maßstab abgeben, nach welchem die „Normalität“ einer wirtschaftlichen Erscheinung beurteilt werden kann. Nicht was den statistischen oder ethischen Gesetzen entspricht, sondern was mit den auf dem Theorem des statischen Gleichgewichts aufgebauten Bewegungsgesetzen der ökonomischen Theorie übereinstimmt, ist ökonomisch normal.

Daß der Konjunkturzyklus sich diesen Bewegungsgesetzen nicht anpaßt, daß er vielmehr die denkbar krasseste Abweichung von ihnen darstellt, hat sich schon aus der Erörterung des Konjunkturbegriffes ergeben. Unter Ausschaltung jeglicher Wertgesichtspunkte ist man daher auf dem Boden statischer Theorie berechtigt, den Zyklus als eine hervorragend anomale Erscheinung des ökonomischen Kreislaufes zu bezeichnen. Als solche beschäftigt er ja auch seit einem Jahrhundert die Wissenschaft, ist seine Erklärung, wie Böhm-Bawerk so eindringlich betont, der Prüfstein jedes ökonomischen Systems.

Soll der Vergleich mit der Euklidischen Geometrie mehr als ein bloßes Wortspiel sein, dann legt er die Vermutung nahe, daß, wie der Euklidischen Geometrie eine Anzahl nichteuklidischer Geometrien widerspruchsfrei zugeordnet worden sind, auch der statischen Theorie eine oder mehrere nicht-statische Theorien gegenübergestellt werden können. Oder was den gleichen

Sachverhalt noch schärfer in einer Form zum Ausdruck bringt, welche sich gegen die heftigen Angriffe v. Gottl¹⁾ auf die „Lehrlingsweisheiten“ der bisherigen Theorien wendet: die statische Hypothese selbst ist keineswegs „ein völlig durchsichtiger Zusammenhang“ in dem Sinne, daß ihre Voraussetzungen trivial wären oder gar als einzige logisch einwandfrei und daher unabänderlich. Sie beruht vielmehr auf einer gar nicht selbstverständlichen materialen Annahme, nämlich auf der Annahme der Konstanz bzw. einer höchstens diskontinuierlichen, oder wenn kontinuierlichen, dann doch wenigstens proportionalen Änderung der Ausgangsdaten des ökonomischen Kreislaufes. Eine Anordnung nach dem Prinzip einer kontinuierlichen und disproportionalen Änderung der Ausgangsdaten ist zum mindesten logisch möglich. Aus einer solchen grundsätzlich veränderten Hypothese ließe sich mit den Mitteln der „Variationsmethode“ (Schumpeter) im strengen Sinne der alten Theorie vielleicht ein den bisherigen Systemen strukturell völlig entgegengesetztes System ökonomischer Lehrsätze ableiten. Inwieweit ein solches System für die Erkenntnis der Wirklichkeit mehr leisten könnte als die herrschenden statischen Systeme, würde davon abhängen, ob die ihm zugrundeliegende quantitative Datenanordnung den Quantitätsverhältnissen der realen Wirtschaft besser entspricht als die Anordnung im Sinne eines Diskontinuums oder nach dem Prinzip der Proportionalität.²⁾ Würde sich ein solches dynamisches System aufstellen lassen, aus dem der Konjunkturzyklus als die Form des ökonomischen Kreislaufes mit derselben Strenge abgeleitet werden könnte, mit der er sich als allen statischen Systemen logisch entgegengesetzt erweisen läßt, so wäre dieses System berufen, die bisherigen Theorien, und vielleicht nicht nur auf dem Gebiete der Konjunkturlehre, abzulösen.

So unwirtlich die Gefilde der Abstraktion sind, denen diese Überlegungen entstammen, so gewinnen wir doch aus ihnen wichtige Erkenntnisse zur Lösung unseres engeren Fragenkreises einer Systematik der Konjunkturtheorie. Wir gelangen nämlich so zu der Möglichkeit einer axiomatischen Kritik, d. h. wir können, ohne auf die Einzelheiten jeder Konjunkturtheorie näher einzugehen, eine Anzahl logischer Grundbedingungen formulieren, die erfüllt sein müssen, wenn eine widerspruchsfreie Ableitung des Zyklus gelingen soll. Nur ein solches Vorgehen bietet aber Aussicht, zu einer wirklichen „morphologischen“ Klassifikation der vorliegenden Lehrmeinungen zu gelangen.

¹⁾ v. Gottl-Ottliefeld, Vom Wirtschaftsleben und seiner Theorie, Weltw. Arch. 1925, I. Heft, S. 1 ff.

²⁾ Die Entscheidung hierüber kann allerdings nicht mit den Mitteln der gesetzeswissenschaftlichen Methode getroffen werden. Jedes gesetzeswissenschaftliche System der ökonomischen Theorie ruht hier auf dem Unterbau „noetischer“ Erkenntnisse.

Wir haben zunächst gesehen, daß alle statischen Konjunkturlehren, d. h. diejenigen Auffassungen, welche wie die Theorien Dietzeis oder Liefmanns die Hause aus einem vorangegangenen Gleichgewichtszustand aufsteigen lassen, mit der methodischen Schwierigkeit zu kämpfen haben, partiele Störungen als zureichende Begründung für die Totalstörungen des Zyklus, und zwar für jeden Zyklus erneut, zu erweisen. Die einfache Behauptung, daß bei der Kohärenz aller ökonomischen Vorgänge die Superposition partieller Wellenbewegungen kein Problem darstelle, ist eine unzulässige Analogie zu naturwissenschaftlichen Vorgängen. Nach den Bewegungsgesetzen der statischen Theorie tritt gerade das Gegenteil der Superposition ein, nämlich durch die Vermittelung von Preisverschiebungen der unmittelbare Ausgleich jeder Hebung oder Senkung und damit die automatische Beseitigung jeder Störung. Uns ist aus der Geschichte der Krisentheorien kein Fall bekannt, in dem diese Schwierigkeit eine Lösung gefunden hätte, und wir sehen in ihr einen Ausdruck des logischen Widerspruchs, eine essentiell dynamische Erscheinung wie den Zyklus vom Boden einer statischen Theorie aus überhaupt erklären zu wollen. Wir glauben daher, daß die statischen Theorien insgesamt, so interessante Beiträge sie zur Description des Konjunkturproblems im einzelnen gebracht haben, als theoretische Lösungsversuche nur noch historische Bedeutung haben.

Die sogenannten dynamischen Theorien scheinen auf den ersten Blick mit ähnlichen logischen Schwierigkeiten bei der Erklärung des Zyklus nicht kämpfen zu müssen. Ist einmal die zyklische Bewegung im Gange, so muß sie sich aus der inneren Dynamik des ökonomischen Kreislaufes immer wieder reproduzieren. Die meisten dynamischen Theorien (Spiethoff, Cassel, Afatation, Bouniatian, Lescure, Fisher) sind nun so konstruiert, daß sie den Zyklus im Ausgangspunkt als gegeben annehmen und damit in der Tat seine in der Theorie endlose Wiederholung ohne logische Schwierigkeiten ableiten. Dieses Vorgehen stellt nun aber, wie bei der Einzeldarstellung schon mehrmals betont werden mußte, eine logische petitio principii dar. Die Totalität der Bewegung, die das Beweisthema bildet, wird als Prämisse für die Ableitung gesetzt. Auch die dynamische Theorie hat die Totalität zu erweisen, freilich nicht wie die statische Theorie für jeden Zyklus erneut, aber mindestens für einen Zyklus als Datum oder Erebnis, das aus dem theoretischen Zusammenhang mit logischer Notwendigkeit folgen muß.

Sehen wir nun, in welchem Maße die einzelnen Typen der dynamischen Konjunkturlehre diese Forderung nicht tatsächlich erfüllen, was hier im Bereich axiomatischer Erörterungen nicht interessiert, sondern ihrer logischen Struktur nach überhaupt erfüllen können. Wird die Ursache des Konjunktur-

zyklus auf der Produktionsseite gesucht, so bedarf es keiner weiteren Begründung, solange man bei der Annahme bleibt, daß es in einzelne Märkte fachlicher oder lokaler Art Disproportionalitäten aufweisen. Diese Annahme stimmt ja, wie seit den Tagen Say's immer wieder gezeigt worden ist, mit der logischen Struktur auch der statischen Theorie überein. Gewisse Gruppen von Produktionsmitteln mögen im Verhältnis zum Kapitalvorrat infolge technischer Neuerungen oder durch Schuld der „longue durée“ im Übermaß produziert sein, manche Konsumgüter mögen durch Überkapitalisierung der erzeugenden Industrie oder durch Verschiebungen der Grenznutzenrelationen auf der Seite der Nachfrage unabsetzbar werden, einzelne Güterpreise mögen steigen und auf ihrem Gebiete eine Kreditinflation nach sich ziehen — alle diese Erscheinungen, und mögen sie auch ein so umfassendes Gebiet betreffen wie etwa der Ernteausfall, lösen doch immer im Marktmechanismus Bewegungen aus, die ihrer Verbreiterung auf die Totalität nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der einzelnen Güterstufe (Gesamtheit der Produktionsmittel oder Konsumgüter) direkt entgegenwirken. Wir sehen auch diese dynamischen Theorien vor genau derselben Schwierigkeit, die wir oben bei den statischen Theorien feststellen mußten, nämlich aus partialen Störungen die Totalstörung des Zyklus abzuleiten. Diese logische Aufgabe wird im übrigen nicht dadurch erleichtert, daß die dynamischen Theorien, im Gegensatz zu den statischen, sie nur einmal als Ausgangspunkt für ihre weiteren Ableitungen zu lösen haben¹⁾.

Wie steht es mit den dynamischen Theorien, die von Störungen der Konsumseite ihren Ausgang nehmen? Auch sie finden den ursächlichen Faktor auf einem speziellen Markt, dem Arbeitsmarkt. Die Ware „Arbeitskraft“ unterscheidet sich aber nun von allen anderen Waren durch eine merkwürdige Doppelfunktion, die sie im wirtschaftlichen Kreislauf ausübt. Ist sie doch einerseits Angebot von Diensten und damit mittelbar Angebot von mit ihren Diensten hergestellten Gütern, und andererseits Nachfrage nach Konsumgütern. Ließe sich nun erweisen, — ein Beweis, der innerhalb des ökonomischen Systems, nicht in seiner Erkenntnistheorie zu führen ist — daß unter bestimmten Bedingungen, etwa einer näher zu bezeichnenden dauerhaften Verfassung der Quantitätsverhältnisse des Arbeitsmarktes, die Tendenz ständig wachsender Akkumulation den ökonomischen Kreislauf so verändert, daß die produktive Kapazität des Wirtschaftskreises dauernd in anderer Proportion wächst als seine konsumtive, so wäre das logische Problem einer Ableitung des Zyklus gelöst. Wie

¹⁾ Dieses logische Ergebnis legt die Vermutung nahe, daß auch diese Gruppe von Theorien im strengen Sinn gar nicht dynamischen Charakter trägt. Eine Untersuchung im einzelnen würde dies bestätigen.

sich auch die übrigen Marktfaktoren einstellen, solange auf dem speziellen Markt der Arbeitskraft jene quantitative Verfassung bestünde, deren Existenz natürlich Gegenstand einer möglicherweise sehr umstrittenen *quaestio facti* ist, so lange müßte die Disproportionalität zwischen den beiden Grundfaktoren des ökonomischen Kreislaufes — der Gesamtheit des Warenangebotes einerseits, der Gesamtheit der Warenachfrage andererseits —, also eine Totalstörung immer wieder auftreten, selbst wenn, etwa durch einen außerwirtschaftlichen Eingriff, für einen bestimmten Augenblick das Gleichgewicht hergestellt worden wäre. Gerade diese letzte Überlegung zeigt die wesentliche logische Differenz der Unterkonsumtionslehre zu allen anderen Theorien. Denkt man sich bei den letzteren den Zyklus auch nur einmal beseitigt, so ist nicht einzusehen, wie er sich aus den immanenten Bewegungsgesetzen wieder herstellen könnte. Das Störungsmoment des Unterkonsums setzt sich dagegen unter den angegebenen Voraussetzungen zwangsläufig nicht entgegen, sondern in den Bewegungsgesetzen des Kreislaufs durch.

Sind die Unterkonsumtionstheorien jeglicher Fassung damit logisch gesichert? Erinnern wir uns eines Einwandes, den Spiethoff gegen sie vorgebracht hat. Wenn Unterkonsum in der Hause die Krise auslöst, so ist zunächst nicht einzusehen, wie die Wirtschaft aus der Krise überhaupt wieder herauskommen kann. Ein neues Gleichgewicht bzw. ein neuer Aufschwung kann ja nur dann eintreten, wenn in der Krise entweder die Güterwerte sich schneller reduzieren als die gleichzeitig durch die wachsende Arbeitslosigkeit verringerte Kaufkraft oder wenn irgendwo neue zusätzliche Kaufkraft auftritt. Die logische Möglichkeit des ersten Auswegs ist zweifelhaft. Unter der Annahme einer durch sozial-politische Rücksichten nicht gehemmten freien Lohnbildung ausschließlich nach den Quantitätsverhältnissen des Arbeitsmarktes — eine freilich extreme Annahme — kann der Produktionsrückgang den Reallohnschwund vor dem Zusammenbruch des letzten Betriebs nicht einholen. Jedenfalls wird der neue Aufschwung nur verbürgt, wenn die Wirksamkeit des zweiten Faktors, neuer zusätzlicher Kaufkraft, aufgewiesen werden kann, die aber nur außerhalb des von der Krise betroffenen Wirtschaftskreises aufzutreten vermag.

Also auch der Kreis logisch einwandfreier Unterkonsumtionslehren muß noch eingeschränkt werden. Nur diejenigen Lehren, welche eine anorganische Ursache der Hause nachweisen, d. h. die Expansionstheorien, erfüllen die logische Anforderung schärfster Abstraktion. Noch sind wir aber nicht am Ende. Expansion bedeutet den Absatz des Überschußprodukts außerhalb des Kreises seiner Produzenten. Wenn nun die kapitalistischen Wirtschaften insgesamt dem zyklischen Ablauf unterliegen und dieser sich angesichts der wachsenden In-

tegration der Nationalwirtschaften zu einem internationalen Markt in allen kapitalistischen Ländern rhythmisch übereinstimmend vollzieht, so setzt die Expansionstheorie als logisches Korrelat die Annahme voraus, daß nichtkapitalistische Wirtschaftsräume auf der Erde vorhanden sind, deren Nachfrage als anorganisches Haussmoment wirken kann.

Wir fassen das Ergebnis unserer axiomatischen Untersuchung zusammen. Sie stellt im Bereich der Erkenntnikritik der ökonomischen Theorie eine apodiktische Behauptung auf: von allen in den Kreis der Erörterung gezogenen Konjunkturtheorien entspricht ausschließlich die Unterkonsumtionslehre in Verbindung mit einer anorganischen Haussetheorie, die sich auf der Annahme expansiven Vordringens der kapitalistischen Wirtschaften in den nichtkapitalistischen Raum begründet, den logischen Grundbedingungen einer Konjunkturtheorie, wenn sie auf Grund der gesetzeswissenschaftlichen Methode aufgestellt werden soll. Gegenüber der ökonomischen Wirklichkeit ist unsere Behauptung nur hypothetisch. Unsere Theorie ist nicht nur logisch, sondern auch sachlich erst dann richtig, wenn die Bedingungen, unter denen diese Variante der Unterkonsumtionslehre aufgestellt ist, als mit den Bedingungen der Wirklichkeit übereinstimmend nachgewiesen werden. Ob und wie dieser Beweis zu erbringen ist, müßte im Rahmen einer positiven Konjunkturtheorie gezeigt werden, die den Kreis unserer axiomatischen Erörterung überschreitet¹⁾. Wenn gegen die logische Durchführung dieser letzteren Bedenken nicht erhoben werden, dürfen wir aber wenigstens das erkenntnistheoretische Ergebnis als gesichert betrachten.

Wir wollen diesen Abschnitt nicht beschließen, ohne auf die Frage Rede zu stehen, worin denn eigentlich der Wert solcher theoretischer Abstraktionen liege, wie sie hier durchgeführt worden sind. Können derartige schematische Ableitungen der lebensvollen Wirklichkeit auch nur entfernt gerecht werden? Enthält nicht jede der von uns als unlogisch abgelehnten Theorien tausendmal mehr Erkenntniswert für die Einsicht in die „wirklichen“ Zusammenhänge des Konjunkturzyklus als unser blasser, wenn auch logisch gesicherter Schemen? Hat nicht ein so scharfsinniger Theoretiker wie Lexis²⁾ schon der weit anschaulicheren „Lehre von den Absatzwegen“ Says ein „Übermaß blutleerer Abstraktion“ und „die Vernachlässigung der Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse“ vorgeworfen? Muß man vor allem nicht versucht sein, einer großen

¹⁾ Eine solche positive Theorie müßte vor allem auch über die Grundproportion der Ausgangsdaten des ökonomischen Kreislaufs Aufschluß geben, um den spezifischen Strukturunterschied zu jeder statischen Theorie klarzulegen.

²⁾ Lexis, Artikel „Überproduktion“, Hdb. d. St., 3. Aufl.

Zahl von Momenten, die wir aus logisch-abstraktiven Bedenken aus der Reihe der treibenden Ursachenfaktoren ausgeschieden haben, für die Wirklichkeit eine ganz entscheidende Bedeutung beizulegen, weil ja die wirtschaftlichen Vorgänge unter erheblich stärkeren Reibungen ablaufen als das Gedankenspiel der Theorie?

So beliebt dieser letzte Einwand gegenüber strengen theoretischen Analysen ist, so dürfte doch die Sache beinahe umgekehrt liegen, als dieser Einwand behauptet. Die Wirklichkeit mag im einzelnen den in ihr sich abspielenden Prozessen eine Menge von Reibungswiderständen entgegensetzen, sie erweist sich mindestens im gleichen Maße auch elastischer als die starren Gleise der Theorie. Die weittragenden Variationen des wirtschaftlichen Kreislaufes, zu deren Einführung die Theorie auch bei der kleinsten Datenänderung gezwungen ist, machen sich in der Praxis keineswegs in entsprechendem Ausmaße und Tempo bemerkbar. Nicht senkt jede kleine Stauung auf dem Arbeitsmarkt sofort das Lohnniveau. Wie viele „Überproduktionen“ werden in der täglichen Praxis durch interne Verschiebungen ausgeglichen, wenn auch stets unter Verlusten, ohne daß der Gesamtprozeß überhaupt davon berührt wird. Wer glaubt, auf die Passivseite der Bilanz theoretischer Ableitungen einen beträchtlichen Posten „Reibungsverluste“ einsetzen zu müssen, ist gerade im Angesicht der Wirklichkeit verpflichtet, einen entsprechenden Posten „Elastizität des Marktes“ auf der Aktivseite zu buchen¹⁾). Jedenfalls begibt er sich aber mit diesen Erwägungen auf das gefährliche Gebiet der „Imponderabilien“, über die sich trefflich streiten, aber wissenschaftlich nichts ausmachen läßt.

Man kann eine Betrachtung wie die oben angestellte zugunsten der Deskription der Tatsachen ablehnen wollen. Man muß sich dann aber darüber klar sein, daß man damit die einzige Methode der ökonomischen Theorie ablehnt, die bis heute ausgebildet worden ist. Die in den Kreis dieser Erörterungen gezogenen Lehrmeinungen halten sämtlich an der Theorie und an der gesetzeswissenschaftlichen Methode mehr oder weniger streng fest. Sie bringen sie freilich in der Anwendung auf das konkrete Material, sozusagen mit dem Fleische der geschichtlichen Wirklichkeit umkleidet, zur Darstellung. Hier kam es aber gerade darauf an, das Skelett dieser verschiedenartigen theoretischen Gestaltypen herauszupräparieren, wobei die Überzeugung leitend war, daß, solange die theoretische Forschung an der gesetzeswissenschaftlichen Methode festhält, nach dem bekannten Worte in ihren Ergebnissen soviel Theorie enthalten ist, als Mathematik in ihnen steckt. Sicher liegt der praktische Wert auch dieser Methode nicht in einem anschauungsfremden logischen Spiel mit Begriffen, sondern in ihrer Anwendung

¹⁾ In gleichem Sinne neuerdings treffend Lederer a. a. O. S. 372 ff.

auf die Fülle und Gestalthaftigkeit des wirklichen Geschehens. Sie bedarf zu diesem Zwecke dringend der Ergänzung durch die Deskription des Tatsachenmaterials. Sie ist aber für diese Arbeit selbst nicht weniger unentbehrlich, denn sie liefert die vorläufig immer noch einzigen Ordnungsprinzipien gegenüber den chaotischen Eindrücken der wirtschaftlichen Erfahrung.

II. Der Stand der Tatsachenforschung.

„The theory of business cycle presented in Chapters X.—XIII. is a descriptive analysis of the processes of cumulative change by which a revival of activity develops into intense prosperity, by which this prosperity engenders a crisis, by which crisis turns into depression, and by which depression, after growing more severe for a time, finally leads to such a revival of activity as that with which the cycle began.“

Die völlige Gleichsetzung von Theorie und Tatsachenbeschreibung, die in diesen Einleitungsworten des Schlußabschnittes von *M i t c h e l l s „Business Cycles“* zum Ausdruck kommt, rückt eine grundsätzliche Schwierigkeit jeder deskriptiven Forschung in den Vordergrund. *K a r m i n*¹⁾ hat das hier vorliegende Problem scharf formuliert, wenn er meint, jede Beschreibung einer Krise beginne mit einer *petitio principii*, nämlich gegenüber denjenigen Merkmalen, die man im Gemenge der Tatsachen als repräsentativ für den Krisenverlauf ansehen wolle. In der Tat muß jeder, der den Zyklus, sei es ideal-typisch oder historisch, beschreiben will, an sein Material „voreingenommen“ herantreten, wenn er mehr als eine chronistische Aufzählung zusammenhangsloser Tatsachen bieten will. Daß hier nicht Voreingenommenheit im Sinne der Abhängigkeit von außerwissenschaftlichen oder auch nur außerökonomischen Werturteilen gemeint ist, braucht nach *W e b e r s* methodologischen Untersuchungen nicht mehr besonders betont zu werden. Aber wie in aller sozialökonomischen Arbeit so ist auch auf unserem engeren Gebiete die Tatsachenanalyse stets das zweite Kapitel einer Darstellung, dem als erstes Kapitel eine Konjunkturt**h e o r i e** vorangehen müßte und auch immer, selbst da, wo es ungeschrieben und, der schlimmere Fall, seinem Verfasser nicht einmal bewußt geworden ist, tatsächlich vorangeht. In der Theorie werden die Grundsätze aufgestellt, nach denen die an sich in ihrer Fülle unbeschreibbare Wirklichkeit geordnet werden kann, hier werden die Fragen formuliert, auf die alsdann die Tatsachen zu antworten haben.

¹⁾ *K a r m i n*, Zur Lehre von den Wirtschaftskrisen 1905.

Der Irrglaube an die „unvoreingenommene“ Tatsachenforschung, der die Arbeit einer ganzen deutschen Forschergeneration um ihren eigentlichen Ertrag gebracht hat, tritt neuerdings, wie Mitchell's programmatische Worte zeigen, in der amerikanischen Wissenschaft auf. Bei Mitchell ist dies methodisch-psychologisch noch verständlich, weil, worauf schon Schumpeter hingewiesen hat¹⁾), trotz der unbestreitbaren Verdienste seines Werkes um die Analyse einer Unzahl von Einzelfragen seine Theorie eine eklektische Verbindung von nahezu einem Dutzend von Lehrmeinungen darstellt, deren Linie unter der Vielgestaltigkeit des Tatsächlichen kaum mehr durchscheint. Dem gleichen methodischen Mißverständnis sind aber die in ihrer Art großartigsten Untersuchungen verfallen, die die neuere Konjunkturlehre überhaupt aufzuweisen hat, nämlich die Arbeiten des Forschungsinstituts der Harvard-Universität. In der ersten großen Veröffentlichung²⁾), welche die methodischen und statistischen Unterlagen für das bekannte Konjunkturbarometer eingehend analysiert, wirft der Verfasser bezeichnenderweise in einem Anhang, schließlich auch die Grundfrage auf, was denn eigentlich als Maßstab zu gelten habe, nach welchem die „Konjunkturempfindlichkeit“ der einzelnen Tatsachenreihen (Aktienkurse, Bankumsätze, Diskonte usw.) zu beurteilen ist. Die Frage wird eindeutig dahin beantwortet, daß als idealer Maßstab der Konjunkturbewegung die Veränderungen im Gesamtpreisstand zu gelten haben, da — fast sämtliche Forscher auf diesem Gebiet ihn als solchen bezeichneten. Diese Anwendung demokratischer Grundsätze auf die Feststellung wissenschaftlicher Wahrheiten wäre bedenklich, wenn sie nicht eine Selbstdäuschung wäre. Wie es logisch gar nicht anders möglich ist, haben auch die verdienstvollen Forscher des Harvard-Instituts ihrer Tatsachenbeschreibung, wenngleich anscheinend unbewußt, eine ganz bestimmte Theorie zugrunde gelegt, und zwar, wie sich leicht erweisen läßt, die Currencytheorie. Die Entscheidung über die „Richtigkeit“ ihrer Deskription fällt daher mit der Entscheidung über die Richtigkeit der Currencytheorie zusammen, wobei man freilich nicht übersehen darf, daß die modernen Konjunkturtheorien durchweg ein breites Gebiet übereinstimmender Gedankengänge aufweisen, so daß die Abweichungen in der Theorie und damit auch in der Deskription regelmäßig nur in kleinen, allerdings meist den zentralen Bereichen Ausdruck finden.

¹⁾ Schumpeter im Aufsatz „Die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens“, a. a. O. S. 6.

²⁾ Indices of General Business Conditions, Cambridge, Mass. U. S. A., 1919, S. 206 ff.

1. Die Tatsachenbeschreibung.

Angesichts dieser merkwürdigen Einstellung der in der beschreibenden Analyse des Zyklus führenden amerikanischen Wissenschaft darf es besonders hervorgehoben werden, daß die neuesten deutschen Leistungen auf diesem Gebiete der wirklichen Problemlage fast durchweg gerecht werden. Die neueren Darstellungen der Konjunkturtatsachen werden meist im Zusammenhang, häufig ausdrücklich zur Erhärtung einer bestimmten Theorie vorgebracht.¹⁾ Das gilt zunächst für die historischen Übersichten, wie sie Spiethoff und Cassel, der erstere für den ganzen Verlauf des Kapitalismus bis zum Weltkriege, der letztere für die Phase des westlichen Hochkapitalismus seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bieten. Das gleiche ist über die Spezialstudie zu sagen, welche Vogel²⁾ für die englische Krisengeschichte liefert, eine wertvolle Ergänzung der früheren Arbeiten Bouinatiens und Tugan-Baranowskys, da sie auch den Zeitraum von 1895—1914 einbezieht. Als Zusammenstellung des weitverstreuten und daher schwerzugänglichen Tat-sachenmaterials der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege sind die bezüglichen Abschnitte des Buches von Mombert wertvoll. Erste Versuche, die äußerst komplizierte Phasenentwicklung der deutschen Kriegs- und Nachkriegskonjunktur aufzuzeigen, haben Lederer³⁾ und Röpke⁴⁾ unternommen, während über die Wellenbewegungen der Weltwirtschaft seit Ende des Krieges Varga⁵⁾ interessante Aufschlüsse bietet.

Die ideal-typische Beschreibung des Zyklus ist vor allem durch die Arbeiten Spiethoffs und Cassels ganz erheblich vervollkommen worden. Spiethoff bedient sich dabei wesentlich des deutschen Zahlenmaterials bis weit in das 19. Jahrhundert zurück, während Cassel auf dem Material aller hochkapitalistischen Länder aufbaut und besonders auch der internationalen Konjunkturstatistik eine Fülle von Anregungen bietet. Die interessanten Einzelfragen nehmen mit wachsender Spezialisierung der Forschung ständig zu. Im folgenden sollen nur einige wenige gestreift werden, die im Zusammenhang mit der theoretischen Analyse besonderes Interesse bieten.

¹⁾ Methodisch vorbildlich in dieser Beziehung Lederer a. a. O., bes. S. 395 ff.

²⁾ Vogel, a. a. O.

³⁾ Lederer, Die ökonomische Umschichtung im Kriege, Arch. f. Soz. u. Sozialpol., Bd. 45, S. 1 ff.

⁴⁾ Röpke, a. a. O. S. 29 ff.

⁵⁾ Varga, Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft 1922. Die Einseitigkeiten der ersten Fassung sind in der 2. Auflage stark gemildert. Eine Zusammenfassung einschlägiger Veröffentlichungen bietet Mombert a. a. O. S. 90. Vgl. auch meine „Chronik der Weltwirtschaft“ in „Weltwirtschaftliches Archiv“ 1925, 3. Heft.

Der statistische Nachweis für die Totalität der zyklischen Abläufe ist durch die neueren Indexmethoden, wenigstens auf dem Preisgebiet, sehr erleichtert worden. Für die Untersuchungen des 19. Jahrhunderts macht sich freilich der Mangel exakten Urmaterials nach wie vor störend bemerkbar. Die fehlende methodische Übereinstimmung früherer Indexbildungen hindert auch internationale Vergleiche für die Vorkriegszeit. Die schon fast überscharfen statistisch-theoretischen Methoden der neueren amerikanischen Wissenschaft bieten aber wenigstens für die Zukunft die Aussicht, daß einwandfreies Urmaterial schnell und regelmäßig der wissenschaftlichen Verarbeitung zur Verfügung steht.

Weniger günstig als die Preisstatistik hat sich die Produktionsstatistik entwickelt. Aus technischen Gründen hat man sich vor dem Kriege im ganzen auf die Erfassung der Standardproduktionen, also der Roh- und Halbstofferzeugung, beschränkt. Befriedigende Zahlen über die Entwicklung der Fertigwarenerzeugung liegen nicht einmal in den Vereinigten Staaten vor, ein Mangel, der über die Mengenstatistik hinaus auch auf das Preisgebiet übergreift. Diese äußerliche Schwierigkeit hat die Deskription des Zyklus objektiv in hohem Maße behindert, obwohl sie im ganzen bisher nicht sehr stark empfunden worden ist. Da die moderne Forschung überwiegend die Krisenursache in der Produktionsmittelsphäre sucht, hat ihr das verfügbare Material zur Beweissicherung genügt. Selbst ein in der Materialauswertung so vorsichtiger Forscher wie Cassel sieht trotz der von ihm zugestandenen Lückenhaftigkeit des Urmaterials auf dem Gebiete der Fertigwarenerzeugung den Beweis erbracht, daß die Sphäre der Konsumgüter von der zyklischen Bewegung in keinem nennenswerten Ausmaße erfaßt werde. Dabei läßt sich schon aus dem Saarbeck'schen Index durch Vergleich der Gruppe „Materialien“ mit der Gruppe „sonstige Waren“ zeigen, daß mindestens seit 1900 die letztere Gruppe in der zyklischen Bewegung deutlich vorangeht¹⁾. Man wird, um zu einer klaren Entscheidung zu kommen, vor allem die Bedeutung des Begriffes „Konjunkturempfindlichkeit“ genau zu umschreiben haben. Der Begriff kann einmal auf die Intensität der Reaktion bezogen werden. In diesem Sinne dürfte die stärkere Empfindlichkeit der Produktionsmittelsphäre in der Tat erwiesen sein. Anders wenn man das

¹⁾ Auch die amerikanische Forschung hat sich die Lösung dieses Problems, das für die Ursachenforschung in der Konjunkturtheorie wesentliche Bedeutung hat, etwas leicht gemacht. Wenn Mitchell (Business Cycles 1913, S. 90 ff.) die stärkere Empfindlichkeit der Produktionsmittel für Konjunkturschwankungen aus der Gegenüberstellung eines Konsumgüterindex erweisen will, der aus 9 agrarischen Produkten, 7 Halbzeuggütern und nur 3 Gütern des Endverbrauchs zusammengesetzt ist, so kann er seine Polemik gegen die Unterkonsumtionslehre (a. a. O. S. 499 ff., S. 580) kaum auf die Tatsachen gründen.

zeitliche V or a n g e h e n als Maß der Empfindlichkeit gegen zyklische Einflüsse ansieht. Amerikanische Indizes aus der Nachkriegszeit sprechen in diesem Zusammenhang so deutlich zugunsten der Endkonsumgüter, daß die Frage zum mindesten als unentschieden angesehen werden muß.

In einem gewissen Zusammenhange damit steht das Problem der Reallohnentwicklung im Verlaufe des Zyklus. Die Meinungen hierüber sind auch unter den neueren Forschern geteilt. S p i e t h o f f behauptet mindestens für die Produktionsmittelindustrien eine Reallohnsteigerung in der Hause, während C a s s e l die Möglichkeit einer allgemeinen Aussage hierüber überhaupt leugnet.

Zu wenig Beachtung findet neuerdings die Frage des Zusammenhanges zwischen der landwirtschaftlichen und der industriellen Konjunkturbewegung. C a s s e l bestreitet ihn grundsätzlich, S p i e t h o f f äußert sich vorsichtiger, aber gleichfalls skeptisch. Die Erfahrungen der weltwirtschaftlichen Agrarkrise des Jahres 1923 haben wenigstens in der wirtschaftspolitischen Literatur das Problem neu angeregt¹⁾.

Die Wirkung der Kartellpolitik wird mit mehr Zurückhaltung, wenn auch immer noch nicht einheitlich, beurteilt. Den ursprünglichen Optimismus L i e f - m a n n s teilt noch D i e h l , im gewissen Umfange auch V o g e l . Die Zweiseitigkeit der Wirkung der Kartellpolitik — auf dem Binnenmarkt mildernd, auf dem Weltmarkt mindestens in demselben Maße verschärfend — habe ich selbst darzustellen versucht²⁾. Im Zusammenhang damit steht die umstrittene Frage, ob die Intensität der zyklischen Ausschläge in den letzten Jahrzehnten zu- oder abgenommen habe. Dem Optimismus der meisten bürgerlichen Theoretiker steht neuerdings wieder wachsender Pessimismus auf sozialistischer Seite entgegen. Man wird zugeben können, daß die binnengesellschaftlichen Krisen an Schärfe verloren haben. Wenn man aber eine internationale Wertvernichtung wie den Weltkrieg als die moderne Krisenform des imperialistischen Zeitalters anzusehen hat, wofür manches spricht, dann dürfte zu übertriebenen Hoffnungen auf selbsttätige „Statisierung“ kein Anlaß vorliegen.

Von hier aus gewinnt auch die interessante Studie d e W o l f f s über Prosperitäts- und Depressionsperioden³⁾ besondere Bedeutung. D e W o l f f richtet sein Augenmerk weniger auf den Konjunkturzyklus in der engeren Bedeutung

¹⁾ Der Zusammenhang mit den Konjunkturproblemen ist berührt bei B r a m s t e d t , Die Kaufkraftschwankungen von Gold, Roggen und Kohle, in „Berichte über Landwirtschaft“ 1924, N. F., I. Bd., Heft 3, S. 85 ff.

²⁾ Festschrift für Oppenheimer 195 ff.

³⁾ In „Der lebendige Marxismus“, Festgabe für K a u t s k y 1924, S. 13 ff.

der 7—10 jährigen Periodizität, als im Anschluß an Parvus¹⁾ auf die merkwürdigen Perioden längerer Aufschwungs- und Depressionszeiten, die sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts in den entwickelten kapitalistischen Ländern aufzeigen lassen. Unabhängig von den in sie fallenden zyklischen Bewegungen weisen die sogenannten Springflutperioden eine dauernde Tendenz zur Aufwärtsbewegung, vor allem der Preise, auf, denen entsprechende Ebbeperioden mit dauernden Abstiegstendenzen, relativ auch in den Hausejahren, gegenüberstehen. De Wolff zieht diesen großen Zyklus zur Erklärung des sozialen Charakters der einzelnen Epochen heran. Die Ebbeperiode von 1873—1895 war eine Zeit starker revolutionärer und militaristischer Tendenzen, während die folgende Springflutperiode bis 1913 den Revisionismus und eine friedliche Arbeitsgemeinschaft auf den internationalen Märkten erzeugte. Das Jahr des Kriegsausbruches soll mit dem Beginn einer neuen Ebbeperiode zusammenfallen, deren wahrscheinliche Dauer über mehrere Jahrzehnte den Wiederaufbau der Weltwirtschaft nachteilig beeinflussen werde. Jedenfalls stellen diese Untersuchungen einen ersten Ansatz zur Analyse des sogenannten „secular trend“ dar.

2. Die Konjunkturstatistik.

Die vorstehend besprochenen Arbeiten beruhen durchweg auf statistischen Untersuchungen und stellen solche auch zum großen Teil in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen. Trotzdem kann man sie nicht zur Konjunkturstatistik in dem besonderen Sinne rechnen, den dieser Begriff neuerdings auf Grund der mehrfach erwähnten amerikanischen Forschungen, besonders des Harvard-Instituts, gewonnen hat. Die Konjunkturstatistik in diesem engeren Sinne verwendet nicht einzelne Zahlenreihen als Illustration oder Beleg für begriffliche Gedankengänge. Unter Zuhilfenahme komplizierter mathematischer Methoden, insbesondere der Korrelationsrechnung, wird hier versucht, einen unmittelbaren statistischen Ausdruck für die Konjunktur und ihre zyklischen Veränderungen zu finden. Obwohl diese Methode in ihrer Entstehung an deutsches Schrifttum²⁾ anknüpft, so sind doch die neueren Forschungsergebnisse im Auslande ohne Mitwirkung der deutschen Wissenschaft entstanden. Die Vereinigten

¹⁾ Parvus, Handelskrisis und Gewerkschaften 1902. Auch Aftalion, Tugan-Baranowsky und neuerdings Spiethoff fassen dieses Problem ins Auge.

²⁾ Vergleiche die Arbeiten von Neumann-Spällart und später von Sorer, vor allem Sorer's Abhandlung „Über die Berechnung von Korrelationskoeffizienten zwischen den Symptomen der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich“, Allgem. Statist. Archiv VIII. Bd., S. 193 ff.

Staaten¹⁾ stehen wohl hierbei an erster Stelle, aber auch in England²⁾, Frankreich³⁾, Belgien⁴⁾, Schweden⁵⁾ und Rußland⁶⁾ schenkt man diesen Problemen besondere Aufmerksamkeit. Von den neuerdings in Deutschland erschienenen allgemein-statistischen Publikationen berichtet Zizek's „Grundriß der Statistik“⁷⁾ ohne sachliche Stellungnahme kurz über die bisherigen Ergebnisse, während Winklers „Statistik“⁸⁾ die ganze Problemstellung als unlösbar kurz abweist. Meerwarth⁹⁾ äußert sich skeptisch, setzt sich aber wenigstens mit den methodischen Fragen grundsätzlich auseinander.

Um der propagandistischen Wirkung willen werden die meisten Konjunkturindizes des Auslandes, vor allem die amerikanischen, unter dem anspruchsvollen Titel eines „Wirtschaftsbarometers“ veröffentlicht. Dies verschleiert leicht den doppelten Charakter dieser Untersuchungen. Soweit man zunächst das statistische Material einer bestimmten Periode der Vergangenheit methodisch bearbeitet, wird nichts anderes als die zahlenmäßige Darstellung eines aus historischen Tatsachen abstrahierten Idealtypus des Konjunkturverlaufes angestrebt. Zu diesem Zwecke wird das Urmaterial in der Regel „gereinigt“, indem diejenigen Veränderungen innerhalb der Zahlenreihen, die auf Saisoneinflüsse oder den sogenannten „secular trend“, d. h. die Gesamtentwicklungs-tendenz über lange Zeiträume hin, zurückzuführen sind, rechnerisch ausgeschieden

¹⁾ Neben dem Harvard-Index, der in den „Weekly Letters“ seit 1922 wöchentlich veröffentlicht wird, während die methodischen Probleme seit 1919 in der „Review of Economic Statistics“ zur Darstellung kommen, haben die Indices des Federal Reserve Bulletin sowie die in die Vorkriegszeit zurückreichenden Indices von „Babson's Statistical Organisation“ und „Brookmire's Economic Service“ besondere Bedeutung. Die Buch- und Zeitschriftenliteratur über diesen Gegenstand ist unübersehbar geworden.

²⁾ Seit 1923 erscheint die „Index Chart of the London and Cambridge Economic Service“ in Verbindung mit Harvard, für deren methodische Erklärung Bowleys Aufsatz „An Index of British Economic Conditions“ (Harvard's Review, IV. Bd., Suppl. 2) wichtig ist.

³⁾ Seit 1923 „Indices du mouvement général des affaires“ vom Institut de Statistique der Pariser Universität veröffentlicht. Vergleiche den Aufsatz von March, „L'Etude statistique du mouvement général des affaires“, Journ. de la Société de Statistique de Paris, Juli-September 1923.

⁴⁾ Seit 1924 gibt das Comité central industriel de Belgique einen „Indice économique de la Belgique“ heraus.

⁵⁾ Seit Ende 1922 veröffentlicht das schwedische Außenministerium vierteljährlich „The Swedish Economic Review“ (auch in deutscher Sprache) mit einem schwedischen Konjunkturbarometer.

⁶⁾ Monatliche Veröffentlichung eines Konjunkturbarometers im ökonomischen Bulletin des Moskauer Konjunkturinstituts.

⁷⁾ 1923, S. 527 ff.

⁸⁾ 1925, S. 149.

⁹⁾ Meerwarth, Nationalökonomie und Statistik, 1925 S. 493 ff.

werden. Das alsdann entstehende Kurvenbild der statistischen Reihen soll die „reine“ Konjunkturbewegung veranschaulichen. Wie weit dieses Ziel erreicht wird, hängt in erster Linie — wir erinnern uns der einleitenden Betrachtungen dieses Abschnittes — von der Brauchbarkeit der Theorie ab, welche die Auswahl der „repräsentativen“ Reihen bestimmt hat. Von der mathematischen Kritik abgesehen, liegt hier der Ansatzpunkt der Kritik auch an dem besten der vorhandenen Indizes, dem Harvard - Index. Die radikale Zurückhaltung, mit der die deutsche Wissenschaft bisher dieses ganze Gebiet der angelsächsischen Forschung überließ, hat nur den einen Erfolg gezeitigt, daß von allen vorhandenen Konjunkturtheorien lediglich die Currencytheorie in ihren verschiedenen Variationen zu „exakter“ Darstellung gekommen ist. Wenn einmal entsprechend die wichtigeren Konjunkturtheorien der Warenseite auf ihren idealtypischen statistischen Ausdruck gebracht sein werden, kann bei Anwendung auf denselben Tatsachenkomplex eine vergleichende Gegenüberstellung der jeder Theorie zugeordneten statistischen Reihen nicht nur der Deskription, sondern auch der Ursachenforschung wesentliche Anregungen bieten.

Ein ganz anderes Problem stellt nun die Konjunkturprognose dar, welche die meisten dieser Indizes außerdem noch für sich in Anspruch nehmen. M e e r - w a r t h , der die Bedeutung der idealtypischen Nachbildung zurückliegender Konjunkturabläufe durchaus anerkennt, äußert um so stärkere Bedenken gegen die „Prophezeiung“. Er meint, die ganze Prognose bestehe bestenfalls in Analogieschlüssen, deren praktische Brauchbarkeit davon abhänge, daß diejenigen und nur diejenigen Faktoren auch in Zukunft wirksam seien, welche seiner Zeit den der idealtypischen Bildung zugrundeliegenden historischen Abschnitt bestimmt haben.

Daß ihre Prognosen keine Weissagungen darstellen, werden die gegen metaphysische Spekulationen skeptischen Amerikaner gewiß zugeben. Auch daß ihre Analogieschlüsse nur „ceteris paribus“ gelten, muß man anerkennen. Nimmt das der Konjunkturprognose alle Bedeutung? M e e r w a r t h meint, daß jedenfalls eine „Prophezeiung des kommenden tatsächlichen Verlaufes des Geschäftsganges grundsätzlich unmöglich“ sei. Das ist nun aber auch, wenn man von der Reklame der Geschäftsabteilungen der Konjunkturbarometer absieht, von wissenschaftlicher Stelle noch nie behauptet worden. Nicht der „künftige tatsächliche Verlauf des Geschäftsganges“, sondern der Konjunkturverlauf in jenem strengen Sinne der „reinen“ zyklischen Bewegung unter Ausschaltung einer Menge anderer, den tatsächlichen Verlauf des Geschäftsganges beeinflussender Momente soll vorausgesagt werden. Ist der Zyklus kein Phantasiegebilde der Theoretiker, sondern eine Erscheinung der wirtschaftlichen Wirklichkeit, so darf man ihn

zwar gewiß nicht mit der Realform des wirtschaftlichen Kreislaufes identifizieren, wohl aber behaupten, daß diejenigen Faktoren, welche die idealtypische Struktur des Zyklus bestimmen, neben anderen Faktoren auch auf die Realform des Kreislaufes dauernd einwirken. Mögen jene anderen Faktoren naturhafter oder sozialer Art in einem gegebenen Zeitpunkt stärker oder schwächer als die ursächlichen Faktoren des Zyklus, in der gleichen oder in entgegengesetzter Richtung wie diese wirken, immer ist die Wirklichkeit das komplexe Ergebnis eines Kräftespiels, in welchem die zyklischen Faktoren mit der ihnen eben innwohnenden Potenz wirksam sind. Lassen sich nun gewisse rhythmische Gesetzmäßigkeiten des Zyklus aufweisen und mit den Mitteln der Konjunkturstatistik zu einigermaßen exakter Darstellung bringen, so ist nicht einzusehen, weshalb nicht mindestens die Richtung, wenn auch nicht die Intensität des Einflusses, den der Zyklus auf das wirtschaftliche Gesamtgeschehen ausübt, auch für einen bestimmten künftigen Zeitpunkt erschlossen werden könnte. Sicher unterliegt die Feststellung der „reinen“ zyklischen Bewegung großen methodischen Schwierigkeiten, die der Harvard-Index bisher nur zum Teil bewältigt hat. Insbesondere bietet der 12jährige Zeitraum von 1903—14 keine ausreichende Basis für eine idealtypische Konstruktion. Auch das Material eines halben Jahrhunderts, ausgewertet nach der besten Konjunkturtheorie, wird das ideale Ziel gewiß nicht vollständig erreichen. Inwieweit aber eine Fortsetzung dieser Untersuchungen zum Zwecke weiterer Annäherung an dieses Ideal überhaupt einen Sinn hat, hängt davon ab, ob man schon einen Erkenntnisfortschritt darin sehen will, die Kraftrichtung einer der zahlreichen Komponenten des wirtschaftlichen Geschehens in einem künftigen Augenblick abschätzen zu können, selbst wenn man vorläufig über Richtung und Intensität der anderen vielleicht viel stärkeren Kräfte nichts auszusagen weiß.

Die Entscheidung hierüber hängt von der praktischen Nutzanwendung ab, die man aus den Ergebnissen einer solchen Prognose ziehen will. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß der „Mann auf der Straße“ jemals nach dem Barometer erfolgreich an der Börse spielen oder seine Handelsgeschäfte abschließen kann. Trotz aller in diesem Punkte häufig irreführenden und sicher kurzsichtigen Reklame sind die Prognosen aber für eine ganz andere Instanz bestimmt, von der sie seit etwa zwei Jahren in den Vereinigten Staaten auch ganz systematisch verwendet werden, nämlich für die verantwortliche Leitung der Konjunkturpolitik.

Die Wirtschaftspolitik aller modernen Staaten war seit Beginn des 19. Jahrhunderts immer in hohem Maße Konjunkturpolitik. Vom gleitenden Zollschemata über die Tarifpolitik der Verkehrsanstalten und die Auftragspolitik staat-

licher Werkstätten bis zur modernen Steuer- und Lohnpolitik spielte immer eine wesentliche Rolle der Wunsch, auf den, wenn auch in seiner Grundtendenz unwandelbaren Konjunkturzyklus Einfluß gewinnen zu können. In diesem Zusammenhang hat bekanntlich die Diskontpolitik der Zentralnotenbanken eine alle anderen wirtschaftspolitischen Mittel weit überragende Bedeutung gewonnen, nicht nur als Signal, sondern auch als das einzig wirksame Ventil der modernen Wirtschaft gegenüber dem periodischen Überdruck der Konjunktur. Es gehört nun zu den interessantesten Problemen der Bankpolitik, welchem Maßstab die verantwortlichen Leiter ihre wechselnde Kreditpolitik angepaßt haben. Sicher hat Routine dabei eine große Rolle gespielt. Wenn sie aber je versagte, so war unter der Herrschaft der Goldwährung in allen kapitalistischen Ländern ein automatisches Manometer vorhanden, das den kritischen Druck anzeigen: die Bestandsveränderungen der Goldreserve.

Ein näheres Eingehen auf diese Zusammenhänge würde den Rahmen unserer Betrachtung sprengen. Wir dürfen uns diese Grenzverletzung gegenüber den Geld- und Währungsproblemen um so mehr versagen, als diese Fragen heute im Vordergrunde der theoretischen und wirtschaftspolitischen Erörterungen stehen. Für unseren Zusammenhang ist nur das eine von Bedeutung, daß mit der alten Goldwährung die automatische Signalstelle für die Konjunkturpolitik der Zentralbanken eigentlich in den meisten Ländern außer Wirksamkeit gesetzt ist. Niemand, will er dies nun preisen oder bedauern, vermag wenigstens für die Kontinentalwirtschaften Europas vorauszusagen, ob und wann der alte Zustand wieder hergestellt werden kann. Je länger desto mehr muß daher die Frage dringlich werden, an welchem Maßstab sich künftig die Diskontpolitik, die nach der Stabilisierung der Währungen allmählich ihre alte Bedeutung wiedergewinnt, orientieren soll. Die bekannten Reformpläne F i s h e r s und K e y n e s', die das Konjunkturproblem mit dem Ziel der „Preisstabilisierung“ in den Vordergrund gerückt haben, schlagen als solchen Maßstab Preisindizes vor. Sicherem Vernehmen nach wird seit längerer Zeit schon die Diskontpolitik der Federal-Reserve-Banken gewissen Produktionsindizes angepaßt.

Hier ist nun das Anwendungsgebiet künftiger, methodisch einwandfreier Konjunkturbarometer. Beziehen sich ihre Prognosen auch nur auf eine der vielen Tendenzen, die den realen Ablauf der Wirtschaft bestimmen, so tut dies doch ihrer Signalfunktion für die Konjunkturpolitik nicht mehr Abbruch als der strukturell ähnlich gearbeiteten meteorologischen Prognose die Möglichkeit unvorhergesehener Witterungsumschläge. So wenig wie diese für den Sonntagsreiter ist jene für den Spekulant brauchbar. In der Rechnung einer verantwortlichen Leitung der Wirtschaftspolitik, die den Gesamtbereich der Infor-

mationsquellen übersieht, kann die Konjunkturprognose dieselbe Rolle spielen wie die Voraussagen des Wetterdienstes in der Überlegung des erfahrenen Steuermannes.

Die wirtschaftspolitische Publizistik in Deutschland hat die Bedeutung der Barometerfrage lange erkannt. Die Früchte dieser Erkenntnis mögen es freilich mit verschuldet haben, daß die Wissenschaft sich in so hohem Maße zurückhält. Neben der Orientierung über das Urmaterial, wie sie seit langem die amtliche Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, neuerdings¹⁾ schon in gewisser methodischer Verarbeitung, oder die „Wirtschaftskurve“ der Frankfurter Zeitung bieten, bringt seit einiger Zeit fast jede wirtschaftliche Zeitschrift, bald jede größere Tageszeitung ihr Konjunkturbarometer. Es ist dringend zu wünschen, daß die Errichtung des geplanten Instituts für Konjunkturforschung in gleicher Weise die Initiative und Zusammenarbeit der Wissenschaft auf diesem Gebiet fördert wie den populären Dilettantismus zurückdrängt²⁾. Eine aktive Einstellung der deutschen Wissenschaft zu dem Problem der Konjunkturstatistik ist aber noch aus einem anderen Grunde dringend geboten. Der Völkerbund hat zusammen mit dem Internationalen Arbeitsamt in Genf einen besonderen Ausschuß für Krisenforschung eingesetzt, dem auch Deutschland angehört. Dieser Ausschuß hat zu Beginn dieses Jahres unter leitendem Einfluß der angelsächsischen Ideenwelt seine Arbeiten mit der Erörterung der Barometerprobleme begonnen. Wissenschaftliche wie politische Gründe gebieten es in gleichem Maße, daß die gerade in der grundsätzlichen Auffassung abweichende Forschung der kontinentalen Länder der Auswirkung ihrer Lehren auf die internationale Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik nicht selbst im Wege steht.

¹⁾ Vergleiche den Aufsatz „Die Wirtschaftsbewegung im Jahre 1924“ in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 2 des Jahrganges 1925.

²⁾ Es wird übrigens damit ein Plan verwirklicht, für den sich schon 1915 Pfenge in seiner Denkschrift „Über eine Unterrichtsanstalt zur Ausbildung praktischer Volkswirte“ eingesetzt hat.

Bevölkerungsproblem und Bevölkerungstheorie im Lichte des Weltkrieges.

Von

Professor P. Mombert, Gießen.

Inhalt.

	Seite
1. Volkswachstum und Krieg	381
2. Der Einfluß des Krieges und seiner Nachwirkungen auf das Volkswachstum . . .	390
3. Die Beziehungen zwischen Volkszahl und Wirtschaft in ihrem Einflusse auf die Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit	397
4. Die historischen Wandlungen in den Anschauungen über das Bevölkerungsproblem	421

1. Volkswachstum und Krieg.

Wo Platon in seiner „Πολιτεία“¹⁾ von der Entstehung und dem Wachstum der Staaten spricht, berührt er auch den Einfluß, welchen dieses Wachstum der Staaten auf ihre gegenseitigen Beziehungen ausübt. Das Land, das ursprünglich noch genügt hat, um alle Bürger zu ernähren, wird zu klein, und er läßt den Glaukos die Frage des Sokrates: „Also sind wir gezwungen, unseren Nachbarn ein Stück Land abzuschneiden, wenn wir genügend Weide und Ackerland haben wollen? Und sie hinwiederum müssen sich ebenso von dem unsrigen wegnehmen, falls auch sie den Gelüsten, sich unbegrenzten Besitz zu verschaffen, nachgeben und die Grenze des Notwendigen überschreiten?“ bejahen, ebenso wie die weitere Frage desselben: „Und wollen wir auch nichts davon sagen, ob der Krieg ein Gut oder ein Übel zur Folge hat, sondern nur so viel, daß wir eben die Entstehung des Krieges ermittelt haben, die Gründe, aus denen hauptsächlich den Staaten öffentliches und privates Übel erwächst, nämlich, wenn Krieg entsteht.“

Die Richtigkeit dieses, hier von Platon ausgesprochenen Gedankens hat seitdem die Geschichte an zahlreichen Beispielen bestätigt, und gerade in neuerer Zeit, in welcher ja das Volkswachstum einen bis dahin nicht gekannten Umfang angenommen hat, ist dann der gleiche Zusammenhang häufig genug betont worden, daß viele Kriege in ihren letzten Ursachen auf nichts anderes zurückzuführen sind, als auf diesen Kampf der Völker um die Futterplätze der Erde. Der Gedanke, den R. Malthus ausgesprochen hat, daß an der Tafel, welche die Natur gedeckt hat, nur eine beschränkte Zahl von Menschen Platz habe, hat nicht nur Geltung für das Verhältnis der einzelnen Menschen in einem Lande, sondern muß auch grundsätzlich wenigstens für die Beziehungen von ganzen Staaten und Völkern gelten.

Sieht man sich unter diesem Gesichtspunkte das Volkswachstum Europas etwa in den letzten hundert Jahren an, so ist deutlich zu erkennen, wie sehr diese Volkszunahme umwälzend auf die wirtschaftlichen Grundlagen Europas und auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Länder der Erde einwirken mußte.

¹⁾ Nach der Übersetzung von K. Preisendanz. Jena 1919. S 71.

Von den Jahren 1800/1850 nahm die Volkszahl Europas von 188 auf 266 Millionen zu, stieg also um 78 Millionen; von 1850/1900 war dagegen mit 135 Millionen die Zunahme der Bevölkerung eine fast doppelt so große. Betrachtet man diese Entwicklung noch mehr im einzelnen, dann wird die dauernde Progression dieses Volkswachstums noch deutlicher. Es stieg nämlich die Volkszahl Europas innerhalb der Jahrzehnte¹⁾

1851—1860	um 16,7	Millionen,
1861—1870	„ 22,5	„
1871—1880	„ 26,3	„
1881—1890	„ 31,2	„
1891—1900	„ 37,7	„

Unter die Staaten, für welche dieser Gegensatz zwischen Volkszahl und Nahrungsspielraum mit am stärksten in die Erscheinung trat, gehörte Deutschland, das den Typ der Volkswirtschaft entwickelte, welche als Folge des Volkswachstums, weil der Nahrungsspielraum im engeren Sinne²⁾ nicht mehr ausreichte, sich gezwungen sah, in steigendem Maße den Außenhandel auf den Austausch von Bodenprodukten gegen Arbeitserzeugnisse einzustellen. Im einzelnen geht diese Entwicklung aus der folgenden Tabelle hervor:

Es betrug im Deutschen Reiche im Durchschnitt der Jahre

	1881/85	1886/90	1891/95	1896/00	1901/05	1906/10	1911/13
I. Das Volkswachstum in 1000.	255	422	648	658	688	683	540
II. Die Einfuhr an (Mill. Mk.)							
Rohstoffen für Industriezwecke einschl. Halbfabrikaten	1447	1502	1722	2329	2879	4647	5809
Fabrikaten.	635	906	884	1054	1184	1315	1508
Nahrungs- und Genußmitteln einschl. Vieh	1006	1069	1432	1681	2014	2414	3081
III. Die Ausfuhr an (Mill. Mk.)							
Rohstoffen für Industriezwecke einschl. Halbfabrikaten	757	631	677	914	1226	1669	2359
Fabrikaten.	1730	2063	2013	2539	3306	4425	5734
Nahrungs- und Genußmitteln einschl. Vieh	625	469	413	493	484	640	880

¹⁾ Nach G. Sundbärg, Aperçus statistiques internationaux. XI. Jahrg. Stockholm 1908. S. 38.

²⁾ Vgl. zu diesem Begriff des Verfassers „Bevölkerungspolitik nach dem Kriege. Nahrungsspielraum und Volkswachstum in Deutschland“. Tübingen 1916. S. 12 ff.

Was in dieser Hinsicht von Deutschland gilt, hat auch in ähnlicher Weise Geltung für manche anderen Staaten, unter ihnen vor allem England, Italien, Japan und die Schweiz.

In diesem zunehmenden Widerstreit zwischen Volkszahl und Nahrungs-
spielraum haben wir eine der tiefsten und wichtigsten Ursachen der Entwicklung zu erkennen, welche man in neuerer Zeit als Imperialismus zu bezeichnen pflegte, ein Zusammenhang, der auch von zahlreichen Seiten durchaus richtig erkannt worden ist. Kjellén hat ihm mit den folgenden Worten Ausdruck gegeben:

„Da alle Völker unter normalen Verhältnissen ihre Räume zunächst anfüllen, dann ausfüllen und schließlich überfüllen, so kommt zuletzt die Zeit, da es im Reiche mehr Menschen gibt, als bequem Unterhalt finden können. Dann muß der Staat seine Politik auf die primitive Aufgabe einstellen, ‚Manna in der Wüste‘ für seine überflüssigen Volksmassen zu finden. Hierin liegt tatsächlich das größte Geheimnis des imperialistischen Strebens der Gegenwart, seitdem moderne Technik eine Aufstapelung der Menschen in den Heimatländern in größerem Maßstab ermöglicht hat, als das Land selbst hat entwickeln können. Da die volkstümliche Verkündigung gar nicht stark genug die Raubpolitik der Großmächte verurteilen kann, so sollte man die einfache Tatsache beachten, daß ihnen zuweilen keine Wahl bleibt; sie stehen unter dem Gesetz der Notwendigkeit, das ihnen gebietet, außerhalb ihrer Grenzen für den Unterhalt der Ihrigen zu sorgen.“¹⁾

Ähnliche Gedankengänge hat Keynes in seinem bekannten Buche „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ ausgesprochen. Er sagt hier: „Die größten Ereignisse der Geschichte entstehen oft aus sekundären Veränderungen im Wachstum der Bevölkerung und aus anderen wirtschaftlichen Grundursachen, die, weil sie sich durch ihre allmähliche Natur der Beachtung der Zeitgenossen entziehen, der Torheit von Staatsmännern oder dem Fanatismus von Atheisten zugeschrieben werden. So mögen die außerordentlichen Vorkommnisse der letzten zwei Jahre in Rußland, dieser ungeheure Gesellschaftsumsturz, der über den Haufen warf, was am festesten erschien: die Religion, die Grundlagen des Eigentums, den Landbesitz so gut wie die Regierungsform und die Hierarchie der Klassen, mehr auf die tiefen Einflüsse wachsender Bevölkerungsmassen zurückgehen als auf Lenin und Nikolaus, und die explosiven Kräfte übermäßiger Fruchtbarkeit mögen eine größere Rolle dabei gespielt haben, die Bande der Überlieferung zu sprengen, als die Macht der Gedanken oder die

¹⁾ R. Kjellén, Der Staat als Lebensform. Leipzig 1917. S. 153/154.

Irrtümer der Aristokratie.“¹⁾ Den gleichen Gedanken hat auch E. T r ö l t s c h einmal während des Krieges mit den folgenden Worten ausgedrückt: „Die Tatsache enorm gesteigerter Volksmassen begründet praktisch die Konkurrenz der Weltstaaten, die doch nur in den Dienst der Versorgung jener gestellt wird. Das begründet den Rückgang der liberal-humanitären Bestrebungen im Leben der Völker. Dadurch entsteht das natürliche Ausdehnungsbedürfnis der Staaten als sittliche Pflicht den Individuen gegenüber²⁾.“

Diese Zitate, die sich noch leicht mehrten ließen, mögen genügen, um darzutun, welch enger Zusammenhang zwischen dem Volkswachstum und den Ausdehnungsbestrebungen der modernen Staaten, die man gemeinhin als imperialistisch zu bezeichnen pflegt, vorhanden ist. Freilich werden bei der Beurteilung und Darstellung des Imperialismus diese Zusammenhänge oft genug übersehen und sein Wesen wird in etwas ganz anderem gesucht.

Der Sozialismus sieht in ihm vielfach nichts anderes, als eine Folge der Expansionsbestrebungen des Kapitals, herausgewachsen aus der Interessenlage des Kapitalisten als „potenziertem Kapitalismus“, und glaubt, daß die Wirtschaftspolitik des Proletariats dazu im grundsätzlichen Widerspruch stehen müsse, glaubt, daß Imperialismus im dargelegten Sinne und Sozialismus sich durchaus widerstrebtende, in sich unverträgliche Erscheinungen seien³⁾.

Auch andere Schriftsteller gehen bei der Betrachtung und Erklärung des Imperialismus an dem Momente des Volkswachstums gänzlich vorüber. S c h u m p e t e r sucht ihn aus ganz anderen Momenten heraus zu erklären, für ihn ist er „eines der Erbstücke des Fürstenstaates, seiner Strukturelemente, seiner Organisationsformen, seiner Interessenlage und Dispositionen seiner Menschen: vorkapitalistischer Mächte, die der Fürstenstaat zum Teil mit den Mitteln des Frühkapitalismus neu organisiert hat“⁴⁾.

F r i e d j u n g kennt ebenfalls diese Zusammenhänge nicht und bleibt in dieser Hinsicht mit seinen Darlegungen durchaus an der Oberfläche haften, wenn er u. a. schreibt: „Der unabzähmbare Drang des Industriekapitals nach Erschließung neuer Märkte ruft den Exportimperialismus hervor. Bei dem Erwerb von Kolonien ging aber das Streben nach Ackerland für die Auswanderer

¹⁾ a. a. O. München 1920. S. 10.

²⁾ E. Trötsch, „Deutsche Zukunft“. Berlin 1916.

³⁾ So vor allem R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Berlin 1913. — R. Hilferding, Das Finanzkapital. Marx-Studien. 3. Bd. Wien 1910. — M. Nachimson, Imperialismus und Handelskriege. Berlin 1917. — Vgl. dazu auch Hashagen, Marxismus und Imperialismus, und die hier im Anhang genannte Literatur. Jahrbücher für Nat. und Statistik. Bd. 113. —

⁴⁾ Die Soziologie des Imperialismus. Archiv f. Sozialwissenschaft. Bd. 46.

und das Aufspüren wertvoller Rohprodukte allem anderen voran. In unserer Zeit ergänzten und verflochten sich diese Antriebe. Dazu aber trat etwas Neues, dem Jahrhundert Eigentümliches, das Streben nämlich, so viel Land wie möglich zu gewinnen, unabhängig davon, ob die neuerworbenen Kolonien in der Gegenwart Nutzen abwerfen oder nicht. In früherer Zeit besetzten die Seevölker nur so viele Häfen und Küsten, als sie zu bestimmten Zwecken benötigten; in unseren Tagen will jede Nation so viel an bewohnter Erde an sich reißen wie möglich . . . in dem ‚objektlosen Machtstreben‘ — der Ausdruck stammt von Hilferding — zeigt der Imperialismus seine wahre Natur.“¹⁾

Nun ist es sicher richtig, daß der moderne Imperialismus im Sinne „wirtschaftlicher, völkischer oder politischer Macht- und Ausdehnungsbestrebungen“²⁾ sowohl seiner Entstehung wie auch der Art seines Auftretens nach nichts Einheitliches, sondern eine durchaus komplexe Erscheinung ist. Auf dem Gebiete des sozialen und wirtschaftlichen Lebens haben wir es vielfach mit diesen, von Tarde sogenannten multiformen Erscheinungen zu tun, und aus mancherlei durchaus verschiedenen Triebkräften heraus kann die gleiche Erscheinung, in diesem Falle diejenige des Imperialismus, hervorgehen.

Wir begegnen solch imperialistischen Bestrebungen bei Staaten, bei welchen wir das Volkswachstum keinesfalls als Erklärung heranziehen dürfen, wo vielmehr machtpolitische Tendenzen, mitunter auch im Sinne des Sozialismus, das Finanzkapital, eine wesentliche Rolle spielt. Schon Kjellén hat darauf hingewiesen, daß schon für Frankreichs imperialistische Bestrebungen eine solche Erklärung nicht zutrifft: „Hinter seinem riesenhaften Kolonialreich verbirgt sich kein Nationalbedürfnis, keine überschüssige Bevölkerung, wenig überströmende Produktion oder überfließendes Kapital“.³⁾

Das gleiche gilt von den Vereinigten Staaten von Amerika, mit deren imperialistischen Bestrebungen sich neuerdings Salz eingehender beschäftigt hat. Salz sieht die treibenden Ursachen des Imperialismus in inneren Lebensgesetzen der Staaten: „Jedes lebende Gebilde ist ein Aufstieg, wenn und weil es wächst

¹⁾ Das Zeitalter des Imperialismus. Bd. 2. Berlin 1922. S. 300. Auch bei I. I. Ruedorffer, Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart, Stuttgart 1914, wird die Rolle des Volkswachstums für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Staaten nicht gewürdigt, ebensowenig, wie in der neuesten Arbeit über diesen Gegenstand von A. Löwe, Zur ökonomischen Theorie des Imperialismus, in: Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für F. Oppenheimer, Frankfurt 1924. Mit besonderem Nachdruck hat dagegen F. Naumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik, Berlin 1906, diesen Zusammenhang betont.

²⁾ Spann, Artikel Imperialismus. Handwörterbuch der Staatswissensch. 4. Aufl. Jena 1923.

³⁾ a. a. O. S. 154.

Brentano-Festgabe 1924. II.

und weil es expandiert. So auch der Staat. Es ist sein innerstes Lebensgesetz, daß er wachsen will und wachsen muß. Staaten, die nicht mehr wachsen können oder wachsen wollen, sind alte Staaten mit verminderter Lebenskraft. Auch die Wirtschaft als Lebensäußerung der Völker will und muß wachsen, solange sie nicht statisch oder stationär geworden sind. Aber ihr Expansionsbedürfnis und Expansionswille ist nicht von der gleichen Notwendigkeit diktiert wie der Lebenswille des Staates. Die Wachstumsgesetze des Staates sind nicht die gleichen wie die Wachstumsgesetze der Wirtschaft. Der Staat weiß an sich nichts vom Gesetze des abnehmenden Ertrages in der Landwirtschaft und Industrie oder vom Gesetz der sinkenden Profitrate . . . Aber die Wirtschaftsmacht, die unter diesen Notwendigkeiten steht, kann den Staat dazu bringen, daß er das Expansionsbedürfnis der Wirtschaft als ein staatliches Ziel oder wenigstens sich damit solidarisch erklärt.“¹⁾

In diesem Zusammenhange unterscheidet nun Salz, ähnlich wie Kjellén es getan hat, nur noch deutlicher ausgesprochen, zwei Formen des Imperialismus: „Die Expansionsenergien, welche die alte Welt noch aufbringt, dienen daher als Nahrungs- und Rohstoffsuche, der Imperialismus der Alten Welt ist ein Getreide-Petroleum-Baumwoll-Imperialismus. Er stammt nicht aus dem Überschuß an Kraft, sondern im Gegenteil aus dem drückenden Gefühl der Enge des Lebensspielraumes . . . In den Vereinigten Staaten dagegen, die, trotzdem sie sich dem Zustande ‚alter Länder‘ immer mehr nähern, doch noch auf lange Jahre hinaus gesicherte, natürliche Subsistenzgrundlagen haben, nimmt der Imperialismus die Form der Kapitalexploration an.“

Es gibt also jedenfalls, darin haben Kjellén und Salz, welche vor allem diesen Gegensatz betont haben, durchaus recht, im Hinblick auf die treibenden Kräfte verschiedene Formen des Imperialismus. Die eine Form hängt jedenfalls auf das allerengste mit dem Bevölkerungsproblem zusammen, die Form, welche uns in diesem Zusammenhange „das Bevölkerungsproblem im Lichte des Weltkrieges“ besonders interessiert.

Denn die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, welche sich für Deutschland aus dem wachsenden Mißverhältnis zwischen Volkszahl und heimischem Boden ergaben, waren es, welche Deutschland dazu gezwungen haben, die gleichen Wege einzuschlagen, welche z. B. England schon Jahrzehnte vorher beschritten hat. Aus diesen zwingenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten ergab sich für uns die zunehmende Entwicklung zum Industriestaat, die immer stärkere Ver-

¹⁾ Salz, Der Imperialismus der Vereinigten Staaten. Archiv für Sozialwissenschaft. Bd. 50. S. 568/69.

flechtung in den Welthandel, der immer mehr zunehmende Austausch von Arbeitserzeugnissen gegen Bodenprodukte. Die Erwerbung und die wirtschaftliche Erschließung von Kolonien sollten uns den Bezug von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, aber auch für den Absatz unserer Industrieerzeugnisse Gebiete und Märkte sichern und uns in beiderlei Hinsicht unabhängiger und sicherer stellen, als es der Fall gewesen wäre, wenn wir nach beiden Seiten hin restlos auf die Beziehungen zu politisch selbständigen und von anderen Staaten abhängigen Gebieten angewiesen gewesen wären. Dem gleichen Ziele sollte es letzten Endes dienen, wenn wir den Versuch unternahmen, mit deutschem Kapital fremde Wirtschaftsgebiete zu erschließen, um dort wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen (Kleinasien, Bagdadbahn). Im engsten Zusammenhang mit der Erfüllung dieser Aufgaben stand auch die Schaffung einer deutschen Flotte, deren Sinn doch letzten Endes darin lag, sie im gegebenen Falle zum Schutze unserer auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen einsetzen zu können. So stellen sich diese ganzen Bestrebungen, die man mit verschiedenen Schlagworten als „politisches Expansionsstreben“ oder als „Imperialismus“ bezeichnet hat, letzten Endes nur als Auswirkungen der Aufgabe dar, den Nahrungsspielraum der deutschen Volkswirtschaft entsprechend dem Wachstum unserer Volkszahl zu erweitern und zu sichern. In den Dienst dieser Aufgabe mußte sich der Staat mit seinen Machtmitteln stellen.

Mögen dabei auch von uns mancherlei politische Fehler begangen sein, auf welche ja in der Literatur der Nachkriegszeit genügend hingewiesen worden ist, mag vielleicht überhaupt der von uns eingeschlagene Weg — Kolonien und Seemacht — ein falscher gewesen sein¹⁾, das tut der Tatsache keinen Abbruch, daß diese ganze Entwicklung organisch aus dem Volkswachstum Deutschlands heraus entstanden ist.

Wenn man in diesem Sinne den tieferen Grund der Gegensätze, wie sie dann zu dem Weltkriege geführt haben, in erster Linie in der Entwicklung von Volkswachstum und Nahrungsspielraum, vor allem auch in Deutschland, erblickt, so darf man freilich diese tiefer liegende Ursache nicht mit der äußeren Veranlassung, mit der „Schuld am Weltkriege“ verwechseln. Um ein Bild zu gebrauchen, das Oppenheimer einmal angewandt hat, so darf man den Funken, der ins Pulverfaß fällt, den Vogelflügel, der die Lawine löst, den Schlag der Spitzhacke, der einen Staudamm durchbricht, nicht für die „Ursache“ der Explosion, der Verschüttung und der Überschwemmung im physikalischen Sinne halten²⁾.

¹⁾ Vgl. dazu Karl Hoffmann, Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters. Leipzig 1918.

²⁾ System der Soziologie. I. Bd. 2. Halbbd. S. 774. Jena 1923.

Freilich handelt es sich hierbei, das braucht wohl nicht ausdrücklich hervorgehoben zu werden, um keinen einfachen Kausalzusammenhang in dem Sinne, daß nun ein starkes Volkswachstum von sich aus schon unmittelbar die Ursache einer solchen Entwicklung zum Industriestaat, zur Verflechtung in den Welt Handel usw. wäre. Die Geschichte zeigt an genügend zahlreichen Beispielen, daß es bestimmter Voraussetzungen bedarf, damit solche Wirkungen auch eintreten, Voraussetzungen, die an dieser Stelle nicht im einzelnen darzulegen sind. Zunächst drängt bei starkem Volkswachstum der Überschuß der Landbevölkerung nach der Beschäftigung in Handel und Industrie hin, und damit er dort aufgenommen werden kann, dazu bedarf es bestimmter natürlicher und wirtschaftlicher Voraussetzungen, welche eine Ausweitung dieser Erwerbszweige erst möglich machen und rentabel erscheinen lassen, Voraussetzungen, welche eben in dieser Zeit für Deutschland gegeben gewesen sind¹⁾.

War im Zeitalter des Merkantilismus der Staat und seine Macht in gewissem Sinne Selbstzweck gewesen, hatte man damals, vor allem im Hinblick auf diesen Machtzweck, Bevölkerungspolitik getrieben, hatte damals also der Imperialismus allein den Sinn, die Macht des Staates zu stärken, so lagen in neuerer Zeit die Verhältnisse wesentlich anders. Bei den imperialistischen Bestrebungen, z. B. Deutschlands, wenn man deshalb dafür überhaupt diesen Ausdruck gebrauchen will, waren die Bevölkerung und ihr Wachstum vielmehr die Triebfeder alles wirtschaftlichen und politischen Handelns. Stand im Zeitalter des Merkantilismus die Bevölkerungspolitik im Dienste der politischen Machtziele des Staates, so war die deutsche Wirtschafts- und Handelspolitik vielmehr im wesentlichen bevölkerungspolitisch ausgerichtet, d. h. hatte sich in den Dienst derselben gestellt. Denn das meiste, was wir bei den modernen Staaten in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands oberflächlich gesehen als Streben nach bloßer Macht erweiterung vielfach beobachten, ist, genauer besehen, nichts anderes als ein Streben nach wirtschaftlicher Ausdehnung, nach Bodenvermehrung, entweder mittelbar oder unmittelbar, das erstere auf dem Wege des Handels und der Handelspolitik, das letztere durch tatsächliche Besitzergreifung, beides aber in Verfolgung der Ziele, auf welche das Volkswachstum hindrängt.

Wir wissen aber alle, daß es doch im tiefsten Grund und letzten Endes diese Expansion der deutschen Volkswirtschaft, diese Erweiterung unserer wirtschaftlichen Macht und Stellung in der Welt, und damit zusammenhängend, unsere

¹⁾ Damit erledigt sich auch der Einwand Schelers, „Die Ursachen des Deutschen Hasses“, Leipzig 1917, S. 76 ff., der mit Recht hervorgehoben hatte, daß das Volkswachstum allein als Erklärung für die Industrialisierung Deutschlands noch nicht genüge, daß daneben noch sonstige Kräfte zur Erklärung herangezogen werden müßten.

kolonialen Interessen und der Ausbau der Flotte gewesen sind, die zum Weltkriege geführt haben. Mögen auch die Faktoren, welche diesen Weltkrieg ausgelöst haben, auf ganz anderen Gebieten gelegen haben, im Grunde war, wenn wir uns die dargelegten Tatsachen vor Augen halten, dieser Weltkrieg, für Deutschland vor allem, nichts anderes als ein Kampf um den Nahrungsspielraum¹⁾.

¹⁾ Dieser Zusammenhang wird auch in der historischen Literatur über diese Frage immer wieder hervorgehoben. Haller hat, wenn er auch neuerdings diesem Zusammenhang dem Bau einer Schlachtflotte gegenüber nicht mehr die entscheidende Rolle zuweist, doch zuerst in seiner Schrift über den „Ursprung des Weltkrieges“ (S. 39) die Ursache der Entfremdung zwischen England und Deutschland“ in der immer schärferen Wirtschaftskonkurrenz, die Deutschland dem britischen Reiche machte“, gesehen, und Bächtold hat kürzlich seine Meinung in dieser Frage dahin zusammengefaßt: „Wir halten dafür, daß auch heute noch bei der Entstehung der englisch-deutschen Feindschaft auszugehen ist von dem großen Hauptfaktum des gegen Ende des 19. Jahrhunderts mächtig heranwachsenden deutschen Wirtschaftslebens, des Exports, des Handels und der Schiffahrt und der daraus erwachsenden Wirtschaftsrivalität beider Länder.“ (Der entscheidende weltpolitische Wendepunkt der Vorkriegszeit, Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 20. 1924. S. 376.)

Auch Harald Wright, „Bevölkerung“ (Deutsche Ausg. Berlin 1924), erkennt den Einfluß an, den in der dargelegten Hinsicht der Druck der Bevölkerung ausübt. „Je größer der Druck der Bevölkerung auf den Nahrungsspielraum der Welt, um so größer die Wahrscheinlichkeit, daß die Völker der Gebiete, die Nahrungsmittel produzieren können, in Konflikte geraten werden“. (S. 120). Sonst vermißt man die Betonung und Einsicht in diese Zusammenhänge vielfach in der ausländischen Literatur. Das gilt vor allem von der französischen. Achill Viallate (*L'impérialisme économique et les relations internationales pendant le dernier demi-siècle, 1870—1920*, Paris 1920) ebenso wie Maurice Lair (*L'impérialisme allemand*. 4. Edition, Paris 1916) schenken diesen Zusammenhängen so gut wie gar keine Beachtung. Auch Henri Lichtenberger geht in seinem bekannten Buche „*L'Allemagne moderne, son évolution*“, Paris 1912, auf diese Frage nicht ein. Nur bei Henri Andrillon (*L'expansion de l'Allemagne*, Paris 1914) findet sich das gewaltige Volkswachstum hervorgehoben, aber bezeichnenderweise nicht als treibende Kraft einer nach bestimmten Zielen ausgerichteten politischen oder wirtschaftlichen Entwicklung, sondern nur in dem Sinne, daß in einem gutorganisierten Staate, wie es Deutschland sei, „*l'acroissement de la race est une condition générale très favorable à toutes les formes d'expansion*“ (S. 75). Freilich ist diese auch unstreitig richtige Seite des Zusammenhangs für ein Volk, hinter dessen imperialistischem Machtwillen kein Volkswachstum als treibende Kraft steht, auch wesentlich leichter zu begreifen als der andere, oben dargelegte Zusammenhang.

Bei Penty (Auf dem Wege zu einer christlichen Soziologie. Aus dem Englischen. Tübingen 1924) findet sich S. 157 sogar der Satz: „Es kommt eine Zeit, wo keine Märkte mehr da sind, auf denen zu Schleuderpreisen abgesetzt werden kann. Als dieser Punkt erreicht war, was in dem Jahrzehnte vor dem Kriege eintrat, nahm der Wettbewerb rasch an Heftigkeit zu, bis endlich der Punkt erreicht war und die Wirtschaftskrise in Deutschland eintraf, die den Krieg hervorrief.“ Macaulay hat in seinem Essay über Lord Bacon einmal gesagt: „Wir wissen in der Tat nicht, wie wir solche Gründe anders widerlegen sollen, als daß man sie anführt.“

Es ist bereits oben darauf hingewiesen worden, daß diese Zusammenhänge nicht allein für Deutschland gelten. Das gleiche läßt sich auch neuerdings für Japan aufzeigen, das ebenfalls in den letzten Jahrzehnten auf einer eng begrenzten Bodenfläche ein sehr starkes Volkswachstum gehabt hat. Damit hing dann in der Entwicklung Japans ein Doppeltes zusammen: einmal seine starke Auswanderung und die Gegensätze zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, welche dadurch entstanden sind, daß das erstere freien Zutritt für seine überschüssige Bevölkerung nach den westlichen Gebieten Amerikas erlangen wollte. Daneben aber haben wir weiter auf die gleiche Tatsache, das wachsende Mißverhältnis zwischen Boden und Volkszahl, den Versuch Japans zurückzuführen, in China und Korea wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu erlangen.

In den gleichen Zusammenhang gehört es, daß auch Italien in den letzten Jahren vor dem Weltkriege häufig den Versuch gemacht hat, wirtschaftlichen und politischen Einfluß in fremden Gebieten zu gewinnen, und daß ihm dies ja jetzt auch als Ergebnis des Weltkrieges in erheblichem Maße gelungen ist. Hat ja auch Italien zu den Ländern gehört, welche seit Jahrzehnten nicht mehr in der Lage gewesen sind, ihrem großen Geburtenüberschuß Fortkommen und Unterhalt im eigenen Lande zu beschaffen, nur daß für Italien aus Mangel an Rohstoffen vor allem, nicht die Voraussetzungen gegeben waren wie für Deutschland, eine große Exportindustrie zu entwickeln.

So sehen wir also in dieser Weise den einen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsproblem und Weltkrieg. Es hat sich hier das gleiche wiederholt, wenn auch durch mancherlei andere Umstände dem oberflächlichen Beobachter verdeckt, was die Geschichte in zahlreichen anderen Fällen schon erlebt hat. Auch hierfür gilt im tiefsten Grunde der eingangs wiedergegebene Ausspruch Platons, „daß wir mit dem Hinweis auf das vorhandene Mißverhältnis zwischen Volkszahl und Boden die Ursache des Krieges ermittelt haben“.

2. Der Einfluß des Krieges und seiner Nachwirkungen auf das Volkswachstum.

In doppelter Weise haben der Krieg und seine Nachwirkungen auf die Beziehungen von Volkszahl und Nahrungsspielraum in der Welt und den einzelnen, am Kriege beteiligten Staaten eingewirkt, einmal von der Bevölkerungsseite her und dann unabhängig von dieser auf den Nahrungsspielraum als solchen. Relativ einfach liegen die Zusammenhänge, welche von der Bevölkerungsseite ausgehen.

Zunächst hat der Krieg mit seinen großen Menschenverlusten und dem hemmenden Einfluß, welchen er während seiner Dauer auf Eheschließungen und Geburtenhäufigkeit ausgeübt hat, das Volkswachstum in vielen Staaten ver-

langsam, ja sogar in einzelnen Jahren eine Verminderung der Volkszahl bewirkt. Für Belgien, Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Italien, Großbritannien und Irland, Australien, Neuseeland und Kanada hat man die Zahl der Kriegstoten auf 6,064 Millionen festgestellt, und den Geburtenausfall für die sechs an erster Stelle genannten Länder hat Döring während der Kriegszeit auf 11,03 Millionen berechnet¹⁾. Wenn man berücksichtigt, daß hierbei Rußland, die Türkei und die Balkanstaaten vollständig fehlen, und daß ja gerade auch bei ihnen die Verluste besonders groß gewesen sind, so wird man nicht zu hoch greifen, wenn man die gesamten Bevölkerungsverluste, welche durch den Krieg mittelbar oder unmittelbar entstanden sind, auf etwa 25—30 Millionen Menschen schätzt. Denn es ist dabei noch in Betracht zu ziehen, daß auch in manchen neutralen Staaten ein nicht unerheblicher Geburtenrückgang eingetreten ist, und daß auch die Sterblichkeit der bürgerlichen Bevölkerung bei den kriegsführenden Staaten während der Kriegsdauer gestiegen ist.

Auch für die Folgezeit wird der Krieg infolge der Verschiebungen, welche sich im Altersaufbau und in der Geschlechterverteilung vollzogen haben, auf lange Jahre hinaus das Volkswachstum ungünstig beeinflussen²⁾. Ein Bild von den heute bereits nach dieser Richtung hin sichtbaren Wirkungen für Deutschland, England und Frankreich soll die folgende Tabelle geben:

(Siehe die Tabelle S. 392.)

Man erkennt deutlich den starken Rückgang der Volkszahl während des Krieges und sieht, daß trotz der beträchtlichen Zunahme der Eheschließungen in der Nachkriegszeit dieser Rückgang auch nicht im entferntesten ausgeglichen werden konnte.

Unter dem Gesichtspunkte des Bevölkerungsproblems wird man also hier mit M a l t h u s zunächst wenigstens von repressiven Hemmnissen sprechen können. Es erhebt sich nur die Frage, welche zahlenmäßige Bedeutung diesen Hemmnissen in diesem Falle für das Verhältnis von Nahrungsspielraum und Volkszahl zukommt. Die Bedeutung dieses zahlenmäßigen Rückganges der Bevölkerung ist dafür aus zwei Gründen eine recht geringe. Das ist einmal der Fall vom Standpunkte des Volkswachstums selbst aus betrachtet, dann aber auch den Veränderungen gegenüber, welche in dieser Zeit der Nahrungsspielraum erfahren hat.

Was den ersten Punkt anlangt, so darf man bei der Betrachtung der Beziehungen zwischen Volkszahl und Nahrungsspielraum nicht auf das relative Volkswachstum sehen, man muß vielmehr seine absolute Größe in Betracht

¹⁾ Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4. Aufl. 1924. Artikel: Bevölkerungswesen. S. 707.

²⁾ Vgl. darüber genauer: Mombert, Die Gefahr einer Übervölkerung für Deutschland, Tübingen 1919, S. 10 ff., und ferner: Johannes Müller, Die Aussichten unserer künftigen Bevölkerungsentwicklung. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 120 (1923),

Jahre ¹⁾	Heiratsziffer			Geburtenziffer (ohne Totgeborene)			Sterbeziffer (ohne Totgeborene)			Geburtenüberschuß		
	Deutsches Reich	Frankreich	Groß- britannien ²⁾	Deutsches Reich	Frankreich	Groß- britannien ²⁾	Deutsches Reich	Frankreich	Groß- britannien ²⁾	Deutsches Reich	Frankreich	Groß- britannien ²⁾
1913	7,7	7,5	7,7	27,5	18,7	24,3	15,0	17,6	14,0	12,4	1,1	10,3
1914	6,8	4,9	7,9	26,8	17,8	24,9	19,0	27,4	14,2 ³⁾	7,8	—	9,6
1915	4,1	2,1	9,9	20,4	11,6	23,1	21,4	26,5	16,0 ³⁾	—	1,0	14,9
1916	4,1	3,2	7,9	15,2	9,4	22,8	19,2	24,3	14,7 ³⁾	—	4,0	14,9
1917	4,7	4,7	7,5	13,9	10,4	19,9	20,5	21,8	14,7 ³⁾	—	6,6	11,4
1918	5,4	5,3	8,4	14,3	12,2	19,8	24,8	29,0	18,0 ³⁾	10,5	—	16,8
1919	13,4	14,3	9,9	20,0	12,8	19,2	15,6	19,2	13,9	4,5	—	5,3
1920	14,5	15,9	10,1	25,9	21,3	25,8	15,1	17,2	12,6	10,8	4,1	13,2
1921	11,8	11,7	8,4	25,3	20,7	22,7	13,9	17,6	12,3	11,4	3,0	10,5
1922	11,1	9,8	7,8	22,9	19,4	20,8	14,4	17,7	13,0	8,5	1,8	7,8
1923	9,4	9,1	—	20,9	19,4	—	13,9	17,0	—	7,0	—	2,4

ziehen. Denn für das Verhältnis von Wirtschaft und Volkszahl, d. h. für das Bevölkerungsproblem kommt es nicht darauf an, wie groß die Zuwachsrate ist, sondern darauf, um welchen Betrag die Volkszahl absolut jährlich zunimmt. Denn allein auf diese Weise läßt sich das Verhältnis der Volkszunahme zu den wirtschaftlichen Voraussetzungen eines Landes feststellen. Die Wandlungen, welche sich in dieser Hinsicht nach dem Kriege im Vergleich zur Vorkriegszeit gezeigt haben, werden für einige wichtige Staaten in der folgenden Tabelle dargelegt:

Es betrug der Geburtenüberschuß in 1000 in:

in den Jahren	Deutsches Reich	England und Wales	Frankreich
1908	880	420	46
1909	884	397	13
1910	879	414	71
1911	740	353	— 35
1912	840	386	58
1913	834	376	42
1919	254	220	— 233
1920	641	560	160
1921	683	448	117
1922	524	335	71
1923	433	—	95
1924	509	257	72

¹⁾ Entnommen „Wirtschaft und Statistik“, 4. Jahrg. Nr. 9 S. 283. Vgl. auch die dort in der Tabelle gegebenen Anmerkungen.

²⁾ Ohne Irland,

³⁾ Ohne Berücksichtigung der Militärsterbefälle.

Man muß beim Vergleich dieser Zahlen mit der Vorkriegszeit in Rücksicht ziehen, daß für die Jahre nach 1919 bei Deutschland die durch den Friedensvertrag verlorenen Gebiete fehlen, und daß bei Frankreich Elsaß-Lothringen hinzugekommen ist. Gemessen an den Ergebnissen der letzten Volkszählung vor dem Kriege, hat Deutschland durch die Abtretungen 10% seiner Bevölkerung eingebüßt, Frankreich 4,7% an Bevölkerung gewonnen. Um die eben gegebenen Zahlen für den Geburtenüberschuß also mit der Vorkriegszeit vergleichbar zu machen, müßte man diese Zahlen für Deutschland um 10% erhöhen, für Frankreich um 4,7% verringern. Freilich ist dabei noch zu berücksichtigen, was an dieser Stelle nicht in zahlenmäßiger Form geschehen kann, daß Deutschland Gebiete verloren hat, die im Vergleich zu den anderen deutschen Landesteilen einen sehr hohen Geburtenüberschuß aufwiesen, und daß das gleiche vom Standpunkte Frankreichs aus für die Gebiete gilt, welche an dieses gefallen sind. Während in den von Deutschland abgetretenen Gebieten rund 10% der vor Kriegsbeginn vorhandenen Bevölkerung dem Reiche verloren gegangen sind, betrug der Anteil der Lebendgeborenen dieser Gebiete im Verhältnis zur Gesamtgeburtenzahl im Reiche im Jahre 1913 11,5%, der Geburtenüberschuß dieser Gebiete dagegen relativ sogar 11,9%. Man muß noch ferner in Rücksicht ziehen, daß nach dem Kriege in all diesen Staaten eine sehr starke Zunahme der Eheschließungen einsetzte, und daß man deshalb eigentlich mit einer starken Erhöhung der Geburtenzahl und der Geburtenüberschüsse gegenüber der Vorkriegszeit hätte rechnen müssen.

Wenn man all das in Rechnung zieht, so kommt man zu dem Ergebnis, daß der Geburtenüberschuß wesentlich geringer ist als vor dem Kriege, eigentlich im Hinblick auf die starke Zunahme der Eheschließungen noch geringer, als es in den gegebenen Zahlen zum Ausdruck kommt, daß sich also die Tendenzen noch fortsetzen, welche man in den letzten Jahren vor dem Kriege beobachten konnte¹⁾.

Es kommt noch hinzu, daß vor allem in den allerletzten Jahren in den betrachteten Staaten die Sterbeziffer nicht unerheblich geringer gewesen ist als vor dem Kriege und daß ohne diesen Rückgang die Geburtenüberschüsse noch beträchtlich mehr unter denen der Vorkriegszeit gelegen haben würden, als es jetzt schon der Fall ist.

¹⁾ Wenn man auch annehmen kann, daß genau wie vor dem Kriege auch nach seiner Beendigung ähnliche Gründe, auch in ähnlicher Stärke, für die Rückläufigkeit der Geburtenziffer wirksam sind, so muß man doch bei der Beurteilung darauf achten, daß in den Schlußjahren des Krieges und in den darauffolgenden Jahren es ganz besondere Gründe, welche mit dem Familienstand und dem Altersaufbau der heiratenden Frauen zusammenhingen,

Freilich darf man dabei nicht Sterbeziffer mit Sterblichkeit verwechseln. Die letztere ist keineswegs allgemein zurückgegangen, wie die folgende Tabelle, welche die Sterbekoeffizienten für die einzelnen Altersklassen für Deutschland aufzeigt, darstellt. Man sieht, daß die Entwicklung der Sterblichkeit in den verschiedenen Altersklassen und bei beiden Geschlechtern keineswegs eine gleichmäßige gewesen ist, und daß man jedenfalls nicht von einer allgemeinen Abnahme der Sterblichkeit sprechen kann.

Altersstufen	Männliches Geschlecht			Weibliches Geschlecht		
	1919	1920	1921	1919	1920	1921
1—5	136	106	90	137	104	86
5—10	130	111	89	133	108	81
10—15	136	119	99	146	115	89
15—20	186	155	116	168	136	104
20—25	182	161	133	156	146	111
25—30	167	146	115	143	145	108
30—35	143	123	97	136	132	104
35—40	116	101	88	125	118	100
40—45	99	87	82	120	109	97
45—50	93	83	78	116	106	97
50—55	93	84	78	114	106	96
55—60	95	86	81	112	104	95
60—65	96	89	84	107	99	95
65—70	103	96	89	111	103	94
70—75	107	99	95	112	105	97
75—80	109	102	98	116	107	100
80—85	110	103	98	119	108	101
85—90	105	104	99	112	104	99
über 90	108	97	92	111	106	86

Denn wenn sich der Altersaufbau oder die Verteilung der Geschlechter in einer Bevölkerung ändern, so kann dadurch die allgemeine Sterbeziffer eine andere

waren, welche zu diesem starken Rückgang der Geburten mit beigetragen haben. Es sei nur für Deutschland auf die folgenden Zahlen hingewiesen, welche wohl auch für die anderen am Kriege beteiligten Staaten typisch sein werden. Es waren im Deutschen Reiche von 1000 heiratenden Frauen schon vorher verheiratet gewesen:

Im Jahre 1921	94	Im Jahre 1918	105
" " 1920	105	" " 1917	80
" " 1919	125	" " 1913	50

Unter allen verheirateten Frauen waren im Deutschen Reiche über 40 Jahre alt:

Im Jahre 1921	36 331	Im Jahre 1918	21 654
" " 1920	41 188	" " 1917	17 168
" " 1919	40 000	" " 1913	11 827

werden, selbst wenn sich die Sterblichkeit als solche gleichbleibt. Man hat auch schon mit guten Gründen die Meinung vertreten, daß dieser Rückgang der Sterblichkeit in bestimmten Altersstufen, vor allem auch in Deutschland, darauf beruht, daß die hohe Sterblichkeit der Jahre 1917 und 1918 innerhalb der bürgerlichen Bevölkerung als Auslese gewirkt und somit die Sterblichkeit der übriggebliebenen, kräftigeren Bevölkerung herabgedrückt habe. Wenn das zutrifft, würden wir also in Zukunft wieder mit einer steigenden Tendenz bei der Sterblichkeit rechnen müssen¹⁾.

Freilich ist auch, wie oben schon angedeutet, der Vergleich der Geburtenüberschüsse vor dem Kriege mit denjenigen in den letzten Jahren nur ein rein äußerlicher. Für die Frage des Bevölkerungsproblems, d. h. für die Zusammenhänge zwischen Nahrungsspielraum und Volkszahl, ist damit gar nichts gewonnen. Ist doch vorhin schon darauf hingewiesen worden, daß es für diese Frage in erster Linie darauf ankommt, wie sich das Volkswachstum der Größe des Nahrungsspielraumes gegenüber entwickelt hat. Es kommt nicht auf die Zuwachsrate an, sondern darauf, zwei absolute Größen in ihrer Entwicklung, diejenige des Nahrungsspielraumes und diejenige der Volkszahl, miteinander in Vergleich zu setzen.

Wenn man dabei zunächst von den Veränderungen absieht — es wird davon im folgenden Abschnitt zu sprechen sein —, welche der Nahrungsspielraum in der Nachkriegszeit erfahren hat, so wird man sagen müssen, daß die Veränderungen, welche von der Bevölkerungsseite her sich in dieser Hinsicht vollzogen haben, das Bevölkerungsproblem Europas in keinem wesentlich anderen Lichte erscheinen lassen als vor dem Kriege. Das Wachstum der Bevölkerung ist zwar durch den Krieg verlangsamt worden; wenn man also lediglich die Entwicklung der Bevölkerung ins Auge faßt, so wird man von einem repressiven Hemmnis im Sinne von Malthus sprechen können. Die Tatsache jedoch, daß für die meisten der in Betracht kommenden Staaten die Volkszahl schon lange erheblich über den Nahrungsspielraum im engeren Sinne hinausgewachsen war, ist dadurch vollkommen unberührt geblieben, ganz abgesehen von der Tatsache, die sofort näher zu untersuchen sein wird, ob nicht vielleicht der Nahrungsspielraum durch den Krieg und seine Nachwirkungen einen noch stärkeren Rückgang erfahren hat als die Volkszahl. Denn auch auf den Nahrungsspielraum kann ein Krieg als repressives Hemmnis wirken.

Wenn man in dieser Weise der rein zahlenmäßigen Entwicklung der Bevölkerung als Folge des Krieges keinen nachhaltigeren und größeren Einfluß für

¹⁾ Vgl. dazu Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 307. Die Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1920 und 1921. S. 22 ff. Berlin 1924.

die Beziehungen zwischen Volkszahl und Wirtschaft zugestehen kann, so haben sich weiterhin durch den Krieg Einwirkungen auf den Altersaufbau und die Geschlechterverteilung ergeben, bei denen vielleicht ein solcher Einfluß vorhanden ist.

Man darf aber diese Wirkungen nicht überschätzen. So groß die Menschenverluste durch den Krieg in den arbeitsfähigen Altersschichten auch gewesen sind, so hat sich trotzdem der Altersaufbau der männlichen Bevölkerung in den vom Kriege betroffenen Ländern nicht erheblich geändert, wenn auch dabei die Verhältnisse in den einzelnen Staaten keineswegs gleichartig liegen. Es röhrt dies in erster Linie daher, daß dieser Verlust in den arbeitsfähigsten Altersstufen der Bevölkerung zahlenmäßig durch den erheblichen Geburtenrückgang ausgeglichen wurde, wozu besonders für Deutschland noch hinzukam, daß die beträchtliche Anzahl der Flüchtlinge, Rückwanderer und Vertriebenen diesen Ausfall in den arbeitsfähigen Altersklassen ebenfalls ersetzen half. Denn es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß unter diesen Schichten die erwachsenen Einzelpersonen besonders zahlreich vertreten waren. Es sei auch nur darauf hingewiesen, daß nach der Volkszählung des Jahres 1910 die Zahl der weniger als fünf Jahre alten Kinder 7,79 Millionen, die der Kinder von 5—10 Jahren 7,398 Millionen betragen hat. Im Jahre 1919 dagegen war die erste Zahl 3,82, die zweite 6,544 Millionen, die Gesamtzahl der jüngeren Kinder war also um 2,7 Millionen geringer als im Jahre 1910, eine Abnahme, die nur zum geringsten Teile auf den Gebietsverlusten beruht¹⁾.

Freilich handelt es sich bei dem Gesagten nur um die relative Verschiebung in der Besetzung der einzelnen Altersklassen. Absolut hat die Zahl der im produktiven Alter Stehenden natürlich einen gewaltigen Rückgang erfahren, und an sich müßte sich dies nach der Richtung hin auswirken, daß dieser Verlust an Arbeitskraft auch die Produktionsleistungen hätte vermindern müssen. Freilich kann eine derartige Wirkung nur dann und dort eintreten, wo die übrigen mitwirkenden Kräfte bei der Produktion, wie Boden und Kapital, noch in unverminderter Umfange vorhanden sind. Es mag aber sein — eine Frage, die im folgenden Abschnitt zu betrachten ist —, daß infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen diese wirtschaftlichen Voraussetzungen menschlicher Arbeitsbetätigung zunächst einen noch stärkeren Rückgang erfahren haben. Denn auch hierbei

¹⁾ Genaue Angaben über die Änderungen im Altersaufbau sind nicht vorhanden, da bei der Volkszählung des Jahres 1919 etwa 400 000 Kriegsgefangene noch nicht zurückgekehrt waren. Vgl. dazu: Statistik des Deutschen Reiches. Bd. 276. S. 111 ff. Berlin 1922, und ferner Elster, Die Bevölkerungsbewegung und der Bevölkerungsstand in der Nachkriegszeit. Handwörterbuch a. a. O. Bd. 2, S. 728.

kommt es unter dem Gesichtspunkt des Bevölkerungsproblems, d. h. der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Bevölkerung, nicht auf den Altersaufbau als solchen an, sondern auf das Verhältnis der vorhandenen Arbeitskraft zu den wirtschaftlichen Voraussetzungen, die in dem betreffenden Lande mittelbar oder unmittelbar zur Betätigung dieser Arbeitskraft zur Verfügung stehen^{1).}

In dieser Hinsicht liegen nun die Verhältnisse bei den einzelnen der am Kriege beteiligten Staaten keineswegs gleichartig, wenngleich bei ihnen im allgemeinen überall als Folge des Krieges Störungen im Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Bevölkerung aufgetreten sind, Störungen, welche nach Lage der Verhältnisse vornehmlich ihr Zentrum in Deutschland gehabt haben. Diese Überlegungen leiten dazu über, nun zu untersuchen, wie sich durch den Krieg und seine Nachwirkungen die rein wirtschaftlichen Seiten des Bevölkerungsproblems gewandelt haben.

3. Die Beziehungen zwischen Volkszahl und Wirtschaft in ihrem Einflusse auf die Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit.

Zunächst hat der Friedensschluß für Deutschland eine ganz erhebliche Schmälerung seiner Ernährungs- und Rohstoffgrundlage bewirkt. In den abgetretenen Gebieten hat Deutschland 10% seiner Bevölkerung, dagegen 15,4% seines gesamten Ackerlandes, 11,2% seiner Rindvieh- und Schweinezucht, 26,2% derjenigen an Blei und 74,5% derjenigen an Eisenerzen verloren. Faßt man die Verluste durch die abgetretenen Gebiete mit den Leistungen für Reparationszwecke zusammen, so standen der deutschen Volkswirtschaft im Jahre 1922 gegenüber dem Jahre 1913 51,6 Millionen Tonnen weniger an Kohlen zur Verfügung. Dazu kommen noch die Rückgänge in den Produktionsleistungen nach dem Kriege in der Landwirtschaft und in vielen Zweigen der Industrie, ferner die Tatsache, daß viele Industrieerzeugnisse und andere Güter, ohne einen Gegenwert dafür zu erhalten, für Reparationszwecke an das Ausland abgegeben werden mußten, von den sonstigen Verlusten an Kapital durch den Krieg und den Friedensvertrag und von dem Ausfall durch den Verlust der Kolonien ganz zu schweigen. Man kann zusammenfassend sagen, daß durch all dieses der Konsumtionsfonds der deutschen Bevölkerung eine erhebliche Verminderung erfahren

¹⁾ Eingehender über diese Zusammenhänge Mombert, Die Ökonomie der Arbeitskraft. Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik. Bd. 108. 1918.

hat, daß also im Durchschnitt in Deutschland auf den einzelnen ein geringerer Gütervorrat zum Verbrauch entfällt als zuvor¹⁾.

Wenn also auch durch den Krieg und seine Nachwirkungen, um zunächst wieder an die Verhältnisse in Deutschland anzuknüpfen, ein starker Bevölkerungsausfall eingetreten ist, so ist derselbe zweifellos lange nicht so groß wie die Verringerung des Konsumtionsfonds, welcher aus dem ebengenannten und manchen anderen, nicht besonders erwähnten Gründen, erfolgt ist. Aus diesem Grunde ist schon oben betont worden, daß man diesen Bevölkerungsverlust nicht ohne weiteres in dem Sinne als repressives Hemmnis bezeichnen kann, daß dadurch das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Volkszahl ein günstigeres geworden wäre.

Angesichts dieser Verhältnisse wird man sogar von einer Übervölkerung in Deutschland sprechen können, und zwar einer solchen, die dadurch eingetreten ist, daß der Nahrungsspielraum einen stärkeren Rückgang als die Volkszahl erfahren hat. Wenn Gustav Rümelin einmal gesagt hat, daß dann ein Land in den Zustand der Übervölkerung eintritt, „wenn nachhaltig, d. h. eine Reihe von Jahren hindurch die Einwohnerzahl in rascherer Progression gestiegen ist als das Volkseinkommen und Volksvermögen, wenn infolgedessen für die einzelnen das Durchschnittseinkommen sinkt, wenn die volkswirtschaftlich wichtigsten Berufszweige so übersetzt und durch die Konkurrenz beengt sind, daß sie sehr vielen keinen lohnenden Erwerb mehr bieten und jeder neue Zuwachs das Übel steigert, wenn das Areal des Landes nicht mehr ausreicht, die gemeinen und unentbehrlichen Nahrungs- und Unterhaltsmittel zu bieten, der Bezug von außen dabei aber die Gegenleistung von Tauschmitteln erfordert, deren Beschaffung und Absatz mit stets wachsenden Schwierigkeiten verknüpft ist, was dann die Vermehrung des Volksvermögens und Volkseinkommens allmählich unmöglich macht²⁾“, so hat er im allgemeinen mit dieser Charakterisierung der Merkmale einer Übervölkerung, die ja auch im wesentlichen auf die jetzigen deutschen Verhältnisse zutreffen, recht. Nur daß Rümelin dabei übersehen hat, daß die gleiche Wirkung einer Übervölkerung mit den gleichen, von ihm aufgezählten Merkmalen, auch von der Seite der Wirtschaft her durch eine Verengerung des Nahrungsspielraumes, also ohne besonders starkes Volkswachstum, eintreten kann.

Es ist ja leicht verständlich, daß und warum eine solche Gleichgewichtsstörung mit genau den gleichen Wirkungen sowohl durch Änderungen in der Wirtschaft

¹⁾ Vgl. dazu die amtlichen Denkschriften „Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges“, Berlin 1923, und „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen“, Berlin 1924. Ferner Wilhelm Schöttler, „Der Nahrungsspielraum Deutschlands nach dem Weltkriege“, Essen 1922.

²⁾ Zur Übervölkerungsfrage. Reden und Aufsätze. Neue Folge. S. 569/70. Freiburg 1881.

als auch durch zu starkes Volkswachstum entstehen kann. Dabei wird man für Deutschland von einer relativen Übervölkerung in dem Sinne sprechen können, daß es sich dabei um eine Erscheinung handelt, die durch Änderungen in den Leistungen der Wirtschaft wieder behoben werden kann¹⁾. Mit diesen eben dargelegten Tatsachen steht auch die Zunahme der unproduktiven Arbeit in der Nachkriegszeit in enger Beziehung. Auch diese Erscheinung läßt sich leicht unter dem Gesichtspunkte des Zusammenhangs von Wirtschaft und Bevölkerung verstehen. Es handelt sich hier um Vorgänge, die man in gleicher Weise in der Privatindustrie²⁾ wie auch in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen, aber auch im Auslande beobachten konnte, eine Erscheinung, die an dieser Stelle nicht eingehender mit Zahlen belegt zu werden braucht. Es sei nur darauf hingewiesen, daß bis zum 1. März 1924 bei einem Gesamtpersonalbestand bei der Reichsbahn, der Reichspost und Telegraphenverwaltung sowie der Reichsdruckerei von 1 592 214 Köpfen am 1. Oktober 1923 insgesamt 396 858 Personen abgebaut worden sind³⁾. An anderer Stelle habe ich einmal ausgeführt⁴⁾, daß sich auf der heutigen Stufe der Wirtschaft bei einem Volke, dem im allgemeinen die Möglichkeit offensteht, in einer dem Bedarf entsprechenden Menge Nahrungsmittel aus dem Auslande zu beziehen, sich die Wirkung eines Zuviel an Bevölkerung nicht mehr in einem allgemeinen Mangel an Nahrungsmitteln, wie in älteren Zeiten, sondern in einem Mangel an Arbeitsgelegenheit zeigt. Auf einer solchen Stufe und unter solchen Verhältnissen ist die Erweiterung und Sicherung des Nahrungsspielraumes gleichbedeutend mit der Beschaffung und Sicherung genügender und genügend entlohnter Arbeitsgelegenheit.

Denn die Volkszahl eines Landes, welche hier der Einfachheit halber zunächst der gesamten Arbeitskraft eines Landes gleichgestellt werden soll, ist nicht imstande, an sich schon eine produktive⁵⁾ Tätigkeit auszuüben. Dazu sind vor allem gewisse Stoffe und Gaben der Natur erforderlich, welche die menschliche Arbeit erst durch Formveränderung zu Brauchbarkeiten umgestaltet, und dazu gehört auf unserer Stufe der Wirtschaft auch ein Mindestmaß an Kapital, ohne welches eine ökonomisch erfolgreiche Arbeit unmöglich ist. Wo diese Voraussetzungen,

¹⁾ Vgl. dazu des Verfassers „Bevölkerungslehre“ im Grundriß der Sozialökonomik. Bd. II. S. 99 ff. 2. Aufl. Tübingen 1923.

²⁾ Vgl. dazu den Abschnitt „Die Zunahme der unproduktiven Arbeitskräfte“ in „Die Wirtschaftskurve“. Jahrg. 1924. S. 144 ff.

³⁾ Denkschrift des Reichsfinanzministeriums. Zitiert nach der Frankfurter Zeitung. I. Morgenbl. vom 22. Juni 1924.

⁴⁾ Bevölkerungspolitik nach dem Kriege a. a. O. S. 28.

⁵⁾ Dieser Begriff wird hier lediglich im technischen Sinne gebraucht, da er allein auf diese Weise einen eindeutigen und brauchbaren Inhalt erhält.

wie in Deutschland, in der Zeit nach dem Kriege nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden waren, da kann die vorhandene Arbeitskraft nicht, wie bis dahin, in produktiver Weise verwandt werden. Dabei sei an dieser Stelle ganz davon abgesehen, ob und in welchem Maße sich auch Veränderungen in den Absatzmöglichkeiten vollzogen haben.

Diese Erscheinung einer unzureichenden Arbeitsgelegenheit kann sich, wie die Erfahrung zeigt, in verschiedener Form zeigen. Das kann in der Weise geschehen, daß ein Teil der Bevölkerung arbeitslos ist und Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln bezieht. In einem solchen Falle liegen Teile der Arbeitskraft unmittelbar brach und tragen nicht zur Schaffung von Volkseinkommen bei, wobei sie jedoch, vor allem entsprechend der Höhe der Arbeitslosenunterstützung, Anteil am Konsumtionsfonds der Volkswirtschaft haben. Die gleiche Wirkung kann aber auch in der Form in die Erscheinung treten, daß Teile der vorhandenen Arbeitskraft eine unproduktive Tätigkeit ausüben, also nicht zur Schaffung von Volkseinkommen beitragen, aber doch dank der ihnen gezahlten Löhne und Gehälter ebenfalls Anteil am Konsumtionsfonds haben.

Ob nun das eine oder das andere der Fall ist — es gibt auch noch andere Möglichkeiten —, beide Male tritt die gleiche Tatsache in die Erscheinung, daß eine gleiche Zahl von Menschen, wie zuvor, sich in ein geringeres Volkseinkommen teilen muß, wobei jedoch in diesem Falle diese Änderung ihre Ursache nicht auf der Bevölkerungsseite hat, sondern auf Wandlungen in der Wirtschaft beruht. Aber nicht nur in Deutschland haben sich derartige Wandlungen vollzogen, auch in den anderen am Kriege beteiligten Staaten, auch bei Neutralen, ist aus den verschiedensten Gründen heraus als Wirkung des Krieges das gleiche der Fall gewesen¹⁾.

Zunächst ist vielfach auch in diesen Staaten aus den allerverschiedensten Gründen der Güterreinertrag, d. h. das Volkseinkommen zurückgegangen, die Produktion hat noch nicht überall den Stand der Vorkriegszeit wieder erreicht. Es kann dies natürlich an dieser Stelle nicht genauer mit Zahlen für alle in Betracht kommenden Länder belegt werden. Nur wenige Zahlen sollen das eben

¹⁾ Vgl. dazu das vornehmlich der Bevölkerungsfrage gewidmete sechste Heft „Der Wiederaufbau in Europa“ vom 17. August 1922, herausgegeben vom Manchester Guardian Commercial. Ferner: O. Landwehr, „Ürvölkertes Land“. Wien 1923. — J. Wyler, „Das Ürvölkerungsproblem der Schweiz“. Bern 1923. — W. E. Ruetschi, „Die Lage des Arbeitsmarktes in der Schweiz nach dem Kriege“. Diss. Gießen. 1923. (Manuskript.) Ferner: E. Thery, „Conséquences économiques de la guerre pour la France“. Paris 1922, und Delaisi, „Die Bilanz der wirtschaftlichen Kräfte Frankreichs“. In „Deutschland und Frankreich“. Herausgegeben von Kuczynski. Berlin 1924.

Gesagte veranschaulichen helfen. Die beiden folgenden Tabellen¹⁾ sollen zunächst zeigen, wie stark an wichtigen Gütern Erzeugung und Verbrauch zurückgegangen sind.

Es betrug	in den Jahren			
	1913	1920	1921	1922
die Weltproduktion in Gold in kg	692 040	504 033	496 250	477 894
die Weltproduktion in Silber in kg.	6 964 318	5 418 624	5 348 207	6 410 843
der Weltverbrauch an Baumwolle in 1000 Ballen	20 402	—	15 078	18 809
die Teeausfuhr aus den wichtigsten Teegewinnungsländern in 1000 kg	350 900	288 700	296 400	309 600
die Weltproduktion an Wolle in 1000 pounds	3 162 035 ²⁾	—	2 766 151	2 684 153
die Rübenzuckererzeugung der Welt in 1000 t	8 908 ³⁾	—	5 052 ⁴⁾	5 261 ⁵⁾
die Steinkohlenförderung der Welt in 1000 t	1 212 143	—	956 827	1 032 329
die Koksgewinnung auf Zechen und Hütten in Großbritannien, Belgien, den Vereinigten Staaten in 1000 t	58 619	—	28 666	42 200
Von 1000 Mitgliedern der Arbeiterberufsvereine in Großbritannien, Belgien, Holland, in den skandinavischen Staaten waren arbeitslos	38	46 ⁶⁾	187	156

Es betrug der Rückgang der Produktion im Jahre 1921 vom Hundert der Produktion im Jahre 1913 in⁷⁾

	Großbritannien	Frankreich ⁸⁾	Vereinigte Staaten
an Steinkohle	43	37	13
„ Roheisen	74	62	46
„ Stahl.	52	58	37
„ Kupfer.	77	99	54
„ Blei	67	54	12
„ Zink	90	62	42
„ Baumwollverbrauch	52	52	12

Welche Einschnürung der Welthandel in den ersten Nachkriegsjahren erfahren hat, davon soll die folgende Zusammenstellung ein Bild geben:

¹⁾ Die erste Tabelle ist zusammengestellt nach den Angaben in dem Stat. Jahrbuch des Deutschen Reiches und der Monatsschrift „Wirtschaft und Statistik“, passim.

²⁾ Durchschnitt 1909—1913. ³⁾ 1913/14. ⁴⁾ 1921/22. ⁵⁾ 1922/23. ⁶⁾ ohne Belgien.

⁷⁾ Deutschlands Wirtschaftslage, a. a. O. S. 56.

⁸⁾ 1913 einschließlich Elsaß-Lothringen.

Unter Zugrundelegung des Großhandelsindex des *Economist* bzw. des französischen Großhandelsindex betrug in den Jahren¹⁾:

	Großbritannien		Frankreich	
	Einfuhr Mill. £	Ausfuhr Mill. £	Einfuhr Mill. Fr.	Ausfuhr Mill. Fr.
1913	769	525	8421	6880
1920	687	475	9805	5284
1921	600	387	6403	5731
1922	630	452	6957	5983

Diese Zahlen mögen genügen, um zu zeigen, in welchem Umfange sich unter dem Einfluß des Krieges und seiner Nachwirkungen die Wirtschaftsgrundlage der Welt verengert hat. Sie ist in Europa jedenfalls in diesen Jahren mehr zurückgegangen, als es mit der Volkszahl der Fall gewesen ist. Man wird deshalb Wright durchaus recht geben müssen, wenn er sagt, daß ein moderner Krieg nicht zu den Hemmnissen der Bevölkerungsvermehrung im Sinne von Malthus gehöre. „In der Tat ist der Krieg so wenig ein Heilmittel gegen Übervölkerung, daß er zu den mächtigsten Faktoren gehört, die die Lebenshaltung auf das Niveau der Subsistenzmittel drücken.“

In früheren Zeiten, man denke nur an die Antike oder an die Periode der Völkerwanderung oder an die deutsche Kolonisation des Ostens im Mittelalter, bedeutete ein Krieg für das siegreiche Volk die Gewinnung neuen Landes; die Unterlegenen wurden mehr oder weniger vernichtet oder aus ihren Wohnsitzen vertrieben. Das war die Zeit, in welcher der Boden für das Volk die ausschließliche oder die wichtigste Grundlage des Nahrungsspielraums war, in der auch ein Krieg durch eine solche Gewinnung neuen Landes unmittelbar den Nahrungsspielraum eines Volkes vergrößern konnte.

Ganz anders gestalteten sich die Verhältnisse in einer Zeit, in welcher die im Kriege einander gegenüberstehenden Völker vorher durch eine enge internationale Arbeitsteilung miteinander verbunden waren. Im Laufe der Geschichte, vor allem in den letzten Menschenaltern, hat sich in steigendem Maße ein Integrationsprozeß vollzogen, der wirtschaftlich die einzelnen Staaten und Völker immer mehr zu einem Ganzen zusammengeschlossen hat. Schon in den Zeiten des Friedens konnte man z. B. bei krisenhaften Störungen in einem Lande leicht wahrnehmen, wie diese sich dank der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sehr schnell auf andere Länder übertrugen, und was man hier in schwachen Formen

¹⁾ Deutschlands Wirtschaftslage a. a. O. S. 56/57.

beobachten konnte, das hat dann der Krieg mit seinen Nachwirkungen in einem Ausmaße gezeigt, wie es frühere Zeiten nie gekannt haben: „die weltwirtschaftliche Solidarität der Völker“.

„Die Weltwirtschaft ist in jedem Augenblick eingestellt auf ein gewisses Produktionsmaß und eine gewisse Leistungsfähigkeit, auf eine bestimmte Kapazität jedes einzelnen Landes: darauf, daß die einzelnen Glieder selbst möglichst unversehrt sind und sich einander ergänzen. Die weltwirtschaftliche Einstellung bedeutet mehr als eine bloß äußere, internationale Arbeitsteilung in der Erzeugung. Eine wesentliche Änderung in dem Ausmaße der Leistungsfähigkeit berührt vielmehr mittelbar auch die Weltwirtschaft im ganzen. Sie sind eben aufeinander abgestimmt.“¹⁾

Mit dieser engen wirtschaftlichen Verbundenheit der Völker hing es zusammen, daß sich die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in den im Kriege unterlegenen Staaten auch mehr oder weniger auf die Siegerstaaten und die neutralen Länder übertragen haben, und daß man deshalb unter bestimmten Gesichtspunkten die sogenannte Weltkrise auch als eine Art von Übervölkerungserscheinung betrachten kann, welche ihren Ausgang von Mitteleuropa und Rußland aus genommen und sich dann auf Wegen, die sofort zu besprechen sein werden, auch auf andere Länder übertragen hat.

Es ist oben zustimmend auf die Merkmale einer Übervölkerung hingewiesen worden, die von Rümelin dafür aufgestellt worden sind. Das Wesentliche liegt in einem Rückgang der allgemeinen Lebenshaltung, die aus Veränderungen in dem Größenverhältnis zwischen Nahrungsspielraum und Volkszahl herröhrt. Dabei kann diese Wandlung darauf beruhen, der Fall, an den man in der Vorkriegszeit allein immer gedacht hat, daß die Volkszahl stärker wächst als der Nahrungsspielraum, sie kann aber auch daraus hervorgehen, daß die Wirtschaftsgrundlage bei gleichbleibender, ja bei sinkender Volkszahl, stärker als diese zurückgeht. Diese letztere Erscheinung ist in den meisten der am Kriege beteiligten Ländern aufgetreten, nicht nur während seiner Dauer, sondern auch nach seiner Beendigung. Am stärksten hat sie sich in den im Kriege unterlegenen Staaten gezeigt, und zwar in Formen, welche wir nun etwas genauer betrachten wollen.

Es braucht an dieser Stelle nicht genauer mit Zahlen belegt zu werden, in welchem Maße in Deutschland nach dem Kriege gegenüber der Vorkriegszeit die Lebenshaltung zurückgegangen ist²⁾). Auch die Gründe dafür sind schon oben kurz gestreift worden. Zum Teil handelte es sich dabei um die unmittelbaren

¹⁾ F. Eulenburg, Weltwirtschaftliche Solidarität der Völker. S. 27/28. Berlin 1922.

²⁾ Vgl. dazu „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen“, a. a. O. S. 27 ff.

Wirkungen des Friedensvertrages auf das deutsche Wirtschaftsleben, zum Teil um die Nachwirkungen des Krieges, vor allem im Hinblick auf die notwendige Friedensumstellung der Industrie und die verringerten Erträge der Landwirtschaft, zum Teil auch um die Nachwirkungen der Revolution und der politischen Unruhen, welche einen ungünstigen Einfluß auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter ausgeübt haben. Daß dabei auch der Rückgang der Markvaluta, ebenso wie die Finanzmißwirtschaft, eine erhebliche Rolle gespielt haben, ist auch bekannt.

Wo nun eine bestimmte Lebenshaltung, wie z. B. diejenige in Deutschland vor dem Kriege vorausgesetzt, einen Rückgang durch eine Verengerung der Wirtschaftsgrundlagen erfährt und wo dieser Rückgang durch eine Verminderung der Volkszahl behoben werden kann, haben wir es mit einer Übervölkerungserscheinung zu tun¹⁾. Wenn in den ersten Jahren nach dem Kriege nicht unter dem Druck der Geldentwertung, welche es nur relativ wenigen möglich machte, die dafür nötigen Mittel aufzubringen, die deutsche Auswanderung im Gegensatz zu derjenigen anderer Staaten eine so geringe gewesen wäre, wie es die folgende Tabelle dartut, wenn es in stärkerem Maße möglich gewesen wäre, in dieser Zeit den heimischen Arbeitsmarkt zu entlasten, so wäre sicherlich diese Übervölkerungserscheinung nicht in der Stärke aufgetreten, wie es in Wirklichkeit der Fall gewesen ist.

Es betrug die überseeische Auswanderung:

in den Jahren	aus Deutsch-land	aus Groß-britannien	aus Italien
1919	3 144	147 000	98 893
1920	8 458	285 105	194 224
1921	23 254	199 177	182 040
1922	35 511	164 096	121 410
1923	115 416	256 284	177 853

Dabei sei an dieser Stelle die Frage nicht weiter erörtert, ob für Deutschland überhaupt bei einer solch relativen Übervölkerung eine starke Auswanderung etwas Erwünschtes wäre, ob in einer solchen Tatsache nicht ein schweres Hemmnis für den künftigen Wiederaufstieg unseres Wirtschaftslebens liegen könnte. Übervölkerungserscheinungen, welche von der Seite der Wirtschaft herrühren, können wohl durch eine Verminderung der Volkszahl behoben werden. Der gegebene Weg ist aber in einem solchen Falle immer der, den Versuch zu machen, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu heben.

¹⁾ Ich kann also Wyler (a. a. O. S. 7) nicht folgen, der nur dann von einer Übervölkerung sprechen will, wenn das Gleichgewicht zwischen Bevölkerungskapazität und ihrer Größe durch einen Eingriff in ihr Wachstum oder in ihren Bestand hergestellt werden muß.

Dieser Rückgang der Lebenshaltung, in welchem die Übergabe zur äußeren Ausdruck kommt, kann sich dabei, wie die Erfahrung zeigt, in zwei verschiedenen Formen vollziehen. Die eine Form trat bei den valutaschwachen, die andere Form bei den valutastarken Ländern auf. Ein deutliches Beispiel für die ersten geben die Verhältnisse in Deutschland. In engem Zusammenhang mit der dauernd zunehmenden Geldentwertung, die als Exportprämie wirkte, auch auf dem Binnenmarkt bei der steten Flucht in die Sachwerte, eine Hochkonjunktur¹⁾ hervorrief, war in Deutschland die Arbeitslosigkeit bis in den Sommer 1923 eine sehr geringe, während die Realeinkommen wesentlich unter dem Niveau der Vorkriegszeit standen und vor allem noch darunter litten, daß die Kaufkraft der vereinbarten Löhne und festgesetzten Gehälter am Tage der Auszahlung in der Regel bereits erheblich herabgemindert war.

Ganz anders lagen die Verhältnisse in den valutastarken Ländern. In ihnen waren die Reallöhne und die Gehälter von Angestellten und Beamten wesentlich höher als in Deutschland. Dagegen war die Arbeitslosigkeit in ihnen zum Teil eine ungemein große, wie die folgende kleine Zahlenreihe zeigt. Es waren im Juni 1922 von 1000 Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos in

Deutschland	6
Großbritannien	157
Belgien	26
Holland	92
Schweden	209
Vereinigte Staaten von Amerika	122

Dagegen wurden in Deutschland im Jahre 1922 nur 42% der Fleischmenge verzehrt wie im Jahre 1913 und im Erntejahr 1921/22 nur 73% des Brotgetreides gegenüber dem Erntejahr 1913/14²⁾. Es betrug der Verbrauch in Deutschland für menschlichen Genuss und industrielle Weiterverarbeitung in den Jahren³⁾:

an	1913	1922
Kaffee (1000 Tonnen)	164	37
Tee (Tonnen)	4 300	2 890
Baumwolle (1000 Ballen)	1 702	1 083
Reis (Tonnen)	167 190	100 654
Kakaobohnen und -Schalen (Tonnen)	51 053	84 006

¹⁾ Über den Charakter dieser Hochkonjunktur vgl. des Verfassers „Einführung in das Studium der Konjunktur“, 2. Aufl. Leipzig 1925.

²⁾ Deutschlands Wirtschaftslage, a. a. O. S. 31 und S. 58.

³⁾ Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen, a. a. O. S. 11.

Man sieht sowohl in den valutaschwachen wie auch in den valutastarken Ländern den Zwiespalt zwischen Volkszahl und Nahrungsspielraum, in den letzteren in Form einer großen Arbeitslosigkeit, in den ersteren in Form eines erheblichen Rückganges der Realeinkommen.

V. Stuart¹⁾ hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das Problem der Arbeitslosigkeit in erster Linie ein Lohnproblem sei: „An Nachfrage nach den hergestellten Gütern fehlt es in der Regel nicht, wohl aber an Nachfrage zu Preisen, welche die Fortführung der Produktion unter Beibehaltung der herkömmlichen Löhne usw. gestatten. Daher dann die Notwendigkeit, entweder der Einschränkung der Produktion, welche mit Arbeitslosigkeit verbunden ist, . . . oder auch umgekehrt, eine Herabsetzung der Produktionskosten so lange, bis der bestehenden kaufkräftigen Nachfrage gegenüber die Produktion ein wirksames Angebot ergeben kann.“ „Entweder muß daher die Produktion eingeschränkt werden, in welchem Falle weniger Erzeugnisse auch zu den bisher geltenden Preisen kaufkräftige Abnehmer finden, aber nur ein Teil der Arbeiter die bis dahin empfangenen Geldlöhne auch weiter verdienen kann, während ein anderer Teil arbeitslos wird. Oder auch die Geldlöhne gehen in einem, den Produktionspreisen entsprechendem Maße herab, in welchem Falle die Produktion nicht eingeschränkt zu werden braucht und sämtliche Arbeiter beschäftigt bleiben können.“

In diesen Worten des holländischen Nationalökonomie ist zutreffend die verschiedene Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in den valutastarken und valutaschwachen Staaten charakterisiert. In beiden Fällen bei einer bestimmten Lohnhöhe ein Zuviel an verwertbaren Arbeitskräften, ein Gegensatz, welcher das eine Mal sich in einer erheblichen Arbeitslosigkeit, das andere Mal in einer Veränderung der Reallöhne auswirkt. Wäre man dazu übergegangen, auch in den valutastarken Ländern das Lohnniveau auf dasjenige Deutschlands herabzusetzen, so wäre dort die Arbeitslosigkeit ebenso zurückgegangen, wie sie in Deutschland zugenommen hätte, wenn man dazu übergegangen wäre, in dieser Zeit die Löhne auf das Vorkriegsniveau heraufzusetzen. Dabei sei an dieser Stelle nicht weiter untersucht, wie dann jedesmal die Wirkung auf das Lohnniveau der anderen Staaten, das ja davon ebenfalls beeinflußt worden wäre, sich gestaltet hätte.

Wenn V. Stuart betont, daß man das Vorkommen von Arbeitslosigkeit nicht als Beweis dafür deuten dürfe, daß es ein absolutes Zuviel an Menschen gibt, so hat er darin unbedingt recht, wenn man den Nachdruck auf das Wort „absolut“ legt; aber unter solchen Umständen sind eben, an der Wirtschaft gemessen, doch zu viele Menschen da, und man kann deshalb von einer relativen Übervölkerung reden, wenn man an diese Zustände den Übervölkerungsbegriff Rümelins anlegt.

¹⁾ Die heutige Arbeitslosigkeit im Lichte der Weltwirtschaftslage. S. 7—9. Jena 1922.

Die Ursachen dieser Erscheinung waren nun, wie wir oben gesehen haben, recht verschiedenartige. Nur eine dieser Ursachen, welche vom bevölkerungstheoretischen Standpunkte aus besonders wichtig ist, sei hier noch etwas eingehender besprochen. Es handelt sich hierbei um die Frage, aus welchen Gründen und auf welche Weise sich diese Übervölkerungerscheinungen auch auf die Sieger- und neutralen Staaten übertragen haben und nicht auf Deutschland begrenzt gewesen sind. Denn Clemenceau hat ja seinerzeit nur davon gesprochen, daß es in Deutschland, nicht davon, daß es in Europa 20 Millionen Menschen zu viel gäbe.

Daß sich vor allem in Deutschland diese Symptome einer Übervölkerung besonders stark gezeigt haben, ist oben bereits hervorgehoben worden. Neben mannigfachen inneren Ursachen, die hier in Frage kamen, spielten dabei die Leistungen auf Grund des Friedensvertrages eine ganz besondere Rolle. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, auf den Umfang und die Art dieser Leistungen genauer einzugehen. L. Brentano hat sie in seiner Schrift „Was Deutschland gezahlt hat“ erschöpfend behandelt¹⁾.

Alles, was ein Volk an solchen Leistungen aufzubringen hat, muß entweder aus dem Volksvermögen oder aus dem Volkseinkommen bestritten werden. Eine andere Quelle dafür gibt es nicht. Soweit es aus dem letzteren stammt, mindert sich, gleiche Produktionsleistungen vorausgesetzt, der Konsumtionsfonds, soweit sie aus dem ersten stammen, muß das Produktionskapital, die Voraussetzung einer erfolgreichen Gütererzeugung, zurückgehen. In beiden Fällen muß die Lebenshaltung sinken, wie es ja auch in Deutschland tatsächlich aus diesen und aus anderen Gründen der Fall gewesen ist. Die Folge waren bei uns deutliche Übervölkerungerscheinungen, welche ja auch Clemenceau in den oben wiedergegebenen Worten vorausgesagt hat.

Man hat nur damals eines übersehen, daß es sich bei Deutschland um keinen isolierten Staat handelt und daß sich deshalb diese Übervölkerungerscheinungen zwangsläufig auch auf andere Länder übertragen müssen. Auf der Newyorker Tagung der American Banker Association vom 2.—6. Oktober 1922 hat Mac Kenna, einer der angesehensten englischen Bankleute, diesen Zusammenhang in den folgenden Worten geschildert:

„Was Deutschland an vermehrtem Export herausbringen würde, könnte nur aus Fertigfabrikaten bestehen. Um diese Mehrausfuhr von Fabrikaten, trotz des Wettbewerbes anderer Industriestaaten, zu ermöglichen, müßte die deutsche Bevölkerung mehr Stunden am Tage und für geringere Entlohnung arbeiten, der

¹⁾ Berlin 1923.

Fabrikant müßte auf Teile seines Profits verzichten; ferner müßte der Import auf das geringstmögliche Maß eingeschränkt werden. Aber die Konkurrenzstaaten werden nicht müßig zusehen, wie ihnen ihr Absatz verloren geht und sie in die Gefahr wachsender Arbeitslosigkeit und schwerer Einbußen geraten. Soweit deutsche Güter in ihren eigenen nationalen Markt eindringen, werden sie sie durch Schutzzolltarife auszuschließen suchen. Soweit aber die Konkurrenzstaaten ihren Stand auf den neutralen Märkten behaupten wollen, sind sie gezwungen, ebenfalls ihren Arbeitslohn und Profit herabzusetzen. Wir sehen, daß alle anderen Industriestaaten der Welt ein vitales Interesse daran haben, den auf Vermehrung des deutschen Exportes gerichteten Anstrengungen entgegenzuwirken, und dies kann nur geschehen durch ein allgemeines Herabdrücken des Niveaus der Lebenshaltung.¹⁾

Schärfer kann man diesen Zusammenhang, daß sich unter den vorhandenen Voraussetzungen der Reparationszahlungen solche Übervölkerungsscheinungen in Deutschland auch zwangsläufig auf andere Länder übertragen müssen, nicht ausdrücken.

Ohne an dieser Stelle auf die Einzelheiten der so viel erörterten Transferierungsfrage einzugehen, ist deutlich, daß auf die Dauer Reparationsleistungen nur aus dem Volkseinkommen geleistet werden können. In dem Maße, in welchem in irgendeiner Form dem Konto des Agenten bei der Reichsbank Beträge, welche ja doch aus der Güterproduktion stammen müssen, zugeführt werden, muß sich um diese Beträge die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung mindern. Damit entsteht ein Preisdruck auf den inneren Markt, der die Warenausfuhr begünstigen und die Wareneinfuhr erschweren muß. Dies muß um so mehr der Fall sein, als ja der Agent bestrebt sein muß, um die notwendigen Devisen für das Ausland zu erhalten, seine großen, ihm bei der Reichsbank zur Verfügung stehenden Beträge so zu verwenden, daß die deutsche Handelsbilanz möglichst aktiv ist. Das kann er dadurch erreichen, daß er den deutschen Kapitalmarkt knapp hält und so durch hohe Zinsen einen Druck auf das inländische Preisniveau ausübt, wodurch die eben dargestellten Wirkungen auf Ausfuhr und Einfuhr noch verstärkt werden. Damit müssen sich aber die ungünstigen Lebensbedingungen des deutschen Volkes in einer der beiden eben dargelegten Formen auch auf das Ausland übertragen.

Diese Entwicklung bei der Ausfuhr wird um so leichter möglich sein, je mehr es sich um Waren handelt, welche in den Herstellungskosten vorzugsweise Arbeitslohn, das Wort im weitesten Sinne gefaßt, enthalten. Daraus ergibt sich, daß unter den oben genannten Umständen sich die deutsche Ausfuhr zweifellos nach

¹⁾ Zitiert nach dem Berichte des Bankarchivs. 22. Jahrg. 1923. S. 100.

der arbeitsintensiven Seite hin entwickeln muß, also nach der Seite hin, welche am meisten Arbeitsgelegenheit bietet und demnach geeignet ist, einer in Deutschland vorhandenen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Man wird unter den genannten Voraussetzungen eine solche Entwicklung mit um so größerer Bestimmtheit voraussagen können, als, wie die folgende Tabelle zeigt, der Gang des deutschen Außenhandels in den ersten Jahren nach dem Kriege bereits deutlich erkennbar schon diese Entwicklung genommen hat.

Es entfielen in Deutschland von 1000 Mk. der Gesamtausfuhr im Spezialhandel in den Jahren auf:

	1913	1922	1923
Lebende Tiere	1	2	1
Lebensmittel und Getränke	105	32	23
Rohstoffe und halbfertige Waren.	220	140	129
fertige Waren	664	823	844
Darunter auf:			
Kleidung und Wäsche	12	18	19
Papier und Papierwaren	22	39	54
Glas und Glaswaren	14	21	24
vergoldete und versilbernde Waren	3	5	6
Musikinstrumente	10	14	16
Uhren.	3	5	6
sonstige Erzeugnisse der Feinmechanik	5	8	9
Kinderspielzeug	10	18	19
elektrotechnische Erzeugnisse (ohne Maschinen) . . .	26	32	39

In dem betreffenden Bande der Reichsstatistik¹⁾ heißt es darüber: „Ein Rückgang ist im allgemeinen nur bei solchen Waren zu verzeichnen, die weniger als Fertig-, denn als Halbfertigwaren anzusehen sind. So ist z. B. die Ausfuhr von Baumwollgarn auf 22,8 v. H., die von Baumwollgeweben auf 45,6 v. H. und die von Kleidung und Wäsche nur auf 88,5 v. H. der Ausfuhr von 1913 zurückgegangen. Die Lederausfuhr beträgt nur 39,4 v. H., dagegen die Ausfuhr von Schuhwerk, Sattler- und Lederwaren 86,1 v. H. der Friedensausfuhr. Die Ausfuhr von Stab- und Formeisen ist auf 32,7 v. H., die von Blech und Draht auf 41,2 v. H. zurückgegangen; dagegen ist die Ausfuhr von Messerschmiedwaren, von Erzeugnissen der Feinmechanik, von Kraftfahrzeugen, von Fahrrädern und Fahrradteilen nicht unbeträchtlich gegenüber 1913 gestiegen.“

Bei diesen fertigen Waren handelt es sich eben grundsätzlich um beliebig

¹⁾ Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 310, 1. Teil: Der auswärtige Handel in den Jahren 1920, 1921, 1922; vgl. mit dem Jahre 1913. Berlin 1924. S. 9.

vermehrbare Güter, deren Preis auch international durch die niedersten Kosten bestimmt wird. Damit müssen auch niedere Reallöhne und eine tiefe Lebenshaltung in Deutschland für die entsprechenden Verhältnisse in seinen Konkurrenzstaaten bestimmt werden, und zwar in einer der beiden Formen, die wir oben kennengelernt haben, entweder unmittelbar in derjenigen niedriger Löhne oder in einer erheblichen Arbeitslosigkeit. Es sind das Überlegungen, die sich durchaus im Einklang mit dem befinden, was man bereits in den letzten Jahren beobachten konnte. Es hat also schon seine guten Gründe, wenn man im Ausland mit einem gewissen Bangen die weitere Entwicklung des deutschen Außenhandels beobachtet und daraus ungünstige Einflüsse für die Konjunktur und den Arbeitsmarkt des eigenen Landes befürchtet. Freilich handelt es sich hier um Einwirkungen, die in diesen Ländern durch eine mehr oder weniger große Auswanderung ausgeglichen werden können. Wir werden auch nachher noch sehen, daß dafür eine erhebliche Tendenz vorhanden ist.

Das Ausland kann zwar den Versuch machen, sich durch Schutzzölle gegen die billiger arbeitende deutsche Konkurrenz zu schützen, eine Maßnahme, die jedoch auf die Dauer wirkungslos bleiben muß, solange Deutschland gezwungen ist, zur Deckung seiner Reparationsverpflichtungen eine entsprechend große aktive Handelsbilanz zu haben. Denn entweder muß dann die deutsche Einfuhr noch mehr zurückgehen, um die Handelsbilanz in genügendem Maße aktiv zu gestalten, oder die Löhne und Einkommen müssen in Deutschland noch mehr sinken, um die Wirkung solcher Einfuhrzölle auf die Ausfuhr zu kompensieren; auf einem anderen Weg kann das erforderliche Maß der Aktivität unserer Handelsbilanz nicht aufrechterhalten werden.

Zwar können auch Fortschritte in der Technik und in der Organisation der Industrie die Produktionskosten herabsetzen und die Konkurrenzfähigkeit eines Landes auf fremden Märkten stärken. Es liegt jedoch kein Grund vor, anzunehmen, daß dies bei uns in stärkerem Maße möglich wäre als in anderen Staaten, zumal der Kapitalmangel in Deutschland auch zunächst ein ernstes Hindernis für solche Fortschritte bilden wird und alle Kreditgewährung aus dem Auslande, gleichviel in welcher Form sie stattfindet, immer nur unsere Zahlungsverpflichtungen an dasselbe vergrößern muß, also eine immer noch stärkere Aktivität unserer Handelsbilanz erforderlich macht.

Dabei sei an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen, ob V. Stuart darin recht hat, wenn er meint, daß in Europa überhaupt der Kapitalvorrat infolge des Weltkrieges so sehr verringert sei, daß er nicht einsehen könne, wie sich die Bevölkerung daselbst in ihrem heutigen Umfange dauernd werde halten können¹⁾.

¹⁾ a. a. O. S. 16.

Auf die gleichen Zusammenhänge hat, wenn auch unter anderen Gesichtspunkten, Liefmann bereits früher mit den folgenden Worten hingewiesen: „Im ganzen bedeutet der durch niedrige Lebenshaltung erzwungene Export eines verarmten, tributpflichtigen Landes gewissermaßen eine Tendenz zum Verarmungsausgleich zwischen den Ländern; auch in den anderen Ländern wird schließlich die Lebenshaltung herabgedrückt werden. Tatsächlich müssen also alle Länder unter anhaltenden großen Tributverpflichtungen eines schon verarmten Landes leiden . . . Die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge ermöglichen es nicht, daß ein großer und führender Industriestaat, namentlich wenn er im Mittelpunkt Europas liegt, auf die Dauer in Armut gehalten wird, während alle anderen Nationen viel reicher sind. Werden solche Zustände aufrechterhalten, so muß sich unter großen wirtschaftlichen Erschütterungen und Verschiebungen allmählich ein Reichtums- oder Armutsausgleich, wie man das nehmen will, durchsetzen.“¹⁾

Man kann aber auch, wie es im vorangegangenen versucht worden ist, diese ganzen Zusammenhänge vom Standpunkte des Bevölkerungsproblems aus betrachten. Denn es liegt auf der Hand, daß diese Nachwirkungen des Krieges und die weltwirtschaftlichen Wirkungen der Reparationsleistungen sich ganz anders gestaltet hätten und gestalten würden, wenn die Wirtschaftsgrundlage der deutschen Volkswirtschaft eine andere wäre, wenn vielleicht Deutschland in ähnlicher Weise wie die Vereinigten Staaten oder Argentinien in der Lage wäre, Rohstoffe in erheblicherem Umfange auszuführen und diese Rohstoffausfuhr zur Abtragung seiner Verpflichtungen zu steigern.

Wir haben jedenfalls gesehen, daß sich Übervölkerungsscheinungen, die infolge des Krieges und der Bestimmungen des Friedensvertrages in Deutschland auftreten, auch auf andere Länder übertragen müssen, und zwar vor allem infolge des Zwanges zu Reparationsleistungen, welche, da Zahlungen im internationalen Verkehr nur mittels Warenleistungen vollzogen werden können, Deutschland auf Jahrzehnte hinaus in einem ganz bestimmten Mindestmaß in die Weltwirtschaft hineinzwingen. Die Bemerkung in dem Gutachten der Sachverständigen, daß die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters nicht unter diejenige der ausländischen Arbeiter sinken dürfe, ist natürlich angesichts dessen, was in diesem Gutachten von Deutschland verlangt wird, gelinde ausgedrückt, graue Theorie, die von sehr wenig Verständnis für diese zwangsläufigen Zusammenhänge zeugt. Helander hat ganz recht, wenn er darüber schreibt: „Die billige Phrase über die gleich hohe Konsumtion des deutschen und des nicht-

¹⁾ R. Liefmann, Theorie des weltwirtschaftlichen Reichtumsausgleichs. Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 19. 1923. S. 558.

deutschen Arbeiters hätten sich die Sachverständigen sparen können. Wenn wir mit der Möglichkeit des Gelingens der Transferierung theoretisch rechnen, so wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß das Konsumtionsniveau in Deutschland niedriger gehalten wird.“¹⁾

Wenn man bisher in der Literatur von Übervölkerung gesprochen hat, so hat man dabei entweder an ein bestimmtes Land oder an die ganze Erde gedacht. Das erste hat z. B. Roscher getan, wenn er sagte: „Ich rede von Übervölkerung allenthalben, wo das Mißverhältnis zwischen Bewohnerzahl und Unterhaltsmitteln eine drückende Kleinheit der Lebensportionen bewirkt. Solche Übervölkerung ist in der Regel heilbar durch Erweiterung des Nahrungsspielraumes auf dem Wege entweder des Kulturfortschrittes oder aber der Auswanderung.“²⁾ Die Verhältnisse der ganzen Erde hatte dagegen Lexis im Auge, wenn wir bei ihm lesen: „Auch wenn die Produktion aller bisher noch unerschlossenen Gebiete herbeigezogen und die Intensität der Bewirtschaftung überall auf den höchsten Grad gebracht wird, so gibt es doch immer eine obere Grenze für die Zahl der Menschen, die mit den vorhandenen Mitteln ernährt werden kann, da es unmöglich ist, aus einer begrenzten Bodenfläche einen unbegrenzt steigenden Bedarf zu befriedigen.“³⁾

Die vorangegangenen Ausführungen haben nun gezeigt, daß unter den heutigen Verhältnissen, in welchen alle zivilisierten Völker durch eine internationale Arbeitsteilung auf das engste miteinander verbunden sind, Übervölkerungsscheinungen, welche für längere Zeit und nachhaltiger in einem Lande auftreten, in Form von Lohndruck und Arbeitslosigkeit auch auf die anderen Länder übergreifen müssen, daß also auf diese Weise das Bevölkerungsproblem sich von seiner nationalen Begrenzung loslöst und zwangsläufig einen internationalen Charakter annehmen muß⁴⁾.

Damit erledigt sich auch eine Frage, welche bisher nicht berührt worden ist,

¹⁾ Helander, Zur Theorie der Transferierung. Weltwirtschaftl. Archiv. Bd. 20. S. 594. — An diesem Problem der Transferierung muß auch der Gedanke einer Internationalisierung des Arbeitstages scheitern. Denn längere Arbeitszeit in Deutschland als in den anderen Ländern wird eine der Voraussetzungen dafür sein müssen, daß Deutschland diese Lasten tragen kann, ohne daß die Lebenshaltung der breiten Schichten zu sehr zurückgeht.

²⁾ Grundlagen der Nationalökonomie. 22. Aufl. 1897. S. 781.

³⁾ Allgemeine Volkswirtschaftslehre, S. 239. Leipzig 1910.

⁴⁾ Es kam mir im Obigen nur darauf an, in großen Zügen auf die Wirkungen dieser Reparationsverpflichtungen und der Transferierung unter dem Gesichtspunkte der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Bevölkerung kurz hinzuweisen. Es würde den Rahmen dieser Problemstellung überschreiten, auf die übrigen Seiten dieses überaus komplizierten Problems einzugehen. Wie diese Vorgänge sich im einzelnen auswirken, kann also an dieser Stelle nicht genauer untersucht werden, das hängt in besonders hohem Maße davon ab,

die jedoch auf das engste mit dem ganzen Problem der Übervölkerung zusammenhängt. Es handelt sich um die Auswanderung. In den oben zitierten Worten hat ja auch Roscher als Heilmittel gegen die Übervölkerung auf die Auswanderung hingewiesen, und in der Vergangenheit hat sie ja auch häufig genug als solches gewirkt.

Heute liegen jedoch die Verhältnisse wesentlich anders. Betrachten wir zunächst einmal die Tatsachen. Für die Zeit nach dem Kriege kann man nur die deutsche Überseeauswanderung zahlenmäßig feststellen, nicht die gesamte deutsche Auswanderung, auch nicht den Wanderverlust, der ja nur durch den Vergleich zweier Volkszählungen mit dem Geburtenüberschuß der dazwischen liegenden Jahre errechnet werden kann. Die deutsche Überseeauswanderung hat nun die folgende Entwicklung genommen. Es betrug in den nebenstehenden Jahren:

	die deutsche Übersee- auswanderung	der deutsche Geburten- überschuß
1913	25 843	833 800
1919	3 144	282 120
1920	8 458	666 358
1921	23 451	700 248
1922	36 527	518 617
1923	115 416	459 551
1924	59 328	508 878

in welche Länder sich der zunehmende deutsche Warenexport ergießt und welche Länder unter einer Verminderung der deutschen Einfuhr zu leiden haben. Jedenfalls gingen die obigen Ausführungen von der Voraussetzung aus, daß die Transferierung gelingt; denn nur unter dieser Voraussetzung können sich Übervölkerungsscheinungen in Deutschland in dieser zwangsläufigen Form auch auf andere Länder übertragen. In dem obengenannten Aufsatze hat Helander neuerdings darauf hingewiesen, daß unter allen Umständen, gleichviel, welche Umwege des Warenaustausches auf dem Weltmarkte auch auftreten werden, die Kaufkraft der Empfangsländer immer um diese Ausfuhr, der ja keine Gegenleistung gegenübersteht, steigen muß. Die Kaufkraft, die damit Deutschland abgeht, muß damit den Reparationsgläubigern zuwachsen. Das ist durchaus zutreffend, verträgt sich aber auch mit meinen obigen Darlegungen. Die Kaufkraft wächst letzten Endes den Empfangsländern auf Grund der Devisen zu, die ihnen der Agent auf Grund der deutschen Ausfuhr zur Verfügung stellen kann. Dem widerspricht es nicht, daß diese Ausfuhr, damit sie überhaupt in dem erforderlichen Ausmaße zustande kommen kann, in den Empfangsländern, wenn auch nicht in diesen allein, Arbeitslosigkeit und Lohndruck hervorruft. Wohl können, wenn die Transferierung gelingt, in den Empfangsländern infolge der deutschen Zahlungen vielleicht Steuererleichterungen vorgenommen werden; diesem Aktivum wird aber als Passivum die Tatsache gegenüberstehen, daß dort die Kaufkraft infolge der verstärkten und billigen deutschen Ausfuhr und der Verringerung der deutschen Einfuhr sinken wird. Dabei mag es sehr wahrscheinlich sein, daß dieses Aktivum und Passivum bei der Transferierung sich auf die einzelnen Länder in sehr verschiedenem Maße verteilt.

Wenn man, wie es oben geschah, die Meinung vertritt, daß gemessen an dem Nahrungsspielraum der Vorkriegszeit Deutschland die Merkmale einer Übervölkerung aufweist, so zeigt die Tabelle, daß diese Tatsache von der Bevölkerungsseite her nicht durch Auswanderung zu bekämpfen ist, weil daneben die Volkszahl durch den Geburtenüberschuß noch eine dauernde Steigerung erfährt. Es läßt sich zwar nichts darüber aussagen, wie sich in den nächsten Jahren Geburtenüberschuß und Auswanderung gestalten werden, es mag sein, daß der erstere noch weiter abnimmt, die letztere noch weiter ansteigt; man wird aber nicht annehmen dürfen, daß diese Entwicklung nach beiden Seiten hin so stark sein wird, daß die Auswanderung imstande ist, den ganzen Geburtenüberschuß aufzusaugen. Solange aber die Volkszahl bei uns weiter ansteigt, kann, wenn man von irgendwelchen Veränderungen in der Größe des Nahrungsspielraumes absieht, von dieser Seite aus kein Heilmittel gegen eine vorhandene Übervölkerung kommen.

Man darf weiterhin nicht daran vergessen, daß einer stärkeren deutschen Auswanderung heute und wohl noch auf längere Zeit hinaus ganz bestimmte Grenzen gezogen sind. Einmal haben die Vereinigten Staaten die Zahl ihrer Einwanderer kontingentiert, und ferner liegen in den übrigen Gebieten Nord- und Südamerikas, welche für eine größere deutsche Auswanderung in Frage kämen, zum Teil auch infolge der Nachwirkungen des Krieges, die Verhältnisse wirtschaftlich vielfach so ungünstig, daß sie in größerem Umfange für eine europäische Auswanderung zunächst nicht in Frage kommen können.

Während die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten sich im Jahre 1912/13 auf 1,056 Millionen belief, war die Zahl der zuzulassenden Einwanderer im Jahre 1923/24 auf 358 000 Köpfe, darunter 67 000 in Deutschland geborener Personen festgesetzt, und für das am 1. Juli 1924 beginnende Rechnungsjahr sind diese Zahlen auf 165 000 bzw. 57 000 herabgesetzt worden. Bei der Erteilung des Sichtvermerkes durch die amerikanischen Konsuln sollen in erster Linie gelernte Landwirte und Landarbeiter berücksichtigt werden, also gerade diejenigen Schichten, bei welchen zur Zeit in Deutschland von einem Zuviel kaum die Rede sein kann.

Es kommt noch hinzu, daß im Gegensatz zu der Zeit vor dem Kriege der Auswanderungstrieb auch in zahlreichen anderen europäischen Staaten, gerade auch infolge der oben dargestellten ungünstigen wirtschaftlichen Lage, ein sehr großer ist, und daß deshalb die deutsche Auswanderung in der Welt einer sehr starken Konkurrenz begegnet. Wo eben die Übergewölkungerscheinungen einen fast internationalen Charakter angenommen haben, lassen sie sich nicht durch Auswanderung beheben. England macht den Versuch, auf Grund seines Reichs-

siedelungsgesetzes vom Jahre 1921 seinen Arbeitsmarkt durch die Auswanderung in seine überseeischen Kolonien zu entlasten, und nur Frankreich nimmt, wie die folgende Aufstellung zeigt¹⁾, in den letzten Jahren zahlreiche Einwanderer auf.

Es wanderten in Frankreich ein:

	in den Jahren	
	1922	1923
Italiener	57 199	112 475
Polen	34 447	54 673
Spanier	46 425	36 497
Belgier	24 826	33 912

Die Bevölkerungsverhältnisse in Frankreich tragen ja auch seit langen Jahren einen ganz besonderen Charakter. Für Frankreich mußten die Kriegsverluste viel stärker als Mangel an Arbeitskraft empfunden werden als in den anderen am Kriege beteiligten Staaten. Einmal hat Frankreich ein sehr geringes eigenes Volkswachstum, das schon vor dem Kriege zu einer erheblichen Einwanderung Veranlassung bot, dann kamen nach dem Kriege noch andere Faktoren hinzu, welche die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt verstärken mußten. Man muß bei Frankreich immer berücksichtigen, daß, wenn man von Elsaß-Lothringen absieht, die französische Bevölkerung vom 5. März 1911 bis zum 1. März 1912 eine Abnahme von 2,1 Millionen Menschen erfahren hat. Dem gegenüber steht dann der große Bedarf an Arbeitskräften in der Landwirtschaft und in den Wiederaufbaugebieten sowie die Tatsache, daß die auch nach dem Kriege so zahlreiche französische Armee eine erhebliche Entlastung des Arbeitsmarktes bedeuten mußte. Wurden doch von den einwandernden Arbeitern 78 865 der Landwirtschaft und 107 607 der Industrie und von diesen letzteren 58 031 den Wiederaufbaugebieten übermittelt²⁾. Es ist auch zu beachten, daß die zeitweilige Inflationskonjunktur in Frankreich immer wieder belebend auf die Wirtschaft gewirkt und den Arbeitsmarkt günstig beeinflußt hat.

Es ist ja auch eine bekannte Erfahrung, daß gerade die Wanderbewegung in besonders hohem Maße unter dem Einfluß wirtschaftlicher und sozialer Faktoren steht. Maßgebend für die Richtung und Stärke der Auswanderung sind deshalb die wirtschaftlichen und sozialen Zustände in den Abwanderungs-

¹⁾ I. Ferenczi, „Die internationale Regelung der kontinentalen Arbeiterwanderungen in Europa“, Weltwirtschaftl. Archiv, S. 445 hält diese Zahlen noch für zu niedrig, da die Erhebungen der Auswandererstaaten wesentlich höhere Ziffern aufweisen.

²⁾ Nach Ferenczi a. a. O.

wie auch in den Zuwanderungsgebieten. Weil aber, wie oben gezeigt, das Übervölkerungsproblem zur Zeit und wohl noch auf länger hinaus einen internationalen Charakter trägt, sich auch auf Gebiete erstreckt, welche in erster Linie als Auswanderungsgebiete in Frage kommen, so ist auf diesem Wege ein vollkommener Ausgleich unmöglich.

Dabei steht es gar nicht einmal fest, ob die oben zitierte Ansicht Roschers richtig ist, daß die Auswanderung ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Übervölkerung eines Landes ist. Das hängt in besonders hohem Maße von der wirtschaftlichen Struktur des Auswanderungslandes ab, und ich bin der Meinung, daß gerade unter diesen Gesichtspunkten einer stärkeren deutschen Auswanderung erhebliche Bedenken entgegenstehen. Was Wright¹⁾ über die Bedeutung einer größeren Auswanderung für England gesagt hat, hat auch volle Geltung für Deutschland. „Die Untersuchung ergibt also, daß die Auswanderung alles weniger als ein vollkommenes Heilmittel gegen Übervölkerung ist. Sie hat zur Folge, daß eine Anzahl Leute aus den Altersklassen, in denen sie am meisten leistungsfähig sind, der Heimat entrissen wird, wobei die Versorgung der Kinder und Greise den anderen überlassen bleibt. Sie wälzt auf ein Land, das den Druck der Bevölkerung bereits empfindet, die Last, Menschen bis zum produktiven Alter zu züchten und sie dann unentgeltlich zu exportieren. Sie kann im Heimatlande wachsende Geburtenhäufigkeit hervorrufen; und sie wird die Konkurrenz der Überseeindustrien gegen die des Heimatlandes fördern und mithin gerade das Übel, das sie heilen soll, verstärken.“

Hat doch auch auf der deutschen Industrietagung 1924 Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt: „Nach Mitteilungen, die mir aus den verschiedensten Teilen des Reiches und aus den verschiedensten Berufszweigen in der letzten Zeit zugegangen sind, macht sich gerade unter den gelernten und Qualitätsarbeitern eine ausgeprägte Neigung zur Auswanderung bemerkbar. Das, meine verehrten Herren, bedeutet eine Gefahr, unter Umständen eine doppelt große Gefahr für die Wirtschaft, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und für eine lange Zukunft unseres Volkes.“²⁾ Wir dürfen doch nicht aus dem Auge verlieren, daß uns gerade die Last der Reparationsleistungen zwingt, unsere Exportindustrien zu entwickeln, und daß dieser Notwendigkeit gegenüber der Mangel an heimischen Qualitätsarbeitern, der heute schon genügend groß ist, aber auch die Entwicklung von Industrien in unseren bisherigen überseeischen Absatzgebieten, ein schweres Hemmnis bedeuten kann.

¹⁾ a. a. O. S. 126/127.

²⁾ Zitiert nach dem Bericht in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“. Jahrgang 1924. S. 119.

Ein solcher Ausgleich zwischen Volkszahl und Nahrungsspielraum kann natürlich von der wirtschaftlichen Seite her erfolgen, und es ist auch mit Bestimmtheit anzunehmen, daß dies im Laufe der Zeit geschehen wird, wenngleich hierbei noch manche Hindernisse zu überwinden sein werden. Es handelt sich vor allem darum, in welchem Maße und innerhalb welcher Zeit es den im Kriege unterlegenen Staaten, vor allem Deutschland, gelingen wird, trotz der gewaltigen Reparationsleistungen sein Volkseinkommen so zu steigern, daß die Lebenshaltung wieder auf das Niveau der Vorkriegszeit, die ja der Ausgangspunkt unserer Betrachtung gewesen ist, gehoben werden kann, und in welcher Zeit es Deutschland möglich sein wird, wieder in mindestens dem früheren Umfange als Käufer auf dem Weltmarkt aufzutreten. Das gleiche gilt auch von Rußland und manchen anderen Staaten. Erst auf diese Weise und erst dann wird sich wieder ein weltwirtschaftliches Gleichgewicht herausbilden können, wie es vor dem Kriege der Fall gewesen ist. Freilich muß dazu auch die politische Einstellung unserer früheren Gegner eine wesentlich andere werden, als es jetzt noch der Fall ist. Denn erst dann wird die internationale Wirtschafts- und Handelspolitik Formen annehmen können, die jedem Land und jedem Volk die ungehinderte Entwicklung seiner Produktivkräfte gestatten und damit vor allem für Europa den Gegensatz von Nahrungsspielraum und Volkszahl beseitigen helfen, den wir oben kennengelernt haben.

Freilich handelt es sich keineswegs um diese wirtschaftlichen und handelspolitischen Probleme allein, so wichtig sie auch sind. Es war oben schon davon die Rede, daß die gewaltige Kapitalvernichtung infolge des Weltkrieges, vor allem in den europäischen Staaten, für einen Wiederaufstieg auf die alte Höhe ein ernstes Hindernis bedeuten kann. Wir haben zwar aus den verschiedensten Gründen mit einer starken Kapitalabwanderung aus den Vereinigten Staaten zu rechnen, eine Kapitalabwanderung, die ja in der Mitte des Jahres 1924 so stark war, daß infolge der Anlagen der amerikanischen Gelder in Europa hier die Edelvaluten zu steigen begannen.

Man darf aber angesichts dieser kommenden Entwicklung nicht aus dem Auge verlieren, daß dann dementsprechend Verschuldung und Zinsendienst von Europa an die Vereinigten Staaten steigen müssen. Daraus können sich dann wirtschaftliche Wirkungen, es sei nur an die Handelsbilanz der Schuldnerstaaten erinnert, ergeben, welche geeignet sind, einen solchen Druck auf deren Real-einkommen auszuüben, daß damit das Verhältnis zwischen Nahrungsspielraum und Volkszahl noch ungünstiger wird. Hat man doch berechnet, daß Europa nach Abzug derjenigen Beträge, die von Amerikanern in Europa verausgabt oder zu Unterstützungen an europäische Verwandte gegeben werden,

jährlich 600 Millionen Dollar an Zinsen an die Vereinigten Staaten zu zahlen hat¹⁾.

Es sind das Fragen, die natürlich an dieser Stelle nicht eingehend erörtert werden können. Es war nur notwendig, auf diese kommende Entwicklung an dieser Stelle in Kürze hinzuweisen, um zu zeigen, daß die Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie durch den Krieg eingetreten sind, dahin wirksam sein können, daß auch wirtschaftliche und technische Fortschritte, welche in den europäischen Staaten stattfinden, vielleicht mehr oder weniger anderen Zwecken dienen müssen als der Erweiterung des eigenen Nahrungsspielraumes. Es wird sich vielleicht dann noch deutlicher zeigen, als bisher schon, daß nicht die Mittelmächte, sondern daß Europa den Krieg verloren hat.

Die obigen Betrachtungen haben also ergeben, daß der Krieg mit seinen Nachwirkungen allenthalben, in besonderem Maße aber in den unterlegenen Staaten — von den besonderen Verhältnissen in Rußland sei hier abgesehen —, Gleichgewichtsstörungen in dem Verhältnis zwischen Nahrungsspielraum und Volkszahl hervorgerufen hat, daß diese Störungen vor allem von Deutschland her ihren Ausgang genommen haben, um dann zwangsläufig auch auf Sieger- und neutrale Staaten überzugreifen. Es steht dahin, ob und in welchem Maße wirtschaftliche und technische Fortschritte in den nächsten Jahren diesen Ausfall decken und einen ähnlichen Zustand wie vor dem Kriege wieder herbeiführen können. Wenn auch in der Nachkriegszeit, wie gezeigt, das Volkswachstum geringer war als vor dem Kriege, und wenn man auch mit Bestimmtheit damit rechnen kann, daß dies auf lange Zeit hinaus so sein wird, so wird man trotzdem mit einer nicht unerheblichen Volkszunahme in den nächsten Jahren zu rechnen haben. Selbst wenn der Geburtenüberschuß eine weitere Abnahme erfahren sollte, braucht ja doch — und darauf kommt es im Hinblick auf das Bevölkerungsproblem allein an — damit das absolute Wachstum der Bevölkerung keineswegs zurückzugehen, weil sich ja bei gleicher Zuwachsrate die Volkszunahme eines jeden Jahres auf einer breiteren Basis als derjenigen des Vorjahres vollzieht. Nimmt man an, daß bei einer Bevölkerung von 60 Millionen Köpfen in einem Lande die jährliche Zuwachsrate 1,5 v. H., d. h. 900 000 Köpfe beträgt, so kann diese Zuwachsrate innerhalb von 24 Jahren auf 1 v. H. zurückgehen, ohne daß die absolute Zunahme hierdurch eine Verminderung erfahren hätte.

¹⁾ Vgl. dazu die lehrreichen Darlegungen von: Notz, Neuere Entwicklungen in der weltwirtschaftlichen Stellung der Vereinigten Staaten“, Weltwirtschaftl. Archiv Bd. 19, 1923, und H. von Raumer, „Die weltwirtschaftliche Umstellung seit 1914 und die sich hieraus ergebenden Aufgaben der zukünftigen deutschen Handelspolitik“, Technik und Wirtschaft, 17. Jahrgang 1924.

Es mag sein, daß in den nächsten Jahren auf wirtschaftlichem und technischem Gebiete so erhebliche Fortschritte erfolgen, daß trotz dieser zu erwartenden Volkszunahme die oben dargelegten Übervölkerungsscheinungen zurückgehen. Es mag aber auch sein, daß solche Hoffnungen getäuscht werden. Wir dürfen nicht daran vergessen, daß sich bereits vor dem Kriege gewisse Tendenzen beobachten ließen, welche auf eine Verringerung des Nahrungsspielraumes in der Welt hindeuteten. Wir hörten damals allgemein die Klage, daß das Leben teurer geworden sei, und Eulenburg hat mit guten Gründen den Standpunkt vertreten¹⁾, daß in dieser Zeit die Ausdehnung des Bedarfes aus den verschiedensten Gründen so stark gewesen sei, daß für eine ganze Reihe von Produkten die Grenzen der günstigsten Produktion in einem Maße überschritten worden seien, daß die hierdurch bewirkte Steigerung der Produktionskosten die gleichzeitig mitwirkenden gegenteiligen Tendenzen, die auf eine Ökonomisierung und damit eine Verbilligung der Produktion hinausliefen, aufgehoben habe. Für England²⁾ hat Eulenburg feststellen können, daß die Steigerung des durchschnittlichen Arbeitslohnes etwas hinter der Steigerung der Nahrungsmittelpreise zurückgeblieben sei, und auch für andere Länder scheint, wenigstens für gewisse Kategorien der Bevölkerung, die Entwicklung ebenfalls keine günstige gewesen zu sein³⁾.

Ich habe schon in meinem Beitrag zu der ersten Festschrift für Brentano⁴⁾ dabei hervorgehoben, daß in Deutschland seit der Jahrhundertwende die Kapitalbildung dem Kapitalbedarf gegenüber eine unzureichende gewesen sei, und darauf hingewiesen, daß es sich hier bereits um Anzeichen einer beginnenden Diskrepanz zwischen Volkswachstum und Nahrungsspielraum handle, und daß eine der Hauptursachen dieser relativ unzureichenden Kapitalneubildung auf der Preissteigerung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln beruhe. Die Preissteigerung an diesen Gütern war in diesem ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts eine so erhebliche, daß ich auf Grund der deutschen Außenhandelsstatistik für eine Reihe der wichtigsten Einfuhrartikel an Rohstoffen zu dem Ergebnis kam, daß wir auf Grund der Preise des Jahres 1912 für diese Einfuhr nur an diesen

¹⁾ Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts. Leipzig 1912.

²⁾ a. a. O. S. 75.

³⁾ Vgl. darüber weiter: Julius Wolf, „Nahrungsspielraum und Menschenzahl“. Stuttgart 1917. Ferner: Bauer u. Fisher, „Preissteigerung und Reallohnpolitik“. Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. Bd. 1. 1912. Kieseritzky, Löhne, Einkommen und Haushaltskosten während der letzten Jahrzehnte. Bresl. Statistik Bd. 36. 2. Heft. 1920. — Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 139/142: „Untersuchungen über die Preisbildung“.

⁴⁾ München 1916. „Zur Frage von Kapitalbildung und Kapitalbedarf in Deutschland.“

ausgewählten Gütern nahezu 500 Millionen Mark mehr hatten an das Ausland zahlen müssen, als wenn in diesem Jahre noch die Preise der Jahre 1899/1900 Geltung gehabt hätten.

Wenn wir also an die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Zukunft denken, so dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, daß schon vor dem Kriege in der Welt deutliche Tendenzen zu beobachten waren, die zu einer ungünstigen Beurteilung der Entwicklung bei einer weiteren starken Volkszunahme Veranlassung bieten konnten. Es zeugt deshalb auch nicht von einem zu großen Verständnis für diese grundlegenden ökonomischen Zusammenhänge, wenn in dem Gutachten der Sachverständigen als Bestandteil des Wohlstandindexes neben anderen Maßstäben dafür auch das künftige Volkswachstum in Deutschland eine Rolle spielt und als Grundlage eventueller Zuschläge zu den Vertragsleistungen dienen soll. Ein solcher Maßstab ist nicht unter allen Umständen brauchbar.

Zweifellos sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die am dichtesten besiedelten Länder auch diejenigen, welche wirtschaftlich und sozial am höchsten stehen und wirtschaftlich am leistungsfähigsten sind. Unter bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen wächst auch die Produktivkraft sowohl des einzelnen wie diejenige der Gesamtheit mit der Zunahme der Bevölkerung. Das ist aber nur dort der Fall, wo ein an Zahl wachsendes Volk imstande ist, den Wirkungen des Gesetzes vom sinkenden Bodenertrag zu entgehen und in steigendem Maße seine Kraft den Produktionszweigen zuzuführen, wo wenigstens bis heute die Mehraufwendung von Kapital und Arbeit zu steigenden Erträgen geführt hat. Hier kann es dann wirklich der Fall sein, der auch schon häufig genug eingetreten ist, daß jeder Volkszuwachs eine relativ stärkere Steigerung von Produktionsleistungen und Wohlstand bewirkt. Das kann, das muß aber nicht der Fall sein. Gerade bei der besonderen wirtschaftlichen Lage Deutschlands, auch angesichts der eben kurz dargelegten ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen schon vor dem Kriege, darf man nicht daran denken, das Wachstum der Volkszahl, nicht einmal neben den anderen in dem Gutachten vorgeschlagenen Mitteln, als brauchbaren Maßstab für die stärkere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands benutzen zu wollen. Je nach der wirtschaftlichen Entwicklung kann unter Umständen auch das Gegenteil der Fall sein. Es kann z. B. recht wohl eintreten, daß die Zunahme der deutschen Bevölkerung in Zukunft deshalb eine so starke ist, weil die Möglichkeit einer stärkeren Auswanderung aus den oben dargelegten Gründen fehlt, vielleicht vor allem deshalb fehlt, weil die Gesetze anderer Staaten eine solche Auswanderung unmöglich machen.

4. Die historischen Wandlungen in den Anschauungen über das Bevölkerungsproblem.

Wenn in dieser eben dargelegten Weise durch den Krieg und seine Nachwirkungen das Bevölkerungsproblem für viele Länder eine ernstere Form angenommen hat als zuvor, so wird diese Tatsache auch nicht ohne Einfluß auf die Anschauungen sein, welche in den nächsten Jahren dieser Frage gegenüber die herrschenden sein werden. Es hat Zeiten gegeben, in welchen Wissenschaft und Politik dem Bevölkerungsproblem gegenüber eine optimistische, und Zeiten, in welchem sie ihm gegenüber eine mehr pessimistische Stellung eingenommen haben, und eine genauere Betrachtung zeigt, daß es in erster Linie die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gewesen sind, welche dafür maßgebend waren, wie man dem Bevölkerungsproblem gegenüber Stellung genommen hat.

Im Zeitalter des Merkantilismus, dem Zeitalter der Staatenbildung, in welchem die einzelnen Staaten nur in gegenseitigem Kampf sich behaupten und groß werden konnten, wo man genau wußte, daß von der Zahl der Menschen die Steuerkraft des Landes und seine wirtschaftliche Stärke, ohne welche politische Machtgeltung unmöglich war, abhing, da war eine zahlreiche Bevölkerung von den Interessen des Staates diktiert. Hier war sie eine Staatsnotwendigkeit, und deshalb hat diese Zeit kein Bevölkerungsproblem in dem späteren Sinne gekannt.

Auch die Entstehung der so düster gefärbten Malthusschen Lehre hat, wie schon häufig hervorgehoben, ihre Hauptursache in der so ungünstigen wirtschaftlichen Lage Englands um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert als Folge zahlreicher Mißernten und der industriellen Umwälzung gehabt, und wenn dann in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die Malthusschen Lehren in Theorie und Praxis allenthalben einen so großen Einfluß ausgeübt haben, so haben darauf wiederum in erster Linie äußere Momente den entscheidenden Einfluß ausgeübt: in England zahlreiche Wirtschaftskrisen, in Deutschland eine äußerst gedrückte wirtschaftliche Lage und gleichzeitig nach Beendigung der napoleonischen Kriege das Fehlen irgendwelcher nationalen und machtpolitischen Gegensätze.

Es ist das Zeitalter des ökonomischen Individualismus, der Anschauung, daß der friedliche Wettbewerb der Völker im Gesamtinteresse liege, es ist ein Zeitalter, welches erfüllt ist von kosmopolitischen Ideen, wie sie dann auch bei uns in der mannigfachsten Form ihren Ausdruck gefunden haben. Es war eine Zeit politischer Ruhe eingetreten, die politischen Gegensätze unter den europäischen Staaten schienen zum Stillstand gekommen zu sein, während die Frage der

inneren wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, vor allem Fragen der Verfassung, dafür allenthalben an Bedeutung wesentlich zunahmen.

In diesem Zeitalter des Individualismus treten Staat und Gesamtheit hinter den Interessen und Ansprüchen des Individuums zurück. Die jetzt immer mehr in den Vordergrund tretende soziale Frage suchte man immer mehr in Anlehnung an die Malthusschen Gedankengänge ihrer Lösung zuzuführen. Es ist kein Zufall, daß derjenige deutsche Nationalökonom, welcher der schärfste Gegner dieser individualistischen Auffassung war, welcher zuerst wieder mit Erfolg dem Individuum gegenüber die Bedeutung von Nation und Gesamtheit hervorgehoben hat, *Friedrich List*, es auch gewesen ist, welcher dem Volkswachstum gegenüber eine optimistische Stellung einnahm. Neben den Romantikern ist er es gewesen, welcher an diesen kosmopolitischen Ideen eine besonders scharfe Kritik geübt und unter deren und seinem Einfluß ist dann diese atomistische Staatsverfassung immer mehr verdrängt und an ihre Stelle die Lehre gesetzt worden, daß der Staat etwas Höheres und anderes sei als die bloß auf Vernunftgründen beruhende Zusammenfassung der Individuen, daß ihm diesen Individuen gegenüber eine durchaus selbständige, eigenartige Stellung zukommt. Mit diesen Wandlungen in den Anschauungen tritt dann das Individuum mit seinen Interessen und Ansprüchen dem Staate gegenüber immer mehr in den Hintergrund; ähnlich, wie im Zeitalter des Merkantilismus, beginnt der Blick sich wieder mehr auf das Ganze zu richten.

Dieser Wandel wurde mächtig gefördert durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung in dem letzten Menschenalter vor dem Kriege. Die weltbürgerliche Gedankenwelt war ihrem Ende entgegengegangen, an ihre Stelle traten nun in steigendem Maße wieder die politischen, nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze der Völker. Immer mehr trat allen, vornehmlich auch in Deutschland, die Tatsache vor Augen, daß das Wohl und Wehe des Einzelnen von der politischen Macht des Staates abhinge: das Zeitalter des Imperialismus, das wir oben in seinen wesentlichsten Ursachen kennengelernt haben, beginnt heraufzusteigen.

In diese politisch und national so hochgespannte Gedankenwelt trat dann von der Mitte der neunziger Jahre ab in fast allen Kulturstaaten die Tatsache des Geburtenrückganges, und wir wissen alle, wie man jetzt unter dem Einfluß dieser Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Bevölkerungsfrage nicht mehr in einem Zuviel, sondern in einem Zuwenig an Menschen zu erblicken begann. Immer mehr brach sich die Auffassung Bahn, daß die nationale und politische Geltung eines Volkes von seinem zahlenmäßigen Wachstum abhinge, und daß man dieser Ziele wegen den Geburtenrückgang mit aller Kraft bekämpfen müsse.

Wenn man also sieht, wie seither die bereits bevölkerungstheoretischen Anschauungen und die bevölkerungspolitischen Maßnahmen in entscheidender Weise von den äußeren Bedingungen, von der politischen und wirtschaftlichen Umwelt abhängig gewesen sind, dann erhebt sich von selbst die Frage, welchen Einfluß in dieser Hinsicht der Weltkrieg mit seinen Nachwirkungen ausüben kann. Aus dem eben Gesagten ergibt sich, daß dies in erster Linie von der Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse abhängig sein wird.

In einer Zeit wie der jetzigen, in welcher aus den oben dargelegten Gründen fast alle Kulturstaaten an einer gewissen Übervölkerung leiden, liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so, daß man sich in dem sich noch fortsetzenden Geburtenrückgang die gleiche Gefahr wie vor dem Kriege erblicken wird. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß dieser Geburtenrückgang auch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als etwas Erwünschtes zu betrachten wäre. Wenn man die Zusammenhänge lediglich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, so liegen sie, wie schon oben hervorgehoben, keineswegs immer so, daß sich bei steigender Volkszahl die vorhandene Übervölkerung eines Landes vergrößern muß¹⁾. Denn unter bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen kann eine steigende Volkszahl sogar erst die wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten auslösen, welche zur Erweiterung des Nahrungsspielraumes führen. Unsere Hauptaufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß das zurzeit fehlende Gleichgewicht zwischen Volkszahl und Nahrungsspielraum dadurch wieder zustande kommt, daß wir den letzteren erweitern, und nicht dadurch, daß das Wachstum der ersteren abnimmt. Es wäre ein großer Fehler, bei unseren Anschauungen in dieser Hinsicht uns allein von den augenblicklich so schwierigen Verhältnissen leiten zu lassen.

Irgend etwas über die weitere Entwicklung der letzteren heute aussagen zu wollen, verbietet sich von selbst. Denn diese Entwicklung hängt nicht nur von den Fortschritten ab, welche in dieser Hinsicht das oder jenes Land für sich macht, sondern auch davon, wie sich die wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Staaten, vor allem derjenigen Europas, gestalten werden, davon vor allem, ob wir hier auch weiterhin mit gegenseitiger Abschließung und gegenseitiger Handelseifersucht zu rechnen haben oder ob sich die Völker und Staaten der Tatsache bewußt werden und ihr Rechnung tragen, daß sie wirtschaftlich so enge auf Gedeih und Verderb aneinander gebunden sind, daß sich Armut

¹⁾ Vgl. dazu: W. Hecke, „Der Geburtenrückgang und seine Folgen“. Leipzig und Wien 1923.

und Not, Arbeitslosigkeit und Übervölkerung in dem einen Lande auch zwangsläufig auf andere übertragen müssen, eine Erkenntnis, die schon David Hume in die Worte gekleidet hat:

„Nichts ist unter Staaten, die im Handel schon einige Fortschritte gemacht haben, gewöhnlicher, als auf den zunehmenden Wohlstand ihrer Nachbarn mit neidischen Augen zu blicken, alle Staaten mit Handel und Gewerbe als ihre Nebenbuhler anzusehen und zu glauben, daß jeder derselben nur auf ihre Kosten zur Blüte gelangen könne. Im Gegensatz zu dieser engherzigen und gehässigen Gesinnung wage ich zu behaupten, daß die Zunahme des Wohlstandes und Handels bei irgendeiner Nation dem Wohlstande und Handel aller ihrer Nachbarn nicht schadet, sondern ihn vielmehr befördert, und daß ein Staat es in seinem Handel und seiner Industrie schwerlich sehr weit bringen kann, wenn alle Staaten seiner Umgebung in Unwissenheit, Trägheit und Barbarei versunken sind.“

„Offenbar kann die einheimische Industrie eines Volkes durch den größten Wohlstand seiner Nachbarn keinen Schaden erleiden; und da der Handel in dieser Beziehung in einem einigermaßen ausgedehnten Lande ohne Zweifel von der größten Wichtigkeit ist, so fehlt uns wenigstens in bezug hierauf jeder Grund zur Eifersucht. Allein ich gehe weiter und behaupte, daß überall, wo unter Nationen ein freier Verkehr herrscht, die einheimische Industrie einer jeden durch die Fortschritte der anderen Förderung erfahren muß.“¹⁾ •

Aber neben der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse waren es auch, wie wir oben gesehen haben, die politischen Beziehungen der Völker, welche immer wieder einen erheblichen Einfluß auf Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik ausgeübt haben. Es gibt keinen Grund, anzunehmen, daß dies in Zukunft anders sein wird. Es ist hier nicht der Ort, über diese weitere Entwicklung der politischen Beziehungen eingehender zu sprechen. Es mag aber sein, daß aus den Folgen des Krieges vor allem für Europa sich Neugestaltungen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht anbahnen werden, von denen dann auch die Ansichten über das Bevölkerungsproblem erheblich beeinflußt werden können.

¹⁾ „Von der Handelseifersucht“. Nach der Übersetzung von H. Niedermüller, Nationalökonomische Abhandlungen von David Hume. Leipzig 1877. S. 55.

Zur Eigentums- und Produktions- verfassung.

Von

Otto von Zwiedineck-Südenhorst.

Inhalt.

Seite

I.

- Die Revolution als Förderin sozialer Erkenntnis.—Der Begriff Sozialisierung: seine negative Bestimmtheit, positive Umbestimmbarkeit. — Sozialisierung als Änderung der Eigentumsverfassung. — Begriff der Produktionsverfassung. — Sozialistische und antisozialistische Beleuchtung der Eigentumsverfassung . 427—434

II.

- Die Erfahrungen über die Bedeutung der kollektiven Eigentumsverfassung in der Agrarwirtschaft. — Die Entwicklung zum individualistischen Bauerntum in Sowjetrußland. — Stellungnahme der kommunistischen Literatur zu diesem Verlauf. — Versuch einer kommunistischen Agrartheorie.—Ursachen des Versagens des Kollektivismus. — Die Agrarsozialisierung in der deutschen sozialistischen Literatur 434—444

III.

- Die Mißerfolge der russischen Kollektivwirtschaft in der Industrie. — Ihre Bedeutung für die Wirtschaftsverfassungsfrage des Westens. — Überschätzung der Eigentumsverfassung.—Umfang und Probleme der Produktionsverfassung. — Die Überschätzung der wissenschaftlichen Betriebsführung. — Gildensozialismus und verwandte Auflehnung gegen die Lohnknechtschaft . . . 444—453

I.

Wie viel auch dafür zu sprechen scheint, wie sehr auch gerade psychologisch die Vermutung sich aufdrängt, daß die Revolutionen nicht als die Geburtsstunden neuer Ideen eingeschätzt werden können, einer strengeren wissenschaftlichen Untersuchung würde eine solche auf den Ursprung von Ideen gerichtete dogmengeschichtliche These wahrscheinlich doch nicht standhalten, mindestens würde die Allgemeingültigkeit nicht zu behaupten sein. In engerer und präziserer Fassung wird sich dagegen für die von unserer Generation erlebten Revolutionsvorgänge die Auffassung wohl vertreten lassen, daß sie weit weniger Geburtsstunden neuer Gedanken zur Wirtschaftsverfassung geworden sind, als es auf den ersten Blick manchem scheinen mag. Gewiß aber dürfen diese Revolutionen höchstens als das Kreißen der Gesellschaft bewertet werden nach der Befruchtung mit den Ideen eines materialistischen Chiliasmus, mit dem Glauben an eine Erlösbarkeit der Menschheit vom wirtschafts-irdischen Sorgen und Leiden durch die Neugestaltung der Eigentums- und der Produktionsverfassung, mit Ideen also, deren Geburtsstunden weit zurück liegen.

Und dennoch ist man wohl überwiegend geneigt, unser revolutionäres und nachrevolutionäres Erleben hinsichtlich seiner ideologischen Bedeutung eher zu unterschätzen als zu überschätzen, denn daß wir dem Wirklichkeitswert jener Ideenwelt infolge der revolutionären Entbindung von vorher gebundenen Kräften heute ganz anders gegenüberstehen, darf, ja muß in das Habenkonto unserer sozialwissenschaftlichen Erkenntnis gebucht werden. Daß das ein je nach der Geschichtsliebe und Geschichtsverwertung der kommenden Geschlechter mehr oder minder ephemerer Wert sein kann, läßt sich freilich leider nicht in Abrede stellen. Hatte doch auch unsere eigene Generation aus den Erfahrungen, die vorausgegangene Geschlechter mit revolutionären Erschütterungen gemacht hatten, so gut wie nichts gelernt. Aber an der Tatsache selbst vermag das nichts zu ändern, daß, selbst wenn und sofern uns heute die Distanz für eine richtige Wertung der Vorgänge fehlt, eine Reihe von Fortschritten unserer sozialen Erkenntnis zu verzeichnen ist.

Solche Fortschritte liegen unverkennbar auch auf dem Gebiete der Eigentums- und der Produktionsverfassung vor. Farbe hat die Revolution natürlich all diesen Fortschritten am meisten gegeben. Und am meisten wieder gilt das be-

greiflicherweise vom Problem der Eigentumsverfassung. Die Folge ist, daß mehr als je sich die Anschauung gefestigt hat, jede Ablehnung des unbeschränkten Individualeigentums müsse schon als Auswirkung eines Sozialisierungsstrebens aufgefaßt werden. Ob solche Auffassung gerechtfertigt ist, hängt ganz von dem Umfang des Begriffes Sozialismus ab. V o g e l s t e i n s Bericht über die Probleme der Sozialisierung auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg 1919 gibt eine entsprechend weitherzige Definition für den Begriff Sozialisierung, daß unter dieser „jede Form dauernder oder regelmäßiger zentraler Einflußnahme positiver Art auf die wirtschaftliche Tätigkeit im wirtschaftlichen Interesse 1. der Gesamtheit des organisierten Volkes oder 2. eines regional oder 3. in der Bedarfsbefriedigung wirtschaftlich zusammengehörigen Teiles der Bevölkerung“ zu verstehen sei, „soweit diese Einflußnahme nur über das Maß einfacher Normativbestimmungen hinausgeht und Ziel und Art der Produktion, der Organisation und Verteilung wesentlich bestimmt.“ Es wird kaum irgendeinen Widerspruch erfahren, wenn man behauptet, daß Einschränkungen der Machtssphäre des Eigentümers irgendeines für die Güterproduktion in Frage kommenden Produktionsmittels unter diesen Begriff fallen. Aber müssen wir uns nicht vor der Uferlosigkeit hüten, in die das ganze Problem der Eigentumsverfassung verfallen muß, wenn jede Einflußnahme eines zentralen Willens auf die wirtschaftliche Tätigkeit immer dann schon als sozialisierende Eigentumsänderung gelten soll, wenn nur das Maß einfacher Normativbestimmungen überschritten wird? Ganz abgesehen von der Ungeklärtheit dieser Abgrenzung, würde nicht jede wirtschaftspolitische Maßnahme des Staates als Sozialisierung verstanden werden müssen, wenn sie nur als Ausfluß eines zentralen Wirtschaftsplans auftritt, und würden wir damit nicht schon in der vorrevolutionären Periode, ja überhaupt von dem Zeitpunkt ab im Zeichen der Sozialisierung gestanden sein, in dem staatliche zielbewußte Wirtschaftspolitik inauguriert worden ist?

Sachlich und essentiell steht dem doch wohl gar nichts im Wege. Jeder Fortschritt in der Richtung planmäßiger Unterordnung der Individualwillen unter ein zentrales, auf das gesellschaftliche Interesse eingestelltes Wollen kann als Sozialisierung bezeichnet werden, als ein Stück Rechtsetzung, die die ökonomische Macht und Bewegungsfreiheit zugunsten der Gesamtheit einschränkt. Es wäre aber unzweckmäßig, ja geradezu eine Art Selbstdäuschung, wenn man die in Rußland verwirklichte, in Deutschland reichlich gewollte Sozialisierung mit dem Sinne dieses „wirtschaftspolitischen Zweckbegriffes“¹⁾ für genügend gekenn-

¹⁾ Amonn, Die Hauptprobleme der Sozialisierung. Leipzig 1920, S. 8, stellt damit wohl zutreffend die Sozialisierung dem entwicklungstheoretischen Kausalbegriff „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ gegenüber, scheint dabei aber den über den Rahmen der Sozialisierung hinausragenden Umfang dieses Begriffes nicht zu beachten.

zeichnet erachtet wollte. Mag sie immerhin dieser weiten Begriffskategorie zu subsumieren sein, so bleibt ihr doch eine Besonderheit, die Amonn m. E. richtig hervorgehoben hat.

Nicht alles, was in diesem weiten Sinne Sozialisierung genannt werden kann, hat so den Beigeschmack der Gegensätzlichkeit zum bestehenden Gefüge der gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere zum geltenden Wirtschaftsrecht, wie die revolutionsgeborne Sozialisierungsaktion. Gerade diese Gegensätzlichkeit macht unverkennbar einen Zug des an sich vorrevolutionären, aber durch die Revolution aktiv gewordenen Verlangens nach Änderung verschiedener Dinge, nicht zuletzt der Eigentumsverfassung aus. Dieser negative Zug steckt auch in der programmatischen Erklärung des österreichischen Staatsmannes Seipel, mit der er noch als Vizepräsident der Staatskommission für Sozialisierung zum Sozialisierungsproblem Stellung genommen hat, wenn er sagte: die Neuordnung kann gewiß auch nur in der Richtung erfolgen, daß Besitz und Betrieb mehr als bisher der Allgemeinheit dienstbar gemacht, also — im weitesten Sinne — sozialisiert werden¹⁾). Es soll anders werden, eine Neuordnung ist gewollt, das ist's, was eben doch auch diesen konservativen Politiker zum Bejahren des Sozialisierungsgedankens bestimmt hat. Also nur mit dieser fast formalen, auf eine negative Beziehung eingestellten Kennzeichnung läßt sich die Revolutions-Sozialisierung als eine besondere und insoweit einheitliche Erscheinung erfassen.

In positiver Hinsicht strebt alles auseinander, nicht nur was Grenzen oder Methode der Eigentumsänderung anlangt, auch von Motiv und Ziel gilt das. Die Begriffe „Gesellschaft“, gesellschaftlich“, „gerecht“ und „Gerechtigkeit“ haben, wie Amonn richtig feststellt, für den Zweck einer näheren Bestimmung des Begriffs-Inhaltes einen zu allgemeinen, zu weiten Sinn. Der konkrete Inhalt der „Sozialisierung“ ist ganz problematisch, und gewiß trifft die Begriffsbestimmung, wie sie fast übereinstimmend Eulenburg und v. Wiese in ihren Referaten für die Regensburger Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik geprägt haben, nur für eine bestimmte Gruppe von Sozialisierungs-Begeisterten zu, wenn sie sich decken soll mit „Verwirklichung des Sozialismus“. Die Verhandlungen auf jener Generalversammlung haben keine gute Kritik gefunden, weil man — und zwar von den entgegengesetztesten Seiten — erwartet hatte, der Verein werde einhellig klar zu einem Pro oder Contra gegenüber der Sozialisierung Stellung nehmen. Diese Erwartungen sind freilich nicht erfüllt worden, aber die Klärung der Dinge ist durch jene Verhandlungen doch gefördert worden, und darin liegt ein viel höherer Wert als in einer unmöglich einhelligen Resolution.

¹⁾ In der Wiener „Reichspost“ vom 9. Sept. 1919 zit. nach Amonn a. a. O. S. 11.

Nach den immerhin recht nebulosen Differenzierungen und Klassifizierungen sozialer Systeme — es sei z. B. an Maurice Bourguin erinnert¹⁾ —, die gerade auch noch nach dem Zusammenbruch des alten Staatswesens in Umlauf waren, waren terminologische und begriffliche Säuberungen geboten. Sie wesentlich gefördert zu haben, ist ein Verdienst der deutschen „Diskussion“, an deren zweckmäßiger Entwicklung außer den schon genannten namentlich Alfred Amonn wesentlichen Anteil hat. Er hat nicht nur das Verhältnis von Voll- und Teilsozialisierung auf das richtige Maß reduziert, sondern auch eine klare Problemstellung in die Erörterung gebracht²⁾. Vor der Unterschätzung der psychologischen, insbesondere der massenpsychischen Voraussetzungen jedes Sozialisierungserfolges hat Bücher gewarnt³⁾.

Eine der gefährlichsten Täuschungen ist es, die Sozialisierung nur als ein soziales und ethisches Problem aufzufassen und, was die wirtschaftliche Seite anlangt, sich mit dem Dogma zu begnügen — denn ein Dogma ist es nur —, daß die Kollektivierung der Wirtschaft, die Beseitigung des Individualeigentums mit dem Lohnsystem auch jene psychologische Umstellung in der Arbeiterschicht mit einem Schlag bringen werde, die die Gewähr für den wirtschaftlichen Erfolg — bei dem man in erster Linie aber an den technischen Ertrag der neuen Wirtschaft zu denken hat — bietet. In diesem Punkte aber versagte alle warnende Skepsis: *Stat pro ratione voluntas*. Auch auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik spitzte sich die Erörterung auf die Frage zu, ob die privatkapitalistische oder die kollektivistische Wirtschaftsverfassung die größere Produktivität entwickle, und hierin standen sich die „Meinungen“ recht unvermittelt gegenüber, aber es hat weder von sozialistischer noch von nichtsozialistischer Seite Widerspruch gefunden, daß eine Änderung der Wirtschaftsverfassung, durch die eine Produktivitätsabnahme heraufbeschworen werde, den Zwecken jener widerstreiten würde.

Hier aber ist der Punkt, von dem aus die Zusammenhänge die wissenschaftliche Forschung in eine andere Richtung weisen: es handelt sich nicht bloß um die Eigentumsverfassung, sondern mindestens ebenso, wahrscheinlich aber ausschlaggebender, um die Gesamtheit jener Rechtsnormen, die sich als Überbau über irgendeiner Eigentums- und damit überhaupt Wirtschaftsverfassung erheben und als maßgebend für die Gestaltung des Zusammenwirkens der verschiedenen Produktionsfaktoren unabweisbar anzuerkennen sind, (wobei verschiedene Produktionsfaktoren, eben nicht nur einerseits Kapital und Boden, anderseits Arbeit,

¹⁾ Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung. Tübingen 1906.

²⁾ A. a. O. S. 9.

³⁾ Die Sozialisierung. 2. Aufl.

sondern auch die verschiedenen Kategorien von menschlicher Leistung gesetzlich zu verstehen sind): kurz eben das, was unter den Begriff der Produktionsverfassung fällt. Diese Produktionsverfassung kann nur den Zweck haben, die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse über die verschiedenen Produktionsfaktoren in den Dienst der Gesamtwirtschaft zu stellen, nur dann hat sie gesellschaftswirtschaftlichen Charakter. Natürlich sind dann insoweit diese Herrschaftsverhältnisse, also wieder die Eigentumsordnung, geradezu ein Teil der Produktionsverfassung. Aber daraus ist noch nicht zu schließen, daß die sie ergänzende Produktionsverfassung für die individualistische und für die kollektivistische Wirtschaft verschieden sein müssen, ja es ist geradezu die Frage, ob und worin sie verschieden sein kann.

Jede Wirtschaftsverfassung ändert ihre Bedeutung für den Ablauf der Wirtschaft und für deren ganze Entwicklungsrichtung, wenn sich der auf ihrer Grundlage wirksame Komplex von Tatsachen und Verhältnissen ändert. So hat auch das Individualeigentum, das Herrschaftsverhältnis über Sachen, unter dem Einflusse der durch irgendwelche dynamischen Momente in den natürlichen, technischen oder sozialen Wirtschaftsgrundlagen eingetretenen Veränderungen in seiner Bedeutung und seiner Tragweite eine Änderung erfahren. Aber diese Änderung ist in den Gebieten der europäisch-amerikanischen Kultur begleitet worden von der Entwicklung dessen, was Produktionsverfassung zu nennen ist. Je nachdem diese Entwicklung glücklich, harmonisch oder unzulänglich sich vollzogen hat, fällt mehr oder weniger Licht, fallen vorübergehende oder dauernde tiefere Schatten auf die Eigentumsverfassung.

Das Eigentumsinstitut hat wie jede andere historische und soziale Kategorie eine gesellschaftliche Funktion zu erfüllen. Diese soziale Funktion kann nicht konstant sein, wenn die gesellschaftliche Struktur sich ändert. Da solche Änderungen sich schon mit quantitativen Verhältnissen (wozu die Bevölkerungsgröße und ihr Verhältnis zur umgebenden Natur zählen) wie mit qualitativen Momenten (wozu die Art und das Maß der Beherrschung der Natur zu rechnen sind) einstellen, so liegt die Wandelbarkeit der Eigentumsfunktion in der Natur der Entwicklung, und zweifellos ist das Eigentum das Rechtsinstitut, das für die gesellschaftliche Struktur, für den sozialen Aufbau am meisten, ja ausschließlich verantwortlich gemacht wurde. Das Eigentum habe Kapitalfunktion angenommen, sagt z. B. Karl Renner¹⁾, d. h. seine Funktion bestehe jetzt darin, „das Produkt fremder Arbeit dem Eigentumssubjekte zu appropriieren“. Im engen Anschluß an Marx wird erklärt: die Bedeutung des Eigentums als totaler Rechtsmacht

¹⁾ Die soziale Funktion der Rechtsinstitute. Marx-Studien (Adler, Hilferding) I, Wien 1904.

der Person über eine körperliche Sache bestehe darin, daß es Herrschaft über die Menschen als Arbeitskraft gewinne und daß die durch das Eigentum bewirkte Pseudo-Güterordnung — im Punkte der planmäßigen bewußten gesellschaftlichen Gruppierung der Güter bewirke es sie ja gar nicht — sich anmaße, die soziale Gewalten- und Arbeitsordnung zu bilden. Nur Ausfluß des Eigentums sei die „Privatgesetzgebung des Kapitalisten“, durch die er „seine Fabrik reguliere“ und damit öffentliche Zwangsgewalt ausübe, denn Arbeitsordnung könne nur öffentlich sein, weil der kooperative Arbeitsprozeß gesellschaftlich und darum seiner Natur nach niemals privat sei.

Gegen solche Auffassung des Eigentumsinstitutes und seiner Tragweite wenden sich in jüngster Zeit Gedankengänge, die als Gegenwelle der Sozialisierungswoge verstanden sein wollen, Gedankengänge zur Verteidigung der freien Wirtschaftsordnung, in der das Eigentum am Produkt geknüpft sei an das Recht an den Produktionsmitteln. Es wird allerdings die historische Unbedenklichkeit in Frage gestellt werden können, wenn Andreas Voigt in seinem Buch „Das wirtschaftsfriedliche Manifest“ schreibt, der Grundsatz der Kontinuität des Eigentums, daß, wer über die Produktionsmittel verfügt, auch über das aus ihnen hergestellte Produkt verfüge, dieser Grundsatz sei seit je und überall gültig gewesen¹⁾. Schon der Begriff „verfügen“ freilich ist zu verschwommen, als daß man diesen Satz ohne weiteres hinnehmen könnte. Aber richtig ist es gewiß, wenn er die Auffassung von naturgegebener Komplementarität zwischen Eigentum an Kapitalgütern und Arbeitslohnvertrag damit zurückweist, erstens daß in vorkapitalistischer Zeit schon Arbeitslohnverträge bestanden haben, zweitens mit der Tatsache, „daß immer neben dem Lohnarbeitsvertrage auch andere Verträge zwischen den Teilnehmern an einer Produktion oder den Gliedern einer Werkgemeinschaft vorkamen, durch die eine andere Verfügung über das Produkt vereinbart wurde, ohne daß sie vom bestehenden Recht beanstandet worden wäre“. Es könne also eine Rechtsvorschrift, wonach alle Werkgemeinschaften zwischen Besitzern von sachlichen Produktionsmitteln und Arbeitern als Lohnverträge abgeschlossen werden müssen, gar nicht bestehen, und niemand werde irgendwo eine solche nachweisen können. Eine „kapitalistische Wirtschaftsordnung“, deren Grundstein sie darstellte, gebe es gar nicht, höchstens einen kapitalistischen Zustand der Volkswirtschaft, in dem der Lohnvertrag zwischen Unternehmern und Arbeitern eine vorherrschende Form der Werkgemeinschaft ist.

¹⁾ Andreas Voigt, Das wirtschaftsfriedliche Manifest. Richtlinien einer zeitgemäßen Sozial- und Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1921, S. 48.

Auch Mises, der gegenüber allen sozialisierenden Schranken der individuellen Bewegungsfreiheit eine womöglich noch schroffere Ablehnung wissenschaftlich zu rechtfertigen unternimmt, anerkennt die Wandelbarkeit der sozialen Funktion des Eigentums. Und diese soziale Funktion, deren Erkenntnis eine besondere soziologische Leistung der klassischen Nationalökonomie und der individualistischen Gesellschaftstheorie gewesen sei, habe an Bedeutung in dem Maße gewonnen, als die gesellschaftliche Verknüpfung gewachsen ist. Denn nun werde einmal mit der wachsenden Notwendigkeit der möglichst größten Ergiebigkeit erst recht notwendig, daß die Verfügung über die Produktionsmittel unter dem Einflusse des freiesten Wettbewerbs in die Hände des tüchtigsten Verwerters gelange¹⁾, und zweitens sei ja in der arbeitteilenden Gesellschaft niemand mehr ausschließlicher Eigentümer der Produktionsmittel, der sachlichen sowohl als der persönlichen, der Arbeitskraft²⁾. Alle Produktionsmittel stehen im Dienste der Gesamtheit der am Marktverkehr teilnehmenden Menschen. Kapitalisten, Bodenbesitzer und Eigner der Arbeitskraft übertragen die Verfügung an den Unternehmer, der damit die unmittelbare Leitung im Produktionsprozeß übernimmt. Die Unternehmer führen die Wirtschaft „nach den Weisungen der Verbraucher“, die wieder keine anderen sind als die Eigner der Produktionsmittel: Kapitalbesitzer, Grundbesitzer, Arbeiter“. So hält Mises die Eigentumsverfassung für wichtig genug, um ihr in seiner Apologie des Wirtschafts-Liberalismus eine eingehende Erörterung zu widmen, obgleich er als Sozialismus durchaus nicht etwa nur den Kampf gegen das Privateigentum ansieht, sondern sogar die gewiß nicht kollektivistisch eingestellten englischen Liberalen für „mehr oder weniger gemäßigte Sozialisten“ erklärt.

Und doch, wenn man über die mindestens der Formulierung nach recht anfechtbaren Einzelheiten³⁾ hinweggeht, selbst diese ausgesprochen unsozialpolitisch die Wirtschaft sehen wollende Betrachtung läßt den Kapitalisten, den Grundbesitzer, den Unternehmer wie jeden Arbeiter als Funktionär der Gesellschaft wirken, so daß eben nur das Gesamt-Gesellschaftsinteresse für die Eigentumsverfassung, wenigstens soweit sie die Produktionsmittel betrifft, maßgebend sein kann, und das heißt im wesentlichen, man kann von dem Privateigentum an Produktionsmitteln die höchste Produktivität erwarten.

¹⁾ Ludwig Mises, *Die Gemeinwirtschaft, Untersuchungen über den Sozialismus*. Jena 1922. S. 299.

²⁾ Ebenda S. 19.

³⁾ Daß die Unternehmer nur nach den „Weisungen der Verbraucher“ ihre Wirtschaft führen, wird sie wohl kaum vertreten lassen, es wäre auch bedauerlich, wenn es so wäre.

Die Literatur ist auch durch diese bemerkenswertesten unter den neueren Erörterungen der Eigentumsverfassung aber noch immer nicht aus der ganz wesentlich deduktiven Untersuchungsmethode herausgerückt worden, obgleich der Stand dieser Frage dringendst einer induktiven Kontrollierung der bisher gewonnenen Erkenntnis bedürfte. Das Material für solche Ergänzung nach der Seite der induktiven Forschung ist nun durch das gedanklich zweifellos grandiose Beginnen geschaffen worden, das man in der Umstellung eines so gewaltigen Volkswirtschaftskörpers, wie es das russische Reich war, auf die ökonomisch-rechtliche Basis des Kollektiveigentums anzuerkennen hat, wie wenig „grandios“ auch die Wirklichkeit im einzelnen verlief.

Es kann sich auch, wenn wir im folgenden einiges von dem zu skizzieren versuchen, was die Literatur über die im Gefolge der Revolution eingetretenen Änderungen der Eigentumsverfassung erkennen läßt, und wie sie dazu Stellung nimmt, nicht um die einfache Alternative Individualeigentum — Kollektiveigentum handeln, sondern es fragt sich ja gerade, ob überhaupt dem Eigentumsinstitut jene weittragende Bedeutung beizumessen ist, ob nicht eben das Problem der Produktionsverfassung gegenüber dem der Eigentumsverfassung an Tragweite für das Heil der Gesellschaft gewonnen hat, wie das nach dem Stande der Diskussion in Deutschland (z. B. Verein für Sozialpolitik) vermutet wurde.

II.

Bei aller Vorsicht wird man behaupten dürfen, daß das für die Eigentumsverfassung im Grunde genommen maßgebendste Problem, dasjenige der agrarischen Bodenrechtsverhältnisse, sich überaus lehrreich entwickelt hat. Hier hat die Revolution, wie wir heute wissen, soweit sie Marxismus in Wirklichkeit umsetzen wollte, ziemlich restlos versagt. Versagt, nicht nur, weil die erste gewaltsame Phase des Revolutionsprozesses Verhältnisse geschaffen hatte, die für die Wirtschaft der kommunistischen Gesellschaft in der zweiten Phase katastrophal wirken mußte, sondern auch weil die die Revolution vorbereitende sozialistische Ideologie das Problem nicht richtig erfaßt und, man kann sagen, überhaupt nicht vorbereitet hatte¹⁾). Man hatte es unterschätzt wegen des Vertrauens in die in Rußland eingewurzelte Sympathie für das Kollektiveigentum am Boden, für den Mir. Das Phantom der Zukunftsrolle des Mir hatte nicht nur die Narodniki²⁾), sondern auch die Marxisten soweit beherrscht, daß sie sich dem Glauben

¹⁾ Was übrigens nicht bloß von der russischen, sondern mutatis mutandis auch von der deutschen sozialistischen Literatur gilt. Vgl. Leubuscher, a. a. O.

²⁾ „Sterbet für die Erhaltung des gleichen Rechtes auf den Boden, sterbet für das Prinzip der Dorfkommision!“ hatte Tschernyschewsky gepredigt. (Masaryk, Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie II, S. 63.)

hingaben, hier würde es überhaupt keine Schwierigkeiten geben. Die skeptische und vielfach direkt feindselige Stimmung gegen die Stolypinsche Agrarreform unter der Masse der minder leistungsfähigen, minder tüchtigen Bauernschaft — aber eben nur dieser — schien ja auch Wasser auf dieser Mühle zu sein. Mochte für die sozialdemokratische Partei der Mir immerhin nur ein erstes Rudiment für die Neugestaltung sein, dem die umfassenden Großorganisationen der lokalen Selbstverwaltung als die maßgebenden Gebilde in der agrarischen Betriebsführung folgen sollten, so glaubte man eben doch mit einer stark kollektivistischen Einstellung der Bauern, mit ihrer Sympathie für Gemeineigentum verläßlich rechnen zu können. Und das war eine ungeheure Täuschung, an der nicht nur die agrarkommunistischen Hoffnungen — von einem bestimmten klaren Programm kann man eben gar nicht reden —, sondern auch die industrielle Wirtschaftskollektivierung scheitern sollte.

Der Verlauf der sehr „autonomen“ Expropriation, die die Bauern brevi manu an den großen Gütern vollzogen¹⁾), zeigte schon, daß die Idee des Individual-eigentums unter den Bauern recht lebendig war und daß sie bei vielen von ihnen wahrscheinlich doch wohl auch durch die Stolypinsche Reform gewonnen haben mußte. Die Haltung der Bauern, schreibt von Eckardt, habe alle revolutionären Parteien erschüttert und desavouiert — am stärksten die Bolschewisten, die im November 1917 zur Macht gelangend, ohnmächtig den Untergang des ihnen bekanntlich fälschlich als urrussisch und kommunistisch erscheinenden Mir zugunsten des bäuerlichen „kleinbürgerlichen“ Eigentumsideals ansehen mußten. Daß die Rechnung schon quantitativ nicht stimmte, weil nach der Nutzungs-norm (10 Desjätinen für eine sechsköpfige Bauernfamilie) ein Bedarf von 190 Millionen Desjätinen Land einem enteignbaren Areal von höchstens 140 Millionen Desjätinen gegenüberstand, kann ganz außer Betracht bleiben. Das maßgebendste ist, daß die Bauern das System des Gemeineigentums verleugneten, indem sie vielfach zur Auflösung des Mir durch Gemeindebeschuß schritten, wahrscheinlich allerdings nicht ganz ohne den Einfluß der aus Deutschland zurückgekehrten Kriegsgefangenen, die in der Gefangenschaft die Bedeutung des Individual-eigentums am Boden kennen gelernt hatten²⁾). Und da erst, nach diesen Vor-gängen, sah sich die Sowjetregierung veranlaßt, die kommunistische Boden-bewirtschaftung zu erzwingen. Ganz ohne den erstrebten Erfolg zu erreichen:

¹⁾ Wie wenig dieser Vorgang dem „Grundgesetz über die Sozialisierung des Bodens“ entsprach, darüber belehrt ein flüchtiger Einblick in Art. 1—9 dieses Ges. Vgl. Slg. von Quellen z. Studium des Bolschewismus, Heft 2, Berlin 1919.

²⁾ Hierzu und zum folgenden vgl. Hans v. Eckardt, Schicksal und Bedeutung der Industrie in der russischen Revolution 1917—1922. Arch. f. Soz. 51. Bd. S. 192.

Man hatte den Bauern gegenüber die gewaltsame Änderung nicht durchsetzen können, und es haben sich auch die Wirtschaften der Sowjets, die (nach den Dekreten von 1919 und 1920) in erster Linie mit expropriiertem Land zu beteilen gewesen waren¹⁾), sowie die Kollektivwirtschaften der Artelle (Kolchosi) so gar nicht bewährt, daß sie bald verschwanden.

Das Ende vom Liede ist der bestehende Zustand, der von Eckardt als Kompromiß zwischen der Stolypinschen Agraridee und den Sowjetidealen gekennzeichnet wird, in der Hauptsache aber doch das Zurücktreten des Mir gegenüber dem individualwirtschaftlichen Prinzip bedeutet, das Bucharin freilich nicht mit einem dem älteren Wirtschaftssystem entsprechenden Namen, sondern als „anarchistische Tendenz in der Warenproduktion von seiten des Bauerntums“ bezeichnet²⁾). Durch das Gesetz vom 22. Mai 1922 wurde den Individualwirtschaften das ihnen (auf Grund der in der Gemeinde üblichen oder durch die Landkomitees festgesetzten Verteilung) zukommende und zugeteilte Landareal als unveräußerlich zuerkannt. Das Lohnsystem ist zwar nur ausnahmsweise, aber item es ist auch für die Bodenbewirtschaftung gestattet.

Die Kampfmittel, mit denen das Bauerntum in zäher, aber freilich mörderischer Verteidigung diese im Rahmen des bolschewistischen Fanatismus ungeheueren Zugeständnisse dem feindlichen städteproletarischen Staat abgetrotzt hat (insbesondere Verminderung der Produktion durch planmäßige Einschränkung der Anbauflächen) ist hier nicht weiter zu verfolgen³⁾.

Die gedankliche Auswertung dieser Vorgänge — um im Hinblicke auf die große Rolle, die hierin natürlich der politischen Literatur zukommt, von der wissenschaftlich-theoretischen zu schweigen — ist noch sehr zurückgeblieben, und zwar aus, wie man wohl zugestehen muß, naheliegenden Gründen, von denen ich nur hervorheben möchte, einmal, daß die für die Beurteilung der Dinge maßgebenden Tatsachen allerjüngsten Datums sind: der ganze Prozeß bis zur Wiedererkennung des „nicht expropriierbaren“ Rechts am Boden durch das Gesetz vom 22. Mai 1922 mußte sich erst abspielen, und möglicherweise stehen wir auch damit vielleicht, ja wahrscheinlich, noch nicht vor seinem Ende; zweitens aber, weil wir vor der ideengeschichtlich interessanten Tatsache stehen, daß in der kommunistischen Literatur deutlich das Bestreben zu be-

¹⁾ Staatswirtschaften, die mit städtischen Arbeitskräften betrieben wurden. Vgl. auch Sering, Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung (Arch. f. Innenkolonisation XIII, 1921).

²⁾ Bucharin, Ökonomik der Transformationsperiode. Verl. d. Kommunist. Internationale 1922.

³⁾ Vgl. Paul Olberg, Bauernrevolution und Bolschewismus. Arch. f. Soz. 48. Bd. S. 404.

obachten ist, den tatsächlichen Ablauf dieser Entwicklung einerseits, die sozusagen deterministisch-programmatische Theorie andererseits einander anzupassen, d. h. die einzelnen Tatsachen im Rahmen der Gesamtvorgänge in ein solches Licht zu rücken, daß sie den Grundlinien der marxistischen Erwartungen entsprechen.

Das vortreffliche Buch Wilhelm Mautners über den Bolschewismus¹⁾ widmet diesem dogmenkritischen Problem eine sorgfältige Untersuchung, die, zwar viel weiter abgesteckt, den sozialtheoretischen Gehalt des Bolschewismus in seinem Verhältnis zum Marxismus überhaupt aufzeigen will, doch gerade auch für diesen sehr problematischen Zusammenhang zwischen Eigentums-, also ökonomischer Machtgestaltung einerseits, politischer Entwicklung (d. h. Absterben des bürgerlichen und dann des „demokratischen“ Staates) andererseits wertvolle Analysen der bolschewistischen Apologien, insbesondere der Leninschen Staatslehre bringt. Mautner macht dabei auf eine Unklarheit aufmerksam, die gerade für das Problem der Eigentumsverfassung von besonderer Tragweite ist, sofern Lenin sagt: . . . innerhalb der kommunistischen Entwicklung gebe es eine Phase, in der die Verteilung des Produktionsertrages die Existenz von Rechtsnormen notwendig macht, was aber wieder den Staat und zwar den bürgerlichen Staat voraussetzt, ohne den die Entstehung der Rechtsnormen, also auch des Eigentums, nicht erreicht werden könne. Mautner weist also nach, daß es paradox ist, was Lenin lehrt, wenn er behauptet, „daß unter dem Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit bestehen bleibe, sondern auch der bürgerliche Staat ohne Bourgeoisie“²⁾. Dem Bestreben, die Unzulänglichkeit der eigenen Ideologie gegenüber den Tatsachen zu bemänteln, sie zu verhüllen, dürfte wohl die Paternität für dieses Paradoxon zuzuschreiben sein, das im Lichte kollektivistischer Kritik nur als ein recht mißlungener Bastard angesehen werden kann. Für den Fall, daß der Individualismus in den bäuerlichen Bodenrechts-Verhältnissen sich durchsetzen würde, kann sich diese Konstruktion der inneren Notwendigkeit eines halb kollektivistisch, halb bürgerlichen Staatsdaseins und eines eben solchen Wirtschaftsrechtes als recht zweckmäßig erweisen. Als Lenin jene Konstruktion unternahm, sah es mit dem Erfolge der agrarischen Kollektivierung schon recht böse aus.

Von einem Interesse ist nun der Versuch, im Anschluß an die veränderte Eigentumsverfassung eine neuartige Theorie der nicht-kapitalistischen Bauern-

¹⁾ Der Bolschewismus, Voraussetzungen, Geschichte, Theorie, zugleich eine Untersuchung seines Verhältnisses zum Marxismus (Tübingen, Staatw. Abh.) Kohlhammer 1920.

²⁾ Lenin, Staat und Revolution. Leider ist Mautners Ausführung an einer besonders scharfsinnigen Beweisführung S. 207 durch einen sinnstörenden Fehler beeinträchtigt (Zeile 12 von unten).

wirtschaft zu gewinnen, und es erscheint in der Tat ganz verständlich, daß auch der Begriff der Rentabilität für die kollektivistische Wirtschaft eine Revision erfahren muß. Nach Alexander Tschayanoff, der kürzlich über diese wissenschaftlichen Bestrebungen in Rußland berichtete¹⁾), trete der Einfluß des Verbrauchsinteresses der bäuerlichen Familie auf die Produktivität der Arbeit stark in die Erscheinung, in dem Sinne, daß der Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit der Bauernfamilie durch die Schwierigkeit der Arbeit einerseits und das Maß der Befriedigung der Familienbedürfnisse andererseits bestimmt werde. Während also der kapitalistische Unternehmer, der sein Kapital in der Wirtschaft investiert, das Bestreben habe, auf jede Einheit seines Kapitals einen möglichst großen Prozentsatz Reingewinn zu erzielen, habe die bäuerliche Arbeitsfamilie, die nur über Arbeit und nicht über Kapital verfügt, das Bestreben, ihre Arbeit möglichst ergiebig zu verteilen, und suche nach Objekten zur Anwendung der Arbeit dort, wo sich dieselbe am besten bezahlt macht.

Die Annehmbarkeit oder Nichtannehmbarkeit dieser oder jener Bezahlung — soll wohl heißen dieses oder jenes Arbeitsertrages — werde letzten Endes einerseits durch subjektive Schätzung der Schwierigkeit der Arbeit, andererseits durch den Grad der Befriedigung der Bedürfnisse der bäuerlichen Familie bestimmt. Eine „objektive Kategorie“ wie z. B. der Arbeitslohn auf dem Arbeitsmarkt spielt dabei keine Rolle; von der ganzen landwirtschaftlichen Arbeit entfielen nur 3—5 v. Hdt. auf Lohnarbeit in bäuerlichen Wirtschaften. Aus dieser Auffassung der Rentabilität der Bauernwirtschaft resultiere, daß der Bauer als vorteilhaft oder annehmbar auch solche Löhne — recte Erträge — ansehe, die unter dem Niveau der Löhne auf dem Arbeitsmarkt stehen. Andererseits: wenn die Bedürfnisse der Familie voll befriedigt sind, könnten noch so hohe Löhne den Bauer nicht zur Arbeit locken. Nun glaubt diese russische Schule sagen zu können, daß der Anspruch auf maximale Bezahlung der Arbeit praktisch mit dem Anspruch auf maximale Arbeitsverzinsung bei „normalen Verhältnissen“ zusammenfalle, d. h. dann, wenn die Dichte der Bauernbevölkerung der Kapazität der bestehenden landwirtschaftlichen Systeme entspreche und die Bauernarbeit leicht Anwendung finde. Für die nicht-kapitalistische Bauernwirtschaft bleibe dann nur charakteristisch einmal, daß die Familiengröße und -zusammensetzung die Größe des Bauernbetriebes bestimmen, sowie gewisse Eigentümlichkeiten

¹⁾ Die neueste Entwicklung der Agrarökonomik in Rußland, Arch. f. Soz. 50. Bd., S. 238. Tschayanoff hat die von Professor V. Kosinski begründete Schule im Auge, die „die volkswirtschaftlichen Probleme mit der Analyse des organisatorischen Aufbaues der privatwirtschaftlichen Untersuchung in Zusammenhang gebracht“ habe. Vgl. auch Tschayanoff, Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft. Versuch einer Theorie der Familienwirtschaft im Landbau. Berlin 1923.

der Arbeitsorganisation. Bei Übergabe, also Bodenmangel, nicht voller Ausnutzung der Arbeitskräfte der Bauernfamilien, Unzulänglichkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung usw. komme der Unterschied viel schärfer zutage. Dann trete Übergang zu arbeitsintensiveren Anbauarten (gemeint Kulturen) ein (Flachs, Hanf, Kartoffel, Gemüse), die sich für den „kapitalistischen Betrieb infolge des geringen Reingewinnes nicht rentierten“, aber die Möglichkeit gewähren, „je Hektar Boden statt 25 Arbeitstage 80—100 Arbeitstage zu realisieren“, wobei „die Bauernfamilie ihre Jahresarbeit auf Kosten des Stundenlohnes besser bezahlt mache“.

Allzu neu dürfte das Ergebnis dieser Theorie kaum sein. Es ist wohl nur eine Frage der Formulierung: das Gewand ist neu, der Inhalt nicht, der doch nur besagt, daß der selbständige Bauer mit seiner Familie je Kopf ein ganz anderes Maß von Arbeit auf den Boden einsetzt, als es der kapitalistische Gutsherr je Kopf der beschäftigten Arbeiter tun kann. Es ist also das Problem der Arbeitsdauer und der Arbeitsintensivität, dem wir hier begegnen, und es handelt sich um eine Erscheinung, die mit der Eigentumsverfassung an sich gar nichts, wohl aber mit der Produktionsverfassung zu tun hat und allerdings die hier nicht weiter zu verfolgende Frage offen läßt, unter welchen andersartigen Voraussetzungen — klimatischen, intellektuellen, technischen und eben doch auch sachkapitalsmäßigen — der Übergang zu den arbeitsintensiveren Kulturen erwartet werden kann. Die Theorie der neurussischen Schule rechnet offenbar mit günstigsten Verhältnissen insbesondere auch hinsichtlich der Intelligenz der Bauernbevölkerung, ihres Wissens und ihrer Initiative und rechnet offenbar nicht mit der Abhängigkeit des Erfolges der Arbeitsintensivierung mit Kulturwechsel von der Lage und den Ansprüchen des Marktes, der auch in der kollektivistischen Volkswirtschaft, auch in der sozialistischen Gesellschaft zweiter Phase nicht verschwindet, wenn er auch einen andern Namen erhält.

Wir können es uns aber nicht versagen, die optimistische Beurteilung jener Voraussetzung der neurussischen Agrartheorie durch den Hinweis auf eine interessante Tatsache zu beleuchten. Auf schlechtem Boden unweit München sind drei Bauernfamilien, die mit ihren drei Höfen ein Areal von 120 ha bewirtschafteten, so herabgekommen, daß sie die Gelegenheit des Verkaufes gern benutztten. Der Erwerber der drei Höfe erzeugt heute, nach etwa 17jähriger, allerdings arbeits- und kapitalintensiver Bewirtschaftung und Verbesserung des Bodens, die Jahresnahrung für über 500 Menschen¹⁾, verpflegt heute 50 Personen der

¹⁾ Ballod veranschlagt für jeden seiner 36000 Höfe des deutschen kollektivistischen Zukunftsstaates von je 500 ha die Produktion zur Ernährung von 2000 Menschen. a. a. O. S. 115.

Betriebswirtschaft (die 3 Bauernhöfe hatten 30 Personen zu ernähren) und erzeugt für den Markt eine Jahresnahrung: an Mehl für über 400, an Fleisch für 800, an Kartoffel für 1000 Menschen und Futter für 20 Pferde. Ausgezeichnetes agrikultur-technisches Wissen, seltene Arbeitsamkeit und — nicht zu vergessen — ein ausgezeichnetes Verhältnis zu seiner Arbeiterschaft bewirken diesen Erfolg des Besitzers.

Es ist also wohl nicht etwa allein die Aussicht auf den vollen Ertrag der eigenen Arbeit, was den Aufstieg der Bauern zu höherer Arbeitsintensivität gewährleistet. Daß jene oberbayrischen Bauernhöfe sozusagen ihre Besitzer vor dem Verhungern nicht bewahren konnten, obwohl nach dem Stande unserer Wirtschaft und unseres Wissens für weit mehr als für drei Bauernfamilien aus dem Boden herauszuholen war, ist ebenso auf Qualität der Menschen zurückzuführen wie die Tatsache, daß doch auch in der zaristischen Zeit vor der Stolypinschen Agrarreform die durch die Bevölkerungsvermehrung beengten Bauernwirtschaften nicht zu arbeitsintensiveren Bodennutzungen übergegangen sind¹⁾.

Die „Nepo“, die seit dem Frühjahr 1921 eingeleitete „neue Wirtschaftspolitik“, ist die Auswirkung des völligen Versagens der kollektivistischen Politik gegenüber den Bauern, das den Beweis liefert hat, wie weit weniger das Gedeihen der gesellschaftlichen Wirtschaft von der Eigentumsverfassung denn von der Produktivität, das heißt von dem Arbeitswillen in der Wirtschaft, abhängig ist. Die Produktivität ist das Problem schlechthin für die sowjetrussische Wirtschaftspolitik geworden. Nicht die Sozialisierung war es, sondern die Produktionserträge, um was die Sowjetregierung ringen mußte, denn, wie v. Eckardt eindrucksvoll gezeigt hat, der Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Dorf und der Stadt, das Aufhören der agrarischen Produktion für die Stadt, das Fehlen des Füreinander-Arbeitenwollens hat die Sozialisierung zerbrochen, hat die Umkehr, gegen die sich Lenin noch im Herbst 1920 wehrte, unvermeidlich gemacht.

Die Nepo bestand im wesentlichsten darin, daß man für die Bauern vom Ablieferungssystem zum System der Steuerpflicht übergegangen ist und ihnen damit die Möglichkeit der verkehrswirtschaftlichen Eigenverwertung ihrer Produktionsüberschüsse zurückgab. Freiheit des Binnenhandels war die notwendige Begleiterscheinung, mit der die Wirtschaft und ihre — hierin hauptsächlich psychologischen — Gesetzmäßigkeiten den Sieg über die staatliche Macht und ihre Gewalt davontrugen.

Gegenüber diesem Verlauf des größten wirtschaftspolitischen Experimentes, das die Geschichte der Gesellschaftswirtschaft aufzuweisen hat, stellt sich der

¹⁾ Nach persönlichen Mitteilungen von aus Rußland zurückgekehrten Gefangenen.

literarische Krieg über die Eigentumsverfassung in der Agrarwirtschaft, wie er sich seit dem Kriegsbeginne in dem deutschen Schrifttum abgespielt hat, wenig belangreich dar. Es handelt sich eigentlich nur um die Zusitzung des Gegen-satzes in der sozialistischen Literatur zwischen der kollektivistischen Doktrin mit weitgehender Wirklichkeitsfremdheit einerseits, der realpolitischen Strömung mit Erfassung der Bedeutung, die dem Individualitätsprinzip für die Wirtschafts-energetik zukommt, anderseits.

Die Sozialisierung in der Landwirtschaft wird freilich auch von jenen kollek-tivistisch Überzeugten, die mit stark ins Einzelne gehenden Sozialisierungsplänen die Beseitigung der agrarischen Einzelwirtschaft für möglich und notwendig halten, in sehr verschiedenen Varianten gedacht. Selbst zwischen Ballod¹⁾ und Renner²⁾ besteht eben doch, obgleich beide der radikalen Auffassung zu-zurechnen sind, eine beträchtliche Differenz, auch wenn man von den ins Lächer-liche gehenden Einzelheiten des Ballodischen Zukunftsstaates absieht. Dem recht zerfahrenen Stand der Marx-Interpretation, der unseres Erachtens damit zu erklären ist, daß zwischen dem jungen und dem alten Marx immer noch viel zu wenig Unterschied gemacht und daß der Marxismus als eine über mensch-lichen Schwächen stehende Geistesschöpfung aufgefaßt wird, entspricht es, daß der vom Machtwahn erfüllte Voluntarismus der Ballodischen Agrar-Sozialisierung ebenso als marxistisch angesehen sein will wie Renners deterministisch eingestellte Beleuchtung der Tatsachen, die sich um uns abspielen. Ballod glaubt an die dem Marxismus entsprechende Überlegenheit des agrarischen Großbetriebs, mit der das Fortbestehen des Klein- und Mittelbauerntums nicht zu vereinbaren ist, weshalb auch alle darauf abzielenden Maßnahmen der inneren Kolonisation von ihm wie von anderen Radikalen, selbst von dem von bürgerlichen Sympathien für die kleinen Selbständigkeitsexistenzen nicht freien Robert Wilbrandt³⁾ verworfen werden. Der Haupttypus dieser agrarischen Zukunftswirtschaft ist ge-nossenschaftlicher Großbetrieb. Nur Betriebe bis zu 2 Hektar würden wenigstens zunächst auch im Zukunftsstaat fortbestehen dürfen. Aller darüber hinausgehende Landwirtschaftsbesitz werde sozialisiert, nach Ballod verstaatlicht.

Renner dagegen sieht überall, und so auch in der Landwirtschaft, den Prozeß der Sozialisierung so, wie er dem Marxischen Entwicklungsgang entspricht. Am meisten werde der endlichen Sozialisierung schon in der jetzigen Phase des Kapitalismus dadurch vorgearbeitet, daß die Trennung zwischen Eigentum und Bewirtschaftung mit dem Großbetrieb sozusagen natürlich verbunden sei und

¹⁾ Der Zukunftsstaat. 2. Aufl. 1919.

²⁾ Krieg, Marxismus und Internationale. 1917.

³⁾ Vgl. Der Sozialismus. 1919.

mit dem Wachstum und der Vermehrung der Großgüter (die in den österreichischen Alpenländern ja allerdings recht auffallend fortschreitet, vor dem Kriege jedenfalls beträchtliche Fortschritte gemacht hat¹⁾), immer allgemeiner werde. Renner denkt bei dieser Trennung an die „Administration“ auf den deutschen, an die pachtweise Nutzungsweise auf den englischen Großgrundbesitzungen. „Verwaltung“ werde auch das in der sozialisierten Wirtschaft zu wählende System der Bodenbewirtschaftung, natürlich auch im Großbetrieb, sein. Wenn die Entwicklung weit genug fortgeschritten sein werde, würde der Staat einfach an die Stelle der Eigentümer treten. Es ist mit dem Zeitpunkte des Erscheinens der Rennerschen Schrift (1917) zu erklären, daß er auch die Kreditverhältnisse in der Landwirtschaft als etwas der Sozialisierung Vorarbeitendes einschätzt: der Eigentümer höre gewissermaßen allmählich auf, Eigentümer zu sein, der Gläubiger ziehe seine Funktionen an sich, entscheide oft schon über die Bewirtschaftungsweise, beeinflusse diese jedenfalls schon vielfach maßgeblich. Abgesehen hiervon werde die betriebliche Autonomie des Landwirtes sowohl durch die staatliche Autorität der Agrarbehörden als auch durch genossenschaftliche Gemeinschaften wesentlich eingeengt und schließlich geht Renner soweit, das Zugeständnis zu machen, daß ja auch die Steuerleistung schon als eine Minderung des Individualeigentums-Institutes gewertet werden könne.

Es ist nun überaus bezeichnend, daß diese verhältnismäßig stark realistische Lehre, die darauf hinausläuft, die Sozialisierung der Agrarwirtschaft „auf dem Marsche“ zu sehen, von Renner selbst während seiner staatsmännischen Tätigkeit insofern verleugnet worden ist, als die deutschösterreichische Sozialisierungsgesetzgebung von 1919 für die Landwirtschaft „unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Individualeigentums und individueller Wirtschaftsführung durch Klein-, Mittel- und Großbetrieb“ einerseits ein Abbau des Großgrundbesitzes ist, d. h. eine Verkleinerung allzugroßer, im Laufe der Zeit erwachsener oder durch Zusammenkauf entstandener Besitzakkumulationen, andererseits „eine Wiederbesiedelungsaktion, die speziell die im Verlaufe der letzten Jahrzehnte gelegten Bauerngüter wieder der landwirtschaftlichen Kultur zuführen soll“²⁾.

¹⁾ Zu vgl. hierüber Em. H. Vogel, Innere Kolonisation und Landarbeiterfrage in Österreich nach dem Kriege. Wien-Berlin 1918 und dess. Agrarstatistische Grundlagen einer Innenkolonisation und Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität in Österreich. Gutachten, dem Staatsamt für Landwirtschaft erstattet. Wien 1919. In drei Gerichtsbezirken Niederösterreichs wurden 216 Bauerngüter mit rund 16000 ha innerhalb eines Dutzend Jahre 1893—1905 hauptsächlich für Jagd- und Forstwirtschaftszwecke von Großgrundbesitzern aufgekauft.

²⁾ Eman. H. Vogel, Die Sozialisierungsgesetzgebung Deutsch-Österreichs und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. Arch. f. Soz. 48. Bd. S. 130.

Da wenigstens nach diesem legislativen Programm der Abbau des Großgrundbesitzes, namentlich des fideikommissarischen, unter gleichzeitiger Innenkolonisation durch Neubesiedelung auf den abzutrennenden Grundteilen und Schaffung neuer kleiner und mittlerer Bauernstellen in Aussicht genommen war, bedeutet diese Gesetzgebung doch wohl ein völliges Preisgeben der von Renner bereits auf dem Marsche gesehenen evolutionären Sozialisierung mit Hilfe der Großbetriebsentwicklung.

Nun wird man der Rennerschen Evolutionstheorie wohl einräumen müssen, daß es zu rechtfertigen ist, wenn man die bäuerlichen wie die nichtbäuerlichen agrarischen Eigenwirtschaften im Hinblicke auf die wachsende Inanspruchnahme mit Zinslasten, sozialen Verpflichtungen, Steuerlasten, beruflichen Verbundspflichten und manchem anderen einerseits, auf die Schmalheit der Reinerträge andererseits immer mehr nur als einen Funktionär im Dienste der gesellschaftlichen Wirtschaft wertet, so daß es eben, namentlich auch was die Steuerlast anlangt, nur als eine Frage des Maßes erscheint, wie weit man hinsichtlich des freien Verfügungsrechtes über den Wirtschaftsertrag gehen will und wieviel man für den Fall des Verkaufs von der Bodenwertsteigerung oder sonstiger konjunkturaler Gewinnmöglichkeit dem Eigentümer (Besitzwechsel- und ähnliche Abgaben!) zukommen lassen will. Überlegt man hinwiederum, daß in dem großen russischen Experiment von der entgegengesetzten Seite her, vom Kollektivismus aus, der Entwicklungsgang, wahrlich der Not gehorchend, zur Schaffung eines Spielraums mit freier Gewinnchance und freiem Erwerbstreiben für die agrarische Produktion geführt hat, so stellt sich die ganze Frage der Eigentumsverfassung vor allem als ein Problem formaler Natur dar, dessen Lösung nach sozialer, aber eben deshalb auch weitestgehend zu berücksichtigender individualpsychologischer Zweckmäßigkeit zu erfolgen hat.

Charlotte Leubuscher hat sehr richtig auf den Mangel an Verständnis nicht nur für die bäuerliche Psyche, sondern auch für die praktischen Bedürfnisse und Wesenheiten der landwirtschaftlichen Produktion hingewiesen, der sich im Erfurter Programm und der ihm folgenden Literatur bekundet¹⁾). Nirgends wird so wie in der bäuerlichen Wirtschaft das Bewußtsein stark und lebendig sein, daß und wieviel von dem durch die eigenen Hände Erarbeiteten Anderen zugute kommt, nirgends der Glaube an die Autarkie der Eigenwirtschaft so fest verankert, nirgends die Einsicht in die Abhängigkeit des eigenen Arbeitserfolges vom gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsorganismus und seiner Intaktheit so spärlich eingewurzelt sein! Dieser Tatsache entspricht die allgemeine Beobachtung,

¹⁾ Leubuscher, Die Agrarfrage im deutschen Sozialismus der Gegenwart. Jahrb. f. N. Bd. 118.

daß mit steigender innerer Verbundenheit der Menschen ihr wirtschaftlicher Egoismus abnimmt¹⁾). Der Bauer ist mit den elementaren Naturfaktoren ungleich mehr innerlich verbunden als mit anderen, insbesondere berufsfremden Menschen und eben deshalb unvergleichlich stärker von egoistischen Motiven beherrscht.

Wenn die Kommunistische Partei Deutschlands in ihrem Agrarprogramm²⁾ die Forderung aufstellt: „Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiesen“, so mag dabei propagandistischer Zweck, den das Parteiinteresse diktiert, gewiß mitgewirkt haben. Aber nicht minder maßgebend für dieses sacrificium der kollektivistischen Denkweise ist wohl die Besorgnis, daß die restlose Beseitigung des Privateigentums die in dem hoch-industriellen Deutschland noch viel wichtigere Überschußproduktion der bäuerlichen Agrarwirtschaften bedroht.

Man wird Charlotte Leubuscher auch darin voll beipflichten können, wenn sie als charakteristisch für den heutigen Stand der sozialistischen Agrartheorie die Abkehr von der marxistischen Auffassung des Agrarproblems und im Zusammenhang damit das Wiederaufleben von Gedankengängen des älteren vormarxistischen Sozialismus glaubt feststellen zu können. Nur eine Bekräftigung dieser theoretisch-programmatischen Wandlung kann in der Tatsache erblickt werden, daß unter Renners Kanzleramtsführung das deutschösterreichische Gesetz vom Mai 1919 über die Wiederbesiedlung von seit 1870 gelegten Bauerngütern mit ausgesprochen innenkolonisatorischem Charakter erlassen wurde und daß das deutsche Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919, das von den vornehmsten Trägern der Innenkolonisationsbewegung als ihre magna charta begrüßt worden ist, die Unterschrift sozialistischer Minister trägt. Läßt man aber überhaupt einmal einen solchen Riß in das Prinzip des Anti-Individualismus geschehen, so muß er einen Sinn haben. Es ist aber in der ziffermäßigen Abgrenzung der zugelassenen Individualwirtschaften — wie bei Ballod $2\frac{1}{2}$ ha — kein Sinn zu erkennen. Es ist schlechthin unverständlich, daß Leute, die von der technisch wie ökonomisch vollständig verschiedenen Bedeutung des Kleingrundbesitzes in verschiedenen geographischen Gebieten Kenntnis haben, wie z. B. Ballod, sich zu solchen Unsinnigkeiten ernsthaft entschließen können.

III.

Der vollständige Zusammenbruch des Kollektivismus in der russischen Industrie steht nicht bloß mit dem Kollektiveigentum, sondern auch mit dem, was

¹⁾ Vgl. Gabriele Palm, Der wirtschaftliche Egoismus. Jahrb. f. S. 46. S. 673.

²⁾ Abgedr. bei Diehl-Mombert, Lesestücke XII, S. 176 ff.

wir oben als Produktionsverfassung bezeichnet haben, in Zusammenhang. Nach den Berichten Hans von Eckardts und Dr. Fuckners, der selbst noch aktiv an der Sowjetwirtschaft beteiligt war, sofern er bis Ende 1920 die Organisation des Genossenschaftswesens zu fördern bemüht war¹⁾, bis er der Regierung verdächtig wurde, war die Hebung der Produktion in der Industrie im Rahmen der Sozialisierung nicht zu erreichen. v. Eckardt schreibt: Von den anfänglichen Grundsätzen einer Arbeiterkontrolle der Betriebe, einer Verwaltung durch die Betriebsräte und der Ersetzung des Geldlohnes durch direkte und gleichmäßige Naturalverpflegung war man schon im Frühjahr 1920 abgekommen. Man hatte feststellen müssen, daß die Fabrikkomitees und Betriebsräte den letzten Rest von Disziplin zum Schwinden gebracht, sowie eine vollständige Verschleuderung des Fabrikinventars nach sich gezogen hatten. An die Stelle der Betriebsräte setzte man „Diktatoren“ mit uneingeschränkter Gewalt über Leben und Tod der Arbeiter. Ein Produktionsprämiensystem und Taylorisierung der Arbeitsorganisation wurden eingeführt, Versorgung und Sicherstellung der Arbeiter abgeschafft. Wie die Ekonomitscheskaja Schisn wiederholt berichtete, sind die Arbeiter in Scharen unentschuldigt von der Arbeit weggeblieben. Mit solchem Mangel an Pflichttreue — es sei an Büchers Warnung erinnert — war an Weiterarbeit, geschweige denn Aufstieg der Produktion nicht zu denken. Die erwartete solidarische Gesinnung hatte sich nicht eingestellt, jedenfalls ist sie für die Produktivität nicht wirksam geworden. Mit „eiserner Disziplin“, einem scharfen Strafensystem, militärischem Zwang suchte man das zu bewirken, was die Idee der solidarischen Freiwilligkeit nicht gezeitigt hatte. Aber auch das blieb ohne Erfolg. „Man mußte schließlich einsehen, daß das Privateigentum und der freie Erwerb den seelischen Hauptfaktor, die eigentlich treibende Kraft im Arbeitsleben darstellen. Hierfür bot das System bürokratischer Arbeitsgliederung, eines hierarchischen Aufbaues der Kompetenzen und eines Zwangsgebildes der allgemeinen Einfügung in die Arbeitsfabrik Staat keinen Raum. Man mußte die Idee dieser entpersönlichten Arbeitsweise völlig preisgeben und zu jenem System zurückkehren, in dem sich der geistige Wille zur Arbeit frei entfalten konnte.“ So begann man denn mit Einführung des Prämiensystems und des Leistungslohnes, mit Steigerung der Gehälter der Spezialisten, also mit Preisgabe des Gleichheitswahns und gelangte schließlich zur „Freigabe fast unbeschränkten Erwerbes“ und zur Wiederherstellung des Privateigentums (v.Eckardt).

Nicht nur der Widerstand der Bauern ist es gewesen, nicht der trotz allem Solidarismus eher gesteigerte Konflikt zwischen Stadt und Land, was die soge-

¹⁾ Nach persönlichen Mitteilungen. Vgl. Fuckner, Rußlands neue Wirtschaftspolitik. 1922.

nannte Sowjetwirtschaft zum völligen Bankerott zwang, die Dinge lagen vielmehr so, daß die Unzulänglichkeit der industriellen Leistungen so sehr versagte, daß die Stadt nichts mehr hatte, was sie dem Bauern bieten konnte, um diesen zur Überschußproduktion zu bestimmen. An der Wurzel ist die mit aller Brutalität in das russische Volk gesetzte Pflanze verdorrt, weil dieser Boden das doch nicht gab, was der Kollektivismus braucht: fanatische Pflichttreue für eine Idee. Dieser Boden, das ist dieses geduldigste und ungeheuer fanatisierbare Volk mit „restlosem Einklang von idealistischem Streben und realistischem Wirklichkeits-sinn“, wie Nötzels pleonastisch sagt¹⁾. Es ist das Entscheidendste, daß hier dem kollektivistischen Apparat Einrichtungen und Maßnahmen der Betriebsleitung eingefügt werden mußten, die im individualwirtschaftlichen System überhaupt völlig unmöglich sind: die brutale Gewalt.

Wie soll aber, was in diesem Lande der vollendetsten Autarkiemöglichkeit, wie sie in keinem anderen Volkswirtschaftskörper Europas besteht, an dem Versagen der Urproduktion, was in diesem radikalsten Volke mit dem höchsten Maß von Hingebungsfähigkeit an eine Idee an den Menschen gescheitert ist, wie soll das anderwärts zu Erfolg gelangen?

Es hat den Anschein, daß unter dem Einfluß dessen, was von diesen Vorgängen im Osten nach dem mittleren und westlichen Europa durchgesickert und in die breiten Schichten gedrungen ist, der Glaube an die kollektivistische Heilslehre eine gewisse Erschütterung dort erfahren hat. Nicht als ob die Lösung „ôte-toi que je m'y mette!“ ihre Anziehungskraft verloren hätte. Aber der kalte realistische Wind der Enttäuschung drückt das Thermometer auf ein Niveau herab, bei dem sich Medikamente nach den radikalsten Rezepten nicht mehr brauen lassen. Der Sinn für die Wirklichkeit gewinnt die Oberhand und gehandelt wird nur mehr nach hohen Wahrscheinlichkeiten. Mit dem Kampf um das nackte Leben, wie er in Deutschland dem ganzen Volk aufgezwungen ist, hat die Debatte das Thema: Überwindung des Individualeigentums überhaupt immer mehr versinken lassen — lassen müssen, aber nicht genug daran, auch von dem, was die Sozialisierungswoge an wirklich Verwertbarem an den Strand geworfen hat, ist wohl vieles geborgen, aber nicht entfernt in dem Maße ausgewertet worden, als das möglich und wie es zweckmäßig gewesen wäre. Nichts liegt uns aber ferner, als ein abschließendes Urteil über diese möglicherweise so gar nicht abgeschlossenen Vorgänge.

Daß die Eigentumsverfassung so bald nicht wieder zum Problem werden dürfte, dafür besteht wohl eine sachlich begründete hohe Wahrscheinlichkeit. Die Er-

¹⁾ Die Grundlagen des geistigen Rußlands. Leipzig 1923. (3. Aufl.) S. 256.

fahrungen im Osten nicht nur, sondern auch die eindringlichere Durchdenkung innerhalb der eigenen vier Wände haben zur Erkenntnis geführt:

1. daß die Eigentumsverfassung an sich für den Ablauf des sogenannten Verteilungsprozesses ganz und gar nicht ausschlaggebend ist, weil innerhalb der Wirtschaftsweise auf der Basis des Individualeigentums der relative Anteil des Kapitals an dem Erfolg der Unternehmungen recht viel bescheidener als der der Arbeit sein kann, sofern man sich überhaupt entschließt, mit diesem theoretisch durchaus nicht einwandfreien Anteilsbegriff zu operieren;
2. daß die Eigentumsverfassung nichts aussagt über die tatsächliche Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im individualwirtschaftlichen, zwischen Staat oder sonst einem Einsetzer des Kapitals und den vom Kapital eingesetzten Arbeitern im kollektivwirtschaftlichen System;
3. daß sie nichts aussagt über den tatsächlich zu erwartenden technischen und noch weniger über den wirtschaftlichen Erfolg;
4. daß endlich mit der Eigentumsverfassung pure et simple noch nicht einmal darüber entschieden ist, wie weit der Eigentümer in der Ausbeutung seiner Verfügungsgewalt gehen kann, weil bei grundsätzlicher Geltung des Individualeigentums durch die ergänzenden Normen der Produktionsverfassung die Wirksamkeit dieser Herrschaft über die Sache weitgehend abgeschwächt werden kann.

Die Menschheit lernt freilich immer noch viel zu wenig aus der Geschichte, aber man möchte doch nach dem heutigen Stande der Dinge, nach der wissenschaftlichen Forschung über die Ursachen sozialer Katastrophen wie über die ökonomischen und sozialen Kausalzusammenhänge überhaupt, zu dem Optimismus hinneigen, daß eine Eigentumsverfassung um ihrer selbst willen oder nur im Interesse der Eigentümer keinen dauernden Bestand haben würde. Selbst die extrem liberalistische Richtung, die oben mit Andreas Voigt und Ludwig Mises zu Wort gekommen ist, scheint von der Selbstverständlichkeit des Postulates sozialer Zweckmäßigkeit erfüllt zu sein¹⁾. Diese Richtung, die allerdings in jeder Art Sozialpolitik schon destruktionistischen Sozialismus sieht²⁾, wirklich echten

¹⁾ Der Liberalismus, sagt Mises a. a. O. S. 36, tritt nicht aus Rücksicht auf die Sonderinteressen der Eigentümer für das Sondereigentum an den Produktionsmitteln ein, sondern weil er von einer auf dem Sondereigentum beruhenden Wirtschaftsverfassung eine bessere Versorgung erwartet. Auch der Ärmste werde durch den Sozialismus wegen seiner geringeren Produktivität geschädigt. Liberalismus und Sozialismus unterscheiden sich nicht durch das Ziel, sondern durch die Mittel.

²⁾ Brentano erscheint nach Mises als einer der gefährlichsten Kultur-Destruktionisten.

Sozialismus nur auf der Grundlage eines transzental orientierten asketischen Ideals für möglich hält, läßt sich ja überhaupt nicht dadurch kennzeichnen, daß sie etwa zum „Allgemeininteresse des Ganzen“ in einen Gegensatz treten, es negieren wolle, sondern nur durch die Überzeugung, daß all das, was als Allgemeininteresse erkannt werden kann, nur aus dem absolut unbeeinflußten Spiel der Kräfte in individueller Interessenverfolgung hervorgehen könne. In dieser Richtung gilt allerdings die Überzeugung, daß es sich um nichts weiter als um die gesetzliche Verankerung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln handeln kann, als *κτῆμα εἰς αὑτόν*. Die Grundlage dieser Überzeugung ist das Dogma, daß es nur auf die höchstmögliche Menge von Gütern ankomme.

Es kommt hier eine Stellungnahme zu diesem fast mehr als je¹⁾ mit aller Klarheit universalistisch gedachten, ausgesprochen materialistischen Eudämonismus nicht in Frage. Soweit die Bedeutung der Eigentumsverfassung für die Güterproduktion zur Diskussion steht, wird aber allerdings gesagt werden können: entscheidend ist für ihre Beurteilung, wie die eine oder die andere Eigentumsgestaltung auf die Ausstattung mit Gütern wirkt. Solange nun die menschliche Gesellschaft unausgesetzt und — mit wachsender Bevölkerung — in steigendem Maße mit ihrem Interesse auf Erhöhung der Produktionsergebnisse eingestellt ist, solange asketische Ideale nicht zum festen, wirksamen Besitz der Massenseele geworden sind, kann dieses Rechtsinstitut mit seiner ganzen Tragweite nur von diesem teleologischen Gesichtspunkte aus beurteilt werden. Wir kommen aber auf unsere oben angedeuteten Eindrücke zurück, daß der Einfluß der Eigentumsverfassung überhaupt überschätzt zu werden pflegt und daß jede Eigentumsverfassung mindestens nur im Zusammenhang mit den sonstigen und maßgebendsten Elementen der Produktionsverfassung beurteilt werden können und sollten.

Nun kann freilich der Begriff der Produktionsverfassung sehr weit gefaßt werden und ihm außer dem Verhältnisse derjenigen zueinander, die als Verfüger über die Produktionsfaktoren auftreten, auch die Stellung der Produktion als Gesamtheit aller Produktionsfaktoren gegenüber den Konsumenten zugerechnet werden: dann werden nicht nur die innerbetrieblichen Beziehungen und alle damit zusammenhängenden Einrichtungen für das Verhältnis von Kapital und Arbeit, von direktiver und ausführender Arbeit, sowie die außerbetrieblichen,

¹⁾ Mises' Versuch, die sozialen, sanitär wie sittlich bösen Zustände der Frühzeit des englischen Vollkapitalismus in das versöhnliche Licht der gesellschaftlichen Notwendigkeit zu rücken (a. a. O. S. 461), spricht von einer doch seltenen Begeisterung für die schrankenlose Bewegungsfreiheit der Unternehmer, ist aber nach historischen Tatsachen weder technisch noch populationistisch annehmbar.

insbesondere durch berufliche Verbände hergestellten, jedenfalls angestrebten Beziehungen (Gewerkverein, Arbeitgeberverbände, Arbeits- und Arbeiterkammern, Arbeitsgemeinschaften usf.). Objekt der Produktionsverfassung, sondern auch solche Beziehungen, die durch künstliche sogenannte Monopole durch Verbandswirtschaft, Allianzen, Interessenverbände aller Art (Reichswirtschaftsrat!) bewirkt werden und zwar wegen ihrer Tragweite für die Abnehmer.

Die Literatur der Kriegs- und mehr noch der Nachkriegszeit ist überreich an Ideen und Ideechen, die zwar mehr oder weniger alle mit dem alten Glauben an die erlösende Kraft des Kollektivismus, insbesondere in der Form des Staats- und Kommunalsozialismus, zusammenhängen und an das Tageslicht gelangen konnten, weil das Bedürfnis nach Rat und Tat immer dringender wurde. Diese in Deutschland in engem Zusammenhang mit der Politik und in Fühlung mit den obersten Verwaltungsstellen propagierten Pläne unterscheiden sich in ihrem Kollektivismus durch das Streben nach greifbaren Formen, in denen der Fortschritt zu höherer sozialer Stufe der Produktion zu verwirklichen wäre. So hat Rathenau, erfüllt von dem Gedanken, daß die Wirtschaft nicht Privatsache bleiben könne¹⁾, die Verantwortung des einzelnen Unternehmers durch Schaffung eines „zentralen Willens eines bewußt gewordenen Organismus“ geglaubtersetzen zu können, wobei eine Art von Syndikaten — Berufsverbände und Gewerksverbände — nicht eine „Staatswirtschaft“, sondern eine der bürgerlichen Entschlußkraft anheimgestellte Privatwirtschaft lenken würden, freilich unter staatlicher Mitwirkung, weil diese Verbände zur Überwindung innerer Reibungen und zur Vervielfältigung ihrer Leistungen und ihrer Tragkraft mit weitgehenden Befugnissen, über Sein oder Nichtsein der einzelnen Unternehmung zu entscheiden, ausgestattet werden sollten. In den Formen der Organisation weitergehend, durchgearbeitet, in der Zielsetzung weniger durchsichtig, ist die Planwirtschaft Moellendorffs und Wissells darauf bedacht, durch ein System von Räten Planmäßigkeit an die Stelle des überall gesehenen Chaos in die Produktion zu bringen, wobei allerdings am stärksten darauf abgehoben wird, die Arbeitnehmerschaft zur Leitung der Produktion mit heraufwachsen zu lassen und sie in jeder Hinsicht zu einem gleichgeordneten Träger der Produktion neben dem Kapital werden zu lassen.

Überall da ist vom Eigentumsproblem nicht die Rede, das Objekt ist die äußere Produktionsverfassung. Mit mehr wissenschaftlichem Charakter als diese Pläne rückt die Kritik, allerdings sehr zerflatternd, diesen Ideen mit der Frage nach der Produktivität zu Leibe.

¹⁾ Vgl. Die neue Wirtschaft.

²⁾ Wissell, v. Moellendorff, Wirtschaftliche Selbstverwaltung. Jena 1919.

Wie weit man den Begriff auch fassen mag, es ist ganz gleichgültig, das entscheidende wird stets sein, ob man die rechtlich zu beeinflussenden Beziehungen und Vorgänge als bedeutungsvoll für eines der Probleme erachtet, die durch eine dem Gesamtinteresse der Gesellschaft dienende Produktionsverfassung zu lösen sind oder nicht. Im Vordergrunde dieser Probleme stehen zwei Zwecke:

1. die Voraussetzungen herzustellen, daß das jeweilig gesellschaftlich mögliche höchste Produkt nachhaltig, also dauernd gewonnen werden kann;
2. die günstigste ökonomische Auswertung der einzusetzenden Produktionsmittel einschließlich der Menschenkraft, kurz die höchste Ökonomik der Produktionsfaktoren zu verwirklichen.

Die Betonung des Postulates der Nachhaltigkeit für die Erzielung des höchsten Produktes schließt ein idealistisches und sozialpolitisches Moment erster Ordnung in sich: die Erreichung einer solchen Ordnung der Produktion, daß der für das Zusammenwirken der arbeitsteilig so weitgehend differenzierten Menschen unentbehrliche Verständigungswille erhalten bleibe. Die Gefahr, daß dieser Wille eine Abschwächung erfährt, zermürbt wird — schwindet oder gar ins Gegenteil verkehrt wird, bedeutet nichts geringeres als alle Schädigungen, die der Gesellschaft drohen, schließlich ihr Zerfall, kurz all dasjenige, was zu verhüten der eigentlichste Kern der Sozialpolitik ist. Die Gesellschaft ist auf einer gewissen Stufe der Entwicklung nur in der außerordentlichen Differenziertheit der menschlichen Qualitäten zu denken und nirgends so sehr wie in der Produktion ist diese Verschiedenheit schlechthin Voraussetzung der höchsten Leistung, nirgends wie hier sind die differenziertesten Individuen im höchsten Maße aufeinander angewiesen, nirgends wie hier muß jedes Versagen des harmonischen Zusammenwirkens katastrophal wirken und nirgends sind die Anlässe und Gelegenheiten zur Entfachung einer Flamme des Gegensatzes, des Hasses, jedenfalls der restlosen Zerstörung des Willens zur Verständigung gehäuft wie eben hier.

Man hat geglaubt, daß die Erzielung des höchsten Produktes nur ein technisches Problem sei und daß, soweit menschliche Qualitäten des Arbeitsausführenden in Betracht kommen, nur wissenschaftliche, insbesondere physiologisch orientierte Betriebsführung die Gewähr für die Erreichung des gesellschaftlich möglichen Höchstmaßes an Produkt biete, so daß der Taylorismus als die summa sapientiae für alle Produktionsverfassung anzusehen wäre. Aber der Glaube an die Menschheitsbeglückung durch diese Erfindung ist erschüttert. Gantt, ursprünglich selbst einer der hervorragendsten Propagatoren derselben, ja der als der „stärkste Mann der wissenschaftlichen Betriebsführungsbewegung“ gilt, schreibt selbst: Es ist unzweifelhaft wahr, daß die „Hochleistungsmethoden“,

die sich in den letzten 20 Jahren in diesem Lande so großer Beliebtheit erfreuten, nicht die Wirkung hervorzubringen vermochten, die man von ihnen erwartete. Der Grund scheint zu sein, daß wir in weitem Maße den menschlichen Faktor unbeachtet gelassen und versäumt haben, aus der Fähigkeit und dem Wunsche des einfachen Mannes, zu lernen und seine Lage zu verbessern, Nutzen zu ziehen. Außerdem sind diese Hochleistungsmethoden in einer recht selbstherrlichen Weise angewandt worden. Dies allein würde genügen, um sie zu verurteilen, selbst wenn sie in hohem Grade wirksam gewesen wären, was jedoch nicht der Fall war¹⁾.

Zahlreich genug waren die, die sich dem Wahn hingegeben haben, daß die Produktivität vor allem oder gar nichts als ein technisches Problem sei. Unbegreiflicherweise! Genügte es doch, den Kosten der Fluktuation der Arbeiterschaft innerhalb jedes einzelnen größeren Betriebes etwas genauer nachzugehen. Beobachtet haben sie die Ruhrkohlenzechen längst, und für englische Munitionsfabriken wurde festgestellt, daß jeder Arbeiter, der austrat und für den Ersatz erforderlich war, 15—20 £ kostete durch die Minderleistung vom Zeitpunkte des Ersatzmannes bis zur Erreichung der Leistungsfähigkeit des Vorgängers. Und man glaube nur ja nicht, daß diese Kosten vom Unternehmer, vom Kapital getragen werden können, wenn die Fluktuation sich wie bei vielen Betrieben auf 70 vom Hundert der Belegschaft erstreckt und nicht einmal 10 vom Hundert der Abziehenden einen Grund ihrer Abkehr anzugeben wissen²⁾.

Kann solche Bewegungsfreiheit der Arbeiter, der der Unternehmer seinerseits keine auch nur ähnliche Freiheit gegenüberstellen kann, die offenkundig die Gesamtgesellschaft aufs schwerste schädigt, kann sie restlos zugestanden werden? Ist nicht die Kollektivwirtschaft mit einer Produktionsverfassung, die durch Zwangsmaßnahmen Hintanhaltung des Stellenwechsels absolut ausschließen kann — ausgeschlossen hat —, dem individualistischen Wirtschaftssystem mit seiner Freizügigkeit weit überlegen? — Die Frage kann mit ziemlicher Gewißheit verneint werden. Was macht der Betrieb mit dem widerwillig Zurückgehaltenen? Er wird im Privatbetrieb sowenig produktiv sein wie im kollektiven und möglicherweise dem strebsamen Arbeiter den Platz wegnehmen. Alle solche Knebelung kommt für die kapitalmäßig entwickelte Wirtschaft — das ist ja auch die russische — nicht mehr in Frage und der ganze Widersinn des Kollektivismus mit solchen Zwangsanstalten springt in die Augen, wenn man bedenkt, daß das Freiheitsbedürfnis die „abolition of the wage system“ zur Hauptthese verschie-

¹⁾ H. Gantt, Organizing for Work. p. 89 f.

²⁾ Nach F. Watts, Die psychologischen Probleme der Industrie. Berlin 1922.

dener Richtungen in den sozialen Bewegungen unserer Tage gemacht hat, auch des Gildensozialismus, dem die Neugestaltung der Produktionsverfassung das Primäre, die Eigentumsfrage das Sekundäre ist. Für den Gildensozialismus ist dieser Programmypunkt übrigens nicht das, was diese romantische Arbeiterbewegung, dieses eigenartige Gebilde aus ökonomischen, ethischen und ästhetischen Wurzeln aus syndikalistischen und kollektivistischen Tendenzen unterscheidend kennzeichnet, er deutet wohl ein Ziel der Bewegung und gleichzeitig ihren Ursprung an, aber im Rahmen der ganzen sozialen Bewegung stellt sich der Gildensozialismus, soweit man von dem romantischen Irrationalen absieht, als das letzte, als das radikalste Glied in der Stufenleiter verschiedener Grade dar, mit denen der Gedanke der control of the industry in der großbritannischen Arbeiterschaft vertreten wird.

Control of industry ist etwas Verschiedenes in den Systemen des Profitsharing, des Copartnership, der Witley councils, der shop stewards und endlich der sozialistischen Gilden. Der Unterschied ist nur ein solcher des Maßes. Alle diese Einrichtungen, Organbildungen und Verbände sind, in Großbritannien wie anderswo ihrem Wesen nach nur äußere Lebensformen des Strebens nach einem neuen Geist der Produktionsverfassung. Von allen Seiten und auf den verschiedensten Wegen wird darauf hingearbeitet¹⁾, hier mit geringerem, dort mit größerem Geschick und entsprechendem Erfolg, überall aber kann man als das Edelste an der Bewegung nichts anderes erkennen als die Sehnsucht nach einer seelischen Emanzipation des Arbeiters.

Nicht nur das sozial fortgeschrittene, auch dasjenige Unternehmertum, das noch nicht von der richtigen Erkenntnis des Funktionscharakters seiner Stellung in der Wirtschaft erfüllt ist, das sich in seinen Entschlüssen noch nicht oder zu wenig von solchem Erfassen seiner Aufgabe im Gesellschaftskörper leiten lässt: alle diese Kreise sind zum größten Teil geneigt, die Notwendigkeit einer Befreiung der Arbeiterschaft in Abrede zu stellen; unter Hinweis auf die in Deutschland wahrlich nicht kleine Zahl von Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit können sie nicht ohne Rechtfertigung fragen, wo denn noch Unfreiheit, wo Knechtschaft zu finden sei. Und in der Tat, die Zeiten der Knechtschaft sind vorbei, aber der Haß lebt fort. Und ihm kommt auch die Rechtsnorm, die kalte, tote Satzung nicht bei. Die Produktionsverfassung bleibt in dieser Richtung unwirksam, bleibt toter Buchstabe, wenn ihr nicht die geänderte seelische Einstellung der beteiligten Menschen Leben gibt. Darin stehen wir aber erst in

¹⁾ Nur als ein Beispiel erwähne ich die sachlich-technisch, aber mehr vielleicht noch hinsichtlich ihres sittlichen Gehaltes höchst beachtenswerte Schrift Lang-Hellpach, Gruppenfabrikation, 1922.

den Anfängen einer neuen Epoche, und deshalb hat unsere Generation auch ganz und gar kein Recht zum Pessimismus. Es ist erfreulich zu beobachten, wie gerade auf Seite der Arbeitgeber die Erkenntnis wächst, daß die Arbeitermassen aus Einzelnen bestehen, deren Seele für die gemeinschaftliche Arbeit gewonnen werden kann und gewonnen werden muß.

Allzusehr neigt der Mensch dazu, das unmittelbare Erleben, in dem er mit seinem Geschlecht steht, nur aus der kurzen Distanz des eigensten Interesses zu sehen. In dieser Perspektive der Entfernung, auf die das Ganze der menschlichen Gesellschaftsentwicklung und das ewige Ringen der Menschen nach solcher Ordnung der Dinge gesehen werden kann, die ihren Zwecken gerecht werden kann, stellt sich der kleine Schritt eines Jahrzehntes wie der größere eines Jahrhunderts zumeist viel befriedigender dar. Hier sei den beherzigenswerten Worten Raum gegeben, die ein gewissenhaft skeptischer Erforscher der psychologischen Probleme der modernen Industrie zur Rechtfertigung des Glaubens an den Fortschritt geschrieben hat¹⁾): Die moderne Großindustrie, gegen deren Ausbreitung viele Utopien gerichtet waren, ist keine soziale Krankheit, wie sentimentale Gemüter oft zu glauben versucht sind, sondern sie ist ein wesentliches Organ unserer Kultur, und es ist unsere Pflicht, es auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten. Immerhin, wenn auch keine U-topie, so kann eines Tages vielleicht eine Eu-topie, Schritt für Schritt zwar, doch greifbare Wirklichkeit werden, falls wir mit Geduld und Selbstvertrauen vorwärtsschreiten, schnell bereit, im rechten Augenblick nach den reifenden Früchten der jüngsten Erfahrung zu greifen, aber bedächtig wenn es gilt, die wohlbewahrten Schätze der Vergangenheit fahren zu lassen.

¹⁾ Ich lenke damit die Aufmerksamkeit auf das ausgezeichnete Buch von Frank Watts M. A. Die psychologischen Probleme der Industrie, deutsch von Herbert Grote, Berlin 1922.

Ungelöste Fragen der Geldtheorie.

Von

Melchior Palyi (Berlin).

Inhalt.

	Seite
I. Die Problematik der Geldlehre in der Vorkriegsliteratur	457
II. Die neueren Fragestellungen	464
III. Geld- und Naturalrechnung	467
IV. Der Sinn des „Chartalismus“	470
V. Die Grundfragen der Quantitätstheorie	475
VI. Die „formale“ Quantitätstheorie	477
VII. Die „materiale“ Ausdeutung der Quantitätstheorie	487
Zur Theorie des Geldmarktes	493
VIII. Die Schwächen der Banking-Lehre. Die Produktionskostentheorie	500
IX. Wechselkurs und Kaufkraftparität	503
X. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz	511
XI. Die Warenwerttheorien des Geldes	514

I.

Die Inflationsjahre und die sich daran knüpfenden Stabilisierungsexperimente haben der geldtheoretischen Forschung ein Material zur Verfügung gestellt und Probleme vorgesetzt, wie es wohl in ähnlichem Ausmaß niemals vorher der Fall war. Kein Wunder, wenn die Versuche, zu diesen Erfahrungen und zu diesen Problemen wissenschaftlich Stellung zu nehmen, sich von dem Ausmaß und der Intensität der sich aufdrängenden neuen währungsgeschichtlichen Tatsachen geradezu faszinieren ließen. Dies im doppelten Sinne: in der Problemstellung sowohl als auch in der theoretischen Konstruktion, die die Handhabe zur Lösung der Probleme zu bieten hat. In der Problemstellung insofern, als der Fragenkomplex Inflation—Deflation die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenken mußte, nicht immer zum Vorteil der Theorie selbst, die nun in der Konstruktion wesentlich durch diese Fragestellung bestimmt wurde: den Ausgangspunkt des geldtheoretischen Denkens bildet überwiegend eine Währungsverfassung, die vor dem Weltkrieg als die Ausnahme angesehen werden konnte; und die Gefahr, diejenige Theorie, die den Geldwertproblemen dieser Währungsverfassung gerecht wird, zur allgemeinen und schlechthin gültigen zu erheben, liegt nur zu nahe.

Es wäre eine reizvolle Aufgabe, die noch nicht einmal versuchsweise gelöst worden ist¹⁾, die Entwicklung der geldtheoretischen Fragestellung und ihre Bedingtheit durch die jeweiligen praktischen Probleme der Währungs- und Bankpolitik zu schildern. In diesem Zusammenhang kann nur einiges angedeutet werden. Die geldtheoretischen Lehrbücher am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts sind vorwiegend von einer Fragestellung beherrscht, die man im zweiten Dezennium unseres Jahrhunderts nicht mehr als „aktuell“ angesehen hat. Es ist dies die Frage nach der besten Währung im Sinne der Wahl des „richtigen“ Wertmaßstabes und Tauschmittels. Wie z. T. schon die klassisch gewordenen Schriften von J e v o n s , C h e v a l i e r , K n i e s , so sind erst recht die Lehrbücher des Geldwesens, die nach 1900 erschienen sind, wie die von L a u g h l i n²⁾,

¹⁾ Sehr wertvolle Ansätze dazu bei A n d r e a d è s , Histoire de la Banque d'Angleterre und in S o m a r y s Bankpolitik (Tübingen 1915); vgl. auch M. B o u n i a t i a n , Geschichte der Handelskrisen in England, München 1908.

²⁾ Principles of money, New York 1903.

Helfferich¹⁾, Scott²⁾, Conant³⁾, Foville⁴⁾, J. F. Johnson⁵⁾ usw. — und dasselbe gilt für die einschlägigen Kapitel in den damaligen Lehrbüchern der Nationalökonomie —, vorwiegend oder jedenfalls in ganz außerordentlichem Maße durch dieses selbe Problem bedingt. Es war dieselbe Fragestellung, die dem bimetallistischen Streit zugrunde lag, einem Streit, der in den 80er und 90er Jahren literarisch und praktisch die weitesten Kreise zog. Um die Jahrhundertwende war der Streit zugunsten des Goldes entschieden; kein Wunder aber, daß die kurz danach relativ zahlreich entstandenen systematischen Werke über das Geldwesen das Bedürfnis hatten, zu der Streitfrage abschließend Stellung zu nehmen und den Sieg des Goldes nicht nur historisch darzustellen, sondern auch theoretisch zu rechtfertigen. Bald wandte sich aber das Interesse anderen, weniger prinzipiellen Problemstellungen zu.

Gewiß hat es in den fünfzehn oder zwanzig Jahren nach Abflauen des Bimetallismusstreites bis zum Beginn des Weltkrieges bzw. bis zum Auswirken der Kriegsfolgen auf die Währung der ganzen Welt an geldtheoretischen Werken nicht gefehlt. Vor allem haben die beiden Länder, die in dieser Zeit allgemein geschwächten theoretischen Interesses die theoretische Forschung mit besonderem Eifer betrieben haben — Österreich und die Vereinigten Staaten — auch in der Geldtheorie Bedeutendes geleistet. Man braucht hier nur Irving Fisher und Kemmerer, dort v. Wiessner und Mises zu nennen, um charakteristische Beispiele hervorzuheben. Aber im großen und ganzen hat die theoretische Forschung in dem fraglichen Zeitraum entweder nachgelassen oder doch eine Richtung genommen, die von der (im klassischen Sinne des Wortes) spezifisch „theoretischen“ wesentlich verschieden ist. Die Gründe dafür sind sehr mannigfacher Art, und die Erscheinung selbst läßt sich nicht einfach durch das stärkere Hervortreten des an der historischen Schule orientierten deutschen Einflusses erklären, wenn sich der Einfluß des Historismus gewiß auch auf diesem Gebiete geltend gemacht hat.

Wichtiger ist ein anderer Grund: der Mißkredit, in den die Quantitätstheorie nach dem Bimetallismusstreit geraten ist. Nicht nur, weil die Bimetallisten sich mit Vorliebe dieser Theorie bedient haben, sondern vor allem, weil in den Augen der öffentlichen Meinung und der Populärökonomie „Theorie“ in der Geldlehre seit Jahrhunderten identisch geworden ist mit Quantitätstheorie, und folglich

¹⁾ Das Geld, Leipzig 1903 (seither, zuletzt 1922, Neuauflagen).

²⁾ Money and banking, New York 1903.

³⁾ The principles of money and banking, London 1905. 2 Bde.

⁴⁾ La monnaie, Paris 1907.

⁵⁾ Money and Currency, Boston 1906.

jede Abkehr von der Quantitätstheorie schlechthin eine Abkehr von der Theorie selbst zur Folge haben mußte. Die Abkehr geschah wie gewöhnlich, weil die Sünden der Theoretiker auf das Konto der Lehre selbst geschrieben wurden. Gab es doch eine Zeit, zu der die überwiegende Majorität der angesehenen und angesehensten Nationalökonomien der Welt von einer baldigen „Verknappung der Golddecke“ überzeugt und dementsprechend offen oder gemäßigt bimetallistisch orientiert war. Mit derselben Selbstgewißheit, wie es heute etwa C a s s e l oder K e y n e s zu tun pflegen, hat damals alle Welt über die „Zukunft des Goldes“ Prophezeiungen angestellt. Sie hörten nicht eher auf, als der volle Sieg des Goldes auch für die Verstocktesten offenkundig wurde, das die einen für zu knapp, die anderen für zu reichlich, die meisten jedenfalls für bedenklich gehalten haben, und die öffentliche Meinung übersah dabei die Minorität der Theoretiker, die eine relative Wertbeständigkeit des Goldes erkannten und die bimetallistischen Befürchtungen nicht teilten. So konnte für das Versagen der Fachleute (ihrer Majorität und gewiß nicht aller) in der währungspolitischen Grundfrage die Theorie selbst verantwortlich gemacht werden, und so konnte es geschehen, daß selbst in den angelsächsischen Ländern mit ihrer eingewurzelten quantitätstheoretischen Tradition eine geradezu leidenschaftliche Abneigung gegen diese Lehre erwachte. Erst recht war dies dann in Deutschland der Fall. Dazu kam ferner die kritisch-empirische Erforschung der Tatsachen, geführt namentlich von L a u g h l i n , C o n a n t und Parker W i l l i s in Amerika, von L e x i s , L o t z , Adolf W a g n e r in Deutschland, N i c h o l s o n und Hartley W i t h e r s in England, A n s i a u x in Belgien, N o g a r o in Frankreich usw., um mit ihren der Quantitätstheorie vielfach widersprechenden Ergebnissen zur Unterhöhlung dieser Theorie wesentlich beizutragen, namentlich was die Anwendung derselben auf die Theorie der Wechselkurse anbelangt.

Entscheidend wurde aber vor allem die Verschiebung der praktischen Probleme selbst. Das gilt namentlich auf währungspolitischem Gebiet in engerem Sinne. Ging der Streit bis Ende des 19. Jahrhunderts darum, ob Goldwährung oder Bimetallismus das Richtige sei, so kam es nach 1900 praktisch nur noch darauf an, welche Art der Goldwährung die wirtschaftlichste ist. Als charakteristische Symptome für diese veränderte Fragestellung wollen wir bloß zwei mit Recht berühmt gewordene Bücher hervorheben. Von J. M. K e y n e s , dem Verfasser der „Indian Currency and Finance“ (London 1913) weiß man seither, zu welchen radikalen Konsequenzen ihn quantitätstheoretische Voraussetzungen zu führen vermögen. Damals, in dem Buch über indische Währung war die grundsätzliche Stellungnahme nicht von

¹⁾ Vgl. W. L o t z , Art. „Währungsstreit“ im „Wörterbuch d. Volkswirtschaft“. II. 2. Aufl. 1911.

hier aus, wenigstens nicht vom Konjunkturproblem her, bedingt. Es war ihm selbstverständlich, daß die Währungsgrundlage Gold sein muß, und es kam nur darauf an, in wissenschaftlich zurückhaltender Form, den Nachweis zu erbringen, daß es ökonomischer ist, mit dem Gold als bloßem Wertmaßstab auszukommen und auf seine Verwendung als Zahlungs- und Tauschmittel zugunsten „billigerer“ Geldarten zu verzichten. Die sogenannte Goldkernwährung sollte gerechtfertigt und aus der Stellung der typischen Kolonialwährung herausgehoben werden. Stillschweigend von dem quantitätstheoretischen Begriff des Geldes als „Zahlungsmittel“ ausgehend, war Keynes bestrebt, die Bedeutung des Goldes auf das pure Hilfsmittel für den Kleinverkehr und (freilich) für Auslandszahlungen zu reduzieren und um nachzuweisen, daß an die Stelle des selbsttätigen Ausgleichs der Zahlungsbilanz (im Sinne der klassischen Lehre) die künstliche Regulierung mittels Diskontpolitik getreten sei. Im Grunde dasselbe Problem und dasselbe Ziel schwebte z. T. der „Staatlichen Theorie des Geldes“ (München und Leipzig 1905) von Georg Friedrich Knapp vor. Ihm kam es auf den Nachweis an, daß die österreichische Variante der Goldwährung, die sich durch das Fehlen des gesetzlichen Einlösungszwanges für Banknoten und ganz überwiegenden Banknotenumlauf im Verkehr charakterisierte, der „klassischen“, d. h. englischen Goldwährung mit völlig freiem Goldumlauf im inneren wie im äußeren Verkehr durchaus gleichwertig sei. Freilich ist Knapp in der Entdeckerfreude — obwohl die Goldkernwährung, die im 18. Jahrhundert von den schottischen Banken gepflegt und von Ricardo bereits hervorgehoben wurde, seit dem indischen Experiment überhaupt allgemein bekannt war, wahrhaftig nicht entdeckt zu werden brauchte — wesentlich weiter gegangen als Keynes und hat die frühere geldtheoretische und währungspolitische Literatur als „metallistisch“ verhöhnt. In Wirklichkeit war seine Überlegenheit gegenüber den von ihm verhönten „Metallisten“ eine scheinbare: er hatte eben nicht mehr die praktischen Probleme im Auge, mit denen jene zu kämpfen hatten, nicht mehr das Problem der Wahl der richtigen Währung bzw. sah auf dieses vom Standpunkt der gesicherten Goldwährung zurück und konnte von diesem Standpunkt aus jene Fragestellung als „subaltern“ in den Hintergrund stellen. Im Grunde genommen ist Knapp selbst — wenigstens in der ersten Auflage der „Staatlichen Theorie“ — praktischer „Metallist“ im besten Sinne des Wortes: er setzt Goldwährung bzw. eine an der Parität zum Gold orientierte und daran festhaltende Währungsverwaltung als selbstverständlich voraus. Seine scharfe Polemik richtet sich eigentlich nur gegen den Übereifer gewisser Mono- bzw. Bimetallisten, die ihre Lieblingsmetalle geradezu mit naturgesetzlicher Argumentation verteidigten, während Knapp die historische Bedingtheit der Goldsuprematie betonte.

Die weitere Entwicklung ging in einer Richtung, die zweifellos derjenigen der Kriegs- und Nachkriegszeit verwandt war. Einmal in dem stärkeren Betonen quantitätstheoretischer Grundgedanken in der anglo-sächsischen Literatur, wenn diese meist auch in dem Sinne ausgedeutet wurden, daß in der Beziehung zwischen Geldseite und Warenseite die letztere die ausschlaggebende und das Geld eher der Reflex denn der Bestimmungsgrund der Preise sei. Immerhin trat eine vorsichtig aber zielbewußt auf quantitätstheoretische Ergebnisse (im engeren Sinne) hinzielende Orientierung namentlich in Amerika in Erscheinung¹⁾, die freilich von den „Warenwerttheorien“ (L a u g h l i n , L o t z usw.) entschieden abgelehnt wurde. Auffälliger ist die Vorbereitung der kommenden Entwicklung in der Richtung, die schon der Bimetallismus angedeutet und namentlich K n a p p und M. A n s i a u x²⁾ mit besonderer Schärfe vertraten, daß die Wechselkurse nicht automatisch, wie es die klassische Theorie forderte, zum Ausgleich kommen, daß es zu ihrer Regelung vielmehr planmäßigen Eingreifens bedürfe. Dies bedeutete zum mindesten eine sehr ernste Kritik des klassischen Standpunktes von der automatischen Selbstregulierung der Zahlungsbilanzen; dabei ergab sich die merkwürdige ideengeschichtliche Lage, daß es zum Teil auch quantitätstheoretisch orientierte Denker waren, die an diesem Kerngedanken der Quantitätstheorie Kritik übten, während gerade Gegner der Quantitätstheorie an ihm vielfach festhielten. Aber das Interesse für technische Einzelheiten, wie z. B. die Frage, ob Goldumlauf im Innern erwünscht sei oder nicht, stand mehr im Vordergrund als grundsätzliche theoretische Probleme; unerörtert blieb im wesentlichen auch die Frage nach dem Maßstab, an dem die an die Stelle des „Automatismus“ tretende Währungspolitik orientiert sein sollte. Nur die Wechselkurse bzw. die Parität derselben galt — mit seltenen Ausnahmen³⁾ — als das selbstverständliche „letzte Ziel“ (Knapp) bzw. Voraussetzung, während das Problem des inneren Preisniveaus meist als davon unabhängige, gewissermaßen arbeitsteilig der Bank- und Konjunkturforschung überlassene Frage galt.

Nicht weniger tiefgehend als auf dem engeren währungspolitischen Gebiete war die Problemwandlung in den letzten Jahrzehnten bezüglich der geldtheoretischen Fragen der B a n k p o l i t i k . Freilich hat sich diese Wandlung bereits früher in auffallendem Maße vorbereitet und z. T. auch vollzogen. Der noch bis

¹⁾ Charakteristisch dafür Irving F i s h e r , Purchasing Power of Money (deutsch: Die Kaufkraft des Geldes, Berlin 1916), E.R.A. Seligman, Principles of Economics, 3. Aufl., New York 1907, S. 456 ff. usw.

²⁾ Principes régulatrices des changes, Bruxelles 1912.

³⁾ Von „gemäßigten Inflationisten“, wie wir es heute sagen würden, denen es aber mehr auf konstanten Diskont als auf effektive Geldvermehrung ankam; z. B. R. Th é r y , Les changes avariés, Paris 1912; G i d e in der Rev. d'Éc. Pol. 1918 (!), S. 1 ff.

in die 60 er Jahre und z. T. darüber hinausreichende Streit der Banking- und Currencyschule ist schon längst vor der Jahrhundertwende praktisch obsolet geworden. Gemeinsam war beiden, wenn auch in verschiedenem Maße, der dogmatische Glaube an die automatische Selbstregulierung der Geldmärkte. Das Currencyprinzip mit seiner für moderne Verhältnisse geradezu naiven Negierung der währungspolitischen Bedeutung der Bankzahlungsmittel hat um die Jahrhundertwende außerhalb etwa Amerikas (Francis Walker) schwerlich noch ernsthafte Vertreter gefunden. Vor allem haben es die Erfahrungen mit der Peelschen Bankakte und ihren kontinentalen Nachahmungen gezeigt, daß es mit dem starren Festhalten an der kontingentierten, oder auch durch Drittdeckung beschränkten Notenmenge allenfalls für den Wechselkurs, aber sehr wenig für eine präventive und krisenverhütende „Konjunkturpolitik“ getan ist. Aber ebenso versagte das „Laissez-faire“-Prinzip der Bankpraktiker, die sich um die Bankingschule gruppierten, und die Theoretiker forderten seit den 60 er Jahren, seit der französischen Bankenquête, mit wachsender Schärfe und mit wachsendem Erfolg bei den Notenbanken ein planmäßiges diskontpolitisches Eingreifen auf dem Geldmarkte, um die Konjunkturbewegung zu regulieren.

Die ungeheure Konzentration der Depositenbanken und das Zurücktreten der Notenmenge im Vergleich zum Depositenkredit hat nun diese Fragestellung nach dem Sinn und der Bedeutung der Diskontpolitik gerade seit der Jahrhundertwende in ein neues Licht gerückt. Handelte es sich seit Chivalier und Bagehot darum, die Richtlinien für eine präventiv eingreifende Zinsfußpolitik der Notenbank an Hand der Krisenerfahrungen herauszuarbeiten, so drängte sich von nun an an Stelle der Frage „Was soll die Notenbank?“ die andere in den Vordergrund: „Was kann sie eigentlich?“ Welche Bedeutung kommt ihr noch auf dem Geldmarkt angesichts der zahlenmäßigen Überlegenheit der flüssigen Mittel bei den Depositenbanken zu? Hat sie irgendwelchen leitenden Einfluß auf dem offenen Markt, oder kann sie nur, wie man es nach der Formulierung Somarys um die Mitte des 19. Jahrhunderts gemeint hat, „konstatieren“ und muß sie sich folglich auf die Rolle der passiven Zuschauerin beschränken? Galt es doch namentlich in England als ausgemacht, daß die Bankrate „zu normalen Zeiten selten effektiv ist“ (Witlers), und für Deutschland hat es Plein ge zur Genüge betont, wieviel es der Notenbank — trotz des im Vergleich zum Westen wesentlich niedrigeren Liquiditätsgrades der privaten Institute und trotz der weit schärfer ausgeprägten „Geldmarktnähe“ der Zentralbank — „zur Herrschaft über den Geldmarkt“ fehlt.

Auf diesem Umweg war man bald bei dem Grundproblem der Kredittheorie angelangt, um das sich z. T. auch der Currency-Banking-Streit gedreht hat, bei

dem Problem der preisbildenden Bedeutung des Bankgeldes und mithin seiner Rolle im Wechsel der Konjunkturen. Aber die Behandlung dieser Dinge ist in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege beträchtlich anders geworden als früher, in der Zeit jenes berühmten „klassischen“ Streites der Banktheoretiker. Es fehlte zwar nicht an radikalen Bankingleuten, die jede Inflationsmöglichkeit durch Kreditgeld in Abrede stellten oder jedenfalls auf dem Standpunkt standen, daß den staatlich regulierten Notenbanken im Vergleich zu den Kreditbanken, die einfach der wirtschaftlichen Entwicklung folgten und ihre Kreditpolitik danach richteten, minimale Bedeutung zukommt. Auf der anderen Seite fehlte es auch nicht an radikalen Quantitätstheoretikern, die nunmehr auch das Bankgeld zur preisbildend wirksamen Geldmenge rechneten und alle Konjunkturschwankungen entweder im Anschluß an Mill und Juglar auf Veränderungen der Kreditpolitik und des Zinsfußes zurückzuführen suchten oder gar die Änderungen der Goldmenge dafür verantwortlich machten, wie es zeitweilig Sombart getan hat und jedenfalls an der entscheidenden Bedeutung der Geldquantität festhielten, deren Regulierung sie zur Beseitigung der Geldwertschwankungen für ausreichend hielten¹⁾; vielleicht am radikalsten durchgedacht ist nach dieser Richtung das bereits 1895 erschienene Buch von Knut Wicksell über „Geldzins und Güterpreise“, das allerdings erst viel später die verdiente Beachtung fand.

Im großen und ganzen gehörte aber der radikale Standpunkt nach dieser oder jener Seite zur Ausnahme. Die Regel war eine Tendenz des Ausweichens vor der letzten theoretischen Entscheidung und der kritischen Prüfung der Wirklichkeit. In den bankpolitischen Schriften von Somary, Lottz, Adolf Weber, Jaffé, Plenge, Landmann, Schumacher, Withers, Palgrave und anderen kam dieses Bestreben der Abwägung der kausalen Faktoren deutlich zur Geltung. Das Ergebnis läßt sich in diesem Rahmen, in dem die allgemeinen Tendenzen und nicht die Einzelergebnisse interessieren, nicht darstellen; es ist auch schwer, die Bilanz dieser Forschungen im Sinne der theoretischen Fragestellung zu ziehen, da sie eine Fülle wechselseitiger Zusammenhänge

¹⁾ Zur Kritik der quantitätstheoretischen Konjunkturerklärung ist die Darstellung von Lescure, *Les crises générales et périodiques de surproduction*; Paris 1907, S. 436 ff. zu vergleichen, dessen „Banking“-Standpunkt ebenso charakteristisch ist für die damalige französische Mentalität, wie A. Spiethoffs Aufsatz über „Die Quantitätstheorie als Hausssetheorie“ (in der Adolf Wagner-Festgabe 1905) oder Esslein's „Konjunktur und Geldmarkt 1902—1908“ (Stuttgart 1909) für die herrschende Auffassung in Deutschland. Ähnlich in England D. H. Robertson, *A study of industrial fluctuation*, London 1915, S. 211 ff., der seither bezeichnenderweise entschiedener Quantitätstheoretiker geworden ist.

zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Geld- bzw. Bankpolitik herausgearbeitet haben, die sich eben weder auf die klassische Formel der einseitigen Quantitätstheorie bringen, noch der bequemen Sicherheit der Bankingleute bezüglich der automatischen Selbstregulierung des „elastischen“ Kreditgeldwesens anpassen lassen. So gut wie volle Übereinstimmung ist jedenfalls in einem Punkt erzielt worden, der die gemeinsame Basis für alle Diskussionen darbot und trotz gegenteiliger Auffassung mancher Notenbankleitungen sowohl in der Wissenschaft wie auch in weitesten Kreisen der Praxis zur vollen Geltung kam: daß es Möglichkeiten gibt, auf dem Geld- und Kapitalmarkt regulierend und Konjunkturpolitik treibend einzutreten, daß es mit dem „Laissez-faire“ nicht getan, daß vielmehr planmäßiges und bewußtes Eingreifen der Notenbank erforderlich sei.

Von hier aus hätte es nahegelegen, die Frage des Zusammenhangs zwischen Zinsfuß und Preisniveau bzw. Konjunktur, sei es im Sinne von Wicksell, sei es in beschränkterem Sinne, quantitätstheoretisch anzufassen. Von einzelnen Versuchen abgesehen, ist das doch nicht geschehen; zum mindesten war die wissenschaftliche communis opinio der quantitätstheoretischen Ausdeutung der Geldmarktphänomene entschieden abgeneigt gewesen. Wie in der währungspolitischen Literatur die Tendenz dahin ging, den Wechselkurs als den entscheidenden Maßstab anzusehen, von dem auch das Preisniveau abhängt und der seinerseits durch die Zahlungsbilanz bedingt ist und somit der quantitätstheoretischen Fragestellung aus dem Wege zu gehen, so auch in der banktheoretischen Literatur. Sie war ja zum guten Teil rein technisch (privatwirtschaftlich) orientiert, außerdem aber vorwiegend mit der Finanzierungsfrage, mit dem Problem der Verteilung der Kapitalien auf die verschiedenen Produktionszweige und der Organisation dieser Verteilung beschäftigt, und schon deshalb traten die geldtheoretischen Fragestellungen in den Hintergrund. Auch die Frage des „Machtverhältnisses“ zwischen Industriekapital und „Finanzkapital“, wie sie von Vebeln, Jedeis, Hilferring und anderen aufgerollt war, absorbierte das banktheoretische Interesse. Ferner aber hat, wie es Somary treffend ausführte, das Bedürfnis der Interessenten nach stabilem Diskont auch auf die Literatur abgefärbt, in der an Stelle der krisenverhütenden Politik der Currencyleute sich vielfach dieses Bedürfnis spiegelte und Warnungen vor einer Kreditinflation nur selten aufkamen ließ.

II.

Will man es versuchen, einen zusammenfassenden Bericht über die geldtheoretische Forschung seit dem Beginn des Weltkrieges zu geben, so steht man zunächst vor der Schwierigkeit der zeitlichen Abgrenzung. Allein in Deutschland sind

zwei so wichtige Bücher wie Somarys „Bankpolitik“ und Wiesers „Theorie der einfachen Wirtschaft“ zwar nach Kriegsausbruch erschienen, gehören aber ihrer Entstehungszeit wie ihrem ganzen Charakter nach der Vorkriegsperiode an. Überhaupt bedeutet das Jahr 1914 selbstverständlich keinen scharfen Markstein in der Entwicklung der Theorie; aber vielleicht auf keinem Gebiete ist es so scharf wie in der Geldlehre in Erscheinung getreten, daß im Weltkrieg und unmittelbar danach die Forschung um ein bis zwei Jahrzehnte zurückgeworfen wurde; erst in den letzten Jahren ist sie daran, ihr altes Niveau wiederzuerlangen und sogar zu überschreiten. Dies nun freilich in einer eigentümlichen Weise, indem nämlich auf die Basse des theoretischen Denkens (im Sinne der berühmten Maxime, daß der Krieg „zum Umlernen“ gezwungen habe) eine Hochkonjunktur der Quantitätstheorie gefolgt ist, die, von England, Schweden und Amerika ausgehend, nunmehr auch das übrige Europa erfaßt hat, während sich in den letzten zwei Jahren deutlich ein neuerlicher Rückschlag im Sinne der Rückkehr zu Vorkriegsauffassungen vorbereitet.

Den Anstoß zu der, kurz gesagt, rückschrittlichen Entwicklung im Kriege, die am krassesten in der deutschen Literatur in Erscheinung trat, hat die währungspolitische Entwicklung gegeben. Die Inflation und die darauffolgende Zeit der Währungsunsicherheit gaben einen guten Nährboden für die wildesten Reformpläne, zumal wo sich diese mit Plänen zur sozialen Reform oder gar zur sozialen Umwälzung verbanden. Über Deutschland insbesondere ist eine Flut von wilden Reformvorschlägen hereingebrochen, die erst mit dem Zusammenbruch der Inflation abebbten, und die beinahe ebensoviel praktischen Schaden angerichtet hat, wie ihr Ertrag theoretisch gering war. Sie interessiert uns an dieser Stelle nur so weit, wie in ihr theoretische Gedanken enthalten waren; meistens mehr als Symptom einer — hoffentlich völlig — vergangenen Periode als ihrer wissenschaftlichen Bedeutung wegen bedarf sie vielleicht der Erwähnung. Dazu kamen einige literarische Äußerungen zur Reform der deutschen Währung während der Inflationszeit, deren theoretischer Gehalt hier ebenfalls erwähnt sein soll. Im ganzen läßt sich diese meistens pamphlet- und zeitungsmäßige Literatur einteilen in die Schriften der reinen Inflationisten¹⁾, dann der Währungsreformer auf der Grundlage sei es einer Devaluation, sei es der wenigstens erstrebten Rückkehr zur alten Parität; ferner in Utopien der völligen Abschaffung des Geldes, um die Geldwirtschaft durch eine „Naturalwirtschaft“ zu ersetzen;

¹⁾ Dazu gehören auch die auf Abschaffung des Goldes gerichteten Bestrebungen von Lemann, Dahlberg u. a. Vgl. J. B. Erlen, Die beabsichtigte Entthronung des Goldes, in „Schmollers Jahrbuch“, 1917; A. Amann, Liefmanns neue Geldtheorie, im „Arch. f. Sozialwissenschaft“ 1917/18.

sodann in Versuche zur wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Fundierung oder Ergänzung der an K n a p p anknüpfenden nominalistischen Lehre. Schließlich kam neuerdings, namentlich seit dem Bekanntwerden der Sachverständigengutachten zur Reparationsfrage eine geldtheoretisch orientierte Broschüren- und Zeitschriftenliteratur über die voraussichtlichen Wirkungen des „Transfers“ hinzu.

Auch international gesehen, war die geldtheoretische Forschung unseres letzten Jahrzehnts (1915—1924) von der jeweils aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellung aus bestimmt, was nicht immer zum Vorteil der Theorie gereichte. Es waren die folgenden großen geldpolitischen Fragen, die insofern bestimmenden Einfluß auf die Theorie ausübten, als diese sich bemühte, jeweils zu den fraglichen praktischen Problemen im Sinne der „Lösung“ Stellung zu nehmen bzw. die Handhabe dazu zu bieten. Die erste dieser Fragen war natürlich die nach den Ursachen der Preissteigerung, die im Kriege einsetzte und vor allem erst in England und Schweden, nach und nach aber international als Inflationserscheinung erkannt wurde. Für die Theoretiker war damit das Problem der Inflation aufgerollt, an das sich gleich eine zweite praktische Frage knüpfte: die nach den Mitteln und Wegen zur Beseitigung der Inflation bzw. nach den Zielen, nach denen eine in Inflation geratene Währungspolitik zu streben hat. Man pflegt diese Fragestellung kurz und irreführend als die der „Deflation“ zu bezeichnen, um den Gegensatz zur Inflation hervorzuheben, während Deflation in Wirklichkeit eine (praktisch wohl ganz selten angewandte) Methode¹⁾ unter vielen anderen zur Beseitigung der Inflation ist. Und drittens war zugleich die Frage nach den sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse aufgerollt worden²⁾, nach jenen verwickelten Zusammenhängen, die nicht unmittelbar währungspolitische Bedeutung besitzen, mittelbar jedoch um so größeren Einfluß übten.

Mit der Währungspolitik und ihren Problemen haben wir es hier unmittelbar nicht zu tun. Die rein geldtheoretische Literatur der letzten zehn Jahre weist, soweit sie wissenschaftlich in Betracht kommt, zum weitaus größeren Teil zwei charakteristische Merkmale auf. Einmal ist sie wieder vom Quantitätstheorem beherrscht, wie es seit der Zeit der Klassiker mit ähnlicher Schärfe und Konsequenz kaum, mit ähnlichem Erfolg in extensiver Richtung ganz gewiß nicht der

¹⁾ Einer der seltenen Fälle wirklicher Deflation bildet die englische Münzreform von 1695, durch die die eben gegründete Bank von England gezwungen wurde, ihre in etwa 50 % ig entwerteten Münzen aufgenommenen Schulden in vollwichtigen Stücken zum Nennwert zurückzuzahlen. Vgl. Macleod, The theory and practice of banking, I, London 1892, S. 473.

²⁾ Von Nicholson und Keynes; vor allem Eulenburg; J. Bunzels Enquête über Deutsch-Österr. (1925); Viktor Hoffmann über die Devalvation von 1811.

Fall war. Damit hängt zweitens zusammen, daß sie der währungspolitischen Grundfrage, ob das Preisniveau, die Wechselkurse und die Konjunkturschwankungen von der Geldseite bzw. praktisch durch die Kreditpolitik reguliert werden können, mit größter Bestimmtheit bejahend gegenübersteht. Auf diese Probleme vor allem kommt es also an, wobei uns der Rahmen nichts anderes als eine Aufzählung der wichtigsten kontroversen Fragen und die Gegenüberstellung der grundsätzlich abweichenden Standpunkte erlaubt. — Vorher aber ein Wort über zwei speziellere Streitfragen.

III.

Zwei Streitfragen von praktisch nicht allzu großer Tragweite, die aber literarisch um so größeres Interesse erwecken, scheinen der deutschen geldtheoretischen Diskussion spezifisch zu sein; außerhalb der deutschen Literatur haben sie kaum Beachtung gefunden. Es ist dies einmal der Streit um die angebliche „Chartalität“ der Geldeinheit und andererseits die Frage der Entbehrlichkeit oder Unentbehrlichkeit des Geldes für eine rationelle Wirtschaftsordnung.

Die Anregung zu der zweiten Streitfrage — um mit dieser zu beginnen — haben verschiedene Schriften von Otto Neurath¹⁾, die z. T. in die Vorkriegszeit zurückreichen, aber erst nach dem Kriege die Aufmerksamkeit auf sich lenkten, gegeben. Der Grundgedanke Neuraths war, daß die bestehende, an dem Markt und dessen Preisen orientierte Wirtschaftsordnung angesichts ihrer bekannten „Reibungen“ durch ein rationelleres System zu ersetzen sei; als Muster einer solchen rationellen „Verwaltungswirtschaft“ galt ihm zeitweilig die Kriegswirtschaft, und erst nach Kriegsende ist daraus bei ihm und seinen Anhängern²⁾ ein Bestandteil des Sozialisierungsplanes geworden. Der Grundgedanke selbst ist so wenig an irgendeine Reform der Einkommens- oder Machtverteilung gebunden, daß er ursprünglich als Programm für eine rein produktions- und zirkulationspolitische Reform gedacht und während des Krieges als planmäßiger Ausbau der militarisierten Wirtschaft propagiert war. Dieser Grundgedanke ist die „Naturalwirtschaft“: die Ersetzung des mit Geld arbeitenden Preismechanismus durch ein System der rationellen Verteilung der Produktivmittel auf die verschiedenen Produktionszweige sowie der Produkte auf den Konsum. Der Zweck sollte, wie gesagt, ursprünglich kein „sozialistischer“ sein, sondern lediglich die

¹⁾ Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München 1919; Wirtschaftsplan und Naturalrechnung, Berlin 1925; Vollsozialisierung, Jena 1920.

²⁾ K. Polányi, Sozialistische Rechnungslegung (Archiv f. Sozialwissenschaft, Bd. 49); Varga, Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur, Wien 1920; vgl. auch die Polemik zwischen Tschajanow und Strumilin (russischen) Ekonomitscheskaja Schism, 1920.

Beseitigung der „*faux frais*“, der überflüssigen Kosten, wie sie sich aus dem Konkurrenzkampf durch die fehlende Typisierung der Produktion (3000 Arten von Taschenmessern!), aus den Reklamespesen, aus den Kosten der unvollständig ausgenutzten Transport- und sonstigen Leistungen usw. ergeben.

Damit war die Frage nach der Notwendigkeit bzw. Rationalität der Geldverwendung und mithin die nach den Funktionen des Geldes aufgerollt, wohl die älteste Frage der geldtheoretischen Literatur, die zum mindesten bis Aristoteles zurückreicht und bereits im 17. und 18. Jahrhundert als eindeutig im Sinne der Nützlichkeit der Geldverwendung wegen der Vorteile des indirekten Tausches über den direkten Tausch beantwortet galt¹⁾. Die Vorteile des indirekten Tausches blieben in der Neurathschen Fragestellung unberührt; an die Stelle des Geldes sollte ja irgendeine Art Abrechnung, nicht aber primitiver Tauschverkehr treten, wenn er auch den Anschein erweckt, als ob in seiner Planwirtschaft das Geld auch als Wertmesser verschwindet. Seinen Kritikern wurde jedoch die Aufgabe sehr leicht gemacht, denn es fehlte bei ihm jeder, auch der bescheidenste Ansatz zu einer positiven Darstellung dessen, wie nun rationelle Rechenhaftigkeit ohne Geld durchgeführt werden sollte. Max Weber²⁾ und Ludwig Mises³⁾ konnten mit großem Nachdruck darlegen, daß unter modernen Verhältnissen ohne Verwendung des Geldes als des „Generalnenners“ weder eine plamäßige Kostenrechnung (Kalkulation), noch eine rationelle Vorsorge für die Zukunft in der Form der Abschreibungen und in sonstigen Formen der Kapitalbildung, noch auch eine Ermittlung des Reinertrages und der Rentabilität möglich sei. Die Neurathsche „Universalstatistik“, die den Ersatz für den Preismechanismus und für die durch diesen ermöglichte qualitative und quantitative Anpassung der Produktion an den Bedarf ersetzen sollte, war natürlich eine primitive Utopie, wie es jedem klar ist, der sich mit den Problemen der Konsumstatistik einigermaßen vertraut gemacht hat. Daß bei Geldrechnung und marktmäßiger Preisbildung nicht alles in der rationellsten Weise abläuft, ist freilich bekannt; aber ohne Geldrechnung fehlt eben jeder Maßstab für den Erfolg oder Mißerfolg des Wirtschaftens und jede Möglichkeit, die Produktion der Nachfrage anzupassen; wie auch die Verteilung der Produktivmittel zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnissen mangels eines Regulators im Sinne des Marktzinses jeden vernünftigen Maßstabes entbehren würde. Vollends ist es undenkbar, eine

¹⁾ Vgl. A. E. Monroe, Monetary theories before Adam Smith, Cambridge (Mass.) 1923; N. Bridrey, Nicole Oresme, Paris 1906, S. 185 ff.

²⁾ Im Grundriß der Sozialökonomik III, S. 54 ff.

³⁾ Die Gemeinwirtschaft, Jena, 1922, S. 119 ff. und passim; Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, im „Archiv f. Sozialwiss.“ 47. Bd. 1920.

moderne Kreditwirtschaft ohne Geldrechnung auch nur gedanklich auszubauen. Neuraths Irrtum beruht letzten Endes auf einer Verwechslung der Ziele einer Verwaltungswirtschaft im eigentlichen Sinne, z. B. einer Administration zur Verwaltung von Kriegsmitteln während des Krieges, und derjenigen eines normalen Wirtschaftssystems. Jener sind eindeutig bestimmte konkrete Aufgaben naturaler Art, wie die Versorgung einer Volkswirtschaft mit bestimmten Nahrungsmitteln oder die Verwendung von Arbeitskräften und Stoffen auf bestimmten Kriegsschauplätzen, gestellt, während dieses es mit den schwankenden, individuell verschiedenen Bedürfnissen der Menschen zu tun hat und seine Aufgabe nicht material konkret im Sinne der Erreichung eines bestimmten Ziels definiert werden kann, sondern lediglich an Hand des wirtschaftlichen Erfolges bei allen oder den meisten an ihm beteiligten Wirtschaftseinheiten.

Unklar blieb es bei Neurath, in welcher Weise an Stelle der Geldrechnung in der Naturalwirtschaft gerechnet werden soll. Die gelegentliche Andeutung einer Rechnung in Nutzeinheiten im Sinne des Vergleiches subjektiver Wert-schätzungen bedeutet keinerlei Vertiefung seines Standpunktes; denn selbstverständlich gilt es hier wie allgemein gegenüber der Grenznutzentheorie und jeder anderen Rechnung mit subjektiven Größen, daß sie die Preisbildung bzw. die in Geld ausgedrückten Austauschverhältnisse voraussetzen, um überhaupt operieren zu können¹⁾. Er selbst gibt es neuerdings zu, daß die von ihm so genannten „Lebensstimmungen“ numerisch nicht faßbar sind; was nützt es jedoch, diese durch die objektiven „Lebenslagen“ zu ersetzen, die wiederum nur in ihrer sub-jektiven Erscheinung als Maßstäbe oder als Vergleichsmittel fungieren könnten? Ähnliches gilt aber auch gegenüber dem Versuch des Marxisten Otto Leichter²⁾, der sich in Weiterführung älterer kollektivistischer Gedanken neuerdings mit dem Problem der Geldrechnung in der sozialistischen Gesellschaft auseinandergesetzt hat. Wie es M. B o u r g u i n³⁾ angedeutet und Max Weber besonders her-vorgehoben hatte, ist es eine Lebensfrage des rationalen Sozialismus — der mit der angeblich höheren Produktionsrationalität einer kollektivistischen Wirtschaftsordnung im Vergleich zur kapitalistischen argumentiert —, nachzuweisen, wie er die marktmäßige Preisrechnung entbehren und was er dafür substituieren kann. Denn selbstverständlich kommt es nicht auf die formale Beibehaltung oder Abschaffung des Geldes an, sondern darauf, ob die nur in Geld berechenbaren Preise des Marktes Produktion und Bedarf regulieren sollen, oder ob diese Regu-

¹⁾ Vgl. die neueste Kritik der Grenznutzenlehre von Charles Turgon in der Revue d'Écon. polit., 1925.

²⁾ Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft, Wien 1923.

³⁾ Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung, Tübingen 1906, S. 10 ff.

lierung rationeller von einer wie immer orientierten Zentralstelle aus geschehen kann. Eine solche Zentralstelle bedarf irgendeiner Wirtschaftsrechnung, und Leichter will sie durch die alte Methode des Rechnens in Arbeitsstunden (natürlich in „gesellschaftlich notwendigen“) erreichen¹⁾. Aber auch dieses Rechnen ist in Wirklichkeit unmöglich, denn es müßten qualitativ verschiedene Dinge, wie es verschiedene Arbeitseinheiten sind, auf gleichen Nenner gebracht werden. Ob das Kind „Naturalwirtschaft“ oder „Kollektivismus“ oder „Gildensozialismus“ getauft wird: immer ist es eine bürokratische oder jedenfalls den jeweiligen Macht faktoren und ihrer Willkür ausgelieferte Zentralstelle, die im wesentlichen nach Belieben darüber entscheiden würde, was und wieviel produziert wird, wofür und in welcher Weise die Produktivmittel verwendet werden. Die höhere Rationalität der modernen Verkehrswirtschaft besteht darin, daß sie mittels Geldrechnung nicht nur die formale Rechenhaftigkeit, sondern auch ein gewisses und **e f f e k t i v f r e i e r K o n k u r r e n z** recht hohes Maß materieller Rationalität in dem Sinne gewährleistet, daß Produktion und Bedarf einander, wenn auch mit Schwankungen und Störungen, so doch im großen und ganzen erfolgreich und im Sinne der bestmöglichen Bedarfsdeckung angepaßt werden²⁾.

IV.

Die Idee der „Naturalwirtschaft“ hatte immerhin das Verdienst, eine wichtige Grundfrage in der Theorie des Sozialismus aufgerollt zu haben. Der „Staatlichen Theorie des Geldes“ und der daran anknüpfenden Literatur läßt sich schwerlich ein ähnlicher Erfolg nachsagen. Der Grundgedanke dieser Lehre ist bekanntlich ein polemischer: „das Wesen“ des Geldes sei nicht „metallistisch“, sondern „nominalistisch“ und „chartalistisch“ zu verstehen. Nominalistisch: das Geld sei eine Sache sui generis, böte keine „reale“, sondern nur „zirkulatorische“ Befriedigung. Und die Geldeinheit ist „chartal“, weil ihre Geltung (oder vielmehr

¹⁾ Zur Geschichte des „Arbeitsgeldes“ vgl. M. Aucuy, *Les systèmes socialistes d'échange*, Paris 1908; neuerdings W. Wegelin, *Tauschsozialismus und Freigeld*, München 1921.

²⁾ Jedenfalls fehlt es bis heute trotz der umfangreichen sozialistischen Literatur an jeglichem ernsten Versuch, diese materiale Rationalität der sogenannten kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu widerlegen. Auf das Problem hier einzugehen, ist nicht der gegebene Ort. Aus der neueren deutschen Literatur sei insbesondere auf Pohle, „Kapitalismus und Sozialismus“, 3. Aufl., Leipzig 1923, M. Hainisch, „Ist der Kapitalzins berechtigt?“, Leipzig und Wien 1919, und Franz Eulen burg, „Sozialisierung“, in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik hingewiesen. Zum Problem der Geld- und Naturalrechnung vgl. auch A. W. Cohn, *Kann das Geld abgeschafft werden?*, Jena 1920; Heymann, *Mehrwert und Gemeinwirtschaft*, Berlin 1922; K. Kautsky, *Die proletarische Revolution und ihr Programm*, Stuttgart 1922.

die Geltung des Geldstückes) auf staatlicher „Proklamation“ beruhe. Daraus folgert Knapp, daß die Einteilung der Währungs- und Geldarten nicht an Hand der stofflichen Beschaffenheit der Stücke oder dem Geltendwerden des Gesetzes oder dergleichen zu erfolgen habe, sondern nach Maßgabe der Stellung der Geldarten im Rahmen der Währungsverwaltung bzw. nach dem Verhalten dieser Verwaltung bezüglich des Währungsgeldes und seines Kurses dem Ausland gegenüber. Was Währungsgeld ist, und in welcher Weise die bestehenden Schuldverhältnisse zu regeln sind, das habe mit „Geldwert“ nichts zu tun und hänge lediglich vom effektiven Verhalten der Währungsverwaltung ab; auch der „intervalutarische“ Kurs ist nicht vom „Geldwert“ her bedingt, vielmehr das Produkt von Angebot und Nachfrage an Devisen, wie sie sich aus den „pantopolischen“ Beziehungen ergeben.

Die Polemik Knapps richtet sich sowohl gegen die eigentlichen Metallisten als auch gegen jede Art von Quantitätstheorie, ja sogar gegen den Begriff des Geldwertes selbst. Schon deshalb und weil er für seinen Standpunkt mehrere, zum Teil einander zuwiderlaufende Begründungen gab¹⁾, bestand die Möglichkeit, von der Staatlichen Theorie aus in mannigfacher Weise zum Geldwertproblem Stellung zu nehmen. Wie sollte überhaupt im Grunde jener Gegensatz zwischen Chartalismus und Metallismus, den Knapp mit solcher Schärfe verfocht, verstanden werden? Darüber hat die quantitativ überaus reiche Literatur, die sich Knapp anschloß oder gegen ihn polemisierte, mindestens fünf verschiedene Antworten gegeben.

I. Lexis²⁾ hat es angedeutet und Altmann³⁾ führte des näheren aus, daß die „Staatliche Theorie“ ein eigenes, von der Frage des Geldwertes verschiedenes Problem aufgerollt hätte. Dies sei die Frage nach dem „Wesen“ des Geldes und seiner „Wertbegründung“, also eine rein „statische“ oder „qualitative“ Fragestellung im Gegensatz zu der „dynamischen“ oder „quantitativen“ nach dem Werte des Geldes. In Wirklichkeit haben aber die formalen Fragen der Wertbegründung, der Definition der Geldfunktionen nur Bedeutung, wenn und soweit sie bestimmend sind für die Höhe des Geldwertes oder damit sonst zusammenhängen. Die rein formale Definition des Geldes (Geld = proklamiertes

¹⁾ Vgl. dazu M. Paljy, Der Streit um die Staatliche Theorie des Geldes, München u. Leipzig 1922, S. 50 ff. und die dort zitierte ältere Literatur (insbes. Bortkiewicz, Lotz, Voigt usw.); ferner auch G. H. Kammerrer, Geld. Eine genetische Studie, Berlin 1921. Die Literatur für und wider Knapp gut zusammengestellt bei H. Döring, Die Geldtheorien seit Knapp, 2. Aufl., Greifswald 1922.

²⁾ Im Archiv für Sozialwissenschaft, 23. Bd. 1906, S. 557 ff.

³⁾ Zur deutschen Geldlehre des 19. Jahrhunderts, in der Festgabe für Schmoller, 1. Bd. Leipzig 1908.

Zahlungsmittel einer „Zahlgemeinschaft“) würde die Staatliche Theorie von vielen anderen schwerlich wesentlich unterscheiden.

2. Die Knappsche These von der rein zirkulatorischen Befriedigung, die das Geld gewähre, beruht auf der rohen Empirie der normalen Währung, in der es in der Regel nicht zu einer Bewertung des Geldes gegenüber den Waren kommt, man vielmehr den Geldwert im Austauschprozeß als konstant anzusehen pflegt. Verallgemeinert man diese Erfahrung, so kann man zu dem Glauben gelangen, als ob es eine Bewertung des Geldes überhaupt nicht gäbe, zum mindesten nicht im innern Verkehr. Damit scheidet das Geldwertproblem aus dem Gesichtskreis der Staatlichen Theorie überhaupt aus, und diese reduziert sich auf eine rein juristische Betrachtungsweise, wie es Bortkiewicz¹⁾, S. Budde²⁾ u. a. meinten, oder jedenfalls auf eine Art „Verwaltungswissenschaft“, Darstellung und Systematisierung der auf das Geldwesen bezüglichen Verwaltungsmaßnahmen. Von hier aus konnte dann Bortkiewicz³⁾ gegen die Anhänger Knapps, die eine Geldwerttheorie vertreten, den Vorwurf erheben, daß sie die Staatliche Theorie mißverstanden hätten, indem sie geldwerttheoretische Konsequenzen an eine Lehre knüpfen, die selbst den Begriff des Geldwertes, mithin die Möglichkeit jeder wirtschaftlichen Bewertung des Zahlungsmittels leugnet.

3. Dieser Vorwurf trifft nicht zu, wenn man den Knappischen Standpunkt, was möglich ist, anders versteht, wenn man insbesondere beachtet, daß mit der rein zirkulatorischen Befriedigung, die das Geld gewähren soll, immerhin eine Befriedigung und d. h. Wertbildung gemeint ist, wenn auch eine solche von besonderer Art. Knapp hat freilich nichts Näheres über diese besondere Bewertungsart ausgeführt: jede nähere Untersuchung würde ja nur zeigen können, daß der Sinn der „zirkulatorischen Befriedigung“ die Erlangung von Gütern ist, und daß sie mithin letzten Endes auf die „reale Befriedigung“ hinweist, somit dem Gelde eine mindestens den Gütern „höherer Ordnung“ gleichartige Bewertung verschafft. Macht man sich diese Konsequenz nicht klar, so ist allerhand romantisierenden Gegenüberstellungen, die wissenschaftlich wenig Interesse bieten, Tür und Tor geöffnet⁴⁾. Bekanntlich ist die „Staatliche Theorie“ in diesem Punkt

¹⁾ In Schmollers Jahrbuch, 1906.

²⁾ Vom theoretischen Nominalismus, in Conrads Jahrbüchern, 1919. II. Bd., S. 481 ff. Ähnlich auch Lexis, op. cit., und Helfferich, Das Geld, passim.

³⁾ Die Frage der Reform unserer Währung und die Knappsche Geldtheorie, in Brauns „Annalen“ VI. 1918, S. 57 ff.

⁴⁾ Das Merkwürdigste in dieser Hinsicht hat vielleicht die „Logik des Geldes“ von Bruno Möll (2. Aufl., München u. Leipzig 1922) geleistet: Zirkulatorische und reale Befriedigung bilden dort ein antinomisches Gegensatzpaar und die Antinomie wird als unlösbar hingestellt (um dann doch einer „Synthese“ das Wort zu reden!).

— was Knapp offenbar völlig übersehen hat — der Quantitätstheorie, worauf noch zurückzukommen ist, wesensverwandt: auch diese leugnet den „Stoffwert“ des Geldes sowohl als auch seinen „Gebrauchswert“. Auf dieser Grundlage sind ja selbst Anhänger der Grenznutzenlehre zu einer subjektivistischen Fundierung der Quantitätstheorie gelangt; M i s e s¹⁾ unterscheidet das Geld geradezu als Gut dritter Ordnung neben denen erster und zweiter Ordnung, weil es weder Konsumgut noch Produktionsmittel, sondern eben ein drittes sei. Die Knapp-Schüler haben jedenfalls nicht einmal den Versuch gemacht, einen Geldwertbegriff in konsequenter Anlehnung an die Lehre des Meisters zu entwickeln, obwohl ein solcher nahegelegen hätte.

4. Denn das Hauptargument Knapps zugunsten der angeblich nur zirkulatorischen Befriedigung, die das Geld gewähren soll, ist ja der Hinweis darauf, daß man sich als Geldbesitzer in der eigentümlichen Lage befindet, gleichzeitig Schuldner und Gläubiger zu sein, so daß sich Schulden und Forderungen „kompen-sieren“. Daraus folgt ohne weiteres eine Art „neutraler“ Stellung der Wirtschaftssubjekte dem Gelde gegenüber. Hier knüpfte R. K a u l l a mit seiner „Kompensationstheorie“ an²⁾. Es liegt nämlich nahe, von hier aus zu folgern, daß der Wert des Geldes eben auf dieser Kompensationsmöglichkeit beruht, und daß mithin die Verwendbarkeit als Zahlungsmittel Wesen und Ausmaß des Geldwertes bestimmt. „Der Schlüssel zum Verständnis des Wesens des Geldes liegt nicht in den Beziehungen zwischen Privatpersonen, nicht in der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel im allgemeinen Tauschverkehr, sondern in dem Verhältnis des Geldbesitzers zum Emittenten des Geldes. Dieses Verhältnis ist das primäre, in dem der Wert des Geldes seine Grundlage besitzt; die Umlaufsfähigkeit und der tatsächliche Umlauf des Geldes sind nur eine natürliche Folgewirkung.“ Das Wesen des Geldes besteht also darin, daß es eine Forderung gegen den Staat bedeutet. „Was ist nun aber der Inhalt der Forderung selbst, für die das gemünzte Währungsmetall als eine Art Faustpfand dient? Eine Leistung des Staates, deren Gegenstand unbestimmt und deren Wert allein bestimmt ist.“³⁾ Bekanntlich hat dieser Gedanke, daß die Verwendbarkeit als Zahlungsmittel namentlich den staatlichen Kassen gegenüber wesentlicher Wertbestimmungsgrund sei, trotz aller daran geübten Kritik (sowohl von quantitätstheoretischer Seite als auch von „Metallisten“, die es zur Genüge klargelegt haben, daß die Verleihung des gesetzlichen Zahlungsmittelcharakters geradezu das Gegenteil

¹⁾ Theorie des Geldes und die Umlaufsmittel, 2. Aufl., München u. Leipzig 1924; ähnlich auch v. W i e s e r und S c h u m p e t e r.

²⁾ Rudolf K a u l l a , Die Grundlagen des Geldwerts, Stuttgart u. Berlin 1920.

³⁾ K a u l l a , op. cit. S. 62 ff.

der Wertverleihung bewirken und mithin, wie es Ansiaux ausgedrückt hat, eine „politique à rebours“ sein könne) von jeher Anhänger und besitzt sie noch bis zum heutigen Tage. So scharfsinnig Kaulla diese Kompensationstheorie des Geldwertes nach der juristischen Seite hin durchgeführt hat, so würde ihre Brauchbarkeit die Probe kaum bestehen, sobald man ihr die Frage entgegenhielte, wie es angesichtes dieser „Kompensationsgrundlage“ mit dem inneren Preisniveau und mit dem „Außenwert“ des Geldes bestellt sei. Schulden und Forderungen gleichen sich wohl in der Gesamtheit aller Zahlungen, aber keineswegs beim einzelnen Wirtschaftssubjekt aus, und die „Kompensation“ kann dem Gelde allenfalls eine obere, aber keine untere Wertgrenze verschaffen — es sei denn, daß der Geldstoff selbst oder die Einlösbarkeit in einen wertvollen Stoff oder wenigstens die Mengenregulierung zu Hilfe genommen wird.

5. Und doch ist der Versuch Kaullas als die einzige konsequente und systematische Durchführung der chartalen Theorie nach der wirtschaftlichen Seite, nach der Seite des Geldwertproblems, anzusehen. Denn im übrigen haben die Anhänger Knapps die sonderbarsten, mit seiner Lehre zum Teil völlig inkongruenten Werttheorien vertreten. Die größte Popularität haben die Arbeiten von Friedrich Bendixen¹⁾ erlangt, der den Knappschen Chartalismus mit dem quantitäts-theoretischen Nominalismus (Geld als Anweisung auf Güter), verbrämt obendrein noch mit banking-theoretischen Gedanken, vertreten hat. Kein Wunder, wenn dem inflationistische Forderungen entsprangen, wie sie übrigens für die deutsche Geldliteratur in den ersten Kriegsjahren in weitem Umfang charakteristisch waren und am meisten zu der Popularität der Bendixenschen Schriften beigetragen haben²⁾. An sich wären solche Konsequenzen nicht logisch notwendig

¹⁾ Währungspolitik und Geldtheorie im Lichte des Weltkriegs, Leipzig u. München 1916; Das Inflationsproblem, Stuttgart 1917; Das Wesen des Geldes, 2. Aufl., München 1918; Kriegsanleihen und Finanznot, Jena 1919; Geld und Kapital, 2. Aufl. Jena 1920.

²⁾ Noch 1921 schrieb ein Anhänger Bendixens (Karl Elster, Die deutsche Not im Lichte der Währungstheorie, Jena 1921, S. 101): „Man will nicht einsehen, daß die Valutanot doch nur die geldwirtschaftliche Erscheinungsform einer ganz bestimmten naturalwirtschaftlichen Entwicklung ist; einer Entwicklung, die gekennzeichnet ist durch ein Mißverhältnis zwischen dem herkömmlichen Konsumbedarf und einer . . . zurückgegangenen Produktion. Dieser naturalwirtschaftliche Tatbestand ist es, der in den geldwirtschaftlichen Krankheitserscheinungen nur seinen symptomatischen Ausdruck findet“ usw. Daraus folgt dann der überaus bequeme und für die Inflationsinteressenten sehr erfreuliche Standpunkt, daß „diese in naturalwirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegende Entwicklung begreifen, heißt aber auch zugleich erkennen, daß keine währungspolitischen, daß nur tief in die Produktion und in den Konsum eingreifende und deren gegenseitiges Verhältnis verändernde allgemein wirtschaftliche Maßnahmen sie zu beeinflussen und zu bessern vermögen“. Es kann bei diesem Stand der theoretischen Erkenntnis nicht wundernehmen,

gewesen, sobald der Chartalismus „nominalistisch“, d. h. im Sinne der Quantitätstheorie gedeutet wird, wie es neuerdings — trotz der Kritik von Bortkiewicz — wieder geschehen ist¹⁾). Aber jede Verquickung der beiden Richtungen muß zu Mißverständnissen führen, weil der Chartaltheorie ein der nominalistischen wesensfremder Gedanke vorschwebt: daß nämlich die „zirkulatorische Befriedigung“ den Ausgleich von Schulden und Forderungen in jedem beliebigen Zeitpunkt bedeute, wodurch das Geldwertproblem, dessen Lösung ja das Ziel der nominalistischen Konstruktion des Geldes als einer Anweisung ist, überhaupt hinfällig, weil gegenstandslos wird.

V.

Zweifellos hatten die „Staatliche Theorie“ und ihre Popularisierungen viel dazu beigetragen — z. T. sogar gegen die Absicht der eigenen Vertreter —, die Erkenntnis der treibenden Kräfte der Inflation hintanzuhalten. Bekanntlich hat ja in Deutschland bis nahezu ans Ende der Inflation z. B. die Reichsbankleitung daran festgehalten, daß die Geldvermehrung nicht die Ursache, sondern die Folge der Preissteigerung sei. Wissenschaftlich nennenswerte Vertretung hat diese Anschauung, abgesehen von den ersten Kriegs- und Inflationsjahren, nicht gefunden und braucht uns folglich nicht zu beschäftigen²⁾). Zumal der berühmte Gegensatz zwischen „Quantitätstheorie“ und „Zahlungsbilanztheorie“ der Wechselkurse logisch völlig unhaltbar ist: selbstverständlich kommt es für den Wechselkurs auf die Zahlungsbilanz an, aber ebenso selbstverständlich wird die Zahlungsbilanz durch Veränderung der Geldmenge und des inneren Preisniveaus

wenn ein Schüler Elsters, K. Kirmayer, in einer eigens „Die Quantitätstheorie“ (!) behandelnden Schrift jegliches Verständnis für diese Theorie vermissen läßt und z. B. (S. 64) die Existenz einer Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes leugnet. (Ähnliches Mißverständnis bei J. Feilen, *Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes*, 1923.)

¹⁾ Von A. Hahn im Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 52, 1924, S. 299, der den einzigen Unterschied darin sieht, daß Knapp die Macht des Staates „stark unterstreicht“. Bezeichnend ist auch der trotz grundsätzlicher Ablehnung wohlwollende Empfang, den der Quantitätstheoretiker Hawtrey im Economic Journal (1925, S. 251 ff.) der englischen Übersetzung des Knappschen Buches bereitet hat.

²⁾ Noch 1918 hat z. B. K. Diehl (Über Fragen des Geldwesens und der Valuta, Jena 1918) die Spannung zwischen dem inneren und dem ausländischen Preisniveau neben der Devisenspekulation zu den „sekundären“ Ursachen der Valutaentwertung gerechnet; als „primär“ galt ihm nur die „Passivität“ der Zahlungs- und vor allem der Handelsbilanz. Seine Polemik gegen Cassel (Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft, Berlin 1916) und Alfr. Lansburg (Die großen Notenbanken im Dienste der kriegsführenden Staaten, in „Die Bank“ 1915), die frühzeitig (wie in England Hawtrey, Nicholson, Withers u. a.) auf die Inflationsgefahr hinwiesen, hatte insofern einige Berechtigung, als der Mechanismus der „Weltwirtschaft“ im Kriege z. T. außer Funktion gesetzt war.

wesentlich beeinflußt. Die „Schuld“ an den primitiven geldtheoretischen Gedankengängen der Währungsverwaltung dem „Chartalismus“ zuzuschreiben, dürfte aber doch zu weit gehen; dieser war mehr ein Symptom denn die Ursache der namentlich auch in Deutschland so weit verbreiteten Desorientierung des geldtheoretischen Denkens.

Das Ergebnis der Inflationserfahrungen war in aller Welt volle Übereinstimmung jedenfalls in einem Punkte: daß nämlich Veränderungen der Geldmenge ein wesentlicher Faktor der Preisbestimmung sind. Selbst in Deutschland ist dies der Fall, seitdem die an den Gewinnchancen der billigen Inflationskredite orientierten Industrie- und sonstigen Interessenten (Helfferich) die Kehrseite der Inflation, nämlich den Zusammenbruch des Kreditmarktes und den „Kaufkraftschwund“ der Konsumenten kennengelernt haben¹⁾. Die scheinbar nahezu restlose Übereinstimmung der geldtheoretischen Forschung über die Grundfrage der Geldwertlehre hört aber auf, sobald man den Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau des näheren prüft. Der Streit zwischen der sog. Quantitätstheorie und ihren Gegnern bezieht sich seit jeher im wesentlichen auf folgende Fragen:

1. Es fragt sich, ob in offenen Währungen mit unterwertigem valutarischen Geld (Papierwährung) die Änderungen auf seiten der Geldmenge und ihrer Zirkulationsgeschwindigkeit die Veränderungen der Wechselkurse und des Preisniveaus ausreichend zu erklären vermögen.
2. Es fragt sich, ob bei Goldwährung die Änderungen der Gold- bzw. der Bankgeldmenge die Konjunkturschwankungen oder umgekehrt diese jene Änderungen bestimmen, und ob es folglich möglich ist, eine Konjunkturpolitik mittels Diskontpolitik zu treiben.
3. Strittig ist ferner generell die Frage nach dem Verhältnis zwischen Wechselkursen und innerem Preisniveau: gehen die durch Geldmengenveränderungen oder sonst bedingten Wechselkursschwankungen den Preisniveauänderungen kausal voran oder folgen sie ihnen?
4. Der theoretische Kern des Streites ist die Frage, ob die Quantitätstheorie überhaupt der Ausdruck eines kausalen bzw. funktionellen Zusammenhangs oder lediglich die Formulierung eines mengenmäßigen Verhältnisses sein soll. Es fragt sich also, ob die bekannte quantitätstheoretische Gleichung (Geldmenge \times Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes = Gütermenge \times Umsatzgeschwindigkeit der Güter \times Preis pro Gütereinheit) kausalen Erklärungswert besitzt, und zwar insbesondere in dem Sinne, ob Änderungen der Warenseite von der Geld-

¹⁾ Vgl. die Ausführungen von Somary, Mises, Diehl u. a. in den „Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart 1924“, München u. Leipzig 1925, S. 243 ff.

seite her erklärt werden können, oder ob sie im wesentlichen lediglich zu bedeuten hat, daß Änderungen der einen Seite auf die Dauer nur dann möglich sind, wenn entsprechende Änderungen auch auf der anderen Seite eintreten.

5. Dreht sich die theoretische Diskussion darum, ob Änderungen eines Faktors jener Gleichung für den kausalen Erklärungszweck isoliert betrachtet werden können unter der Voraussetzung „sonst gleichbleibender Umstände“, oder ob und wieweit es gerade zur Eigenart der Faktoren der Gleichung und ihres Zusammenhangs gehört, daß Änderungen des einen entsprechende (und welche?) Modifikationen eines oder mehrerer anderer zur Folge haben.

VI.

Die einfachste, zugleich aber grundlegende Form der Quantitätstheorie ist diejenige, die man wohl am besten als die „formale“ oder „exakte“ bezeichnen kann. Sie geht von der bekannten Formel aus, nach der die Geldmenge multipliziert mit ihrer Zirkulationsgeschwindigkeit dem „allgemeinen Preisniveau“ gleich sein muß, wobei unter Preisniveau das Produkt aus der Anzahl der umgesetzten Wareneinheiten, der Zahl der mit jeder Einheit getätigten Umsätze und dem Preis pro Einheit zu verstehen ist. Diese althergebrachte Formel hat bereits vor dem Kriege unter dem Druck der Bankingkritik die Erweiterung erfahren, daß zur umlaufenden Geldmenge auch die Menge des „Bankgeldes“ (einschließlich Wechsel usw.), selbstverständlich multipliziert mit der Umlaufgeschwindigkeit desselben, zu rechnen sei. In Wirklichkeit bedeutete die Erweiterung nichts Neues: früher hat man die Bankgeldmenge bzw. ihr „Werk“ zur Zirkulationsgeschwindigkeit des baren Geldes gerechnet, so daß die linke Seite der bekannten Gleichung die entsprechend erweiterte Form besaß¹⁾.

In dieser „mathematischen“ Formulierung hat die Quantitätstheorie ihre weiteste Verbreitung gefunden. Sie gilt in dieser Form als eine Selbstverständlichkeit, die völlig unbestreitbar ist²⁾. Sie wird z. T. bewußt in dem Sinne vertreten, daß sie gar nicht kausale Erklärungsdienste zu leisten, sondern lediglich ein quantitatives Verhältnis zum Ausdruck zu bringen hat. Was auch die Ursache

¹⁾ Wicksell, Vorlesungen über theoret. Nationalökonomie II, Jena 1922, S. 75 ff., rechnet noch heute das Bankgeld (einschließlich der Noten) nicht zur Geldmenge, sondern zu ihrer Umlaufgeschwindigkeit.

²⁾ In Deutschland ist dies erst seit jüngster Zeit, nicht zuletzt dank der wirksamen publizistischen Verbreitung durch Bonn, Mises, L. Pohle, Eucken, Albert Hahn, A. Lansburg u. a., der Fall. Am meisten haben zum Sieg der Quantitätstheorie in Deutschland allerdings Ausländer beigetragen, vor allem Fisher, Keynes und Cassel.

der Preissteigerung sei, sagt z. B. *F lux*¹⁾, früher oder später müsse sich die Geld- bzw. Kreditmenge dem gestiegenen Preisniveau anpassen, wenn ihre Vermehrung der Steigerung der Preise nicht sogar vorangegangen ist.

Es ist klar, daß diese namentlich bei mathematischen Nationalökonomien verbreitete Auffassung vom Sinne der Quantitätstheorie im Grunde jeder Art der Deutung von Preisniveaänderungen gerecht zu werden vermag, indem sie ja an sich völlig „neutral“ ist und auf jede Erklärung im kausalen Sinne verzichtet. Trotzdem ist die Quantitätstheorie gerade in dieser vereinfachten und neutralen Form auf das schärfste bekämpft worden. Namentlich *L a u g h l i n*²⁾ und seine Schüler haben ihr mit aller Schärfe vorgehalten, daß sie eine reine Tautologie sei, oder arithmetisch ausgedrückt: eine Gleichheit und keine Gleichung darstelle. Dieser Vorwurf steht noch neuerdings im Mittelpunkt der eingehenden Kritik, die *B. M. Anderson*³⁾ im Anschluß an *Laughlin* an der Theorie geübt hat; und auch deutsche Kritiker haben sich dem verschiedentlich angeschlossen⁴⁾. Die Tautologie soll darin bestehen, daß beide Seiten der berühmten „Gleichung“ dasselbe enthalten sollen, nämlich die Summe aller bezahlten Preise. Denn die umlaufende Geldmenge ist ja nichts anderes als die Summe der bezahlten Preise; und auf der anderen Seite der Gleichung handelt es sich ja auch um dieselbe Größe, die sich dort aus dem Preis pro Einheit und der Menge der verkauften Güter ergibt.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß diese Kritik keine entscheidende Bedeutung besitzt. Gewiß läuft die Gleichung auf den elementaren Satz hinaus, daß alle Käufe letzten Endes allem Verkauf gleich sein müssen; aber die Kritiker übersehen zunächst, was z. B. *S c h u m p e t e r* (übrigens schon *W a l r a s* und auch *M i l l*) mit Recht hervorgehoben hat, daß die Gleichung eine statische ist, an sich nur für den Gleichgewichtszustand gilt. Ferner und vor allem übersieht es diese rein logische Kritik, daß die beiden Seiten der Gleichung zwar dasselbe Produkt, aber jeweils aus verschiedenen Faktoren abgeleitet, darstellen. Daß die Summe aller Preise sich einerseits aus den einzelnen Preisen ergibt und andererseits gleich ist dem Produkt aus den Faktoren der linken Seite: dies ist

¹⁾ *The Foreign Exchanges*, London 1924, S. 98 f.

²⁾ *Principles of money*, Kap. VIII, § 3; *Money and Prices*, London 1919, S. 139, 146.

³⁾ *The value of money*, New York 1922, VIII. Kap.; Anderson nennt die Fishersche Grundgleichung „meaningless“ (S. 161 f.). Vgl. A. Aftalion, in der *Rev. d'Écon. politique*, 1925.

⁴⁾ H. K ö n i g , *Die Befestigung der Kaufkraft des Geldes*, Bonn u. Leipzig 1922, S. 64; E g e n s c h w y l e r , *Die Kaufkraft des Geldes*, im *Archiv f. Sozialwissenschaft*, 36. Bd., S. 220; O. S p a n n , *Bemerkungen zu J. Fisher's Geldlehre*, in Schmollers Jahrbuch 1917; besonders scharfsinnig: G. H a b e r l e r , *Kritische Bemerkungen zu Schumpeters Geldtheorie*, in der *Zeitschr. f. Volkswirtschaft u. Sozialpolitik*, 1924.

insofern eine bedeutsame Erkenntnis, als sie die negative These enthält, daß weder auf der einen noch auf der anderen Seite andere Kräfte mitbeteiligt sein können; es sei denn, daß sie die in der Gleichung enthaltenen Faktoren beeinflussen. Ändert sich also ein Faktor der Gleichung etwa auf der rechten Seite, so muß sich ein anderer Faktor entweder auf der linken Seite in gleichem oder auf der rechten Seite im entgegengesetzten Sinne geändert haben, um das Gleichgewicht wiederherzustellen; Abweichungen vom Gleichgewicht können nur vorübergehender Art sein und dauern so lange, bis der „natürliche“ statische Zustand wiederhergestellt ist, die beiden Seiten der Gleichung einander gleich sind. Mithin besitzt die Theorie einen sehr wesentlichen Erkenntniswert, indem sie den Fingerzeig gibt, um bei Änderung eines Faktors die anderweitigen damit im funktionellen Zusammenhang stehenden Änderungen klarstellen zu können. Eine Theorie, die diesen Dienst leistet, ist alles eher als eine Tautologie — vorausgesetzt, daß sie richtig ist.

Dies ist es aber gerade, was erst entschieden werden muß, während jene Kritik es mit ihrem Objekt gemeinsam hat, daß sie die quantitätstheoretische Gleichung schlechthin als „richtig“ annimmt und die Frage nach ihrer etwaigen Ergänzungsbedürftigkeit zunächst übersieht. Nun ist aber durch mehr als ein Jahrhundert empirischer Forschung — beginnend namentlich mit T o o k e s berühmter „Geschichte der Preise“ — außer Zweifel gestellt, daß es in zahllosen Fällen allgemeine Preisänderungen von längerer Dauer gibt, die insofern der formalen Quantitätstheorie zuwiderlaufen, als ihnen weder parallele Änderungen auf der Geldseite noch entgegengesetzte auf der Güterseite der Gleichung voranzugehen pflegen. Aber auch sonstige empirische Untersuchungen haben vielfach zu ähnlichen Ergebnissen geführt, obwohl es bedauerlicherweise festzuhalten ist, daß die meisten und zum Teil auch die besten Untersuchungen dieser Art, die gegen die Quantitätstheorie oder ihre Anwendungen polemisieren, nicht von der ganz klaren Fragestellung ausgehen und die hier zur Erörterung stehende formale Quantitätstheorie mit der noch zu besprechenden „kausalen“ verwechseln¹⁾. Geht man von der richtigen Auffassung der formalen Theorie aus, so bleibt die eben gestellte Frage dennoch bestehen, und die nächstliegende Antwort darauf erfolgt durch eine — soviel ich sehe, neuere — „Ergänzung“ der Geldseite der Gleichung, die insbesondere von der M a r s h a l l - Schule formuliert wurde und durch die zunächst alle Einwendungen beseitigt werden, die namentlich

¹⁾ Das gilt für die große Mehrzahl aller, auch der neuesten Untersuchungen empirischer Art, bedauerlicherweise auch für die im übrigen (trotz ihres eklektischen Charakters) ausgezeichnete Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse in S u b e r c a e u x's. „Papiermonnaie“, Paris 1922.

in der deutschen Literatur gegen die Quantitätstheorie wegen ihres angeblich „mechanischen“ oder „unpsychologischen“ Charakters erhoben worden sind¹⁾. Im Sinne dieser Ergänzung hat man zur wirksamen Geldmenge auch dasjenige Quantum zu rechnen, das nach dem Urteil der Handelnden (d. h. die Preise bestimmenden Wirtschaftssubjekte) in Zukunft zu erwarten ist. In der Inflation z. B. kommt es danach nicht bloß auf die effektiv umlaufende Geldmenge an, sondern auch auf das „Vertrauen“ des „Publikums“ zu der zukünftigen Emissions-tätigkeit des Staates bzw. der Notenbank. Ein besonders charakteristisches Beispiel bot dafür den Theoretikern der Gegenwart die Inflationsmethode, die im Kriege vielerorts betrieben wurde: Das Bewußtsein der privaten Bank-leitungen, daß sie für Schatzwechsel und Staatsanleihen jederzeit Papiergegeld bekommen können, führte naturgemäß dazu, diese Schatzwechsel ebenso zur Depositendeckung zu rechnen, wie man es bisher mit barem Gelde und Gut-haben bei der Notenbank getan hat, und auf dieser Basis den Kreditbau entsprechend zu erweitern; die Unternehmer wiederum, die jederzeit mit dieser Kreditexpansion rechnen konnten, haben diese immer wieder, noch bevor sie effektiv erfolgt ist, bei der Bemessung ihrer Nachfrage nach Produktionsmitteln und mithin auch der Preise vorausgesetzt, so daß die Preissteigerung der Kredit-erweiterung meist vorangehen und diese als eine Folge jener erscheinen konnte²⁾. So hat die Erwartung der Geldvermehrung bereits inflatonisch gewirkt, bevor die Vermehrung selbst eingetreten ist. Um Beispiele zu finden, braucht man übrigens nur die Kurven der Preissteigerung und der Geldmengenvermehrung in jeder Hause- oder auch Inflationsperiode miteinander zu vergleichen. Ein solcher Vergleich führte neuerdings von Bortkiewicz zum gleichen Ergebnis, indem er die Disproportionalität zwischen Geldmengenänderung und Preissteigerung während der deutschen, russischen und österreichischen Inflation

¹⁾ Vgl. D. H. Robertson, *Das Geld*, Berlin 1924, S. 31.

²⁾ Es ist unverständlich, wie F. Terhalle (in der Zeitschr. f. Sozialwissenschaft, 1919, S. 398) diese bereits Hume bekannte inflatorische Tendenz der Staatsanleihen (und gar für die deutsche Kriegswirtschaft!) in Abrede stellen konnte. Über den wahren Zusammenhang: Rist, *Les finances de guerre de l'Allemagne*, Paris 1921; Aughlin, *The credit of the nations*, New York 1918; G. E. Bonnier, *La politique monétaire anglaise d'après-guerre*, Paris, 1923; Gero v. Schulze-Gävernitz, *Die englische Kredit-politik 1914—21*, Berlin 1924, S. 48 ff. Einen hübschen historischen Überblick für die Vorkriegszeit bietet E. R. A. Seligman, *Currency Inflation and Public Debts*, New York 1921. Vgl. ferner J. M. Chapman, *Fiscal functions of the federal reserve banks*, New York 1923; A. Mawas, *Le système monétaire anglais depuis la guerre*, Paris 1921; J. S. Nicholson, *Inflation*, London 1919; H. Withers, *War and Lombard Street*, London 1918; R. Knauß, *Deutsche, engl. und franz. Kriegsfinanzierung*, Berlin 1923; Pigou, *The political economy of war*, London 1921.

feststellte und den landläufigen Erklärungsversuch, der mit dem Hinweis auf veränderte Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes arbeitet, als unzureichend ablehnte¹⁾.

Hat aber die formale Quantitätstheorie mit dieser Erweiterung alle Schwierigkeiten überwunden? Um ihrem bereits gekennzeichneten rein formalen Charakter gerecht zu werden, müßte sie sämtliche kausal wirksamen Faktoren erfassen. Von dieser Fragestellung aus sind gegen die Theorie namentlich zwei Gruppen von Einwänden erhoben worden. Einmal ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß das Preisniveau vielfach von den Wechselkursen bestimmt wird, während diese doch in der Gleichung in keiner Weise enthalten sind. Die vor dem Kriege herrschende Auffassung vom Zusammenhang der Wechselkurse und des Preisniveaus (*Lexis, Ansiau usw.*) hat dies an zahllosen Beispielen hervorzuheben und gegen die Theorie polemisch zu verwerten gesucht²⁾. Auch die Inflationserfahrungen bieten dafür Beispiele in Hülle und Fülle. So hebt für die neueste österreichische Währungsgeschichte der Holländer *Walréde Bordes* in seinem ausgezeichneten Buch über „The Austrian Crown“ (London 1924, S. 160) besonders zwei Perioden hervor, nämlich die letzten Monate von 1921 und besonders die Periode von April bis September 1922, in denen dieser außerhalb der Verkehrsgleichung stehende Faktor offenkundig der entscheidende Preisniveau-Bestimmungsgrund war. Wir kommen auf dieses Problem der Wechselkurstheorie zurück. Hier sei noch der zweite, allgemeinere Einwand dieser Art hervorgehoben, dessen Hauptverfechter wiederum *Luglin* und *Anderson* sind. Die Quantitätstheorie im fraglichen Sinne läßt den Wert der Geldeinheit als einen Bruch erscheinen, dessen Zähler „Preisniveau“ \times Umsatz, die Preissumme, und dessen Nenner die umlaufende Geldmenge bilden. Daraus folgt, wie es schon *Montesquiou* hervorgehoben hat, daß es beliebig Geld ohne „Sachwert“ oder „inneren Wert“ („Stoffwert“) geben kann; es stünde ja frei, Geld aus beliebig wertlosem Stoff herzustellen, vorausgesetzt, daß seine Menge entsprechend reguliert wird. Die währungspolitischen Konsequenzen, die der quantitätstheoretische Nominalismus mit sich bringt, können uns hier nicht

¹⁾ Die Ursachen einer potenzierten Wirkung des vermehrten Geldumlaufes auf das Preisniveau, in den „Schriften d. Ver. f. Sozialpolitik“, 170. Bd., 1925, S. 256 ff.

²⁾ L. Pohle (Das Problem der Valutaentwertung, Leipzig und Dresden 1919, S. 46 ff.) weist darauf hin, daß sich die Theoretiker der Vorkriegszeit hauptsächlich auf Erfahrungen der Silberwährungsländer stützten, in denen die Geldentwertung von außen, dem Silbermarkt herkam, während bei Papierwährung die innere Entwertung das Prämie sei.

beschäftigen¹⁾. Gegen dieselben, weil gegen die theoretische Voraussetzung selbst, richtet sich die Kritik, deren Grundgedanke ist, daß das Geld seinen Wert nicht nur aus dem Austauschprozeß mit Gütern herleitet, sondern von Haus aus auch eine „Ware“ sei und als solche bereits bewertet in den Zirkulationsprozeß eentrete. Beim Golde sei diese Bewertung als Ware offenkundig dank seiner industriellen Verwendbarkeit; strittig ist die Frage, ob es eine solche präzirkulatorische Bewertung der nicht einlösbarer, stoffwertlosen Zahlungsmittel (Papiergegeld) gibt²⁾.

Die beiden Einwände haben es gemeinsam, daß sie der Verkehrsgleichung in ihr nicht genannte Preisbestimmungsgründe entgegenhalten. In Wirklichkeit treffen sie damit aber nicht die formale Quantitätstheorie selbst, sondern gewisse Anwendungen derselben, die allerdings von praktischer Bedeutung sind. Die rein formale Gleichung besagt nicht nur gar nichts über den kausalen Zusammenhang zwischen den Elementen der Gleichung, sondern auch darüber nichts, wovon Änderungen dieser Elemente im einzelnen abhängen. Irving Fisher (Die Kaufkraft des Geldes, 5.—7. Kapitel) zählt ausführlich eine Reihe von Faktoren auf, die die Elemente der Grundgleichung zu beeinflussen vermögen; auch die Produktions- und Konsumverhältnisse der Edelmetalle rechnet er zu diesen Elementen, ebenso beim Papiergegeld dessen „Beliebtheit“ und das Vertrauen bzw. Mißtrauen zu demselben. Die formale Gleichung läßt es durchaus offen, daß der eine oder andere Faktor von Elementen der Gleichung selbst oder von solchen, die außerhalb derselben stehen, beeinflußt wird; ihr Sinn ist ja lediglich, daß, wenn ein Faktor sich ändert, dann eben auch andere Faktoren entsprechende Änderung erfahren müssen³⁾. Sie ist allerdings so zu konstruieren, daß die beiden Seiten einander gleich sind, was auf verschiedene Weise geschehen kann. Die vielen Variationen der quantitätstheoretischen Grundgleichung röhren daher, daß es praktisch beliebig viele Möglichkeiten gibt, die Geldmenge zu definieren, wenn nur die Zirkulationsgeschwindigkeit jeweils so definiert wird, daß das Produkt der beiden die Preissumme ergibt. Stets handelt es sich nämlich darum,

¹⁾ Auf dieser nominalistischen Grundauffassung beruhen letzten Endes die großzügigen Gedankenexperimente eines Marshall, Irving Fisher, Keynes usw., die auf Schaffung einer „wertstabilen“ Geldeinheit und mithin einer „konjunkturlosen“ Wirtschaft hinauslaufen. Vgl. Keynes, A Tract on monetary reform, London 1924; Irving Fisher, Stabilising the Dollar (deutsch: Der schwankende Geldwert, Berlin 1924).

²⁾ Vgl. dazu unten S. 489/90.

³⁾ Pigou beschränkt die Bedeutung der Quantitätstheorie lediglich darauf, „to bring together in an orderly way the principal causes by which the value of money is determined“. Nach Wicksteed (op. cit. S. 163) ist die Grundgleichung „nicht eine Theorie, sondern ein Axiom“.

daß ein algebraischer Ausdruck formuliert wird für die elementare Tatsache der Gleichheit aller Einkommen mit allen Produkten der Volkswirtschaft¹⁾.

Dies kann grundsätzlich auf zweierlei Weise geschehen, je nachdem, wie die Geldmenge definiert wird. Die Definition der Geldmenge hängt wiederum davon ab, welcher Auffassung man vom Wesen der „Preisumme“ (Gütermenge mal Preis pro Einheit) huldigt. Wieviel individuelle Verschiedenheiten es in dieser Hinsicht auch gibt, so kommt es letzten Endes auf zwei grundsätzliche Möglichkeiten an. Der einfachere und herkömmliche Weg besteht darin, unter Gütermenge die Gesamtheit aller Güter zu verstehen, also Konsum- wie Produktionsmittel, woraus sich allerhand Schwierigkeiten ergeben. Zunächst für die „Messung“ des Geldwerts: Indexzahlen aus allen erdenklichen Preisen zu konstruieren, ist selbstverständlich unmöglich. Schlimmer ist noch, daß dieser Begriff der Preisumme unzählige Doppelrechnungen enthält, da ja die Preise der Produktionsmittel in denen der Konsumgüter mindestens zum Teil mit enthalten sind. Dementsprechend muß dann, um die formale Gleichheit herzustellen, die Geldseite ebenfalls entsprechend erweitert werden, um alle Summen, die als „Kaufkraft“ auf dem Markt für Konsumgüter oder auf dem Produktionsmittelmarkt wirken, zu umfassen. Bei diesem Verfahren müssen naturale Tauschakte sowie Käufe auf dem Abrechnungswege, soweit sie erhöhte Nachfrage nach Gütern und mithin Beteiligung an der Preisbestimmung bedeuten, gewaltsam zur Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes gerechnet werden, wenn sie in der Grundgleichung überhaupt erfaßt sein sollen. An diesen Schwierigkeiten ändert es nichts, wenn man die umlaufende Geldmenge der Summe der Einkommen gleich setzt, wie es z. B. schon T o o k e getan hat, und wie es auch seither immer wieder geschieht. Der zweite Weg zur Lösung der Frage ergibt sich daraus, wenn man mit der Definition der umlaufenden Geldmenge als Einkommenssumme ernst macht. Mit dem Hinweis darauf (Z w i e d i n e c k , L i e f m a n n), daß die Geldmengenänderung durch die veränderte Schätzung des Geldeinkommens und nur auf diesem Wege wirkt — so wichtig der Hinweis auch sein mag — ist es aber nicht getan. Es fragt sich vielmehr, was man unter Einkommen der Volkswirtschaft versteht. Diesen Weg hat in außerordentlich scharfsinniger Weise S c h u m p e t e r gewählt (Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige, im „Archiv für Sozialwissenschaft“, Bd. 44, 1917/18, S. 627 ff.). Er beschränkt den Einkommens-

¹⁾ Auf die Wichtigkeit dieser Grundformel weisen (im Sinne von J. B. S a y und W a l r a s) von W i e s e r , Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft im „Grundriß der Sozialökonomik“, I, Tübingen 1914, S. 310 ff. und C a s s e l , „Theoretische Sozialökonomie“, Leipzig 1919, S. 48 f. hin; über ihren rein formalen Charakter vgl. E u l e n b u r g im „Grundriß der Sozialökonomik“, IV, Tübingen 1925, S. 275 f.

begriff auf die Summe der Konsumgüter, wodurch sich das Problem der Messung des Geldwertes wesentlich erleichtert¹⁾: vorausgesetzt, daß es sich um eine „gleichmäßig fortschreitende Volkswirtschaft“ handelt (Cassel), in der jeweils ebensoviel Produktionsmittel in die Konsumgüter eingehen wie Konsumgüter zwecks Umwandlung in Produktionsmittel „erspart“ werden. Wie man sieht, liegt also die Voraussetzung eines Gleichgewichts zwischen dem Produktionsmittel- und dem Konsumgütermarkt zugrunde, die wohl kaum jemals zutrifft. Dieser kleine Kunstgriff ermöglicht es aber, den Begriff der Geldmenge entsprechend umzugestalten. Sie ist dann sinngemäß identisch mit der Summe aller Produkte, die eben die Einkommenssumme ist. Es gehören dazu also alle Formen von barem Geld, ferner von Waren, die als Tauschmittel fungieren (Naturaltausch!), von Forderungsrechten, sodann „alle Beträge der Zahlungen, die Einkommensverwendungen sind und durch Skontration a 11 e i n erledigt werden“, von Schuldscheinen und Kreditinstrumenten, die Geldfunktion erfüllen — kurz alle Formen, in denen sich die Aneignung der Konsumgüter (deren Menge ja identisch ist ex definitione mit der Einkommenssumme), die Umwandlung des Nominaleinkommens in Realeinkommen abspielt. Der Begriff der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kann dann beschränkt werden auf die Anzahl der Umsätze, in denen „Händewechsel“ in dem Sinne stattfindet, daß dieselbe nominelle Einkommenssumme verschiedene Mengen von Realkonsumgütern kauft.

Diese zweite, am konsequentesten von Schumpeter durchdachte Methode verwischt den Geldmengenbegriff bis zur Unkenntlichkeit, indem ja auch naturale Tauschakte dazu gerechnet werden und setzt an die Stelle desselben den Begriff des Volkseinkommens, das mit „Geld“ im gewöhnlichen Sinne nichts zu tun hat; praktisch kann mit einer solchen Konstruktion nicht das geringste über Preisniveauänderungen ausgesagt werden. Außer etwa: daß jede Variation der n o m i - n e 11 e i n Werteinheit bei gleichbleibender Konsumgütermenge (= Einkommens-

¹⁾ Auf das Problem der Indexzahlen kann hier nicht eingegangen werden, zumal die Kriegs- und Nachkriegsliteratur die Forschung nach der methodischen Seite wohl nicht wesentlich bereichert hat. Vgl. aus der neuesten methodischen Literatur: R. M e e r w a r t h , Nationalökonomie und Statistik, Jena 1925, S. 396 ff.; F. Y. E d g e w o r t h , Papers relating to Political Economy, 1. Bd., London 1925, S. 195 ff.; A. C. P i g o u , The economics of welfare, 2. Aufl., London 1924, S. 49 ff.; G i n i , Quelques considérations au sujet de la construction des nombres indices des prix et des questions analogues („Métron“, 1924, Bd. IV, Nr. 1); F. Y. E d g e w o r t h , The plurality of index numbers (Economic Journal 1925, S. 379 ff.); v. B o r t k i e w i c z , Zweck und Struktur einer Preisindexzahl (Nordisk Statistisk Tidskrift, Bd. 8, 1924); A. L. B o w l e y , Prices and wages in the United Kingdom 1914—1920, Oxford 1921 (besonders S. 12 ff., 69 ff.); I. F i s h e r , The making of index numbers, New York 1922; W. C. M i t c h e l l , The making and using of index numbers, Washington 1921.

summe) entsprechende Preisänderung zur Folge hat. Mit ähnlichem Einkommensbegriffe operiert zwar auch Irving Fisher¹⁾, aber mit dem Unterschied, daß er als Inhalt des jährlichen Volkseinkommens an die Stelle der jährlichen Produktion von Sachgütern und Dienstleistungen die Produktion bzw. Beschaffung von Dienstleistungen allein setzt (nicht das Klavier, sondern die Dienste des Klaviers gehören zum Einkommen in der betreffenden Wirtschaftsperiode). Wie es jedoch Pigou (Economics of welfare, S. 34 ff.) überzeugend dargelegt hat, ist der Einkommensbegriff von Irving Fisher, den ja auch Schumpeter übernimmt und der das Volkseinkommen (Sozialprodukt) mit der Summe der Konsumgüter identifiziert, für rechnerische (Messungs-) Zwecke der geeignetere, — vorausgesetzt, daß irgendein „gewogener“ Index gewählt wird, der das Produkt aus Gütermengen und Preisen (das Umsatzvolumen) erfaßt — und dürfte sich für „längere“ Perioden, in denen sich Kapitalverschleiß und Kapitalneubildung ausgleichen, als richtig bewähren. Preisniveau- bzw. Geldwertänderungen aber spielen sich in „kürzeren“ Perioden ab, für die man folglich trotz aller Messungsschwierigkeiten nur mit dem Markschen Begriff des Volkseinkommens als der Summe aller Produkte (einschließlich der in der fraglichen Periode neuen Produktionsmittel) operieren kann. Es ist folglich verständlich, daß die Mehrzahl der quantitätstheoretischen Systeme mit diesem der konkreten Wirklichkeit besser angepaßten Begriff arbeitet. Freilich müssen damit auch alle Schwierigkeiten in den Kauf genommen werden; insbesondere kann von rechnerischer Erfassung des Geldwertes, die mehr als eine bloß ungefähre Orientierung über Entwicklungstendenzen bieten soll, praktisch keine Rede sein²⁾. Ferner ist man dann gezwungen, wie es bereits Francis Walker erkannt hat, alle Naturaltauschakte aus der Geldwertbestimmung auszuschalten. Besondere Schwierigkeiten bereitet aber auch der Begriff der Zirkulationsgeschwindigkeit, von der Schumpeter so gut wie völlig absehen konnte³⁾. Sie bedeutet ja, wie es mannigfach dargelegt worden ist, für die Quantitätstheorie, die die Gütermenge nicht auf die Konsumgüter beschränkt, das Hineinragen einer Größe in die Gleichung, deren rechne-

¹⁾ The nature of capital and income, New York 1923, S. 106 ff.

²⁾ Die übliche Beschränkung der Indexzahlen des allgemeinen Preisniveaus auf „Warenpreise“ beseitigt nicht die Doppelrechnungen, und es ist zum mindesten sehr fraglich, ob, wie es z. B. F. Eulenburg (Inflation, im „Archiv f. Sozialwissenschaft“, 45. Bd., 1918/19, S. 485 f.) behauptet, „Miete, Löhne und Gehälter, Effekten und Rentenwerte“ ohne weiteres den Warenpreisen folgen.

³⁾ Indem er die Umsätze, die außerhalb der Konsumsphäre, also in der Produktions- und Kapitalsphäre stattfinden, eben nicht zur Geldmenge rechnet, so daß diese Umsätze mit der Zirkulationsgeschwindigkeit null versehen werden können; der Händewechsel in der reinen Konsumsphäre ist naturgemäß beinahe stets eins. Vgl. Haberler, a. a. O., S. 649 ff.

rische Erfassung kaum möglich ist — seit D e s E s s a r 's bekannter Untersuchung (1895) auch kaum Fortschritte gemacht hat¹⁾ —, und die keineswegs in einer bestimmten analytischen Beziehung zur Geldmenge steht. Das hindert zwar nicht, daß man sich stets der Zirkulationsgeschwindigkeit als Hilfsmittels bedient, wenn im übrigen die quantitätstheoretische Gleichung mit den Tatsachen in offensichtlichen Konflikt gerät; speziell auch für Inflationswährungen pflegt man diesen Faktor als den entscheidenden zur Erklärung der Disproportionalität zwischen Geldmenge und Güterpreisen (meist ohne schlüssigen Beweis) heranzuziehen; auch die Tatsache, daß Geldvermehrung keineswegs immer mit Verschlechterung der Wechselkurse und Deflation mit Verbesserung derselben Hand in Hand geht, wird vielfach mit Hilfe der Zirkulationsgeschwindigkeit gedeutet²⁾). Die russische Währungsreform von 1925 ging sogar bewußt von dieser Erkenntnis aus, die aus der deutschen und österreichischen Erfahrung erwuchs, daß nämlich Geldvermehrung bei Verminderung der Zirkulationsgeschwindigkeit ohne Gefährdung des Preisniveaus möglich sei³⁾). Aber damit ist ja doch nur ein weiterer unbestimmter Faktor in die Grundgleichung gesetzt. K e y n e s hat es z. B. hervorgehoben, daß bei mäßiger Vermehrung der Geldmenge die Zirkulationsgeschwindigkeit abnimmt, während sie bei starker Vermehrung wachsende Tendenz hat⁴⁾). Umgekehrt wird das Operieren mit der Grundgleichung unter Goldwährungsverhältnissen durch diesen Faktor erschwert, weil es völlig unbestimmt ist, ob er gleich bleibt oder sich ändert bei Änderungen anderer Faktoren; Kritiker der Quantitätstheorie haben immer wieder hervorgehoben, daß Erklärungen des allgemeinen Preisniveaus von der Geldseite her durch die Unbestimmtheit dieses Faktors und seine vielfach automatische Anpassung an die Bedürfnisse des Verkehrs illusorisch gemacht werden⁵⁾). Strittig ist aber auch die Frage, ob der Begriff der Zirkulationsgeschwindigkeit ähnlich wie auf das Bargeld auch auf Depositen und sonstige Kreditzahlungsmittel anwendbar ist; strittig vor allem

¹⁾ Auf die Arbeiten von Snyders über die Zirkulationsgeschwindigkeit von Depositen und Spargeldern in Amerika (1924) kann hier nicht eingegangen werden.

²⁾ So wird mit Vorliebe die Währungsstabilisierung 1923 trotz Vervielfachung der Geldmenge bei Einführung der Rentenmark erklärt; vgl. A. H a n , Geld und Kredit, Tübingen 1924; Hero Möller, Die Progression in der Geldentwertung, in „Schmollers Jahrbuch“, 48. Bd., 1924; A. L a m p e , im „Handwörterbuch d. Staatswissenschaften“, 4. Aufl. Art. „Rentenmark“. Ähnlich erklärt das Steigen des norwegischen Wechselkurses trotz gleichbleibender Geldmenge von Juni 1923 bis Oktober 1924 W. Keilhau im „Economic Journal“, 1925, S. 227.

³⁾ Vgl. L. J u r o w s k y , Die Währungsprobleme Sowjetrußlands, Berlin 1925, S. 103.

⁴⁾ A tract on monetary reform, passim.

⁵⁾ Vgl. Bortkiewicz, a. a. O., S. 270 ff.

die Beziehung zwischen Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes und Umsatzhäufigkeit der Güter, und ob die „psychologischen“ Faktoren, die auf den Wechselkurs so großen Einfluß haben, sei es auf die Formel des Einflusses auf die „zukünftig erwartete Geldmenge“ (Cassel, Gregory) oder auf diejenige der Beeinträchtigung der Zirkulationsgeschwindigkeit gebracht werden kann. — Aber hier greift die Kritik bereits über die formale Grundgleichung hinaus und wendet sich ihrer materialen Anwendung zu.

VII.

Was in der öffentlichen Meinung, in der Währungspolitik und selbst im größten Teil der wissenschaftlichen Literatur als Quantitätstheorie verkündet oder bekämpft wird, beschränkt sich freilich nicht auf die formale Grundgleichung mit ihrer kausalen Farblosigkeit. Es handelt sich vielmehr um eine spezifische Ausdeutung jener Gleichung zum mindesten in dem Sinne, daß man für Preisniveaänderungen stets oder überwiegend die Geldseite der Gleichung kausal verantwortlich machen will; auf künstliche oder automatische Beeinflussung der umlaufenden Geldmenge werden Preisschwankungen größerer Umfangs, Wechselkurse und Konjunkturbewegungen ganz oder doch im wesentlichen zurückgeführt. Diese „materiale“ Quantitätstheorie kann in ihren zahllosen Schattierungen sogar soweit gehen, um jeder Änderung der Geldmenge notwendige Änderungen des Preisniveaus kausal zuzurechnen. Der Übergang von der formalen zu irgendwelcher materialen Theorie dieser Art, der die geldtheoretische Literatur in den Jahren 1918—24 so überwiegend charakterisierte, ist freilich kein ganz einfacher Denkprozeß und erfolgt mit verschiedener Motivierung. Von wirtschaftspolitischen Motiven wollen wir dabei absehen, obwohl gerade ausgeprägt inflationistische Strömungen sich überall gern der Quantitätstheorie zu ihrer Rechtfertigung bedienen, wie es allerdings auch umgekehrt die Anti-Inflationisten tun¹⁾; entschiedene Deflationisten können sich dieser Lehre ebenso bedienen), wie es gerade führende Vertreter derselben (Cassel, Keynes) waren, die das Heil stark entwerteter Währungen in der Devaluation sahen; und gewiß hat zu der Popularität der Quantitätstheorie der Umstand, daß sie die theoretische Handhabe zu einer planmäßigen Regulierung des Preisniveaus zu bieten scheint, bei Persönlichkeiten von starkem, sozialpolitischen Tempera-

¹⁾ Zu den ersten gehört z. B. die „Freigeld“-Bewegung in Deutschland, wie in England das an die glänzende propagandistische Tätigkeit des Major Douglas und von Kitson anknüpfende Schrifttum.

ment manches beigetragen¹⁾. Soweit sich die wissenschaftliche Literatur überblicken läßt, vollzieht sich der fragliche Übergang von einer rein analytischen Formel zu einer währungspolitisch verwertbaren Maxime auf folgenden Wegen:

1. Bei Cassel²⁾ erscheint das statistische Material als ausschlaggebend, das in geschickter Gruppierung den Nachweis erbringen soll, daß die „säkularen“ Preisbewegungen mit den Schwankungen der Goldausbeute, während die periodischen Konjunkturschwankungen mit den Bewegungen der Kreditmenge zusammenhängen. Auf eine Kritik seiner geistvollen Zahlenkonstruktionen muß hier verzichtet werden; angesichts der Bedenken gegen die Verwendbarkeit von Indexzahlen sowie gegenüber der Zuverlässigkeit von Kreditstatistiken und vollends von Angaben über die Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes dürften sie wenig beweiskräftig erscheinen. Vor allem wird kein statistischer Nachweis einer Parallelität mehr als diese zu erweisen vermögen: für die Frage, was Ursache und was Wirkung ist, können summarische Statistiken so gut wie nichts entscheiden. Übrigens hat Lauglin in seinem Buch über „Money and Prices“ (S. 91) den Nachweis erbracht, daß die große Preissenkung während der Periode 1874/1896 gerade mit steigender Goldausbeute Hand in Hand ging; speziell bezüglich der Preissteigerungswelle vor dem Kriege haben J. A. Hobson, Eulenburg und andere dargelegt, daß die wachsende Goldproduktion, auf die Cassel so großes Gewicht legt, allenfalls in dem Sinne preissteigernd wirken konnte, daß sie die Grundlage für eine wesentliche Erweiterung des Kreditüberbaues bot, daß aber diese Kreditexpansion wesentlich durch andere Momente bedingt war und selbst nur in sehr bescheidenem Umfang zu der Preiswelle beigetragen haben konnte³⁾. Die Bedeutung dieses Faktors trat neben der ungeheuer wachsenden Nachfrage namentlich nach Gütern, deren Produktion unter dem Gesetz der steigenden Grenzkosten stand, neben den zunehmenden Kosten für den Konkurrenzkampf auf der einen Seite, den preissteigernden Wirkungen der fortschreitenden Industriekonzentration auf der anderen, neben Schutzzöllen und sonstigen Momenten in den Hintergrund; sie war am größten in Ländern mit

¹⁾ Daß es bei Keynes letzten Endes nicht auf rein geldtheoretische Dinge allein, sondern vor allem auch auf seine sozialpolitische Stellung und sein Urteil über die Bedeutung des freien Unternehmers ankam, darüber treffend der Aufsatz von Schumpeter „Kreditkontrolle“ im „Arch. f. Sozialwissenschaft“, 54. Bd., 1925.

²⁾ Theoretische Sozialökonomie, S. 396.

³⁾ Vgl. I. A. Hobson, *Gold, prices and wages*, London 1912; F. Eulenburg, Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts, Dresden und Leipzig 1912. D. H. Robertson, *A study of industrial fluctuation*, London 1915, S. 206 ff. — Die Arbeit von Rist, *La circulation monétaire française et le mouvement des prix* (in der *Revue d'Écon. polit.*, 1914) nähert sich dagegen dem quantitätstheoretischen Standpunkt.

freigiebigster Kreditgewährung für Anlagezwecke von seiten der Banken. Wenn irgendwo, so vor allem in Deutschland möchte die Kreditorganisation zur Preissteigerung tatsächlich beigetragen haben dank der eigentümlichen Bankorganisation¹⁾ was die deutsche Bankliteratur noch bis in die Gegenwart nicht hindert, den eigenen, aus der Not geborenen und dann künstlich hochgezüchteten Banktypus gegenüber dem englischen zu verherrlichen²⁾.

2. Es ist ein Mißverständnis der quantitätstheoretischen Grundgleichung, wenn man, wie z. B. auch Keynes und viele andere, aus dieser Gleichung ohne weiteres auf die Verwendbarkeit derselben zur Handhabung der Währungspolitik schließt. Es ist völlig unverständlich, wie Keynes unter Berufung auf die „Selbstverständlichkeit“ der (formalen) Quantitätstheorie folgern konnte, daß Preisniveauänderungen „also“ durch Veränderungen der umlaufenden Geldmenge zu erklären seien (*A Tract on monetary reform*, S. 75). Dieser merkwürdigen Schlußfolgerung liegt bei Keynes als logisches „Motiv“ ein Gedanke zugrunde, dem man bei Quantitätstheoretikern immer wieder begegnet³⁾: daß das Geld ein an sich „wertloses“ Objekt sei, daß „Geldwert“ mithin ausschließlich das Reziprokum der Güterpreise bedeuten könne. Überflüssig zu sagen, daß die Theorie dieser Voraussetzung nicht bedarf und durch dieselbe nichts gewinnt. Aber gerade dem „gesunden Menschenverstand“ erscheint es „evident“ — wie sich der bekannte Finanzmann Vand er lip gelegentlich ausgedrückt hat —, daß „steigende Preise sinkenden Dollarwert bedeuten“. Im allgemeinen verhält sich der Praktiker freilich durchaus „metallistisch“. Konsequente Quantitätstheoretiker (z. B. Kemmerer) haben dagegen früher schon die Geldtheorie von der Papiergeleseite her aufzubauen versucht und das Goldgeld als einen Sonderfall behandelt. Dieser „nominalistische“ Gesichtspunkt führt zum Kern des Streites zwischen der Quantitäts- und der Warenwerttheorie des Geldes. Auch

¹⁾ Vgl. Layton, *Introduction of the Study of Prices*, S. 137 ff.; über den Gegensatz zwischen deutschen und westeuropäischen Finanzierungsmethoden allgemein E. Jaffé im „Grundr. d. Sozialökon.“, Bd. 5, Teil II, 1918.

²⁾ So H. Schumacher in der Festgabe von Schmoller, Band I, 1908; Schulze-Gäveritz, *Die deutsche Kreditbank*, Tübingen 1918; natürlich Rießler, *Die Großbanken und insbesondere Adolf Weber, Depositenbanken und Spekulationsbanken*, 3. Aufl., München und Leipzig 1922, S. 356 ff. Vgl. dagegen die treffenden Kritiken an dem letztgenannten Werk von Bortkiewicz in den Jahrb. für Nationalökonomie u. Stat. 1924, S. 697 ff. und von A. Hahn, *Geld und Kredit*, S. 60 ff.

³⁾ „The Theory flows from the fact, that money as such has no utility except what is derived from its exchange-value, that is to say from the utility of the things which it can buy.“ Freilich gibt auch Keynes zu, daß die Verwendung des Goldes das Geldwertproblem „a little complicated“ gestaltet; er setzt sich aber darüber mit großer Ruhe in der Bemerkung hinweg: „In present circumstances we can excuse ourselves this complication!“

in dem geldtheoretischen System von Hawtrey spielt er entscheidend mit. Hawtrey bestreitet (ohne nähere Begründung), daß der Einlösungsaussicht für die Bewertung des Geldes, von Ausnahmefällen abgesehen, nennenswerte Bedeutung zukomme, und schließt daraus, daß die Beantwortung der Frage nach den Bestimmungsgründen des Geldwertes vom uneinlöslichen, „stoffwertlosen“ Zahlungsmittel (legal tender currency without intrinsic value) auszugehen habe. Es ist klar, daß die Antwort dann nur im quantitätstheoretischen Sinne ausfallen kann¹⁾. Während moderne Werttheorien — insbesondere auch die Marshall-Schule²⁾ — die Bewertung des Geldeinkommens und seiner Einheit zum Angelpunkt der Preislehre erheben und Edgeworth wie auch der Amerikaner Kinley den Versuch gemacht haben, von der individuellen Wertschätzung ausgehend eine Katalktik des Geldes aufzubauen, protestiert v. Wieser geradezu dagegen (a. a. O., S. 326), daß die Theorie des Geldwertes „allzusehr nach dem Vorbilde der Theorie des Güterwertes gebildet“ werde. Für Schumpeter³⁾ ist es auch selbstverständlich, daß das „Geld“ „Anweisung“ auf Güter sei, indem ja Geldmenge und (Konsum-) Güterquantum einander als Tauschpartner gegenüberstünden, und daß hieraus die Quantitätstheorie zwangsläufig folge. Mises⁴⁾ vollends gibt zwar zu, daß der Wert des Goldes nicht nur von der Geldverwendung herröhre, glaubt aber hiervon in der Geldtheorie einfach absehen zu dürfen: für diese Theorie sei das Gold eben nur Geld und nur als solches zu betrachten!

3. Ebenso verbreitet, aber schwerlich besser durchdacht ist der dialektische Kunstgriff, der sich des folgenden Arguments bedient. Veränderungen des Preisniveaus, die von der Warenseite herrühren, können (wenn sie nicht unmittelbar auf die Geldmenge wirken) bei gleichbleibender Geldmenge das Preisniveau nicht beeinflussen; dem Steigen der einen Preise muß ja ein Sinken der anderen gegenüberstehen. Folglich sei jede Änderung des allgemeinen Preisniveaus ohne weiteres auf monetäre Ursachen zurückzuführen⁵⁾. Dem dialektischen Streit,

¹⁾ Hawtrey, *Currency and credit*, S. 33 ff. Ähnlich A. Hahn, *Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits*, 2. Aufl., Tübingen 1924; z. T. auch E. Herzfelder, *Die volkswirtschaftliche Bilanz und eine neue Theorie der Wechselkurse*, Berlin 1919.

²⁾ Vgl. z. B. Henderson, *Angebot und Nachfrage*, Berlin 1924; aber auch v. Zedineck, *Einkommensgestaltung und Geldwertbestimmungsgrund*, in „Schmollers Jahrbuch“ 1909 u. a.

³⁾ Archiv für Sozialwissenschaft, 44. Bd., S. 640 ff., 648.

⁴⁾ *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel*, 2. Aufl., 1924, S. 91.

⁵⁾ So etwa K. Wickseil a. a. O. S. 174 ff. — I. Fisher behauptet außerdem, daß Veränderungen der Gütermenge das Preisniveau in der Regel nicht berühren, weil sie gleiche Veränderungen auf der Geldseite hervorrufen; er übersieht aber, daß dieses dem Gedankengang der Bankinglehre nachgebildete Argument, selbst soweit es zutrifft, einen zeitlich verlaufenden Prozeß bedeutet, der reichlich „Zwischenzeit“ übrig läßt, während welcher man von verändertem Preisniveau reden kann.

ob das Preisniveau „früher“ ist als die Einzelpreise, die es voraussetzen (I. F i s h e r), oder ob die Preise da sein müssen, um aus ihnen den an sich „irrealen“ Durchschnitt zu errechnen (L a u g h l i n), geht man wohl besser aus dem Wege. Die fragliche Argumentation übersieht meist, daß selbst im Sinne der quantitätstheoretischen Grundgleichung das Produkt aus Preis und Gütermenge bei gleichbleibender Geldseite sich zwar nicht ändern kann, aber der Ausgleich gesunken oder gestiegener Preise braucht nicht durch konträre Preisänderungen, kann vielmehr durch steigende bzw. sinkende Gütermenge (Umsatzvolumen) herbeigeführt werden. Ferner kommt es darauf an, welche Preise gesunken und welche gestiegen sind: ein „Ausgleich“, bei dem die Indexziffer des allgemeinen Preisniveaus gleich bleibt, aber die Lebensmittel gestiegen, während die Preise weniger wichtiger Fabrikate gesunken sind, kann allenfalls im mathematischen Sinne „gleichbleibendes Preisniveau“ bedeuten. Praktisch stößt diese Argumentation vollends an die harte Schwierigkeit, daß Indexzahlen und ihre Bewegungen bekanntlich niemals das wirkliche Preisniveau bzw. dessen Änderungen, sondern bestenfalls nur Änderungen der Kaufkraft des Geldes vom Standpunkt bestimmter Käufer bedeuten können und man aus ihnen folglich nicht ohne weiteres Schlüsse der fraglichen Art ziehen kann.

4. Selbst der vorsichtige, eigentlich nur die formale Quantitätstheorie darstellende Aufsatz von S c h u m p e t e r über „Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige“ (im „Archiv“, Bd. 44) sucht sich geschickt den Weg zu einer kausal verwertbaren Geldtheorie zu bahnen. Zwar betont Schumpeter, daß „nicht nur die Goldgeldmenge die Preise, sondern prinzipiell die Preise die Goldgeldmenge bestimmen“ (S. 697 f.); er glaubt aber trotzdem mit Mill der Meinung sein zu dürfen: „Jedes Preisniveau kann selbst nur entstehen, wenn gerade die dafür ausreichende Geldmenge mal Effizienz schon vorher da ist.“ Denn der Verkehr nimmt nach seiner Ansicht alles neu auftretende Goldgeld ohne weiteres auf, wobei er vom Verschwinden neuen Goldgeldes in Reserven aller Art als von „Nebendingen“ absieht. Stillschweigend sieht er auch von dem überhaupt nicht als Geld (in seinem Sinne) auftretenden neu produzierten Golde ab und kommt somit höchst einfach zu dem Schluß, daß „selbst beim ‚Warengeld‘ . . . also weder Anpassung an die Preise noch Anpassung an die Warenmenge“ vorliegt¹⁾. Erst recht gelte das für staatliches Papiergegeld. Und was das Bankgeld anbelangt, so lägen die Dinge hier nicht anders: der Impuls zur Vermehrung desselben mag von der Kreditnachfrage ausgehen (S. 700 ff.), die Preissteigerung sei nichtsdestoweniger eine Folge der neuen Kreditgeldmenge. Die der Geldvermehrung vorangehende Preis-

¹⁾ „Warengeld“ = Geld aus wertvollem Stoff.

steigerung erklärt sich dann aus der Erwartung steigender Geldmenge, während auf der Warenseite (nach Schum p e t e r , S. 706) sonderbarerweise nur die gegenwärtige, nicht aber die künftige Warenmenge preisbildend wirken soll. Je nach der Höhe des Diskontsatzes variiert die Menge des Bankgeldes und mit ihr das Preisniveau, während „die Höhe des Diskontsatzes selbst prinzipiell . . . in das Belieben der Banken gestellt ist, mithin das Bankgeld selbständige Ursache von nicht in Verhältnissen der Warenwelt begründeten Bewegungen des Preisniveaus . . . sein kann.“

5. Der bedeutendste Versuch, der Probleme der Papierwährung sowohl als auch der Konjunkturschwankungen unter Goldwährungsverhältnissen von der Geldseite aus Herr zu werden, stellt in der Nachkriegsliteratur zweifellos das Werk von R. G. Hawtrey dar¹⁾. Seine Bedeutung beruht hauptsächlich auf der überaus feinen, zum guten Teil originellen Analyse des Kreditinflationsprozesses, die den Mechanismus desselben besonders auch durch die Klarlegung des Zusammenhangs zwischen Kreditschöpfung und neu entstehendem Kreditbedarf, der zu weiterer Kreditschöpfung führt, besser verständlich gemacht hat. Weder diese Leistung Hawtrey noch sein Versuch, die moderne Währungsgeschichte in umfassender Weise nicht nur darzustellen, sondern auch theoretisch auszudeuten, können uns hier im einzelnen beschäftigen. Auch in seiner Geldtheorie steht im Mittelpunkt die Frage, wie das Quantitätstheorem von seinem rein formalen Charakter befreit und auf die praktische Kreditpolitik angewandt werden kann. Denn auch nach Hawtrey steht dieser formale Charakter der Grundgleichung fest; sie gilt nur bei völligem Gleichgewicht, das niemals vorhanden ist (S. 34). In der Wirklichkeit ist das Gleichgewicht stets gestört, sei es nach oben oder nach unten; was ist dann Ursache und was die Wirkung? Das Eigentümliche bei Hawtrey (III. Kap.) ist nun, daß es nach ihm nicht auf die zirkulierende Geldmenge an sich, sondern auf einen Grenzbetrag derselben, den von ihm sog. „unspent margin of purchasing power“ ankommt. Die Größe dieses marginalen Betrages hängt von zwei Faktoren ab. Wird der Kredit erweitert oder, was nach ihm auf das gleiche hinausläuft, das Papiergele vermehrt, so verwendet der Konsument diesen Betrag z. T. zu Einkäufen von Konsumgütern und von „investments“, Anlagemitteln, indem er seine Ersparnisse, die man nicht verwechseln darf mit der Nachfrage nach Produktionsmitteln, anlegt, während ein Rest übrigbleibt, sei es als Bargeld in der Tasche des Konsumenten, sei es als „balances“

¹⁾ *Currency and credit*, London 1919. Die 2. Aufl. von 1923 war mir zurzeit nicht zugänglich. Daß dieses bedeutsame Werk selbst in England verhältnismäßig wenig, in Deutschland überhaupt kaum Beachtung fand, liegt zweifellos an dem unsystematischen, von der didaktischen Klarheit der sonstigen englischen Geldtheorie abweichenden Aufbau desselben.

Guthaben bei den Banken. Ähnlich ist es beim Unternehmer (trader), dessen Umsatz (turnover) durch die Kreditexpansion vergrößert wird, bei dem aber nicht in Bargeldform, sondern nur in der Form von Bankguthaben der etwa un ausgegebene Überschuß in Erscheinung tritt. Da es aber unwahrscheinlich ist, daß Unternehmer Kredite in nennenswertem Betrage in Anspruch nehmen, nur um ihre Guthaben bei den Banken zu vergrößern, so sind die Bankguthaben der Unternehmer als eine bei jeweiligem Stand der Preise konstante Größe anzusehen, und es kommt folglich nur auf den Unterschied zwischen dem Einkommen (income) und den Ausgaben (outlay) des Konsumenten an. Hierbei kann man wiederum von den Barvorräten als einer konstanten Größe absehen und mithin sagen, daß Störungen des Gleichgewichtes in der Geldwertbildung an dem Unterschied zwischen consumers income und consumers outlay liegen. Es versteht sich implizite, daß sich dieses jeweils auf einen Zeitpunkt (unit of time) bezieht, was Hawtrey nur anmerkungsweise (S. 40) gelegentlich erwähnt; da es sich aber nicht mehr um eine Zeitperiode und die Preisbildung während derselben, sondern um einen einzelnen Zeitpunkt handelt, so ist das Problem der Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes ausgeschaltet und das Preisniveau nur noch zur — relativen, nicht aber absoluten — Geldmenge in Beziehung gebracht. Die Kaufkraft, die jeweils das Preisniveau hebt oder drückt, ist der „unspent margin“, der sich aus dem temporären Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben des Konsumenten ergibt.

6. Dann bleibt aber doch noch die Frage übrig, ob dieser Grenzbetrag nicht etwa die Folge von Warenvorgängen sei, statt die Ursache zu bilden. Die Antwort, die Hawtrey darauf gibt, ist fast der ganzen neuesten Quantitätstheorie eigen tümlich und gibt ihr geradezu das besondere Gepräge jeder älteren Quantitäts theorie gegenüber. Die Antwort lautet nämlich: Die Kreditschöpfung ist Sache der reinen Willkür bei den Kreditbanken; es kommt nicht auf die Notenbanken an; diese können allenfalls indirekten Einfluß auf die Kreditbanken ausüben, indem sie ihnen den drohenden Verlust ihres Barschatzes in Erinnerung bringen. Nichts in aller Welt könne aber die Kreditbanken zwingen, auf ihren Barschatz, auf die sogenannte Liquidität ihrer Verbindlichkeiten zu achten, wenn sie nur genügend Vertrauen genießen; freilich kann dieses Vertrauen erschüttert werden, und die Sorge vor der daraus drohenden Krise setzt der Kredit expansion die obere Grenze. Aber bis zu dieser Grenze sind die Kreditbanken „souverän“; erst recht ist dies der Fall bei einer Institution, die gesetzliche Zahlungsmittel herzustellen vermag und folglich nicht einmal dieser oberen Grenze unterworfen ist (das Problem der Wechselkurse bzw. der Kapitalwande rungen wird dabei als ein sekundäres Moment für die rein konstruktive Betrach

tung außer Betracht gelassen). Nun hat allerdings die moderne Volkswirtschaft einen bestimmten und im allgemeinen konstanten Bedarf an Barzahlungsmitteln: als „Kleingeld“, als Kassenreserve der Privaten und als Reserve für Auslandszahlungen. Von den Barreserven der Banken ist dabei abgesehen, denn deren Gegenwert wird ja in der Form von Bankgeld in den Verkehr gebracht. Die Kreditschaffung durch die Banken nimmt zwar Rücksicht auf diese Barreserven, stellt aber ein Vielfaches derselben dar; das Verhältnis wird für die anglosächsische Welt in der Regel mit 1 : 9 angenommen (MacLeod hat dasselbe für seine Zeit bekanntlich noch mit 1 : 4, Hobson vor dem Kriege mit 1 : 5 angesetzt; für Deutschland wäre man mit 1 : 10 den Tatsachen näher). Mithin ist es klar, daß nur ein kleiner Bruchteil der Geldmenge aus effektiv eingezahlten Depositen besteht und der größte aus künstlich geschaffenen Krediten (Kreditdepositen)¹⁾, deren Menge von den Banken reguliert wird. Dementsprechend müßte das Kreditvolumen in der Hochkonjunktur am höchsten und in der Baisse am niedrigsten sein. Auch auf diese grundlegend wichtige Frage der Konjunkturlehre kann hier nicht näher eingegangen werden. Immerhin sei erwähnt, daß Esie in diese Konsequenz zog, indem er die These von der sich vermindernden Depositenmenge während der Depression als Gegenbeweis gegen die „angeblich“ steigende Kapitalbildung aufstellte²⁾. Unnötig zu sagen, daß auch die gegenteilige Meinung vertreten wird, wonach eine Bank, von Zeiten allgemeiner Hochkonjunktur abgesehen, nur aus ihren eigenen liquiden Mitteln Kredite gewähren kann; für Notenbanken freilich würde diese Einschränkung nicht gelten³⁾. Die letzte Konsequenz der quantitätstheoretischen Orientierung muß jedenfalls die sein, daß selbst die Kapitalbildung durch das Geldvolumen und dessen Schwankungen bestimmt wird. Und in der Tat mag das Gesamtvolume der sichtbaren Ersparnisse (Depositen) in der fraglichen Weise fluktuieren;

¹⁾ Während man in der Regel das Verhältnis zwischen effektiven und Kredit-Depositen bei der einzelnen Bank zu untersuchen pflegt, weist neuerdings C. A. Phillips, *Bank credit*, New York 1921, 3. Kap., im Anschluß an H. I. Davenport (vgl. dessen „Economics of enterprise“, New York 1913, S. 63, 286 f.) darauf hin, daß eine Vermehrung der effektiven Depositen durch Bareinzahlung zwar nicht bei der einzelnen Bank, wohl aber im Rahmen des Banksystems als Ganzen durch gegenseitige Übertragung von Forderungsrechten die Vervielfachung der Depositenmenge zur Folge hat. — Nach Cassel (a. a. O. S. 369) hängt sogar die Menge des Goldes im Verkehr von den Bedingungen der Kreditbanken ab: als ob sich der Verkehr das Metall bei freier Prägung nicht auch anderweitig beschaffen könnte?

²⁾ Die Valutazölle der Gegenwart, Jena 1922, S. 20.

³⁾ Vgl. Anderson, *Cheap Money, Gold and Federal Reserve Bank Policy* im „Chase Economic Bulletin“, Band IV, Nr. 3, 1924, S. 22; A. B. Hepburn, *A History of Currency in the United States*, New York 1924, S. 503 ff.; Somary, *Bankpolitik*, S. 112.

man darf aber dabei gewiß nicht den Unterschied zwischen eigentlichen und Kreditdepositen und die Tatsache übersehen, daß die ersteren bei Abnahme der Gesamtmenge sehr wohl wachsen können. Wie es ja überhaupt zu den ältesten Erfahrungstatsachen der Konjunkturbeobachtung gehört, daß auf dem Geldmarkt in der Hause Knappheit und in der Baisse Überfluß herrscht, der sich bekanntlich in steigenden Kursen für Rentenpapiere ausdrückt. Aus der neuesten Konjunkturgeschichte weist z. B. auf den Überfluß an Geldkapital in der amerikanischen Depression von 1921 A n d e r s o n hin¹⁾). Im Sinne der (angewandten) Quantitätstheorie müßte sich die Sache eigentlich umgekehrt verhalten. Wie dem auch sei: das Kreditvolumen, dieses angeblich künstliche Gebilde, wird nach der übereinstimmenden Ansicht der Quantitätstheoretiker (C a s s e l , K e y n e s , F i s h e r , W i c k s e l l , F l u x , M i s e s , L a v i n g t o n usw.) durch den Diskontsatz reguliert, der mithin die „Herrschaft über die Preise“ ausübt, bekanntlich in dem Sinne, daß steigender Zins sinkende Preise bedeutet und der sinkende Zins das Umgekehrte. Zwar ist sich H a w t r e y bewußt, daß der Satz, zu dem die Banken Kredite gewähren, nicht überall und zu allen Zeiten dieselbe Bedeutung für den Umfang des Kreditnehmens und mithin für die Preisbildung besitzt; ein Handelszentrum wie England ist „zinsempfindlicher“ als ein vom Weltverkehr weit weniger berührtes Agrarland; in verschiedenen Konjunkturen wirkt sich der Zinsfuß auch in verschiedenem Maße aus. Das hindert ihn aber nicht, generell — zum mindesten für die anglosächsische Welt — die Gültigkeit der quantitätstheoretischen These zu behaupten. Und selbstverständlich wird dann erst recht der Wechselkurs als Derivat der Preisniveauunterschiede und der durch Zinsfußdifferenzen bedingten Kapitalwanderungen von der Marktrate des disponiblen Kapitals beherrscht. Von hier aus eröffnen sich schließlich all die schönen Perspektiven zur „Herrschaft über den Geldmarkt“, zur Regulierung der Konjunkturen, der Wechselkurse, zur „Stabilisierung der Wirtschaft“²⁾). Von hier aus auch die gewiß sehr erfreuliche Tendenz in Deutschland, die Probleme des „Transfers“ theoretisch zu fassen, dem Reparationsagenten die Macht zur beliebigen Regulierung des Preisniveaus, womöglich zum immer wiederkehrenden „Deflationsdruck“ zuzuschreiben³⁾.

¹⁾ Underlying factors in the business situation, in „The Chase Economic Bulletin“ 3. Band, Nr. 1, 1923; für frühere Erfahrungen vgl. S o m a r y , Bankpolitik S. 212 ff.; W. P r i o n , Die Preisbildung an der Wertpapierbörsen, insbesondere auf dem Industriemarkt der Berliner Börse, Leipzig 1910; A. S p i e t h o f f , Art. „Krisen“ im Handwörterb. der Staatswiss.

²⁾ Vgl. „The Stabilisation of business“, ed. by L. E d i e , New York 1923.

³⁾ Zur geldtheoretischen Problematik des Transfers vgl. E. H e i m a n n , Das Transfer und die Preishöhe in Deutschland, im „Wirtschaftsdienst“ 1924, Nr. 44; S. H e l a n d e r , Zur Theorie der Transferierung, „Weltwirtschaftliches Archiv“ 1924; W. E u c k e n , Das Übertragungsproblem, „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ 1925.

Die erfahrungsmäßige Stütze, die sich doch in den letzten Jahren reichlich geboten hätte, fehlt jedoch einigermaßen. Daß der Wechselkurs sich bei fort schreitender Inflation angesichts des Geldentwertungsrisikos nicht einfach oder gar ausschließlich nach dem Zinssatz richtet, bedarf weiter keiner Erwähnung. Aber auch sonst stimmen die Tatsachen nicht ganz zur Theorie. Daß die sogenannte „Deflation“ z. B. in England seit 1920 in Wirklichkeit keine Deflation war, daß vielmehr die Geldmengenrestringierung dem Preissturz folgte, statt ihm voranzugehen, haben R i s t¹⁾ u. a. zur Genüge dargetan. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo die quantitätstheoretische These wieder einmal wie in den Zeiten der „Fiat Money“-Bewegung das Wasser auf die Mühle der immer kreditdurstigen Agrarier treibt, war es nicht anders. W i t h e r s hat es überzeugend dargelegt, daß die Krise von 1920/21 keineswegs durch die Anziehung der Diskontschraube des Federal Reserve Board hervorgerufen wurde, wie es selbst H a w t r e y , freilich ohne den geringsten Beweis zu erbringen, behauptet, ihren Anfang vielmehr in der Absatzkrise in Ostasien nahm; die Kreditbanken und nach diesen die Zentralbank sind mit ihren Zinssätzen einfach den Schwankungen der Marktlage auf dem Kapitalmarkt gefolgt, ohne irgendwelche planmäßige Politik zu treiben²⁾). Daß die mächtigste aller Zentralbanken, die amerikanische, in der Regel gar nicht ohne weiteres die Macht besitzt, „deflationistisch“ zu wirken, daß sie vielmehr bestrebt ist, meist nur zu „konstatieren“ und allenfalls bereits vorhandene Entwicklungstendenzen des Kreditmarktes zu verschärfen und zu beschleunigen, hat wieder einmal, an Hand der Erfahrungen des Winters 1924/25, T. E. G. G r e g o r y dargetan³⁾.

Und auch das Wiederaufleben der Konjunktur, das „revival“ seit 1921, das durch das Festhalten des Reserve Board an einem Zinssatz auf marktmäßiger Höhe und nicht darüber, wie es der Notenbanktradition entsprechen würde (keineswegs aber darunter!), zwar gefördert wurde, war letzten Endes zweifellos durch den 1921/23 erfolgenden Ausverkauf der Vorräte zu herabgesetzten Preisen und ähnlich wie in dem zeitweiligen Aufschwung nach der Krise in den Jahren 1895 und 1909 durch das Wiederauftreten der auf den Gipelpunkt der vorangehenden Konjunktur aufgeschobenen Nachfrage nach Kapitalgütern bedingt⁴⁾.

Es fällt natürlich niemandem ein, die Bedeutung der Diskontpolitik zu leugnen;

¹⁾ Die Deflation S. 20 ff., 90 ff. und die dort zit. Literatur.

²⁾ Bankers and Credit, London 1924, S. 147 ff.

³⁾ The present Position of Banking in America, New York und London 1925; über die Schranken der Notenbankpolitik in Amerika vgl. auch die gründlichen Darlegungen von H. Parker W i l l i s , The Federal Reserve Board System, New York 1923, 3. Buch.

⁴⁾ Vgl. B. M. A n d e r s o n im „Chase Economic Bulletin“, 3. Bd., Nr. 1, 1923.

es handelt sich lediglich darum, ob ihr dasjenige Maß an ursprünglicher Bedeutung, an Souveränität zugeschrieben werden kann, das ihr z. B. Hawtrey, den wir immer wieder als den gelehrtesten und typischen Vertreter quantitätstheoretischer Einstellung zitieren, zuschreibt. In einer populären Schrift behauptet er schlankweg, daß der Zinsfuß den Umfang des Kredites und mithin die Konjunktur selbst in Kriegszeiten — mit einer einzigen Ausnahme extremer Geldentwertung — schlechthin beherrscht¹⁾). Damit ist freilich nicht der Banksatz allein gemeint, dessen beschränkte Herrschaft über den Geldmarkt zur Genüge bekannt ist, sondern der effektive Zinsfuß des Marktes, wie ihn die Kreditbanken (in London die billbrokers und die Depositenbanken) festsetzen. Damit ist aber auch die Frage nach den „Grenzen der Diskontpolitik“ schlechthin aufgerollt: die Frage nach den Grenzen ihres Einflußbereiches. Daß sie die internationalen Kapitalwanderungen nicht restlos beherrscht, daß die „Solidarität der Geldmärkte“ sozusagen nur für die Spitzenbeträge derselben gilt und das auch nicht schlechthin unter allen Umständen, ist bekannt²⁾). Wie steht es aber mit ihrem Einfluß auf das Kreditvolumen im Inlande? Selbst ein entschiedener Quantitätstheoretiker, E. W. Kemmerer, gibt es zu, daß die amerikanischen Reservebanken wesentlichen Einfluß auszuüben vermögen durch Auslese der privaten Institute, denen sie je nach ihrer Stellung in der Börsenspekulation oder zur Finanzierung weniger erwünschter Industrien usw. Kredit gewähren oder verweigern (die Reservebanken sind seit 1920 durch den „Phelan Act“ auch ermächtigt, progressiv erhöhte Zinssätze zu belasten bei der Inanspruchnahme durch eine Bank, die „zu viel“ Wechsel einreicht)³⁾). Erst recht bietet die Theorie an dieser Stelle ihren Gegnern Angriffspunkte wie kaum an einer zweiten. Nogaro will ihre Geltung allenfalls auf Zeiten besonders heftiger Vermehrung oder Verminderung der Geldmenge beschränken. Gerade umgekehrt hält ihr dagegen Wieters vor, daß in solchen Zeiten starker Hause oder Baisse der Zinsfuß überhaupt keine Rolle spielt: in der Hochkonjunktur rissen den Kreditnehmer die erwarteten Gewinne so mit, daß er jeden praktisch in Betracht kommenden Satz gern bezahlt, was er im Falle der Krise, wo es sich um „Sein oder Nichtsein“ handelt, erst recht gern tut. Gewiß hat es Hawtrey nicht so gemeint, daß selbst, wenn Attila den ganzen europäischen Kontinent verwüsten würde, die Bank von England bloß ihren Diskontsatz fest in der Hand zu halten brauchte, um Großbritannien vor allem Schaden zu bewahren; aber daß diese

¹⁾ Monetary Reconstruction, London 1923, S. 4 f.

²⁾ Vgl. Somary, Bankpolitik, S. 180 ff.

³⁾ E. W. Kemmerer, High Prices and Deflation, London 1920, S. 79.

Persiflage möglich ist, ist an sich bezeichnend, und man wird schwerlich umhin können, Withers recht zu geben, wenn er betont, daß die unbeschränkte Erhöhung des Zinsfußes Panik hervorrufen und legitimen Kreditbedarf drosseln kann, ohne die illegitime „Spekulation“ stets einzudämmen. Es kommt nach ihm ebenso sehr auch auf die Rationierung der Kredite an (freilich nicht bei der Notenbank allein, was ziemlich sinnlos ist, sondern bei den Banken überhaupt), wie sie vom vorsichtigen Banker durch Auswahl der Kreditnehmer, der zu fordenden Sicherheiten und der sonstigen Kreditbedingungen stets geübt wird¹⁾). Daß eine Rationierungspolitik an sich möglich ist, ohne „doppeltes Kreditnehmen“ befürchten zu müssen, hat Phillips hervorgehoben²⁾). Die grundsätzlichen Bedenken gegen „diskriminative“ Preise sind gewiß nicht zu unterschätzen; sie sind hier aber so wenig wie bei Sondertarifen im Transportgewerbe unbedingt durchschlagend.

Wichtiger ist die grundsätzliche Frage nach den „Grenzen der Diskontopolitik“. Hat nicht schon der „Praktiker“ Ricardo eine spezifische Börsenerfahrung schlechthin verallgemeinert³⁾? „Die preissenkende Wirkung“ einer Diskonterhöhung „wird nur in jenen Fällen eintreten, in welchen der Diskont den Gewinn des Unternehmers ganz wegnimmt; dieser Punkt wird beim Effektenhandel frühzeitig, beim Warenhandel erst bei starker Erhöhung der Rate, zum Teil überhaupt nicht, bei der Industrie nur in bestimmten Produktionszweigen erreicht. Man muß bedenken, daß 1 % Diskontunterschied nur ¼ % pro Vierteljahr, bei einem Kredit von 1 Million somit nur 2500 Mk. im Jahr beträgt. Der Fabrikant und der Kaufmann arbeiten nicht durchwegs, auch nicht zum größten Teil mit so geringen Marken⁴⁾.“ Es kommt in der Industrie wesentlich auf das Verhältnis von Betriebs- und Anlagekapital, auf die Größe der Vorräte, Debitoren und Wechsel im Vergleich zum Gesamtkapital, auf die Abhängigkeit von den Banken an; davon hängt die Effizienz der Wirkung einer Zinsfußänderung ab. Sehr wesentlich ist naturgemäß das Ausmaß, in dem Bankkredite in Anspruch genommen werden. Selbst für die durch relativ stärkere Bedeutung des Betriebskapitals charakterisierte englische Industrie zeigt eine Bilanzkritik des Londoner „Economist“, daß die Bankkredite bei

25 Montanwerken und Maschinenfabriken 11,7 % des Kapitals,

13 Textilbetrieben 8,2 % des Kapitals,

25 sonstigen Industriewerken 14,5 % des Kapitals

¹⁾ Vgl. Withers a. a. O., S. 156 ff.; ferner auch Robertson, Das Geld, passim.

²⁾ a. a. O., S. 302, 311 f.; vgl. auch F. Leitner, Die Kontrolle, 3. Aufl., 1923, 9. Abschnitt.

³⁾ Lotz, Art. „Diskonto und Diskontopolitik“ im Handwörterb. der Staatsw., 4. Aufl.

⁴⁾ Somary, a. a. O., S. 72 f.

ausmachen; die Belastung durch eine einprozentige Bankzinserhöhung beträgt mithin im Durchschnitt bloß 0,12 % des Kapitals¹⁾. So in der Depression; aber selbst auf dem Gipfelpunkt der Hochkonjunktur ist die Wirksamkeit einer entschiedenen Zinsfußerhöhung von einer ganzen Reihe von Faktoren abhängig, wie es z. B. die Untersuchungen von Robertson über die Krise von 1907 zeigen²⁾. Industrien z. B., die sich eines Rohstoffes bedienen, für den es einen hochorganisierten spekulativen Markt gibt, profitieren in der Regel von dem hohen Zinsfuß, durch den sie ja den Rohstoff verbilligt erhalten, was in Einzelfällen allerdings durch besondere Umstände eingeschränkt werden kann. Die erzwungene Liquidation auf vielen Märkten kommt ferner dem Transportgewerbe zugute; und selbstverständlich drückt die Zinsbelastung schwerer auf Produktionszweige, deren Produkte auf einen breiten und von spekulativer Nachfrage oder von speziellen Bestellungen abhängigen Markt bestimmt sind, als für solche von kontinuierlichem und gleichförmigem Absatz. Schließlich und vor allem werden natürlich Luxusindustrien ganz anders in Mitleidenschaft gezogen als die Produktion für den notwendigen Bedarf.

Auch auf quantitätstheoretischer Seite ist man sich darüber im klaren, daß die Lösung des Problems nur bei eindringender und umfassender Analyse der Tatsachen möglich ist, und Hawtrey hat in seinem Hauptwerk auch die Krisenerfahrungen unter die quantitätstheoretische Lupe genommen. Daß das Ergebnis keineswegs schlechthin zugunsten der Theorie ausfällt, kann hier bloß festgestellt werden. Jedenfalls wird man Verallgemeinerungen wie die These des geistvollen amerikanischen Soziologen Thorstein Veblen vom „Luftgebilde“ des Kredites, dessen „kumulative“ Vermehrung mitten in einer mehr oder weniger freien Konkurrenz für die Krisen verantwortlich sein soll³⁾, oder auch den an Veblen anknüpfenden Satz von Lederer⁴⁾: „so ist nur mit zusätzlichem Kredit, also neugeschaffener Kaufkraft, eine sehr erhebliche Ausdehnung des Produktionsprozesses möglich“ (wobei die Banken den Kredit vielfach geradezu „aufdrängen“) — vielleicht als radikale Konsequenzen einer Theorie schätzen, aber keineswegs als Wege zur sachlichen Lösung unentschiedener Fragen ansehen können.

¹⁾ „The Economist“ vom 21. März 1925, S. 528.

²⁾ Industrial Fluctuation, S. 220 f. Vgl. auch W. C. Mitchell, Business Cycles, New York 1913, passim; z. T. hängt übrigens Mitchells Konjunkturerklärung (S. 572 ff.) aus Diskrepanzen in der Preisentwicklung der verschiedenen Güter mit dem im Text genannten Moment zusammen.

³⁾ Absentee Ownership, London 1924, S. 86 ff., 326 ff.; The Theory of Business Enterprise, New York 1904, S. 171 ff.; vgl. dazu W. Jaffé, Les Théories économiques et sociales de Thorstein Veblen, Paris 1924, S. 162 ff.

⁴⁾ Konjunktur und Krisen, im „Grundr. d. Soz.-Ök.“ IV, 1. Teil, Tüb. 1925, S. 387 f., 382.

VIII.

Ob es für den quantitätstheoretischen Standpunkt wesentlichen Vorteil bedeutet, wenn man mit J. R. Bellamy¹⁾ das Gewicht von der quantitativen Wirkung der Diskontmaßnahmen auf ihre qualitative Seite, also auf die Verteilung der Kredite legt, mag dahingestellt bleiben. Die grundsätzliche Schwierigkeit ergibt sich ja aus dem Vorangehenden ohne weiteres und läßt sich auf die alte Formel bringen: daß die Frage, ob bei Goldwährung das Kreditvolumen den Preisen vorangeht, oder ob die durch die jeweiligen Produktions- und Konsumverhältnisse, Handels- und Verkehrsorganisation usw. bedingten Preisoszillationen die Banken und ihre Kreditpolitik in funktioneller Abhängigkeit halten — strittig ist. Ein Hauptargument, z. B. Nogaros²⁾, gegen die quantitätstheoretische Ausdeutung der Diskontfrage ist ja der Hinweis auf die Elastizität der Produktion; wenn das Kreditvolumen, wie es namentlich Maclod schon vor einem halben Jahrhundert immer wieder betonte, zwar „willkürlich“ vermehrbar ist, aber bei „vernünftiger“ Handhabung entsprechende oder sogar mehr als entsprechende Steigerung der Produktion zur Folge hat: dann in der Tat könnte es in einem normal geordneten Banksystem schwerlich so etwas wie Kreditinflation geben. Folglich mußte das Bestreben der neu aufblühenden Quantitätstheorie darauf gerichtet sein, dieses radikale Bankingargument zu entkräften. Daß sie dies besonders eindringlich oder überzeugend getan hat, läßt sich schwerlich behaupten. Noch immer gilt ihr ja die Inflationserfahrung der Papierwährungen als ein so überzeugender Beweis für die Richtigkeit der Quantitätstheorie, daß selbst ehemalige Gegner derselben nach Charles Gide's Meinung dadurch restlos bekehrt sein müßten³⁾. Bedarf es des Hinweises, daß Papierwährungsargumente — wie es bereits Marx gegen Ricardo hervorgehoben hat — für die Goldwährung bei Einlösbarkeit der Bankzahlungsmittel, die in ihrem Werte folglich an das Gold gebunden sind, alles eher als durchschlagend sind? Daß es aber auch bei Goldwährung künstliche Vermehrung des Kredites geben kann, aus der, und sei es auch nur temporäre Preissteigerungen folgen, ist längst bekannt. Trotzdem dürfte es H. Winters und Albert Hahn⁴⁾ zum Verdienst gereichen, die Aufmerksamkeit wieder einmal darauf gelenkt zu haben, daß selbst beste kaufmännische Wechsel keineswegs immer der Geldausdruck in Entstehung begriffener konsum-

¹⁾ Control of Credit, London 1923.

²⁾ A. a. O., S. 166 ff.

³⁾ Les Mouvements des Prix et leurs Causes. Paris 1922. — Als ein Beispiel für viele sei die Wandlung in der Geldtheorie von Mises von der 1. Aufl. 1912 zur 2. Aufl. 1924 genannt: von einem gemäßigten Anhänger der Currencylehre zu einem radikalen Vertreter der Quantitätstheorie.

⁴⁾ Von der Kriegs- zur Friedenswährung, Tübingen 1918, S. 50 ff.

reifer Güter sind: ein und dieselbe Warenpartie kann ja auf verschiedenen Stadien der Zirkulation immer wieder von neuem als Unterlage für einen „Warenkredit“ dienen. Dieselbe Wirkung würde es haben, wenn der Warenkredit länger läuft als der Umschlagsprozeß, zu dessen Finanzierung er dient¹⁾. Es liegt also nahe, die Quantitätstheorie in der Weise stützen zu wollen, daß man die Gleichberechtigung der Warenseite in der Grundgleichung zwar anerkennt, dahinter jedoch ein großes „aber“ setzt. So hält auch Hawtrey die mangelnde Elastizität der Produktion in der Anpassung an die veränderte Geldmenge für eine entscheidende Ursache bei der Entstehung größerer Preisspannungen, und Robertson²⁾ hat diesen Gedanken näher ausgeführt, um in dieser Weise die praktische Anwendbarkeit der formalen Grundgleichung darzulegen. Er weist darauf hin, daß zwischen Geldvermehrung und Produktionserweiterung nicht nur beträchtliche Zeitspanne besteht, während welcher sich die Hause ungehemmt auswirkt, und daß die Produktion vielfach auch nicht imstande ist, selbst nach geraumer Zeit den Vorsprung der Preise einzuholen; obendrein hat auch die Preissteigerung eine gewisse Beharrungstendenz, indem sie leichter zu erreichen als abzubauen ist; die einmal in Gang gesetzten Kredite werden nicht nur erneuert, sondern nur zu leicht auch immer von neuem erweitert.

Ob damit für die quantitätstheoretische Konstruktion mehr gewonnen ist als die gewiß sehr nützliche Wiederlegung des einseitigen „Banking“-Standpunktes, mag dahingestellt bleiben. Sie muß doch, um generell brauchbar zu sein, die Geldwerttheorie so ausbauen, um gleichzeitig auch eine Theorie des Goldwertes zu bieten. Unabhängig von dieser Fragestellung hat Sombart in seinem großen Werk³⁾ das Problem der Produktionskosten der Edelmetalle und ihre Bedeutung geradezu in den Vordergrund der wirtschaftshistorischen Forschung gestellt. Ob den Produktionskosten der Edelmetalle gerade für frühkapitalistische Zeiten mit ihren wenig rationellen Ausbeutemethoden und bei Fehlen so ziemlich jeglicher Kalkulation wirklich die Bedeutung zukommt, die ihnen Sombart in seinem historisch glänzend fundierten und tiefschürfenden Gedankengang zuschreibt, ob bei den im Mittelalter meist auch noch fehlenden Einlösungschancen und angesichts der chronischen Münzverschlechterung (trotz Barrenrechnung im internationalen Verkehr) im Kleinverkehr nicht doch der Quantitätsgesichtspunkt, wie ihn schon Ricardo an Hand der Forschungen des Lord Liver-

¹⁾ Worauf neuerdings wieder E. Lederer, a. a. O., S. 380 f., hinweist. Daß dem Unternehmer dadurch Kapitaldisposition nicht nur für „bewegliches“, sondern auch für festes Realkapital zur Verfügung gestellt wird, betont auch Cassel, a. a. O., S. 375.

²⁾ Das Geld, Kap. V. Vgl. auch Foster und Catchings, Money, 1923, S. 72 f.

³⁾ Der moderne Kapitalismus, 4. Aufl., 2. Bd., 1921, S. 571 ff.

p o o l hervorgehoben hat, der entscheidende ist —, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden¹⁾). In völlig unorigineller Weise sucht dagegen W i c k s e l²⁾ im Anschluß an die bekannte Formel von Senior die Bedeutung der Produktionskosten auf ihren Einfluß auf die Goldmenge zu beschränken. Interessanter ist der Versuch C a s s e l s , diesem Gesichtspunkt im Rahmen seiner Quantitätstheorie gerecht zu werden³⁾). Daß er die Bedeutung der Grenzproduktionskosten für den Goldwert bestreitet, weil sie sich ihrerseits nach diesem, d. h. nach dem allgemeinen Preisniveau, zu richten haben, braucht nicht abzuschrecken; denn dasselbe Argument würde gegen seine eigene wie überhaupt jede moderne Preistheorie gelten, daß sie nämlich nur von der Annahme gegebener Preise und nicht von hypothetischen Wertvorstellungen eines Robinson aus aufgebaut werden kann. Und Cassel legt selbst großes Gewicht auf den bekannten Zusammenhang zwischen Produktionskosten und Preisniveau, der zu einer relativen Stabilisierung desselben durch jeweilige Einschränkung und Ausdehnung der Produktion führt⁴⁾. So wird bei Cassel die Formel der Produktionskosten durch die andere sinngemäß gleiche und keineswegs exaktere ersetzt, nach der „die Einwirkung der Goldproduktion auf das allgemeine Preisniveau . . . auf der Quantität Gold, die bei dem geltenden Preisniveau produziert werden kann“, beruht. Das Interessante dabei ist, daß an die Stelle der zirkulierenden Geldmenge unserer Grundgleichung bei Cassel die gesamte Goldmenge und ihre „Zahlungsleistung“ tritt. Das Preisniveau muß dem Gesamtgold und nicht bloß der monetär verwendeten Menge proportional sein; das wird mit der Quantitätstheorie in der Weise in Einklang gebracht, daß die gesamte Zahlungsleistung, multipliziert mit einem Faktor, der den Geldbedarf pro Einheit der Zahlungsleistung (relativer Geldbedarf) in der Einheitsperiode angibt, mit dem gesamten Geldbedarf gleichgesetzt wird; der relative Geldbedarf ist gleich dem reziproken Wert der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Der gesamte Geldbedarf wiederum ist der Goldmenge gleich, und als Goldmenge, die bei gleichbleibendem Geldbedarf das Preisniveau bestimmt, ist die Goldmenge anzusehen. Veränderungen des Preisniveaus sollen im wesentlichen durch die sogenannte relative Goldmenge, d. h. die jährliche Zuwachsrate des Goldes, bestimmt sein.

Das Bedeutsame an der Casselschen Geldlehre liegt weniger an seinen Einzelheiten als in dem Systemzusammenhang mit der allgemeinen Preistheorie, in der

¹⁾ Vgl. meinen Art. „Münzwesen der Neuzeit“ im Handwörterb. der Staatswiss., 4. Aufl.

²⁾ A. a. O., S. 167 ff.

³⁾ Op. cit., XI. Kap.

⁴⁾ Ähnlich J. B. E s s l e n , Die Entthronung des Goldes. In Schmollers Jahrb. 1917; L e h f e l d t , Gold, prices and the Witwadersrand, London 1919.

ja der Grundgedanke der alten Quantitätstheorie im Anschluß an Pareto u. a. als „Prinzip der Knappheit“ in den Vordergrund gestellt ist. Daß es Cassel nicht gelungen ist, diese systematische Konzeption, namentlich auch nach der Seite des Konjunkturproblems hin restlos durchzuführen, hat die Kritik von Eulenburg aufgezeigt¹⁾.

Für die Preisprobleme der Dynamik kommt es freilich darauf an, welche Faktoren die Casselsche „Zahlungsleistung“ regulieren. Er gibt zu (S. 422), daß die vorhandene Goldmenge in der Konjunkturbewegung dem Bedarf entsprechend „ausgenutzt“ wird. Die Rolle der Banken würde sich dann im wesentlichen auf die automatische Ausfüllung bestimmter Funktionen beschränken. Andererseits soll aber der Geldbedarf dem allgemeinen Preisniveau proportional sein, so daß ein doppelseitiges Kausalverhältnis entsteht, das keineswegs völlig geklärt ist. Über die Zuflucht zur Tatsachenforschung, zur empirischen Beweisführung, sprachen wir bereits. Nur beiläufig sei noch darauf hingewiesen, daß sich an dieser Stelle eine „innere Streitfrage“ der Quantitätstheorie verbirgt: die Frage, ob die Bankgeldmenge (die „Zahlungsleistung“) eine wenigstens zeitweilig konstante Größe ist (wie es nach Viners Forschungen für Kanada vor dem Kriege zutraf und überhaupt in der anglosächsischen Welt eher der Fall ist als anderwärts), oder ob es sich um ein schwankendes Verhältnis handelt, das dann von der „Warenseite“ her bestimmt wird²⁾.

IX.

Eine weitere „innere Streitfrage“ der Quantitätstheorie betrifft das Problem der Wechselkurse und wiederholt eine Diskussion, die, wie es Viner neuerdings eingehend dargelegt hat³⁾, in grundsätzlich gleicher Weise sich bereits zwischen Ricardo und Malthus abspielte. Die Wechselkurse lassen sich nämlich vom quantitätstheoretischen Standpunkt aus entweder so erklären, daß sie in direkte Beziehung gesetzt werden zur Geldmenge, oder indem man sie als Funktion des Preisniveaus auffaßt. Der zweitgenannte Weg ist natürlich der konsequenter; die Geldmenge „darf“ vom Standpunkt einer geschlossenen Quantitätstheorie gar nicht unmittelbar auf die Wechselkurse wirken, da sonst das Preisniveau nicht in direktem Verhältnis zu ihr stehen kann: ein Teil der Geldmenge wäre ja auf den Devisenmarkt „ausgewichen“. Überhaupt würde dann die

¹⁾ Wertfreie Sozialökonomik, Weltwirtsch. Arch., 15. Bd., 1920; vgl. auch A. Monn, Cassels System der Theoretischen Nationalökonomie im Arch. f. Sozialwiss., 51. Bd. und H. Neisser in Schmollers Jahrb. 1923. S. 517 ff.

²⁾ Die Behauptung von Nogaro, die Quantitäts- und die „Kaufkraftparitäten“-Theorie stehen und fallen mit der behauptenden Antwort auf diese Frage (S. 166), ist m. E. abwegig.

³⁾ A. a. O., S. 191 ff.

Möglichkeit offen stehen, daß auch andere, nicht vom Preisniveau abhängige Faktoren den Kurs beeinflussen. Oder sollen etwa Devisen zur Gütermenge gerechnet werden¹⁾?

Die bekannte „Zahlungsbilanztheorie“, die vor dem Kriege namentlich in der deutschen und französischen Literatur entschieden vorherrschte, ist in Wirklichkeit überhaupt keine „Theorie“, weil sie die Frage offen läßt, wodurch die Faktoren der Zahlungsbilanz in ihrer Höhe bestimmt werden; sie hat ebensoviel und ebensowenig Wert wie das „Gesetz“, wonach Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen. Theoretische Bedeutung erlangt diese Auffassung erst als Ergänzung der Quantitätstheorie in der genannten Formulierung, die bereits von Malthus und im Anschluß an ihn von Mill verfochten wurde: daß es nämlich Veränderungen der Zahlungsbilanz gibt, mögen sie aus Krieg, Hungersnot, staatlichem Eingriff, Kapitalwanderungen oder woher immer röhren, die mit der relativen Geldmenge der beteiligten Länder nichts zu tun haben. Auch in den ersten Kriegsjahren hat diese Auffassung noch die Oberhand behalten. Erst die fortschreitende Geldentwertung und Wechselkursverschlechterung haben der strikt quantitätstheoretischen These zum Sieg verholfen. Sie besagt in der von Cassel herrührenden schlagenden Formulierung der Ricardoschen Lehre, daß der Wechselkurs der Ausdruck der „Kaufkraftparitäten“ sei, d. h. des Verhältnisses zwischen den Gütermengen, die für die Geldeinheit in dem einen Lande und für diejenige im anderen erhältlich sind. (Selbstverständlich kommt es dabei, wie es Hawtrey, der Abweichungen aus Differenzen zwischen consumers income und outlay erklärt, betont hat, auf die relativen Preise aller Güter und nicht nur der Waren an.) Der Wechselkurs ist demnach²⁾ zwischen zwei Ländern mit verschiedenem Währungsstoff als das rechnerische Produkt des beiderseitigen Preisniveauperhältnisses anzusehen. Anders ausgedrückt: die Kaufkraft der Geldeinheit im Inlande ist „normalerweise“ stets ebenso groß wie ihre Kaufkraft im Auslande; die inländische Kaufkraft aber — und dies ist das Entscheidende — steht in reziprokem Verhältnis zu den sie bestimmenden Geldmenge. Daß die statistischen Ermittlungen über das Verhältnis von Wechselkurs und Preisniveau weder allgemein eine Parallelität beider ergeben, noch erst recht mit Ausnahme weniger Fälle den Nachweis des kausalen Verhältnisses

¹⁾ Wabré de Bordet rechnet sie gelegentlich (S. 161) dazu, während er sie sonst der Geldmenge zuzählt.

²⁾ So auch bei Keynes, A revision of the treaty, London 1922, S. 93; G. Memény, Die fremden Wechselkurse und die Umwälzung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Essen 1921, S. 119; L. Mises, Die geldtheoretische Seite des Stabilisierungsproblems, in „Schriften des Ver. f. Soz.-Pol.“, Bd. 164, 2. Teil, S. 21 ff.; A. W. Flux, op. cit. — Im „Tract“ (S. 96) formuliert Keynes die Theorie sehr viel vorsichtiger.

in dem Casselschen Sinn ermöglichen, — dieser populäre Einwand stört die Quantitätstheoretiker wenig. Abweichungen von der Kaufkraftparität lassen sich nach ihnen durch „Störungen“ des internationalen Austausches erklären, durch die entweder die Kaufkraft im Inlande oder die Möglichkeit, das Wertverhältnis zum ausländischen Geld der inländischen Kaufkraft anzupassen, künstlich reguliert wird. So weiß Walré de Bordes die zahlreichen Abweichungen der Kurve der fremden Wechselkurse von derjenigen des inneren Preisniveaus in Österreich z. T. durch die Hemmungen des internationalen Austausches zu erklären. In gleicher Weise hat man es wiederholt versucht¹⁾, die ähnlichen Abweichungen von der Kaufkraftparitäten-Theorie, die die deutsche Inflationsgeschichte aufzuweisen hatte, zu deuten. Wie diese Theorie überhaupt nur eine sprachlich neue Fassung der klassischen Lehre ist, die bereits von Hume, Ricardo und Torrens formuliert wurde, so setzt sie auch freien internationalen Gütertausch voraus und gilt eben nur unter dieser Voraussetzung²⁾, die in der Kriegs- und zum guten Teil auch der Nachkriegszeit freilich beinahe nie zutraf.

Soweit lägen also lediglich temporäre Hemmnisse vor, die das Auswirken eines ökonomischen Gesetzes beschränken. Die neuere Polemik wendet sich aber gegen dieses Gesetz selbst. Zwar wird von keiner wissenschaftlichen Seite bestritten, daß es eine Tendenz zur Bestimmung der Wechselkurse durch die Preisniveauunterschiede gibt; aber man weist auf die Schwierigkeiten des Preisniveaubeckes hin, der außerdem zwischen zwei Ländern recht lange Zeit hindurch (auch bei sogenannten freiem Gütertausch) in beträchtlicher Spannung verharren kann, ohne daß dadurch nennenswerte Wechselkursänderungen erfolgen. Es fragt sich also, ob die Wechselkurse wirklich nichts als der Ausdruck der Preisunterschiede sind. Die empirisch nachweisbaren Gegenfälle, die den Zweifel berechtigt erscheinen lassen, brauchen uns jedoch nicht zu beschäftigen. Tausig hat ja der Theorie die Ergänzung gegeben, der sie in dieser Hinsicht bedarf, daß man nämlich zwischen Binnenpreisen, Export- und Importpreisen („sectional

¹⁾ z. B. Robertson, Das Geld, Kap. VII.

²⁾ Vgl. G. Cassel, Money and foreign exchange after 1914, London 1923, S. 154: „Our calculation of the purchasing power parity rests strictly on the proviso that the rise in prices in the countries concerned has affected all commodities in a like degree. If that proviso is not fulfilled, than the actual exchange rate may deviate from the calculated purchasing power parity“. Diese Formulierung nimmt der Theorie jede praktische Anwendbarkeit. Pigou, Essays in applied Economics, London 1923, S. 157 ff., faßt die Zahl der das „Gleichgewicht“ störenden Elemente in zwei Gruppen zusammen: sie röhren daher, daß entweder (bei künstlichen Schranken) die Möglichkeit oder (beim Monopolisten) der Wille fehlt, den günstigsten Markt aufzusuchen.

price levels“ von Cairnes) unterscheiden muß, und daß zunächst jeweils nur derjenige Ausdruck des allgemeinen Preisniveaus als internationales Vergleichsobjekt in Betracht kommt, der die vom Außenverkehr abhängigen Preise der Export- und Importwaren („Weltmarktpreise“) erfaßt und die Binnenpreise, die teils überhaupt nicht, teils nur in weiter Ferne den internationalen Preis schwankungen folgen, außer Betracht läßt. Also ist der Begriff der „Kaufkraftparität“ streng genommen nur für Weltmarktartikel anwendbar, was allen Versuchen, die Wechselkursparität an Hand von Indexzahlen des allgemeinen Preis niveaus oder auch der Lebenshaltungskosten „auszurechnen“, den Stempel des Dilettantischen aufdrückt¹⁾. Der klassischen Theorie selbst tut dies jedoch keinen Abbruch, wenn man sich nämlich der Formulierung von Pigou²⁾ anschließt: nach ihm haben wir es mit der Frage des Gleichgewichts im internationalen Austauschverkehr zu tun und dieses „exchange equilibrium“ ist der Zustand, bei dem „man nichts gewinnt, wenn man irgendeine Ware, die man auf dem einen Markt hätte verkaufen können, auf den anderen bringt, oder umgekehrt“. Es kommt also nicht auf den effektiven Güter austausch an, wie es bei Cassel den Anschein hat, sondern auf die Preisspannungen der Güter, die für einen solchen Austausch virtuell in Betracht kommen.

Das sind aber eher Fragen der exakten Formulierung als des entscheidenden Streitpunktes. Der Norwege W. Keilhau hat der Casselschen Lehre neuerdings³⁾ entgegen gehalten, daß die Nachfrage nach fremden Valuten namentlich drei Elemente enthält, die mehr oder weniger unabhängig sind von irgend einer Kaufkraftparität und die z. T. unbedingte Befriedigung verlangen. Das sind einmal die Importeure, die bereits gekauft haben und bezahlen müssen; dann Schuldner, die z. B. Zinsen auf auswärtige Anleihen zu leisten haben; schließlich Kreditgeber, die ihr Kapital im Ausland anlegen. Für alle drei Gruppen ist die Kaufkraft des ausländischen Geldes gegen dortige Güter völlig irrelevant, und kommt es ihnen nur auf die Profite im fremden Lande, auf die dort zu zahlenden Steuern, die Risikobelastung usw. an. Er gibt die Bedeutung des Kaufkraft gesichtspunktes insbesondere für inflationierte Währungen zu, betont aber im

¹⁾ Diesen Vorwurf gegen die neueste Schrift von Keynes, *The economic consequences of Mr. Churchill*, London 1925, die gegen die Rückkehr zur Goldwährung mit dem bekannten „Deflationsargument“ vom angeblich vermindernden Export polemisiert, mußten sowohl der „Economist“ als auch der „Manchester Guardian Commercial“ (vom 30. Juli 1925) erheben. Vgl. D. T. Jach, *The Economics of the gold standard*, London 1925.

²⁾ Op. cit. S. 161.

³⁾ The valuation theory of exchange im „Economic Journal“ 1925, S. 221 ff. Vgl. auch die deutsche Schrift desselben Verfassers: *Die Wertungslehre. Versuch einer exakten Beschreibung der ökonomischen Grundbeziehungen*, Jena 1923.

übrigens die Abhängigkeit der Wechselkurse von den verschiedenen Faktoren der Zahlungsbilanz. Wenn demgegenüber die konsequent quantitätstheoretische Richtung behauptet, daß Veränderungen der Zahlungsbilanz nur vorübergehender Natur sein können, weil sie sich notwendig automatisch ausgleichen, so daß dauernde Wechselkursverschiebungen eben nur durch die relativen Geldmengenunterschiede der betreffenden Länder zu erklären seien¹⁾, so steht sie in Widerspruch zu der Tatsachenerkenntnis, wie sie gerade durch die neueste Forschung an den Tag gefördert wurde. Bezüglich der deutschen Zahlungsbilanz und ihres Ausgleiches in der Inflationsperiode sind sich die besten Kenner darüber einig, daß die quantitätstheoretische Lösung insofern nicht zutrifft, als außerhalb der Geldmenge bzw. des Preisniveaus stehende bzw. diesen vorangehende Faktoren, wie Kapitalwanderungen, Devisenspekulation usw. entscheidend mitgespielt haben, und zwar in einer Weise, die man keineswegs auf die Formel bringen kann, daß sie sich auf „längere Frist“ ausgleichen würden²⁾. Auch sonstige empirische Untersuchungen, und zwar gerade auch solche, die von der Theorie der Kaufkraftparitäten ausgehen, sind zu dem gleichen Ergebnis gekommen³⁾, wie es nicht anders zu erwarten war. Dementsprechend steht auch die Theorie überwiegend auf dem Standpunkt, daß die Wechselkurse von einer Reihe von Faktoren bestimmt werden, von denen das durch die relativen Geldmengen bestimmte wechselseitige Verhältnis der beiderseitigen Kaufkraft der fraglichen Geldarten (jeweils in ihrem eigenen Lande) nur einen, allerdings besonders wichtigen Faktor darstellt. Selbst Quantitätstheoretiker wie v. Wieser lehnen die Ricardo-sche Lehre entschieden ab⁴⁾. Freilich, eine systematische Untersuchung darüber, welche diese anderen Faktoren sind, hat die Nachkriegsliteratur nicht produziert; mit dem einfachen Hinweis auf die berühmte „Zahlungsbilanz“ ist es ganz gewiß nicht

¹⁾ Vgl. Cassel, op. cit.; Pohle, Geldentwertung, Valutafrage und Währungsreform, Leipzig u. Erlangen 1920, S. 25 ff. So auch Albert Hahn, Geld und Kredit, S. 1 ff. Wenn Hahn so weit geht, den Begriff der Zahlungsbilanz gelegentlich überhaupt bestreiten zu wollen, so dürfte das bestenfalls auf einen unfruchtbaren Wortstreit hinauslaufen.

²⁾ Vgl. z. B. die auf S. 516 Anm. 2 zitierten Schriften von Lotz, Hirsch usw., ferner auch A. Jenny, Les causes et les conséquences de la baisse du Mark, in der „Semaine de la Monnaie“, Paris 1922, S. 212.

³⁾ Karl M. Obenau, Die italienischen Wechselkurse 1914—19, Wurzen 1922, S. 31 ff.; A. Révai, Die ausländischen Wechselkurse in Frankreich seit 1914. München 1925, S. 101 f.; A. Nigh, La politique financière des Pays-Bas pendant la guerre (Pariser Diss., S. 81 f.) führt die dortigen Preisschwankungen im Kriege restlos auf nicht-monetäre Ursachen zurück.

⁴⁾ A. a. O., S. 435 ff.; ähnlich R. A. Lefield, Restoration of the Worlds Currencies, London 1923, S. 46 ff.; T. H. Bogg, The international trade balance in theory and practice, New York 1922, S. 38 f.; Seligman, a. a. O., S. 12.

getan. Sind doch zweifellos Momente an dem Zustandekommen des Wechselkurses beteiligt, die ja erst als Bestimmungsgründe wichtiger Zahlungsbilanzposten und nicht als solche selbst in Erscheinung treten; man pflegt sie bekanntlich als „psychologische“ Faktoren zu fassen. Was ist aber unter diesen scheinbar höchst unbestimmten Größen zu verstehen? Daß die Erweiterung der Geldmenge den Wechselkurs nicht zu drücken braucht, wie es das Beispiel Rußlands 1854, Spaniens 1863/86, Brasiliens 1865 zeigt; daß ihre Verminderung den Kurs nicht notwendig hebt (Chile 1891, Argentinien 1860, Japan 1878); daß der Wechselkurs andererseits bei gleichbleibender Zirkulationsgröße sogar steigen kann, wie in Spanien 1898, Italien 1869; — aus der Aufzählung dieser und zahlreicher anderen Beispiele in dem bekannten Werk von Subercaseaux¹⁾) kommt man der Frage nicht näher. Die psychologischen Faktoren aber, die er als solche in eklektischer Weise aufzählt, würden für die Zwecke einer sauberen Preistheorie schwerlich befriedigen. Denn er nennt nebeneinander das „Vertrauen“ sowohl in die Einlösung des Papiergeedes als auch zur Stabilität des Wechselkurses; erfahrungsgemäß lassen sich durch Einlösungsversprechen Vertrauen und Kurs bessern, wie in Chile 1894, Japan 1882, den Vereinigten Staaten 1865, in England 1813/17²⁾; wie sich umgekehrt bei Unsicherheit bezüglich der Einlösung, z. B. in Österreich 1859/71, in Rußland 1893/96³⁾, die Wechselkursschwankungen dadurch wesentlich gesteigert haben. Die Tatsache dieser Schwankungen selbst trägt ebenfalls zur Verschärfung derselben bei, wie es in Italien 1892/1903, Japan 1877/81, in den Vereinigten Staaten 1862/67, in Chile 1908 der Fall war, was man an dem Unterschied zwischen dem Ausmaß der Kursschwankungen bei niedrigem und demjenigen bei hohem Goldagio ersieht⁴⁾). Er nennt ferner die Spekulation als besonderen Faktor, auf dessen Bedeutung man nach den Inflationserfahrungen kaum noch hinzuweisen braucht. Unentschieden bleibt die Frage, was letzten Endes für die Erwägungen des Spekulanten maßgebend sein mag; da er doch eine kurz- oder langfristige Kapitalwanderung bewirkt, so fragt es sich auch, ob und in welchem Maße Preisniveauänderungen und Zinsfußbewegungen jeweils parallel laufen, — eine Frage, die man in der quantitätstheoretischen Literatur unbedenklich und restlos bejahend zu beantworten pflegt. Als besonderer psychologischer Faktor erscheint schließlich bei Subercaseaux (S. 201 ff.) das Vorhandensein einer Tendenz zur Stabilisierung des Kurses, wie z. B. in Chile nach 1908.

¹⁾ Le Papier Monnaie, Paris 1920, S. 149 ff. Vgl. auch Nogaro, La monnaie, S. 194 ff.

²⁾ A. a. O., S. 173 f.

³⁾ A. a. O., S. 180 ff.

⁴⁾ A. a. O., S. 175 ff.

Dieses Ergebnis bedeutet nun keineswegs nur eine „kleine“ Ergänzung der Quantitätstheorie, vielmehr eine sehr wesentliche Korrektur derselben. Die Kehrseite der Medaille ist nämlich: das Preisniveau ist weniger ausschlaggebend für die Wechselkurse, als diese es sind für jenes. Walré de Bordes faßt das Ergebnis seiner Untersuchungen für die österreichische Entwicklung 1922 dahin zusammen, daß „it was not the price level which determined the rate of exchange, but the rate of exchange which determined the price level“. Wenn aber der Devisenkurs die Preise bestimmt statt umgekehrt, so ist ein Stützfeiler der Quantitätstheorie gefallen. Zwar nicht der formalen Grundgleichung: im Sinne derselben tritt der Ausgleich dadurch ein, daß sich die Geldmenge nachträglich vermehrt, oder daß ihre Zirkulationsgeschwindigkeit steigt¹⁾. Aftalion geht sogar so weit, aus einer Analyse der europäischen, vor allem der französischen Entwicklung seit 1922 den Schluß zu ziehen: daß sich erst immer die Devisenkurse, dann erst die Preise, an dritter Stelle die Zirkulationsgeschwindigkeit und zuletzt die Menge des Geldes ändern²⁾, — wobei er allerdings bloß Tatsachen konstatiert, ohne die Frage, wie weit die „Vorwegnahme“ kommender Entwicklung mitwirkt, zu untersuchen. Wohl aber ist der einfachen Anwendung der Theorie auf das Problem der Wechselkurse und der Preisbildung selbst in der „freien“ oder „gesperrten“ Währung, für das sie vom Boullion-Report“ formuliert wurde, der Boden entzogen, wie es Yves Guyot³⁾, Aftalion⁴⁾, Nogaro, Rist u. a. eingehend dargelegt haben. Ihre Bedeutung beschränkt sich dann darauf, einen Faktor unter mehreren genannt zu haben; und es bleibt sogar unentschieden, ob er als solcher wirkt, d. h. ob die Wechselkurse überhaupt der Geldmengenänderung selbst folgen, ob diese nicht vielmehr selbst logischerweise einer anderen Kategorie von Preisbestimmungsgründen zu subsumieren ist, die alle Preisbestimmungsgründe auf dem Devisenmarkt umfaßt.

Welche Schwierigkeiten sich daraus für die Theorie ergeben, dafür bietet die Diskussion über die indische Währungsreform vom Juni 1893 ein drastisches

¹⁾ Subercaseau, S. 223 ff., weist auf die regelmäßige Tendenz zur Vermehrung der Geldmenge nach eingetreterner Wechselkursverschlechterung hin. Damit ist der Einwand von Bellaby (Econom. Journal, Bd. 35, S. 271 ff.) gegen die Kritiker der Quantitätstheorie hinfällig: es ist keineswegs unklar, wie in solchen Fällen der Ausgleich zwischen der Geld- und der Warensseite der Grundgleichung erfolgen soll.

²⁾ Les expériences monétaires récentes et la théorie quantitative in der Revue d'Écon. politique, 1925, S. 682. Vgl. Olivier, ibid. Juli 1922.

³⁾ In zahlreichen Artikeln seines „Journal des Économistes“.

⁴⁾ Auch in der „Revue Économique Internationale“, Februar 1924. Für Deutschland vgl. auch Bresciani-Turon, Inflazione, finanza e corso dei cambi in Germania, Trieste 1924.

Beispiel. Wie es ihr geistiger Urheber L i n d s a y und ihre Nachahmer auf den Philippinen (C o n a n t , J e n k s) annahmen, und wie sie noch heute vielfach gedeutet wird¹⁾, müßte die Stabilisierung des Wechselkurses bei der „Gold exchange standard“ in der Weise erfolgen, daß von der Währungsverwaltung jeweils die Menge heimischer Zahlungsmittel entsprechend „dosiert“ werden sollte, um das heimische Preisniveau und dadurch indirekt den Valutakurs zu regulieren. Demgegenüber konnte N o g a r o²⁾ an Hand der zahlreichen Untersuchungen aus der Vorkriegszeit und der seitherigen Erfahrungen unschwer darlegen, daß die Sperrung der Münze weder direkt noch indirekt den erwarteten Effekt gehabt hat: in Indien sind die Preise zeitweilig sogar stark gestiegen, so daß die Besserung der Wechselkurse jedenfalls nicht durch vorangehende Preis senkung erklärt werden kann; die Chance, daß die indische Verwaltung ihr Versprechen halten und im Ausland für eine Rupie jederzeit 16 Pence (abzüglich Spesen) geben würde, war die Voraussetzung für die Kursgestaltung. Es ist auch nicht zweifelhaft, daß z. B. der Pariwert des Silberdollars seit 1878 auf der (durch verschiedene Maßnahmen herbeigeführten) „indirekten“ Einlösbarkeit beruhte³⁾; und das schönste Beispiel dieser Art ist der durch W. C. M i t c h e l l berühmte Untersuchungen restlos klargelegte Fall der „Greenbacks“ (1861 bis 1879), deren Disagio gegen Gold bei gleichbleibender Menge je nach militärischen Ereignissen des Bürgerkriegs, je nach Erfolg oder Mißerfolg von Steueraufnahmen und Konversionsanleihen schwankte, — aber keineswegs wegen spekulativer Zurückhaltung der Scheine oder dgl., sondern nach Maßgabe der voraussichtlichen Einlösungschancen. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren; eines der berühmtesten ist die ähnliche Erklärung der Kurssteigerung des österreichischen Silberguldens 1879, die nach Sperrung der Prägung und bei unveränderter Menge erfolgte⁴⁾). Daß die geringe Entwertung des Pfundes und die Kreditfähigkeit Englands in Amerika nach dem Kriege wesentlich der Überzeugung der Finanzwelt, daß Großbritannien früher oder später zur Goldeinlösung

¹⁾ Von K e m m e r e r , Modern Currency Reform, New York 1916, I. Teil; F. M a c h l u p , Die Goldkernwährung, Halberstadt 1925, S. 18 ff., 103 ff., auch 48 ff.

²⁾ A. a. O., S. 48 ff., 90 ff.

³⁾ L a u g h l i n , The Hist. of Bimetallism in the Un. States, New York 1886, S. 205 ff. Vgl. auch meine Schrift über den „Streit um die Staatliche Theorie“, S. 11 ff. und passim.

⁴⁾ Wenn H i l f e r d i n g (Das Finanzkapital, 2. Aufl., Wien 1920, S. 21) diese Kurssteigerung über den Stoffwert hinaus statt durch die Einlösungschance durch das gleichzeitige Anwachsen der Gütermenge und der zu bewältigenden Umsätze erklären will, so argumentiert er — ohne den geringsten Versuch zur zahlenmäßigigen Kontrolle — echt quantitätstheoretisch und übersichtlich, daß 1. die Kurssteigerung ihre obere Grenze just in dem nominalen Parikurs, zu dem die Einlösung in Gold zu erwarten war, hatte, und daß 2. die Papierge-, Bankgeld- und Scheidemünzmengen gleichzeitig ebenfalls gestiegen sind.

zurückkehren wird, zu verdanken war, hat ein praktischer Kenner dieser Dinge wie Anderson bestätigt¹⁾). Im allgemeinen fehlt es jedoch noch für die Nachkriegszeit an entsprechender Analyse der Inflationserfahrungen, die die kausalen Zusammenhänge eindeutig klarlegen würde; man beschränkt sich meist, soweit man nicht dogmatisch befangen ist, auf Kritik und „Ergänzung“ der Quantitätstheorie. Aber selbst Anhänger dieser Theorie (Fisher, Keynes, Walré de Bordes, Albert Hahn) geben es unumwunden zu, daß der für dieselbe so entscheidend wichtige Faktor der Zirkulationsgeschwindigkeit in ihrer Größe von psychologischen Momenten abhängt, die in der Grundgleichung nicht enthalten und — fügen wir hinzu — schwerlich anders denn als „Einlösungschance“ zu fassen sind.

Die praktische Bedeutung des Streites kommt namentlich bei der Stabilisierung schwankender Währungen zum Vorschein. Freilich hat die Quantitätstheorie die Handhabe für die Erkenntnis der entscheidenden Kausalzusammenhänge geboten durch den Hinweis auf das Budgetdefizit als die Quelle der Papiergeldvermehrung. Aber für die Stabilisierung selbst kam es auf psychologische Faktoren an, die der Einstellung der Inflation vorangehen mußten, diese z. T. sogar erübrigen konnten, wie es sowohl das Beispiel der Rentenmark als auch der österreichischen und polnischen Stabilisierung zeigen. Zweifelsohne haben diejenigen recht behalten, die erkannt haben daß jeder mechanischen Mengenregulierung die psychologische „Aktion“ voranzugehen habe: der entschiedene Wille zur Stabilisierung, die Kundgebung dieses Willens und das dadurch zu erweckende „Vertrauen“ in zukünftige „Einlösung“²⁾). Und der Nachweis wird auch unschwer zu erbringen sein, daß die in der Inflation üblichen Methoden der „Goldrechnung“ auf allen möglichen Gebieten zur weiteren Verschlechterung der Valuta führen mußten durch Herabsetzung der Einlösungschancen, und daß die Gegner dieser Rechenmethoden³⁾ den Kausalzusammenhang, freilich selten von systematischen Gesichtspunkten ausgehend, richtig erfaßten.

X.

Während die Theorie der Wechselkurse sozusagen das Schlachtfeld zwischen Quantitätstheorie und ihren Gegnern bildet, herrscht bezüglich der Theorie der Zahlungsbilanz verhältnismäßig weitgehende Übereinstimmung. Nach der „klassischen“ Lehre müssen sich bekanntlich Zahlungsbilanzänderungen,

¹⁾ Im „Chase Economic Bulletin“ Nr. 1, Bd. V, 1925, S. 12.

²⁾ Wie es in Frankreich Rist und vor allem Nogaro, in Deutschland zuerst Bonn betont haben.

³⁾ Arthur Feiler, Carl Landauer u. a.

woher sie auch röhren mögen, bei offener Goldwährung „automatisch“ ausgleichen; und zwar erfolgt der Ausgleich bei kleineren und vorübergehenden Verschiebungen durch das Oszillieren des Wechselkurses selbst (innerhalb der Goldpunkte), bei größeren bzw. dauerhaften aber mit Hilfe der durch Goldab- und -zufluß hervorgerufenen Preisniveau- und Zinsfußänderungen. Diese bringen ihrerseits Kapitalwanderungen und Güterbewegungen zustande, die den Ausgleich der Zahlungsbilanz effektiv bewirken. Wie es Cassel in der (bereits vor dem Kriege verfaßten und im Vergleich zu seinen bisherigen Schriften weit weniger „radikalen“) Theoretischen Sozialökonomie (S. 433) formulierte: „Definitive Änderungen der Wechselkurse können nur vorkommen, wenn eine Verschiebung des allgemeinen Preisniveaus des einen Landes im Verhältnis zu demjenigen des anderen stattgefunden hat.“ „Dagegen können zufällige Schwankungen des Wechselkurses durch zufällige Ungleichmäßigkeiten der Zahlungsbilanz veranlaßt sein. Wenn dabei das allgemeine Preisniveau in beiden Ländern unverändert bleibt, muß jedoch der Wechselkurs seine Gleichgewichtslage behalten.“ Cassel fügt hinzu, was schon den Angelpunkt der Currency-Lehre gebildet hat, daß das Primäre nicht die Preisänderungen selbst, sondern die ihnen vorangehenden und sie vielfach erübrigenden Zinsfußschwankungen und die dadurch hervorgerufenen Kapitalwanderungen sind. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten im einzelnen herrscht diesbezüglich seit jeher im ganzen volle Übereinstimmung zwischen der quantitätstheoretischen und der „metallistischen“ Lehre — weshalb sie von Knapp ohne Unterschied bekämpft wurden —, und nur eine, ursprünglich wohl von der in Frankreich beheimateten bimetallistischen Bewegung angeregte Richtung (Ansiaux, Nogaro) lehnte den automatischen Ausgleich ab, unter Hinweis auf den voluntaristischen Charakter der angeblich entscheidenden, diskont- und devisenpolitischen Maßnahmen.

Die „Harmonie“ unter Theoretikern erklärt sich z. T. dadurch, daß die Fragestellung selbst herzlich wenig berücksichtigt wird. Man beschränkt sich meist darauf, die Millische Lehre (bestenfalls in der Formulierung von Bastable oder auch Hobson) unkritisch zu reproduzieren¹⁾. Einen Fortschritt bedeutet

¹⁾ Die Bemerkung Eulenburg (Probleme der deutschen Handelspolitik, Jena 1925, S. 65 f.) über eine handelspolitische Arbeit von W. Röepke (vgl. auch dessen „Geld und Außenhandel“, Jena 1925), daß es stark abwegig sei, „alles zu vernachlässigen und nur ‚ewige Wahrheiten‘ zu verkünden, die überall und stets Geltung haben sollen, und die niemand bestreitet“, gilt gegenüber der Mehrzahl der Lehr- und Handbücher über Wechselkurse, die seit dem Kriege in wachsender Zahl und Umfang erscheinen. Vgl. z. B. A. C. Whitaker, Foreign Exchange, New York 1922; A. W. Margraff, International Exchange; ferner Ira Croß, Foreign Exchange, New York 1924; C. E. Griffin, Principles of foreign trade, New York 1924. Die Bedeutung dieser Schriften wie auch derjenigen von Escher,

zweifellos der leider nur aphoristische Nachweis Bonns¹⁾), daß der Mechanismus des automatischen Ausgleichs in Ländern mit fortschreitender Inflation nicht ohne weiteres gilt. „Die Länder, bei denen man die Erfahrung gemacht hat, daß niedrige, aus fallender Währung entstandene Inlandspreise die Ausfuhr fördern, sind meist mehr oder minder Entwicklungsfähige Agrarländer gewesen, die in der Tat ihre Produktion steigern konnten. Sie konnten überdies bei Verteuerung der Einfuhr den Konsum der Luxuswareneinfuhr eindämmen, insbesondere wenn eine kräftige Besteuerung einsetzte. Für Deutschland treffen diese Voraussetzungen nicht zu. Die deutsche Ausfuhr ist nicht Erschließungsausfuhr, sondern Veredelungsausfuhr“. „Für die Ausfuhr stellen die (eingeführten) Rohstoffe einen Posten dar, auf dem Verlust liegt, wenn die Devisenpreise fallen und Gewinn, wenn die Devisenpreise weiter steigen. Eine quantitative Steigerung der Ausfuhr ist aber nicht automatisch möglich, wenn die Devisen weiter steigen, da die Eindeckung mit Rohmaterialien dadurch erschwert wird.“ Auf den analogen Fall Deutsch-Österreichs, dessen Zahlungsbilanz sich trotz Stabilisierung und trotz allen Herumkurierens nicht recht „ausgleichen“ will, kann hier nicht näher eingegangen werden²⁾. Wenn freilich Nogaro neuerdings wieder³⁾ gegen die ganze klassische Lehre Sturm läuft, so dürfte das wohl ein Kampf gegen Windmühlen sein: denn er übersieht, daß die Ausgleichsthese unter der Voraussetzung des wirksamen Eingrifffs internationaler Kredite gilt.

Die amerikanische Forschung dagegen hat die Theorie in dem Sinne zur Diskussion gestellt, um ihre Gültigkeit „unter veränderten Umständen“ nachzuprüfen. Aus der Diskussion zwischen J. H. Hollander und Tausig im „Quarterly Journal of Economics“ 1917 und 1918 ist als Ergebnis jedenfalls festzuhalten, daß der fragliche Ausgleich bei schwerwiegenden Störungen der Zahlungsbilanz nicht durch die bloße Wechselkursänderung ohne Goldbewegung und Preisänderungen herbeigeführt werden kann. Wichtiger sind die Untersuchungen über den tatsächlichen Zahlungsbilanzausgleich in Ländern, die in großem Umfang als Kreditnehmer auftraten. Die Arbeit von J. H. Williams⁴⁾ erbringt den Nachweis, daß der Ausgleich der argentinischen Zahlungsbilanz in

S p a l d i n g , in Deutschland F. S c h m i d t (Internationaler Zahlungsverkehr und Wechselkurse, Leipzig 1919) für die Bereicherung unserer Kenntnisse von der „Technik“ der Wechselkurse und des internationalen Handels soll keineswegs bestritten werden.

¹⁾ Die Stabilisierung der Mark. Berlin 1922. S. 34 ff.

²⁾ Vgl. dazu F. H e r t z , Zahlungsbilanz und Lebensfähigkeit Österreichs, München u. Leipzig 1925.

³⁾ A. a. O., S. 293 ff., wie schon in seiner Schrift „Le rôle de la monnaie dans le commerce international et la théorie quantitative“, Paris 1904.

⁴⁾ „Argentine international trade under inconvertible paper money 1880/1900“ (Cambridge, Mass., 1920) 9. Kap.

Brentano-Festgabe 1924. II.

der Periode 1880/1900 im wesentlichen durch die „Adjustierung“ der Importseite der Handelsbilanz an den Passivüberschuß der Forderungsbilanz erfolgt ist. Einer systematischen Kritik an Hand der Tatsachen unterwirft J. V i n e r die klassische Zahlungsbilanztheorie¹⁾). Seine Ausführungen, die wir im einzelnen hier nicht verfolgen können, scheinen zu dem schlüssigen Beweis zu führen, daß die Kreditinanspruchnahme Kanadas in den 14 Jahren vor dem Kriege im Betrag von etwa zwei Milliarden Dollars einen Zahlungsbilanzausgleich erforderlich gemacht hat, der sich strikte nach den Voraussagen der M i l l schen Theorie abspielte, mit Goldbewegungen beginnend, durch proportionale Erweiterung des Kreditvolumens bei den kanadischen Banken und entsprechende Preis schwankungen im Inlande. — Der Bedeutung dieser Forschung für Deutschland mit der bevorstehenden „negativen“ Kapitalwanderung größten Umfangs wird noch nachzugehen sein.

XI.

Was die sogenannten Warenwerttheorien (commodity theories) des Geldes von der Quantitätstheorie unterscheidet, steht nicht ganz eindeutig fest, — an einer befriedigenden Klassifikation der Geldtheorien fehlt es ja überhaupt. Die alte Bankinglehre und was ihr neuerdings nachfolgt, ging auch von der quantitätstheoretischen Grundgleichung aus, hieß aber die Warenseite für den Bestimmungsgrund und die Geldseite nur für den Reflex derselben. Es liegt also ein Unterschied mehr in der praktischen Anwendung als im theoretischen Ausgangspunkt vor. Rein theoretisch gedacht, ist der Bankingstandpunkt eine Umkehrung der materialen Quantitätstheorie und kann immer wieder auf dieselbe zurückgeführt werden; alle praktischen Folgerungen der angewandten (materialen) Quantitätstheorie können und sind gelegentlich auch von jener Lehre aus abgeleitet worden, da ja beide das Einandergegenüberstellen von Warenquantum und Geldquantum gemeinsam haben und die Frage nach dem Primat der einen oder anderen Menge für die praktischen Konsequenzen häufig weniger relevant ist als die Gemeinsamkeit des Ausgangspunktes²⁾). Die Verwandtschaft zwischen

¹⁾ Canadas balance of international indebtedness 1900/13, Cambridge (Mass.) 1924.

²⁾ Charakteristisch ist die Tatsache, daß ein entschiedener Anhänger der Banking Gedanken, M. Ansiaux, gelegentlich (*La monnaie peut-elle être supprimée?* in der „Revue Économique Internationale“ 1908, 3. Bd., S. 77 ff.) unter Berufung auf den Quantitätstheoretiker M i l l (der übrigens eine Synthese mit der Backing-Lehre erstrebte) für den „Comptabilismus“ von S o l v a y als die (der H a w t r e y schen Konstruktion verwandte) Idee eines reinen Kreditverkehrs ohne Geldverwendung eintrat und ähnlich wie der Soziologe G. T a r d e (*Psychologie économique I*, Paris 1902, S. 284) die Bedeutung der industriellen Verwendbarkeit für die Wertbildung des Goldes bestreit.

der Bankinglehre und der reinen Warenwerttheorie des Geldes scheint dagegen mehr praktischer als theoretischer Natur zu sein, ist aber dann maßgebend für alle Probleme der Kredit- und Zinstheorie, so daß sich die beiden Richtungen nur schwer voneinander trennen lassen.

Bedauerlicherweise hat keine von beiden seit dem Kriege systematische Darstellung erfahren. Vorher hatte der Bankingstandpunkt wenigstens in der marxistischen Färbung seinen konsequenten Ausbau in H i l f e r d i n g s „Finanzkapital“ wie der Metallismus in L a u g h l i n s „Principles of money“ erhalten, während H o b s o n s „Gold, prices and wages“ mit dem geistreichen Versuch, den Problemknoten durch Identifizierung von „Geld“ und „Geldkapital“ zu durchhauen, eine Art von Kompromiß darstellte. Seither liegen nach diesen beiden Richtungen hin eher nur Versuche, die vorwiegend kritisch orientiert sind, vor. Rein kritisch ist die „Deflation“ von Charles R i s t auf den Nachweis eingestellt, daß die sogenannten Deflationsexperimente nach dem Kriege (in England, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Tschechoslowakei und Italien) nicht die Ursache, sondern die Folgen der von der Warenwelt bzw. von Kapitalwanderungen ausgehenden Störungen des Wirtschaftslebens waren. Zusammenfassende Darstellungen wie die von N o g a r o oder dem Chilener S u b e r c a s e a u x kommen über die Kritik und die Aufzählung von „Faktoren“ nicht hinaus. Das bedeutendste neuere Werk metallistischer Richtung, das von A n d e r s o n (Value of Money) beschränkt sich nach der positiven Seite auf die methodologische Erörterung darüber, daß es eine prämonetäre Bewertung des Goldes gibt und verzichtet darauf, die weiteren Konsequenzen zu ziehen. So müssen wir uns auch auf einige Hinweise beschränken.

Der Grundgedanke einer jeden Warenwerttheorie ist: daß das Geld wie jede andere Ware von Käufer und Verkäufer „bewertet“ wird, daß mithin Preisniveauänderungen nicht eo ipso Geldwertänderung bedeuten. Dieser fälschlich meist als „metallistisch“ bezeichnete Standpunkt wird nun womöglich noch öfters mißverstanden, als die Quantitätstheorie selbst. Meistens wird der Warenwerttheorie unterschoben, daß nach ihr der Wert des nicht vollwertigen Geldes von seiner „Deckung“ abhängt¹⁾). Die Deckungsfrage ist praktisch allerdings von grundlegender Bedeutung; die Golddeckung ist nach aller bisherigen Erfahrung der einzige brauchbare Maßstab für eine rationelle Zinspolitik, für die eine gold exchange standard oder gar eine „manipulierte“ Währung nichts Gleichwertiges zu substituieren vermögen — es sei denn die „Weisheit“ und Willkür der Wäh-

¹⁾ So z. B. D e s p a u x , *Principes de dynamique monétaire*, Paris 1925, S. 436; W a g e m a n n , Allg. Geldlehre I, Berl. 1923.

rungsverwaltung¹⁾). Aber zu dem Mißverständnis über das Wesen des „Metallismus“ berechtigt weder der Umstand, daß er hier und da tatsächlich in diesem Sinne mißbraucht wird²⁾), noch das gelegentlich kopflose Festhalten der Zentralbanken an ihrem Goldschatz — wodurch z. B. die Reichsbank geraume Zeit hindurch jede Stabilisierungsmöglichkeit verhinderte³⁾ —, dem B a g e h o t - schen Grundsatz zum Trotz, daß der Zweck einer Goldreserve ist, verwendet, nicht aber: gehortet zu werden. —

Ein Mißverständnis der Warenwertlehre ist es fernerhin, daß sie einen „absoluten“ Wert oder etwas Ähnliches voraussetze⁴⁾). A n d e r s o n s Ausführungen über eine angebliche „social value“ sind allerdings sehr geeignet, solches Mißverständnis hervorzurufen⁵⁾). Zum Wesen der Theorie gehört ein solcher Scheinbegriff nicht. Sie meint einfach, daß das gelbe Metall entsprechend seinem Grenznutzen (in den verschiedenen, für einander substituierbaren Verwendungsarten) und seinen Grenzkosten bewertet wird und daß es mit dieser „Wertnote“ versehen in den Zirkulationsprozeß eintritt; alle sonstigen Zahlungsmittel erhalten je nach der E i n l ö s u n g s c h a n c e ihren Kurs in Gold. Mit der formalen Quantitätstheorie und ihrer Grundgleichung steht das in keinem Widerspruch, und ist auch nicht mit dem höchsten zweifelhaften Faktor „Vertrauen“ belastet⁶⁾). Von der materialen Quantitätstheorie und ihren Einseitigkeiten ist es freilich durch schärfsten Gegensatz getrennt. Vor allem steht es in schroffstem Widerspruch zu jedwedem „Nominalismus“: N i c h o l s o n s „dodo bones“, d. h. wertlosesten Dinge können im Sinne unserer Theorie nur soweit Gelddienste

¹⁾ Von dieser Willkür bei „manipulierter“ Währung warnen auch C a n n a n , L a y t o n , Withers , L e h f e l d t u. a.

²⁾ Zum Beispiel bei D i e h l , a. a. O., S. 62.

³⁾ Zur Kritik der Inflationspolitik der Reichsbank vgl. vor allem die Ausführungen von H i l f e r d i n g , B o n n , F e i l e r , K u c z y n s k i u. a. in den „Verhandlungen der Sozialisierungskommission zur Reparationsfrage“, III. Bd., Berlin 1923; ferner W. L o t z , Das Papiergele, Berlin 1920, die einschlägigen Artikel von A. L a n s b u r g h in der „Bank“ 1919—23, und P r i o n , Inflation und Geldentwertung, Berlin 1919. Aus der seitherigen Literatur: W. P r i o n , Deutsche Kreditpolitik während des Ruhrkampfes, in Schmollers Jahrbuch 1925; J. H i r s c h , Die deutsche Währungsfrage, Jena 1924; A. L a n s b u r g h , Die Politik der Reichsbank und die Reichsschatzanweisungen nach dem Kriege, München u. Leipzig 1924; W. L o t z , Valutafrage und öffentliche Finanzen in Deutschland, ibid. 1923; W. E u c k e n , Kritische Betrachtungen zum deutschen Geldproblem, Jena 1923; sodann auch B. H a r m s im „Wirtschaftsdienst“ 1924, Heft 16, 27, 28, 30, 31, 34, 45 und Ch. R i s t in der Revue d’Écon. pol., 1921.

⁴⁾ So A l t m a n n , a. a. O., S. 28, gegen L o t z .

⁵⁾ Vgl. H a b e r l e r , a. a. O., S. 665 ff.

⁶⁾ Über die Unbrauchbarkeit dieses unklaren Begriffes treffend: K a t z e n e l l e n b a u m , Russian Currency Reform, London 1925, S. 29 ff.

erfüllen, als sie einlösbar sind, während der konsequente Quantitätstheoretiker annehmen muß, daß die Geldentwertung beliebig fortschreiten kann ohne aus endogenen Gründen zusammenzubrechen¹⁾. Die letzte Quelle des Gegensatzes liegt aber nicht im Reiche der „Vorstellung“, sondern in der Willenssphäre: wo es sich um die Ziele der Währungspolitik handelt, die hier nicht zur Diskussion stehen.

¹⁾ S. A. Falkner, Das Papiergele der französischen Revolution. München u. Leipzig 1924, S. 1 ff., zieht diese Konsequenz, vor der Quantitätstheoretiker (Keynes!) unkonsenterweise zurückzuschrecken pflegen: sonst müßten sie ja annehmen, daß die „Inflationssteuer“ beliebig lang erfolgreich auferlegt werden kann. Ob und welche „Elastizität“ die Nachfrage nach Geld besitzt, darüber sind Pigou, a. a. O., S. 174 ff., F. Lavington, The british capital-market, London 1921, Kap. VI und Cannan (Econ. Journ. 1. Dez. 1921) nachzulesen.

Die gegenwärtigen Aufgaben einer europäischen Wirtschaftswissenschaft.

Schlußwort.

Von

Prof. Francesco Nitti,
italienischer Ministerpräsident a. D.

Für alle der Nationalökonomie und der Sozialwissenschaft Beflissenen hat der Name Lujo Brentano eine besonders starke Anziehungskraft. Wir alle schulden ihm etwas, und jeder von uns hat aus seinem Unterricht irgendeinen Teil seines bewundernswerten Werkes davongetragen. Er hat die Eigenschaften der größten Nationalökonomen, nicht allein die Gelehrsamkeit, sondern auch die Präzision, die Weite des Gedankens, die Eleganz und zugleich ein Gefühl der Menschlichkeit, ein Streben nach sozialem Aufstieg und menschlicher Güte. Bei aller Exaktheit und Gelehrsamkeit des Nationalökonomien finden sich bei ihm immer ein gesunder Idealismus und eine lebendige Liebe zur Menschheit. Brentano war stets einer der Nationalökonomen, die ich am meisten bewundert und denen ich am meisten zu danken habe.

Er hat wohl immer gedacht, einmal seine akademische Laufbahn in einem großen und blühenden Deutschland und in einem zivilisierten und geeinten Europa zu beschließen. Nun ist Deutschland in einer der schmerzlichsten Phasen seiner Geschichte, und Europa befindet sich im tiefsten Niedergang.

In wenig mehr als zehn Jahren wurde Europa balkanisiert, entzweit, verarmt. Wieviel Zerstörung von Reichtümern, wieviel vernichtetes Leben und welche Vernichtung menschlichen Glücks!

Die Nationalökonomie ist eine noch fast neue Wissenschaft; es sind noch keine zwei Jahrhunderte, daß die nationalökonomische Wissenschaft wissenschaftliche Form und Exaktheit erhalten hat. Wie alle Wissenschaften, steht sie der Politik, die Handlung ist, fremd gegenüber. Aber da sie sich mit dem Reichtum beschäftigt, d. h. mit Erscheinungen, die die Grundbedürfnisse des Lebens betreffen, gelingt es dem Nationalökonomie nie, die Erscheinungen, mit denen er sich beschäftigt, mit derselben Unbefangenheit wie ein Astronom oder Physiker zu betrachten. Die großen Nationalökonomen seit Adam Smith und Malthus und sogar Ricardo, so streng und schematisch er war, haben niemals vermieden, in ihren Werken Sozialpolitik zu treiben, ihre Gedanken über Tatsachen und Dinge zu sagen, die das Leben der Gesellschaft interessieren, an der sie teilhaben.

Was kann heute ein Nationalökonom feststellen, das nicht Grund zur Trauer bietet?

Europa ist nicht mehr der Erdteil, der das Handeln der Welt vorwärts treibt. Der Krieg hat es aufs tiefste erniedrigt; die Friedensverträge, verfaßt als ein Mittel, den Krieg fortzusetzen, haben fast ein größeres Elend als der Krieg bewirkt. Die Bilanz des Krieges ist leicht zu ziehen: außer 10 Millionen Toten mehr als 30 Millionen Verstümmelte, ganz oder teilweise Arbeitsunfähige, außer dem Verlust von 1000 Milliarden Goldmark die Ausbreitung des Geistes der Gewalttätigkeit, die Entwicklung der Brutalität.

Aber wer kann die Bilanz des unehrlichen Friedens ziehen? Niemals haben die Sieger einen Beweis von größerem Zynismus, von größerer Schamlosigkeit, von größerer Habgier gegeben. Die Länder der besieгten Völker wurden willkürlich geteilt nach dem einzigen Gesichtspunkt, ihre Einheit zu vernichten oder ihre Handlungsfähigkeit zu verhindern. Alle während des Krieges proklamierten Grundsätze wurden verletzt, alle von den Siegern feierlich versprochenen Bürgschaften wurden nicht eingehalten. Man muß bis zu den schlimmsten Zeiten des Mittelalters zurückgehen, um etwas zu finden, was sich mit dem vollbrachten Zerstörungswerk vergleichen läßt. Europa ist in 35 Staaten balkanisiert worden; aber niemand kann sagen, ob diese Zahl der Wirklichkeit entspricht. Jeder Staat, vor allem die kleinen, willkürlich gebildeten Staaten, hat sein Schutzzollsystem, seinen Nationalismus und selbst eine Art Imperialismus, der um so lächerlicher ist, je mehr es sich um kleine Völker handelt. Da war vor dem Kriege ein einziger zusammengesetzter, von verschiedenen Nationalitäten gebildeter Staat, Österreich-Ungarn (und dies war ein großer, historischer Staat, der der Zivilisation immerhin Dienste geleistet hatte); jetzt haben wir deren sechs oder sieben (die zum großen Teil noch an keine Form der Zivilisation angepaßt sind).

Vor dem Krieg gab es ein einziges strittiges Gebiet, Elsaß-Lothringen; jetzt gibt es mindestens zehn bis zwölf Elsaß-Lothringen-Probleme, im Osten, im Süden, im Westen.

Europa ist ein verschuldeter Kontinent geworden; überall Nationalitäts- und wirtschaftliche Kämpfe, drohende rote Revolution und drohende oder verwirklichte weiße Reaktion.

Während des Krieges hieß es, die Entente kämpfe für die Verteidigung der bedrohten Freiheit; die eine Hälfte Europas behauptete also, für die Freiheit zu kämpfen, obwohl zu ihr das zaristische Rußland gehörte, das in Sachen der Freiheit wirklich für niemand ein Lehrmeister sein konnte. Das Resultat ist einzig, daß jetzt beide Teile bedroht sind, bald durch Revolution, bald durch Reaktion ihre Freiheit zu verlieren. Und bei alledem Verschlechterung des Güterverkehrs, der Produktion, des Geldwesens, Verminderung des

Reichtums, neue und selbstsüchtige Formen des Protektionismus, allgemeines Steigen des Zinsfußes, erschwerete Beschaffung der Rohstoffe, plötzliche Entstehung großer Vermögen durch rasche und unverdiente Gewinne.

Die Nationalökonomien haben in der gegenwärtigen Unordnung die ganze Wahrheit der großen Prinzipien der nationalökonomischen Wissenschaft eingesehen; jede Wahrheit der Wissenschaft hat ihre Bestätigung gefunden. Diese enorme Leistung der Pathologie hat uns in den Stand gesetzt, festzustellen, wieviel schwieriger die Erkenntnis am lebendigen Körper, oder wieviel weniger leicht ihre Definition ist.

Aber die große Wahrheit, die offenkundig wurde, und die auch die oberflächlichsten Geister nach so viel Irrtümern einzusehen beginnen, ist, daß die Völker nicht nur Konkurrenten, sondern auch Mitglieder einer Einheit sind, daß auf die Dauer das Gedeihen der einen nicht auf dem Ruin der andern begründet werden kann, und daß die Beziehungen der Solidarität mehr ein Faktum der wirtschaftlichen Ordnung als ein moralisches Faktum sind. Alle Gewalttaten, die von den Siegern verübt wurden, um die Besiegten zu unterdrücken, um sie ihrer Ländereien, der Rohstoffe, der Austauschmittel, der Kolonien zu berauben, um sie arm zu machen und sie zu demütigen, haben in einer allgemeinen Veränderung der Erwerbsmöglichkeiten und in einer großen allgemeinen Depression geendet. So sind heute die Sieger beunruhigter als die Besiegten und haben keine Sicherheit, und die Drohung von gestern hat sich in die Sorge von heute verwandelt.

Das sind die Dinge, die heute ein großer Nationalökonom betrachten muß und erkennen, wie viele große Wahrheiten der nationalökonomischen Wissenschaft ihre Bestätigung in diesem Krankenhaus der Nationen finden, zu dem Europa nach einem Krieg, der sich Befreiungskrieg nannte, und nach einem Frieden, der angeblich nach den Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit zustande kam, geworden ist.

Ich hoffe, daß ein großer Nationalökonom von den Fähigkeiten Lujo Brentanos aufstehen wird, um ein Buch über die „Heutige Wirtschaft Europas“ zu schreiben. Es wird ein großes Buch der Weisheit sein und wird möglicherweise dazu beitragen, in der Richtung zu den Vereinigten Staaten von Europa hinzuwirken, die nicht nur unser Ideal, sondern die notwendige Rettung sind, der wir mit allen Kräften zustreben müssen.

Namenregister.

- Abbé, Carl I 300, II 18.
Adams, Henry C. II 68.
Adams, T. S. II 73 f.
Adler, Max I 41, II 237.
Aereboe, Friedrich I 233,
240, 248, 254, 257; II 20,
176.
Aftalion, A. II 46, 49, 52,
55 ff., 334, 349, 354 f.,
362, 372, 478, 509.
Agrippa, Menenius I 341.
Agussoi, Roche II 50.
Alhorn, Knut I 270.
Åkerman II 92.
Alessio, Giulio II 134.
Alexander, Magnus W. I 112.
Algernissen I 316.
Alliz II 54.
Altmann, S. P. II 471, 516.
Åmark II 91.
Amonn, A. II 23 f., 29, 226,
240, 255, 278, 281, 288,
428 ff., 465, 503.
Amoroso, Luigi II 140.
Anderson, Benjamin M. I
117, 119, 478, 481, 494 ff.,
511, 515 f.
Andler, C. II 49, 57.
Andréades II 457.
Andrillon, Henri II 389.
Angel, Norman I 63.
Ansiaux II 459, 461, 474,
481, 512, 514.
Antonelli, C. II 56.
Antonelli, E. II 45, 56.
Apponyi, Graf I 65.
Arias, Gindo II 139.
Aristoteles I 328 f., 334, 468.
Arnauné II 37.
Arnold, Eberhard I 280.
Ashley II 73.
Ashworth I 58.
Asmis, R. I 102.
Asquith I 73.
Atkinson, Edward II 64.
Attila II 497.
Aucuy, M. II 470.
- Augé-Laribé, Michel I 236,
248 f.
Augustin I 329, 336.
Aupetit II 46, 55 f.
- Baade, Fritz I 246, 248.
Bachi, Riccardo II 143.
Bacon I 6.
Bächtold II 389.
Bagehot II 462, 516.
Bagge II 89 ff., 93.
Ballod I 240; II 439, 441,
444.
Bamberger, Ludwig II 157,
160.
Baring, Brothers I 110.
Barone, Enrico II 133 f.
Barth, Karl I 280 f., 286 ff.,
314, 318.
Barthel, Ernst I 307, 318.
Bassermann, E. I 34.
Bastable I 56 f., II 512.
Bastiat I 27; II 34.
Batocki, von II 154.
Bauer II 419.
Bauer, Bruno I 18.
Bauer, Otto I 144, 334, 343.
Baur, L. I 105.
Baumgarten, H. I 34.
Bebel, A. I 18; II 175, 185.
Becker, H. I 56.
Beckerath, H. von II 18 ff.,
26.
Beckh I 317.
Beckmann, F. I 88, 314.
Bellerby, J. R. II 500, 509.
Bendixen, F. II 474.
Benini, Rodolfo II 142.
Bentham II 71.
Berger, Christian I 313.
Bergmann, von II 333.
Bergson II 140.
Bernhard, L. I 46.
Bernstein, Eduard II 188,
346.
Bernstorff, Graf I 111.
Biermer II 152.
- Bismarck, Otto von I 18,
24 f., 35 f., 38, 67, 92, 160,
237, 266, 313; II 164.
Blandrata I 293.
Blavatzky, Frau I 300.
Bleier, August I 287, 316, 318.
Block, Ernst I 297, 309, 311,
316, 318.
Blum II 48.
Blumhardt I 286.
Bock I 124.
Bodin I 332.
Böhmk-Bawerk II 6 f., 33,
63, 69, 81 ff., 92, 208, 281,
285, 287, 293, 303 f., 317 f.,
351, 360.
Boggs, T. H. II 507.
Bohn I 317.
Boncour, Paul II 48.
Bonn, M. J. I 83, 155, 166;
II 158, 162, 477, 511, 513,
516.
Bonnier, G. E. II 480.
Boos I 317.
Booth, Charles II 103.
Boret, Victor I 244.
Borgatta, Guio II 139 f.
Borgh, van der II 242.
Borghum I 124.
Bortkiewicz, von II 241, 341,
471 f., 475, 480, 484, 486,
489.
Bouglé, G. II 47, 51, 58.
Bouniatian II 349, 354, 356,
362, 369, 457.
Bourgin, Georges I 47.
Bourguin, M. II 49, 57, 430,
469.
Bouvier II 46.
Bowley II 103 ff., 112, 114,
373, 484.
Bradbury, John II 158 f., 162.
Bräuer II 163.
Bramstedt II 371.
Brandts, Franz I 215, 217.
Brauer, Th. II 187.
Braun, Frhr. Edler von I 237,
240 f.

- Brauns I 217; II 189, 416.
 Brentano, Lujo I 1—10, 28 f.,
 58, 67, 109, 238, 250, 327;
 II 26, 34, 42, 155, 164,
 185 f., 197, 221 f., 235 f.,
 252 f., 263, 352, 407, 447,
 521 ff.
- Bresciani, Constantino II 139,
 142, 509.
- Bridrey II 468.
- Briefs, Götz I 223; II 10, 23,
 231, 249 f., 252, 259.
- Brinkmann, Carl I 84 f., 90,
 92, 94, 102.
- Brinkmann, Th. I 88.
- Brisman II 86, 91.
- Brock, F. II 85.
- Broda II 352.
- Brouillet II 44.
- Bruck, W. F. II 18.
- Brun, Henri I 248.
- Brutus, Junius I 329.
- Bryce, James I 99.
- Buber, Martin I 286, 289 f.,
 292, 294, 316, 318.
- Bucharin I 178; II 436.
- Buchenberger II 176.
- Buchwald II 183.
- Buddensieg, Hermann I 313.
- Budge, S. II 341, 472.
- Bücher, K. II 153, 157, 180 f.,
 430, 445.
- Buell, R. L. I 105.
- Bullock, C. J. II 73.
- Bunzel II 466.
- Bureau, Paul II 33, 51.
- Butzke, Hermann I 63.
- Byron, Lord I 34.
- Cabiati, Attilio II 139.
- Cairnes II 506.
- Calvin I 293, 332.
- Cannan, E. II 102, 516 f.
- Caprivi, Graf I 60.
- Carey, Henri C. I 326; II 64.
- Carey, Matthew II 63.
- Carlyle I 85, 110, 326; II 228.
- Caroncini, Alberto II 143.
- Carrière, Jean I 47.
- Carver, T. N. II 71.
- Cassau, Th. II 187 f.
- Cassel, Gustav I 45; II 21,
 29, 84 ff., 92 f., 162 ff.
 205 f., 288 ff., 317, 320,
 335, 353 ff., 362, 369 ff.,
 459, 475, 477, 483 f., 487 f.,
 494 f., 501 ff., 512, 515.
- Cassel, Margit II 92.
- Cassirer II 8, 29.
- Cassola, Carlo II 140 f.
- Catching II 77, 501.
- Cauwès II 40.
- Cave II 116.
- Caziot I 244.
- Chamberlain, Joseph I 72, 360.
- Chamisso I 370.
- Chapman, J. M. II 480.
- Chassi I 316.
- Chevalier II 457 f., 462.
- Cheysson II 33.
- Christ, Adam I 314.
- Christen I 314.
- Churchill I 47; II 506.
- Clark, John B. II 7, 55, 65,
 69, 74, 82 f.
- Clark, J. M. I 82; II 74, 92 f.
- Clay, Henry II 110.
- Clemenceau II 407.
- Clemens I 295.
- Clémentel II 55.
- Cobden, Richard I 22, 58,
 85, 238.
- Cohen, Max I 158, 176, 188.
- Cohn, Gustav II 66, 70, 233,
 252.
- Cohn, A. W. II 470.
- Colajanni, Napoleone II 142.
- Colbert II 55.
- Cole, C. D. H. I 174, 184,
 186 f.
- Coletti, Francesco II 142.
- Collenbusch I 293.
- Colson, G. II 37, 44, 56.
- Commens, J. R. II 72.
- Comte I 324, 335.
- Conant II 458 f., 510.
- Conrad II 66, 68, 176.
- Contento, Aldo II 143.
- Cossa, Luigi II 129.
- Coudenhove-Kalergi, Graf I
 268, 309, 313.
- Cournot II 45, 133.
- Croce, Benedetto I 340 f.
- Croß, Ira B. II 74, 512.
- Daudet, Léon II 45.
- Däumig, Ernst I 174, 177.
- Dahlke, Paul I 317.
- Dalberg II 465.
- Dallas, Alexander J. II 62.
- Daresta II 37.
- Davenport, H. J. II 71, 494.
- David, Eduard II 20 f.
- David II 188.
- Davidson, David II 81 f.,
 85 ff.
- Dawes I 69, 112, 120, 124;
 II 54, 158 f., 193.
- Décamps, J. II 54, 58.
- Delaisi II 400.
- Dementi I 340.
- Depitre II 54, 58.
- Dernburg I 64.
- Descartes I 17.
- Deschamps II 37, 50.
- Des Essards II 486.
- Deslandres, M. II 57.
- Despaux II 515.
- Deweys, Dawis R. II 72.
- Dewitz, von I 241.
- Diehl, K. II 25, 334, 352,
 371, 444, 475 f., 516.
- Dietze, von II 21.
- Dietzel, Heinrich II 6, 14,
 155, 175, 187, 275 f., 278,
 334, 338, 350, 358, 362.
- Dilthey, W. I 39 f.
- Döring, H. II 471.
- Doke, Joseph J. I 318.
- Doldinger I 318.
- Dolléans II 50, 57.
- Donvito, Giovanni Carano
 II 141.
- Dostojewski I 17, 288, 297.
- Douglas (Major) II 487.
- Douglass, Paul H. II 74.
- Douglass, William II 61.
- Driesch, Hans I 343.
- Drill, R. II 219.
- Dubois II 50.
- Dühring I 326, 340.
- Dumont, Arsène II 52, 58.
- Dunbar II 66 f.
- Durkheim, E. II 33, 50, 56.
- Earle, E. M. I 93 f.
- Eberhard I 313.
- Eberle, F. X. I 225.
- Eberle, J. I 225.
- Eckardt, Hans von II 435 f.,
 440, 445.
- Ecke, Karl I 315.
- Eckert, Chr. II 22.
- Edgeworth II 484, 490.
- Edie, L. II 495.
- Eggenschwyler II 478.
- Ehlen, Nicolaus I 277.
- Ehrenberg, Hans I 288, 316,
 318.
- Ehrenberg, R. II 166.
- Eichthal, d' II 37, 39.
- Einaudi, Luigi I 90; II 137 f.
- Eisinger I 248.
- Elster, Alexander II 396.
- Elster, Karl II 474 f.
- Eltzbacher, P. I 240.
- Ely, Richard T. II 69 f., 77,
 178, 340 f.; II 185.
- Engels, Friedrich I 41, 172 f.,
 178, 340 f.; II 185.
- Engländer, Oskar II 288, 293,
 306 ff.
- Englis, Karl II 288, 306 ff.
- Epikur I 330.

- Ernst, Edmund I 317.
 Erzberger II 162.
 Escher II 512.
 Esslen, J. B. I 250 ff., 254, 463, 465, 494, 502.
 Etten, Henry van I 315.
 Eucken, W. II 477, 495, 516.
 Euclid II 360.
 Eulenburg, F. I 95, 97; II 10, 23, 317, 325, 403, 419, 429, 466, 470, 483, 485, 488, 503, 512.
- Fabian, Walter I 313.
 Falkner, S. A. II 517.
 Fanno, Marco II 139.
 Farnam, Henry W. E. II 70.
 Fauconnet II 51.
 Faure, Fernand II 52.
 Feilbogen II 35.
 Feilen, J. II 475.
 Feiler, A. II 511, 516.
 Ferenczi, J. I 100; II 415.
 Ferrara II 140.
 Ferraris, Carlo Francesco II 142.
 Ferry, Jules II 52.
 Fetter, Frank A. II 71.
 Fichte I 326, 339.
 Filene I 122.
 Fischer II 359.
 Fisher, Irving II 72, 334, 349, 362, 376, 419, 458, 461, 477 f., 482, 484 f., 490 f., 495, 511.
 Fitch, John H. II 74.
 Flechtheim II 182.
 Flemming I 280.
 Fleurant II 58.
 Flora, Frederico II 136.
 Flux, A. W. II 478, 495, 504.
 Foerster, M. F. I 100.
 Foerster, F. W. I 184, 265, 267 ff., 297, 309, 313.
 Fontaine, Arthur II 55.
 Ford, Henry I 88, 257; II 17 f.
 Foster II 77, 501.
 Fourcade, Hoques II 44.
 Fourier II 185.
 Fournière, E. II 49, 57.
 Foville, de II 33, 458.
 Fox, George I 315.
 Fox-Howard, Elizabeth I 315.
 Fraccacreta, Angelo II 141.
 Francke II 186, 258.
 François I 63.
 Franke I 351.
 Franklin, Benjamin II 62.
 Frantz, Constantin I 167, 184, 266, 313, 335.
 Friedjung II 384.
 Friedrich Barbarossa I 356.
 Friedrich der Große I 359; II 196.
 Friedrich Wilhelm I. I 359.
 Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst II 96.
 Fritter I 189.
 Fritze, Georg I 315 f.
 Fry, Jean Mary I 315.
 Fuckner II 445.
 Gale, S. II 61.
 Gallatin, Albert II 62.
 Gandhi, Mahatma I 286, 289, 294, 311, 318.
 Gantt, H. II 450 f.
 Garino-Canina, Attilio II 141 f.
 Gastrow, Paul I 315.
 Gay, E. F. II 73.
 Gebhard, Karl I 289 f., 316, 318.
 Gehrig II 235, 246 f.
 Geilen, V. I 306, 318.
 Gemahling, P. II 47, 52, 56.
 George, Henry II 65.
 George, Lloyd I 47, 57 f., 60; II 166, 186.
 Gesell, Sylvio I 273, 314.
 Giddings, Franklin H. II 74 f.
 Gide, Charles I 47; II 33 f., 38, 40 ff., 44 f., 47, 50, 52, 55, 57, 61, 500.
 Gierke I 189.
 Gilles-Cardin, M. C. I 94.
 Gini, Corrado II 142 f., 484.
 Girault, Arthur II 52, 55, 58.
 Gladstone I 43; II 101.
 Gobbi, Ulisse II 135.
 Goebel, Ferdinand I 270.
 Goethe I 17, 25, 38; II 172, 196.
 Gogarten, Friedrich I 280 f., 286 f., 290, 314, 318.
 Gonelle II 45.
 Gonnard, R. II 50, 58.
 Goodenough, Frederic I 119.
 Goethein, G. I 64.
 Gottl, von II 16 f., 317, 357, 361.
 Gouge II 63.
 Granier, Jean II 54, 58.
 Graziadei, Antonio II 138.
 Graziani, Augusto II 132, 141.
 Gregor VII. I 329.
 Gregory, T. E. G. II 487, 496.
 Gresham II 471.
 Griffin, C. E. II 512.
 Grilli, C. I 103.
 Griziotti, Benvenuto II 141.
 Großmann, E. I 97.
 Grote I 18.
 Grote, Herb. II 453.
 Grotius I 331 f.
 Gruntzel II 22.
 Grunzel, J. I 84.
 Guardini, Romano I 278.
 Günther, Adolf II 253 f., 257.
 Günther II 24.
 Guesde, Jules II 49.
 Guyot, Yves II 34 f., 38, 40, 155, 509.
 Gysin, A. I 40.
 Haberler II 478, 485, 516.
 Habertshof I 280.
 Hadley, T. II 70.
 Haeble I 202, 204 f.
 Hagen, M. von I 92.
 Hahn, Albert II 26, 341 f., 349, 475, 477, 486, 489 f., 500, 507, 511.
 Haig, Robert M. II 74.
 Hainisch, M. II 470.
 Haller II 389.
 Haller, von I 334.
 Hamilton, Alexander II 62 f.
 Hamilton, Walton H. II 74.
 Hammer, Walter I 271.
 Harley, J. H. I 47.
 Harms, B. I 95, II 156, 163, 516.
 Hartmann, Hans I 288, 315 f., 318.
 Hartmann, L. M. I 351.
 Hartmann, E. von I 326.
 Harvey, R. S. I 92.
 Hasbach, W. I 21.
 Hashagen, J. I 82, II 384.
 Hauser, H. II 50, 55.
 Haussmann, C. I 34.
 Havenstein II 161 ff.
 Hawtrey II 83 f., 475, 490, 492 f., 495 f., 497, 499, 501, 504, 514.
 Hayes, Carlton I 47.
 Hearnshaw, F. J. C. I 45, 47.
 Heath, Carl I 315.
 Hecke, W. II 423.
 Heckscher II 86, 88 ff., 95.
 Hegel I 36, 39, 325, 333, 335 ff., 339, 341.
 Heim II 8.
 Heimann, Eduard I 315; II 12 f., 23 f., 250, 259 f., 265, 470, 495.
 Heinrich der Löwe I 356.
 Helander, S., II 95, 411 f., 495.

- Held II 66.
 Heldmann, Karl I 267, 313.
 Helfferich, K. II 84, 160 ff.,
 195 f., 216, 458, 472, 476.
 Hellauer II 156.
 Heller, W. II 9.
 Henderson, H. D. II 101 f.,
 490.
 Hendrick, B. J. I 121.
 Hepburne, A. B. II 494.
 Herder I 17, 198, 204, 326.
 Herkner, Heinrich I 46; II 23,
 26 ff., 186, 251 ff., 258, 262,
 334, 342, 349.
 Hermann II 82.
 Hermann-Reutli, Frh. von,
 I 267, 313.
 Hermes II 162.
 Herrfahrdt, Heinrich I 157,
 160, 176.
 Herriot II 55.
 Herrmann II 151.
 Herschel II 262.
 Hertling, von I 40; II 236.
 Hertz, Friedrich II 513.
 Herzfelder, E. II 490.
 Herzl I 292.
 Heyde II 227, 256.
 Heydt, Frhr. von der I 362.
 Heyer I 317.
 Higgs, H. II 78.
 Hildebrand, Gerhard I 95.
 Hildebrandt, W. I 93.
 Hilferding, Rudolf I 95; II
 343, 384 f., 464, 510, 515 f.
 Hiller, Kurt I 287.
 Hinneberg, Paul I 351.
 Hintze I 351.
 Hirsch, Julius II 189, 507,
 516.
 Hirsch, Max II 186.
 Hitler, H. u. J. I 236, 248 f.
 Hitze, Franz I 213 ff., 217,
 223.
 Hobbes I 324, 331 f., 341 f.;
 II 202.
 Hobhouse, L. T., I 39.
 Hobson, I. A. I 47, 63, 65,
 72; II 488, 494, 512, 515.
 Hobson, S. G. I 166, 186 ff.
 Hoff, Ferdinand I 238 ff.
 Hoffmann, Gustav I 316.
 Hoffmann, Karl II 387.
 Hofmann, Victor II 466.
 Hochoff I 212, 224.
 Hollander, Jacob H. II 72 f.,
 78, 513.
 Hollerith II 171.
 Honigsheim, Paul I 313, 315 f.
 Hoover I 115.
- Hopf I 313.
 Horaz II 53.
 Horn, Fritz I 314.
 House I III, 121.
 Hotman I 329.
 Huber II 52.
 Huber, V. A. II 187.
 Hubert, L. I 103.
 Hugo, Victor I 34.
 Humboldt, Wilh. von I 25,
 29, 33.
 Hume, David II 202, 424,
 480, 505.
 Huschke I 281.
- Insabato, E. I 103.
 Irving I 296.
 Isay II 182.
 Isopescul-Grecul II 179.
 Ivezitsch, St. II 210.
- Jack, D. T. II 506.
 Jacob, Bruno I 313.
 Jaffé, E. II 463; II 89.
 Jaffé, W., II 499.
 Jannaccone, Pasquale II 138.
 Jannet, Claudio II 33.
 Jarach, Cesare II 143.
 Jastrow II 194, 241.
 Jaurès, J. I 37; II 48, 57.
 Jay, Raoul, II 47, 56.
 Jefferson, Thomas II 61 f.
 Jeidells II 404.
 Jellinek I 330 f.
 Jenks, J. W. II 73, 510.
 Jenny, A. II 507.
 Jenssen, O. I 144.
 Jevons II 69, 82, 99 f., 133,
 278, 281, 337 f., 457 f.
 Jèze, G. I 364; II 54 f., 58,
 203.
 Joerg I 212.
 Johnson, J. F. II 458.
 Jones, E. I 92.
 Jones, G. M. I 98.
 Jones, Rufus M. I 315.
 Jones I 93.
 Joseph II I 359.
 Jouhaux II 48.
 Jouvenel, R. de II 214 f.
 Juglar II 33, 334, 463.
 Julihn, C. E. I 90.
 Jurowsky, L. II 486.
- Kaemmerer, G. H. II 471.
 Kahn, Otto I 119.
 Kaiser Friedrich I 36.
 Kaliski I 176 f., 188.
- Kant I 16 f., 326, 338 f.
 Karmin II 367.
 Katzenellenbaum II 516.
 Kaulla, Rudolf I 383, 473 f.
 Kautsky, K. I 44, 133; II 344,
 470.
 Kawerau, Siegfried I 287.
 Keilhau, W. II 486, 506.
 Keller, Franz I 197, 218 ff.,
 226.
 Keller, Ludwig I 315.
 Kemény, G. II 504.
 Kemmerer, E. W. II 73, 158,
 334, 458, 489, 497, 510.
 Kempel I 212.
 Kestner II 169.
 Ketteler I 208 ff., 236.
 Keynes, J. M. I 95, 115; II 21,
 54, 84, 157, 162 ff., 190,
 203 f., 206, 212, 376, 383,
 459 f., 466, 477, 482, 486 ff.
 495, 504, 506, 511, 517.
 Keyserling, Graf, I 307 ff.,
 311, 318.
 Kielstra I 63.
 Kieseritzky II 419.
 King, W. J., II 120.
 Kinley, David II 72, 490.
 Kirmaier, K. II 475.
 Kitzon II 487.
 Kjellén, R. II 383, 385 f.
 Klein-Hattingen, O. I 34.
 Kleinwächter II 169.
 Kliwer, Ludwig I 73 f.
 Klöckner II 19.
 Klopp, Onno I 313.
 Knapp, G. F. I 370 f., 373,
 379 f., 386 ff.; II 160, 460 f.,
 466, 471 ff., 512.
 Knauss, R. II 480.
 Knibbs, G. H. II 120.
 Knies, K. II 66, 69 f., 457 f.
 Knüpfel I 314.
 Koch, Walter I 315.
 Koellreutter, O. I 90.
 König, H. II 478.
 Kohlbrügge I 314.
 Kolisko I 317.
 Kopernikus I 307.
 Kosinski, V. II 438.
 Kotzenberg I 64.
 Krafft I 314.
 Kral, J. I 225.
 Krantz, H. I 246.
 Krapotkin I 271.
 Kraus II 280.
 Krummacher I 281, 314.
 Kuczynski I 240; II 159, 400,
 516.
 Kulemann II 251.
 Kutter I 286.

- Laboulaye I 34.
 Lafayette I 17.
 Lair, Maurice II 389.
 Lampe, A. II 486.
 Landauer, Gustav I 158, 178.
 Landauer, Karl II 20, 511.
 Landmann II 463.
 Landwehr, O. II 400.
 Lansburgh, A. II 162, 475,
 477, 516.
 Laotse I 26.
 Lassalle, F. I 38, 132, 172 f.,
 208, 211; II 185, 187.
 Lasson, Adolf I 307.
 Laughlin, Laurence J. II 70 f.,
 457 ff., 461, 478, 480 f.,
 488, 491, 510, 515.
 Lavergne, Bernard II 47, 57.
 Lavington, F. II 495, 517.
 Layton II 489, 516.
 Lazard, Max II 47, 56.
 Lederer, E. II 10, 334, 348,
 355 f., 366, 369, 499, 501.
 Leendertz, J. M. I 315.
 Lehfeldt, R. A. II 502, 507,
 515 f.
 Lehmann I 240.
 Lehmann I 373.
 Leichter, Käthe I 144.
 Leichter, O. II 469 f.
 Leitner, F. II 498.
 Lemmermann I 240, 246.
 Lenin, W. J. I 16, 45, 95,
 173; II 48, 437.
 Lennard, Reginald I 244.
 Lenz, F. I 96.
 Leo XIII. I 198 f., 202; II 236.
 Leo, Heinrich I 335.
 Léone, Enrico II 140.
 Leonidas II 196.
 Le Roux I 210.
 Leroy, Maxime II 49, 57.
 Leroy-Beaulieu, Paul I 364;
 II 33 f., 39, 52, 54, 56, 58,
 66, 203, 211.
 Leroy-Beaulieu, Pierre
 II 53 f., 58.
 Lescure, J. II 46, 54, 56, 334,
 349, 354, 362, 463.
 Leibuscher, Charlotte I 47;
 II 252, 262, 434, 443 f.
 Levasseur II 33, 49, 56, 66.
 Levita I 160.
 Levy, H. I 39.
 Levy, Raphael Georges II 37,
 54.
 Lexis, W. II 365, 412, 459,
 471 f., 481.
 Lichtenberger, Henri I 38;
 II 389.
 Liebknecht, K. I 172 f.
 Brentano-Festgabe 1924. II.
- Liebmann, Robert II 28 f.,
 169, 288, 293 ff., 317 f.,
 338, 352 ff., 360, 362, 371,
 411, 465, 483.
 Liesse, A. II 37, 39.
 Lincoln I 126.
 Lindahl II 92.
 Lindsay II 510.
 List, Friedrich I 3, 59, 99;
 II 63 f., 422.
 Liverpool, Lord II 501 f.
 Livi, Livio II 143 f.
 Lobe II 179.
 Locke, John I 16, 39, 331 f.,
 336 f.; II 202.
 Löwe, A. I 81; II 385.
 Loewenstein, K. I 39.
 Logan II 158.
 Lorenzoni, Giovanni II 144.
 Loria, Achille II 129 ff.
 Lorini, Eteocle II 136.
 Lotz, Walther II 162, 206,
 459, 461, 463, 471, 498,
 507, 516.
 Loucheur II 157 f.
 Ludendorff I 33.
 Ludwig XI. I 329.
 Ludwig XIV. II 57.
 Ludwig XV. II 57.
 Lübke, H. I 246.
 Luetkens, G. I 83.
 Luftt, H. A. L. I 101.
 Lugmayer I 225.
 Luschin v. Ebengreuth I 351.
 Luther, Martin I 283, 337.
 Luther II 163 f., 195.
 Luxemburg, Rosa I 95, 173;
 II 10, 334, 343 ff., 347 f.,
 358, 384.
 Luzzatti, Luigi II 144.
 Lykurg I 346.
- Macaulay II 389.
 Macchiavelli I 42, 337 f., 346.
 Macdonald I 148.
 Machefel I 249.
 Machlup, F. II 510.
 MacKenna II 407.
 Macleod II 466, 494, 500.
 Madison, James II 61 f.
 MacVickar II 62 f.
 Magali-Boisnard I 103.
 Mahan I 111, 125.
 Mahlberg, W. II 181.
 Mallet II 103, 107 f.
 Mallon, T. T. II 117.
 Malthus I 6, 333; II 34 f., 63,
 151, 337, 359 f., 381, 391,
 402, 421, 503 f.
 Mandeville, Bernard de I 325.
 Mannhardt I 315.
- Mannstädt II 18.
 Mansbach, J. I 40.
 Mantoux II 50, 57.
 March II 52, 373.
 Margraff, A. W. II 512.
 Maria Theresia I 359.
 Marion, M. II 50, 57.
 Mariotti, Angelo II 142.
 Marius I 354.
 Maroi, Lanfranco II 144.
 Marr, H. II 19, 241, 246 f.,
 250 ff., 260 f.
 Marschalk II 13.
 Marshall, A. II 33, 69, 84, 92,
 100 ff., 133, 140, 275, 277,
 360, 479, 482, 485, 490.
 Marsilius von Padua I 329.
 Martiis, Cognetti de II 138.
 Martin, Germain II 49 f., 57.
 Martin-St.-Léon, E. II 57.
 Marx, Karl I 3, 38, 129, 150,
 172 f., 178, 211, 291, 335,
 340 f., 344; II 10 ff., 38, 49,
 138, 141, 150 ff., 175, 180,
 185, 275, 278, 334, 340,
 342 ff., 347 ff. 360, 441.
 Masaryk II 434.
 Masci, Guglielmo II 140 f.
 Maunier, René, II 51, 58.
 Maurette, F. I 88.
 Maurras, Charles II 45.
 Mausbach I 198 f., 202.
 Mautner, Wilhelm I 117;
 II 437.
 Mawas, A. II 480.
 Mayo-Smith, Richmond, II
 67 ff., 72.
 Mayr, Georg von II 9.
 Mazzini I 83.
 Meerwarth, Rudolf II 373 f.,
 484.
 Meffert I 316.
 Meinecke, F. I 33, 35.
 Meinertz I 219.
 Meinl, Julius I 71.
 Meitzen, von I 176.
 Méline, Jules I 248.
 Mendelssohn-Bartholdy I 39.
 Menger, Carl II 33, 82, 133,
 278, 281, 360.
 Mennicke, Karl I 287, 315,
 318.
 Messedaglia, Angelo II 129,
 140.
 Meyer, A. O. I 83.
 Meyer, E. I 95.
 Meyer, Theodor I 201 ff.
 Michels, Robert I 102, 278;
 II 141.
 Milhaud, Edgar II 49, 57.

- Mill, John Stuart I 16, 29, 33 f., 85, 335.; II 58, 64 f., 69, 95, 99, 102, 132, 137, 463, 478, 491, 504, 512, 514.
 Mills, F. C. II 74.
 Minoux II 163.
 Mirabeau I 16.
 Mises, L. von I 45; II 13 ff., 266, 340 f., 349, 433, 447 f., 458, 468, 473, 476 f., 490, 495, 500, 504.
 Misquel II 160.
 Mitchell, W. C. II 73, 77, 94 f., 367 f., 370, 484, 499, 510.
 Möllendorff, Wichart von I 26, 187, 323; II 167, 170, 449.
 Möller, Hero II 486.
 Mohl I 160.
 Moll, Bruno II 472.
 Mombert, Paul II 332, 334, 352, 358, 369, 382, 391, 399, 405, 419, 444.
 Mommsen I 18.
 Money I 186.
 Money, Chiozza II 103.
 Monroe I 109, 111, 123 f.
 Monroe, A. E. II 468.
 Montesquieu I 16, 21, 186, 338; II 481.
 Moore, H. L. II 72.
 Moret II 46.
 Morgan I 112.
 Moride, P. II 54, 58.
 Morris, Robert II 62.
 Mortara, Giorgio II 143.
 Morus I 337.
 Moulton II 21, 77.
 Muck-Lamberty I 273, 275.
 Müller, Adam I 211; II 14.
 Müller, Franz I 225.
 Müller, Johannes II 391.
 Münzer, Thomas I 297, 317.
 Muir, Ramsay I 39 ff., 43, 47.
 Mumbauer, J. I 208.
 Murken, E. I 100.
 Mussolini I 17, 46; II 48.
 Nachimson, M. II 384.
 Natoli, Fabrizio II 138.
 Natorp II 29.
 Naumann, Friedrich I 34, 37; II 166, 385.
 Nazzani, Emilio II 129.
 Necco, Achille II 143.
 Neff, E. I 85.
 Neisser, Hans II 354, 503.
 Nelson, Leonard I 40; II 264 f.
 Neumann-Spallart II 372.
 Neurath, Otto I 187; II 9, 467 ff.
 Neuwerk I 280.
 Newcomb, Simon II 66.
 Niceforo, Alfredo II 142.
 Nicholson II 459, 466, 475, 480, 516.
 Nickisch, Heinrich II 181 f.
 Niedermüller, H. II 424.
 Nietzsche I 326; II 5, 195, 201.
 Niggli, Ludwig I 248.
 Nigh, A. II 507.
 Nitsch I 281.
 Nitti, Francesco II 21, 136, 236.
 Nötzel II 446.
 Nogaro II 44 f., 54 f., 58, 459, 497, 500, 503, 508 ff., 511 ff., 515.
 Nokk, Wilhelm I 35.
 Normann, Montagu II 158 f.
 Norman-Angel II 21.
 Notz, W. F. I 92; II 418.
 Obenaus, Karl M. II 507.
 Ogburn, W. F. II 75.
 Ohlin, Bertil II 90, 92.
 Olberg, Paul II 436.
 Olcott I 300.
 Oldenburg-Januschau I 240.
 Olivier II 509.
 Olney I 111.
 Omar I 317.
 Oncken, Hermann I 33, 337.
 Oppeln-Bronikowski, F. von I 38.
 Oppenheimer, Franz I 81, 327; II 27 ff., 188, 288, 293 ff., 315 ff., 334, 345 ff., 355, 357 f., 387.
 Osborn I 131.
 Oswaldt II 29.
 Ottolenghi, Constantion II 143.
 Oualid II 55.
 Owen, Robert I 129; II 50, 150, 185.
 Paasche I 271.
 Page, Walter I 121.
 Paish, George I 63.
 Palgrave II 78, 463.
 Palm, Gabriele II 444.
 Palyi, Melchior I 99, 318; II 471, 502, 510.
 Pantaleoni, Maffeo II 132 f.
 Papi, Ugo II 141.
 Paquet, Alfons I 315.
 Pareto, Vilfredo II 133 f., 360, 502.
 Parisius, L. I 34.
 Parvus II 372.
 Passy, Frédéric II 33.
 Patten, Simon N. II 68.
 Peel, Robert I 360; II 462.
 Pelloutier, F. II 48, 57.
 Penty II 389.
 Perish, George I 110.
 Perreau II 44.
 Persons, W. M. II 74.
 Pesch, Heinrich I 202, 220 ff.; II 169.
 Pfeiffer, Eduard II 187.
 Pfülf, Otto I 210.
 Philipp der Schöne I 329.
 Philippovich II 33 f., 42, 179, 208, 231 f., 234, 236, 242, 246, 335.
 Philipps, C. A. II 494, 498.
 Pic, P. II 47, 56.
 Picard, Roger II 47, 55.
 Pieper, August I 217, 223 ff.
 Pigou, A. C. II 92, 101 f., 480, 482, 484 f., 505 f., 517.
 Pilot, Friedrich II 163.
 Pinkus II 359.
 Pirou II 50.
 Pitt II 62.
 Pius IX. I 205.
 Planck, Karl Chr., I 160, 163, 177, 266, 313.
 Planck, Mathilde I 160, 163, 177, 189.
 Platon I 324 f., 326, 329, 341; II 58, 381.
 Play, Le II 43, 51.
 Plehn, C. C. II 73.
 Plenge, Johannes I 324; II 10 f., 161, 377, 462.
 Plessis, Morney du I 329.
 Pogue, J. E. I 88.
 Pohle II 16, 350, 353 f., 470, 477, 481, 507.
 Poincaré I 112; II 158.
 Polányi, K. II 467.
 Polier, L. II 56.
 Poltzner, Hoditz I 317.
 Pomrene I 92.
 Popert, Hermann I 163.
 Poppert I 271.
 Porri, Vincenzo II 141.
 Post I 335.
 Prato, Giuseppe II 138.
 Preisendanz, K. II 381.
 Preiser II 342 f.
 Příbram, Karl II 256 f., 261.
 Price, Richard II 62.
 Prince-Smith I 22.
 Prion, W. II 162, 181, 495, 516.
 Pröbster, E. I 103.
 Proudhon I 326.
 Puech II 208.
 Pupin II 52.

- Quesnay I 16, 325; II 34, 58.
- Rabbethge, E. I 240 f., 248.
- Radeck, Karl I 174.
- Rae, John II 63 f.
- Ragaz I 286, 315.
- Raguet, Condy II 63.
- Rambaud II 44, 50.
- Rathenau, Walther I 26, 140, 144, 146, 304, 323; II 7, 151, 154, 158, 162, 170, 178 f., 196, 449.
- Rathgen I 351.
- Ratzenhofer I 342.
- Ratzinger I 212.
- Raumer, H. von II 418.
- Raymond, Daniel II 63.
- Raynaud, B. II 47, 56.
- Rea, Russel I 47.
- Reboud, P. II 44.
- Reichl, Otto I 24.
- Reichmuth I 317.
- Reichwein, A. I 88.
- Reim I 313.
- Remer I 256.
- Renard, George II 49.
- Renner, Karl II 10 f., 431, 441 ff.
- Renner, R. I 104.
- Resch, Johannes I 287, 316, 318.
- Reuter, Fritz II 176.
- Révai, A. II 507.
- Rhode, Cecil I 94.
- Ricardo I 3; II 6, 29, 34 f., 63, 69, 73, 82, 84, 87, 99, 132, 137, 141, 151, 175, 274, 295, 302, 310, 360, 460, 498, 500 ff., 503 ff., 507.
- Ricca, Giuseppe II 132.
- Ricci Umberto II 139.
- Richard, Gaston I 83.
- Richter, Eugen I 34.
- Rieder, K. I 105.
- Riesser II 183, 489.
- Ripley, W. Z. II 73.
- Rist, Charles II 41, 50, 54 f., 57 f., 204, 480, 488, 496, 509, 511, 515 f.
- Ritschl, I 314.
- Rittelmeyer, Friedrich I 305 f., 317 f.
- Ritter, Kurt I 251 ff.
- Robertson, D. H. II 1463, 480, 488, 498 f., 501, 505.
- Robespierre I 338.
- Rocca, Giuseppe II 131.
- Rochau I 35.
- Roche-Agussol II 46.
- Rockenbach I 313.
- Rodbertus II 342 ff.
- Roeder, F. I 83.
- Roepke, W. I 94; II 22 f., 332, 335, 356, 369, 512.
- Rogers, W. S. I 89.
- Rolland, Madeleine I 318.
- Rolland, Romain I 318.
- Roosevelt I 111.
- Roscher, Wilhelm I 250; II 29, 66, 68, 412.
- Rosebery I 33.
- Rosegger I 244.
- Ross, E. A. II 75.
- Rothlieb II 91.
- Rousseau, Jean Jaques I 21, 324 f., 333, 337 f., 340, 346.
- Rountree, B. Seebom II 103.
- Rudolf, Hermann I 317.
- Ruedorffer, I. I. II 385.
- Ruehl, A. I 100.
- Rümcker, von I 240.
- Rümelin, Gustav II 398, 406.
- Ruetschi, W. E. II 400.
- Sacher I 219.
- St. Simon I 335 f., 339.
- Saitzew, M. I 97.
- Salz, Arthur I 96; II 247, 385 f.
- Sankey I 73.
- Sarraut I 103.
- Sartorius von Waltershausen, A. I 95; II 156, 173.
- Sauerbeck II 370.
- Say, J. B. II 483.
- Say, Léon II 33 f., 55 f., 337, 359 f., 363, 365.
- Scelle, G. II 47, 56.
- Schacht II 163 f.
- Schack, Herbert II 20.
- Schaefer, Karl I 115.
- Schäffle I 335.
- Scheibel I 281.
- Scheimflug I 212 f., 217.
- Scheler, Max I 82 f., 197, 201 f., 223, 313, 318; II 388.
- Schelle II 37.
- Schelling I 266, 306, 326, 335.
- Schiele, G. I 253, 314.
- Schiller I 16 f.
- Schlegel I 298.
- Schlüchtern I 279 f., 282, 285, 287, 318.
- Schmalenbach II 175, 180 f.
- Schmidt, F. II 181, 513.
- Schmitt-Dorotic, Carl I 179, 338.
- Schmoller, Gustav I 136; II 26, 33, 40, 66, 70, 82, 84, 153 f., 185, 229 f.
- Schneckenburger I 314.
- Schnee, H. I 102, 104.
- Schönberg II 239.
- Schoenhof, J. II 65.
- Schöttler, Wilhelm II 398.
- Schopenhauer I 262, 299, 326.
- Schücking, W. I 60.
- Schüller II 156 f.
- Schürf I 71.
- Schullern-Schrattenhofen II 20.
- Schulze-Gävernitz, Gerhart von II 489.
- Schulze-Gävernitz, Gero von II 480.
- Schulze-Delitzsch I 210; II 188.
- Schulze-Sölde I 275.
- Schumacher, H. II 156, 161, 463, 489.
- Schumpeter, Josef I 44, 81, 327; II 28 f., 219, 281, 317 f., 320, 331, 334, 336, 350 f., 353, 357 f., 360 f., 368, 384, 473, 478, 483 ff., 488, 490 ff.
- Schuster, E. II 18.
- Schwann-Schneider, Hans I 313.
- Schweizer, Alexander I 281, 314.
- Schwindt-Darmstadt I 315.
- Scott II 458.
- Scotts, W. R. II 72.
- Seager, Henry R. II 72.
- Seipel I 71; II 429.
- Seligman, Edwin R. A. II 63, 66, 70, 78, 461, 480, 507.
- Sella, Emanuel II 138.
- Senior II 69, 502.
- Sering, Max I 50, 240; II 154, 176, 436.
- Serruys II 157.
- Shaw, F. J. I 63.
- Sheffield, Lord I 65.
- Sherwood, S. II 78.
- Shipstead I 125.
- Shotwell II 55.
- Siegmund-Schulze, Friedrich, I 287.
- Siemens, von I 116.
- Siena, Bernhardin von I 218.
- Sieyes, Abbé I 338.
- Silverstolpe II 88 f., 92.
- Simkovichitch, Vladimir G. II 73.
- Simon, Helene I 47.

- Sismondi I 160; II 228, 342.
 Skalweit, August I 253; II 20.
 Small, A. W. II 75.
 Smith, Adam I 16, 22, 325 f.,
 360; II 6, 34, 63, 149, 151,
 274, 277, 360.
 Smith, J. R. I 98.
 Snowden I 47.
 Snyders II 486.
 Solon I 346.
 Solvay II 514.
 Somary, F. II 457, 462 ff.,
 465, 476, 494 f., 497 f.
 Sombart, Werner I 37 f., 186,
 218, 225; II 153, 156, 233,
 240 f., 243, 245, 249, 260,
 265, 332, 334 f., 337 ff.,
 350, 355, 358 f., 463, 501.
 Sommarin II 91.
 Sorel, George II 48 f., 57.
 Soror II 372.
 Souchon, A. I 236.
 Sozinus, Faustus I 293.
 Spalding II 513.
 Spanjer II 345.
 Spann, O. I 82, 157, 166,
 174, 180 ff., 263, 311, 313;
 II 14 f., 325 f., 335, 340,
 350, 357 f., 385, 478.
 Spencer, H. I 47, 335.
 Spengler, Oswald I 17, 33, 42.
 Spiethoff, A. II 25 f., 332,
 334 f., 348, 353 f., 356 ff.,
 362, 364, 369, 371 f., 463,
 495.
 Spindler, Lore II 258.
 Spinoza I 16, 289, 316.
 Stadler, Eduard I 181.
 Stahl I 34.
 Stamp, Josiah II 103, 159.
 Stefani, Alberto De II 140.
 Steffen, F. I 47; II 95.
 Stein, Frhr. vom II 7.
 Stein, Lorenz I 335 f., 339.
 Steinbüchel I 223 f.
 Steiner, Rudolf I 188 f., 297,
 300 f., 306, 309, 311, 317 f.
 Stern, Ernst II 179.
 Stewart, W. W. II 74.
 Stillich, O. I 34.
 Stinnes, H. II 19, 162 f.
 Stirner, Max II 185.
 Stöcker I 286, 289.
 Stolper I 64 f.
 Stolypin II 440.
 Stourm, R. I 364.
 Streit, C. K. I 89.
 Strindberg I 307.
 Strumilin II 467.
 Strutt II 107.
 Struve I 339.
- Stuart II 21.
 Stuart, V. II 406, 410.
 Stucki, W. I 97.
 Subercaseaux II 479, 508 f.,
 515.
 Sumner, W. G. II 64 f.
 Sundbärg, G. II 382.
 Supino, Camillo II 134.
- Taff I 131.
 Tangorra, Vincenzo II 136.
 Tantzen I 254.
 Tarde, Gabriel II 33, 50,
 56, 385, 514.
 Tatarin-Tarnheyden, Edgar
 I 158, 160 f., 163, 165 f.,
 173 f.
 Taussig I 118; II 70, 505 f.,
 513.
 Taylor, Frederik W. II 17 f.
 Terhalle, F. II 8, 480.
 Théry, E. II 400.
 Théry, R. II 461.
 Thomas, Albert II 55.
 Thomas, Otto I 174.
 Thomas von Aquino I 202,
 204.
 Thomasius I 331.
 Thrasold I 277.
 Thüssen, J. H. von I 250;
 II 20, 27, 82, 176.
 Thyssen II 19.
 Tieck, Ludwig I 34.
 Tieß, Karl II 154.
 Tillich, Paul I 287, 315, 318.
 Tivaroni, Jacopo II 141.
 Toennies, Ferdinand I 335;
 II 245, 251.
 Tolstoi I 266.
 Toniooli, Giuseppe II 136 f.
 Tooke, II 479, 483.
 Torrens II 505.
 Treitschke, Heinrich von I
 19, 25, 34 f., 313; II 230.
 Treviranus I 253.
 Troeltsch, Ernst I 40 ff., 281,
 314; II 245, 384.
 Troeltsch, W. II 187.
 Truchy II 37, 44 f., 55.
 Tschajanow II 467.
 Tschayanoff, Alexander II
 438.
 Tschernyschewsky II 434.
 Tschierschky, von II 169.
 Tugan-Baranowsky II 343,
 352, 369, 372.
 Tugwell, R. G. I 82.
 Turgeon, Ch. II 469.
 Turgot I 16, 332 f.; II 62.
 Tardowski, F. von I 88, 93.
 Tyszka, C. von I 58.
- Umbreit I 44.
 Umfried, O. I 313.
 Unruh I 17.
- Vale I 131.
 Valenti, Ghino II 144.
 Valois, Georges II 45, 48, 56.
 Vanderlip II 21, 489.
 Varga I 147; II 369, 467.
 Vasetto I 317.
 Veblen, Thorstein II 71, 94,
 464, 499.
 Vecchio, Gustavo Del II 140.
 Verryin II 21.
 Valliate, Achill I 84; II 389.
 Vierkandt I 351.
 Vigener I 208.
 Villey II 41, 44.
 Viner, J. A. II 74, 503, 514.
 Virgili, Filippo II 135, 142.
 Vissering II 21.
 Viti De Marco, Antonio De
 II 135 f.
 Vogel, Em. H. I 65; II 336,
 338, 352, 357 f., 369, 371,
 442.
 Vogel, W. I 82.
 Vogeler, Heinrich I 273.
 Vogelsang, Karl von I 211 f.
 Vogelstein, Th. II 428.
 Voigt, Andreas II 432, 447,
 471.
 Vollmar I 172 ff.
 Volta, Riccardo Dalla II 135.
 Voltaire I 52.
 Vuitry I 351.
- Wachsmut I 317.
 Wagemann, E. II 515.
 Wagner, Adolf I 365; II 33,
 66, 68 ff., 159 f., 234, 240,
 335.
 Walker, Francis A. II 65, 69,
 462, 484.
 Walras, Léon II 33, 36, 45,
 56, 69, 82, 92, 133, 140,
 197, 278, 281, 320, 478,
 483.
 Walré de Bordes II 481,
 504 f., 509, 511.
 Walter, Franz I 217.
 Walter, H. A. I 47.
 Wangenheim, von I 237, 253.
 Ward, Lester I 346.
 Warmboldt I 240; II 176.
 Washington, George I 34;
 II 61.
 Watkins, G. P. II 120.
 Watts, F. 451, 453.

- | | | | |
|--|--|---|--|
| <p>Webb, S. und B. I 44, 131,
144, 147; II 102, 187.</p> <p>Weber, Adolf II 5, 179, 183,
187, 218, 463, 489.</p> <p>Weber, Alfred I 86; II 156 f.,
166.</p> <p>Weber, Max I 44, 218, 281,
283 f., 314, 318, 352; II 13,
20, 26 f., 166, 243 ff., 367,
468 f.</p> <p>Weber, Pelatiah II 61.</p> <p>Wegelin, W. II 470.</p> <p>Wegener I 50.</p> <p>Wegener, Carl Richard I 315.</p> <p>Wegwood I 317.</p> <p>Weil, Felix II 12.</p> <p>Weill, G. I 103.</p> <p>Weiß, Franz II 317.</p> <p>Weißleder I 314.</p> <p>Wells, David A. II 64.</p> <p>Wenger I 351 ff., 355.</p> <p>Wenzel I 212.</p> <p>Weulersee II 50, 58.</p> <p>Weyermann, M. I 96.</p> <p>Whitaker, A. C. II 512.</p> <p>White, A. G. I 90.</p> <p>Wright, H. I 99.</p> <p>Wicksell, Knut II 28, 82 f.,
85 ff., 92, 281, 285 ff.,</p> | <p>320, 463 f., 477, 482, 490,
495, 502.</p> <p>Wicksteed II 82 f.</p> <p>Wiedenfeld, Kurt I 45; II 156.</p> <p>Wiese, Leopold von I 39,
316, 318; II 7, 242, 248,
255, 260, 266, 429.</p> <p>Wieser, Friedrich von II 27,
69, 208, 281, 284 f., 287,
298, 304, 318, 458, 465,
473, 483, 490, 507.</p> <p>Wilbrandt, Robert II 441.</p> <p>Wilhelm II. I 36, 217.</p> <p>Wilkins, G. I 316.</p> <p>Willcox, W. F. II 72.</p> <p>William I. I 332.</p> <p>William II. I 329.</p> <p>William III. I 357.</p> <p>Williams, J. H. II 513.</p> <p>Willis, H. Parker II 73, 459,
496.</p> <p>Wilson, W. I 38, 92, 98, 111;
II 157.</p> <p>Windelband, W. I 121.</p> <p>Winkler II 373.</p> <p>Winston I 47.</p> <p>Winter, August I 160.</p> <p>Wissel I 144, 187, 214; II
170, 449.</p> | <p>Withers, H. I 45; II 459,
462 f., 475, 480, 495, 497 f.,
500, 516.</p> <p>Woldt II 346.</p> <p>Wolf, Julius II 419.</p> <p>Wolff, de II 371 f.</p> <p>Wood, G. M. H. II 114.</p> <p>Woolman, John I 110, 315.</p> <p>Worms, René II 51, 58.</p> <p>Wright, Harold II 389, 402,
416.</p> <p>Wunderlich, Frieda II 264 ff.</p> <p>Wyler, J. II 400, 404.</p> | <p>Young, Allger A. II 74.</p> <p>Zauder I 248.</p> <p>Zedlitz-Trützschler, Graf R.
I 36.</p> <p>Zimmermann I 274.</p> <p>Zimmermann, Benno I 314.</p> <p>Zimmermann, Werner I 314.</p> <p>Zizek II 373.</p> <p>Zuckerndl II 281, 285,
287, 309.</p> <p>Zwiedineck-Südenhorst, Otto
von II 23 f., 237, 248 f.,
255, 302, 309, 317, 483, 490.</p> |
|--|--|---|--|